Der Kampf um Erinnerung und Menschenrechte – eine Analyse der *Comisión Provincial por la Memoria* der Provinz Buenos Aires

Dissertation
zur
Erlangung des akademischen Grades
doctor rerum politicarum (Dr. rer. pol.)
an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät
der Universität Rostock

vorgelegt von
Jan Müller
aus Rostock

Rostock, 2021

https://doi.org/10.18453/rosdok_id00004139

Gutachter:

Prof. Dr. Wolfgang Muno, Universität Rostock, Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften

Prof. Dr. Jörn Dosch, Universität Rostock, Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften

Jahr der Einreichung: 2021

Jahr der Verteidigung: 2021

Inhaltsverzeichnis

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis 5

Abkürzungsverzeichnis 6

1. Einleitung 7

1.1 Fragestellung und Relevanz 7

1.2 Forschungsstand 24

2. Analyseebenen und Methodik – Von Geschichtspolitik zum Politikfeld 34

2.1 Theoretische Vorüberlegungen 34

2.1.1 Theorien zu Erinnerung und Gedächtnis 35

2.1.2 Die Menschenrechte und ihre Bedeutung für die Aufarbeitung der Vergangenheit 51

2.1.3 Sozialwissenschaftliche Theorien zu Institutionen 59

2.1.4 Politikfeldforschung und der *Advocacy Coalition Framework* Ansatz 68

2.1.5 Erinnerungspolitik – die Konstruktion eines Politikfeldes 76

2.2 Methodisches Vorgehen 85

3. Aufarbeitung der Vergangenheit und Erinnerungspolitik in Argentinien 92

3.1 Die Argentinische Militärdiktatur 1976–1983 92

3.2 Aufarbeitung der Militärdiktatur und Erinnerungspolitik 115

4. Empirische Betrachtung der *Comisión Provincial por la Memoria* (CPM) in der Provinz Buenos Aires 154

4.1 Geschichte und Gründung der CPM 154

4.2 Struktur und Arbeit der CPM 171

4.3 Arbeitsfelder der CPM 175

4.3.1 Das Archiv der *Dirección de Inteligencia de la Policía de la Provincia de Buenos Aires* (DIPPBA) 176

4.3.2 Das Programm *Jóvenes y Memoria* 185

4.3.3 Das *Comité contra la Tortura* (CCT) 194

4.3.4 Das *Museo de Arte y Memoria* 209

4.3.5 Weitere Tätigkeitsbereiche der CPM 212

4.4 Die CPM und ihre Interventionen in der Öffentlichkeit 217

4.5 Die Erinnerungsorte der CPM 226

4.5.1 Das ehemalige Gebäude der DIPPBA 227

4.5.2 Der *Pozo de Quilmes* 231

5. Theoriegestützte Analyse der *Comisión Provincial por la Memoria* 234

6. Fazit: *Visibilizar las luchas* – Die Erinnerungs- und Menschenrechtspolitik der CPM 264

Literaturverzeichnis 293

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Abbildung 1: Der *Policy*-Zyklus 69

Tabelle 1: Mitglieder der CPM nach der Resolution 2117 161

Tabelle 2: Zusammensetzung der CPM im Jahr 2000 169

Tabelle 3: Zusammensetzung der CPM im Dezember 2019 172

Abbildung 2: Organigramm der CPM 174

Abbildung 3: Anzahl der Schlagworte in Deklarationen der CPM 2000–2014 und 2017–2019 218

Abbildung 4: Nähe und Distanz zwischen der Provinz Buenos Aires und der AC der Menschenrechtsorganisationen 243

Abbildung 5: Nähe und Distanz zwischen dem argentinischen Staat und der AC der Menschenrechtsorganisationen 245

Tabelle 4: Übersicht über die Phasen der argentinischen Erinnerungspolitik 276

Tabelle 5: Faktoren, die die Etablierung einer wirkmächtigen erinnerungspolitischen Institution begünstigen 289

Abkürzungsverzeichnis

AAA	Alianza Anticomunista Argentina
AC	Advocacy Coalition
ACF	Advocacy Coalition Framework
APDH	Asamblea Permanente por los Derechos Humanos
CC-ARI	Coalición Cívica para la Afirmación de una República Igualitaria
CCDyE	Centros clandestinos de detención y exterminio
CCT	Comité contra la Tortura
CELS	Centro de Estudios Legales y Sociales
CGT	Confederación General del Trabajo
CONADEP	Comisión Nacional sobre la Desaparición de Personas
CONINTES	Conmoción Interna del Estado
CPM	Comisión Provincial por la Memoria
CTA	Central de Trabajadores de la Argentina
DIPPBA	Dirección de Inteligencia de la Policía de la Provincia de Buenos Aires
DS	Delincuente Subversivo
EAAF	Equipo Argentino de Antropología Forense
ERP	Ejército Revolucionario del Pueblo
ESMA	Escuela de Mecánica de la Armada
FAMUS	Familiares y amigos de muertos por la Subversión
FAP	Fuerzas Armadas Peronistas
FAR	Fuerzas Armadas Revolucionarias
FREPASO	Frente País Solidario
H.I.J.O.S.	Hijos e Hijas por la Identidad y la Justicia contra el Olvido y el Silencio
JP	Juventud Peronista
LADH	Liga Argentina por los Derechos del Hombre
MEDH	Movimiento Ecuménico por los Derechos Humanos
PJ	Partido Justicialista
PTR	Partido Revolucionario de los Trabajadores
RED	Red de Familiares contra la Tortura y otras Violencias Estatales
RIEMS	Red Interdisciplinaria de Estudios sobre Memoria Social
SERPAJ	Servicio de Paz y Justicia
UBA	Universidad de Buenos Aires
UCR	Unión Cívica Radical
UNLP	Universidad Nacional de La Plata

It happened, therefore it can happen again:
this is the core of what we have to say. (Primo Levi)

1. Einleitung

1.1 Fragestellung und Relevanz

"OLE OLE, OLE OLA, OLE OLE, OLE OLA, Como a los nazis les va a pasar, adonde vayan los iremos a buscar", diese Textzeile gesungen von jungen Aktivistinnen und Aktivisten, ist auf den Demonstrationen zum Jahrestag des Militärputsches am 24. März in Argentinien ständig zu hören. Gesungen werden sie auch bei den *escraches*[1] sowie nach Gerichtsurteilen bei Prozessen, in denen Verbrechen gegen die Menschlichkeit verhandelt werden. Das Lied drückt aus, dass die Täter der letzten Militärdiktatur, genauso wie Naziverbrecher immer zu den Gejagten gehören würden und nie vor juristischer oder zivilgesellschaftlicher Strafe sicher sein können. Die Verbindung zwischen Naziverbrechen und der blutigen argentinischen Militärdiktatur ist dabei gewollt und bleibt nicht der einzige Querverweis. Von 1976 bis 1983 herrschte das Militär über Argentinien, aus einer Welle der politischen Gewalt heraus, etablierte die Junta ein Terrorsystem, welchem 30.000 Menschen zum Opfer[2] fallen sollten.

Insbesondere die Demonstrationen zum Jahrestag des Putsches zeigen den gesellschaftlichen und politischen Umgang mit der Diktatur. Jedes Jahr gehen Tausende Argentinierinnen und Argentinier auf die Straßen von Buenos Aires oder anderer Städte des Landes. Dabei sind drei Wörter prägend: *memoria, verdad, justicia* – Erinnerung, Wahrheit, Gerechtigkeit. Es gibt viel Musik, Tanz und, wie oben beschrieben, Gesänge. Ausländische Beobachtende zeigen sich oft überrascht, wie jung viele der Demonstranten sind und wie stark die Vergangenheit die junge Generation bewegt. Die Bilder der *desaparecidos* – der Verschwundenen – sind allgegenwärtig. In der ersten Reihe des Marsches laufen selbstverständlich die meist 80- oder 90-jährigen Frauen der *Madres* und *Abuelas de la Plaza de Mayo*. Es folgen H.I.J.O.S., die Vereinigung der

---

1 *Escrache* ist eine Form des Straßenprotestes, bei dem das Wohnviertel von Tätern der Militärdiktatur über deren Anwesenheit aufgeklärt wird. Dabei kann es sich um mehrtägige Aktionen handeln, die in einem großen Protestmarsch kulminieren. An Popularität gewann dieses Vorgehen in den 1990er Jahren vor allem unter den H.I.J.O.S. *(Hijos e Hijas por la Identidad y la Justicia contra el Olvido y el Silencio)*. Die Töchter und Söhne der Verschwundenen gründeten ihre eigene Organisation und veränderten den gesellschaftlichen Umgang mit der Vergangenheit, siehe hierzu Kapitel 3.2.

2 Die Zahl 30.000 ist nicht das Ergebnis einer Berechnung der Opferzahlen. Sie wurde von den Menschenrechtsorganisationen in den Diskurs eingebracht und gilt heute als allgemein anerkannte Opferzahl. 30.000 Menschen wurden verschleppt, gefoltert und verschwanden. Die Zahl der Opfer lässt sich aufgrund der Art der Verbrechen nicht genau beziffern, siehe hierzu Kapitel 3.2.

politischen Gefangenen und der Verschwundenen sowie andere Menschenrechtsorganisationen. Dahinter reihen sich politische und soziale Bewegungen wie auch Gewerkschaften ein. Der Marsch ist kein Trauermarsch, er strotzt vor Selbstbewusstsein. Nicht immer ist es ein geschlossener Demonstrationszug, vor allem politische Differenzen zwischen den Gruppierungen führten dazu, dass mindestens zwei Züge durch die Hauptstadt laufen.

Die zentrale Kundgebung in Buenos Aires und die dort verlesenen Erklärungen zum Jahrestag des Putsches sind ebenso exemplarisch für den Umgang mit der Vergangenheit in Argentinien. In der gemeinsamen Ansprache der Menschenrechtsorganisationen 2019 wird der Verschwundenen, der politischen Gefangenen, der Exilierten sowie der geraubten Kinder gedacht. Der Staatsterrorismus und sein politisches und ökonomisches Modell, welches mit Hilfe der wirtschaftlichen Eliten, der Kirche und der Justiz umgesetzt wurden, werden verurteilt. Nach dieser geschichtspolitischen Interpretation, folgt die Bezugnahme zur Gegenwart. Die Regierung des Präsidenten Mauricio Macri (2015–2019) wird aufgrund ihrer Sparmaßnahmen und ihrer wirtschaftspolitischen Ausrichtung stark kritisiert, ebenso wird ihr mangelnde Entschlossenheit bei der Umsetzung der Menschenrechtspolitik vorgeworfen. Das Dokument zieht eine Linie von den 30.000 Opfern und ihrem Kampf gegen die Ungerechtigkeit zu den aktuellen politischen Auseinandersetzungen. Im Rückblick auf die mehr als drei Jahrzehnte Auseinandersetzung mit der Vergangenheit wird die Periode 2003–2015 hervorgehoben und gelobt. In dieser Zeit fand die Annullierung des Schlusspunktgesetzes statt, die *Escuela de Mecánica de la Armada* (ESMA)[3] wurde den Menschenrechtsorganisationen übergeben, Hunderte Täter wurden verurteilt und wegen Menschenrechtsverletzungen ins Gefängnis gebracht. Ebenso konnten erstmals Mitarbeiter eines Unternehmens (in diesem Fall FORD) wegen ihrer Mittäterschaft verurteilt werden.

Claudio Avruj, dem von 2015 bis 2019 amtierenden Sekretär für Menschenrechte, wird die langsame Aushöhlung der Vergangenheitspolitik vorgeworfen. Einsparungen und Entlassungen sowie ein verschobener Fokus der Regierung auf andere Fragen sind den Demonstranten ein Dorn im Auge. Genauso prominent wird der Opfer von Polizeigewalt gedacht und generell Kritik an der repressiven Sicherheitspolitik der Regierung geübt. Das Dokument endet mit:

> „¡LIBERTAD A LAS PRESAS Y PRESOS POLÍTICOS!
> ¡RESTITUCIÓN DE LA IDENTIDAD DE LOS NIETOS Y NIETAS!
> ¡JUICIO Y CASTIGO A TODOS LOS GENOCIDAS Y PARTÍCIPES CIVILES!

[3] Die *Escuela de Mecánica de la Armada* (ESMA) ist das emblematische Folterzentrum und steht stellvertretend für den Staatsterrorismus. Heute ist es einer der prominentesten Erinnerungsorte und Sitz vieler Menschenrechtsorganisationen (vgl. Lorenz 2007).

¡BASTA DE AJUSTE Y REPRESIÓN AL PUEBLO!
¡30.000 DETENIDOS-DESAPARECIDOS: PRESENTES, AHORA Y SIEMPRE!
¡30.000 DETENIDOS-DESAPARECIDOS: PRESENTES, AHORA Y SIEMPRE!
¡30.000 DETENIDOS-DESAPARECIDOS: PRESENTES, AHORA Y SIEMPRE!“ (Abuelas de Plaza de Mayo et al. 2019)

Die Auseinandersetzung um die Vergangenheit in Argentinien ist hochgradig politisiert. Dies ist nicht erst seit der Regierungszeit des Ehepaars Kirchner der Fall. Die Debatte lässt sich Bereits in die 1980er Jahre zurückverfolgen. Dabei geht es nicht nur um die Interpretation der Vergangenheit und der Verbrechen der Diktatur. Fast die gesamte Geschichte des 20. Jahrhunderts unterliegt einer geschichtspolitischen Interpretation. Die Narrative der Täter werden angeklagt, Opfer des Staatsterrorismus zu quasi Heiligen gemacht. Doch immer gibt es Widerstände und politische Auseinandersetzungen. Der Status quo der Aufarbeitung und Erinnerung der vergangenen Diktatur ist immer Ergebnis eines politischen Prozesses, in dem nicht nur der Staat, seine Gewalten sowie politische Parteien und Persönlichkeiten eine Rolle spielen, sondern gerade die Zivilgesellschaft und an erster Stelle die Menschenrechtsorganisationen den Diskurs bestimmen. Die Besonderheit liegt darin, dass 1983 mit der demokratischen Transition dieser Prozess nicht abgeschlossen ist. Aktuelle Menschenrechtsverletzungen, Gewalt gegen Demonstranten, Rechtsverletzungen durch den Staat sind sowohl diskursiv als auch in der politischen Praxis stark mit der Aufarbeitung und Erinnerung an die letzte Militärdiktatur verknüpft.

Dieses Vorgehen ist aus deutscher Perspektive überraschend. Zwar gilt der Konsens „Nie wieder Auschwitz“ für die deutsche Politik nach 1945. Eine stark politisierte und aktualisierte Debatte über die Erinnerung an die traumatische Vergangenheit findet allerdings nicht statt. Der Konsens über die Erinnerungskultur, wie wir ihn für das 21. Jahrhundert in der Bundesrepublik beobachten können, ist das Ergebnis von 70 Jahren politischer, gesellschaftlicher und akademischer Auseinandersetzung mit dem Thema. Die besondere Opferzentriertheit des Erinnerns an den Holocaust, die der deutschen Erinnerungskultur zentral innewohnt, führte nicht zu einer nationalen Überhöhung der Geschichte (vgl. Knigge 2010, S. 11–14).

Es gibt aber politische Kräfte in Deutschland, die den erinnerungspolitischen Konsens nicht akzeptieren. Die AfD etablierte sich schon früh mit einer abweichenden Sicht auf die deutsche Geschichte. Die Zeit des Nationalsozialismus sollte nicht überhöht werden, andere glanzvolle Epochen würden nicht adäquat dargestellt (AfD-Landesverband Sachsen-Anhalt 2016, S. 1).

„Vogelschiss“ (Kuhn 2018) und „Denkmal der Schande“ (Höcke 2017) sind dann weitere Stichwörter im Feld der Vergangenheit. Sie folgen dabei aber schablonenartig Narrativen, die lange in der Auseinandersetzung um die deutsche Vergangenheit in extrem rechten Kreisen vorzufinden waren. Ende des Schuldkults, Anerkennung deutscher Opfer, die Anerkennung deutschen Soldatentums sind hierbei nur Stichwörter.

Der deutsche Umgang mit der Vergangenheit wird oft als beispielhaft bezeichnet. Die Bundesrepublik sei sogar „Weltmeister“ im Erinnern (Assmann 2012). Doch dieses Lob soll nicht davon abhalten, einzelne Aspekte zu kritisieren. Erst spät rückten zum Beispiel andere Opfergruppen des Nationalsozialismus in den Fokus der Öffentlichkeit wie Sinti und Roma oder Homosexuelle. Noch heute gibt es blinde Flecken in der Aufarbeitung. Erinnerungskultur ist niemals ein unveränderbares Konzept, es spiegelt immer zeitliche Konjunkturen ab, die aus der Gesellschaft oder der Wissenschaft kommen.

Aleida Assmann unterteilt die westdeutsche Erinnerungskultur in zwei grobe Phasen: Vergangenheitsbewältigung und Vergangenheitsbewahrung. In die erste Phase fallen das Beschweigen nach Kriegsende aber auch die Auschwitzprozesse von Frankfurt am Main. Die zweite Phase beginnt mit der vielbeachteten Rede Richard von Weizsäckers zum 40. Jahrestag des Kriegsendes und findet einen weiteren Höhepunkt in der Eröffnung des Berliner „Denkmals für die ermordeten Juden Europas“ (vgl. Assmann 2013, S. 56–57). Der westdeutsche Staat nahm die Verantwortung spät an, entwickelte sich dann aber zu einem wichtigen Akteur. Er steuerte Bildungspolitik, schuf Museen und Gedenkstätten. Daneben gab es immer wichtige Figuren, wie Beate Klarsfeld oder den Staatsanwalt Fritz Bauer, die sich mit ihrem Verhalten besonders für die Aufarbeitung und Erinnerung eingesetzt haben. Zuletzt unternahmen bundesdeutsche Institutionen die Aufgabe, ihre eigene Geschichte aufzuarbeiten (so Conze et al. 2010).

Natürlich ist die kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit nicht nur der Bundesrepublik vorbehalten. Auch in Lateinamerika beobachten wir verschiedene Dynamiken in der Bearbeitung der traumatischen Vergangenheit. Auf dem lateinamerikanischen Kontinent gilt Argentinien als Vorreiter, was die Aufarbeitung und die Erinnerung an die Diktatur angeht. Der Bericht der CONADEP *Nunca más* (Comisión Nacional sobre la Desaparición de Personas 1986) ist ein weltweiter Besteller geworden, dem andere Wahrheitskommissionen nacheiferten. Aber auch der Umgang mit Erinnerungsorten, exemplarisch sei hier die ESMA genannt, ist für andere Länder nachahmenswert.

Die Beschäftigung mit Fragen der Erinnerung und Aufarbeitung der Vergangenheit hat seit den 1980er Jahren weltweit Konjunktur. In aktuellen Debatten sind Verweise auf die Vergangenheit, stets präsent. Dabei wird die Vergangenheit immer aus der Gegenwart heraus gelesen, niemals

steht die Vergangenheit für sich alleine. Politik nutzt Bezüge auf Vergangenheit um Legitimation zu gewinnen, moralische Leitlinien für das eigene Handeln zu entwickeln oder Fragen der Identität zu klären. Keine Gesellschaft kommt dabei ohne Bezüge auf die Vergangenheit aus. Auch deswegen sind die Untersuchungen dieser Themen wichtig und populär. Vergangenheitspolitik und Erinnerungskultur sind zentrale Merkmale in unseren Gesellschaften. Nationale Narrative, Gedenk- und Feiertage sowie Museen sind unter anderem zentrale Marker in diesem Feld. Das Verständnis um den Umgang mit der Vergangenheit ermöglicht Aussagen über Politik und Gesellschaft. In einer Zeit der Individualisierung (vgl. Beck 2016) können Narrative aus der Vergangenheit den Menschen Sinn und Identität geben.

Die 30.000 Verschwundenen liegen wie ein Schatten über dem Land. Ein aufmerksamer Spaziergänger kann in Argentinien viele Marker der Vergangenheit finden. In Argentinien gibt es zum Beispiel die *Baldosas de la Memoria*, die ähnlich wie die Stolpersteine[4] auf den letzten Wohnort der Opfer hinweisen. Weitere markante Punkte sind die Hinweisschilder an Polizeistationen oder ehemaligen Militärstützpunkten, die auf ein ehemaliges geheimes Folterzentrum hinweisen. Die Erinnerung an die Opfer wird dadurch sichtbar gemacht und bleibt erhalten. Staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure tragen diese Maßnahmen. Schon diese einfachen Beispiele zeigen, dass es sich im Feld[5] der Erinnerungskultur immer um ein Miteinander von Staat und Zivilgesellschaft handelt. Vereine, Opferorganisationen oder Menschenrechtsorganisationen sind wichtige Akteure in diesem Feld, die mit dem Staat oder auch gegen den Staat agieren.

Der Staat handelt hierbei auf unterschiedliche Art und Weise. Vertreter der Regierung halten Reden, in denen sie die Vergangenheit interpretieren, es können Gesetze zum Schutz der Opfer sowie zur Rehabilitierung erlassen werden. Konträr dazu kann der Staat Tätern Amnestie gewähren und Versöhnungsgesetze erlassen. Er kann aktiv aufarbeiten, die Justiz zur Strafverfolgung anhalten oder Denkmäler bauen. Auch Schul- und Bildungspolitik können zur Aufarbeitung und Erinnerung beitragen.

---

4 Die Stolpersteine sind ein europäisches Kunstprojekt des Düsseldorfer Künstlers Gunter Demnig, welche den letzten frei gewählten Wohnort der Opfer des Nationalsozialismus markieren.

5 Wenn in dieser Arbeit vom Feld der Erinnerung und Menschenrechte gesprochen wird, orientiert sich der Begriff Feld an den Konzepten Pierre Bourdieus. Dieser versteht ein Feld als eine spezifische soziale Einheit, aus der die Gesellschaft besteht. Dort gibt es Regel sowie Macht- und Verteilungskämpfe (vgl. Barlösius 2011, S. 90–93). Des Weiteren kommt es zu Akkumulation von ökonomischem, sozialem kulturellem und symbolischem Kapital (vgl. Münch 2004, S. 432–433).

Der Handlungsraum des Staates ist groß, besonders interessant wird es, wenn eigene Institutionen geschaffen werden, die sich ausschließlich mit Erinnerung, Aufarbeitung und Transmission von Vergangenheit beschäftigen. Diesen kommt dann eine besondere Aufgabe zu. An ihnen lassen sich staatliche und parteipolitische Agenden gut ablesen, oder es zeigt sich ein eigenes Agenda-*Setting,* wenn es sich um von der Exekutive unabhängige Akteure handelt.

Diese Arbeit untersucht eine bestimmte Form staatlichen Handelns: die Schaffung einer erinnerungspolitischen Institution. Die Dynamik in der Aufarbeitung und Erinnerung in Argentinien wird besonders durch die Menschenrechtsbewegung bestimmt, staatliche Institutionen spielen auf den ersten Blick eine Nebenrolle. Doch in der Provinz Buenos Aires wurde 1999, mitten in der Periode der Straffreiheit, mit der *Comisión Provincial por la Memoria* eine staatliche Institution geschaffen, die aktiv Erinnerungspolitik machen sollte. Die Gründung und die Entwicklung dieser Institution sind bemerkenswert, weil sich hieran die Phasen der Erinnerungspolitik Argentiniens, das erinnerungspolitische Panorama der Provinz Buenos Aires und der Charakter der argentinischen Menschenrechtsbewegung kennzeichnen lassen.

Argentinien erlebte eine wechselvolle Bearbeitung der traumatischen Vergangenheit. Auf dem südamerikanischen Subkontinent steht Argentinien für einen relativ erfolgreichen Versuch, mit traumatischer Vergangenheit umzugehen. Es war kein gradliniger Prozess, es gab Höhen und Tiefen. Der Erinnerungskonsens stand in verschiedenen Phasen unter Druck. Langsam endet auch hier die Zeitzeugenperiode. Es wird besonders beim Blick auf die Täter deutlich, bereits jetzt kommen Prozesse aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr zustande. Beginnend mit dem Prozess gegen die Junta 1985, kommt der Justiz eine wichtige Rolle zu. Darüber hinaus ist in der Kulturproduktion das Thema prägend: „La historia oficial“ von Luis Puenzo gewann 1986 den Oscar für den besten fremdsprachigen Film. Debatten über Erinnerungsorte werden in Argentinien heftig geführt, zum Beispiel über den *Parque de la Memoria* (vgl. Hite 2015). All das sind Auseinandersetzungen, die auch aus dem deutschen Kontext bekannt sind.

Wie Gesellschaften ihre Vergangenheit aufarbeiten und erinnern ist immer singulär und von verschiedenen Prozessen beeinflusst. Deutlich wird dies bei einem Blick auf die verschiedenen Entwicklungen im *Cono Sur*. Brasilien, Chile und Uruguay gehen bis heute unterschiedlich mit dem Erbe ihrer Militärdiktaturen um. Argentinien galt in den 1980er bereits als Vorreiter und konnte diese Position in den 2000er Jahren ausbauen. Die spezifischen Voraussetzungen des Transformationsprozesses, gesellschaftliche Machtverhältnisse, Einfluss der Menschenrechtsorganisationen sowie die Präsenz der Menschenrechtsverletzungen in der Öffentlichkeit präg-

ten den Verlauf der Aufarbeitung. Die unterschiedlichen *outcomes* lassen sich auf unterschiedliche politische Machtverhältnisse und den zum Teil starken Einfluss der alten Eliten zurückführen, sowie der Art der Transition.

Die Auseinandersetzung mit traumatischer Vergangenheit oder der Streit um die Deutung von Geschichte ist allzeit präsent. Medienerzeugnisse jeglicher Art greifen Geschichte als Topos auf und sind damit Teil der Vermittlungsinstanzen. Besonders augenfällig wird es jedoch, wenn Vergangenheitsdebatten in die aktuelle Politik Einzug halten.

Eine der größten Herausforderungen ist das langsam näher rückende Ende der Zeitzeugenperiode. Für die Zeit des Nationalsozialismus gibt es in naher Zukunft keine Zeitzeugen mehr. Archive, wie die von Steven Spielberg ins Leben gerufene *Shoah Foundation*, versuchten mit viel Aufwand weltweit Überlebende des Holocaust zu interviewen und zu dokumentieren. In Argentinien sind es vor allem die Mütter und Großmütter des *Plaza de Mayo*, die im Panorama der Aufarbeitung der Vergangenheit und der Menschenrechtspolitik eine große Lücke hinterlassen werden. Gleiches gilt für die Überlebenden der Folterzentren, die nicht nur bei der juristischen Aufarbeitung als Zeugen eine große Rolle spielen, sondern auch in Museen und Gedenkstätten oft wichtige Arbeit leisten bei Führungen und der Gestaltung der Erinnerungsorte.

In Argentinien löste der Regierungswechsel im Dezember 2015, von Cristina Kirchner zu Mauricio Macri, eine ganz andere politische Dynamik im Bereich der Erinnerung aus. Unter den Kirchners gab es eine klare und eindeutige Allianz zwischen großen Teilen der Menschenrechtsbewegung und der Regierung beziehungsweise dem Staat. Die dem Kirchnerismus kritisch gegenüberstehenden Medien sowie Teile der politischen Rechten kündigten eine Kehrtwende an. Als Reaktion richtet sich der Aktivismus der Menschenrechtsorganisationen nun deutlicher gegen den größer werdenden Revisionismus. „Son 30.000, era genocido!“ ist mittlerweile dem Ruf nach „memoria, verdad y justicia“ gleichgestellt.

In Argentinien lässt sich eine „Pflicht zu erinnern“ *(deber de memoria)* beobachten. Erinnerung ist dabei gesellschaftlich konstruiert und wird immer aus der Gegenwart neu definiert. Der Staat spielt dabei eine wichtige Rolle, er verteilt Gelder, erlässt Gesetze, setzt Wahrheitskommissionen ein oder, im Gegenteil, verhindert Aufklärung und erlässt Amnestien. Staatliche Erinnerungspolitik ist ein wichtiges Forschungsfeld in der Geschichts- und der Sozialwissenschaft. Der politische Nutzen der Vergangenheit ist vielfach erforscht worden und stellt einen wichtigen Untersuchungsgegenstand dar.

Argentinien ist ein föderal organisierter Staat. Die Provinzen sind wichtige politische Einheiten. Die Gouverneure haben eine besonders machtvolle Stellung im politischen Mehrebenensystem.

Die föderalen Einheiten haben verschiedene Möglichkeiten sich auf dem Gebiet der Erinnerungspolitik einzubringen. Erinnerungsorte können gekennzeichnet, spezielle Erinnerungstage für den Schulkalender geschaffen oder provinzeigene Museen und Gedenkstätten betrieben werden.

Die institutionelle Ansiedlung dieser Politiken kann in recht unterschiedlichen Ressorts erfolgen: in Kultur- und Bildungsministerien oder Subsekretariaten für Menschenrechte. Aus dem Blick der erinnerungspolitischen Forschung sind eigens geschaffene Institutionen besonders interessant. Hier schafft der Staat einen eigenen Akteur im Feld, der mit bestimmten Ressourcen ausgestattet ist und mit den verschiedensten Gegebenheiten fertig werden muss. In verschiedenen Organisationsformen werden Akteure mit sehr unterschiedlichen Zielstellungen tätig. Es kann sich hier um die juristische Aufklärung von Verbrechen handeln, die Betreibung eines Archives oder die Unterstützung oder eigentliche Durchführung von historischer und sozialwissenschaftlicher Forschung.

– Untersuchungsgegenstand und Fragestellung –

In dieser Untersuchung steht eine Institution im Zentrum, die 1999 durch einen Parlamentsbeschluss in der Provinz Buenos Aires gegründete *Comisión Provincial por la Memoria* (CPM). Als erste von mittlerweile sieben provinzeigenen Erinnerungskommissionen in argentinischen Bundesstaaten[6] läuft die Gründung gegenteilig zur nationalen Politik und der damaligen gesellschaftlichen Entwicklung. Argentinien befand sich am Ende der zweiten Regierungszeit von Carlos Menem (1989–1999) in einer tiefen ökonomischen und sozialen Krise. In seine Regierungszeit fallen die berüchtigten Amnestiegesetze, die zusammen mit den Straffreiheitsbeschlüssen von Präsident Raúl Alfonsín (1983–1989) den Aufarbeitungsprozess aufhielten und einfroren. Die Legislative von Buenos Aires setzte dem eine andere Entwicklung entgegen und schuf einen Organismus, der in den 20 Jahren seines Bestehens großen Einfluss auf erinnerungs- und menschenrechtspolitische Fragen hatte.

Elementar bei der Gründung der CPM war die „Entdeckung“ des Archivs der *Dirección de Inteligencia de la Policía de la Provincia de Buenos Aires* (DIPPBA), des ersten und vollständig zugänglichen Archivs einer Geheimpolizei auf dem lateinamerikanischen Kontinent (vgl. da Silva Catela 2002, S. 210–212). Heute gibt es vier große Bereiche, die die Arbeit der CPM strukturieren: das Archiv der DIPPBA, das *Comité contra la Tortura*, *Jóvenes y Memoria* sowie

6 Die CPM in der Provinz Buenos Aires ist die älteste. 2005 folgte die Provinz Chaco, 2006 Córdoba, 2008 Mendoza, 2007 Río Negro und 2019 gab es Gesetze zur Gründung in Río Gallegos und Santa Cruz.

den Bereich der Kultur und Kommunikation, hinzu kommt die Betreuung der Erinnerungsorte in La Plata und Quilmes.

Die CPM weist viele Besonderheiten auf, die es zu einem sehr interessanten Studienobjekt machen. Auffällig ist die Autonomie, die die Behörde gegenüber der Legislative und der Exekutive besitzt. Gleichzeitig ist sie über die Provinzgrenzen hinaus wirkungsmächtig. In der Anfangszeit waren es vor allem die international aufgestellten Konferenzen zum Themenkomplex Erinnerung und Aufarbeitung, die akademisches und institutionelles Wissen zusammenführten und ein weites Netz von Kontakten knüpften. Darüber hinaus war die Zeitschrift *Puentes* (2000 – 2015) eine der wichtigsten Publikationen zu Erinnerung und Aufarbeitung in Argentinien und darüber hinaus. Die dreißig Nummern umfassende Zeitschrift vereinte theoretische, praktische und aktivistische Standpunkte (Comisión Provincial por la Memoria 2019l).

Seit 2002 besteht das *Comité contra la Tortura*, welches sich mit aktuellen Menschenrechtsverletzungen befasst. In diesem Rahmen wird der Polizeigewalt und den Zuständen in den Gefängnissen zentrale Bedeutung eingeräumt. Hierin liegt die wohl größte Besonderheit der CPM. Sie bleibt nicht bei der einfachen Erforschung und Vermittlung der letzten Militärdiktatur stehen, aus der Vergangenheit heraus begründet sie den Anspruch auch aktuelle Menschenrechtsverletzungen anzuklagen, in politischen und sozialen Debatten zu intervenieren sowie allgemein dem Staat und seinem Gewaltmonopol kritisch gegenüberzustehen. Das öffentliche Anprangern von Versäumnissen des Staates sowie die Sichtbarmachung von Menschenrechtsverletzungen sind zentrale Punkte, die die Arbeit der CPM von der Tätigkeit anderer Organismen zur Aufarbeitung und Erinnerung unterscheiden.

Bei den Tätigkeiten, die sich mit der Gegenwart beschäftigen, ist die Vergangenheit und das Lernen daraus, beziehungsweise das „Nie wieder“, immer präsent. Als Narrativ, aber auch in der Legitimation als Akteur spielt die Vergangenheit eine wichtige Rolle. Dabei wird eine ganz bestimmte Form von Erinnerungspolitik umgesetzt, die nicht nur auf die Vergangenheit konzentriert ist.

Die Fragestellungen der Arbeit lauten: Welche Faktoren und Prozesse führten dazu, dass sich die Provinz Buenos Aires, im Vergleich zur Zentralregierung, zu einer aktiveren Erinnerungspolitik und einer frühzeitigen Institutionalisierung entschieden hat? Wie und mit welchen Mitteln macht die *Comisión Provincial por la Memoria* Erinnerungspolitik in Argentinien? Hieraus ergeben sich verschiedene Fragekomplexe.

In dieser Arbeit soll geklärt werden, wie die CPM als Institution zur Aufarbeitung der Vergangenheit entstanden ist und welche Akteurskonstellationen zur Institutionalisierung beigetragen haben. Das Provinzpanorama soll dabei an der nationalen Konjunktur von Erinnerungspolitiken

abgebildet werden. Läuft die regionale Entwicklung parallel oder differenzieren sich hier Dynamiken? Im Zentrum der Analyse steht dann der Aufbau und die Entwicklung der Institution und die Frage, welche Erinnerungspolitiken umgesetzt werden und warum. Die wichtigsten Arbeitsfelder werden herausgestellt und die Arbeit der Institution beschrieben. Hier soll es um die Art der Vermittlung und Aufarbeitung gehen, sowie darum, wie die Narrative der Vergangenheit dargestellt werden.

In Argentinien finden wir ein konfliktbeladenes Feld der Erinnerungspolitik vor, daher sollen diese Konflikte in der Darstellung der Geschichte und ihrer Aufarbeitung im besonderen Blickpunkt stehen. Daran wird der Umgang mit der Vergangenheit gut vermittelbar. Es kann gezeigt werden, welchen Sinn der Vergangenheit in der Aktualität gegeben wird, gleichzeitig wird deutlich, welche Funktion die Vergangenheit heute einnimmt. Hier steht das Politische im Fokus.

Grundsätzlich soll geklärt werden, wie Erinnerungspolitik gemacht wird, welche Ziele sie hat, sowie welche Motive dahinterstehen. Dabei wird die Entwicklung in der Provinz Buenos Aires immer an dem nationalen Kontext von Aufarbeitung und Erinnerung gemessen. Es wird gefragt, welche regionalen Dynamiken entfaltet werden können oder wie sehr regionale Aktivitäten von nationalen Impulsen abhängig sind.

Wie verhält sich die Institution im Zusammenspiel der politischen und zivilgesellschaftlichen Akteure im Feld der Erinnerung und Aufarbeitung? Drei Ebenen können hier identifiziert werden: Staat, politischer (Parteien-)Wettbewerb und die, die Institution umgebenden, Akteure der Aufarbeitung und Erinnerung. Die Analyse dieser Wechselverhältnisse zwischen der CPM als staatliche Institution, den politischen Akteuren, sowie der Zivilgesellschaft ist zentrales Anliegen der Arbeit. In welchem Verhältnis stehen sie zu den sie umgebenden Akteuren? Hier geht es ebenso um die Frage, wie genau politische Entscheidungen stattfinden und welche Faktoren darauf Einfluss haben. Kann also die Gemengelage zwischen den Akteuren politische Entscheidungen erklären, gibt es Muster des Einflusses, erfolgen Kooperationen?

Welche Besonderheiten in der Lesart der Vergangenheit finden sich, wie wird die Geschichte interpretiert und welche Folgen hat das für Debatten der Gegenwart? Welchen Nutzen hat die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit für die Gegenwart? Aus diesen Überlegungen leiten sich folgende Fragen ab: Wie kam es zur Herausbildung der zu untersuchenden Institution und wie wandelte sie sich über die Jahre? Darüber hinaus sollen die Funktionsweisen und die Dynamiken in der Institution beleuchtet werden.

– Begründung der Fallauswahl –

Die Formen der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit sind vielfältig. In der Sozialwissenschaft gibt es unterschiedliche Herangehensweisen. Historiker oder Kulturwissenschaftler schauen aus verschiedenen Blickwinkeln auf das Thema. Diese Unterschiedlichkeit unterstreicht nochmals die Bedeutung des Themas, dessen Zugänge sich nicht in einer Disziplin erschöpfen. Ein Mix von Perspektiven und Erkenntnissen, ein interdisziplinäres Bewusstsein ist zielführend für die Bearbeitung des Themas.

Die CPM bietet sich besonders für eine tiefgehende Analyse an. Sie ist durch einen Parlamentsbeschluss gegründet worden, und ihre Entstehungsgeschichte zeichnet ein differenzierteres Bild der Erinnerungslandschaft in Argentinien Ende der 1990er Jahre. Anders als die anderen wesentlichen Menschenrechtsorganisationen handelt es sich bei der Kommission weder um einen zivilgesellschaftlichen Akteur noch um eine von der Exekutive abhängige Institution. Damit unterscheidet sie sich deutlich von den Menschenrechtsorganisationen wie den *Madres* oder dem CELS (*Centro de Estudios Legales y Sociales*) aber auch von dem Menschenrechtssekretariat der Regierung. In ihrem 20-jährigen Bestehen konnte sie viele Projekte verwirklichen und prägt die Erinnerungslandschaft in der Provinz Buenos Aires. Sie entwickelte sich zu einem bedeutenden Akteur, der eine wichtige Rolle im Politikfeld der Aufarbeitung und Erinnerung darstellt. Die CPM ist eine stabile Institution, die schon mehrere Konflikte und Krisen überstanden hat. Ihr Archiv und die Arbeit mit den Dokumenten ist von internationaler Bedeutung. Von diesen Besonderheiten abgesehen steht sie repräsentativ für den Diskurs innerhalb des argentinischen Feldes der Menschenrechtsbewegungen. Deutlicher als andere aktualisiert sie die Auseinandersetzung um die Vergangenheit, insbesondere dann, wenn es um staatliche oder institutionelle Gewalt geht. Für die deutsche Perspektive sehr interessant ist, dass diese Institution, die sich um die Erinnerung kümmern soll, sich in aktuelle Politik einmischt. Vor allem in Fragen der Sicherheitspolitik[7], hier benutzt die *Comisión Provincial por la Memoria* ihre Legitimation, um Menschenrechtsarbeit zu leisten. Neben dieser sehr interessanten Mischung von Gegenwart und Vergangenheit lassen sich anhand der CPM andere klassische Bereiche der Erinnerungskultur erforschen: die Transmission der Erinnerungen auf die neuen Generationen,

[7] Wenn an dieser Stelle von Sicherheitspolitik die Rede ist, ist damit nicht die Dimension von Außen- und Sicherheitspolitik gemeint, wie sie zum Beispiel in Europa diskutiert wird. *Políticas de seguridad* wird im argentinischen Spanisch für Politik der Inneren Sicherheit verwendet. Mit Blick auf Sicherheitspolitik in Lateinamerika gab es da durchaus eine außenpolitische Komponente, wie die Doktrin der Nationalen Sicherheit zeigt. Diese aus den USA übernommene Logik sah den Kommunismus als internen Feind, der ausgelöscht werden müsse. Nach den Demokratisierungen wird von demokratischer Sicherheit auf dem Kontinent gesprochen (vgl. Tickner 2015, S. 69–71).

das Verhältnis von Kunst und Erinnerung und die Gestaltung von Erinnerungsorten und Ausstellungen. Darüber hinaus erhellt die Analyse das Verhältnis des Kirchnerismus zu den Menschenrechtsorganisationen und zeichnet ein differenziertes Bild.
Dies deutet an wie vielfältig die Aspekte sind, die die Arbeit der Kommission berühren. Diese Arbeit bereichert und ergänzt die Darstellungen und Analysen zur argentinischen Erinnerungspolitik. Das Thema und die Fragestellung rechtfertigen die Durchführung einer Einzelfallanalyse, um einen tiefen Blick in das lokale Feld der Erinnerungspolitik zu werfen und die Komplexität der argentinischen Menschenrechtspolitik zu unterstreichen.
Dass die Vergangenheit nach mehr als 30 Jahren in der Politik ständig eine Rolle spielt zeigt unter anderem dieses Beispiel aus dem Jahr 2019: im April gab die CPM eine Pressekonferenz, in der dem Generalstaatsanwalt von Mar del Plata, Fabián Fernández Garello, die Beteiligung an Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen wurde. Es waren die Geheimdienstakten der DIPPBA, die die Beweise lieferten. Als Mitarbeiter des Geheimdienstes der Provinzpolizei soll er an der Verfolgung, Entführung und Folter von Mitgliedern der kommunistischen Partei beteiligt gewesen sein. Die CPM, in deren Hand sich das Archiv der DIPPBA befindet, legt viel Wert darauf, Spionage als Teil des Staatsterrorismus und damit als Element der Menschenrechtsverletzungen zu qualifizieren. Die Kommission machte deutlich, dass die Kontinuität von Verantwortlichen der Repression in hohen Ämtern des Staates nicht zu dulden ist (Meyer 2019). Kontinuitäten zwischen Diktatur und Demokratie aufzudecken ist ein wichtiger Bestandteil der Aufarbeitung. Die Arbeit wird zeigen, dass dies eine der grundlegenden Argumentationen der CPM ist.

– Theoretische Einbettung des Forschungsgegenstands –

Das Themenfeld Aufarbeitung und Erinnerung ist interdisziplinär geprägt. Kaum ein sozialwissenschaftlicher Untersuchungsgegenstand umfasst so viele Disziplinen und Facetten wie die Forschung zur Erinnerung. Klar bildet eine historische Grundlagenforschung die Basis für die Auseinandersetzung mit dem Thema der Erinnerung, diese können an der Forschung abgebildet werden. Gleichzeitig gibt es eine lange soziologische Tradition zur Erforschung des historischen Gedächtnisses und der Weitergabe von Erinnerungen. Die Politikwissenschaft nimmt vor allem den politischen Gebrauch der Vergangenheit in den Blickpunkt. Die Transformationsforschung und Fragen von Rechtsstaatlichkeit tangieren auch das Thema der Aufarbeitung der Vergangenheit. Schwerpunkte können hier auf staatlicher oder zivilgesellschaftlicher Perspek-

tive liegen. Ergänzt wird dies durch eine juristische Perspektive auf eine gerichtliche Aufarbeitung des Unrechtes. Als ein wichtiger Interaktionspunkt hat sich in der internationalen Forschung das Thema *Transitional Justice* etabliert (vgl. Mihr et al. 2018a, S. 4–5).

Dementsprechend baut diese Arbeit auf einer Vielzahl von sozialwissenschaftlichen Theorien auf, die im Folgenden näher benannt werden sollen. Sie bilden den Zugang zum Themenfeld. So muss auf die Frage, wie und warum Gesellschaften erinnern, eingegangen werden. Erinnerungskulturforschung ist vielfältig und umfasst auch kulturwissenschaftliche Beiträge, die Rückschlüsse darüber geben, wie Gesellschaften mit ihrer Vergangenheit umgehen. Erinnerungskultur und Gedächtnisforschung müssen beleuchtet werden, bevor konkrete Themen in den Blick kommen.

Grundlegend ist dann die Konstruktion des Politikfeldes Erinnerung und Aufarbeitung. In diesem findet sich der Untersuchungsgegenstand wieder. Er steht dabei nicht isoliert da, sondern ist von klar definierten Kontexten umgeben. Die Erarbeitung des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Kontextes ist wichtig für die spätere Analyse der CPM. Prozesse der Aufarbeitung sind singulär, zwar gibt es dank der *Transitional Justice* Forschung einen mittlerweile sehr umfassenden Werkzeugkoffer für den Umgang mit Menschenrechtsverletzungen. Doch die einzelnen Maßnahmen und deren Zustandekommen lassen sich oft auf spezielle Umstände zurückführen. Daher ist es wichtig, sich der Geschichte und der Prozesse der Aufarbeitung intensiv zu widmen, bevor der eigentliche Untersuchungsgegenstand in diesem Feld verortet werden kann. Zwar gibt es klare Verbindungen in der Bearbeitung des Holocausts und dessen Wirkung auf den argentinischen Fall, die Nürnberger Prozesse, aber auch Schriften wie die von Primo Levi und seiner Konstruktion des Überlebenden als Zeugen. Trotzdem kann nicht einfach die deutsche Formel der Aufarbeitung als Maßstab genommen werden.

Für den Umgang mit der Vergangenheit gibt es keine einfach anzuwendende Lösung. Im internationalen Vergleich wird dies allein anhand von verschiedenen Wahrheitskommissionen deutlich. Argentinien, Südafrika und Guatemala unterscheiden sich nicht nur in der Art des Konfliktes: Militärdiktatur, Apartheid und Bürgerkrieg, auch die Art der Aufarbeitung und ihrer Ergebnisse sind grundsätzlich verschieden (vgl. Greg 2005, S. 64–66).

Erinnerung ist rein kognitionspsychologisch gesprochen ein individueller Prozess, Menschen können sich an Kindheits- oder Jugenderlebnisse erinnern. Erlebnisse können aber auch vergessen werden. Erinnerungen prägen die einzelnen Individuen, sie beeinflussen das Handeln und Denken der Menschen. Erinnern aber auch Vergessen sind zwei tief im menschlichen

Geiste verwurzelte Vorgänge. Ein Leben ohne Erinnerung, also auch ohne Vergessen[8], scheint unvorstellbar zu sein. In der Moderne lag es daher nahe zu fragen, ob nicht nur Individuen, sondern auch Gruppen erinnern können.

Vor allem Maurice Halbwachs ist es zu verdanken, dass das individuelle Erinnern auf Gruppen ausgeweitet wurde. Gesellschaften können soziale Erinnerungsprozesse durchlaufen, kulturelle Errungenschaften weitergeben oder Identitätskonstruktionen vornehmen. Das gesellschaftliche Erinnern kann politisch beeinflusst, aber nicht vollends gesteuert werden. In demokratischen Gesellschaften gibt es plurale und durchaus unterschiedliche Erinnerungen. In autoritären Regimen und in Diktaturen gibt es oft geschichtspolitische Bestrebungen, die Erinnerung zu homogenisieren und ein hegemoniales Deutungsmuster durchzusetzen. Dies hat oft zum Ziel, dem politischen Regime zu mehr Legitimation zu verhelfen. In liberalen Gesellschaften kann es zu Konkurrenz von unterschiedlichen, manchmal auch gegenteiligen Erinnerungen kommen.

In der deutschsprachigen Forschung hat sich der Oberbegriff Erinnerungskultur etabliert. Er umfasst alle Formen der Bearbeitung der Vergangenheit in der Gegenwart. Gruppenspezifische wie auch individuelle Erinnerungen finden hierin eine Sammelbezeichnung. Erinnerungskultur umfasst die politische und kulturelle Verwendung der Vergangenheit. Denkmäler und Jahrestage zählen ebenso dazu wie besondere Romane oder Filmproduktionen. Die Breite des Begriffes kann als seine Stärke interpretiert werden, da nicht nur politische Prozesse erfasst werden (vgl. Cornelißen 2003, S. 556–557).

Im besonderen Maße haben die grausamen, dunklen Episoden der Geschichte Einfluss auf unsere heutigen Gesellschaften. In Deutschland ist die Erinnerung an den Holocaust der Dreh- und Angelpunkt erinnerungskultureller Debatten. Für die Argentinier ist es die blutigste Militärdiktatur Südamerikas mit den 30.000 Verschwundenen. *Nunca más* ist die zentrale Forderung. Der Diskurs um Menschenrechte und die Debatte um Lehren aus der Vergangenheit sind wichtige öffentliche Auseinandersetzungen. In der Bearbeitung der traumatischen Erinnerung liegt aber nicht nur die Selbstvergewisserung von Schuld oder Verantwortung. Hieraus kann ein positiver und progressiver Diskurs erwachsen. Demokratie und die Ausweitung und Verteidigung von liberalen Freiheitsrechten und anderen Grundrechten ist ein wichtiges Ergebnis aktiver Erinnerungspolitik. Vergangenheit kann hier als Negativfolie dienen, etwas, zu dem Abstand genommen werden soll. Andererseits sind Demokratisierung und Befreiung ebenso mögliche Lesarten.

---

8 So jedenfalls vermittelt es uns Jorge Luis Borges in seiner Erzählung *Funes el memorioso,* in der die Hauptfigur nichts vergisst und sich an alle Details seines Lebens erinnern kann (Borges 2008).

Die Aufarbeitung der Vergangenheit ist nicht zwangsläufig ein Muster von demokratischen Transformationsprozessen. Allerdings gibt es Beispiele, die zeigen, dass ein Schweigen über die traumatische Vergangenheit nicht immer förderlich ist. Spanien ist hierfür ein Beleg (vgl. Bernecker und Brinkmann 2006). Eine ernsthafte Aufarbeitung und Erinnerung an die Vergangenheit kann durchaus einen stabilisierenden Effekt für die Demokratie haben.

– Gliederung der Arbeit –

Nach dieser Einleitung gilt es den theoretischen und methodischen Rahmen der Arbeit abzustecken. Fünf Ebenen sind dabei relevant. Zuerst muss das Feld der Gedächtnis- und Erinnerungsforschung erschlossen werden. Die theoretische Beschäftigung mit der Frage wie Menschen und Gesellschaften erinnern ist grundlegend für das weitere Vorgehen. Das kollektive Gedächtnis, kulturelles Gedächtnis sowie Erinnerungskultur und Erinnerungsorte sind wichtige Eckpunkte in der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit. Ohne diese Rahmung ständen die Untersuchungsobjekte im luftleeren Raum. Die Bezüge zu diesen Theorien sind wichtig, da sie in der Praxis wieder auftauchen. Zudem sind die Konzepte von Maurice Halbwachs und Pierre Nora weltweit bekannt und gelten als Referenzpunkte für jegliche Beschäftigung mit Erinnerung und Gedächtnis. Daneben werden Texte, die für die argentinische Debatte zentral sind und dort viel Rezeption erfahren, in die Betrachtung mitaufgenommen.

Danach folgt ein Blick auf Menschenrechte und Menschenrechtspolitik. Ein Begriffspaar, welches für den argentinischen Fall besonders relevant ist. Anders als im deutschen Sprachraum, wo über Aufarbeitung der Vergangenheit oder früher „Vergangenheitsbewältigung“ gesprochen wurde, steht in Argentinien neben der *memoria* – Erinnerung – die Menschenrechtspolitik *(política de derechos humanos)* im Zentrum. Menschenrechtsorganisationen wie die *Madres de la Plaza de Mayo* waren es, die zum Fall der Diktatur beigetragen haben und dann auch in der Demokratie eine herausragende Rolle übernahmen, indem sie sich für *memoria, verdad, justicia* einsetzten. Auch auf Regierungsebene ist die Aufarbeitung und Vermittlung der Vergangenheit in Menschenrechtssekretariaten sowohl auf nationaler wie auf Provinzebene angesiedelt. Der Menschenrechtsdiskurs heute ist ebenso präsent und ist Teil der Analyse.

Hierauf folgt ein Blick auf den Institutionalismus, denn Ziel der Arbeit ist es, eine politische Institution zu untersuchen. Dementsprechend muss geklärt werden, welche Kriterien die Entstehung einer Institution fördern und wie institutioneller Wandel abläuft.

Im nächsten Schritt führt dies dann zur politikwissenschaftlichen Politikfeldforschung oder *Policy*-Forschung. In der etablierten Dreiteilung des Politikbegriffes in *Polity*, *Politics* und *Policy*

wird Politik in Institutionen, Prozesse und Inhalte unterteilt. Diese Untersuchung hat zur Annahme, dass es sich bei der Erinnerung und Aufarbeitung um ein Politikfeld handelt und somit Politikfeldanalysen durchführbar sind. Daher kommen bestimmte Analyseraster aus dem Bereich der Policy-Forschung zum Einsatz. Als besonderer Ansatz soll hier das *Advocacy Coalition Framework* (ACF) dienen. Der von Paul Sabatier entwickelte Ansatz erlaubt es, Politikveränderungen in bestimmten Politikfeldern über lange Zeit zu erklären. Dabei werden insbesondere die verschiedenen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteure in das Zentrum der Untersuchung gerückt. Eine wichtige Hintergrundfolie sind die bestehenden *belief systems*, die den Aktionen der Akteure zugrunde liegen.

Darauf folgt die Erörterung der Konzepte Geschichtspolitik, Vergangenheitspolitik, Gedächtnispolitik und Erinnerungspolitik. Sind dies Synonyme oder lassen sich Unterschiede feststellen? Diese im deutschen Kontext relevante Debatte wird hier auf den argentinischen Fall angewandt.

Kapitel drei steht dann im Zeichen einer sozio-historischen Betrachtung der Ausgangssituation für die Entstehung und Entwicklung der CPM. Ohne ein Verständnis des Unrechts und der Verbrechen in Argentinien lässt sich die Aufarbeitung kaum untersuchen. Es wird ein detailreicher Blick auf die argentinische Militärdiktatur und die Dynamiken in der Aufarbeitung geworfen. Die besondere Art des Verbrechens des Verschwindenlassens, welches eine der schwersten Menschenrechtsverletzungen darstellt, ist nicht nur traumatisch für Opfer und Angehörige, sondern prägt die Debatte und die Aufarbeitung auf eine ganz besondere Art. Die Abwesenheit der Opfer, die langjährige Leugnung ihrer Existenz, die Frage nach dem Warum sind bedeutsame Leitplanken, an denen die Aufarbeitung entlangläuft. Es werden Fort- und Rückschritte in der argentinischen Erinnerungspolitik aufgezeigt. Die Erfahrungen aus 30 Jahren Auseinandersetzung um die Erinnerung sind bis heute prägend und bestimmen zum Teil noch heute die aktuelle Arbeit der Menschenrechtsorganisationen.

In Kapitel vier steht dann die *Comisión Provincial por la Memoria* im Zentrum. Ausgangspunkt ist die Geschichte der Entstehung der Kommission. Vor allem die spezielle politische Lage in der Provinz trug zur Gründung bei. Hinzu kam das Auffinden des Archives der DIPPBA. Die ersten Schritte der Kommission bis hin zur weiteren Etablierung geben beträchtlichen Aufschluss über die Lage von Aufarbeitung und Erinnerung in den frühen 2000er Jahren in Argentinien. Hier soll die mittlerweile 20-jährige Tätigkeit der Kommission beschrieben werden. Zudem wird der institutionelle Aufbau der CPM erläutert.

Die Arbeit der Kommission wird anhand ausgewählter Themenfelder analysiert. An erster Stelle muss hier das Fundament der Kommission, das Archiv der *Dirección de Inteligencia de*

la Policía de la Provincia de Buenos Aires stehen. Die Arbeit am und mit dem Archiv ist der Grundstein für viele weitere Projekte und half der CPM, ihre Stellung im Feld der Aufarbeitung und Erinnerung zu festigen. Der enge Bezug zur Wissenschaft schuf eine Profillinie, die über die des Aktivismus hinausgeht.

An zweiter Stelle wird das Programm *Jóvenes y Memoria* untersucht. Hierbei handelt es sich um ein seit 2002 bestehendes Programm, welches im außerschulischen Rahmen auf die Vermittlung von Vergangenheit und Emanzipation von Jugendlichen setzt. Bis 2019 nahmen circa 100.000 Jugendliche aus der gesamten Provinz Buenos Aires an diesem Programm teil. *Jóvenes y Memoria* illustriert, wie die Kommission versucht, moderne Erinnerungspädagogik umzusetzen.

Als drittes Themenfeld steht das *Comité contra la Tortura*, welches auf den ersten Blick nichts mit der Aufarbeitung und Erinnerung an die letzte Militärdiktatur zu tun hat. Die Überprüfung, Bearbeitung und Anklage aktueller Menschenrechtsverletzungen durch den Staat ist hier die Hauptaufgabe. Menschenrechtsverletzungen sind nicht nur Teil der Vergangenheit, sie finden auch in der Gegenwart statt, und wieder ist der Staat der Täter. Begründung und Legitimation für diese Tätigkeit kommt aus dem Diskurs über die Militärdiktatur. Die Arbeit analysiert an dieser Stelle die Berichte des CCT und zeigt an ihnen die Verbindung von Vergangenheit und Gegenwart.

Ein kurzer Blick wird auf das *Museo de Arte y Memoria* geworfen. Dieses Projekt der Kommission unterstreicht, dass sie das Thema der Erinnerung in jedem gesellschaftlich relevanten Bereich fördern will. Dazu gehört auch die Kunst, die Ausstellungen und Konzepte, die hinter dem Museum stecken. Abgerundet wird dieser Teil mit einem Überblick auf die weiteren nennenswerten Themenfelder für die Arbeit der Kommission.

In einem ergänzenden Unterpunkt erfolgt die Analyse der Erinnerungsorte, die die CPM betreut. An ihnen lassen sich museale Konzepte und Formen der Vermittlung gut darstellen. An erster Stelle steht hier der Sitz der CPM. Das ehemalige Gebäude der DIPPBA hat eine besondere Geschichte. Heute dient es sowohl als Ort der aktiven Aufarbeitung mit Sitz der CPM, als Museum sowie als Ort der Vermittlung. Als zweiter Erinnerungsort administriert die Kommission den *Pozo de Quilmes*. In einem Vorort von Buenos Aires gelegen, war dies ein Haft- und Folterzentrum während der Militärdiktatur, unter dem Deckmantel eines Gefängnisses innerhalb eines Polizeikommissariats. Die spezifische Relevanz dieses Ortes steckt allerdings nicht nur darin, sondern in der Weiterverwendung als Gefängnis nach der Demokratisierung bis in das Jahr 2017.

In Kapitel fünf findet dann die Analyse der CPM unter Berücksichtigung aller theoretischen Vorüberlegungen statt. Die Kommission wird mit Blick auf ihre Erinnerungspolitik, ihre Position im Feld der Menschenrechtsorganisationen, ihre Beziehungen zur Politik analysiert. Über die verschiedenen theoretischen Werkzeuge, wie das ACF und den Institutionalismus, werden die zentralen Aussagen der Arbeit zusammengetragen.
Die Arbeit endet mit einem Schlusskapitel, hierin wird ein Kriterienkatalog für die Erforschung erinnerungspolitischer Institutionen vorgestellt. An dieser Stelle werden mögliche weitere Forschungsprojekte genannt. Zuletzt findet eine knappe Einordnung des übergeordneten Themas argentinische Erinnerungspolitik, für deutsche Leserinnen und Leser statt.

1.2 Forschungsstand

Der Forschungsstand zu dieser Arbeit speist sich aus verschiedenen Forschungsbereichen: Erinnerung und Gedächtnis, *Policy*-Forschung, dem Fallbeispiel Argentinien und zuletzt der CPM. Zuerst soll hier der Bereich der Theorien zu Erinnerung und Gedächtnis vorgestellt werden. Kaum jemand ist so eng mit der Erforschung von Erinnerung verbunden wie Maurice Halbwachs. Der französische Soziologe war Schüler Émile Durkheims und wurde 1919 Professor in Straßburg. Er beschäftigte sich unter anderem mit Religionssoziologie. Doch bald darauf wandte er sich der Erforschung des kollektiven Gedächtnisses zu (vgl. Hirsch 2012, S. 226–228). Keine Studie zum Forschungskomplex Erinnerung und Gedächtnis kommt ohne einen Verweis auf sein Hauptwerk aus. Im französischen Original 1939 geschrieben, erscheint es posthum 1950, *La mémoire collective* – das Kollektive Gedächtnis – und nimmt den ersten Platz unter den Klassikern der Gedächtnisforschung ein. Auf Halbwachs geht die Annahme zurück, dass Erinnerung innerhalb von Gruppen weitergegeben werden können und diese nicht nur individuell sein müssen. Sein wissenschaftliches Wirken wird durch den Zweiten Weltkrieg und die deutsche Besatzung unterbrochen. Von den Nazis deportiert stirbt er 1945 im Konzentrationslager Buchenwald (vgl. Halbwachs 2004, S. 7).
Mit Pierre Nora muss ein weiterer französischer Wissenschaftler genannt werden. Der Historiker, der Annales-Schule[9], hatte eigentlich vor, eine neue französische Nationalgeschichte zu schreiben. Er stellte aber fest, dass die Erinnerung nicht mehr vornehmlich innerhalb sozialer Gruppen übertragen wird, sondern das an deren Stelle die *Les Lieux de Mémoire* – Erinnerungsorte – getreten waren (vgl. Den Bor 2008, S. 20–21). Nora verknüpfte dabei Erinnerung mit

[9] Die Annales-Schule wurde insbesondere von Marc Bloch und Lucien Febvre geprägt und führte zu einer methodischen und inhaltlichen Modernisierung in der französischen Geschichtswissenschaft (vgl. Burke 1998).

nationaler Identität und schuf sein fünfbändiges Werk *Les Lieux de Mémoire*. Mit einem Band zur Republik, drei Bänden zur Nation und einem Band zu *les France* nahm das Publikationsprojekt mehrere Jahre in Anspruch. Für Nora sind Erinnerungsorte nicht nur physisch existent, er zählt auch Jeanne d'Arc, den Eifelturm oder die Nationalhymne dazu (vgl. Nora 1998, S. 18–22). Nora schuf ein Konzept, welches weltweit rezipiert und genutzt wird. Sein Projekt war unzweifelhaft von Erfolg gekrönt, so sehr sogar, dass es Nachahmer gab. Für Deutschland waren es Etienne François und Hagen Schulze (2002), die die deutschen Erinnerungsorte zusammentrugen.

Wer in Deutschland zu Erinnerung und Gedächtnis forscht, der stößt zwangsläufig auf die Forschung des Ehepaars Jan und Aleida Assmann. Für ihr gemeinsames Werk bekamen sie 2018 den Friedenspreis des deutschen Buchhandels. In ihrer Dankesrede widmeten sie sich den Themen Öffentlichkeit und Wahrheit, um dann auf ihr gemeinsames Forschungsinteresse einzugehen, das kulturelle Gedächtnis. In Bezug auf die Debatten um Identität und Abschottung hielten sie ein Plädoyer für die offene Gesellschaft (Assmann und Assmann 2018). Jan Assmann, Ägyptologe und Professor in Heidelberg, griff Halbwachs auf und formte seine Theorie vom kulturellen Gedächtnis. Seine Forschung fand viel Anklang, er veröffentlichte auch auf Englisch (Assmann 2011). Seine Frau Aleida Assmann, Professorin für Anglistik und Kulturwissenschaft, ist nicht nur für ihre theoretischen Arbeiten bekannt geworden, sondern für ihre Interventionen in der bundesdeutschen Öffentlichkeit (Assmann 1999, 2007; Assmann und Conrad 2010). Besonders viel besprochen war ihr Buch „Das neue Unbehagen an der Erinnerungskultur“ (Assmann 2013), in dem sie bereits 2013 eine Infragestellung des deutschen Erinnerungskonsenses feststellt. Sie betrachtet Erinnerung in ihrem Werk nicht nur einseitig, sondern stellt ihr das Vergessen gegenüber (Assmann 2018).

Der französisch-bulgarische Schriftsteller und Literaturwissenschaftler Tzvetan Todorov hat sich 1995 mit dem Missbrauch der Erinnerung beschäftigt, sein Buch ist besonders für die politische Dimension der Vergangenheit in der Gegenwart relevant (Todorov 2008).

Besondere Relevanz in Argentinien, was die theoretische Betrachtung von Erinnerung angeht, hat der österreichisch-französische Soziologe Michael Pollak. Sehr jung im Alter von 42 Jahren an AIDS gestorben, forschte er anfänglich zur Homosexualität. Später arbeitete er dann zu Überlieferungen und Zeugenaussagen aus den deutschen Konzentrationslagern. Die Anerkennung in Argentinien für sein Werk, welches in Deutschland nicht dieselbe prominente Stellung einnimmt, ging sogar so weit, dass eigenhändig Aufsätze von ihm übersetzt wurden (Pollak 2006). Der Band ist heute ein Standardwerk in Forschung und Lehre in Argentinien.

Wie in jedem Fachbereich zählt es heute zum guten Ton, Einführungen und Handbücher zu schreiben. Zu diesen zählt unter anderem das interdisziplinäre Handbuch zu Gedächtnis und Erinnerung, welches verschiedene Disziplinen vereint (Gudehus et al. 2010). Bereits in der dritten Auflage ist Astrid Erlls Einführung in das kollektive Gedächtnis und Erinnerung erschienen (Erll 2017). An dieser Stell muss auch das *Routledge International Handbook of Memory Studies* erwähnt werden, welches einen sehr lesenswerten Überblick zum internationalen Feld der Erinnerungsforschung bietet (Tota und Hagen 2016).

Besonders im englischsprachigen Raum gewann ab den 1990er Jahren das Konzept *Transitional Justice* an Relevanz. Die Wurzeln von *Transitional Justice* reichen zwar weiter zurück, doch erst nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Blocks verbreitete sich das Konzept weltweit. *Transitional Justice* umgeht dabei die schwierige und kaum zu übersetzende deutsche Semantik von Vergangenheitsbewältigung oder Aufarbeitung der Vergangenheit. Unter *Transitional Justice* werden alle die Prozesse verstanden, die nach dem Ende von Diktaturen oder gewaltsamen Prozessen stattfinden. Ein Hauptaugenmerk liegt auf den juristischen Perspektiven der Aufarbeitung und Wiedergutmachung. Aus politikwissenschaftlicher Lesart ist *Transitional Justice* eng mit der Demokratieforschung verbunden (vgl. Buckley-Zistel und Oettler, S. 24–27). Mittlerweile sind eine Reihe von Handbücher zu *Transitional Justice* erschienen. Die juristische Perspektive nehmen Gerhard Werle und Moritz Vormbaum (2018) ein. Überwiegend politikwissenschaftliche Blickwinkel und viele Beispiele vereinen Anja Mihr sowie Susanne und Gert Pickel (2018b).

Die Arbeit betrachtet die politischen Prozesse hinter der Erinnerung, dementsprechend wird der Gegenstand als Politikfeld analysiert. Die Politikfeldforschung fragt gezielt nach den Inhalten von Politik. Die Einteilung in Felder verläuft dabei nach Themen. Sozial- und Umweltpolitik sind zwei klassische Themenfelder, die in der Policy-Forschung einen hohen Stellenwert einnehmen. Untersuchungsgegenstand ist dabei, was auf der politischen Agenda steht und warum, wem die getroffenen Entscheidungen nutzen oder ob diese nachhaltig sind. *Policy*-Analysen sind nicht nur aufgrund der verschiedenen Themen sehr vielfältig. Zudem gibt es eine Vielzahl von methodischen und analytischen Zugängen (vgl. Blum und Schubert 2011, S. 10–12). Grundlegend für den deutschsprachigen Raum ist das Handbuch *Policy*-Forschung von Georg Wenzlburger und Reimut Zohlnhöfer (2015a), welches einen exzellenten Überblick über Theorien, Methoden und Politikfelder gibt.

Einer dieser vielen Ansätze ist das *Advocacy Coalition Framework* (ACF). Entwickelt wurde es von Paul Armand Sabatier, der an der University of California tätig war. Es handelt sich hierbei um einen sehr flexiblen Analyserahmen für Policy-Prozesse, der besonders Kontext-

und Akteursumgebung berücksichtigt. Sabatier wandte ihn vor allem auf umweltpolitische Fragen in den USA an. Heute zählt das ACF zu den am häufigsten verwendeten Ansätzen in der Politikfeldforschung (vgl. Bandelow 2015, S. 305–306). Hervorzuheben ist Sabatiers ständiger Versuch, seinen eigenen Ansatz zu optimieren (Sabatier 1988, 2007; Sabatier und Jenkins-Smith 1993a).

Da es sich beim Hauptgegenstand der Arbeit um eine Institution handelt, ist es notwendig sich mit der sozialwissenschaftlichen Institutionenforschung auseinanderzusetzen. Zu den Klassikern des nordamerikanischen Institutionalismus gehört der Ökonom Douglass North (1990). Ein politikwissenschaftliches Handbuch, welches die wichtigsten Strömungen der Institutionenforschung zusammenfasst, ist das *The Oxford Handbook of Political Institutions* (Rhodes et al. 2008).

Die Arbeiten zu den Themen Aufarbeitung und Erinnerung in Argentinien speisen sich vor allem aus drei Richtungen. An erster Stelle stehen die Menschenrechtsorganisationen, die mit ihren Zeugnissen und Publikationen das Thema als Erste vertraten und in der Öffentlichkeit sichtbar machten. Dabei handelte es sich um politischen Aktivismus, der mit einem klaren Ziel, der Verurteilung der Schuldigen und der Aufklärung der Taten, verbunden war. An zweiter Stelle stehen Journalistinnen und Journalisten, die über die Themen der Diktatur, ihre Opfer und auch die Täter berichteten. Darauf folgt die akademische Welt auf deren Publikationen hier jetzt näher eingegangen werden soll.

Das Thema *memoria* hält zwar mit der Demokratisierung Einzug in die öffentlichen Debatten, doch der *memory boom*, wie er Europa und die USA ab den 1980er Jahren erreicht (vgl. Winter 2007, S. 391–396), hat in den argentinischen Sozialwissenschaften kaum vergleichbare Auswirkungen. Während der Militärdiktatur von 1976 bis 1983, aber auch bereits in der Diktatur der *Revolución Argentina* von 1966 bis 1973, waren die Universitäten und Hochschulen ein wichtiges Kampfobjekt. Die Studentenbewegung war ein wesentlicher politischer Akteur und beteiligte sich an den populären Aufständen der 1960er Jahre. In den Universitäten wurde interveniert, politisch anstößige Studiengänge wie Anthropologie oder Soziologie wurden geschlossen oder von politischen Inhalten „befreit“ (Buchbinder 2010). Die kurze Periode der Öffnungen und Ausweitungen der Universitäten unter Hector Campora und Juan Domingo Perón 1973 und 1974 hatte eine umso härtere Repression zur Folge. Die Universitäten galten als Hochburg des Kommunismus und der Subversion. Nicht nur durch die brutale Repression litten die Universitäten: Exil, Ausschluss von der Lehrtätigkeit und Selbstzensur waren an der Tagesordnung. Zudem wurde der Zugang zu den tertiären Bildungseinrichtungen stark eingeschränkt (vgl. Rodríguez 2014, S. 268–271). Dies hatte eine große Auswirkung auf den Zustand

der Sozialwissenschaften nach dem Ende der Diktatur. Dementsprechend gab es weder in der Soziologie noch in der Geschichtswissenschaft klare Antworten auf die Fragen, die die traumatische Vergangenheit an die Gesellschaft stellte.

In Argentinien entwickelte sich langsam interdisziplinärer Austausch zum Thema *memoria*. Zuerst begann sich die Psychologie im Bereich der Traumaforschung mit den Auswirkungen des bewaffneten Kampfes und der sozialen Betroffenheit auseinanderzusetzen. In den 1990er Jahren begannen dann sowohl Soziologie als auch Anthropologie sich mit der Diktatur und der Erinnerung zu beschäftigen. Wie in anderen Fällen auch kam es zum Deutungskampf zwischen Erinnerung und Geschichte mit der Geschichtswissenschaft.

Ein erster Ort für argentinische Debatten zum Thema *memoria* war die Zeitschrift *Punto de Vista*. Die Debattenzeitschrift für Geschichte, Kultur und Soziologie bot verschiedenen Autoren einen Ort zur Reflexion über die Themen der Aufarbeitung sowie die Radikalisierungsprozesse und Gewalterfahrungen der 1970er Jahre. Einen besonderen Anlass für die Debatte bot die juristische Aufarbeitung unter Alfonsín und das ans Licht kommen des Ausmaßes der Repression und der Menschenrechtsverletzungen. Schon früh finden sich hier die Debatten zur Kriegslogik, dem Vergessen und dem kritischen Erinnern. Zu den Autoren gehörten unter anderen Beatriz Sarlo und Hugo Vezzetti (vgl. Chama und Sorgentini 2013).

Die wichtigste Autorin in Argentinien zum Thema Aufarbeitung und Erinnerung sowie zu den Menschenrechtsorganisationen ist Elizabeth Jelin, sie studierte in Buenos Aires, Mexiko und an der Universität von Texas. Sie widmete sich anfänglich den neuen sozialen Bewegungen. In diesem Kontext begann ihre Arbeit zum Thema *memoria* in Argentinien (Jelin 1995). Bereits in den 1990er Jahre veröffentlichte sie auf Englisch (Jelin 1994). Ihr gelang es mit finanzieller Unterstützung der Ford Stiftung und unter der Organisation des *Social Science Research Council* einen großen Arbeitskreis zum Thema Zeitgeschichte, Erinnerung und Aufarbeitung zu etablieren. Das Programm hieß „*Memoria colectiva y represión: perspectivas comparativas sobre el proceso de democratización en el Cono Sur de América Latina*" und wurde von 1998 bis 2005 von vielen Stipendiatinnen und Stipendiaten aus unterschiedlichen Ländern Lateinamerikas durchlaufen (vgl. Cruz 2017, S. 161).

Ihre wohl wichtigste Veröffentlichung ist *Los trabajos de la memoria* (Jelin 2002) . Hierin fasst sie die Grundfragen in der theoretischen wie auch in der praktischen Beschäftigung mit der Erinnerung in Argentinien zusammen. Aufbauend auf Schriften der Psychoanalyse Paul Ricœurs und Halbwachs' formuliert sie ihre Theorie von Erinnerung. Dabei zeigt sie deutlich, dass es die politischen Auseinandersetzungen sind (im Original *luchas* – Kämpfe), die Erinne-

rungen definieren und prägen. 2017 legte Jelin eine Aktualisierung und Ausweitung ihres Konzeptes vor. Hier intensivierte sie vor allem den Aspekt Gender sowie allgemein das Thema der Frauen (Jelin 2017).

Auf der Seite der Journalistinnen und Journalisten ist Horacio Verbitsky eine der einflussreichsten Stimmen. Mit Wurzeln im Linksperonismus steht er der Menschenrechtsorganisation *Centro de Estudios Legales y Sociales* (CELS) vor. In einer seiner einflussreichsten Publikationen, *El Vuelo*, interviewt er den Marinepiloten Adolfo Scilingo, der als erster Angehöriger des Militärs die Existenz der sogenannten Todesflüge[10] zugibt (Verbitsky 1995). Hervorzuheben, neben seiner Tätigkeit beim CELS, ist der von ihm herausgegebene Sammelband zur Komplizenschaft der Wirtschaft in der Militärdiktatur (Verbitsky und Bohoslavsky 2015b).

Der Sozialwissenschaftler Emilio Crenzel gehört zu einer jüngeren Generation von Wissenschaftlern, die sich mit der Aufarbeitung der Vergangenheit in Argentinien beschäftigt haben. Sein Hauptaugenmerk liegt dabei auf dem Bericht der CONADEP *Nunca más* (Crenzel 2008b). In einer tiefgehenden Analyse beleuchtet er sowohl den Kontext und den Verlauf der Sabato-Kommission kritisch. Ebenfalls einflussreich war die Publikation eines Sammelbandes zum Thema der Verschwundenen. Der Band nennt viele emblematische Beispiele der Opfer und des Erinnerns (Crenzel 2010a).

Der in Buenos Aires lehrende Soziologe Daniel Feierstein beschäftigte sich vor allem mit dem Thema Genozid und dem Holocaust. Er ist einer der führenden Vertreter der Anwendung des Konzeptes Völkermord auf Argentinien (Feierstein 2014). Darüber hinaus betrachtete er die Wirkung der juristischen Aufarbeitung und die dabei erfolgende Verwendung des Konzeptes Genozid (Feierstein 2012). In seiner Publikation widmet er sich kritisch den Entwicklungen der jüngsten Zeit, in der die Erinnerung wieder infrage gestellt wird und Diskurse hörbar werden, die Errungenschaften der Erinnerungskultur negieren. Dabei sieht er einen erneuten Bedeutungsgewinn der Theorie der zwei Dämonen[11] (Feierstein 2018).

Die Politikwissenschaftlerin Pilar Calveiro war Mitglied der *Fuerzas Armadas Revolucionarias* (FAR) und danach der *Montoneros*, im Mai 1977 wurde sie entführt und in die ESMA verschleppt. Sie überlebte die ESMA und konnte nach Mexiko ins Exil gehen. Ihr 1998 erstmals

---

10 Hierbei wurden die Opfer betäubt und ruhiggestellt in ein Flugzeug gebracht. Über dem Río de la Plata oder dem Atlantik wurden die noch lebenden Körper in die See geworfen, in der Hoffnung, dass ihre Körper nie wieder auftauchen.

11 Mit der Theorie der zwei Dämonen ist die geschichtspolitische Interpretation der 1970er Jahre gemeint, nach der das Land von zwei Dämonen, linker Guerilla und rechten Paramilitärs und staatlichem Terrorismus, heimgesucht wurde, siehe hierzu Kapitel 3.2.

erschienenes Buch *Poder y desaparición* untersucht die Machtverhältnisse und Funktionsabläufe der argentinischen Folterzentren. Die Beschreibungen von Folter, Mord und Verschwindenlassen sind durch den autobiographischen Bezug besonders lesenswert (Calveiro 2004). Sie gehörte zu den Autorinnen und Autoren mit eigener Aktivität und Verwicklung in den bewaffneten Kampf der 1970er Jahre, die später ein anderes Fazit inklusive einer Neubewertung forderten (Calveiro 2006).

Die deutsche Lateinamerikaforschung griff das Thema der Aufarbeitung der Vergangenheit selbstverständlich ebenfalls auf. Es entstand eine Reihe von Dissertationen, die in vergleichenden Arbeiten oder Einzelfallstudien die Prozesse in Lateinamerika, aber speziell auch in Argentinien untersuchten. Ein relativ früher Aufsatz, der bereits den Politikfeldbegriff enthält, stammt von Ruth Fuchs und Detlef Nolte (2004). Fuchs veröffentlichte dann ihre Dissertation zur Vergangenheitspolitik in Argentinien und Uruguay als Politikfeldanalyse (Fuchs 2010). Bereits drei Jahre zuvor publizierte Veit Straßner seine Untersuchung der Fälle Argentinien, Uruguay und Chile. Auch er nutzte den Ansatz der Politikfeldanalyse unter Zuhilfenahme des *Advocacy Coalition Framework*. Beide Arbeiten beschreiben detailliert die Geschichte und die Abläufe der Aufarbeitung, die Phaseneinteilung orientiert sich an den jeweiligen Regierungen. In ihrer Analyse bleiben sie auf der Ebene des Nationalstaates, Besonderheiten in einzelnen Bundesstaaten oder Provinzen spielen keine Rolle.

Der Historiker Alexander Hasgall nimmt eine sehr ausführliche Einzelfalluntersuchung der argentinischen Aufarbeitung vor. Seine Analysen und Interpretationen reichen zwar in die Zeit des Kirchnerismus hinein, sein eigentlicher Untersuchungszeitraum endet jedoch 1995. Nichtsdestotrotz ist es im deutschen Sprachraum die wohl detaillierteste Publikation (Hasgall 2016).

Anna Huffschmid legt mit ihrer Dissertation ein anthropologisches, gar ethnographisches Werk vor. Sie untersucht die urbanen Erinnerungslandschaften in Buenos Aires und Mexiko-Stadt. Dabei gelingt ihr eine durchaus wirkungsvolle Beschreibung des Panoramas der Aufarbeitung und deren Sichtbarmachung in der Stadt Buenos Aires (Huffschmid 2015).

Ein weiterer erinnerungskultureller Städtevergleich liegt mit dem Sammelband „Memorias urbanas en diálogo: Berlín y Buenos Aires“ vor. Mit Unterstützung der Heinrich Böll Stiftung werden die beiden Partnerstädte auf den verschiedensten Ebenen miteinander verglichen, dabei stehen vor allem Erinnerungsorte sowie staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure im Zentrum (Birle et al. 2010).

Der Anthropologe Antonius Robben ist einer der internationalen Kenner Argentiniens, seiner Geschichte und der Aufarbeitung und Erinnerung. Seine Studie zur politischen Gewalt der 1970er Jahre ist umfassend und facettenreich. Er stellt dabei den Begriff des Traumas in den

Mittelpunkt (Robben 2007). Sein neueres Werk kann beinahe als Fortsetzung verstanden werden. In *Argentina Betrayed* untersucht er den Aufarbeitungsprozess und fokussiert sich dabei auf das nicht vorhandene Vertrauensverhältnis zwischen Opfer und Tätern, eine Konstellation, die Versöhnung quasi unmöglich macht (Robben 2018).

Mittlerweile gibt es eine Reihe von spezialisierten Zeitschriften zum Thema Erinnerung. Für den Bereich der *Transitional Justice* gibt es das *International Journal of Transitional Justice*, welches seit 2007 die globalen Prozesse der Strafverfolgung und der Erinnerung interdisziplinär darstellt.

Für diese Arbeit hat die online und als *open access* erscheinende Zeitschrift *Aletheia* eine große Bedeutung. Sie ist das Publikationsorgan des Studiengangs *Maestría en Historia y Memoria* der *Facultad de Humanidades y Ciencias de la Educación* an der *Universidad Nacional de La Plata* (UNLP). In der Zeitschrift werden Artikel sowie Abschlussarbeiten von Studierenden, Absolventinnen und Absolventen und Dozierenden veröffentlicht. Die einzelnen Ausgaben haben seit der achten Nummer einen thematischen Schwerpunkt, der aktuellen Anlässen oder einzelnen Ländern gewidmet ist. Nach der griechischen Göttin der Wahrheit benannt, vereint die Zeitschrift einen interdisziplinären Mix aus historischen, soziologischen und kulturwissenschaftlichen Betrachtungen (Facultad de Humanidades y Ciencias de la Educación 2019).

Die *Maestría en Historia y Memoria* ist einmalig in Lateinamerika. Seine Entstehung ab 2002 liegt einem Zusammengehen der UNLP und der CPM zugrunde. Beide Institutionen schlossen sich für dieses Vorhaben zusammen. Die Studierenden besuchen Seminare an der Universität, haben aber ebenso die Möglichkeit, eine Lehrveranstaltung in der CPM zu besuchen. 2003 wurde der Studiengang akkreditiert, die erste Einschreibung erfolgte 2004. Seit 2005 können sich die Studierenden jährlich einschreiben.[12]

Der Studiengang hat zum Ziel, die Prozesse der kollektiven Erinnerung in Argentinien und dem *Cono Sur* zu erforschen. Dabei soll die Erinnerungskultur durch die Forschung und die Produktion von Erinnerungen gestärkt werden. Das zweijährige akademische Programm wird nicht nur von Dozierenden aus La Plata durchgeführt, es werden auch Gastdozenten aus anderen argentinischen Universitäten und Partnerinstitutionen eingeladen. Direktorin des Studiengangs ist Ana María Barletta, die ebenfalls Mitglied der CPM für die UNLP ist (Facultad de Humanidades y Ciencias de la Educación o.J.). Der Studiengang erfreut sich internationaler Popularität. Nicht nur Argentinierinnen und Argentinier und Absolventen der UNLP machen von dem

[12] Der Autor konnte während seines Forschungsaufenthaltes 2019/20 Seminare und Veranstaltungen der *Maestría en Historia y Memoria* besuchen.

Angebot Gebrauch, es sind ausländische Studierende, vor allem aus Kolumbien und den Nachbarländern Argentiniens, die die Seminarräume füllen und damit dem Studiengang ein internationales Flair geben.

Die Veröffentlichungen in der Zeitschrift wie auch die Abschlussarbeiten der *Maestría* bereichern den Forschungsstand zu Aufarbeitung und Erinnerung und beziehen sich auf ganz Lateinamerika besonders aber auf Argentinien. Eine dieser Arbeiten ist die Studie von Santiago Cueto Rúa über HIJOS[13] (Cueto Rúa 2008). In den Arbeiten findet sich durchaus eine regionale Perspektive, die sich durch die Beteiligung der CPM und den Zugriff auf das Archiv der DIPPBA erklären lässt. La Plata und die Provinz sind gern genommene Themen.

Eine weitere argentinische Zeitschrift, die sich ausschließlich mit dem Thema *memoria* befasst, ist *Clepsidra*. Die nach einer antiken Wasseruhr benannte Zeitschrift bietet Autorinnen und Autoren Raum für Debatten und Reflexion zum Thema Erinnerung und Menschenrechte in Argentinien und Lateinamerika. Seit 2013 besteht sie im *Red Interdisciplinaria de Estudios sobre Memoria Social* (RIEMS). Ab 2004 erscheinen zwei Nummern jährlich, die jeweils einen thematischen Schwerpunkt haben (Portal de Publicaciones Científicas y Técnicas 2019).

In seiner Dissertation von 2016 untersuchte Cueto Rúa die CPM. Aus soziologischer Perspektive unter Bezugnahme auf Pierre Bourdieu, beschreibt er das Feld der Erinnerungspolitik sowie die Entstehung und Herausbildung der Kommission. Dabei legt er besonderen Fokus auf die sogenannten *notables*. Diese sind die Mitglieder – Honoratioren – der Kommission, die nicht zur wissenschaftlichen oder technischen Belegschaft gehören. Zu ihnen gehören Repräsentanten der Legislative, der UNLP und Vertreterinnen und Vertreter von Menschenrechtsorganisationen. In einem zweiten Schritt untersucht der Autor ausgewählte Konfliktfelder. Sein Untersuchungszeitraum umfasst dabei zehn Jahre, von der Entstehung der Kommission 1999 bis 2009 (Cueto Rúa 2016). In dieser Form ist die Arbeit von Cueto Rúa bislang einmalig. Die CPM kommt natürlich häufig in den Beschreibungen und Überblicken zur Erinnerung in Argentinien vor. Herausgehoben sei hier das Archiv der DIPPBA, welche mehrmals Untersuchungsgegenstand war (da Silva Catela 2007). Aufgrund der Besonderheit des Archivs liefert es Quellen für viele historische Arbeiten zur argentinischen Militärdiktatur und zu den internationalen Verflechtungen der Unterdrückung (vgl. Marchesi 2018).

---

13 Wenn von H.I.J.O.S. „mit Punkten“ die Rede ist, ist damit das *Red Nacional* von H.I.J.O.S. gemeint. In seiner Arbeit untersucht Cueto Rúa aber HIJOS La Plata, die sich vom *Red Nacional* abgespaltet haben. Dabei ging es um wesentlich striktere Vorstellung davon, wer Mitglied der HIJOS sein könnte, HIJOS La Plata verengte die Zugehörigkeit ausschließlich auf die Kinder der Verschwundenen.

Das wichtigste Datenmaterial zur CPM liefert sie selber. Tätigkeitsberichte, die jährlichen Berichte zur Lage in den argentinischen Gefängnissen sowie Dossiers zu Themen wie dem Krieg um die Malwinen (Falklandinseln)[14] oder Menschenrechtsorganisationen. Ebenso stellt die Kommission Lehrmaterialien zur Verfügung. Des Weiteren werden Publikationen veröffentlicht, zum Beispiel Dokumentationen von Tagungen (Comisión Provincial por la Memoria 2019m).

Die Mitarbeiter veröffentlichen selber zu ihren Forschungsthemen. Sandra Raggio, Generaldirektorin der Kommission, publizierte mehrfach zur *Noche de los Lapices*[15], einem für La Plata und Umgebung bis heute sehr wichtigen Ereignis (Raggio 2017a). Dabei kritisiert sie durchaus die tradierte Überlieferung der Ereignisse und setzt der durch Buch und Film fiktionalisierten Erinnerungen eine andere, auf Zeugenaussagen basierende, entgegen.

Grundlage für die Analyse der CPM sind ihre Dokumente, Schriften und ihre Homepage. Die CPM verwendet viele Ressourcen auf die Öffentlichkeitsarbeit und publiziert zahlreiche Dokumente und Berichte. Hinzu kommt ihre Internetpräsenz, die nicht nur Zugriff auf die Zeitschrift *Puentes* erlaubt, auch andere ältere Publikationen finden sich dort neben den aktuellen Meldungen. Während seines Forschungsaufenthalts 2019 hatte der Autor die Gelegenheit, an einer Vielzahl von öffentlichen Veranstaltungen der CPM teilzunehmen. Zudem besuchte er ein Seminar des Studiengangs *Maestría en Historia y Memoria*, welches von der CPM veranstaltet wurde. Aus der teilnehmenden Beobachtung konnten wichtige Erkenntnisse über die Arbeit der CPM, ihrer grundlegenden Werte und ihre Außendarstellung gewonnen werden. Darüber hinaus wurden zwei Interviews geführt (siehe hierzu Kap. 2.2).

---

14 Die Inselgruppe wird im Englischen *Falkland Islands*, im Spanischen *Islas Malvinas* bezeichnet.

15 Die *Noche de los Lápices* ist eine der bekanntesten Episoden der Repression in Argentinien. Im September 1976 verschwindet eine Gruppe von Schülern aus La Plata, von denen nur wenige überlebten. Die Ereignisse werden nach der Demokratisierung literarisch und danach filmisch verarbeitet. Die Erinnerung an die Opfer wird bis heute wachgehalten. Die *Noche de los Lápices* zeigt aber auch, wie sich die Sicht auf die Opfer verändert hat. Waren es zu Beginn die unschuldigen Opfer, die bestens in das humanitäre Narrativ passten, wurde später vor allem ihre Militanz für das *boleto estudiantil* hervorgehoben. Heute ist jedoch klar, dass die Mehrzahl von ihnen in der *Juventud Peronista* aktiv war, Kontakte zu den *Montoneros* hatte, und aktiv am revolutionären Kampf teilnehmen wollte. Doch die Erinnerungen verschwimmen, sind undeutlich und passen sich an den Kontext an, wie Raggio (2017a) zeigt.

2. Analyseebenen und Methodik – Von Geschichtspolitik zum Politikfeld

2.1 Theoretische Vorüberlegungen

Im Folgenden werden die theoretischen Zugänge dieser Arbeit dargestellt. Durch die Besonderheiten des Forschungsfeldes ist eine umfassende theoretische Rahmung nötig.

Gedächtnisforschung ist ein gesamtkulturelles Phänomen. Es gibt kaum Bereiche, die davon nicht betroffen sind. Büchermarkt und TV-Produktionen greifen das Thema ebenso auf wie die akademische Welt. Dabei ist das Forschungsfeld klar interdisziplinär ausgestaltet. Kultur-, Sozialwissenschaften, aber auch die Medizin sind im Bereich der Erinnerungsforschung tätig. Der Trend lässt sich nicht auf ein Land oder eine Weltregion begrenzen. Der *memory boom* ist klar international (vgl. Erll 2017, S. 1–2). Das Feld ist im ständigen Wachstum begriffen. Gab es anfänglich noch Auseinandersetzungen über Sinnhaftigkeit, beispielweise mit der Geschichtsschreibung, ist es heute gänzlich etabliert. In der Forschung gibt es keinen zentralen Akteur, der die akademische Agenda bestimmt. Viele Forscherinnen und Forscher ordnen sich dem Feld zwar zu, jedoch lässt sich eine Grenze des Forschungsfeldes schlecht bestimmen. Zu anderen Fachgebieten ist der Übergang oft fließend. Segsten und Wüstenberg sprechen in ihrem Blick auf die Forschungslandschaft jedoch nicht von Interdisziplinarität, dies ist noch eine Herausforderung. Sie sehen zunächst eine Multidisziplinarität im Bereich der *Memory-Studies* (vgl. Segesten und Wüstenberg 2015, S. 487–488).

Ausgangspunkt für die Beschäftigung mit Erinnerung und Gedächtnis sind die einflussreichen Theorien zu den Fragen, wie wir erinnern und warum. Dabei stehen jeweils die Autorinnen und Autoren im Fokus, die in beiden Kontexten stark rezipiert werden. Am Anfang steht das Denken von Halbwachs, der die Grundlage für viele weitere Forschungsüberlegungen errichtete. Darauf folgt ein Blick auf die verschiedenen Gedächtnisformen, wie sie vor allem vom Ehepaar Assmann beschrieben werden. Zu denjenigen, die die Arbeit von Halbwachs fortführen zählt neben den Assmanns Paul Connerton, er fragt, wie moderne Gesellschaften erinnern und vergessen. Dann soll geklärt werden, warum wir erinnern und welche politischen Zwecke dies erfüllen kann. Noras Erinnerungsorte werden ebenso dargestellt. Der Begriff Erinnerungskultur schließt den ersten Block ab.

Das zweite Unterkapitel rückt den Bereich der Menschenrechte in den Blickpunkt. Diese universellen Rechte, die nicht nur die liberalen Freiheitsrechte umfassen, haben einen herausgehobenen Stellenwert in der argentinischen Debatte. Die Menschenrechte sollen dabei besonders

mit Blick auf die Aufarbeitung der Vergangenheit bearbeitet werden. Zudem gilt es, ihre politische Dimension herauszuarbeiten, unter dem Aspekt, welche Ziele mit einem Menschenrechtsdiskurs erreicht werden können.
Der dritte Punkt befasst sich mit der Institutionenforschung und stellt kurz verschiedene Sichtweisen des Institutionalismus vor. Dabei soll auch geklärt werden, welche Merkmale Institutionen in Lateinamerika besitzen.
Im vierten Abschnitt geht es um die politikwissenschaftliche *Policy*-Forschung, der Politikfelddefinition und Sabatiers Ansatz des *Advocacy Coalition Frameworks*. Das letzte Unterkapitel umreißt den Begriff Erinnerungspolitik und konstruiert das Politikfeld Erinnerung und Aufarbeitung theoretisch. An gleicher Stelle sollen auch für ausgewählte Aspekte Hypothesen formuliert werden, die dann in der Analyse wieder aufgegriffen werden.
Abgerundet wird das Kapitel durch die Schilderung des methodischen Vorgehens. Hier werden die Einzelfallanalyse näher betrachtet und die Methoden der Datenerhebung werden erläutert.

2.1.1 Theorien zu Erinnerung und Gedächtnis

Maurice Halbwachs war einer der Ersten, der sich mit dem psychoanalytischen Grundsatz, dass jedes Individuum seine eigenen und unabhängigen Erinnerungen produziert, nicht abfinden mochte. In der Auseinandersetzung mit seinen Kritikern aus der Psychoanalyse, aber auch aus den Reihen der Soziologie, entwickelte er seine Theorie des kollektiven Gedächtnisses. Die posthum veröffentlichte Schrift geriet zwar in der Nachkriegszeit in Vergessen, legte jedoch das Fundament für so gut wie alle weiteren Beschäftigungen mit dem Thema Erinnerung und Gedächtnis (vgl. Erll 2017, S. 11–12).
Halbwachs folgert aus der Betrachtung des Alltagslebens von Gruppen, dass Erinnerungen innerhalb der Gruppen geteilt werden können oder auch getrennt vorkommen. In seinen Beispielen rekurriert er auf Kindheitserlebnisse und Schulanekdoten und zeigt an ihnen, wie fragil das individuale Gedächtnis sein kann und welche Rolle die Konstruktion von Erinnerung spielt. Er zeigt, dass die einzelnen geformten Erinnerungen nicht unabhängig vom jeweiligen Umfeld sind und weist deren Einflüsse nach. Innerhalb der Gruppen werden Erinnerungen zu Gemeingut, aus ihnen speist sich das kollektive Gedächtnis (vgl. Halbwachs 1967, S. 27–30).

> „Wenn überdies das kollektive Gedächtnis seine Kraft und seine Beständigkeit daraus herleitet, daß es auf einer Gesamtheit von Menschen beruht, so sind es indessen die Individuen, die sich als Mitglieder der Gruppe erinnern. In dieser Masse gemeinsamer, sich aufeinander stützender Erinnerungen sind es nicht dieselben, die jedem von ihnen am deutlichsten erscheinen. Wir würden sagen, jedes individuelle Gedächtnis ist ein

> 'Ausblickspunkt' auf das kollektive Gedächtnis; dieser Ausblickspunkt wechselt je nach der Stelle, die wir darin einnehmen, und diese Stelle selbst wechselt den Beziehungen zufolge, die ich mit anderen Milieus unterhalte.“ (Halbwachs 1967, S. 31)

Halbwachs macht deutlich, dass das individuelle Gedächtnis nicht abgeschlossen oder isoliert ist. Die Gesellschaft, die das Individuum umgibt, prägt das individuelle Gedächtnis und vermischt es mit den kollektiven Annahmen. Kein Mensch erinnert sich ausschließlich an seine eigenen Gefühle und Wahrnehmungen. Er leitet dann zwei Gedächtnisformen ab, das persönliche und das soziale, präziser: das autobiographische und das historische Gedächtnis. Zwischen diesen beiden gibt es interagierende Prozesse (vgl. Halbwachs 1967, S. 35–36). Halbwachs bricht damit den Gegensatz zwischen Individuum und Gesellschaft auf. Als wichtigen Mechanismus in der Bearbeitung und Weitergabe von Erinnerung identifiziert der französische Soziologe den intergenerationalen Kontakt. Bereits hier führt Halbwachs eine Trennung zur Geschichtsschreibung ein. Über das Gedächtnis etabliert sich eine lebendige Geschichte, die fortbesteht, aber von der geschriebenen Historiographie abgegrenzt werden muss. Die gelebte Vergangenheit hat einen großen Einfluss bei der Sozialisation der Individuen in der Gruppe und wird so weitergegeben (vgl. Halbwachs 1967, S. 49–50).

> „[…] die Erinnerung ist in sehr weitem Maße eine Rekonstruktion der Vergangenheit mit Hilfe von der Gegenwart entleihenden Gegebenheiten und wird im übrigen durch andere, zu früheren Zeiten unternommene Rekonstruktionen vorbereitet, aus denen das Bild von ehemals schon recht verändert hervorgegangen ist.“ (Halbwachs 1967, S. 55–56)

Die Individuen gehören dabei mehreren unterschiedlich aufgebauten Gruppen an, die auf die Bildung des kollektiven Gedächtnisses Einfluss haben. Der Nation kommt dabei als Gruppe eine hervorgehobene Bedeutung zu. Obgleich Halbwachs deutlich macht, dass die Nation oft sehr weit vom eigentlichen Individuum entfernt ist. Er unterstreicht nochmals die Verschiedenheit des Gedächtnisses und der Geschichte. Die aufgeschriebene Geschichte beginnt für Halbwachs da, wo das soziale Gedächtnis erlischt. Es gibt dabei trotzdem die Möglichkeit, eine Brücke zwischen Vergangenheit und Gegenwart zu schlagen, um so Vergangenheit greifbar zu machen. Im kollektiven Gedächtnis bleibt, was in der Gegenwart lebendig ist und so im Bewusstsein der Gruppe bleibt. Dabei ist die Ausdehnung der Gruppe auch gleichsam der Rahmen,

der nicht übersprungen werden kann. Es gibt kein universelles kollektives Gedächtnis. Der geographische und zeitliche Rahmen der Gruppe gilt ebenso für deren Gedächtnis (vgl. Halbwachs 1967, S. 66–73).

In einem weiteren Schritt nimmt Halbwachs den Raum als weitere Kategorie mit auf. Orte und Straßen können für bestimmte Gruppen bestimmte Bedeutungen haben und Emotionen auslösen. Die Umgebung der Gruppen kann ihre Traditionen und Bräuche beeinflussen. Der Raum kann so ebenfalls auf das kollektive Gedächtnis einwirken, da jede kollektive Aktion Bezug zum Raum hat und umgekehrt die Erinnerung auch räumliche Bezüge aufweist. Damit weist Halbwachs der Erinnerung eine materielle Dimension zu (vgl. Halbwachs 2004, S. 144–145).

Halbwachs' Theorie gibt dem kollektiven Gedächtnis eine funktionale Ebene. Es interagiert mit dem historischen Wissen, es hat Einfluss auf die Identität, es wirkt auf gemeinsame Kenntnisse und es kann sich materiell ausdrücken. Seine Theorie zeigt, dass individuelle Erinnerungen als gemeinsame verstanden werden können. Hieraus muss sich ableiten lassen, dass es Erinnerungen gibt, die nicht geteilt werden und so gegeneinanderstehen. Erinnerung ist dabei nicht nur die antiquierte Vorstellung des Wiedererlebens, sondern wird als Rekonstruktion aus der Gegenwart heraus verstanden.

Der Wert von Halbwachs' Arbeit liegt darin, erkannt zu haben, dass individuelles Erinnern sozial bedingt ist. Des Weiteren zeigt er den generationalen Aspekt der Transmission von Erinnerung auf. Schließlich umfasst sein Verständnis vom kollektivem Gedächtnis ebenso kulturelle und materielle Formen des Erinnerns, etwas, das später von anderen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aufgegriffen und intensiver bearbeitet wird. Laut Erll beschreibt Halbwachs aber zwei Arten des Gedächtnisses, zum einen ein individuelles Gedächtnis, welches in einen gesellschaftlichen Kontext eingebettet ist. Zum anderen ein durch Interaktion zwischen Gruppen und durch Medien geformtes Gedächtnis (vgl. Erll 2017, S. 12).

Seit Mitte der 1980er Jahre arbeiten Jan und Aleida Assmann zu Gedächtnis und Erinnerungskultur. Sie nahmen sich eines Themas an, das damals noch vernachlässigt wurde, heute aber sehr populär ist. Ausgehend von den Überlegungen Halbwachs' erarbeiten sie das Konzept des kulturellen Gedächtnisses. In ihrer Forschung führen sie Erinnerung und Identität zusammen. Sie schließen Formen der kollektiven Identitätsbildung in ihre Argumentation mit ein und zeigen dadurch auch die politische Relevanz, etwa indem sie Fragen der politischen Legitimation thematisieren.

Gedächtnis, Identität und kulturelle Kontinuität sind die drei zentralen Themen der Arbeit Jan Assmanns. Jede Kultur bringt Mythen und Geschichten hervor, die an nachfolgende Generationen weitervermittelt werden, dahinter verbirgt sich ein wichtiger Prozess: die Wiederholung.

Rituale verbinden Wiederholung und Repräsentation. Für die Erinnerungsforschung haben besonders diese Rituale und Wiederholungen eine tiefe Bedeutung. Assmann unterscheidet vier Formen der Erinnerung: mimetisches Gedächtnis, Gedächtnis der Dinge, kommunikatives Gedächtnis und kulturelles Gedächtnis. Das mimetische Gedächtnis bezieht sich auf die Nachahmung von Verhalten, während das Gedächtnis der Dinge objektbezogen ist. Das kommunikative Gedächtnis ist die von Halbwachs beschriebene Form der sozialen Konstruktion von Erinnerung und die Weitergabe innerhalb von Gruppen. Das kulturelle Gedächtnis hingegen verbindet alle drei vorherigen Formen und führt so zu einer Weitergabe von Sinn (vgl. Assmann 2011, S. 1–7).

Um eine Referenz zur Vergangenheit herzustellen bedarf es zweier Grundannahmen. Die Vergangenheit darf nicht vollkommen verschwunden sein, es muss eine Dokumentation vorhanden sein. Zweitens muss sich diese Dokumentation von der Gegenwart unterscheiden. Dies führt Assmann in eine Auseinandersetzung mit den Thesen Halbwachs' zur sozialen Konstruktion der Vergangenheit. Er stimmt mit ihm überein, dass individuelle Erinnerungen sozial konstruiert werden. Diese Gruppenerinnerungen basieren auf Kommunikation und markieren zeitgleich Gruppenzugehörigkeiten. Das Gedächtnis ist dabei einem Raum zuordenbar, kann sich also nicht ohne Weiteres ausdehnen. Gleichsam steht es immer in Bezug zur Gruppe und den Trägern des Gedächtnisses. Es kann nicht einfach wahllos weitergegeben werden (vgl. Assmann 2011, S. 21–25).

Assmann übt aber auch Kritik an Halbwachs' Gedanken zum Gedächtnis. In erster Linie sind seine Ideen, aus heutiger Sicht gesprochen, nicht trennscharf genug formuliert, um große Breitenwirkung zu erzeugen. Halbwachs vernachlässigt vollkommen Schrift und schriftliche Überlieferung in seiner Theorie zum Gedächtnis. Er bleibt in seiner Analyse gruppenfokussiert und weitet seine Theorie nicht auf die kulturelle Sphäre aus. (vgl. Assmann 2011, S. 31–32) Assmann bezeichnet die Vergangenheit als „a social construction whose nature arises out of the needs and frames of reference of each particular present. The past is not a natural growth but a cultural creation" (Assmann 2011, S. 33).

Kern der Analyse Assmanns ist die Differenzierung von kommunikativem und kulturellem Gedächtnis. Das kommunikative Gedächtnis bezieht sich auf die jüngere Vergangenheit. Es entsteht durch Alltagsinteraktionen innerhalb der sozialen Gruppe. Durch spezielle Formen der kommunikativen Weitergabe hat es einen beweglichen Zeithorizont von 80 bis 100 Jahren. Über diesen Zeitraum werden Erinnerungen kommuniziert. Es gilt als leicht veränderlich und besitzt keine feste Form. Jeder partizipiert am kommunikativen Gedächtnis. Es oszilliert mit der Weitergabe und ist der zentrale Bestandteil der *Oral History*. Hiervon wird das kulturelle

Gedächtnis abgegrenzt. Hierbei handelt es sich um feste Interaktionen sowie bedeutungsvolle Rituale, die ein klares Ziel sowie Funktionen in der Weitergabe von Sinn haben. In den Kulturen gibt es verschiedene Funktionsträger, die sich speziell um die Weitergabe und Ausformulierung des kulturellen Gedächtnisses kümmern. Als Ägyptologe hat Assmann hier Schamanen und Priester im Blick, in der Moderne können hierzu Archivare zählen. Im kulturellen Gedächtnis werden für die Gemeinschaft wichtige Ereignisse weitergegeben und interpretiert. Bereits hier lässt sich die politische Dimension der Legitimation einer Gemeinschaft finden. Die Ereignisse liegen jedoch wesentlich weiter zurück, so dass es zwischen kommunikativem und kulturellem Gedächtnis eine Lücke gibt (vgl. Erll 2017, S. 25). Das kulturelle Gedächtnis baut demnach auf zentralen Überlieferungen, Texten, Bildern oder Ritualen auf, die zentrale Funktion für Gemeinschaften besitzen und auf die immer wieder verwiesen wird. Die Organisation und der feste Objektbezug ist dabei einer der wichtigsten Unterschiede zum kommunikativen Gedächtnis. Jan Assmann unterstreicht an dieser Stelle nochmals die Ritualisierung des Gedächtnisses (vgl. Assmann 2011, S. 41).

Mit Blick auf frühgeschichtliche und antike Zivilisationen untersucht Assmann den Zusammenhang zwischen Gedächtnis und Macht. Die Verbindung liegt hier im Wissen über die Vergangenheit, welches Herrscher für ihren Machtausbau nutzen können. Die Projektion des Gedächtnisses ist dabei auf die Zukunft gerichtet. Deutlich erkennbar ist dies in der Art, wie Könige versuchten, in bedeutsamer Erinnerung zu bleiben, entweder durch Monumente, Mausoleen oder Legenden, die erzählt wurden. Assmann kommt an dieser Stelle nicht umhin, das Vergessen zu erwähnen, welches ebenfalls eine Verbindung von Macht und Gedächtnis ist. Etwas vergessen zu machen, die Erinnerung an ein Ereignis gänzlich auszulöschen, kann nur auf der Basis von Macht erfolgen (vgl. Assmann 2011, S. 53–55).

In Bezug auf die Identität bleibt Assmann beim klassischen Schema von individueller und Gruppenidentität. Die individuelle Identität formt sich aus dem Kontakt mit der Gruppe und dem daraus entstehenden Austausch. Die Wir-Identität hat Vorrang vor der Ich-Identität, sie wird gesellschaftlich herausgebildet. Trotzdem besteht die Wir-Identität nicht außerhalb der Individuen, welche sie repräsentieren. Das Wir ist bedingt durch individuelle Bewusstwerdung (vgl. Assmann 2011, S. 112–113). Die kollektive Identität wird daher von ähnlichen Mechanismen geprägt wie das Gedächtnis. Die verschiedenen Identitäten, die Menschen durch ihre Zugehörigkeit zu mehreren sozialen Gruppen besitzen, haben auch einen Einfluss auf die Ausformung des Gedächtnisses. Identität und Gedächtnis bilden sich prozessförmig, sie sind formbar und sie bieten ein Feld für Konflikte (vgl. Assmann 2010, S. 222–223). In seinen Fallanalysen zeigt Assmann die Verbindung von Gedächtnis und politischer Identität, vor allem über das

Medium Schrift. Identität und Kultur werden durch Texte geformt, sie haben einen großen Einfluss auf das gesellschaftliche Leben und damit auf die Politik (vgl. Erll 2017, S. 26–27).
Aleida Assmann stellt fest, dass das kollektive Gedächtnis perspektivisch organisiert ist. Anders als ein reiner Wissensspeicher, in dem Dinge abgelegt werden, hat das kollektive Gedächtnis eine Zielfunktion. Die Probleme eines spezifisch politischen Gedächtnisses macht sie anhand der Nationenbildung deutlich. Wenn Politikerinnen und Politiker auf die Geschichte verweisen und dies einen Effekt auf die Bevölkerung hat, dann kann von einem politischen Gedächtnis gesprochen werden. Dabei kommt es zu einer Konstruktion von oben, durch die Herrschenden. Im Gegensatz dazu würde das soziale, kommunikative Gedächtnis stehen. Mit Bezug auf Ernest Renan stellt Assmann fest, dass die nationale Identität eine Gefühlsseite hat, die stark mit der nationalen Geschichte in Verbindung steht. An dieser Stelle verweist die Autorin auf Mythen, die in der nationalen Geschichtsschreibung oft einen wichtigen Platz einnahmen oder bis heute einnehmen. Der Vergangenheitsbezug bietet eine Verbindung zwischen der politischen Gemeinschaft, die für den Zusammenhalt der Nation wichtig sind. Dabei spielen Konzepte wie Trauer und Tod eine Rolle. Ebenfalls Bedeutung maß Renan dem Vergessen zu (vgl. Assmann 2007, S. 38–43).
Bereits in der Zeit der Nationalstaatsbildung wird ein Zwiespalt zwischen Geschichtsforschung und kollektivem Gedächtnis deutlich. Assmann greift wie Halbwachs und später Nora diesen Gegensatz auf, um die Unterschiedlichkeit, aber auch die Möglichkeit der politischen Instrumentalisierung zu thematisieren. Vergangenheitspolitik beziehungsweise Geschichtsschreibung spielen eine Rolle in der politischen Auseinandersetzung. Sie stärken Identität und legitimieren politische Herrscher. Geschichtsschreibung sollte aus aktueller Perspektive neutral sein. Erinnerung und Gedächtnis haben jedoch wenig mit Neutralität und Ausgewogenheit zu tun (vgl. Assmann 2007, S. 43–46).
Die besondere Leistung des Ehepaars Assmann besteht darin, die Gedanken Halbwachs' weitergeführt und präzisiert zu haben. Dabei ist die Einbindung von Gruppen- und individualen Identitäten hervorzuheben. Die Differenzierung zwischen kommunikativem (sozialem) und kulturellem Gedächtnis schafft eine klare Unterscheidung und bezieht die kulturelle Auseinandersetzung mit der Vergangenheit mit ein. Zum Gedächtnis zählen dabei ritualisierte Handlungsformen und die Dialektik von Erinnerung und Vergessen (vgl. Assmann 2007, S. 60). Der Vergangenheit schreibt Assmann höchste Bedeutung für individuelle und kollektive Identität sowie der gesamten Gesellschaft zu:

„Wir sind, mit anderen Worten, zu ganz wesentlichen Teilen das, was wir erinnern und vergessen. Unsere Erinnerung hat dabei nicht nur an den Erinnerungen anderer teil, sondern auch an dem symbolischen Universum kultureller Objektivationen.“ (Assmann 2007, S. 61)

Für den englischen Sprachraum ist der britische Anthropologe Paul Connerton derjenige, der das Denken Halbwachs’ aufnimmt und weiterformuliert. Sein Werk setzt sich nicht nur intensiv mit der Theorie Halbwachs’ auseinander, er ergänzt es um zwei wichtige Aspekte, die Ritualisierung und die *bodily practices*. Letztere weisen dem Körper unter anderem durch Kleidung und Gesten eine Funktion im Gedächtnis zu. Für Connerton ist das soziale Gedächtnis deutlich von der historiographischen Rekonstruktion zu unterscheiden. Für ihn haben die Historiker die Aufgabe die Prozesse neutral zu beschreiben, dabei sollten sie möglichst unabhängig vom sozialen Gedächtnis agieren. Dieses Spannungsverhältnis wird umso intensiver, je näher der Historiker an der Gegenwart arbeitet. Fragen der jüngsten Vergangenheit sind besonders umstritten durch den Einfluss des sozialen (kommunikativen) Gedächtnisses. Bestimmte soziale Gruppen nehmen Einfluss auf die historische Rekonstruktion und wollen ihre Erinnerungen durchsetzen. Am deutlichsten lässt sich dies in den totalitaristischen Regimes beobachten. Diese versuchten den Bürgerinnen und Bürgern ihre Erinnerungen zu nehmen und ihnen andere aufzuzwingen (vgl. Connerton 1989, S. 13–15).

Connerton unterscheidet drei Arten von Ansprüchen (*claims*) des Gedächtnisses. Das individuelle Gedächtnis greift auf Ereignisse der eigenen Vergangenheit zurück und kann sie in einen Zusammenhang mit der Gegenwart setzen. Hierbei geht es um Selbsterkenntnis und Selbstbeschreibung, die fest mit der individuellen Identität verbunden ist. Beim kognitiven Gedächtnis geht es um den Gebrauch des Erinnerns. Gemeint sind Bedeutungen, Inhalte und Strukturen, die unabhängig vom persönlichen Kontext erinnert werden können. Der letzte Bereich bezieht sich auf das Gedächtnis von Handlungen und Aufgaben, ein quasi habituelles Gedächtnis, welches eng mit dem Körper und seinen Fähigkeiten verbunden ist. Connerton stellt fest, dass der letzte Bereich kaum erforscht ist, während es zu den anderen unterschiedliche Forschungsansätze, vor allem aus der Psychoanalyse, gibt (vgl. Connerton 1989, S. 22–23).

In der Frage, wie nun Gesellschaften erinnern, erfolgt seine Auseinandersetzung mit Halbwachs. Er kommt zu dem Schluss, dass das individuelle Gedächtnis nur im Zusammenspiel mit dem kollektiven Gedächtnis existieren kann. Dabei ist es egal, ob es sich um Erinnerungen der jüngsten Vergangenheit handelt, oder sie sich auf weit zurückliegendes beziehen. Das Gedächtnis entsteht aus den Beziehungen zu sozialen Gruppen, die einen Rahmen für die individuellen

Erinnerungen bilden. Diese Rahmung bezieht sich nicht nur auf die Interpretation der Erinnerung, sondern auch auf die Räumlichkeit. In Übereinstimmung mit Halbwachs zeigt er, dass es keine vollkommene Trennung von individuellem und kollektivem Gedächtnis gibt. Die Differenziertheit und der Bezug auf soziale Gruppen wirft die Frage auf, wie kollektive Erinnerungen weitergegeben werden. Hierauf liefert der französische Soziologe kaum Antworten, genauso wenig wie er die Charakteristiken der sozialen Gruppen ausführt. Für Connerton ergibt sich hieraus die Aufgabe, genauer zu erforschen, wie Erinnerungen innerhalb des Kollektivs weitergegeben werden (vgl. Connerton 1989, S. 36–39).

Hier misst Connerton dem Ritual größten Stellenwert zu. Durch die repetitive Art und Weise der Handlung kommt es zu einer Verbindung zur Vergangenheit. Hierbei wird Sinn geschaffen, zugleich gibt es Effekte, die über die Handlung an sich hinausgehen. Dabei wird nicht auf formelle Weise Authentizität geschaffen, sondern auch eigene Versionen von Wahrheit. Als Beispiele nennt der Autor die Weltreligionen. Im Rückgriff auf Durkheim kann festgestellt werden, dass Rituale soziale Realität symbolisch repräsentieren. Für das Gedächtnis ist am Ritus entscheidend, dass er erfunden wird und veränderbar bleibt. Der Inhalt ist dabei relevanter als die Form (vgl. Connerton 1989, S. 44–50).

Connertos letztes großes Argument der *bodily practices* bezieht sich auf alle Handlungen, die entweder inkorporiert oder niedergeschrieben werden. Damit vereint er eine rein körperliche Perspektive, wie etwa Gesten, als auch das moderne Festhalten von Informationen auf Medien. Über beide Arten kann der Erinnerungsprozess erfolgen. Durch diese Argumentation gelingt es dem Anthropologen, Erinnerungsprozesse bei Gesellschaften nachzuweisen, die keine Schrift besitzen (vgl. Connerton 1989, S. 72–75). Ein Prozess, der ebenso in modernen Gesellschaften von Bedeutung ist, als Beispiel können hier die argentinischen *murgas*, karnevaleske Umzüge, die während der Diktatur verboten waren und heute unter anderem am Jahrestag des Staatsstreiches stattfinden, angeführt werden (Secretaría de Cultura de la Nación 2018).

Zwei Jahrzehnte später widmete sich Connerton der Frage, wie in der Moderne vergessen wird. Modernität definiert er als:

> „[...] the objective transformation of the social fabric unleashed by the advent of the capitalist world market which tears down feudal and ancestral limitations on a global scale, and psychologically the enlargement of life chances through the gradual freeing from fixed status hierarchies.“ (Connerton 2009, S. 4)

Das Gedächtnis, welches auf einem stabilen System von Orten, den Bezügen zu sozialen Gruppen und Körperlichkeit aufbaut, verliert in der Moderne an Bindungskraft. In seiner weiteren

Argumentation nimmt er vor allem Bezug auf die Theorie des Erinnerungsortes von Nora. Connerton trennt dabei deutlicher zwischen der Örtlichkeit, also zum Beispiel dem Ort einer Schlacht, und der Repräsentation (*memorial*) dessen, wie durch Straßennamen, die auf dasselbe Ereignis Bezug nehmen. Dabei sieht er einen klaren Zusammenhang zwischen *memorial* und dem Vergessen (vgl. Connerton 2009, S. 27–29). Das Vergessen der Moderne beginnt für den Autor im 19. Jahrhundert, also zu einer Zeit enormen gesellschaftlichen Wandels, intensiviert sich aber vor allem mit der Wende zum 20. Jahrhundert. Der Autor richtet seine Überlegungen zum Vergessen klar auf die gesellschaftliche Modernisierung aus und widerspricht damit zum Teil der Grundannahme, dass es heute mehr Erinnerung gibt als zu vergangenen Zeiten. Zugleich sieht er die Durchsetzungskraft der hegemonialen Gruppen in der Gesellschaft gegenüber den Subalternen. Letzte haben immer weniger Möglichkeiten, ihre Erinnerungen auszudrücken und zu bewahren. Connerton beschreibt das Vergessen als einen Prozess, der das Gemeinwesen ebenso beeinflusst wie das Erinnern. Dabei wirken durchaus Machtmechanismen, und politische Ziele können ebenso durch Vergessen erreicht werden (vgl. Connerton 2009, S. 132–138).
Die Überlegungen Tzvetan Todorovs zum Erinnern beginnen mit der Feststellung, dass die Erinnerung Bedrohungen ausgesetzt ist. Totalitäre Regime unterdrückten die Erinnerung, weshalb die Arbeit am Gedächtnis für die Gegner totalitärer Systeme von umso größerer Bedeutung ist. Denn wer sich nicht der aufgezwungenen Erinnerung beugt, leistet schon Widerstand. Nach dem Ende der Totalitarismen des 20. Jahrhunderts liegt die Bedrohung nicht mehr in der Unterdrückung, sondern in der Überfülle von Erinnerungen (vgl. Todorov 2008, S. 13–20). Für Todorov sind Erinnern und Vergessen nicht der eigentliche Gegensatz, dieser bestehe zwischen Unterdrückung und Konservierung von Erinnerung. Die Bewahrung erfolgt dabei immer durch eine Auswahl, es kann nicht an alles erinnert werden. Eine weitere Unterscheidung gibt es zwischen der Wiedergewinnung der Erinnerung und dem Gebrauch der Erinnerung. Für die westlichen Gesellschaften stellt er fest, dass das Gedächtnis in der Regel dort keine dominante Stellung einnimmt (vgl. Todorov 2008, S. 20–37).
In Gesellschaften, die traumatische Dinge erlebt haben, ist die Wiedergewinnung der Erinnerung unerlässlich. Das bedeutet jedoch nicht, dass die Vergangenheit über die Gegenwart regiert. Im Gegenteil, die Gegenwart gibt der Vergangenheit den Nutzen, der ihr passt. Dabei ist nicht ausgeschlossen, dass jeder für sich selbst die Entscheidung trifft, zu erinnern oder zu vergessen. Diese Entscheidung ist jedoch niemals völlig unabhängig vom politischen und sozialen Kontext, in dem sich die Individuen bewegen. Der Kult der Erinnerung ist für Todorov nicht zwangsläufig positiv, wie die Geschichtspolitik in der Sowjetunion oder in Nazideutschland zeigen. Es stellt sich nun überhaupt die Frage, ob es gute oder schlechte Verwendungen der

Erinnerung gibt. Die Antwort liege in den Ergebnissen des Gebrauchs der Vergangenheit (vgl. Todorov 2008, S. 47–53).

Für Europa notiert Todorov einen neuen Kult des Gedächtnisses. Er sieht darin eine Nostalgie zu einer sich entfernenden Vergangenheit. Überspitzt formuliert er, dass es fast täglich Museumseröffnungen gibt und dass Gedenktage den Alltag prägen. Für Frankreich spricht er sogar von einem „kommemorativen Delirium", da ständig auf die Bewahrung der Vergangenheit gedrungen wird. Die Effekte dessen liegen nicht nur in der individuellen, sondern auch in der kollektiven Identität. Stärker als jemals zuvor wird die Vergangenheit genutzt, um auf die Identitäten der Bevölkerung einzuwirken. Besondere Wirkung entfaltet der Gebrauch der Vergangenheit, wenn gewisse Erinnerungen zum ersten Mal öffentlich und mit Nachdruck geäußert werden. Die Verbindung von Erinnerungen, Identitäten und öffentlicher Meinung ist hier sehr mächtig. Ein weiterer Missbrauch der Vergangenheit liegt darin, sie zu benutzen, um von aktuellen politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen abzulenken. Oder gar die großen Katastrophen zu nutzen, um von eigenen Verbrechen in der Vergangenheit abzulenken. Er schreibt diese Gedanken unter dem starken Einfluss der ex-jugoslawischen Bürgerkriege, wo die Erinnerung an Leiden der Vergangenheit sehr präsent waren, aber keine Reflexion über aktuelle Menschenrechtsverletzungen stattfand (vgl. Todorov 2008, S. 86–94).

Zuletzt geht er auf „das Opfer sein" ein:

> „¿Qué podría parecer agradable en el hecho de ser víctima? Nada, en realidad. Pero si nadie quier *ser* una víctima, todos, en cambio, quieren haberlo sido, sin serlo más; aspiran al *estatuto* de víctima. [...] Haber sido víctima da derecho a quejarse, a protestar y a pedir; excepto si queda roto cualquier vínculo, los demás se sienten obligados a satisfacer nuestras peticiones." (Todorov 2008, S. 95, Hervorhebung im Original)

Es geht sogar so weit, dass Gruppen um den Opferstatus konkurrieren. Die Kritik, die hier auf sehr deutliche Weise geäußert wird, zeigt gleichsam, welcher Stellenwert Opfern in unseren Gesellschaften zugestanden wird. Die Opfer traumatischer Vergangenheit haben eine große Legitimation und sind in der Lage, für viele zu sprechen und dabei große Aufmerksamkeit zu bekommen. Todorov beantwortet dabei nicht, ob dieser Gebrauch der Vergangenheit gut oder schlecht ist, er stellt nur die Frage und mahnt an, sich diese Prozesse zu vergegenwärtigen.

Die Verbindungen zwischen Identität und Erinnerung und Vergessen bestimmen auch das Denken von Michael Pollak. Seine Überlegungen zum Gedächtnis sind vor allem durch seine Arbeit mit Holocaust-Überlebenden geprägt. Der Aspekt der *Oral History* ist in seinem Werk deutlich spürbar. Wie bei allen Theoretikern der Erinnerung ist die Auseinandersetzung mit dem Werk

von Halbwachs der Ausgangspunkt. Halbwachs sehe die positiven Effekte der Erinnerung, sie wird nicht erzwungen. Die Erinnerungen werden entweder ausgewählt oder negiert, dies gilt sowohl für das kollektive als auch das individuelle Gedächtnis. Pollak sieht hierin ein Problem, da es zu einer Selektion von Erinnerungen für das kollektive Gedächtnis kommt. Es kann also nicht alles einfließen, es gibt Mechanismen der Kontrolle und des Zugangs. Die *Oral History* hat mit ihrem Ansatz die subalternen Erinnerungen ans Licht gebracht. Nicht mehr nur der Staat erzählt mittels Schulbüchern oder Geschichtsprofessoren eine privilegierte „offizielle", beziehungsweise nationale Geschichte. Die ausgegrenzten Schichten, die Marginalisierten, die Minderheiten öffnen ihre Erinnerungen und bereichern so das kollektive Gedächtnis. Pollak sieht einen Gegensatz zwischen der nationalen Geschichte und den Erinnerungen der Subalternen, sie stehen im Streit. Die nationale Geschichte will vereinheitlichen und Konflikte überdecken. In diesem Prozess wird aus den subalternen Erinnerungen „Subversion". Sie werden an den Rand gedrängt, oder gar verboten. Diese Auseinandersetzungen zwischen miteinander in Konflikt stehenden Gedächtnissen nennt Pollak *batallas de memoria* (vgl. Pollak 2006, S. 17–19). Sein Ziel ist es, diesen verbotenen oder geheimen Erinnerungen nachzuspüren. An verschiedenen Punkten lassen sich solche unterdrückten Erinnerungen noch Jahrzehnte nach traumatischen Ereignissen nachweisen. Das lange Schweigen der Opfer ist für ihn nicht gleichbedeutend mit Vergessen. Zwar liegt die Überlegung nahe, dass es sich hierbei um den Ausdruck von Herrschaftsprozessen handelt, bei denen mit der Macht der Herrschenden ungewollte Erinnerungen unterdrückt werden. Jedoch gilt Pollaks Interpretation der Auseinandersetzung zwischen Mehrheiten und Minderheiten in einer Gesellschaft. Er illustriert dies mit dem Beispiel von Überlebenden des Holocausts in Deutschland und Österreich, die Schuldgefühle als Opfer haben, unter anderem durch die erzwungene Mitarbeit in den Konzentrationslagern, und überhaupt erst mal einen Umgang mit ihrer persönlichen Geschichte finden müssen. Pollak sieht eine Diskrepanz zwischen historischer und sozialwissenschaftlicher Aufarbeitung der NS-Diktatur und der persönlichen individualgeschichtlichen Bearbeitung der Ereignisse. Das Schweigen und die Tabuisierung haben komplexe Ursachen, die oft erst im Verlauf der Generationen aufbrechen. Anhand weiterer Beispiele bezeugt Pollak die Lebendigkeit der Erinnerung in Zeiten des Schweigens in der Opposition zur hegemonialen nationalen Erinnerung. Das unterdrückte Gedächtnis wird in kleinen familiären oder regionalen Rahmen weitervermittelt. Er spricht von stummen Diskursen, die die kollektive Erinnerung der Subalternen ausmachen (vgl. Pollak 2006, S. 19–24).

Das Schweigen bleibt jedoch eine wichtige Kategorie in der Frage nach den Besonderheiten des Gedächtnisses. Opfer schweigen, um endlich wieder in die Normalität zu gelangen, dafür

müssen nicht unbedingt gesellschaftliche oder politische Gründe vorliegen. Anders sieht es jedoch aus, wenn die Diskriminierung auf eine andere Art fortgesetzt wird, wie am Beispiel von homosexuellen Überlebenden der Konzentrationslager deutlich wird. Zusätzlich gibt es das „nicht Sagbare“ in den Erinnerungen. Dinge die nicht besprochen werden und sich ebenfalls neben Schweigen, unterdrückten Erinnerungen und Vergessen einreihen. Sie bilden eine:

> “[...] frontera entre lo decible y lo indecible, lo confesable y lo inconfesable, separa [...] una memoria colectiva subterránea de la sociedad civil dominada o de grupos específicos, de una memoria colectiva organizada que resume la imagen que una sociedad mayoritaria o el Estado desean transmitir e imponer.“ (Pollak 2006, S. 24)

Durch diese Trennung entstehen Herausforderungen, die marginalisierten Erinnerungen müssen intakt weitergeben werden, während sich die dominierenden Erinnerungen in ihrer Glaubwürdigkeit bedroht sehen. Die Analyse des nationalen Gedächtnisses sollte immer dessen Funktion in den Blick nehmen. Gedächtnis ist für Pollak die kollektive Operation der Anerkennung und Interpretation der Vergangenheit sowie dessen Bewahrung. Die kollektiven Erinnerungen verstärken das Gefühl der Zugehörigkeit und der Identität von unterschiedlichen Gruppen. Über die Referenz zur Vergangenheit wird sie bewahrt. Erinnerung setzt einen Referenzrahmen, in dem eine Eingruppierung der Erinnerungen stattfindet. Pollak versteht diesen Prozess als Arbeit an dem Gedächtnis. Soziale Grenzen können hierdurch gesetzt oder verstärkt werden (vgl. Pollak 2006, S. 24–26).

Institutionen oder Gruppen bauen Erinnerung schrittweise, abrupt ist dieser Prozess nicht durchführbar. Innerhalb von Institutionen gibt es spezielle professionelle Akteure, die über die Transmission der Erinnerungen bestimmen. Sie wählen zum Beispiel Zeitzeugen aus, die für die Gruppen sprechen dürfen, dadurch erreichen sie ein gewisses Niveau an Kontrolle über das kollektive Gedächtnis einer Gruppe. Medien wie Film und Kino, heute sicherlich auch das Internet, bringen neue Dynamiken in die Art und Weise, wie das Gedächtnis weitervermittelt wird. Zur besseren Darstellung und zur Auflösung der Widersprüche erkennt Pollak den Wert der *Oral History*. Diese kommt selbstverständlich nicht ohne Antagonismen aus, bietet aber die Möglichkeit, die Prozesse von Identität und Gedächtnis deutlicher darzustellen (Pollak 2006, S. 29–31).

Bei der Frage nach dem Wechselverhältnis von individuellem und kollektivem Gedächtnis nennt Pollak drei Arten von Ereignissen: erlebte Ereignisse, indirekt erlebte Ereignisse sowie alle Ereignisse, die nicht Teil der zeitlichen und räumlichen Erfahrungen der Person sind. In

der Sozialisation in einer Gruppe ist es jedoch möglich, dass ein solches Ereignis zum „erlebten“ aufsteigen kann. Ein ähnliches Schema wäre mit Personen ebenso wie n denkbar. Zum Beispiel haben Kinder von Migrantinnen und Migranten Verbindungen und Erinnerungen zu Orten, die sie aus eigenem Erlebnis gar nicht kennen (vgl. Pollak 2006, S. 33–34).

In der Wahrnehmung von Geschichte kommt es zu vielen Verschiebungen und Projektionen. Pollak macht dies am Beispiel von Müttern und Hausfrauen in Frankreich deutlich, die den Zweiten Weltkrieg erlebt haben. Sie besitzen starke Erinnerungen an Daten der Familie wie Geburtstage und Ähnliches, während sie die historisch bedeutenden Tage wie Invasion oder Befreiung eher weniger erinnerten. Die *Oral History* in Frankreich beschrieb sogar, wie beide Weltkriege in der Erinnerung verschmolzen. Die Etablierung der Gedenktage ist oft mit politischen Auseinandersetzungen verbunden, die nicht unbedingt alle Individuen erreichen. Individuelle Erinnerung ist konstruiert, bewusst und unbewusst, Gefühle und Identitäten spielen eine große Rolle. Dabei verlaufen die Identitätskonstruktionen in Abgrenzung und im Verhältnis zum „Anderen“. Eine Angleichung der individuellen Erinnerung an die kollektive kann passieren und zeigt den gesellschaftlichen Disput um Erinnerung. Pollak unterstreicht die Selektivität des Gedächtnisses, nicht alles kann erinnert werden. (vgl. Pollak 2006, S. 36–38).

Erinnerung ist an gesellschaftlichen Werten ausgerichtet, diese können sich wandeln. Öffentliche Meinung, politischer Druck oder kulturelle Ereignisse können auf diese Werte Einfluss nehmen. Konfliktive Erinnerungen werden besonders dann sichtbar, wenn politische oder ideologische Auseinandersetzungen eine Rolle spielen, je jünger jedoch die traumatische Vergangenheit ist, desto umstrittener ist sie (vgl. Pollak 2006, S. 39–40).

Pollaks im deutschsprachigen Raum kaum beachtetes Werk liefert eine Weiterführung des Werks Halbwachs’, vor allem durch die konkrete Arbeit mit Zeitzeugen und Überlebenden. Er zeigt, dass Vergessen, Schweigen und Erinnerungskonflikte Werkzeuge zur Konstruktion der Erinnerung sind. Besonders den innergesellschaftlichen Spannungen um das Gedächtnis misst er große Bedeutung zu. Zeugenaussagen sind für ihn immer mit Legitimität und öffentliche Autorität verbunden. Das Reden der Zeitzeugen, deren Schweigen oder Vergessen sind individuelle Aktionen, die aber auch von Gruppen durchgeführt werden können. Das Ziel ist dabei die Positionierung im sozialen Raum. Daraus ergeben sich Einflüsse auf die Identität des Individuums und der Gruppen.

Einer der einflussreichsten Theoretiker auf dem Feld der Gedächtnisforschung ist der französische Historiker Pierre Nora. Er beleuchtet, ebenso mit dem Startpunkt Halbwachs, den Status quo des französischen Gedächtnisses. Anders als sein Landsmann glaubt er nicht an die Existenz des kollektiven Gedächtnisses (vgl. Erll 2017, S. 20). Nora beobachtet ein Verschwinden

der Bereiche, in denen das Gedächtnis weitergegeben wird. Grund hierfür ist die gesellschaftliche Modernisierung, die alteingesessene Strukturen des menschlichen Zusammenlebens auflöst. An die Stelle der von ihm genannten *milieux de mémoire* treten nun *lieux de mémoire*, die Erinnerungsorte. Er greift vor allem Halbwachs' Trennung von Gedächtnis und Geschichte auf. Gedächtnis und Geschichte sind weit davon entfernt. Synonyme zu sein. Gedächtnis ist lebendig, immer an eine Gruppe gebunden. Die aus dem Gegensatz zwischen Erinnern und Vergessen ihr Gedächtnis bildet. Das Gedächtnis ist Veränderungen, gar Manipulationen ausgesetzt, es wird von sozialen Akteuren im politischen Diskurs genutzt. Das Gedächtnis ist ein stets aktuelles Phänomen, dass immer mit der Gegenwart, über die Präsentation der Vergangenheit, verbunden ist. Die Geschichtsschreibung ist ein intellektueller analytischer Vorgang, der auf einem kritischen Diskurs beruht. Sie ist universell, sie gehört in gewissem Sinne jedem und keinem, das Gedächtnis ist klar an spezifische Gruppen geknüpft. Es wurzelt im Konkreten, im Raum, in Gesten, Bildern und Objekten. Für die Geschichtsschreibung ist das Gedächtnis immer verdächtig und wird nicht als gleichwertig anerkannt (vgl. Nora 2008, 19–21).

Die Nation ist eine weitere wichtige Kategorie für Nora. Sein Forschungsprojekt bezog sich auf die Erinnerungsorte der französischen Nation. Geschichtsschreibung, Gedächtnis und Nation unterhalten untereinander eine natürliche Zirkulation. Die Nation bildet die wichtigste Einheit im Raum des Gedächtnisses, sie kann fast als heilig bezeichnet werden. Die Nation ist heute kein offener Kampf mehr, die Geschichtsschreibung wurde zur Sozialwissenschaft, während sich das Gedächtnis zu einer reinen Privatangelegenheit entwickelte. Das nationale Gedächtnis verbleibt als letzte Verkörperung des historischen Gedächtnisses. Für Nora sind Erinnerungsorte die Reste eines kommemorativen Bewusstseins in einer Gesellschaft. In einer Zeit in der immer mehr Rituale verschwinden, sind es die Museen, Archive oder Friedhöfe, die die Verbindung zur Vergangenheit herstellen. Erinnerungsorte entstehen aus dem Gefühl heraus, dass es kein spontanes Gedächtnis mehr gibt. Es braucht daher spezielle Operationen, um das Gedächtnis zu erhalten (vgl. Nora 2008, S. 21–25).

Für Nora ergibt sich die Notwendigkeit des Gedächtnisses aus der Notwendigkeit der Geschichte heraus. Obwohl sie nicht bedeutungs- und inhaltsgleich sind, lassen sie sich nicht trennen. In einer Welt, wo jede Institution, jeder Organismus sein eigenes Archiv anlegt, kommt den Erinnerungsorten eine klare Funktion zu. Erinnerungsorte gehören zu zwei Welten:

> „[…] simples y ambiguos, naturales y artificiales, abiertos inmediatamente a la experiencia más sensible y, al mismo tiempo, fruto de la elaboración más abstracta." (Nora 2008, S. 32)

Erinnerungsorte sind Orte auf drei verschiedenen Bedeutungsebenen, der materiellen, der symbolischen und der funktionellen Ebene, jeweils in unterschiedlichen Intensitäten. Der Lagerort eines Archivs kann nur mit Hilfe der Vorstellungskraft, symbolisch, zu einem Erinnerungsort werden. Diese Entgrenzung des Erinnerungsortes ist besonders hilfreich, um die verschiedenen Aspekte des Phänomens Gedächtnis abbilden zu können. Für Nora ist selbst das Gefühl, zu einer Generation zu gehören, ein Erinnerungsort. Am Anfang muss jedoch der Wille zur Erinnerung stehen, ohne diese bewusste Entscheidung entsteht kein Erinnerungsort. Im Folgenden führt Nora eine weitere Unterscheidungsebene zwischen herrschenden und beherrschten Orten ein. Die ersten sind spektakulär, triumphierend sowie imponierend, in der Regel sind sie von der Autorität, dem Staat, von oben herab errichtet worden. In vielen Fällen dienen sie offiziellen Zeremonien. Die anderen hingegen sind eine Art Zufluchtsort, ein Tempel der spontanen Treue und der Stille (vgl. Nora 2008, S. 32–37).

Für Nora sind die *lieux de mémoire* eine Möglichkeit auf die Mythen, Organisationen und Repräsentationen der Geschichte zu schauen und sie zu analysieren. Es kann sich dabei um einfache Denkmäler wie das Pantheon, historische Orte wie Versailles, Zeremonien, die französische Trikolore oder den Hahn als Wappentier handeln. Diese Vielschichtigkeit ermöglicht eine umfassende Analyse und verbreitert das Feld des Gedächtnisses enorm (vgl. Nora 1998, S. 20). Über die Erinnerungsorte geht er auf die Suche nach dem nationalen Gedächtnis Frankreichs. Sein Monumentalwerk (Nora 1992) umfasst 128 Beiträge von 125 Autoren. Die detaillierte Karte des französischen Gedächtnisses möchte die Frage beantworten, was es heißt, Französin oder Franzose zu sein. Sein Versuch, eine historiographische andere Geschichte Frankreichs zu verfassen, blieb nicht frei von Kritik. Paul Ricœur hatte nicht nur aus philosophischer Sicht Kritikpunkte an Noras Gedächtniskonzeption. Er machte vor allem die größte Leerstelle der *lieux de mémoire* sichtbar, die fehlende Beschäftigung mit dem Holocaust. Nora hätte die methodischen Zugänge und Erkenntnisse auf dem internationalen Feld der *Holocaust Studies* aufnehmen sollen. Stattdessen fehlt nicht nur der Holocaust in der Zusammenstellung der Erinnerungsorte, Ansätze wie Trauer als Form der Erinnerungsarbeit fehlen ebenso (vgl. Hutton 2016, 32–35).

Noras Verdienst im Feld der Erinnerungsforschung ist es, den Erinnerungsort als Konzept dargelegt zu haben. Die funktionellen Dimensionen des *lieux de mémoire* bieten eine klare Definition, auch wenn letztendlich jedes kulturelle Phänomen, welches sich nicht nur auf eine Person bezieht, als Erinnerungsort bezeichnet werden kann. Die Offenheit der Theorie für andere Wissenschaftsdisziplinen als der Geschichtswissenschaft, sich mit *lieux de mémoire* zu beschäf-

tigen, ist von Bedeutung für die Erinnerungsforschung. Jedoch muss sein Versuch der nationalen Geschichtsschreibung anhand der Erinnerungshistorie auch kritisch gesehen werden, da die koloniale Vergangenheit und die Immigration fast gänzlich ausgeklammert werden. Zudem hängt Noras Blick auf die moderne Gesellschaft ein gewisser Kulturpessimismus an. Die vielen nachahmenden Projekte, neue, auch transnationale Perspektiven sowie das zunehmende Bewusstsein gegenüber der Bedeutung von Erinnerungsorten zeugen von dem Erfolg der *lieux de mémoire* (vgl. Erll et al. 2008, S. 22–23).

Der *memory boom* der 1980er Jahre zusammen mit dem steigenden Einfluss kulturwissenschaftlicher Perspektiven erhöhten die Sichtbarkeit und die Bedeutung der Erinnerungs- und Gedächtnisforschung. Im deutschen Sprachraum wurde „Erinnerungskultur" als Sammelbegriff eingeführt. Er kann als lockerer Oberbegriff für den nicht spezifisch wissenschaftlichen Gebrauch der Geschichte verstanden werden. Allerdings ist es zielführender, den Begriff enger zu fassen. Eingang in den wissenschaftlichen Diskurs fand der Begriff in den 1990er Jahren. Im Zusammenhang mit der Individualisierung der Erinnerungen wurde er anfänglich ähnlich der Geschichtskultur verwendet. Die zunehmende kritische Beschäftigung mit der Geschichte und die interdisziplinären Forschungen zu Erinnerung und Gedächtnis lassen eine funktionellere Definition der Erinnerungskultur zu. Darin lassen sich die drei Hauptparadigma des Gedächtnisses, das kollektive, das kulturelle sowie das kommunikative Gedächtnis, vereinen (vgl. Cornelißen 2003, S. 550–554).

Cornelißen sieht den Begriff der Erinnerungskultur:

> „als einen formalen Oberbegriff für alle denkbaren Formen der bewussten Erinnerung an historische Ereignisse, Persönlichkeiten und Prozesse […] verstehen, seien sie ästhetischer, politischer oder kognitiver Natur. Der Begriff umschließt also neben Formen des ahistorischen oder sogar antihistorischen kollektiven Gedächtnisses alle anderen Repräsentationsmodi von Geschichte, darunter den geschichtswissenschaftlichen Diskurs sowie die nur ‚privaten' Erinnerungen, jedenfalls soweit sie in der Öffentlichkeit Spuren hinterlassen haben." (Cornelißen 2003, S. 555)

Individuen, soziale Gruppen und Nationen sind Träger der Erinnerungskultur. Cornelißen sieht in ihrem Verhältnis zueinander ein Konfliktfeld, in dem es Auseinandersetzungen über die Vergangenheit gibt. Besonders deutlich wird dies in der Geschichts- beziehungsweise Erinnerungspolitik, wie gesellschaftliche Diskussionen zu Denkmälern regelmäßig zeigen. Fünf forschungsrelevante Zugänge sind dabei möglich: soziale Rahmenbedingungen, Generation, Nation und Erinnerung, Glaube und Ideologie, sowie Medien (vgl. Cornelißen 2003, S. 555–558).

Mit Blick auf das Holocaust-Gedenken lassen sich in der jüngeren Vergangenheit Tendenzen zur Europäisierung und Universalisierung erkennen. Die Schrecken des Zweiten Weltkrieges und des Holocausts hinterließen in fast ganz Europa ihre Spuren. Mittlerweile gibt es viele Projekte in der Aufarbeitung und im Gedenken, die über nationale Grenzen hinweg tätig sind. Ob diese europäische Gedächtniskonstruktion erfolgreich wird, bleibt abzuwarten. Zudem besteht die Gefahr einer neuen „Meistererzählung", die über Konflikte hinwegtäuscht (vgl. Cornelißen 2012).

In der deutschen Forschungslandschaft hat sich vor allem der „Sonderforschungsbereich Erinnerungskulturen" hervorgetan. Mit ihrem Fokus auf die Pluralität der kulturellen Erinnerungen entwickelten sie ein Modell zur Beschreibung von Erinnerungskulturen. Das Untersuchungsobjekt wird dabei in drei Ebenen untereilt. Es wird nach Rahmenbedingung, Ausformungen und dem konkreten Erinnerungsgeschehen gefragt. Die dort geleisteten Forschungen lieferten einen großen Betrag für die kulturwissenschaftliche Erinnerungsforschung (vgl. Erll 2017, S. 31–33).

Aleida Assmann sieht in der Europäisierung, dem Verstehen Deutschlands als Migrationsgesellschaft und dem dialogischen Erinnern die neuen Entwicklungen in der Erinnerungskultur (vgl. Erll 2017, S. 30). In Argentinien wird kaum von einer Erinnerungskultur gesprochen, vielmehr umfasst *memoria* die unterschiedlichen Perspektiven auf Erinnerung und Gedächtnis sowie deren Transmission. Es gibt wenig konkurrierende Konzepte und Begriffe, vieles wird unter *memoria* zusammengefasst.

2.1.2 Die Menschenrechte und ihre Bedeutung für die Aufarbeitung der Vergangenheit

Die Proklamation der Menschenrechte 1948 ist nicht nur eine direkte Folge des Zweiten Weltkrieges und des Holocausts, sondern ein Ergebnis langer Auseinandersetzungen über Bürger- und Menschenrechte. Universalität, Gleichheit und Unteilbarkeit sind die drei Wesensmerkmale der Menschenrechte. Die internationale Festschreibung dieser Rechte ist bis heute einer der wichtigsten Akte des internationalen Rechts. Doch mehr als 70 Jahre nach ihrer Festschreibung reicht ein Blick in die aktuelle Weltlage, um zu verstehen warum in vielen Ländern der Welt die Einhaltung der Menschenrechte eine große Herausforderung bleibt.

In dreißig Artikeln werden Freiheiten und Sicherheiten jedes einzelnen Menschen unabhängig von dessen Herkunft, Hautfarbe oder Geschlecht garantiert. Sklaverei und Folter werden verboten. Allen wird die Gleichheit vor dem Gesetz garantiert sowie eine unabhängige und faire Justiz eingefordert. Menschen sollen innerhalb eines Staates Freizügigkeit genießen, zugleich

haben sie das Recht zur Migration und zur Rückkehr. Für politisch Verfolgte wird das Asylrecht festgeschrieben. In der Tradition der liberalen Freiheitsrechte wird das persönliche und gemeinschaftliche Eigentum garantiert. In politischen Gemeinwesen sind Religions-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit zu achten. An dieser Stelle macht die Erklärung aber nicht halt. In Artikel 22 wird die soziale Sicherheit festgeschrieben und jeder Staat dazu aufgefordert, die persönliche und soziale Entfaltung jedes Menschen zu gewährleisten. Zudem wird das Recht auf Arbeit und Bildung verankert (vgl. Generalversammlung der Vereinten Nationen 1948b).

In der Gegenwart wird kaum ein Staat, kaum eine Autorität offen den Menschenrechten widersprechen, trotzdem gibt es in vielen Ländern der Welt ein eindeutiges Missverhältnis zwischen Anerkennung und Durchsetzung des Rechtsanspruches. Zwar sind die einzelnen Punkte eindeutig formuliert, in der politischen Praxis fehlt es jedoch an Konkretisierung. Gegenteilig haben sich im Diskurs sogar reduktionistische Inhaltsbestimmungen durchgesetzt. Die klassische liberale Auffassung, die individuelle Freiheitsrechte privilegiert, steht der republikanischen, die den politischen Teilhaberechten Vorrang einräumt und der sozialistischen Interpretation, wonach zuerst soziale Teilhaberechte erfüllt sein müssen, gegenüber (vgl. Pollmann 2008, S. 13–15). Diese aus der Philosophie und den Debatten der politischen Theorie stammende Sichtweise prägt politische und gesellschaftliche Auseinandersetzungen bis heute. Sie ist aber häufig kontextabhängig. Faktoren wie Rechtsstaatlichkeit und soziale Ungleichheit bestimmen oft die Problemlagen in Ländern des globalen Südens. Während in der industrialisierten Welt Minderheitenschutz das wohl wichtigste Thema ist.

Bei der Auseinandersetzung um die Menschenrechte ist klar, dass diese eng mit der Demokratie verbunden sind. Demokratie kommt nicht ohne Menschenrechte aus, Menschenrechte können außerhalb von Demokratien nicht verwirklicht werden (vgl. Martinsen et al. 2008, S. 28–29).

In der neueren Diskussion um die Menschenrechte lassen sich zwei wichtige Pole ausmachen. Der erste sieht in der Universalität der Menschenrechte einen Haltepunkt von der Vergangenheit bis zur Gegenwart. Der andere wehrt sich gegen solche Konstruktionen und zeigt, wie vergänglich politisch-moralische Überzeugungen sein können (vgl. Hoffmann 2017, S. 5). Der erste Block geht von einer historisch gewachsenen Bedeutung der Menschenrechte aus. Hier wird besonders die Verbindung von Menschenrechten und Revolution unterstrichen. Verwiesen wird auf die bürgerlichen Revolutionen in den USA und Frankreich, mit der Entstehung von Verfassungen und den Festschreibungen von Rechten. Zurückgehend auf die revolutionären Ursprünge der Menschenrechte und deren potentiell demokratischer Natur, begreifen Menschenrechte Politik als einen *bottom-up* Prozess, vor allem wenn es darum geht, Rechte einzufordern. Dagegen steht der schematische Anspruch, dass der Staat Rechte zu gewähren hat. Aus

demokratischer Sichtweise heraus haben Menschen nur dann Rechte, wenn sie diese einfordern und ausüben (vgl. Ingram 2015, S. 20–23).

Der US-amerikanische Historiker Samuel Moyn vertritt eine ganz andere Interpretation. Er befasst sich mit den Menschenrechten als einer utopischen Vorstellung. Für ihn stellt der Kampf um die Menschenrechte die letzte Utopie der Menschheit dar. Sie fordern zu einer Reform unserer Gesellschaft und des Zusammenlebens auf. Trotz des teils minimalistischen Anspruchs der Menschenrechte ist ihre Wirkung groß, sie reicht sogar zur Legitimation von Kriegen und erschüttert Autokratien. Moyn unterscheidet strikt zwischen Bürgerrechten und Menschenrechten. Erstere seien das Ergebnis der revolutionären Prozesse in den USA und Frankreich gewesen, deren Entwicklung sich vor allem am Nationalstaat orientierte. Auch die Deklaration von 1948 hatte nur geringe Auswirkungen, zwar wurde eine supranationale Autorität erstmals in diesem Bereich tätig, maßgebend in der Ausgestaltung war jedoch weiterhin der nationale Wohlfahrtsstaat. Selbst die Prozesse der Dekolonisierung lassen sich nicht mit dem Menschenrechtsdiskurs fassen, hier dominierte das Recht auf nationale Selbstbestimmung. Erst die 1970er Jahre bilden einen Wendepunkt. Das Ende der Studentenbewegung und die Niederschlagung des Prager Frühlings zeigten das Ende der sozialistischen Utopie und öffneten den Weg für den Menschenrechtsdiskurs (vgl. Moyn 2014, S. 61–63).

Moyn widerspricht, dass die Menschenrechte zwangsläufig aus dem Zweiten Weltkrieg und dem Holocaust folgten, und spricht sogar für die 1940er Jahre von einem fiktionalen moralischen Konsens, der die Menschenrechtsproklamation zur Folge hatte. Erst in den 1970er Jahren, emblematisch mit der außenpolitischen Wende der USA unter Präsident Carter, wird die Zeit der Moralität eingeläutet. Dies geht so weit, dass militärische Interventionen mit Menschenrechtsverletzungen gerechtfertigt werden. Moyn formuliert im weiteren Verlauf fünf Punkte, wie für ihn Menschenrechtspolitik auszusehen habe. Progressive Politik sollte nicht in die alte Dichotomie zwischen Revolution und Reform verfallen. Sie sollte schrittweise umgesetzt werden. Menschenrechtspolitik beruht auf ihrer Mobilisierungskraft. Sie sollte über die Gerichte und das Justizwesen hinausgehen und sich nicht nur auf das Einklagen von Rechten beschränken. Menschenrechtspolitik sollte ihre Macht über die bloße Erreichung formalen Rechts nutzen. Zuletzt sollte sie sich gegen den Individualismus und die Privilegierung von politischen und zivilen Freiheiten richten. Moyn formuliert hier nichts anderes als einen neuen Anspruch an linke, progressive Politik und kann als ein Aufruf gelesen werden. Tatsächlich fällt seine Evaluation der Menschenrechtspolitik nüchtern aus. Der 11. September 2001, Sicherheitspoli-

tik und Anti-Migrationshaltung führten zu Rückschritten auf der ganzen Welt. Die Menschenrechte leiden immer noch unter einem Eurozentrismus und daran, dass sie immer an einen Staat, eine Nation gebunden sind (vgl. Moyn 2014, S. 66–68).

Der globale Anspruch von Menschenrechtsorganisationen kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass ihre Ursprünge vor allem in Westeuropa und den USA liegen. Zwar erlangte der Diskurs mit dem Kampf gegen lateinamerikanische Militärdiktaturen Aufmerksamkeit, aber es gab durchaus vielfältige Stimmen, wie unter anderem die katholisch und auch sozialistisch geprägte Solidaritätsbewegung mit Chile zeigte. Ebenso war der Menschenrechtsdiskurs in der dritten Welle der Demokratisierung nicht völlig abwesend. Doch handelte es sich bei den Revolutionen und Transformationen vor allem um das Einfordern von Bürgerrechten und demokratischer Mitbestimmung. Menschenrechte waren nicht Auslöser der Demokratisierungen, sondern nur Begleitmusik. In Westeuropa änderte sich der Diskurs ab den 1990er Jahren mit dem Rückgang der Berufung auf die nationale Souveränität. Die dadurch globalere Perspektive schlug sich vor allem in den humanitären Interventionen ab 1990 nieder (vgl. Hoffmann 2017, S. 7–9).

Im Zusammenhang mit den Kriegen in Ex-Jugoslawien kommt es zur Verbindung von Menschenrechten und Genozid, etwas wie Hoffman argumentiert, relativ Neues:

> „Anders als gemeinhin angenommen, war die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948 keine unmittelbare Reaktion auf den Holocaust, der Begriff ‚Genozid' fehlt in der Erklärung. Umgekehrt finden in der im gleichen Jahr verabschiedeten Genozid-Konvention die Menschenrechte keine Erwähnung. Eben weil Raphael Lemkins Genozid-Begriff so eng auf die singuläre Intention der Nationalsozialisten zur Vernichtung ganzer Völker zielt, verfehlt die Konvention jene Massengewalt, die nicht erst seit den neunziger Jahren Teil von ethnisch und religiös geführten Bürgerkriegen ist." (Hoffmann 2017, S. 12)

Unterstrichen wird dies durch die Einrichtung internationaler Strafgerichtshöfe, die Menschenrechtsverletzungen und vor allem Genozid ahnden. Die Diskussion um Menschenrechte verändert den Blick auf die Vergangenheit. Diese wird als Zeit der Verletzung der Normen der Gegenwart interpretiert, was gleichzeitig die Legitimität der Menschenrechte erhöht (vgl. Hoffmann 2017, S. 18). Allerdings gibt es auch Stimmen die eine engere Verbindung von Menschenrechten und Erinnerung fordern. Aus einer gewissen Skepsis gegenüber der Zukunft der Gedächtnisforschung heraus schlägt Andreas Hyssen eine enge Verbindung von Menschenrechten und Erinnerung vor, obwohl in den Sozialwissenschaften beide Felder relativ getrennt

voneinander sind. Politische Diskurse über die Vergangenheit argumentieren aus der Gegenwart heraus, sie nutzen die Vergangenheit, um ein Leitbild für die Aktualität zu geben. Eine positive Wendung könnte dies bekommen, wenn eine Verbindung zwischen Erinnerung und Menschenrechten gelinge. Beide Felder, Gedächtnisforschung und Menschenrechte sind nicht ohne Makel. Den Menschenrechten kann zu starke Abstraktion, Eurozentrismus oder fehlendes historisches Verständnis vorgeworfen werden. Die Gedächtnisforschung ist anfällig für ein Erlösungsdenken, ritualisiertes Entschuldigen sowie der immer noch nationalen Begrenztheit der Erinnerungsorte (vgl. Hyssen 2015, S. 14–15).

In der wissenschaftlichen Debatte wurde bereits nachgewiesen, dass es zwischen internationalem Recht, den Menschenrechten und Gedächtnisforschung Verbindungen gibt, dies gilt vor allem für den Bereich *Transitional Justice*. Der Kernpunkt der Auseinandersetzung dreht sich jedoch um Fragen der staatlichen Souveränität. Auf der einen Seite wird dem Staat noch eine zentrale Rolle zugesprochen, die kosmopolitische Sichtweise sieht jedoch einen klaren Fortschritt in der Internationalisierung der Menschenrechtspolitik (vgl. Hyssen 2015, S. 16–17).

Die Menschenrechte in Lateinamerika stehen in einem besonderen Fokus. Die lateinamerikanischen Staaten, mit ihren oft sehr liberalen Verfassungen zeigen in der Praxis große Diskrepanzen zwischen Verfassungstext und Verfassungswirklichkeit. Diese Beobachtung kann auf die Menschenrechte ausgedehnt werden. Besonderes Engagement zeigte der Kontinent bei der Unterzeichnung der UN-Konvention gegen das Verschwindenlassen von Personen. Überdies traten die Staaten vielen, die Menschenrechte ergänzenden Pakten bei. Die Realität ist jedoch eine andere: Nicht nur die historischen Menschenrechtsverletzungen in den Militärdiktaturen, sondern auch aktuelle Probleme, wie organisierte Kriminalität und der Hang zum Autoritarismus, bilden in einigen Regionen große Hürden. Soziale Ungleichheit, Korruption und der Umgang mit der indigenen Bevölkerung sind ebenso Spannungspunkte in der Menschenrechtspolitik (vgl. Zeitschrift für Menschenrechte 2011, S. 6–8). Trotz vieler demokratischer Reformprojekte kommt es stetig zu Menschenrechtsverletzungen. Diese treffen vor allem Randgruppen der Gesellschaften, marginalisierte soziale Gruppen, ethnische oder sexuelle Minderheiten (vgl. Cardenas 2011, S. 12).

Während des Kalten Krieges gab es auf dem Kontinent große ideologische Kämpfe, die in Bürgerkriege und Terror mündeten. Nach dem Ende der Militärdiktaturen und der Demokratisierung gab es enorme Fortschritte im Bereich der Menschenrechte. Zugleich formten sich viele sehr aktive und wirkungsmächtige Menschenrechtsorganisationen, die mit Protesten und Widerstand der Repression begegneten. Ihre Zahl soll sich auch nach den 1990er Jahren verdoppelt haben, dies liegt an der klaren Diversifizierung der Themen, welche jetzt auch Gender- und

Umweltthemen stärker miteinschließen. Ein weiteres Merkmal des Kontinentes ist, dass es hier die weltweit ersten Bestrebungen zur juristischen Aufklärung der begangenen Menschenrechtsverbrechen gab. Im Sinne der internationalen Politik kann das Thema der Menschenrechte nicht ohne die „Nähe" zu den Vereinigten Staaten betrachtet werden (vgl. Cardenas 2011, S. 13–14). Neben dem Rückgang von Menschenrechtsverletzungen in den vergangenen Dekaden, gab es demokratische und rechtsstaatliche Reformen. Im Besonderen erregte das fast flächendeckend eingeführte Ombudsmann-System[16] Aufmerksamkeit. Zu den anderen Maßnahmen gehörten: Gesetzes- und Justizreformen, Ausbau des interamerikanischen Menschenrechtsschutzes sowie die juristische Aufarbeitung der Vergangenheit (vgl. Ahrens 2011, S. 28). Trotz dieser Fortschritte bleiben die Menschenrechte ein Ort der politischen Auseinandersetzung. Die Gruppen, die sich für Menschenrechte einsetzen, müssen sich für eine tiefgehende Überprüfung des Status quo starkmachen und soziale Exklusion (Rassismus, Klassismus, Sexismus) bekämpfen. Die Militarisierung der Gesellschaften bleibt auch nach dem Ende der Militärdiktaturen eine Herausforderung. Der Kampf gegen die Drogen und das organisierte Verbrechen führte in einigen Ländern der Region zu einer Renaissance des Militärs. Der interne Feind ist heute nicht mehr der Kommunist, sondern Drogenschmuggler und Verbrecher (vgl. Cardenas 2011, S. 20–21).

Neue Entwicklungen im Feld der Menschenrechte zeigen einen Wandel auf mehreren Ebenen. Zum einen gibt es nicht mehr das Ungleichgewicht zwischen lateinamerikanischen Menschenrechtsorganisationen und deren europäischen und amerikanischen „Mutterorganisationen". Mittlerweile agieren die Gliederungen auf Augenhöhe. Zudem führte die Ausweitung der Menschenrechtsorganisationen dazu, dass es weniger „Vertreter" gibt. Stattdessen organisieren sich die unterdrückten Gruppen selber. Sie profitieren zwar von den Erfahrungen und der Infrastruktur alteingesessener Menschenrechtsorganisationen, stehen aber wesentlich unabhängiger da als noch im 20. Jahrhundert. Aus der vertikalen Arbeitsteilung zwischen den internationalen Organisationen und dem regionalen Vertreter vor Ort ist eine horizontale Zusammenarbeit geworden. Dabei ist klar, dass trotz der unterschiedlichen Perspektiven, global beziehungsweise lokal, Wissen und Informationen die wichtigsten Machtquellen der Menschenrechtsorganisationen sind. Zeitgleich kommt es zu einer verstärkten Regionalisierung der Arbeit der Menschenrechtsorganisationen. Transnationale Probleme, wie zum Beispiel die Problematik des Drogen-

[16] Als Ombudsmann oder Ombudsfrau werden unabhängige Schiedspersonen verstanden, die in Streitfällen vermittelnd eingreifen können. In Deutschland werden sie als Bürgerbeauftragte, in Lateinamerika als *Defensor del Pueblo* bezeichnet.

handels, werden mittlerweile auch transnational bearbeitet. Zugleich kommt den regionalen Institutionen, wie der Interamerikanischen Kommission für Menschenrechte, mehr Gewicht und Bedeutung zu. Zuletzt wird deutlich, dass sich das Handeln der Organisationen nicht mehr ausschließlich um den Staat dreht. Immer häufiger treten transnationale Unternehmen als Gegenspieler von Menschenrechtsorganisationen in Erscheinung (vgl. Dora et al. 2017, S. 66–67).
Menschenrechte und der Diskurs um die Aufarbeitung und Erinnerung kamen vor allem in der Praxis zusammen. In den 1970er Jahren erfolgte die Eingliederung des Menschenrechtsdiskurses in den Kampf gegen die Diktaturen. Davor erfolgte die Argumentation vor allem mit Hilfe des Klassenkampfes. Aufstände wurden als soziale Proteste bezeichnet, beziehungsweise als eine Form der nationalen Revolution gesehen. Die Übernahme der „Menschenrechtsverletzungen" in den Kampf gegen die Diktatur veränderte die Auseinandersetzung schlagartig. Ausgehend von der Gleichheit und der Universalität der Menschen, konnte die Legitimation der Diktaturen auf andere Art und Weise angegriffen werden. So änderte sich die interne Opposition zu den Militärdiktaturen in Argentinien und Brasilien. Zusammen mit der internationalen Anklage durch Menschenrechtsorganisationen waren es jetzt diese neuen sozialen Bewegungen, die in das Rampenlicht rückten. Gleichzeitig ermöglichte die Umdeutung der Gewalt des Staates als Menschenrechtsverletzung einen anderen Zugang zu Themen wie dem Kampf der indigenen Völker um ihr Land oder dem Feminismus (vgl. Jelin 2003, S. 5–6).
Nach der Demokratisierung wurde der Menschenrechtsdiskurs vor allem als antiautoritär und demokratiefördernd verstanden. Doch schnell stellte sich heraus, dass der Gegensatz Diktatur – Demokratie nicht zwangsläufig ausreicht, um Menschenrechte zu schützen. Der Demokratiebegriff wurde ausgeweitet, es ging nicht mehr nur um die Bestellung einer Regierung durch das Volk in Form von Wahlen. Der Kampf um die Menschenrechte in der Demokratie umfasst nun auch Fragen der sozialen Ungleichheit, die Stellung der Frau und den Rechtsstaat. Es öffnete sich ein Spannungsfeld zwischen liberaler und egalitärer Demokratie. Das Thema der Menschenrechte fand rasche Verbreitung in den Gesellschaften und begrenzte sich nicht auf einen kleinen Kreis von Aktivistinnen und Aktivisten. Die Sorge um die Demokratie und die Ausweitung der neuen sozialen Bewegungen führte zur einer Reinterpretation der politischen Öffentlichkeit und des Verhältnisses zwischen Staat und Gesellschaft, im Sinne einer Auseinandersetzung über materielle Dinge, Institutionen und über die kulturell-symbolische Ebene. Die neoliberalen Politiken und ihr Versagen in den 1990er Jahren schufen eine neue Dimension von Armut, sozialer Polarisierung und Exklusion. Welche zur Folge hatte, dass soziale, ökonomische und kulturelle Rechte ihren Weg zurück in das Zentrum des Menschenrechtsdiskurses fanden (vgl. Jelin 2003, S. 10–13). Auf Seiten der Aufarbeitung der Vergangenheit nahm vor allem

die wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Thema zu. Forschungsergebnisse näherten in Argentinien den Konsens in der Menschenrechtsbewegung, dass ohne ein Ende der Straflosigkeit keine gute Zukunft möglich sei. Maßgeblich wurden hier die theoretischen und empirischen Erkenntnisse der Holocaust-Forschung integriert. Gleichzeitig wurde der Vergangenheit in Zeiten der sozialen Krise und Situationen des kollektiven Leidens wieder mehr Aufmerksamkeit geschenkt. Die Suche nach Wahrheit, Gerechtigkeit und Sinn blieb zentral.

Die Erinnerungsarbeit in Lateinamerika läuft unter der Losung „Nie wieder". Es wird an die traumatische Vergangenheit erinnert, so dass sie sich nicht wiederholt. Die Pflicht zu erinnern umfasst ebenso die Transmission der Vergangenheit auf die jüngeren Generationen. In einem aktiven und pluralen Prozess soll die Vergangenheit vermittelt werden, um so eine demokratischere Zukunft zu schaffen (vgl. Jelin 2013, S. 130–131). Dafür etablierte der Staat Gedenktage, Festakte und Archive. Zum Entrepreneur der Erinnerung wurden jedoch die Menschenrechtsorganisationen. Ihr privilegierter Status verschaffte ihnen eine hohe Legitimation und machte sie zum zentralen Sprecher in der Verbindung von Menschenrechten und Erinnerung (vgl. Jelin 2003, S. 15–17). Dabei wurde das Paradigma der Menschenrechte zum zentralen Punkt der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit. Gleichzeitig können Prozesse der Gegenwart ebenso mit Hilfe der Vergangenheit, unter Bezug auf die Menschenrechte, diskutiert werden. In den Militärdiktaturen wurden Menschenrechte systematisch verletzt, aber heute wird das Konzept wesentlich weiter gefasst. Menschenrechte werden in Zusammenhang mit den Insassen der Gefängnisse, dem Kampf der indigen Bevölkerung um ihr Land oder allgemein als soziale und ökonomische Rechte diskutiert (vgl. Jelin 2013, S. 6–7).

Skeptischer gegenüber dem Universalismus der Menschenrechte war Eric Hobsbawm. Er verband sie vor allem mit den US-amerikanischen Interventionen und zweifelte daran, ob es eine positive Entwicklung in Sachen Demokratie und Menschenrechten gibt. Er präferierte den langsamen Wandel, statt die Menschenrechte mit militärischer Intervention durchzusetzen. Er warnte sogar vor einem Imperialismus der Menschenrechte. Dies zeigt eine kritische Haltung gegenüber dem zwanghaften Durchsetzen der Menschenrechte (vgl. Assheuer 2003).

Mit deutlicher Skepsis betrachtet die Irin Lea David das institutionalisierte Zusammengehen von Menschenrechten und Erinnerung. In ihrem Buch „The Past Can't Heal Us" nimmt sie eine klare Gegenposition zu den oben formulierten Aussagen ein. Für sie ist die Standardisierung des Umgangs mit traumatischer Vergangenheit nach einer gleichbleibenden Formel, die besonders auf die Erinnerung und Ritualisierung setzt, kritisch zu betrachten. Sie sieht hierin eine Form der Ideologisierung, diese äußert sich durch Formen der Erinnerung, die eine nationale

oder gar ethnische Erzählung beinhalten und dadurch neue Ungleichheiten schaffen (vgl. David 2020, S. 1–15).

Losgelöst von einem marxistischen Ideologieverständnis, charakterisiert David Menschenrechte als Ideologie, die im Laufe der vergangenen Jahrzehnte um die Komponente der ritualisierten und standardisierten Erinnerung erweitert wurden. Sie glaubt nicht daran, dass die Erinnerungsarbeit Menschen empfänglicher für die Werte der Menschenrechte macht.

> „My argument […] is that the core intention of the human rights memorialisation agenda, to prevent further violence by promoting human rights and democratic values in post-conflict societies, results precisely in the opposite outcome – the strengthening of divisions on the ground.“ (David 2020, S. 65)

Diese Perspektive erklärt sich durch die Fallauswahl, die David vornimmt. Mit dem israelisch-palästinensischen Konflikt und den ethnischen Konflikten auf dem Westbalkan in den 1990er Jahren handelt es sich um Fälle, die sich klar von dem innerstaatlichen Konflikt in Argentinien unterschieden. Trotzdem ist es sinnvoll, diese konträren Annahmen in die Vorüberlegungen miteinzubeziehen. In dieser Arbeit werden die Menschenrechte aber nicht als Ideologie verstanden, und das zu untersuchende Fallbeispiel wird einen positiveren Blick auf Menschenrechte und Erinnerung zulassen.

2.1.3 Sozialwissenschaftliche Theorien zu Institutionen

Institutionen sind allgegenwärtig. Das private und gesellschaftliche Zusammenleben ist durch Institutionen geordnet. Sie bestimmen Handlungen, setzen Regeln und geben Strukturen vor. Für die Sozialwissenschaften sind Institutionen ein wichtiges Forschungsfeld. Insbesondere die Ökonomie, Soziologie und die Politikwissenschaft haben ein gesteigertes Interesse an der Erforschung von Institutionen. Dementsprechend gibt es viele wissenschaftliche Zugänge und Blickwinkel in der Institutionenforschung. In der Regel liegt das Erkenntnisinteresse darin, zu fragen, warum Institutionen entstanden sind und wie sie funktionieren. Jüngeren Datums ist die Analyse des Wandels von Institutionen. Der Blick in die wissenschaftliche Literatur lässt schnell klarwerden, dass es sehr verschiedene Definitionen und Vorstellungen darüber gibt, was Institutionen leisten. Während die Politikwissenschaft lange auf die klassischen Institutionen wie Verfassung, Parlament, Parteien oder Verwaltung geblickt hat, ist in der Soziologie der Begriff der Institution sehr viel weiter gefasst. Hier können die Begrüßung, die Ehe oder Rassismus in einer Gesellschaft als Institution verstanden werden. Für beide Disziplinen sind Institutionen aber zentrale Elemente im gesellschaftlichen Handeln.

Das Lexikon zur Soziologie definiert Institutionen recht umständlich als:

> „ein Komplex von gesamtgesellschaftlich zentralen, dem planenden Eingriff […] jedoch schwer zugänglichen und unspezifischen […], trotzdem aber deutlich abhebbaren Handlungs- und Beziehungsmustern, der vor allem durch die Verankerung der zentralen Ordnungswerte in der Antriebstruktur der Gesellschaftsmitglieder gekennzeichnet ist.“ (W.L.B. 2013, S. 308)

Etwas zugänglicher wird es bei Hasse und Krücken. Für sie bewirken Institutionen Regelhaftigkeit dadurch, dass Strukturen und Verhalten zugelassen werden oder nicht. Institutionen wirken auf soziales Verhalten ebenso ein, wie auf das Ordnungsgefüge einer Gesellschaft. Damit machen Institutionen bestimmte Formen gesellschaftlichen Handelns erwartbar (vgl. Hasse und Krücken 2008, S. 163–165), zum Beispiel bei einer Begrüßung. In der Soziologie ist das Konzept der Organisation nah an dem der Institution. Türk definiert Organisationen als „Orte der Definition, Konzentration, der Verteilung und des Einsatzes gesellschaftlich zentraler, allokativer und autoritativer Ressourcen“ (Türk 2008, S. 338). Organisationen besitzen ökonomisches und politisches Kapital, Wissen, und sie sind in der Lage, Ideologien zu produzieren. Organisationen haben eine bestimmte Ordnung, sie bilden eine Einheit und stellen über Vergemeinschaftung Kollektive her (vgl. Türk 2008, S. 338). Die Überlegungen zur Organisation sind Teil der Institutionentheorie, die seit den 1970er Jahren im anglo-amerikanischen Wissenschaftsraum für viel Furore sorgte. Im Mittelpunkt stand unter anderem die Frage, warum es zur Isomorphie[17] bei Organisationen kommt. Die sich selbstverständlich gleichermaßen für Institutionen stellt. Herausforderung waren damals und dies gilt auch heute, die recht unterschiedliche Definition und Verwendung der Konzepte. Scott (1999) fasst beide Begriffe in seinem Grundlagenwerk „Institutions and Organizations“ zusammen.

Die frühe politikwissenschaftliche Forschung war sehr institutionenorientiert. Erinnert sei an die Klassiker wie die *Federalist Papers* oder Tocqueville, die in diesem Zusammenhang oft genannt werden. Mit der Formierung der modernen Politikwissenschaft in den USA zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurde den Institutionen viel Aufmerksamkeit gewidmet. Die Etablierung des Behavioralismus löste den Institutionalismus von seiner zentralen Stelle. Dagegen hatten Institutionen in der Soziologie immer Konjunktur (vgl. Scott 1999, S. 6–8). Organisationen können im Laufe der Zeit zu Institutionen werden. Dieser Prozess der Institutionalisierung ist verknüpft mit Einbindung von Werten in den sonst technischen Ablauf von Organisationen.

[17] Isomorphie beschreibt die Ähnlichkeit oder Gleichheit von Strukturen und Prozessen, hier Institutionen, in unterschiedlichen Kontexten.

Diese Werte lösen in Organisationen Prozesse der Selbsterhaltung aus, die die Struktur und Identität stärken. Insbesondere Organisationen mit klar definierten Zielen neigen zur schnelleren Institutionalisierung. Unter Bezug auf Philip Selznick hält Scott fest: „Organisations are not the rational creatures they pretend to be, but are vehicles for embodying (sometimes surreptitious) values.“ (Scott 1999, S. 19). Er selbst kommt, nach dem Blick auf die vorangegangene Institutionen- und Organisationenforschung, zu folgender Definition:

> „Institutions consist of cognitive, normative and regulative structures and activities that provide stability and meaning to social behaviour. Institutions are transported by various carriers – cultures, structures, and routines – and they operate at multiple levels of jurisdiction.“ (Scott 1999, S. 33)

In den Wirtschaftswissenschaften etablierte sich ein, vor allem durch den *rational choice* Ansatz geprägtes Verständnis von Institutionen, gemäß der Erkenntnis: „rules of the game in a society or, more formally, are the humanly devised constraints that shape human interaction“ (North 1990, S. 3).

Einen durch und durch konstruktivistischen Zugang wählen Berger und Luckmann. Unter der Vorannahme, dass die gesamte Gesellschaftsordnung nicht biologisch begründet ist, sondern durch ständige menschliche Produktion entsteht, sehen sie Institutionen als Ergebnis menschlichen Handelns. Die Ursprünge der Institutionalisierung sehen sie in der Habitualisierung des Handelns. Diese Spezialisierung des Handelns führt zu Routinen und damit zur Typisierung, welches in die Institution überführt wird. Die Autoren sehen Institutionen ebenfalls aus einer historischen Perspektive. Der Entwicklungsprozess von Institutionen ist an dieser Stelle bedeutsam, denn er besitzt Potential für die Analyse. Institutionen kontrollieren menschliches Verhalten, stellen Muster und Regeln auf, nach denen verfahren werden soll. Sie können auch gegenläufiges Verhalten sanktionieren. Für Berger und Luckmann geht die Institutionalisierung einher mit einer Kontrolle des Verhaltens. Für die Weitergabe und damit für das Überleben der Institution braucht es Legitimation, beziehungsweise Erklärung des institutionellen Handelns und eine Rechtfertigung (vgl. Berger und Luckmann 1999, S. 55–66).

Jepperson hält mit Blick auf die Soziologie fest, dass keine Einigkeit über das Konzept der Institution herrscht und eine hohe Divergenz bei den Definitionen zu finden ist. Gemein ist ihnen, dass sie Bezüge auf autoritative Regeln und die Bildung von Organisationen enthalten. Er kommt zu folgendem Schluss:

> „Institution represents a social order or pattern that has attained a certain state or property; institutionalization denotes the process of such attainment. [...] An institution is

> then a social pattern that reveals a particular reproduction process. When departures from that pattern are counteracted in a regulated fashion, by repetitively activated, socially constructed controls – that is, by some set of rewards and sanctions – we refer to a pattern as institutionalized.“ (Jepperson 1991, S. 145)

Institutionen funktionieren über Empowerment und Kontrolle, sie sind Mittel für Aktivitäten innerhalb eines festgesetzten Rahmens. Jepperson bietet aber auch Alternativen zum Prozess der Institutionalisierung. Ansonsten könnte von einer vollständig institutionalisierten Welt ausgegangen werden. Die Abwesenheit von Ordnung, die unbeabsichtigte Wiederholung von Verhalten sowie die tiefe Sozialisierung beziehungsweise Internalisierung von Verhalten stellen Divergenzen zu Institutionen dar. Interessant ist an dieser Stelle das Verhältnis von Institution zu Aktion. Jepperson verweist darauf, dass in einigen lateinamerikanischen Ländern die Demokratie durch „action“ erhalten wird, anstatt durch institutionelle Verfahren, während es in Großbritannien andersherum ist. Die direkte Handlung ist eine schwächere Form der sozialen Reproduktion von Verhalten, denn sie beruht einzig auf dem Phänomen der kollektiven Aktion. Der Gegensatz von Institution und Aktion sollte nicht aus den Augen verloren werden. Zudem nennt Jepperson vier Möglichkeiten des Wandels von Institutionen. Hierzu zählt auch die ursprüngliche Formation der Institution, das Wachstum oder die Ausweitung von Institutionen, die Deinstitutionalisierung sowie Reinstitutionalisierung (vgl. Jepperson 1991, S. 146–152).
Göhler entwickelt eine Definition politischer Institutionen, die er von der sozialen Institution abgrenzt. Dies sind für ihn „relativ auf Dauer gestellte, durch Internalisierung verfestigte Verhaltensmuster und Sinngebilde mit regulierender und orientierende Funktion“ (Göhler 1997, S. 15). Unter Einbeziehung der Überlegungen zum Politischen kommt er zur folgenden Definition politischer Institutionen:

> „Politische Institutionen sind Regelsysteme der Herstellung und Durchführung verbindlicher, gesamtgesellschaftlich relevanter Entscheidungen und Instanzen der symbolischen Darstellung von Orientierungsleistungen einer Gesellschaft. Als solche sind sie sowohl festgelegter Rahmen als auch geronnene Muster des Handlungsraums Politik.“ (Göhler 1997, S. 26)

Es wird deutlich, dass die politische Institutionenforschung mit recht unterschiedlichen Definitionen arbeitet, die nicht immer leicht zu operationalisieren sind. Für die anglo-amerikanische Politikwissenschaft gilt dies ebenso. Eine Grundannahme ist, dass Institutionen Ordnung und Erwartbarkeit schaffen. Handlungen innerhalb der Beschränkungen von Institutionen werden

voraussehbarer. Weiterhin besteht Einigkeit darüber, dass die Überführung von politischen Handlungen in institutionelle Bahnen durch Routineprozesse abläuft. March und Olsen setzten sich bereits Mitte der 1980er Jahre dafür ein, die Effekte politischer Institutionen als relativ unabhängig zu betrachten. Gleichzeitig sprechen sie der Organisiertheit der Institutionen viel Gewicht zu. Institutionen sind für sie weder Reflektionen der Gesellschaft noch die Konsequenzen individueller Aktionen. Sie plädierten dafür, Werte und Einstellungen, die Teil der Politik sind, ebenso bei der Analyse von Institutionen miteinzubeziehen. Des Weiteren gehen sie davon aus, dass Institutionen politisches Verhalten bestimmen oder zumindest in gewisse Bahnen lenken. Ein teleologisches Verständnis von Institutionen als Ergebnis der Geschichte lehnen sie ab (vgl. March und Olsen 2008, S. 5–6).

Institutionen sollten weniger als *black boxes* oder statische Konstrukte verstanden werden. Sie sind durchaus flexibel und wandelbar. Sie haben komplexe Beziehungen mit ihrer Umwelt, wirken aber auch in sich hinein. Für politische Institutionen gilt, dass sie Teil des politischen Systems sind. In der Beziehung zur Umwelt drückt sich wiederum die Wandlungsfähigkeit von Institutionen aus. Ihre Umgebung, aber auch die Spielregeln in der Gesellschaft können sich ändern, hierauf können beziehungsweise müssen Institutionen reagieren. Auf der anderen Seite passen sich Institutionen im Laufe der Zeit immer besser an ihre Aufgabe an, so entsteht ein Bild der historischen Effizienz. Die Elemente, die in der Erklärung von institutionellem Wandel eine Rolle spielen, sind vielfältig. Sie können Ergebnis des Wirkens einzelner Akteure, Resultat von Konflikten, Lernprozessen oder aus Konkurrenzkampf sein. Gleichzeitig müssen Institutionen nicht für immer existieren, sie können ebenso verschwinden (vgl. March und Olsen 2008, S. 7–14).

In der politikwissenschaftlichen Institutionentheorie gibt es drei zentrale Zugriffe auf das Thema: den *rational choice*, den historischen und den konstruktivistischen Institutionalismus. Der *rational choice* Ansatz hat zwei Hauptsichtweisen auf den Charakter von Institutionen. Im ersten sind sie exogene Beschränkungen von Handlungsmöglichkeiten, beziehungsweise exogen vorgegebene Spielregeln. Die zweite Strömung sieht Institutionen nicht als exogen entstandene Konstrukte, sondern als Spielregeln, die sich die Spieler selber gegeben haben. Ausgehend von den Spielregeln verhalten sich Institutionen dann als rationale Akteure (vgl. Shepsle 2008, S. 24–27).

Der historische Institutionalismus untersucht Institutionen als selbstgegebene Regelstrukturen im Verlauf der Zeit. Im Mittelpunkt stehen hier oft Pfadabhängigkeiten als Erklärung für spezifische *outcomes*. Obwohl die historische Sichtweise weit zurückreicht, gab es in den letzten Jahrzehnten eine Modernisierung des Ansatzes. Der historische Institutionalismus sucht nach

Zielen und langfristigen Veränderungen der Institutionen. Den Wandel von Institutionen erklärt diese Forschungsrichtung mit *top-down* Erklärungen, also elitenzentrierten Argumentationen oder auch *bottom-up* Ansätzen, durch gesellschaftliche Mobilisierung oder soziale Bewegungen (vgl. Sanders 2008, S. 40–50).

Der konstruktivistische Ansatz stützt sich vor allem auf Diskursanalysen. Der Ansatz entwickelte sich aus dem historischen Institutionalismus. In der Forschung wird insbesondere das Verhältnis zwischen politischen Akteuren untersucht. Institutionen formen oder beschränken den Handlungsrahmen der Akteure. Im Feld des politischen Konfliktes sind Institutionen selbst das *outcome* (beabsichtigt oder unbeabsichtigt). Dementsprechend ist es nicht überraschend, dass institutioneller Wandel durch Veränderungen in den Beziehungen zwischen den Akteuren erklärt wird. Hierbei steht die soziale Konstruiertheit von politischen Opportunitätsstrukturen im Mittelpunkt. Daher sind Konstruktivisten skeptisch, was die Effizienz von Institutionen anbelangt. Die Schwerpunktsetzung auf Diskurse erlaubt zudem, Ideen und Werte klarer als Teil von Institutionen und damit als wichtige Variablen zu betrachten. Ein Muster, dem in der empirischen Forschung große Bedeutung zugesprochen wird, sind Krisenmomente. Diese werden vom Normalzustand abgegrenzt und lösen zum Teil besondere Dynamiken aus (vgl. Hay 2008, S. 57–60).

Die Theorien des Institutionalismus zeigen, dass institutioneller Wandel durch verschiedene Prozesse ausgelöst werden kann: Neue Akteurskonstellationen, Konflikte oder ein interner Lernprozess können dafür verantwortlich sein. Der Wandel von Institutionen ist zudem facettenreich, es kann zu einer Ausweitung der Institution kommen, aber auch eine Rückentwicklung ist denkbar. Institutionen wandeln sich mit der Zeit. In der Forschung war dies nicht immer ein Schwerpunkt, die wissenschaftlichen Theorien hatten vor allem die Entstehung von Institutionen zum Ziel. Institutionen verwandeln sich aber selten total, oft sind es feinere Änderungen, die den Charakter einer Institution modifizieren. Die Institutionenforschung konzentrierte sich vor allem auf externe Schocks oder auf drastische Veränderungen in der Umwelt als Erklärung von institutionellem Wandel. Auf der anderen Seite gab es ein großes Interesse daran, das kontinuierliche Bestehen von Institutionen zu erklären. Eine allmähliche Veränderung der Institutionen wird seltener analysiert. Institutioneller Wandel ist das Produkt von Problemen in der Interpretation von Regeln durch die Institutionen. Wenn sie hier ihre Kernfunktion nicht mehr wahrnehmen kann und insbesondere die Kontrolle und den Einhalt der Regeln nicht mehr gewährleistet werden kann, können sich Institutionen wandeln. Neue Akteure, oder neue Akteursgruppen können den Raum für neue Regeln und die Einhaltung dieser nutzen. Mahoney und Thelen sehen in dem politischen Kontext und dem Verhalten der Akteure, die die Institution

umgeben, zwei wichtige Faktoren, die den Wandel von Institutionen erklären (vgl. Mahoney und Thelen 2010, S. 2–28).

Diese kurze Übersicht der Institutionentheorie macht deutlich, wie wichtig das Thema ist. Es ist Teil verschiedener Disziplinen der Sozialwissenschaft und hat sich nach den entsprechenden Großtheorien diversifiziert. In der Politikwissenschaft sind die Institutionen in der Polity Ebene mit verfasst und haben eine lange Tradition in der Forschung. Einer von vielen Schwerpunkten sind die demokratischen Institutionen und ihre Performance. Neuerdings wird hier nicht nur die Demokratisierung als eine Richtung des institutionellen Wandels betrachtet. Es wird auf Ebene der Institutionen, in diesem Fall der Bürokratie, nach dem *democratic backsliding* geforscht (vgl. Bauer und Becker 2020). Die Verbindung von Demokratie und Institutionen ist auch für die politikwissenschaftliche Forschung über Lateinamerika zentral. Die Transformation zur Demokratie nach dem Ende der Militärdiktaturen und die zum Teil fehlende politische und wirtschaftliche Stabilität des Kontinents machten Institutionenstudien dort sehr populär. Insbesondere in Verknüpfung mit der Präsidentialismusdebatte Anfang der 1990er Jahre (siehe Linz 1994) und mit der speziellen Deutung des lateinamerikanischen Präsidentialismus als schlecht institutionalisiert (vgl. O'Donnell 1994), entstand hier wertvolle Forschung.

Institutionen gelten in Lateinamerika generell als schwach. Politische Institutionen sind ihrem Ruf nach instabil und schaffen es selten, die Regeln durchzusetzen. Schwache Institutionen verengen den Zeithorizont von politischen Akteuren und schwächen ihre Performance. Rechtsstaatlichkeit und Demokratisierung werden in ihrer Ausprägung gehindert, und ihnen fällt es schwerer, die vielen dringenden Probleme wie soziale Ungleichheit oder mangelndes Wirtschaftswachstum anzugehen. Zudem sind politische Institutionen oft Werkzeug der Exekutive und lassen eine Unabhängigkeit vermissen. Schwache Institutionen sind anfälliger für abrupten Wandel. Sie erreichen der Definition nach kaum oder gar keine ihrer Ziele. Während starke Institutionen ihre signifikanten Ziele erreichen. Abzugrenzen sind schwache Institutionen jedoch von informellen Regeln (vgl. Brinks et al. 2020, S. 1–8).

Informelle Institutionen und Regeln haben in lateinamerikanischen Demokratien ebenfalls eine hohe Bedeutung. Einige sprechen ihnen sogar eine ähnlich hohe Bedeutung zu wie den formellen Regeln. Zu informellen Institutionen zählen diejenigen Regeln, die außerhalb der üblichen sanktionierten Kanäle entstehen, aber genau Teil des Regelsystems sind. Helmke und Levitsky definieren sie als „socially shared rules, usually unwritten, that are created, communicated, and enforced outside officially sanctioned channels“ (Helmke und Levitsky 2006, S. 5). Informelle

Institutionen tragen, in den meisten Fällen, zur weiteren Schwächung der politischen Institutionen in Lateinamerika bei. Gleichzeitig sind sie aber zentral bei der Erklärung gewisser sozialer und politischer Phänomene.

Institutionen machen einen wesentlichen Bereich des gesellschaftlichen Lebens aus. Sie strukturieren menschliches Verhalten und sie finden einen Weg, Handlungen zu reproduzieren. Die wesentliche Aufgabe von Institutionen ist die Festsetzung von Regeln. Hierüber erfolgt die Steuerung von Handlungen, diese werden damit voraussehbar. Regeln sorgen dafür, dass die Handlungen leichter zu reproduzieren sind und es weniger abweichendes Verhalten gibt. Eng verbunden mit Regelung ist die Kontrolle des Verhaltens. Institutionen können auch hier tätig werden und die Einhaltung der Regeln kontrollieren. Dies gibt ihnen Macht, denn über die Kontrolle der Regeln weitet sich der Gestaltungsspielraum der Institutionen deutlich aus.

In der Politikwissenschaft bilden Institutionen einen zentralen Untersuchungsgegenstand. Politische Systeme vereinen eine Vielzahl von politischen Institutionen. Sie alle sind am politischen Prozess beteiligt und streben nach der Durchsetzung gesamtgesellschaftlicher Regeln. Das Hauptaugenmerk richtet sich auf die festen Institutionen der Demokratie, Parlamente und Regierungen, aber auch die Verwaltung sind häufiger Untersuchungsgegenstand. Die Bürokratie hat einen nicht zu unterschätzenden Anteil am Policy Prozess. Hier erfolgt die praktische Umsetzung von Gesetzen und politischen Maßgaben. Das politische System steuert über Gesetze den Rahmen, in dem Institutionen tätig werden können.

Institutionen können als Weiterentwicklung von kollektiven Aktionen verstanden werden. Wichtig für diese Untersuchung ist, dass Institutionen Werte aufnehmen können. Diese Werte spielen im Prozess der Institutionalisierung eine wichtige Rolle und werden dann integrativer Bestandteil. Es wäre verfehlt, von wertfreien Institutionen auszugehen. Diese internen Wertvorstellungen haben auch Auswirkung auf die Kontrolle des Verhaltens. Für das Bestehen von Institutionen ist Legitimation zentral, ohne diese würde es schwieriger werden, Regeln durchzusetzen und Verhalten zu kontrollieren. Für das Verständnis von Institutionen müssen die Akteursbeziehungen zur Umwelt und mögliche Krisenphänomene beachtet werden.

Diese Arbeit beschäftigt sich mit der Frage, wie Erinnerung und Gedächtnis institutionalisiert werden können. Dahinter steht die Frage, wie der Staat und die Gesellschaft erinnerungskulturelle Fragen regeln und verarbeiten wollen. Gesellschaften können Erinnerung organisieren, sie entscheiden, woran erinnert werden soll. Es findet ein Selektionsprozess statt, der relevante und nicht relevante Erinnerung voneinander trennt. Heß (2016) betrachtet dies als gesamtgesellschaftlichen Prozess, in dem es darum geht, wie mit der Vergangenheit umzugehen sei. Sie folgt hier Türk (2006), indem sie von einer Ordnung in relevante und irrelevante Erinnerungen

spricht. Darauf folgt der Aufbau einer Struktur, die über Mitgliedschaft Inklusion und Exklusion schafft, die dann in eine Gemeinschaftsbildung mündet. Heß kommt zu dem Schluss: „[d]ie gesellschaftliche Organisation von Erinnerungen konzentriert sich demnach auf eine systematische Rekonstruktion von Vergangenheit in Bezug auf die Frage der Relevanz beziehungsweise Irrelevanz“ (Heß 2016, S. 252).

Mit Bezug auf das kulturelle Gedächtnis, wie es die Assmanns formulieren, wird klar, dass diese Prozesse keine Erfindung der Neuzeit sind. Schon immer gab es Auswahlprozesse dessen, was in das Gedächtnis einer Gesellschaft aufgenommen wird. In der Moderne finden wir allerdings zwei Trends, die diesen Prozess unterstützen. An erster Stelle müssen hier die Erinnerungsorte im Sinne Pierre Noras genannt werden. Dazu kommt eine vermehrte Gründung von staatlichen Institutionen, die den Prozess der Organisation der Erinnerung übernehmen. In erster Linie zählen hierzu staatliche Archive und Museen. Während es bei den Archiven um die Bewahrung von Wissen geht, Erinnerungen müssen erst hieraus konstruiert werden, so steht bei Museen ein pädagogisches Konzept im Mittelpunkt. Bei beiden wird jedoch die Funktion der Organisation von relevanten und nicht relevanten Erinnerungen deutlich.

Zu fragen, ob Erinnerungen institutionalisiert werden können, ist vielleicht der falsche Ansatz. Erinnerungen lassen sich nicht einmal in autoritären Systemen vollends formalisieren und gleichförmig gestalten. In pluralistischen Demokratien wird es immer auch einen Mehrklang von Erinnerungen geben, insbesondere wenn es sich um traumatische Vergangenheit handelt. Der Staat möchte die Aufarbeitung, den organisierten Umgang mit der Erinnerung, regulieren. Hier setzen staatliche Institutionen an. Es geht nicht um die Übernahme von Verantwortung für die Vergangenheit, vielmehr soll eine aktive Gestaltung des Prozesses ermöglicht werden. Ein weiterer Aspekt, warum sich Staaten dazu entscheiden, solche Institutionen zu schaffen, ist die Möglichkeit der politischen Steuerung. Doch es ist keinesfalls so, als wäre der Staat ohne diese speziellen Institutionen nicht auf diesem Feld tätig. Denn in der Bildungspolitik und besonders im Rahmen des Geschichtsunterrichts, hat der Staat bereits die Möglichkeit, Einfluss auf die Interpretation der Geschichte und die Weitergabe von Erinnerungen zu nehmen.

Legt man die etwas offeneren Definitionen zur Institution zu Grunde, kann auch argumentiert werden, dass eine jährlich stattfindende Demonstration zur Erinnerung an den Militärputsch eine Institution darstellt. Diese ist jedoch nicht staatlich organisiert, sondern wird von der Zivilgesellschaft und den Menschenrechtsorganisationen getragen.

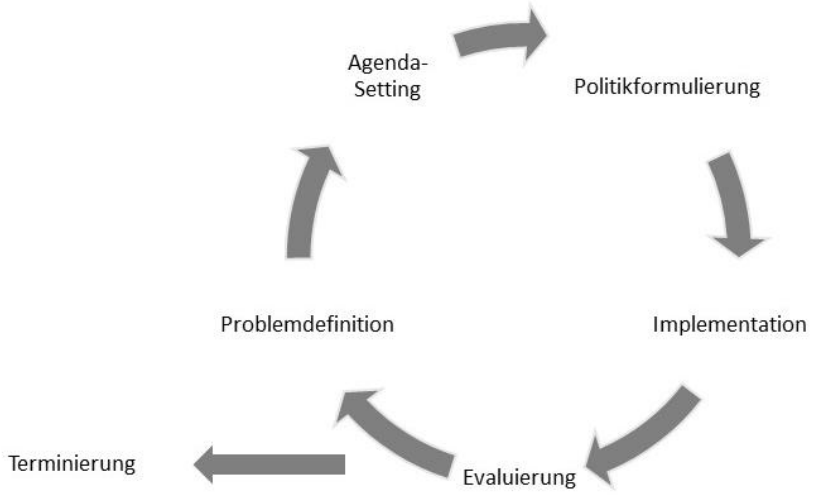
2.1.4 Politikfeldforschung und der *Advocacy Coalition Framework* Ansatz

Die Politikwissenschaft versucht mit der Unterteilung des Politikbegriffes in *polity*, *politics* und *policy* dem fast allumfassenden Politikbegriff Struktur und Analysefähigkeit abzugewinnen. *Polity* meint die Ordnungen und Strukturen in einem politischen System, also Institutionen und Verfassungen. *Politics* umfasst die Prozesse in der Politik, also wie in politischen Auseinandersetzungen zwischen Konflikten und Kooperationen Politik gemacht wird beziehungsweise abläuft. *Policy* ist die inhaltliche Dimension von Politik. Hier werden Programme umgesetzt, Gesetze implementiert. *Policies* werden in Politikfelder gruppiert. Außen-, Umwelt-, Sozial- und Wirtschaftspolitik sind dabei wohl die prominentesten Felder. *Policies* können somit sehr speziell sein, zum Beispiel eine konkrete Regierungsverordnung, oder sehr weitgefasst sein, wie Klimaschutzziele, die sich nicht nur auf ein Feld begrenzen lassen (Mols 2016, S. 27). Die *Policy*-Forschung vereint jedoch alle drei Teilbereiche. Ohne Normen und Prozesse lassen sich politische Inhalte nicht denken. Die Politikfeldforschung entstand in den 1950er Jahren in den USA, ab den 1970er Jahren wurde dann verstärkt im deutschsprachigen Raum dieser Teilbereich der Politikwissenschaft ausgebaut. Ziel der Politikfeldforschung ist es, *outputs*, Wirkungen und *outcomes* von Politik nachzuweisen. Anfangs gab es einen durchaus normativen Anspruch an das Forschungsfeld, die beste Politik oder bessere Politik zu finden. Diese Ausrichtung ist inzwischen aber zurückgegangen. Mittlerweile steht ein rein analytisch ausgerichtetes Forschungsinteresse im Mittelpunkt (vgl. Blum und Schubert 2011, S. 15–25).

Zur Beschreibung des *Policy*-Prozesses hat sich der *Policy*-Zyklus in der Forschung etabliert. Dieses kreisförmige Schema zeigt den idealtypischen Ablauf unterschiedlicher Phasen bei der Implementierung von Politik. Am Anfang steht die Problemdefinition. Hier werden Probleme artikuliert und an die Politik herangetragen. Dies ist selbstverständlich nicht immer objektiv. Viele Akteure kommen in diesem Bereich als Handelnde in Frage. Ministerien, zivilgesellschaftliche Organisationen oder Parteien können Probleme definieren. Für den Erfolg ist nicht nur wichtig, dass der Fakt als Problem definiert wird, viel hängt mit der Art und Weise der Definition zusammen. Sollte der erste Schritt erfolgreich sein, kommt die Problemstellung auf die politische Agenda. Die Akteure im politischen System, zuweilen auch die Zivilgesellschaft, begeben sich auf die Lösungssuche. Im politischen System müssen sich Mehrheiten finden, Vetospieler umgangen oder überzeugt werden. In nächsten Schritt erfolgt die Formulierung der Politik, zum Beispiel durch die Regierung. Am Ende dieser Phase steht meistens die Verab-

schiedung eines Gesetzes. Hier endet der *Policy*-Zyklus jedoch nicht. Es folgt die Implementation, die Umsetzung der Politik. Hier haben gewisse Akteure, wie beispielsweise Ministerien oder Behörden, Gestaltungsspielraum, wie die Politik umgesetzt werden soll. Das Politikfeld beziehungsweise die Gesellschaft, reagiert auf die neue Politik und es kommt zur Phase der Evaluation. Hier werden Auswirkungen und Erfolge gemessen sowie das weitere Vorgehen beschlossen. Es kommt zu einem Feedbackmechanismus, der zwei Ergebnisse haben kann. In den meisten Fällen kommt es zur einer Anpassung der Problemdefinition und zu einem erneuten Durchlauf des *Policy*-Zyklus. Allerdings kann der Prozess an dieser Stelle beendet werden, sollte die Politik nicht mehr nötig oder das Problem vollständig verschwunden sein (vgl. Wenzelburger und Zohlnhöfer 2015b, S. 17–19).

Abbildung 1: Der *Policy*-Zyklus



Quelle: Eigene Darstellung nach Wenzelburger und Zohlnhöfer 2015b, S. 17.

Das Modell erleichtert die Abstraktion von Politik, und die Phaseneinteilung hilft der Veranschaulichung des Prozesses. Es dient vor allem der Deskription von Abläufen, zur Hypothesenbildung dient es weniger. Politik sollte zudem nicht nur auf die Lösung von Problemen reduziert werden. Der idealtypische Zyklus kaschiert die durchaus gegebenen gestalterischen Möglichkeiten der Politik. Das Modell vermittelt ein sehr schematisches sowie zielgeleitetes Bild von Politik, welches auf einem stark bürokratisch-administrativen Verständnis beruht (vgl. Blum und Schubert 2011, S. 106–108).

Klassischerweise können Politiken als regulativ oder distributiv verstanden werden. Steuerung kann dabei über Gebote und Verbote, die Veränderung des Angebotes sowie die Alternierung von Überzeugungen erfolgen (vgl. Wenzelburger und Zohlnhöfer 2015b, S. 23–25). *Policies*

werden in Politikfelder eingeteilt. Dies kann auf zwei Arten erfolgen. Die erste strukturiert Politik in zusammenhängende Bereiche von Politikinhalten, die zweite übernimmt die Selbstorganisation der Politik. Allerdings gibt es Gefahren bei einer zu rigiden Abtrennung des Politikfeldes. Grenzen können zwischen den Feldern fließend verlaufen. Zudem kann der Blick auf Querschnittsprobleme, also Fragen, die mehrere Felder betreffen, eingeengt werden. Doch die Trennung eines Politikfeldes von seiner Umwelt ist wichtig. Es lässt die Ergebnismessung zu und ermöglicht es Einflussfaktoren zu filtern. Zusammensetzung und Binnenstruktur können klar beschrieben werden. Mit Hilfe von institutionalistischen Ansätzen wird der Raum eines Politikfeldes als von Institutionen bestimmt beschrieben. Dieser Rückgriff auf die *Polity*-Ebene ist wichtig, um das Gefüge von institutionellen Arrangements darstellen zu können. Zu diesem Rahmen kommen weitere Handlungseinheiten, die im Feld tätig sind, hinzu. Hierbei wird zwischen Individuen und komplexen Akteuren unterschieden. Letztere unterteilen sich nochmals in kollektive und korporative Akteure. Kollektive Akteure sind eine Gruppe interessierter Akteure, die im Feld autonom handeln. Sie unterscheiden sich vor allem in der Koordinationsform, so kann zwischen Allianzen, Clubs oder Verbänden unterschieden werden. Korporative Akteure zeichnen sich durch höheren Strukturanteil aus, hier werden Ressourcen zusammengelegt und eine feste Struktur geschaffen. Beispiele wären Unternehmensverbände, Gewerkschaften, aber auch Parteien (vgl. Schneider und Janning 2006, S. 64–66).

Politikfelder können als Diskursfelder beschrieben werden. Schließlich erfolgt die Auseinandersetzung über Politik im öffentlichen Raum, es werden Argumente ausgetauscht, und Akteure versuchen Debatten zu bestimmen und Themen zu setzen. Akteure besitzen bestimmte Wahrnehmungsformen, Weltanschauungen und Glaubenssysteme *(belief systems)*[18]. Eine Diskursanalyse kann hier Politikveränderungen nachweisen, die auf Wissenssysteme, Ideologien und das Aufeinandertreffen von Überzeugungen beruhen (vgl. Schneider und Janning 2006, S. 69).

Die Politikfeldanalyse gilt als Teil der Politikwissenschaft, der besonders reich an Theorien ist. Anfänglich begrenzte sich die Forschung auf makrostrukturelle Erklärungsmuster. Eine intensive Auseinandersetzung mit der Meso- und Mikroebene führte zur Integration von Akteurs- und Strukturtheorien. Grundlegend sind hier vor allem *rational choice* Theorien, die vom rationalen Handeln der Akteure ausgehen. So lassen sich in der Landschaft der *Policy*-Forschung drei Gruppen von Theorien unterscheiden: Zuerst wird die quantitativ vergleichende Politikfor-

[18] Converse definiert *belief system* als: „ a configuration of ideas and attitudes in which the elements are bound together by some form of constraint or functional interdependence.“ (Converse 2006, S. 3).

schung, die Staatstätigkeiten auf der Makroebene untersucht. Dann die akteurs- und strukturtheoretischen Ansätze auf der Mikro- und Mesoebene, welche die *rational choice* Überlegungen miteinschließen. Drittens folgen die neuen kulturalistischen kognitiven Analysen, die sich vor allem als Gegensatz zu den Theorien des rationalen Handelns sehen (vgl. Schneider und Janning 2006, S. 76–79).

Qualitative Methoden führen in der Politikwissenschaft gewiss kein Schattendasein. Jedoch dominieren in vielen Bereichen quantitative Untersuchungen und statistische Analyseverfahren. Die *Policy*-Forschung bietet durchaus einige Möglichkeiten, qualitative Forschungen vorzunehmen, wie es in den Internationalen Beziehungen oder der politischen Kulturforschung gang und gäbe ist. Die Gründe hierfür liegen darin, dass Problemlösungsvorschläge nicht immer aus objektiven und rationalen Prozessen hervorgehen, sondern Ergebnis des Aufeinandertreffens unterschiedlicher und zum Teil diffuser Wahrnehmungen und Interpretationen sind. Im Politikfeld herrscht ein ständiger Diskussionsprozess, der zum Gegenstand einer wissenschaftlichen Interpretation und Analyse der diskursiven Praktiken werden kann. Im Bereich der *Policy*-Forschung lassen sich unter anderem vier qualitative Vorgehen unterscheiden. Ein Weg ist es sich die Narrative im *Policy*-Prozess anzuschauen, ein weiteres Verfahren schaut auf *frames*, die Interpretationsrahmen. Drittens können auch klassische Diskursanalysen zum Verständnis von *Policy*-Prozessen beitragen. Schließlich ist das *Advocacy Coalition Framework* ein zentrales theoretisches Prinzip in der Politikfeldforschung. Allen gemeinsam ist, dass sie dem *argumentative turn* entspringen. Dieser setzt quasi spiegelbildlich zum *linguistic turn* auf die Wichtigkeit von Sprache und Argumentation in der Politikfeldforschung. Er stand der hegemonialen technokratischen Sichtweise entgegen (vgl. Schneider und Janning 2006, S. 169–171).

An dieser Stelle soll das *Advocacy Coalition Framework*, welches der Analyse in dieser Arbeit zugrunde liegt, näher vorgestellt werden. Paul Armand Sabatier (1944 – 2013) und seine Kollegen entwickelten den Ansatz Ende der 1980er Jahre in den USA. Sie verstehen ihn weniger als eine feste Theorie, sondern eher als Analyserahmen – *framework*. Ihm liegt eine sehr dynamische Perspektive zugrunde. Sabatier und Kollegen wandten das *Advocacy Coalition Framework* anfangs vor allem im Bereich der Umweltpolitik an. Mittlerweile zählt es zu den am häufigsten genutzten Konzepten in der Politikfeldforschung, ist keinesfalls mehr nur auf umweltpolitische Fragen begrenzt, sondern wird in vielen Politikfeldern und Kontexten eingesetzt (vgl. Bandelow 2015, S. 305–306).

Sabatiers Untersuchungsgegenstand, an dem er die Perspektive der *Advocacy Coalition Framework* deutlich macht, ist die Gesetzgebung der US-amerikanischen Bundesstaaten gegen die Luftverschmutzung seit den 1950er Jahren. Im Laufe der Dekaden gab es in diesem Bereich

drastische Politikwechsel, die sich nur schwer mit den klassischen Instrumenten der Politikfeldforschung erklären ließen (vgl. Sabatier 1988, S. 129–130). Sowohl das heuristische Vorgehen als auch der politikwissenschaftliche Fokus auf die *iron triangles*, welche sich auf das Zusammenspiel zwischen Parlament, Ministerien und Interessengruppen konzentrieren, taten sich schwer, die Veränderungen im Politikfeld zu erklären. Der Blick auf politische Institutionen oder politisches Verhalten war besonders mit dem mehrere Dekaden umfassenden Untersuchungszeitraum überfordert. Zum einen fokussierten sich die Erklärungen zu sehr auf die Geschehnisse in der Hauptstadt Washington und vernachlässigten so die Entwicklungen auf der Ebene der Bundesstaaten und auf dem lokalen Niveau. Zum anderen spielten Ideen, ihre Entwicklungen und ihr Einfluss auf die politischen Debatten keine Rolle in der Analyse. Auf Basis von Ansätzen, die mehr auf Kontextfaktoren und deren Veränderung achten, formuliert Sabatier sein *Advocacy Coalition Framework* (vgl. Sabatier 1993, S. 14–15). Der Ansatz beinhaltet vier Grundannahmen: Um die Veränderung von Politik und *Policy*-Lernen verstehen zu wollen, braucht es einen Blick auf ein Jahrzehnt oder mehr (1), *Policy*-Wandel muss in einem spezifischen *Policy*-Subsystem erklärt werden (2), die Subsysteme umfassen eine intergouvernementale Dimension (3), staatliche Politik kann in Form eines *belief systems* verstanden werden (4). Den längeren Untersuchungszeitraum begründet Sabatier damit, dass in einer Dekade der *Policy*-Zyklus mindestens einmal durchlaufen werden kann. Der beste Untersuchungsgegenstand für eine solche Analyse ist nicht eine beliebige Regierungsinstitution, sondern ein *Policy*-Subsystem beziehungsweise ein Politikfeld. Hier treffen staatliche und nichtstaatliche Akteure aufeinander, und die Untersuchung lässt sich auf Akteure ausweiten, die außerhalb der *iron triangles* stehen. Sabatier versteht den Wandel von Politik nur im Zusammenhang der verschiedenen Ebenen eines Regierungssystems. Er legt besonderen Wert auf Einbindung lokaler und bundesstaatlicher Perspektiven. Sabatier geht davon aus, dass öffentliche *Policies* implizite Theorien in sich tragen, die festlegen wie ihre Ziele zu erreichen sind. Damit können sie mit denselben Mitteln wie *belief systems* betrachtet werden. Politiken beinhalten Wertvorstellungen, Annahmen über kausale Beziehungen beziehungsweise Interpretationen von Fakten (vgl. Sabatier 1993, S. 16–17).

Der Aspekt der *belief systems* wird unter anderem aus der Wahlforschung übernommen. Hierbei wird davon ausgegangen, dass die politischen Akteure ein festes Set an politischen Überzeugungen besitzen. *Belief systems* können in drei unterschiedliche Bereiche mit unterschiedlichen Reichweiten eingeteilt werden. Im Zentrum und kaum veränderbar stehen die allgemeinen Kernüberzeugungen, die den normativen Rahmen bilden. Daneben stehen die *Policy*-Kernüberzeugungen, die die speziellen Auffassungen zum Politikfeld beinhalten. Als drittes gibt es die

sogenannten sekundären Aspekte, diese umfassen Einstellungen zum Beispiel zur Wahl von Instrumenten. Die Einbindung der *belief systems* bildet einen zentralen Unterschied zwischen dem ACF und anderen vor allem *rational choice* Ansätzen. *Belief systems* werden durch Sozialisation erworben und verankert, sie prägen nicht nur Überzeugungen, sondern auch die Strategie der Akteure. Sie sind ein wichtiger Punkt des ACF, der das Verhalten der Akteure erklären, aber auch die politischen Veränderungen in einem Feld begründen kann (vgl. Bandelow 2015, S. 308–310).

Ziel von Sabatier ist es nicht nur politische Veränderungen zu erklären. Er möchte insbesondere das *Policy*-Lernen untersuchen und nachweisen. Der Prozess des Lernens bezieht sich auf relativ langlebige Änderungen in der Politik, die aus Einstellungsänderungen oder Zielanpassungen von Politiken resultieren. Lernen erfolgt über interne Feedbackkreise, die Anpassungen ermöglichen. Zudem ist es eine kognitive Aktion innerhalb des Feldes (vgl. Sabatier 1993, S. 19). Für Sabatier sind aber nicht nur diese internen Prozesse entscheidend, ebenso viel Wert legt er auf externe Ereignisse. In der Umwelt, die das Politikfeld umgibt, wird zwischen stabilen und dynamischen Einflussfaktoren unterschieden. Zu den stabilen Parametern gehören: die grundlegenden Attribute des Feldes, die natürliche Ressourcenverteilung, die fundamentalen kulturellen und sozialen Werte einer Gemeinschaft sowie das Rechtssystem. Diese vier Parameter bleiben im Analysezeitraum von circa zehn Jahren meistens stabil. Veränderungen, zum Beispiel der Verfassung, können zwar vorkommen, doch dauern diese Prozesse oft länger als zehn Jahre. Zur zweiten Gruppe der dynamischen Faktoren zählen: sozioökonomische Bedingungen und Technologie, Regierungskoalitionen, *Policy*-Entscheidungen und Einflüsse aus anderen Politikbereichen. Diese drei Punkte können sich mittel- oder gar kurzfristig ändern. Ein Regierungswechsel von einer Mitte-Rechts- zu einer Mitte-Links-Koalition hat Einfluss auf das Politikfeld. Zudem spielten externe Veränderungen ebenso eine Rolle, wie das Beispiel der Öl-Krise der 1970er Jahre auf umweltpolitische Fragestellungen zeigt (vgl. Sabatier 1993, S. 20–23). Sabatiers Modell ermöglicht es mittels dieser Komponente, auf Umwelteinflüsse zu reagieren und das Subsystem nicht nur aus sich heraus zu betrachten.

Sabatier definiert sein Subsystem als Akteursgruppe, die sich mit einem bestimmten politischen Problem beschäftigt. Dabei wird nicht nur auf klassische Institutionen geschaut, verborgene Akteure, die aktiv werden, wenn sie bestimmte Informationen besitzen, werden ebenfalls berücksichtigt. Die Subsysteme entstehen, wenn Akteure mit der Regulierung und Steuerung in einem Politikbereich nicht zufrieden sind und sich gegen das Nicht-Handeln der Regierung wenden. In einem Subsystem kommen viele verschiedene Akteure vor, staatliche, nichtstaatli-

che, Unternehmen oder zivilgesellschaftliche Organisationen. Sabatier schlägt vor diese in kleinere sinnvollere Kategorien zu versammeln: *Advocacy Coalitions*. Damit konzentriert sich der Blick nicht auf einige wenige dominante Akteure, wie im Modell der *iron triangles*. Stattdessen erhält man eine kleine Anzahl an Akteurskoalitionen, die im Kern ihrer *belief systems* übereinstimmen. In einem Subsystem kommen in der Regel zwei bis vier Koalitionen vor, möglich ist aber, dass eine *Advocacy Coalition* ein Subsystem dominiert. Unter Berücksichtigung der Mehrebenenstruktur, können unterschiedliche Koalitionen unterschiedliche Level des Regierungssystems bestimmen. Nicht jeder Akteur ist zwangsläufig Teil einer Koalition (vgl. Sabatier 1993, S. 24–27).

Für die Bürokratie, also Behörden und staatliche Institutionen, hält Sabatier fest, dass diese sich neutral verhalten. Er nennt sie „policy broker", ihr Ziel ist das Konfliktlevel in einem Subsystem auf einem verträglichen Niveau zu halten. *Broker* stehen den *advocates* gegenüber. Zwischen ihnen wird die Politik ausgehandelt. Die Stellung der *broker* wurde in späteren Forschungen kritisiert. Da zum Beispiel Regierungen klar parteipolitisch besetzt sind, und damit meistens Teil einer Koalition sind, kann eine Regierungsbehörde kaum als Vermittler zählen (vgl. Bandelow 2015, S. 311). *Advocacy Coalitions* halten ihre zum Teil heterogenen Mitglieder über die geteilten *belief systems* zusammen, ihr gemeinsames Ziel ist es, diese in öffentliche Politik zu überführen. Die Koalitionen funktionieren umso besser, je näher die politische Auseinandersetzung an den Kernüberzeugungen der Akteure ist. *Belief systems* geben die Richtung vor, die die Politik einschlagen soll, ob dies gelingt, hängt vor allem an Ressourcen, die die Koalition besitzt. Sie sind immer bestrebt ihre Ressourcen zu erweitern. Der Ansatz geht jedoch davon aus, dass es die externen Einflüsse auf das Subsystem sind, die zu einer klaren Umverteilung der Ressourcen führt (vgl. Sabatier 1993, S. 27–29). In einem weiteren Schritt werden die Aussagen zu den *belief systems* auf die *Policy*-Positionen überführt. In einer Koalition ist der Zusammenhalt und der Konsens am höchsten, wenn Kernanliegen betroffen sind, bei sekundären Aspekten ist dies weniger der Fall. Akteure oder gar die ganze Koalition können auf sekundäre Aspekte verzichten, sollte dies ihre Position in oder zu anderen Koalitionen verbessern. Politikwandel ist für Sabatier das Überführen der Kernpunkte der *belief systems* in tatsächliche Politik innerhalb des Subsystems. Dieser Prozess kann nur funktionieren, wenn Kompromisse mit anderen Koalitionen geschlossen werden oder sich die externen Bedingungen drastisch ändern. Die Kernüberzeugungen einer *Advocacy Coalition* bleiben stabil, solange sie an der Macht ist und die Politik im Subsystem bestimmt. Sabatier geht sogar weiter und stellt fest, dass ohne

drastische Veränderungen der dynamischen Faktoren und der sich daraus ergebenden Veränderungen im Subsystem sich die politischen Überzeugungen der Koalitionen kaum verändern lassen (vgl. Sabatier 1993, S. 32–34).

Mit der Evaluation weiterer Studien nehmen Sabatier und Jenkins-Smith kleine Anpassungen und Ergänzungen am ACF vor. Die erste bezieht sich auf die administrativen Institutionen. Sollten sie Teil einer Koalition sein, würden sie gemäßigtere Positionen einnehmen als die Partner in der Koalition. Zudem sollen staatliche Institutionen nicht als einheitlicher Block angesehen werden, es kann durchaus Unterschiede in den Überzeugungen innerhalb administrativer Einheiten geben. Neue wissenschaftliche und technische Erkenntnisse haben nicht immer Einfluss auf Akteure in einer gegnerischen Koalition. Sie können allerdings kurzfristige Effekte auf die *broker* haben. Sabatier und Jenkins-Smith sehen den *Policy*-Kern nun als unterteilt in normative Prinzipien und Prinzipien mit substantieller empirischer Komponente. Erstere wiederum sind schwer zu verändern. Zudem setzen sie sich mit der Kategorie des Eigeninteresses auseinander. Wenn Firmen Teil einer Koalition sind, dann kann hier das Interesse, Produkte zu verkaufen, politische Überzeugungen überwiegen. Allerdings ist das Eigeninteresse nicht gleichverteilt innerhalb der Koalitionen, so dass die Verbindung über die geteilten *belief systems* als stärker angesehen wird (vgl. Sabatier und Jenkins-Smith 1993b, S. 214–223).

Seit den 1990er Jahren wurde das Konzept des ACF zunehmend häufiger angewendet. Es wurde auf andere Politikfelder und auf andere geographische und politische Kontexte ausgedehnt. Waren die ersten Untersuchungen vor allem auf nordamerikanische Beispiele begrenzt, gibt es jetzt Analysen, die ebenso Asien und Südamerika umspannen (vgl. Sabatier und Weible 2007, S. 189–190).

Sabatier und Weible ergänzen das Model des ACF 2007 auf drei Ebenen: den Kontext, in dem die Koalitionen operieren, Typologisierung der Ressourcen einer Koalition, zudem erweitern sie die Wege, wie es zum Politikwandel kommt. Weil sich die ersten Anwendungen des ACF auf nordamerikanische Fälle konzentrierten, ist die Argumentation oft eng mit dem amerikanischen Pluralismus von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren verknüpft. Um das Modell anpassungsfähiger zu gestalten, übernehmen sie zwei Kategorien, die ursprünglich aus Arend Lijphart „Patterns of Democracy“ stammen. Die externen Einflüsse werden um politische Gelegenheitsstrukturen ergänzt. Diese unterteilen sich in die Konsensorientiertheit der Politik und die Offenheit des politischen Systems. Je mehr Konsensmechanismen in einem politischen System etabliert sind, desto schwieriger wird es für Koalitionen, ihre Kernforderungen durchzusetzen. Auf der anderen Seite ermöglichen politische Systeme, die nach dem Mehrheitsprinzip ausgerichtet sind, schnellere Änderungen. Die Typologisierung der Ressourcen

stellt die zweite Ergänzung dar. Sabatier und Weible unterscheiden: die formale Autorität, Entscheidungen zu treffen, öffentliche Meinung, Informationen, finanzielle Ressourcen, Mobilisierungsfähigkeit und eine geschickte Führung als Ressourcen, von denen die *Advocacy Coalitions* Gebrauch machen können. Interne Schocks innerhalb des Subsystems werden jetzt ebenso wie externe, als Weg zum Politikwandel anerkannt. Sie lösen ähnlich wie externe Schocks eine Umverteilung der Ressourcen aus und verändern das Verhältnis der Koalitionen zueinander. Zudem erkennen die Autoren Verhandlungsergebnisse als weiteren Weg zur Änderung von *Policies* an. Zu diesen Verhandlungen kommt es vor allem dann, wenn sich das Subsystem in einer Pattsituation befindet, die für alle Akteure schädlich ist (vgl. Sabatier und Weible 2007, S. 199–207).

Das ACF-Modell geht von vier Wegen für den Wandel von Politik aus: externe sowie interne Ereignisse, *Policy*-Lernen und Verhandlungen. Eine empirische Untersuchung von ACF Studien zeigte, dass Politikwandel mehrheitlich durch externe Schocks ausgelöst wird, darauf folgen die Lernprozesse. Weniger häufig kommen Verhandlungen sowie interne Ereignisse vor (vgl. Pierce et al. 2017, S. 18–19). Das ACF-Modell erfreute sich schnell weltweiter Beliebtheit und wurde sehr positiv in der Politikfeldforschung aufgenommen. Viele Forscherinnen und Forscher schätzen die Möglichkeit, eine durchaus kritische Perspektive einnehmen zu können. Dies machte das Modell in der deutschsprachigen Forschung attraktiv. Das ACF wurde vor allem für qualitative Fallstudien konzipiert, heute wird das Modell in vielen politischen Systemen auf fast alle Politikfelder angewendet (vgl. Bandelow 2015, S. 320–321).

2.1.5 Erinnerungspolitik – die Konstruktion eines Politikfeldes

In modernen Gesellschaften sind Debatten über die Gestaltung von Erinnerung, die Ästhetik von Denkmälern oder die Lehren aus der Vergangenheit immer präsent. In Demokratien sind diese Themen Teil der politischen Auseinandersetzung. Unterschiedliche Meinungen und Ansichten konkurrieren miteinander. Macht, Ressourcen und Interessen spielen hier ebenfalls eine Rolle. Diese Auseinandersetzungen finden in der Öffentlichkeit statt, somit sind Massenmedien hier ein wichtiger Akteur. Sie liefern Bilder und Narrative und sorgen so für eine Verbreitung der Deutungskämpfe. Dabei ist der Staat an dieser Stelle nicht ausgeschlossen, sondern aktiv Teil dieses gesellschaftlichen Prozesses (vgl. Wolfrum 2010, S. 14–15). In der Bundesrepublik hat sich der Begriff der Geschichtspolitik etabliert, um diese Prozesse zu beschreiben. Dieser Ausdruck wurde erstmals Ende der 1980er Jahre im Zusammenhang mit dem „Historikerstreit“ um die Bewertung des Holocausts verwendet. Dabei wurde er als Kampfbegriff benutzt, um der jeweils anderen Seite eine falsche Instrumentalisierung der Geschichte vorzuwerfen.

Erst in den 1990er Jahren differenzierte sich der Gebrauch des Begriffes in drei Dimensionen. Er dient zur Benennung des Politikfeldes, zur Beschreibung der pädagogischen Aufgabe der Geschichte sowie generell zur Identifikation des Spannungsverhältnisses von (Geschichts-)Wissenschaft und Politik (vgl. Marchal 2012, S. 44). Der Begriff wurde sogar in andere nationale Kontexte exportiert (vgl. Troebst 2014).

Edgar Wolfrum ist einer der ersten, der den Begriff nicht auf polemische Art und Weise benutzt. Er spricht sich dafür aus, den Plural, Geschichtspolitiken, zu verwenden, da dieser selten monolithisch daherkommt. Er warnt davor, den Begriff von vornherein negativ aufzuladen, denn es gibt auch emanzipatorische Geschichtspolitik. Demnach ist Geschichtspolitik ein Handlungs- und Politikfeld, in dem verschiedene Akteure und Interessen aufeinandertreffen. Sie ist die ständige öffentliche Arbeit an der Geschichte. Sie wird von staatlichen, zivilgesellschaftlichen, wissenschaftlichen sowie medialen Akteuren getragen. Dabei kommt es zwischen Politik und Geschichte zu einem doppelten Bezugsverhältnis. Geschichte konstituiert Politik, andersherum gilt aber, dass Politik Geschichte konstituiert (vgl. Wolfrum, S. 19–20). Harald Schmid formuliert folgende Definition:

> „Geschichtspolitik sollen jene Diskurse und Handlungen heißen, mit denen die Deutung von Geschichte als gegenwärtige öffentliche Repräsentation einer kollektiv relevanten Vergangenheit zu politischen Zwecken betrieben wird." (zitiert nach Troebst 2014)

Ihnen gemein ist die Deutung der Geschichtspolitik als Teil beziehungsweise Fortsetzung der demokratischen politischen Kultur[19]. Es können fünf Hauptfunktionen von Geschichtspolitik festgehalten werden. Sie dient der Traditionsstiftung und der Kontinuität von Narrativen oder Mythen in der Gesellschaft. Sie ist zur Legitimierung des politischen Systems oder eines politischen Standpunktes gedacht, gleichzeitig kann sie gegenteiligen Meinungen die Legitimation absprechen. Dies war zum Beispiel nach der Wiedervereinigung mit der Subsumierung der DDR unter die Totalitarismen der Fall. Geschichtspolitik formt die kollektive Identität durch Praktiken des kollektiven Erinnerns und Gedenkens. Sie kann auf das nationale Selbstbild befreiend – emanzipatorisch wirken. Zuletzt wird Geschichtspolitik auch eine Fähigkeit zur sozialen Integration innerhalb einer Nation zugesprochen (vgl. Sandner 2001, S. 7–10).

In der Aufstellung der Akteure im Bereich der Geschichtspolitik zeigt sich eine gewisse Elitenzentriertheit. Politikerinnen und Politiker, Journalistinnen und Journalisten, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie deren Institutionen wie Ministerien, Parteien, Verlagshäuser

[19] Unter politischer Kultur werden Einstellungsmuster und Werteorientierung auf politische Akteure und Institutionen der Bürgerinnen und Bürger verstanden, siehe: (Pickel und Pickel 2016).

werden oft an erster Stelle genannt. Zivilgesellschaftliche Gruppen, wie Opferorganisationen oder Geschichtswerkstätten, werden oftmals vernachlässigt (vgl. Troebst 2014).

Trotz alledem konnte sich der Begriff, im Feld der Geschichtswissenschaft, nicht von allen negativen Konnotationen befreien. Einigen gilt er immer noch als anrüchig, da er Ideologie mit Geschichtswissenschaft verbindet. Gestützt wird diese Interpretation durch einen Blick auf jene Länder, die in der letzten Zeit eine deutliche Uminterpretation ihrer Geschichte vornahmen, wie zum Beispiel Polen oder Ungarn mit dem Narrativ der „gestohlenen Revolution". Dennoch halten viele das Konzept in der sozialwissenschaftlichen Forschung für nützlich. Wolfrum identifiziert vier Untersuchungsebenen der Geschichtspolitik: Akteure, Kontexte, Phasen und Medien (vgl. Wolfrum 2010, S. 21–24). Bei der Bearbeitung von Fragen in diesen Bereichen sollte klar sein, dass Geschichtspolitik sich nicht nur explizit auf die Vergangenheit bezieht, sondern auch implizit und indirekt. Sie ist nicht monolithisch, sondern vielfältig und regional divers. Der Bezug auf die Vergangenheit liefert symbolisches Kapitel für gegenwärtige politische Auseinandersetzungen. In der Erforschung sollte die Wissenschaft nicht auf eine Falsifizierung der populären Erinnerungen und Deutungen der Geschichte aus sein. Vielmehr sollte deren Erklärung im Vordergrund stehen. Dabei ist der Forschende oft selbst Teil des System der Geschichtspolitik (vgl. Marchal 2012, S. 52–53). Fragen des Umgangs mit der Vergangenheit lassen sich mit der politischen Kommunikationsforschung beantworten. Das Vorgehen der Akteure in der Öffentlichkeit ist klar durch Techniken der politischen Kommunikation bestimmt. Agenda-*Setting* sowie *Agenda-Cutting* sind eindeutige Muster, wie Akteure in diesem Feld kommunizieren. Die Allgegenwärtigkeit von Narrativen unterstreicht diese Annahme (vgl. Mayer 2015, S. 573–574).

Ein anderer Begriff, der teilweise synonym verwendet wird, ist Geschichtsbewusstsein. Dieser wurde in den 1970er Jahren in der deutschen Geschichtsdidaktik entwickelt. Er wird als individuelles Muster verstanden, wie Menschen mit Geschichte umgehen und dabei Zusammenhänge zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft herstellen. Geschichtsbewusstsein bietet Individuen oder Gruppen Orientierung und erleichtert die Verarbeitung von Ereignissen (vgl. Wolfrum 2010, S. 15–16). Für die Zwecke dieser Arbeit ist der Begriff nicht nützlich. Da er zu sehr auf einen mentalen Zustand abzielt.

Anders verhält es sich mit dem Begriff der Vergangenheitspolitik. Günther Sandner stellt fest, dass dieser nahe an der Vergangenheitsbewältigung steht. Vergangenheitsbewältigung selber ist ein umstrittenes sowie viel gebrauchtes Konzept, welches aber kaum analytischen Tiefgang besitzt. Generell können drei Verwendungen von Vergangenheitsbewältigung gefunden werden.

Zum einen wird es als Prozess der Verdrängung und Verleugnung von Vergangenheit aufgefasst. Hier steht der Begriff klar für die ersten Jahrzehnte im Nachkriegsdeutschland. Er kann jedoch auch positiv, als kritische Auseinandersetzung, über gewisse Hürden hinweg, verwendet werden. Hier spielt der freudsche Aspekt des Durcharbeitens der Vergangenheit eine Rolle. Die Bearbeitung des Nationalsozialismus wird hier als moralische Notwendigkeit aufgefasst. Als dritte Verständnisoption bleibt die Wahrnehmung der gesellschaftlichen Auseinandersetzung als eine Art Kulturkampf. Der Autor grenzt Vergangenheitspolitik, durch den Bezug auf die Überwindung des Autoritarismus, von der Geschichtspolitik ab. Beide Ansätze sind aber nicht völlig konträr. Zudem wurde der Begriff Vergangenheitspolitik auf andere Fallbeispiele der *Tansitional Justice* übertragen (vgl. Sandner 2001, S. 6–7). Im Verhältnis zueinander sind:

> „Geschichtspolitik und Vergangenheitspolitik […] folglich nicht komplementär, sondern stehen in einem hierarchischen Verhältnis zueinander. Wenn von Geschichtspolitik gesprochen wird, ist daher Vergangenheitspolitik nicht ausgeschlossen, wenn der Begriff Vergangenheitspolitik verwendet wird, ist ein spezieller Teil von Geschichtspolitik gemeint.“ (Sandner 2001, S. 7)

Geschichtspolitik hat sich im deutschen Sprachraum durchgesetzt und eine theoretische Ausdifferenzierung erfahren, doch der Begriff Vergangenheitspolitik bleibt mit Blick auf die Dimension der Aufarbeitung von autoritärem Unrecht relevant (vgl. Troebst 2014). Hier wird allerdings dafür plädiert den Begriff Erinnerungspolitik zu verwenden. Es geht darum, den Unterschied zwischen Geschichte und Erinnerung deutlich zu machen. Wie bereits Halbwachs und Nora zeigten, ist diese Differenzierung essentiell. Ja, der Staat kann Geschichtspolitik machen oder die Vergangenheit bearbeiten. Am Ende haben diese Maßnahmen aber immer einen Einfluss auf die kollektive Erinnerung. Erinnerungspolitik ist für alle Kontexte nutzbar. Die Unterscheidung zwischen Erinnerung und Geschichte ist an dieser Stelle mehr als nötig, da es hier um die Repräsentation der Vergangenheit und ihre Verwendung in der Gegenwart geht. Zwar ist dies im Konzept der Geschichtspolitik impliziert, wird aber plastischer dargestellt, wenn von Erinnerungspolitik die Rede ist. Zudem wird der Transfer aus dem Spanischen leichter. Dort heißt es *políticas de la memoria* – also Erinnerungspolitiken. Geschichtspolitik eignet sich vielleicht gut, um deutsche Fragen zu bearbeiten. *Políticas de historia* gibt es im hispanischen Kontext nicht.

Es gibt wichtige Punkte, die unterstreichen, warum gerade Erinnerung im politischen Sinne wichtig ist. Erinnerung hat Einfluss auf die Politik, jedoch lässt sie sich eben schwer messen, anders als Geld oder Beliebtheit in der Bevölkerung. Jan-Werner Müller unterscheidet zwei

Arten von Erinnerung: Das kollektive beziehungsweise nationale Gedächtnis sowie die Masse an individuellen Erinnerungen. Letztere sind die Erinnerungen, die die Menschen selbst erlebt haben. Erstere bilden einen sozialen Rahmen zur Organisationen der Geschichte. In einem weiteren Schritt muss zwischen den nationalen oder individuellen Erinnerungen und der Verwendung der Erinnerung unterschieden werden. In der Analyse ist es wichtig die genauen politischen Träger der Erinnerung auszumachen und die historische und soziologische Verortung, sowohl geographisch als auch innerhalb der Gesellschaft, vorzunehmen (vgl. Müller 2002, S. 1–3).

Durch den gesellschaftlichen Wandel wird Erinnerung immer wichtiger. Der technologische Fortschritt verändert die Art und Weise, wie unsere Gesellschaft Dinge speichert, im revolutionären Ausmaß. Internet und Computertechnik lassen das Vergessen als fast unmöglichen Prozess erscheinen. Zugleich verschwindet die Generation der Zeitzeugen der europäischen Katastrophen des 20. Jahrhunderts, aber auch der argentinischen Militärdiktatur. Aus der kommunikativen Erinnerung wird kulturelle Erinnerung. Doch niemals ohne gesellschaftliche Auseinandersetzung. Der Holocaust und seine Interpretationen sind umstritten und Teil der politischen Debatte. Die Zentralität der Vergangenheit ist dabei nicht rückläufig. Erinnerung und Modernisierung gehen zusammen. Erinnerung kann unterdrückt, geteilt oder zurückgewonnen werden. Dabei ist die Erinnerung „always the outcome of a series of ongoing intellectual and political negotiations; it is never a unitary collective mental act“ (Müller 2002, S. 21).

Bei der Bearbeitung der Erinnerungspolitik muss die Verbindung zwischen Erinnerung und Macht klar sein. Erinnerung wird hier als symbolische Macht verstanden, die sich in die Reihe des sozialen Kapitals einordnet. Erinnerungspolitik wird als öffentliche Auseinandersetzung um Bedeutungen in spezifischen Kontexten verstanden. Macht im traditionellen Sinne wird als *output* der Institutionen, als öffentliche Politik verstanden. Die Frage ist also, wie sich Erinnerung auf den politischen Prozess auswirkt, oder wie individuelle und kollektive Erinnerungen aktuelle politische Prozesse beeinflussen. Eine Verbindung an dieser Stelle ist die Legitimation. Vergangenheit kann Legitimation stiften. Dieser Prozess ist jedoch nicht zwangsläufig, auch der Bruch mit der Vergangenheit, zum Beispiel mit der Diktatur, kann Legitimation erhöhen. Erinnerungspolitik kommt selten ohne eine normative Komponente daher. Deutlich wird dies durch die Verbindung von Erinnerung mit Konzepten wie Gerechtigkeit, Versöhnung sowie Qualität der Demokratie. Müller plädiert dafür, sich die Ethik des Gedächtnisses in jedem Fall zu vergegenwärtigen (vgl. Müller 2002, S. 25–31).

Die nationale Geschichte wird oft als die offizielle Erinnerung verstanden. In Diktaturen dominiert der Dualismus zwischen Gut und Böse. Die Zensur verbietet alternative Erinnerungen.

Diese verschwinden jedoch nie ganz, über Erzählung dieser Erinnerungen können sie gerettet werden. Die Demokratisierung fördert das Wiederbeleben unterdrückter Erinnerungen sowie die Erinnerung an die Opfer des Autoritarismus. Die Wahrheit über die traumatische Vergangenheit entstammt den unterdrückten Erinnerungen, diese fordern Gerechtigkeit. Hieraus entstehen Konflikte über die Erinnerungen. Regimewechsel und Transitionen bringen neue Konjunktur in das Feld. Jelin nutzt das Konzept *moral entrepreneurs*[20] von Howard Becker und wendet es auf das Feld der Erinnerungskämpfe an. Die Entrepreneurs der Erinnerung sind unter anderem die Menschenrechtsorganisationen. An dieser Stelle finden soziale Mobilisierung für Menschenrechte statt, durch einen heterogenen Akteur, der selbst Konflikte in sich trägt und unterschiedliche Erwartungen und Forderungen in sich trägt (vgl. Jelin 2002, S. 39–49).

Ausgehend von den Entrepreneuren müssen an dieser Stelle die Akteure genannt werden, die im Feld der Erinnerungspolitik aufeinandertreffen. Zum einen ist der Staat ein nicht unwichtiger Akteur. Staatliche Institutionen und deren Vertreter sind ein markanter Faktor in der Erinnerungspolitik. Der Staat hat ein besonderes Interesse an der offiziellen Erinnerung, der nationalen Geschichte und ihren Narrativen. Die Institutionen müssen nicht zwangsläufig als Erinnerungspolitik geschaffen worden sein. Bildungsministerien, welche Geschichtslehrpläne zusammenstellen, sind immer auf dem Feld der Erinnerung unterwegs. Zudem finden wir Reden und Stellungnahmen der Staats- und Regierungschefs, die sich auf Geschichte beziehen. Ansprachen zu Nationalfeiertagen oder Gedenktagen haben immer eine interpretative Seite. Allein die Teilnahme eines hohen Vertreters bei Gedenkveranstaltungen ist ein Zeichen in diese Richtung. Des Weiteren schafft der Staat Symbole und Erinnerungsorte, wenn er Denkmäler bauen lässt oder andere Formen der Erinnerung etabliert. Die Justiz darf an dieser Stelle nicht vergessen werden. Bei der juristischen Aufarbeitung und der Suche nach Gerechtigkeit ist diese „Gewalt“ ein sehr unmittelbarer Akteur, der eine eigene Dynamik entwickeln kann. Zudem kann der Staat eigene Institutionen schaffen, die sich mit der Erinnerungspolitik beschäftigen. Diese in dem Fall der *Comisión Provincial por la Memoria* zu untersuchen ist Ziel dieser Arbeit.

Der Staat befindet sich jedoch nicht im luftleeren Raum, seine Akteure, Ziele und Politiken sind Ergebnis des politischen Prozesses. Auf der anderen Seite von Staat, Institutionen und Parteien steht die Zivilgesellschaft. Sie ist nicht unbedingt als Gegensatz zu verstehen. Dies ist von Kontext zu Kontext unterschiedlich. Zudem gibt es mehr Verbindungen zwischen Staat und Zivilgesellschaft, gerade im Feld der Erinnerungspolitik, als allgemein angenommen wird. Trotzdem

[20] Für Becker sind moralische Unternehmer Akteure, die die Initiative ergreifen, um Regeln zu ändern. Er unterscheidet in Regelsetzer und Regeldurchsetzer. Als Beispiele nennt er den Abolitionismus und die Prohibitionsbewegung (vgl. Becker 2019, S. 123–131).

müssen die Gruppen voneinander getrennt dargestellt werden, da hier durchaus unterschiedliche Interessen aufeinandertreffen. Menschenrechtsorganisationen oder Opfervereinigungen haben ein anderes Bild von Erinnerungspolitik als der Staat. Sie vertreten unterschiedliche Narrative und kämpfen um die Deutung und Bedeutung der Vergangenheit. Neben den organisierten Akteuren und Vereinen gibt es auch individuelle Akteure, die sich im Feld der Erinnerungspolitik finden, hierzu würden einzelne Publizisten oder Intellektuelle zählen, die Einfluss auf öffentliche Debatten nehmen können, aber weder auf Seiten des Staates noch der organisierten Zivilgesellschaft stehen. Universitäten und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sind an dieser Stelle ein interessanter Punkt. In Ländern mit starken öffentlichen Bildungssystemen sind sie Teil des Staates, als deren Angestellte, im Sinne der Freiheit der Forschung, agieren sie jedoch autonom.

Im Feld der Erinnerungspolitik gibt es nicht nur Kräfte, die sich für eine Ausweitung oder Verstetigung der Erinnerung einsetzen. Es gibt auch Gegenkräfte, die sich für einen Schlussstrich und für das Ende der Bearbeitung der Vergangenheit einsetzen. Die politische Kraft dieser Gruppen ist von Fall zu Fall unterschiedlich. Auch wenn diese Kräfte selten die Hegemonie erlangen, gibt es immer wieder Situationen, in denen sie an Zuspruch gewinnen. Wenn es um post-diktatoriale Vergangenheitsbearbeitung geht, sind diese Gruppen in der Regel mit der alten Elite verbunden. Sie kämpfen so um ihr Ansehen und ihr Vermächtnis. Diese Gegner der Erinnerungspolitik kämpfen ebenso wie die Befürworter um Einfluss auf die offizielle Erinnerung.

– Hypothesen –

In Verknüpfung von Forschungsstand und den gewonnenen Erkenntnissen aus der Theorie werden im Folgenden neun Hypothesen aufgestellt, die am Ende der Analyse (Kapitel 6) beantwortet werden sollen. Die Hypothesen zielen unter Rückgriff auf die Erkenntnisse des ACF und der Institutionenforschung auf die Gründung von erinnerungspolitischen Institutionen, die Konflikte im Politikfeld Erinnerung, die Tätigkeit und die Gründe für den Erfolg der Institutionen.

> H1) Der Gründung von staatlichen Institutionen im Feld der Erinnerungspolitik gehen externe Ereignisse voraus, die die Kräfteverhältnisse zwischen den ACs im Feld verändern.
>
> H2) ACs bestimmen nach der Gründung der Institutionen deren Grenzen und Möglichkeiten ihrer Handlungen, obwohl es sich ab diesem Zeitpunkt bereits um (unabhängige) staatliche Institutionen handelt.

H3) Bei ihrer Gründung übernehmen die Institutionen die *belief systems* ihrer AC. Dadurch lassen sich auch Konflikte mit anderen staatlichen Institutionen erklären.

H4) Tragen die Institutionen Konflikte im Feld der Erinnerungspolitik aus, haben diese vor allem einen erinnerungskulturellen Hintergrund.

H5) Die Institutionen suchen nach Legitimation über die gleichen Wege wie andere Akteure im Feld. Die Beziehungen zum Feld geben der Institution Legitimation und sorgen so für die Stabilität und das Funktionieren der Institution.

H6) Staatliche Institutionen im Feld der Erinnerungspolitik organisieren Erinnerung. Sie wählen aus, woran wie erinnert werden soll. Sie setzen damit Themenschwerpunkte und werden erinnerungspolitisch tätig.

H7) Erinnerungspolitische Agenden sind abhängig von externen Ereignissen und orientieren sich an politischen Debatten.

H8) Der Erfolg der Institutionen hängt davon ab, ob sie eigenes Material, Quellen, Ressourcen mitbringen und dadurch ihre Legitimation im Feld stärken und ihren Einfluss vergrößern können.

H9) Staatliche Institutionen im Feld der Erinnerungspolitik sind dann effizient, wenn sie unabhängig von der Exekutive sind und sich daher nicht am Zyklus von Wahlen orientieren müssen.

– Zusammenfassung –

Der Blick auf den Forschungsstand zum kollektiven Gedächtnis liefert das Fundament für diese Arbeit. Ohne einen Rückgriff auf die Aussagen von Halbwachs, Nora und Assmann lassen sich die Fragen zur Erinnerungspolitik nicht untersuchen. Gruppen von Menschen – Kollektive – haben gemeinsame Erinnerungen. Das kollektive und das individuelle Gedächtnis speisen sich nicht nur aus eigenen Erfahrungen, sondern sind, wie Halbwachs zeigt, sozial konstruiert. Erinnerung ist nicht mit Geschichte zu verwechseln, obwohl sie eng miteinander verbunden sind. Erinnerung sind die Schlüsse, Erfahrungen und Gefühle, die Menschen mit der Vergangenheit

verbinden. Kulturelles und kommunikatives Gedächtnis prägen unser gesellschaftliches Zusammenleben. Erinnerungen werden auf jüngere Generationen übertragen, sowohl Kulturformen und mündliche Transmission sind hier die wichtigsten Prozesse. In unseren modernen Gesellschaften konkurrieren Erinnerungen um Raum in der öffentlichen Debatte sowie um Legitimation. Politik muss mit Fragen des Gedächtnisses umgehen. Die Vergangenheit beeinflusst sie wechselseitig. Geschichte wird immer aus der Aktualität gelesen und interpretiert. Der Politik geht es um Macht, Legitimation und Einfluss. Erinnerungspolitik ist ein klar erkennbares Politikfeld. Hier werden die Kämpfe um die Erinnerung und das Gedächtnis ausgetragen. Traumatische Vergangenheit, wie Diktaturen und Völkermord, sind an dieser Stelle Hauptpunkt der Auseinandersetzung. In der öffentlichen Diskussion treffen unterschiedliche Interpretationen und Sichtweisen aufeinander. Sie konkurrieren um Wirkungsmacht. Die erinnerungspolitische Auseinandersetzung manifestiert sich dabei nicht nur in abweichenden Lesarten der Vergangenheit, sie materialisiert sich konkret in Erinnerungsorten. Denkmäler, Mahnmäler, Museen sind Ausdruck dessen. Hier wird Erinnerungspolitik und deren Deutungskämpfe nicht nur im Wort, sondern auch in Stein ausgetragen. Der Einfluss der Vergangenheit unterscheidet sich von Gesellschaft zu Gesellschaft, doch insbesondere in posttraumatischen Situationen wird dies deutlich, wenn ein „Nie wieder“ gefordert wird. Die Frage nach den Lehren aus der Vergangenheit, den Schlüssen, die zu ziehen sind, ist dabei genauso von Bedeutung, wie die tatsächlichen historischen Ereignisse. Die Suche nach Sinn ist dabei allen Vorgängen gemein.

Diese Arbeit geht davon aus, dass sich Erinnerungspolitik mit denselben Instrumenten analysieren lässt wie andere Politikfelder auch. Erinnerungspolitik und Gedächtnis können nur schlecht bis gar nicht quantifiziert werden. Deswegen wird hier der Weg der qualitativen Analyse gewählt. Akteure im Feld der Erinnerungspolitik sind von ihren Vorstellungen und normativen Überzeugungen geprägt, sie organisieren sich dementsprechend in *Advocacy Coalitions*. Diese Koalitionen kämpfen im Feld der Erinnerungspolitik um die Deutungsmacht und um die Möglichkeit ihre Vorstellungen von Politik umzusetzen. In diesen Kämpfen um die Erinnerung stehen sich, idealtypischer Weise, offizielle staatliche Erinnerung und andere subalterne Erinnerungen gegenüber. In der Auseinandersetzung kommt es zu politischen Prozessen, aus denen Institutionen entstehen. Diese haben im Feld der Erinnerungspolitik einen besonderen Wert. In der Regel sind sie vom Staat eingesetzt, um die nationale Geschichte tiefer an das Gedächtnis zu binden. In Post-Konflikt-Situationen kommt ihnen jedoch die Aufgabe der Aufarbeitung, Wiedergutmachung, manchmal auch Versöhnung sowie Transmission zu. Den staatlichen Institutionen kommt in der Aufarbeitung ein besonderer Wert zu. Sie sind staatliche Akteure, die

aus dem Feld der Erinnerungspolitik stammen und oft enge Verbindungen zu anderen im Feld tätigen Akteuren haben.

Zur Untersuchung der *Comisión Provincial por la Memoria* wird an dieser Stelle folgender Weg der Operationalisierung der oben erarbeiteten theoretischen und methodologischen Ansätze gewählt. Vor dem Hintergrund, dass Erinnerung und Gedächtnis sozial konstruiert sind, steht hier die Konstruktion von Erinnerung als öffentliche Politik im Zentrum. Durch die Auswahl einer regionalen Institution der Erinnerungspolitik kann sich die Arbeit fokussiert einem speziellen Ausschnitt des Feldes der Erinnerungspolitik widmen. Dem vorangestellt wird ein Blick auf die Geschichte und die traumatischen Ereignisse. Die Natur der Verbrechen und der Repression wie auch der Charakter der Transition zur Demokratie legen die Grundlage für den Umgang mit der Vergangenheit und die Ansätze zur staatlichen Erinnerungspolitik. Nach der Schilderung des historischen und politischen Kontextes erfolgt eine Prozessanalyse der Entstehung der CPM. Die erinnerungspolitische Arbeit wird geschildert und in den nationalen Kontext eingebunden. Hier werden mit Hilfe des *Advocacy Coalition Framework* die Charakteristiken des Politikfeldes herausgearbeitet. Die Institution befindet sich in einem fest eingebundenen Netz der Akteure der Erinnerungspolitik. Anhand von Konflikten und öffentlichen Auseinandersetzungen mit der Geschichte, aber auch mit der Arbeit der Institutionen werden dann die Handlungsfelder der Institution beschreiben. Daraufhin soll auch die Transmission der Erinnerung untersucht werden. Erinnerungsorte spielen ebenso eine Rolle, genauso wie die Öffentlichkeitsarbeit der Institutionen und ihre Interventionen in tagespolitische Auseinandersetzungen.

Ein Hauptaugenmerk muss auf der Institutionalisierung liegen. Es werden Faktoren für den Wandel und die Stabilität der Institution zusammengetragen. Dabei stehen die Funktionen der Institutionen, ihre Aufgaben und deren Erfüllung im Feld im Mittelpunkt.

2.2 Methodisches Vorgehen

Diese Arbeit fußt auf mehreren theoretischen Vorüberlegungen. Geisteswissenschaftliche Konzepte werden mit Theorien der Politikwissenschaft kombiniert, um das Ziel der Arbeit zu erreichen. Beim methodischen Vorgehen stehen qualitative Methoden der Datenerhebung und Datenbearbeitung im Mittelpunkt. Die Fragestellung der Arbeit richtet sich auf einen Forschungsgegenstand, der kaum quantitativ zu erfassen ist. Erinnerung, Menschenrechtspolitik und Institutionenbildung lassen sich am besten qualitativ erforschen. In den hier skizzierten Überlegun-

gen soll es um die theoretische Konzeption von Einzelfallstudien, Prozessanalysen, wissenschaftlichen Beobachtungen, Experteninterviews und die hermeneutische Textinterpretation gehen sowie jeweils deren Anwendung in dieser Arbeit.

Qualitative Einzelfallstudien haben eine lange Tradition in den Geistes- und Sozialwissenschaften. Die dichte Beschreibung eines Sachverhaltes wurde dabei oft intuitiv als Methode angewandt. Mit der fortlaufenden Professionalisierung der Wissenschaft entwickelten sich die Methoden einer solchen Einzelfallstudie, im englischen *case study*, immer weiter. Trotz dieser Fortschritte nahm ihre Bedeutung in politikwissenschaftlichen Zeitschriften in den 1960er und 1970er Jahren drastisch ab. Dagegen nahmen statistische Analysen mit großen *n*-Zahlen stark zu. Ein Hauptargument gegen qualitative Einzelfallstudien war oft, dass diese keinen theoretischen Bezug hätten und damit wenig wissenschaftlichen Mehrwert liefern würden. Mittlerweile gab es in allen Forschungsbereichen einen immensen Anstieg an Methodenkompetenz und die Einzelfallstudien gewannen an Relevanz zurück. Trotzdem muss ihr Nutzen in der Vergleichenden Politikwissenschaft begründet werden. George und Bennett stellen fest, dass die Zahl der Fallstudien zwar wieder zunimmt, gleichzeitig die spezielle Methodenausbildung in den USA jedoch nur einen geringen Stellenwert einnimmt. Sie argumentieren speziell für den Nutzen von Fallstudien in der theoriegerichteten Forschung (vgl. George und Bennett 2004, S. 6–16).

Vielfach finden sich Verweise, dass Fallstudien, insbesondere Einzelfallstudien, einen methodologischen Freispruch mit sich bringen. Doch dem muss nicht so sein. Wie in so vielen Bereichen der Wissenschaft zeigt sich bei Fallstudien eine deutliche Varianz in den Definitionen. Für Gerring ist ein Fall ein räumlich abgegrenztes Phänomen, beobachtet zu einem Zeitpunkt oder während einer bestimmten Zeitspanne. Klassischerweise ist ein Nationalstaat ein Fall in der Politikwissenschaft, aber auch kleinere politische oder soziale Einheiten sind ebenso üblich. Eine Fallstudie ist somit die intensive Betrachtung eines einzelnen Falles mit dem Ziel, Erkenntnisse für die größere Population an Fällen zu gewinnen. Werden mehrere Fälle in Fallstudien bearbeitet handelt es sich um *cross-case research* (vgl. Gerring 2007, S. 17–20). Gerring fasst in seiner Definition ein wichtiges Merkmal mit ein, nämlich die Schaffung eines wichtigen Mehrwerts für andere Fälle der gleichen Kategorie. Eine Fallstudie zur Französischen Revolution sollte demnach Erkenntnisse bringen, die für die Forschung an anderen Revolutionen nützlich ist.

Lange Zeit standen sich kleine-*n* und große-*n* Studien antagonistisch gegenüber. Statistische Untersuchungen, die viele Fälle miteinbezogen, galten den wenige Fälle umfassenden Studien

als überlegen (vgl. George und Bennett 2004, S. 17). Dabei wurde oft übersehen, dass Fallstudien eine große Anzahl an Beobachtungen besitzen. Statistische Analysen müssen sich aufgrund der Datenlage oft auf wenige bestimmte Variablen beschränken. Fallstudien sind in der Lage, eine umfassende Analyse mit vielen Beobachtungen zu einem Sachverhalt zu liefern. Allerdings muss es sich nicht nur um eine Analyse zu einem Zeitpunkt handeln. In der Regel betrachten Fallstudien eine ausgewählte Zeitspanne (vgl. Gerring 2007, 20-23 u. 30).

Fallstudien, aber auch andere methodische Zugänge haben jeweils spezielle Vorteile bei der Beantwortung unterschiedlicher Arten von Fragen. Einige der Vor- und Nachteile von Fallstudien sollen hier skizziert werden. Die Unterschiede leiten sich aus unterschiedlichen Forschungszielen ab. Ein zentraler Gegensatz liegt im Umgang mit Hypothesen. Fallstudien eigenen sich weniger gut, um theoretisch gewonnene Hypothesen vollständig zu testen. Ihre Stärke besteht darin, dass induktiv Hypothesen gewonnen werden können, insbesondere dann, wenn neue Fälle bearbeitet werden. In Bezug auf die Validität der Forschung gelingt es Studien mit vielen Fällen, eine externe Validität herzustellen. Fallanalysen zeichnen sich dagegen durch eine hohe interne Validität aus (vgl. Gerring 2007, S. 37–43). Sie können über den Einbezug einer Vielzahl von intervenierenden Variablen relativ gut kausale Effekte nachweisen. Statistische Analysen müssen solche Kontextfaktoren oft unberücksichtigt lassen und können so kausale Mechanismen übersehen. Unter Zuhilfenahme historischer Argumentation lassen sich kausale Effekte leichter nachweisen als bei statistischen Schlüssen. Darüber hinaus können Fallstudien Modelle zur Erklärung von Verhalten entwickeln, die dann später an anderen Fällen getestet werden können (vgl. George und Bennett 2004, S. 21–22). Fallanalysen weisen einen tiefen Geltungsbereich auf, während statistische Analyse einen breiten Überblick geben wollen. Die Tiefenanalyse, vor allem mit Verwendung der Prozessanalyse stellt den großen Mehrwert der Fallstudie dar.

Es gibt aber auch Stimmen, die Fallstudien, wenn sie nur einen Fall untersuchen, nicht als Teil der vergleichenden Methode sehen. Allerdings kann ihnen eine *comparative merit* zugesprochen werden. Sartori indessen unterstreicht die Möglichkeit von Fallstudien zur Hypothesengenerierung (vgl. Sartori 1991, S. 252). Die größte Schwierigkeit besteht bei Fallstudien in der fehlenden Repräsentativität der Ergebnisse und Aussagen, denn sie gelten nur für den einen Fall (vgl. George und Bennett 2004, S. 30–32).

Muno unterteilt mit Bezug auf Sartori Fallstudien in solche mit und ohne *comparative merit*. Studien, die diesen nicht aufweisen, haben kein theoretisches Interesse und wollen nur einen einzelnen Gegenstand beschreiben. Alles als vergleichende Forschung zu beschreiben, lehnt er ab. Eine Fallstudie mit *comparative merit* untersucht spezielle Fälle mit einer Verbindung zur

Theorie. Diese kann theorietestend, theoriegenerierend sein oder beides miteinander verbinden (vgl. Muno 2009, S. 115–119).

Entscheidend für den theoretischen Wert einer Fallstudie ist, welcher Art der Fall ist, der untersucht wird. Hier können fünf Klassen unterschieden werden: repräsentative bzw. typische, prototypische, abweichende, entscheidende und archetypische Fälle. Prototypische Fälle sind eine Vorstufe von typischen Fällen, die für ein repräsentatives Modell für die Population von Fällen stehen. Abweichende Fälle verhalten sich entgegengesetzt zu den Erwartungen. Entscheidende Fälle – *crucial cases* – sind von besonderer Bedeutung für den Erkenntnisgewinn, da hier entweder Hypothesen als zutreffend oder nichtzutreffend beurteilt werden können. Archetypische Fälle eigenen sich besonders für die Theoriegewinnung, da aus solchen Fällen eigene Kategorien werden und sie somit eine prägende Stellung einnehmen (vgl. Wolf et al. 2015, S. 231–237).

Einzelfallstudien können zu Parochialismus[21] neigen. Das passiert, wenn Besonderheiten des Falles zu viel Bedeutung bei der Analyse eingeräumt wird und letztlich allgemeingültige Aussagen verhindert werden. Nichtsdestotrotz gibt es gute Gründe, dieses Risiko einzugehen. Fallstudien können komplexe Variablen besser spezifizieren und messen. Durch Induktion, der Ableitung vom Einzelfall auf das Allgemeine, können neue Variablen identifiziert und Hypothesen aufgestellt werden. Zuletzt können Generalisierungen getroffen werden und Typologien erstellt oder ergänzt werden. Allgemein gesprochen liegt die Stärke der vergleichenden Fallstudien in dem Nachweis von kausalen und sozialen Mechanismen innerhalb des Falles. Dabei geht es um die Ursächlichkeit und nicht die bloße Korrelation von Merkmalen wie bei statistischen Analysen (vgl. Muno 2009, S. 121–125).

Die Fragestellung dieser Arbeit zielt auf die Besonderheiten der Erinnerungspolitik der Provinz Buenos Aires und damit der Entstehung und Arbeit der CPM ab. Dementsprechend handelt es sich um eine Einzelfallanalyse. Die CPM steht als alleinige erinnerungspolitische Institution im Zentrum der Analyse und wird nicht mit anderen Institutionen verglichen. Die *Comisión Provincial por la Memoria* wurde bewusst als prototypischer Fall für die argentinische Erinnerungskultur gewählt. Die Kommission kann nicht als vollständig repräsentativer Fall gelten. Sie wurde Ende der 1990er Jahre aus einem spezifisch regionalen politischen Szenario heraus gegründet. Sie ist nicht Ergebnis der erinnerungspolitischen Aktivitäten des Kirchnerismus. Anders als die Mehrzahl der staatlichen Institutionen, die sich mit Erinnerung oder Menschenrechten beschäftigen, ist die CPM nicht abhängig von der Exekutive und muss sich daher in ihrer

[21] Im Rückgriff auf die lateinische *parochia* (Kirchgemeinde), bedeutet der Begriff eine Verengung des Blickwinkels und die Vernachlässigung weitreichender Faktoren.

Arbeit nicht nach dem Wahlrhythmus richten. Damit unterscheidet sie sich von den nationalen und provinzialen Sekretariaten für Menschenrechte, aber auch vom *Centro Cultural de la Memoria Haroldo Conti*, welches sich in der ESMA befindet. Als archetypischer Fall kann sie auch nicht gelten, da die wenigen anderen provinzeigenen Institutionen nicht den gleichen Stellenwert wie die CPM erreichten. Einen abweichenden Fall stellt die CPM ebenfalls nicht dar. Für das argentinische Feld der Erinnerungspolitik ist die Kommission ein prototypischer Fall, der in seinen Inhalten für Argentinien typische Positionen vertritt.

Prozessanalysen wollen Ereignisse nachvollziehen, sie fragen weniger, was passiert ist, als nach dem Warum. Ihr wissenschaftstheoretisches Fundament ist die Hermeneutik. Sie folgt quasi der alltäglichen Struktur der Argumentation. Sie ist damit weniger eine Einzelmethode, sondern stellt ein Verfahren dar, welches kausale Zusammenhänge durch logische Schlussfolgerungen aufdecken möchte. Prozessanalysen sind nützlich, um beispielsweise ökologische Fehlschlüsse zu vermeiden. Sie werden insbesondere bei speziellen Fällen eingesetzt und nutzen Tests zur Priorisierung und Interpretation von Daten (vgl. Wolf et al. 2015, S. 215–224). Prozessanalysen wollen die *black box* öffnen, die über gesellschaftliche Prozesse gelegt wird. Es geht darum zu klären, wie ein Phänomen vom Anfangspunkt zum beobachtbaren *outcome* kommt. Muno beschreibt die Zielstellung wie folgt:

> „Es geht zunächst darum, ein *outcome* auf mögliche kausale Prozesse zurückzuführen. Es geht dann darum, potenzielle kausale Pfade zu identifizieren, die zu dem *outcome* geführt haben können und durch logische Schlussfolgerungen unwahrscheinliche Pfade auszuschließen. *Process tracing* zielt somit auf theoretisch orientierte Erklärungen und unterscheidet sich dadurch von rein deskriptiven Beschreibungen.“ (Muno 2009, S. 125 Hervorhebungen im Original)

Grundlage aller Prozessanalyse ist eine detailreiche Beschreibung der Vorgänge. Daraufhin können drei Formen des *process tracing* identifiziert werden: Deduktiv-theorietestende, hypothesengewinnende Analyse und die Erklärung eines spezifischen *outcomes*. Das erste Vorgehen unterscheidet sich von statistischen Analysen dadurch, dass durch Deduktion eine Vielzahl von zu testenden Implikationen einer Hypothese die Basis der Analyse bildet. Die Erklärungsvariablen sind dabei nicht so wichtig wie der Mechanismus, der der Erklärung zugrunde liegt. Theorie- beziehungsweise hypothesengenerierendes Vorgehen beginnt ohne Erklärung für ein *outcome*. Die Rekonstruktion des Prozesses hat in einem zweiten Schritt den Versuch zur Folge, allgemeingültige Aussagen induktiv zu treffen. Beim dritten Vorgehen geht es weniger um die Formulierung von Aussagen, die über den Gegenstand hinausgehen. Vielmehr wird hier auf

ideographische Art und Weise ein Fall beschrieben. Die Grenzen zwischen den drei Arten sind dabei nicht sehr klar, eine Kombination ist möglich (vgl. Starke 2015, S. 457–459).

Forschende stehen bei der Prozessanalyse vor zwei zentralen Herausforderungen. Zum einen muss der Anfangspunkt der Untersuchung gewählt werden, zum anderen müssen tatsächlich kausale Mechanismen innerhalb des Prozesses identifiziert werden. Der Anfangspunkt ist schwer zu setzen, weil es oft Bedingungen und Voraussetzungen gibt, die weiter zurückliegen. Hier besteht die Gefahr des unendlichen Zurückgehens. Schwächen des *process tracings* können in der beliebigen Schlussziehung liegen sowie in der fehlenden theoretischen Basis. Vielmehr handelt es sich hier aber um Schwächen der Studie als der Methode (vgl. Wolf et al. 2015, S. 223–227).

Prozessanalysen zählen zu den am häufigsten eingesetzten Methoden in der Politikwissenschaft, ihr Detailreichtum und die Suche nach dem entscheidenden Zusammenhang macht sie besonders attraktiv. Sie lässt sich zudem ergänzend mit anderen Zugängen, vor allem qualitativen Datenerhebungsverfahren, kombinieren (vgl. Wolf et al. 2015, S. 239).

Die Prozessanalyse als Methode steht im Zentrum der Untersuchung der Entstehung der CPM (Kapitel 4.1). Hier geht es darum zu zeigen, welche Bedingungen und Ereignisse zur Gründung der Kommission geführt haben.

Die wissenschaftliche Beobachtung hat eine ihrer Wurzeln in der Ethnologie. In der modernen Sozialwissenschaft werden typischerweise Menschen im öffentlichen Raum oder Randgruppen der Gesellschaft erforscht. Sie eignet sich aber auch gut, um die Abläufe und das Geschehen in Institutionen sowie deren Interaktionsmuster nachzuvollziehen. Die Beobachtung ist eine Methode zur Datenerhebung, die auf der bewussten Sinneswahrnehmung der Forschenden beruht. Die Beobachtung kann verdeckt oder offen erfolgen, sie kann eine aktive oder passive Teilnahme implizieren und sie kann in systematisch und unsystematisch unterschieden werden (vgl. Thierbach und Petschick 2014, S. 855–857).

Die Datenerhebung aus Beobachtungen in dieser Arbeit erfolgte offen, passiv und unsystematisch. In den allermeisten Fällen handelte es sich um den Besuch von öffentlichen Veranstaltungen und der Teilnahme von Seminaren. Hierzu wurden Feldnotizen und bei größeren Veranstaltungen Feldprotokolle erstellt.

Experteninterviews zählen zu den gängigsten Erhebungsmethoden in der Politikwissenschaft. In Fallstudien sind sie von besonderer Bedeutung, da sich hier Daten für eine Tiefenanalyse gewinnen lassen. Zudem können Anhaltspunkte für kausale Mechanismen aus Experteninterviews gewonnen werden. Kaiser definiert Experteninterviews als:

„ein systematisches und theoriegeleitetes Verfahren der Datenerhebung in Form der Befragung von Personen, die über exklusives Wissen über politische Verhandlungs- und Entscheidungsprozesse oder über Strategien, Instrumente und die Wirkungsweise von Politik verfügen.“ (Kaiser 2014, S. 6)

Hildebrandt unterscheidet zwei Ziele von Experteninterviews. Es kann geführt werden, um ein Thema, welches nur begrenzte Öffentlichkeit hat, zugänglich zu machen. Oder es richtet sich im Sinne der Wissenssoziologie auf die Erforschung von impliziten Regeln des Routinehandelns. Erstes steht im Mittelpunkt der politikwissenschaftlichen Anwendung, hier soll das praktische Funktionieren politischer Institutionen erklärt werden (vgl. Hildebrandt 2015, S. 241–242).

Für diese Arbeit wurden mit Sandra Raggio (*Directora General Comisión Provincial por la Memoria*) (Raggio 13.02.2020) und mit Roberto Cipriano García (*Secretario der Comisión Provincial por la Memoria*) (Cipriano García 21.02.2020) Interviews geführt. Neben dem Friedensnobelpreisträger Adolfo Pérez Esquivel, der der langjährige Präsident der Kommission ist, sind die beiden diejenigen, die die tägliche Arbeit der CPM strukturieren und sie auch in der Öffentlichkeit vertreten. Mit ihnen wurde ein semi-strukturiertes Interview von circa 70 bis 80 Minuten Länge geführt. Die digitale Aufzeichnung wurde dann transkribiert. Zusätzlich wurde ein Feldprotokoll angefertigt. Ziel der Interviews war es, die Position und die Entwicklung der CPM nachvollziehen zu können, sowie die Klärung von internen Abläufen und dem Selbstverständnis der Institution. Eine Kodierung und aufwendigere Analyse der Interviews ist an dieser Stelle nicht angebracht.

Neben der Sichtung der wissenschaftlichen Literatur zum Thema ist die Nutzung von Primärquellen von großer Bedeutung. Die Kommission ist als öffentliche Institution sehr aktiv in der Publikation von Schriften, Analysen und jährlichen Berichten. Diese wurden auf zwei Ebenen bearbeitet, der der Fakten und der der darunterliegenden Sichtweise und Interpretation der CPM und dem, was sie damit erreichen will. Die Inhaltsanalyse ist eine der zentralen Methoden des wissenschaftlichen Arbeitens und kann sowohl quantitativ als auch qualitativ durchgeführt werden. Sie beruht auf der Analyse der Sprache und des Inhaltes von Texten (vgl. Heindl 2015). Auf eine repräsentative Stichprobe wurde verzichtet, stattdessen wurden alle Texte, die für die Fragestellung der Arbeit nützlich waren, ausgewählt und analysiert. Ziel war es, die Texte und Argumentationen zu verstehen und in den theoretischen Rahmen einzuordnen.

3. Aufarbeitung der Vergangenheit und Erinnerungspolitik in Argentinien

3.1 Die Argentinische Militärdiktatur 1976–1983

Die Geschichte Argentiniens im 20. Jahrhundert verlief mehr als wechselvoll. Zwar etablierte sich das Land Ende des 19. Jahrhunderts als wichtiger Exporteur von Agrarprodukten auf dem Weltmarkt und lockte Millionen von europäischen Migranten an, doch insbesondere der Erste Weltkrieg und die Veränderung des Weltmarktes trafen das argentinische Agrarexportmodell schwer. Noch bis 1930 war dieses Wachstumsmodell vielversprechend, seitdem kehren zyklische Krisen wieder. Das Land scheint zwischen Importsubstitutionen und Agrarexport, heute vor allem im Extraktivismus, festzuhängen. Vor dem Hintergrund des Reichtums an fruchtbaren Land und Bodenschätzen gilt die ausgebliebene Entwicklung Argentiniens zu einer der führenden Volkswirtschaften weltweit als das „argentinische Rätsel". Für einige Beobachter gilt das Land deswegen als Schwellenland auf Dauer (vgl. Waldmann 2010, S. 7–12).

Die wirtschaftliche Instabilität und die wiederkehrenden Krisen hatten Auswirkungen auf die politische Entwicklung des Landes. Die politische Geschichte Argentiniens ist von Krisen und Diktaturen gekennzeichnet. Mit der ersten Intervention der Militärs 1930 wurden die Streitkräfte zu einem wichtigen politischen Akteur, der über das Schicksal von Präsidenten und politischen Projekten entscheiden konnte. 1930 setzte das Militär unter José Félix Uriburu den demokratisch gewählten Präsidenten Hipólito Yrigoyen (Unión Cívica Radical – UCR) ab, und es begann eine Militärdiktatur, die die sogenannte „infame Dekade" einläutete. Gewalt war hier bereits als Mittel der Politik etabliert und sollte sich noch mehrfach, nicht nur in Form von Staatsstreichen, in der argentinischen Politik zeigen (vgl. Waldmann 1996, S. 904–912).

Eine Interpretation mit Blick auf die argentinische Geschichte lautet, dass Gewalt immer in der Politik präsent war und eine wichtige Rolle zur Lösung von politischen Konflikten gespielt hat. Beginnend mit dem Unabhängigkeitsprozess und den folgenden Auseinandersetzungen über die Regierungsform, in denen Gewalt oft Mittel in der Politik war. Die Demokratisierung – 1912 bekamen alle argentinischen Männer das Wahlrecht zugesprochen –, änderte daran wenig. Der Staat ging, um nur ein Beispiel zu nennen, brutal gegen anarchistische Arbeiter in der „tragischen Woche" 1919 vor. Dabei wurde Gewalt als Mittel zur sozialen Disziplinierung eingesetzt. Der Staatsstreich 1930 kann als politisch-soziales Projekt eingeschätzt werden, nicht als die bloße Absetzung einer Regierung (vgl. Duhalde 2013, S. 54–58).

1945 ist dann das Geburtsjahr der politischen Bewegung, die Argentinien zu einem Sonderfall auf dem lateinamerikanischen Kontinent macht, dem Peronismus. Von seinem Gründungsmoment, dem 17. Oktober 1945, bis in die Gegenwart ist der Peronismus die wohl wichtigste politische Kraft im Land. Dabei ist der Peronismus nicht nur eine Partei, die *Partido Justicialista* (PJ), er steht für eine Bewegung, für ein Gefühl. Der Peronismus war und ist rechts und links, liberal und konservativ sowie pragmatisch und ideologisch. Die Frage, was der Peronismus ist, beschäftigt alle politischen Beobachter Argentiniens, denn ohne ihn lässt sich die Politik und die Geschichte Argentiniens nicht verstehen. Er markiert wichtige Schlüsseljahre in der Geschichte des Landes ab 1945: 1955 putscht das Militär gegen den Namensgeber Juan Domingo Perón, 1965 gewinnt die *Union Popular* die Wahlen mit dem „Peronismus ohne Perón", 1973 kehrt der Peronismus und später dann Perón an die Macht zurück. 1974 verstirbt Perón, und seine dritte Ehefrau, „Isabelita", übernimmt als Vizepräsidentin die Regierungsmacht. Der Peronismus ist so vielfältig, dass traditionelle Analysemuster an ihm versagen (vgl. Grimson 2019, S. 11–14).

Perón schaffte es mit Unterstützung der organisierten Arbeiterschaft, 1946 zum Präsident gewählt zu werden. Er wurde schnell zum Prototyp des Nationalpopulismus in Lateinamerika. Seine Zeitgenossen, vor allem seine Gegner, sahen ihn als Faschisten. Er schmiedetet eine Multi-Klassen Allianz, die sich besonders auf die Macht der Gewerkschaften stützte. Doch er mobilisierte auch die unteren Schichten mit dem Versprechen der sozialen Gerechtigkeit. Zu internationaler Bekanntheit gelangte seine zweite Frau Evita, die mit ihrem sozialreformerischen Kurs und Armenfürsorge bis heute von den Peronisten verehrt wird. Eine Verfassungsreform und die Einführung des Frauenwahlrechts sicherten ihm, unter anderem, eine zweite Amtszeit. Auf der anderen Seite zeigten sich aber auch immer autoritärere Züge am Regierungsstil Peróns. Traf es zuerst vor allem Kommunisten und Sozialisten, kam es in den 1950er Jahren fast zu einem Kulturkampf mit der katholischen Kirche. Der Antiperonismus, als Zusammenschluss heterogener Kräfte gegen Perón, formierte sich zum entscheidenden Vehikel der Opposition. Hierzu gehörte nicht nur Radikalismus und die linken Kräfte, sondern auch Teile der katholischen Kirche und der Streitkräfte. Sie wollten die politischen und sozialen Reformen des Peronismus wieder rückgängig machen. Dies führte so weit, dass Marineflieger im Juni 1955 den Plaza de Mayo während einer pro-peronistischen Demonstration der Gewerkschaften bombardierten. Erst im September zwang ihn ein Militärputsch zur Abdankung und ins 18-jährige Exil (vgl. Grimson 2019, S. 111–124).

Mit der euphemistisch betitelten *Revolución Libertadora* (Befreiungsrevolution) war es wieder das Militär, das die politische Ordnung veränderte. Der Peronismus wurde als politische und

soziale Kraft verboten. Eduardo Luis Duhalde sieht im Staatsstreich vom 16. September 1955 die Wurzel für den Staatsterrorismus von 1976. Aus zugegeben peronistischer Perspektive hält er fest, dass Hass, politische Verfolgung sowie Revanchismus das politische Klima bestimmten. Das restlose Verbot des Peronismus inklusive seiner Lieder und Abkürzungen sowie das Einführen von Schwarzen Listen für die Öffentlichkeit zeigte, dass hier der politische Gegner vollends unterdrückt werden sollte (vgl. Duhalde 2013, S. 59–62). Der Peronismus erlebt darauf eine seiner vielen Metamorphosen. Perón versuchte zwar aus dem Exil, den Widerstand zu organisieren, doch entwickelte sich im Land selber eine eigene Dynamik. Dies war die Geburtsstunde der *Resistencia Peronista*, des peronistischen Widerstandes. Die Periode umfasst die gesamte Zeit bis zur Rückkehr an die Macht 1973. Akteure waren vor allem die Gewerkschaften, Jugendorganisationen und Basisgruppen. Der Peronismus arbeitete im Untergrund weiter und entwickelte mehrere politische Gravitationszentren, zum einen den Syndikalismus, zum anderen eine auf die nationale Befreiung ausgerichtete Perspektive (vgl. Altamirano 1992).

1958 wird Arturo Frondizi zum Präsidenten gewählt, ihm gelang dies nur über Absprachen mit Perón. Auch seine Präsidentschaft endete vorzeitig mit einem Militärputsch. Ausgelöst wurde dieser durch eine schrittweise Wiederzulassung des Peronismus. Dies zwang das antiperonistische Militär zu einer Reaktion (vgl. Hasgall 2016, S. 96–97). Bereits unter der Regierung Frondizi wurde der Plan CONINTES (Conmoción Interna del Estado) beschlossen. 1960 wurde damit die Polizei unter die Aufsicht der Streitkräfte gestellt und Kriegsräte sowie Militärgerichtsbarkeit für die Provinzen des Landes eingerichtet. Die Militarisierung war eine Folge der verstärkten Bemühungen zur Bekämpfung des Terrorismus. Der Plan diente aber vor allem der Unterdrückung von Arbeiter- sowie Studentenprotesten (vgl. Duhalde 2013, S. 63).

In den 1960er Jahren wandelt sich Lateinamerika drastisch. Es gründen sich in vielen Ländern Guerilla-Bewegungen. Dies liegt vor allem in einem Ereignis begründet: der Kubanischen Revolution. Der Kampf der Castro Brüder und Ernesto „Che“ Guevara gegen das diktatoriale Batista Regime auf Kuba inspirierte viele Lateinamerikanerinnen und Lateinamerikaner und führte zur eigenen Hoffnungen auf die nationale Befreiung und einen Weg zum Sozialismus. Der Weckruf der kubanischen Revolution für die lateinamerikanische Linke war enorm und kann nicht unterschätzt werden. Waren die alten sozialistischen und kommunistischen Parteien vorrangig Mittelschichtenprojekte und Letztere von Moskau kontrolliert, entstand mit der Revolution auf Kuba eine „neue Linke“, die weniger dogmatisch und näher an den Bedürfnissen der armen Schichten auf dem lateinamerikanischen Kontinent war. Anschluss fand dieser Ruf bei der jungen Generation der 1960er. Sie war frustriert mit dem Legalismus und dem Reformismus der alten linken Parteien. Sie schlugen radikalere Wege, wie den bewaffneten Kampf,

ein. Die neue kubanische Regierung spielte bei der Ausbildung von Kämpferinnen und Kämpfern und der Verbreitung der Ideologie eine wichtige Rolle. Che Guevaras Kampf und sein Tod in Bolivien führte zu einer regionalen Vernetzung der linken Gruppierungen. Zu ihnen zählte: unter anderem die *Liberación Nacional Tupamaros* (Uruguay), das *Movimiento de Izquierda Revolucionaria* (Chile) und das *Ejército Revolucionario del Pueblo* (Argentinien) (vgl. Marchesi 2018, S. 1–5).

Diese neue Linke nimmt die politische Gewalt als Mittel der Politik auf. Hierdurch unterscheiden sie sich von den etablierten linken Parteien des Kontinentes. Sie sind zudem stark nationalistisch geprägt, dies äußert sich vor allem in ihrem Antiimperialismus. Diese politischen Veränderungen machten auch vor der katholischen Kirche nicht halt. Mit dem Lateinamerikanischen Bischofsrat entwickelte sich die katholische Kirche auf dem Kontinent zur einer aktiven politischen Kraft, die dann 1968 die „Option für die Armen" wählte. Es formt sich die Theologie der Befreiung, eine Auslegung des katholischen Glaubens, bei der die einfache Bevölkerung und ihre Bedürfnisse im Mittelpunkt stehen. Ausgehend von den *Dependencia*-Ansätzen entwickelte sich hier eine den politischen und sozialen Gegensätzen und der Ungleichheit kritisch gegenüberstehende Kirche. Sie näherten sich auch den marxistischen Ansätzen der neuen Linken an. So gab es einige Priester, die sich revolutionären Guerillabewegungen anschlossen. Zudem hatte dies Einfluss auf die breite katholische Jugendbewegung, die sich zum Teil radikalisieren sollte (vgl. Werz 2013, S. 170–171).

Lateinamerika war ein wichtiger Schauplatz des Kalten Krieges. Die Diversität des Kontinentes schlägt sich in den sehr unterschiedlichen nationalen Erfahrungen während der Zeit der Blockkonfrontation nieder. Die Kämpfe und Konflikte unterscheiden sich zwischen Mittel- und Südamerika. Der Fixpunkt blieb jedoch die kubanische Revolution. Nicht nur über ihren Erfolg, die letzte erfolgreiche Revolution war die mexikanische (1910 ff.), sondern vor allem wegen ihrer Nähe zu den USA. Mit dem Anschluss Kubas an den kommunistischen Block wandelte sich das Panorama des Kalten Krieges. Illustriert wird dies durch die Kubakrise 1962. Für den Rest des Kontinentes ist der Foquismus von besonderer Bedeutung. Diese Strategie, unter anderem von Che Guevara eingesetzt, möchte den Funken der Revolution nach kubanischem Vorbild erzeugen, der dann eine gesamte Nation erfassen sollte. Diese Strategie führte zur Entstehung eines Zentrums des Guerillakampfes im Norden Argentiniens. In so gut wie allen Fällen blieb das Überspringen des Funkens aus und die foquistische Guerilla Strategie scheiterte. Ein weiteres Merkmal des Kalten Krieges in Lateinamerika ist die Pluralität der marxistisch-kommunistischen Ansätze. In verschiedenen Ländern gab es sowohl trotzkistische als auch maoistische Gruppierungen, die sich mit jeweils nationalen Elementen mischten, in Argentinien mit

dem Peronismus. Im Gegensatz zur alten Linken, die Gewalt nur als defensives Mittel ansah, ging die neue Linke zur bewussten Integration politscher Gewalt über. Neben dem Foquismus waren es vor allem Volksaufstände – Erhebungen der Arbeiterklasse und unteren Schichten der Gesellschaft, in denen von einigen Akteuren bewusst auf Eskalation gesetzt wurde (vgl. Clark 2017, S. 399–406).

Der Kalte Krieg wurde zur umkämpften Auseinandersetzung auf dem Kontinent durch die US-amerikanische Außenpolitik. Bereits kurz nach dem Zweiten Weltkrieg unter Präsident Harry Truman legten sich die USA außenpolitisch auf den Kampf gegen die Sowjetunion fest. Die Vereinigten Staaten entwickelten sich zur Schutzmacht der sogenannten freien Welt. Frei war jedoch nicht mit demokratisch gleichzusetzen. Die Einführung und der Erhalt demokratischer Systeme stand nicht an erster Stelle. Vielmehr stand die ökonomische Transformation der neuen unabhängigen Staaten und Lateinamerikas im Zentrum. Für ökonomische und soziale Stabilität nahmen die USA sehr oft Diktaturen als politische Partner in Kauf. Die alleinige Unterscheidung lag nicht darin, ob ein Regime autoritär war, sondern ob es dem linken Totalitarismus angehörte. Die amerikanische Außenpolitik richtete sich aktiv gegen Umstürze rechter Diktaturen, da diese nach einem Regimewechsel oftmals äußerst unstabil waren und dem gegnerischen Block zufielen. Kuba war hierfür das emblematische Beispiel. Der Staatsstreich in Chile 1973 gegen die Regierung von Salvador Allende unterstrich nochmals den Willen der USA, kein zweites sozialistisches Land auf dem Kontinent zuzulassen. Erst unter Jimmy Carter fand ein Umorientierung statt, zumindest rhetorisch wurde den Themen Menschenrechte und Demokratie mehr Bedeutung in der US-amerikanischen Außenpolitik zugesprochen (vgl. Schmitz 2006, S. 2–10).

Eine der wichtigsten Maßnahmen der US-Regierung im Kampf gegen die sogenannte Subversion war die Operation Condor. Hierbei kollaborierten die Geheimdienste Argentiniens, Chiles, Paraguays, Uruguays, Boliviens und Brasiliens unter Federführung von CIA und FBI im regionalen Kampf gegen politische Gegner unter den Einheimischen als auch unter den politischen Exilanten, die vor den jeweiligen Militärregierungen in Nachbarländer flüchteten (Schmitz 2006, S. 167). 1976 unterzeichneten die Geheimdienste der Militärregierungen einen Kooperationspakt, der sie zur Zusammenarbeit verpflichtete. Die einzelnen Länder wählten dabei die Opfer aus und kategorisierten diese. Die CIA war dabei in den bürokratischen Apparat eingebunden und über die Schritte und Taten informiert. Die US-Amerikaner lieferten nicht nur Geheimdienstinformationen, sondern auch Geld. Unter Präsident Barack Obama, aber auch 2019 gab die US-Regierung ehemals geheime Informationen und Berichte frei, die das Ausmaß dieser Kooperation endgültig belegen (Kiernan 2019).

In Argentinien entstehen in den 1960er Jahren verschiedene Guerillagruppen, die den bewaffneten Kampf gegen die unterschiedlichen Regierungen, ab 1966 gegen die Militärdiktatur von Juan Carlos Onganía, führten. Dieser kam durch die *Revolución Argentina* im Juni 1966 an die Macht. Die Armee versuchte, wie bereits vorher, die politische und soziale Struktur neu zu ordnen. Mittels harter Repressionsmaßnahmen sollte die argentinische Gesellschaft disziplinieret werden (vgl. Hasgall 2016, S. 97–98). Besonders hart ging die *Revoulución Argentina* gegen die Universitäten vor. Einen Monat nach dem Putsch intervenierte Onganía in allen Hochschulen. In den am stärksten politisierten Fakultäten besetzten die Studierenden die Gebäude zusammen mit ihren Dozierenden. Die Militärs reagierten mit der gewaltsamen Räumung der Universitätsgebäude. Die meisten dieser Zwischenfälle ereigneten sich an der *Universidad de Buenos Aires* (UBA). Sie gingen als *Noche de los Bastones Largos* in die Geschichte ein (Buchbinder 2010, S. 189–195). Die Eingriffe in die Freiheit der Universitäten war ein Faktor, warum sich gerade Studierende der Guerilla anschlossen.

Der Blick auf zwei kleinere Guerillagruppen kann an dieser Stelle zeigen, welche Motivationen und ideologische Grundannahmen bei denjenigen vorhanden waren, die sich dem bewaffneten Kampf anschlossen. Die *Fuerzas Armadas Revolucionarias* (FAR) entstehen zu Beginn der 1960er Jahre aus kleineren Abspaltungen linker marxistischer Organisationen. Einzelne Vertreter reisten sogar nach Kuba. In ihrer Anfangszeit beriefen sie sich auf das guevaristische Erbe. Der Marxismus war dabei das Werkzeug zur Interpretation der sozialen und politischen Wirklichkeit, der Sozialismus das Ziel der politischen Aktivität. Neben Guevarismus und Marxismus gab es auch andere Formen des politischen Denkens in den FAR: Nationalismus, Katholizismus und Peronismus. All dies traf in der Situation des bewaffneten Kampfes zusammen. 1971 ergriffen die FAR dann endgültig das Banner des Peronismus. In einer Zeitungsreportage legten die Kämpfer dar, warum es kein Widerspruch wäre, von Marxismus in die Reihen des Peronismus überzulaufen (vgl. Canosa 2018, S. 161–165). In ihren Worten klingt es folgendermaßen:

> „Nosotros no nos integramos al peronismo; el peronismo no es un club o un partido político burgués al que uno puede afiliarse, el peronismo es fundamentalmente una experiencia de nuestro pueblo y lo que nosotros hacemos ahora es descubrir que siempre habíamos estado integrados a ella […] en el sentido que está integrado a la experiencia de su pueblo todo hombre que se identifica con los intereses de los más“ (zitiert nach Canosa 2018, S. 169).

Dabei wurde eine erstaunliche Synthetisierung erbracht. Das Ziel war immer noch, den Sozialismus aufzubauen, unterfüttert wurde es nun mit dem peronistischen Anspruch, den Frieden

zwischen den Klassen anzustreben. Allerdings lehnte man jede Allianz mit der nationalen Bourgeoisie ab und stellte sich damit gegen die PJ. Es blieb innerhalb der bewaffneten Gruppen eine große Skepsis gegenüber den peronistischen Gewerkschaften und deren Führer vorhanden. Perón selber wurde als *líder popular* angesehen, der aber kein *líder revolucionario* sein könne (vgl. Canosa 2018, S. 176).

Als von vornherein peronistisch verstanden sich die *Fuerzas Armadas Peronistas* (FAP). Sie waren Teil des Linksperonismus seit ihrer Entstehung 1968. Als bewaffneter Arm speisten sie sich aus verschiedenen peronistischen und nationalistischen sowie auch trotzkistischen Gruppierungen. Der Peronismus war für sie die einzige Kraft, die die nationale Befreiung bewältigen könnte. Den bewaffneten Kampf nahmen sie auf, weil andere Wege zur Machtergreifung ausgeschöpft waren. Die Guerilla blieb als einzige Möglichkeit. An der Spitze der Ziele stand die Rückkehr Peróns aus dem spanischen Exil sowie die Errichtung eines gerechten, freien und souveränen Vaterlandes. Im späteren Verlauf wird vor allem das Verhältnis zu Perón problematisch, während des Exils dient er den bewaffneten Gruppen als Integrationsfigur und Projektionsfläche (vgl. Raimundo 2004, S. 105–112).

Die Peronisierung der Guerilla wird am deutlichsten sichtbar an den *Montoneros*, dieser Prozess war eine der großen Besonderheiten der linken Revolutionsbewegungen in Argentinien und unterstreicht die Integrationswirkung des Peronismus. In dieser Frage folgten die Kämpferinnen und Kämpfer nicht den Anweisungen Che Guevaras, der ausdrücklich dazu aufforderte, den Kampf zu internationalisieren und nationale Identitäten hinter sich zu lassen. Anfang der 1970er Jahre war das *Ejército Revolucionario del Pueblo* (ERP), das aus der *Partido Revolucionario de los Trabajadores* (PTR) stammte, die einzige nicht peronistische Guerilla in Argentinien (vgl. Marchesi 2018, S. 150).

Die Konfliktivität der argentinischen Gesellschaft stieg zu Ende der 1960er Jahre stark an, dies lag nicht nur an den entstehenden bewaffneten Gruppen. Das Jahr 1969 hat, wie fast überall auf der Welt, auch in Argentinien seine Spuren hinterlassen. Am 29. Mai kam es in Córdoba zum Volksaufstand, dem *Cordobazo*. Konfliktive Industriearbeiter-Gewerkschaften, die einem heterodoxen Marxismus anhingen, trugen ihren Widerstand gegen die wirtschaftspolitische Umstrukturierung auf die Straße. Aus der Demonstration entwickelte sich ein Volksaufstand. Über die Spontaneität der Ereignisse wird bis heute gestritten. Es bleibt aber nicht bei einer Erhebung der Arbeiterschaft, Teile der organisierten Studentenbewegung schlossen sich dem Straßenkampf an, die Studierenden standen an der Seite der Arbeiterinnen und Arbeiter, als das Militär den Aufstand blutig niederschlug. Zwei Akteursgruppen treffen hier zusammen. Zum einen die

Arbeiterschaft mit Kampferfahrung noch aus der *Resistencia Peronista*, die aus politisch-ökonomischen Gründen auf die Straße gingen. Zum anderen die studentische Jugend, die aus der Mittelklasse stammte und ohne Verbindung zu anderen politischen Kämpfen das Feld betrat. Letztere hatten zwei absolute Referenzpunkte: Perón und das Volk. In nur wenigen Momenten fanden die beiden Gruppen so zusammen wie beim *Cordobazo*. In späteren Konflikten gingen sie unterschiedliche Wege (vgl. Romero 2007, S. 20–22). Die Kämpfe in Córdoba hatten eine Sogwirkung auf die entstehenden bewaffneten Organisationen, vor allem auf die Jugend. Gegenüber einem politischen Regime, welches ohne demokratische Legitimation war, jegliche Proteste mit äußerster Gewalt niederschlug und zudem die Todesstrafe einführte, begannen einige Sektoren der Gesellschaft sich zu radikalisieren und das Gewaltmonopol des Staates in Frage zu stellen. Für Calveiro, die sich selbst als Jugendliche dem bewaffneten Kampf anschloss, liegt dessen Hauptgrund daran, dass der bewaffnete Widerstand die Antwort auf eine illegitime Machtstruktur im Kontext der kompletten Diskreditierung der Demokratie war. Die entstehende Verbindung der Guerilla mit der peronistischen Bewegung ermöglichte es ihr, aus dem rein foquistischen Ansatz herauszukommen und auf einer breiteren politischen Ebene tätig zu sein. Peróns Aussage, dass dies die „juventud maravillosa" sei, ist das wichtigste Zeichen dieser frühen Allianz (vgl. Calveiro 2006, S. 11–13).

Die *Revolución Argentina* verlor spätestens nach dem *Cordobazo* an Rückhalt. Ongania trat zurück, ihm folgten weitere Generäle nach. Sie gingen weiterhin hart gegen die Guerilla vor. Als Beispiel ist das Massaker von Trelew im August 1972 zu nennen. Hier ermordete das Militär 16 Guerilleras und Guerilleros, die wenige Tage zuvor aus einem Gefängnis hatten fliehen können. Der Tod der Mitglieder der *Montoneros* und ERP hatte einen nachhaltigen Effekt auf die argentinische Gesellschaft. Es kam zu spontanen Demonstrationen und Gebäudebesetzungen in Buenos Aires und den meisten anderen Universitätsstädten (vgl. Bonavena 2011, S. 202–207).

1971 übernahm General Alejandro Lanusse das Amt des Präsidenten. Er war sich darüber im Klaren, dass die Krise Argentiniens nur zusammen mit dem Peronismus zu lösen sei. Er öffnete den Weg für die demokratische Transition und erlaubte die Rückkehr des Peronismus als politische Partei, unter der Bedingung, dass Perón selbst nicht der Präsidentschaftskandidat sein würde. Währenddessen nahmen die Aktivitäten der Guerilla zu. Perón duldete und unterstützte die linksperonistischen *Montoneros*. Dies ermöglichte die weitere Peronisierung des linken politischen Spektrums in der Gesellschaft. Der Peronismus vereinte nun verschiedene Sektoren des Syndikalismus, Intellektuelle und Künstlerinnen und Künstler, breite Teile der Jugend und Studierende, sozial-christliche Vertreter sowie große Teile der Stadtguerilla. Sie alle riefen nach

dem Mann, der das Land retten sollte: Perón. Die Kandidatenfrage wurde zum Wohlgefallen der peronistischen Jugend gelöst. Héctor Cámpora, der die *Juventud Peronista* (JP) reorganisiert hatte, wurde zum Kandidaten bestimmt. Er war ein klarer Vertreter des Linksperonismus. Der populäre Ausspruch über seine Kandidatur lautete: „*Cámpora al Gobierno, Perón al poder*!“ (vgl. Svampa 2003, S. 384–393).

Zur wichtigsten bewaffneten Organisation wuchsen die *Montoneros*. Sie entstanden 1970 als „bewaffnete Partei“ ohne spezielle Referenz zu anderen Vorgängerorganisationen. Sie traten ans Licht der Öffentlichkeit mit der Entführung und Ermordung des Generals Pedro Eugenio Aramburu, der Präsident während der *Revolución Libertadora* war. Sie nahmen für sich in Anspruch die wahren Interpreten Peróns zu sein und gewannen schnell an Zuwachs. Im Laufe der Zeit schlossen sich ihnen andere guevaristische Guerillas an. Die *Montoneros* führten mit der *Juventud Peronista* eine wichtige Massenorganisation, die schnell immensen Einfluss unter Schüler- und Studierendenorganisationen gewann. Damit spielten sie eine wichtige Rolle in der Öffentlichkeit und in den internen Machtkämpfen des Peronismus. Der Ursprung der *Montoneros* liegt sowohl im revolutionären Marxismus als auch in der katholisch-nationalistischen Militanz[22]. Diese zwei zentralen Säulen stellen ein Alleinstellungsmerkmal dar. Die Verbindung christlicher Theologie mit revolutionärem Marxismus war eines ihrer Erfolgsrezepte. Zudem übernahmen sie die Dichotomie von Peronismus-Antiperonimus als Analysefolie des gesellschaftlichen Konfliktes, das Volk steht mit Perón gegen seine Feinde, den Antiperonismus galt es zu bekämpfen. Sie sahen sich als die einzig legitime Synthese aus Peronismus und Revolution. Den an sich schon ambivalenten Peronismus versahen sie mit einer „strategischen Lesart“, welche es ihnen erlaubte, Widersprüche zu umgehen. Die kämpferische Verkürzung lautete „*Perón o muerte*“ (vgl. Romero 2007, S. 39–41).

Das ständige Anwachsen der *Montoneros* bedeutete, dass sich erstmals seit dem Ende der Regierung Peróns große Teile der Mittelschicht, insbesondere deren Kinder, und die Studierenden der Bewegung anschlossen und damit einen wichtigen Machtfaktor innerhalb des Peronismus darstellten. Ihre Ziele lassen sich kurz mit „Perón, Evita, patria socialista“ zusammenfassen. Der Peronismus gewann 1973 die Wahlen mit Cámpora und dieser versuchte, eine Machtteilung zwischen Rechtsperonismus, dem organisierten Syndikalismus und dem Linksperonismus, vertreten durch die *Montoneros* und die *Juventud Peronista,* zu erreichen. Diese trugen aber

---

22 *Militancia* im argentinischen Kontext ist nicht immer wörtlich mit Militanz zu übersetzen. Dies kann im Fall der Guerilla zwar gemeint sein, allerdings wird es viel häufiger generell für den politischen Aktivismus verwendet. Dieser wird im Falle Argentiniens besonders durch die Basisgruppen, die sich aus den *militantes* zusammensetzt, geprägt.

den Konflikt von Peronismus–Antiperonismus in die Bewegung. Die *Montoneros* wurden harsche Kritiker der rechtsperonistischen Strömungen. Innerhalb der schwindelerregenden politischen Dynamiken von 1972–1976 in Argentinien im Allgemeinen und im Peronismus im Besonderen ist kaum ein Ereignis so markant wie das Massaker von Ezeiza am 20. Juni 1973. Am Tag der endgültigen Rückkehr Peróns aus dem Exil zogen Tausende von Anhänger zum Flughafen vor den Toren von Buenos Aires. Hier eröffneten dann Vertreter des Rechtsperonismus das Feuer auf Gruppen von *Montoneros* und ließen Tote und Verletzte zurück. Dies hatte immense Signalwirkung auf den Linksperonismus und führte unter anderem zur Ermordung des Gewerkschaftsführers José Ruccí im September 1973 (vgl. Grimson 2019, S. 140–168).

Bereits nach wenigen Monaten trat Cámpora zurück und machte den Weg für die Kandidatur Peróns frei. Perón vertraute auf seine alten Machtstrategien und knüpfte sofort feste Bindungen zu den Gewerkschaften. Sein Hauptaugenmerk lag jedoch bei dem orthodoxen Syndikalismus, die Forderungen der linken klassistischen Gewerkschaften wurden nicht aufgenommen. Perón verlor die eigentliche Machtquelle des Peronismus, die linke Jugend, schnell als Unterstützer. Am deutlichsten wurde dies in seiner Rede zum Ersten Mai 1974. Er bezeichnete sie als dumm und brandmarkte sie als „Feinde". Die *Montoneros* verließen den *Plaza de Mayo* daraufhin. Damit verschärfte er den bestehenden Gegensatz zwischen Rechts- und Linksperonismus. Trotzdem wurde Perón mit dem Rekordwert von 62 % der Stimmen in das Präsidentenamt gewählt. In seiner Rhetorik nahm rechtes Gedankengut einen immer größeren Platz ein, das Nationale betonte er mehr als das Sozialistische. Noch kein Jahr im Amt, verstarb Perón im Juli 1974. Seiner Frau, deren Nominierung als Vize-Präsidentin Perón erzwungen hatte, fielen nun die Regierungsgeschäfte zu. Unter ihrer Präsidentschaft lassen sich Eckpunkte erkennen, die die Militärdiktatur noch deutlicher hervorheben sollte. Die politische Allianz des Peronismus von 1974 bis 1976 bestand aus dem orthodoxen Syndikalismus und der peronistischen Rechten (vgl. Svampa 2003, S. 402–419).

Die Verbindung der linken Militanz mit dem Peronismus versprach ihnen Zugang zur Politik und war gleichzeitig eine tödliche Falle. Die Komplexität der Dynamiken innerhalb des Peronismus ließ sich nicht mit einem binären Freund–Feind Schema lösen. Zu schnell wuchs der Widerstand innerhalb der Bewegung gegen die Jugend. Die Trennung des Linksperonismus von der Regierung Peróns – die spätestens nach dem Mai –, Konsens war, führte zur politischen Isolation der *Montoneros* und innerhalb der Organisation zur einer Radikalisierung. Die Schlussfolgerung hieraus war, dass den Waffen mehr vertraut werden könne als der Politik. Die nicht-peronistischen Guerillagruppen blieben während dieser Periode weiter im Untergrund. Der Angriff der ERP auf die Militärkaserne Azul zu Beginn des Jahres 1974 veranlasste Perón,

diesen als kriminellen Terrorismus zu verurteilen, und er forderte, sie mit aller Härte auszulöschen. Die Niederlage der Guerilla war aber zuerst eine politische und dann eine militärische. Claveiro sieht einen Unterschied zwischen Terrorismus und der argentinischen Guerilla. Das Ziel der Organisationen war nicht, die gesamte Gesellschaft mit Terror zu überziehen, sondern einen militärischen Feind anzugreifen und damit an Ressourcen für den Kampf zu kommen (vgl. Calveiro 2006, S. 13–16).

Kaum ein Akteur entfachte aber die Gewaltspirale so sehr wie die AAA (*Alianza Anticomunista Argentina*, im argentinischen Spanisch meinst *Triple A*). Sie war ein kollektiver Akteur mit einer festen internen Struktur, Hierarchie und standardisiertem Vorgehen. Ihre politischen Aktionen waren illegal und gewaltsam, dabei nutzten die Vertreter Ressourcen des Staates. Gegründet wurde sie mit dem Ziel, den Terrorismus auf seinem eigenen Terrain und mit seinen eigenen Waffen in einer Art und Weise zu bekämpfen, wie es weder die Polizei noch die Streitkräfte vermochten. Die Gründung geht auf José López Rega zurück, eine der umstrittensten Figuren in der Entourage von Perón. Rega hatte sich über Peróns dritte Frau Zutritt in den wichtigsten Beraterkreis verschafft. Bereits im Exil wurde er Privatsekretär Peróns. Als „Hexer“ soll er großen Einfluss auf den alternden General gehabt haben. Er lieferte sowohl finanzielle als auch logistische Unterstützung und wählte die Ziele der Todesschwadronen aus. Die AAA entführte und erschoss ihre politischen Gegner in Kommandoaktionen, verübte aber auch Bombenattentate. 1974 wird sie für 60 Morde verantwortlich gemacht. Ihre Gegner waren Funktionäre und Aktivistinnen und Aktivisten des Linksperonismus und linker Gewerkschaften, aber auch *militantes* der eigenen Seite, denen fehlende Loyalität vorgeworfen wurde. Die heutige historische Forschung geht davon aus, dass die AAA mit Perón Wissens agierte (vgl. Rostica 2011, S. 21–30).

Ideologisch lässt sich die AAA im Rechtsperonismus mit starkem Nationalismus und Antikommunismus verorten. Denn auch diese Ideologien hatten ihren Platz im ambivalenten Peronismus. Ziel war die revolutionäre Tendenz im Peronismus zu vernichten. Gewalt war, ebenso wie auf der anderen Seite, das Mittel zur Lösung von Konflikten (vgl. Rostica 2011, S. 38–44). Nach dem Tode Peróns wuchs Regas Macht deutlich. Er war für die Besetzung von Schlüsselpositionen innerhalb der Regierung Isabelitas verantwortlich. Rega verteidigte die ökonomischen Strukturanpassungen von 1975. Nach dem Verlust seiner politischen Machtbasis und nachdem sein Name öffentlich mit der AAA in Verbindung gebracht worden war, trat Rega zurück und floh außer Landes (vgl. Grimson 2019, S. 210–213). Mit dem Staatsstreich der Militärs 1976 wurde die AAA aufgelöst und die Streitkräfte übernahmen die Repression, sowohl im Sinne der Aufgaben der AAA als auch mit deren Methoden (vgl. Romero 2007, S. 57).

Die ERP konnte von 1973 bis 1975 ihre finanzielle Basis durch Entführungen und Lösegelderpressungen ausbauen. Das ambitionierteste militärische Projekt aller Guerillagruppen im *Cono Sur* war jedoch ihre Kampagne in Tucumán. Ziel war es, im gebirgigen Nordwesten Argentiniens eine befreite Zone zu errichten. Die ersten bewaffneten Aktionen fanden hier bereits 1971 statt. Nach Vorstellungen der Guerilleras und Guerilleros sollte das Gebiet bis nach Bolivien reichen, um den Konflikt zu internationalisieren. In keiner Stufe nahm der Konflikt jedoch dieses Ausmaß an. Tatsächlich waren beiden Seiten, ERP und die argentinischen Streitkräfte bemüht, den Konflikt größer erscheinen zu lassen, als er war, denn es befanden sich nur wenige hundert Kämpfer in Tucumán (vgl. Marchesi 2018, S. 152–154). Zu Beginn des Jahres 1975 beschloss die konstitutionelle Regierung unter María Estela Martínez de Perón, mit aller Härte gegen die ländliche Guerilla vorzugehen. Per Dekret wurde den Streitkräften weitgehende Vollmacht bei der Bekämpfung der Guerilla erteilt. Offizielles Ziel der *Operativo Independencia* war ihre Neutralisierung und Vernichtung. Die Kämpfe und das Vorgehen der Streitkräfte gegen die Zivilbevölkerung und vermeintliche Unterstützer der Aufständischen nimmt viele Praktiken des folgenden Staatsterrorismus vorweg (vgl. Duhalde 2013, S. 267–268). Die Streitkräfte gewannen schnell die Oberhand, zu keiner Zeit waren die ERP oder andere bewaffnete Gruppen in der Lage, einen *foco* zu errichten. Die Armee operierte unter der Doktrin der Nationalen Sicherheit und unter den Eindrücken der französischen Doktrin des revolutionären Krieges, die die Kolonialmacht in Indochina und Algerien anwendete. Die Streitkräfte sahen sich in einen nicht konventionellen Krieg verwickelt, der durch die marxistische Subvention mit Waffen, aber auch mit zivilen Mitteln vorangetrieben wurde. Die Doktrin hieß: dem internen Feind konnte nur mit totaler militärischer Kontrolle des Territoriums begegnet werden. Die Streitkräfte entwickelten dabei eine eigene ideologische Basis, die es erlaubte, die internen Feinde zu kennzeichnen. War es in den 1950er Jahren der Peronismus, so wurde in den 1960er und 1970er Jahren die „marxistische Subversion“ zum Feind, den es unter Einsatz aller Mittel zu bekämpfen galt (vgl. Franco 2012, S. 28–29).

Mit der Ausweitung der militärischen Befugnisse war es nur noch ein kleiner Schritt bis zum Staatsstreich der Militärs. Am 24. März 1976 wurde die Regierung von Isabel Martínez de Perón abgesetzt und die Streitkräfte übernahmen die Macht. In seiner ersten Ansprache rechtfertigte Jorge Rafael Videla, der die erste Junta bis 1981 führen sollte, das Eingreifen der Armee als einzige Chance, den nationalen Verfall aufzuhalten, der von den bisherigen Regierungen eingeleitet wurde. Neben der ständig wachsenden politischen Gewalt hatte die letzte konstitutionelle Regierung die Kontrolle über die Wirtschaft verloren, fehlendes Wachstum und Inflation kennzeichneten die Lage. Die militärische Ablösung der Regierung schien auf den ersten

Blick nur ein weiterer Staatsstreich zu sein, wie ihn die Argentinierinnen und Argentinier bereits mehrmals erlebt hatten. Weite Teile der Bevölkerung standen dem Eingreifen der Streitkräfte wenig kritisch gegenüber. Viele hofften auf ein Ende der Gewalt und die Rückkehr von Recht und Ordnung. Sogar die Guerillaorganisationen sahen den Putsch positiv, glaubten den Staat am Rande seiner Kräfte und hofften auf einen großen Volksaufstand (vgl. Robben 2007, S. 171–176).

Die Junta rief nun den *Proceso de Reorganización Nacional* (in Argentinien wird die Periode auch nur kurz als *Proceso* bezeichnet) aus. Die erste Proklamation der Junta liefert die offizielle Begründung für das Eingreifen. Die Streitkräfte möchten das moralische Fundament erneuern und das Ansehen der Nation wiederherstellen. Dafür müsse die Subversion vernichtet werden und die wirtschaftliche Entwicklung gefördert werden. Unter ausdrücklichem Verweis auf die christlichen Werte fordert die Junta nicht nur eine politische, sondern auch eine soziale und ökonomische Transformation Argentiniens. Das Projekt des *Procesos* beschränkte sich von Anfang an nicht nur auf die Lösung der Frage der politischen Gewalt. Dafür wurden sämtliche Verfassungsorgane wie die Parlamente und das Verfassungsgericht außer Kraft gesetzt. Die Junta, bestehend aus Vertretern der Teilstreitkräfte, übernahm die Exekutivgewalt. Politischen Parteien wurde die Tätigkeit ebenso untersagt wie den Gewerkschaften (vgl. Junta Militar 1980, S. 7–10).

Katholizismus, Nationalismus und ein ökonomischer (Neo-)Liberalismus bildeten das ideologische Fundament der Militärdiktatur. Die Streitkräfte sahen sich als letzte Verteidiger der westlichen Werte und des Vaterlandes. Der katholische Glaube und die Familie waren zentrale Argumentationsmuster der Junta. Sie sahen sich in einem Konflikt von Gut gegen Böse, wobei Letzteres durch den Marxismus verkörpert wurde. So begannen sie nicht nur einen „schmutzigen Krieg“ gegen die Guerilla, sondern einen Kulturkampf gegen alles Linke, Marxistische, Unchristliche. Der Kampf gegen die Subversion wurde von Videla gar im internationalen Kontext der Blockkonfrontation gesehen. Dabei war es ihnen wichtig den antirevolutionären Kampf nicht als Konfrontation der Streitkräfte gegen die Guerilla darzustellen, sondern als Kampf des gesamten argentinischen Volkes gegen die Subversion. Auch hier gab es nur die Unterscheidung zwischen Freund und Feind (vgl. Robben 2007, S. 176–185).

Die Konstruktion des internen Feindes der „Subversion“ beginnt weit vor der Diktatur in den 1960er Jahren. Besonders nach dem *Cordobazo* dient die Figur des Subversiven zur Konstruktion des „Anderen“. Hierbei spielten die Medien, vor allem die argentinischen Tages- und Wochenzeitungen eine wichtige Rolle. Diese unterstützten fast einhellig die Machtergreifung der

Militärs 1976. Die unklare Bedeutung dessen, was als subversiv galt, war Teil der Kommunikationsstrategie. Regierung und Medien vermieden es, den Begriff Guerilla zu verwenden. Die Gefahr der Subversion sollte sich nicht nur auf die militärische Auseinandersetzung beschränken. Die Inszenierung einer entgrenzten Gefahr rechtfertigte die grenzenlose Bekämpfung der bewaffneten Gruppen. Oft wurde im Zusammenhang mit der Guerilla von kriminellen Banden gesprochen. Die Gesellschaft sollte nicht nur in Angst versetzt werden, Ziel war die Entmenschlichung der Guerilla. In den wenigsten Fällen wurden Bilder oder deren Gesichter abgedruckt (vgl. Gamarnik 2017, S. 23–27). Die Vorstellung des internen Feindes wuchs im Laufe der Jahre und beschränkte sich nicht nur auf die Guerilla. Jeglicher Unterstützer und Anhänger linker Bewegungen und Ideologie wurde zur Gefahr für die Nation. Es wurde ein ideologischer Kampf geführt, bei dem auch Priester, Journalistinnen und Journalisten, Professorinnen und Professoren sowie Lehrerinnen und Lehrer ins Fadenkreuz gerieten. Die gesamte politische und soziale Militanz der 1960er und 1970er Jahre wurde als subversiv gebrandmarkt. Die Verfolgung machte auch vor Kunst und Kultur nicht halt (vgl. Robben 2007, S. 185–188).

Hinter dem sogenannten Kampf gegen die Subversion verbarg sich kein Krieg, kein Bürgerkrieg oder eine andere Situation, die einem irregulären Konflikt gleichkam. Die Militärdiktatur setzte das von der AAA begonnene Werk der Verfolgung und Auslöschung Andersdenkender fort. Dabei setzte man nicht auf eine öffentliche Abschreckung, von vornherein war die Repression geheim organisiert. Durchgeführt wurde sie von Polizei- und Armeeeinheiten, die zumeist in Zivil nachts ihre Ziele aufsuchten und dann verschwinden ließen. Die sogenannten *grupos de tareas* agierten von Militärbasen und Polizeistationen aus. Die Ziele waren fest vorgegeben, in Regel handelte es sich um Militante der Guerillaorganisationen oder anderer politischer und sozialer Gruppen, organisierte Arbeiter gehörten ebenso zu den Opfern. Ohne Vorlage von Gründen oder gar richterlichen Anweisungen wurden die Opfer verschleppt und in geheime Folterzentren[23] gebracht. Dies waren Militärbasen wie die ESMA, Polizeikommissariate oder andere Gebäude, in denen die Verschwundenen illegal festgehalten wurden. Folter, oft mit der argentinischen Erfindung der *picana eléctrica*[24], war an der Tagesordnung. Sie diente zur Erlangung weiterer Informationen und Namen anderer Aktivistinnen und Aktivisten. Wenn der Gefangene nicht mehr von Nutzen war, wurde er freigelassen oder umgebracht. Die wenigsten

[23] In Argentinien spricht man von *Centros clandestinos de detención y exterminio* (CCDyE). Dies kann auch um Folter (*tortura)* ergänzt werden. *Exterminio* bezieht sich auf die Zentren, wo die Gefangenen entweder erschossen oder zu den Todesflügen gebracht wurden.

[24] Die *picana eléctrica* ist ein Folterinstrument mit dem Stromschläge verursacht werden.

Verschwundenen wurden zu echten politischen Gefangenen transferiert. Die argentinischen Sicherheitskräfte versuchten den Tod der Verschwundenen ebenfalls zu verschleiern.[25] Dies geschah durch fingierte Feuergefechte, bei denen die Guerilleros angeblich zu Tode kamen. Die Leichen wurden in unmarkierten Gräbern verscharrt. Auch die Todesflüge dienten dazu keine Spuren zu hinterlassen. Das Hauptmerkmal der Repression war ihr geheimer Charakter, der innerhalb der politischen Gegner Terror auslöste. Die Repression begrenzte sich nicht auf die Großstädte oder das ländliche Gebiet, in dem die Guerilla aktiv war, sie umfasste in organisierter Art und Weise das gesamte Land (vgl. Robben 2007, S. 190–197).

Das Verschwindenlassen des Feindes war nicht nur eine direkte Repressionsstrategie, sie wirkte insbesondere auf das Umfeld der Opfer und die gesamte Gesellschaft. Die Angehörigen bekamen keine Erklärung über den Aufenthaltsort. Offizielle staatliche Stellen negierten die Existenz der Verschwundenen. Ihr Schicksal blieb offen, die Angehörigen konnten nur ahnen, was passiert sein könnte. Polizei- und Armeestellen lehnten jegliche Verantwortung für den Verbleib der Verschwundenen ab. Für die Angehörigen begann meist eine zähe und lange Suche nach den geringsten Hinweisen. Ein wichtiger juristischer Akt waren die *Habeas Corpus* Anträge. Diese verliefen in der Regel im Nichts. Eine weitere Möglichkeit war es, Vertreter der katholischen Kirche um Mithilfe zu bitten oder Militärgeistliche um Informationen anzuflehen. Diese Prozesse waren oft zeitraubend und endeten nicht selten in Demütigungen (vgl. Szalkowicz und Cortiñas 2019, S. 63–64).

Die staatliche Gewalt machte auch vor Kindern nicht halt. Zu den erschreckendsten Verbrechen der Militärdiktatur zählt der Raub von Babys. Wurden schwangere Gefangene in die Folterzentren gebracht, mussten sie ihre Kinder dort unter schwierigsten Bedingungen und oft ohne medizinische Hilfe zur Welt bringen. In der Regel wurden ihnen kurz nach der Geburt die Kinder weggenommen und an kinderlose Militärfamilien oder andere Familien weitervermittelt. Ziel war es, die Kinder vor der Ideologie ihrer Eltern zu schützen. Es wurde ihnen nicht nur ihre Familie, sondern auch ihre Identität geraubt (vgl. Duhalde 2013, S. 89–91). Heute gehen die *Abuelas de la Plaza de Mayo* von circa 500 Fällen geraubter Kinder aus.

Terror, Folter und Verschwindenlassen hatten einen drastischen Effekt auf den Widerstand gegen die Militärdiktatur. Die Hoffnung der Guerillas erfüllte sich nicht. Waren die meisten Organisationen schon zu Beginn der Diktatur kaum noch zu größeren Aktionen fähig, wurden ihre

[25] Videla fasste seine Haltung zu den Verschwundenen in einer Pressekonferenz so zusammen: „Es un desaparecido, no tiene entidad. No está ni muerto ni vivo, está desaparecido […] Frente a eso podemos hacer nada.“ (Zitiert nach Macciuci 2019, S. 92).

Möglichkeiten noch weiter dezimiert. In die völlige Untergrundtätigkeit gezwungen, verringerte sich das Potential der bewaffneten Organisationen schnell. Schon Ende 1977 war die Guerilla militärisch besiegt. Die staatliche Gewalt ging jedoch weiter und richtete sich gegen jegliche Form der Subversion. Doch nicht nur die physische Vernichtung schwächte die Organisationen, viele ihre Mitglieder und Unterstützer gingen ins Exil. Ohne offiziellen Weg zur Emigration politisch Andersdenkender, war die Flucht meist das einzige Mittel, um zu entkommen. Viele Aktivistinnen und Aktivisten, Politikerinnen und Politiker, aber auch Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer sahen sich gezwungen, das Land zu verlassen, um dem Risiko des Verschwindens zu entkommen (vgl. Franco 2010, S. 303–309). Die Mehrheit der Exilanten flüchtete aus Argentinien zwischen 1975–1977, also auf dem Höhepunkt der politischen Gewalt. Die Zahl derjenigen, die das Land verließen, lässt sich nicht exakt angeben, die Schätzungen liegen zwischen 300.000 und einer halben Million. Sie kamen meist aus der Mittel- oder Oberschicht und wählten in der Regel die USA, Mexiko oder Westeuropa als Zielort (vgl. Martinez 2009, S. 1–5).

Die argentinische Diktatur von 1976–1983 war nicht nur eine Militärdiktatur. Im politischen Diskurs, aber selbstverständlich auch in der wissenschaftlichen Befassung mit der Diktatur, wird weitestgehend von *dictadura civico-militar* – zivil-militärische Diktatur – gesprochen. In einigen Kreisen wird noch *eclesiastica* – kirchlich – hinzugefügt. Klar ist, dass Streitkräfte und die Sicherheitsorgane alleine nicht den *Proceso* hätten organisieren oder durchführen können. Unternehmer, Medienkonzerne und weitere Akteure arrangierten sich oder kooperierten offen mit den neuen Machthabern. Einige dieser Gruppen profitierten enorm von den sozialen und ökonomischen Veränderungen, die die Junta vornahm. Verbitsky und Bohoslavsky sehen viele Jahre nach der Diktatur nicht nur die gewaltsame Repression und das Verschwindenlassen als Verbrechen, sondern erkennen einen kulturellen und einen wirtschaftlichen Gewaltaspekt (vgl. Verbitsky und Bohoslavsky 2015a, S. 1–8).

Die Militärdiktatur stellt in der sozioökonomischen Entwicklung Argentiniens einen klaren Wendepunkt dar. Die klassischen ökonomischen Prinzipien, wirtschaftliche Unabhängigkeit und industrielle Entwicklung, die das Land seit den 1930er Jahren prägten, wurden über Bord geworfen. Stattdessen traten liberale Ideen in den Vordergrund. Erster Wirtschaftsminister wurde José Alfredo Martínez de Hoz, als klassischer Vertreter des liberalen Spektrums in Argentinien. Für die wirtschaftliche Entwicklung war die Inflation die größte Herausforderung. Als Allheilmittel galt die Reduktion der Staatsausgaben. Zwar gab es, anders als in Chile, keine

Chicago Boys[26], aber die getroffenen Entscheidungen entsprachen ebenfalls den neuen neoliberalen Vorgaben. Demnach sollte eine Regierung einzig die Konditionen für wirtschaftliches Handeln stellen und dieses sich dann ohne Limitierungen entfalten lassen. Wirtschaftliche Entwicklung wäre nur unter der Gewährung größtmöglicher Freiheiten für ökonomische Akteure möglich. Eine Koordinierung durch den Staat könne nur aus weiter Entfernung erfolgen. Negative Effekte dieser Politik stellten sich bereits 1980 ein, als erste Banken pleitegingen (vgl. Heredia 2015, S. 47–58).

Makroökonomisch setzte die Diktatur auf ein spezifisches Muster der Kapitalakkumulation, die sehr dem Agrarexportmodell zu Beginn des 20. Jahrhunderts ähnelte. Rasch errichtete die Diktatur ein Modell der Einkommensumverteilung zu Ungunsten der Arbeiter. Geldpolitisch wurde die finanzielle Wertschöpfung in den Mittelpunkt gerückt, zum Nachteil der Investitionen in die industrielle Entwicklung. Die großen ökonomischen Gruppen profitierten am meisten von diesem Politikwechsel. Gleichzeitig verlor die Arbeiterschaft viele ihrer fundamentalen Rechte, die sie in jahrzehntelangen Kämpfen erobert hatten. Die Regierung übernahm die Kontrolle über die Gewerkschaften und verbot jegliche gewerkschaftliche Aktivität, wie Lohnverhandlungen oder das Streikrecht. Die Industriearbeiterschaft litt besonders unter der Einschränkung ihrer Rechte. Zudem war dies der Teil der Wirtschaft, der am deutlichsten schrumpfte. Ziel der Maßnahmen war es, die Arbeiterschaft als politischen Vetospieler endgültig zu beseitigen. Der Ausbau der Finanzspekulation änderte die grundsätzliche Dynamik des argentinischen Wirtschaftssystems (vgl. Basualdo 2015, S. 75–85).

Mit dem Putsch wurden vor vielen Fabriken Soldaten positioniert, diese sollten von vornherein jeglichen Widerstand einschüchtern. Die repressive Politik gegenüber Gewerkschaften und Arbeitern machte auch vor internationalen Konzernen nicht halt. Wie die großen argentinischen Firmen profitierten internationale Unternehmen von der neuen Wirtschaftspolitik und der Repression der Gewerkschaftstätigkeit. Zwei hervorzuhebende Beispiele sind die Automobilhersteller Ford und Mercedes-Benz. Aus der Belegschaft von Ford verschwanden 25 Arbeiter. Die meisten von ihnen waren gewerkschaftlich aktiv. Der US-amerikanische Konzern kollaborierte offen mit den staatlichen Repressionsmaßnahmen. Die Firma gab Namen und Adressen an die Streitkräfte weiter und gewährte logistische Unterstützung. Mercedes-Benz geriet bereits 1975 in die Schlagzeilen der politischen Gewalt in Argentinien. Die *Montoneros* entführten einen Fabrikmanager und forderten die Wiedereinstellung von entlassenen Arbeitern. Während der

[26] Die *Chicago Boys* waren eine Gruppe von chilenischen Ökonomen, die in Chicago Wirtschaft studiert hatten und maßgeblich an der Umsetzung neoliberaler Wirtschaftspolitik in der Diktatur von Augusto Pinochet beteiligt waren.

Diktatur verschwanden 16 Mitarbeiter des deutschen Unternehmens. Auch hier gab es eine Zusammenarbeit zwischen Fabrik und der Diktatur (vgl. Basualdo et al. 2015, S. 160–167).
Die Diktatur unterdrückte die Arbeiterschaft und die unteren Schichten der Gesellschaft mit besonderer Gewalt. Makroökonomisch verfolgten die Militärs die Sichtweise: weniger Staat, mehr Markt. Ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum kam jedoch nicht zustande. Die Arbeitslosigkeit nahm zu, gleichzeitig kam es zu einer verstärkten Prekarisierung der Beschäftigungsverhältnisse. Das Durchschnittseinkommen der Arbeiterinnen und Arbeiter nahm ab. Zu keinem Zeitpunkt gelang es, Kontrolle über die Inflation zu gewinnen. Die Militärs setzten einen ökonomischen Transformationsprozess in Gang, der seinen Höhepunkt in den 1990er Jahren finden sollte (vgl. Basualdo und Lozano 2008, S. 24–25).
Die Junta wurde nie müde zu betonen, dass sie sich in einem Krieg befand, der darüber hinaus polemisch als „schmutziger Krieg" tituliert wurde. Damit schloss man nahtlos an Carl von Clausewitz' berühmtes Zitat an, wonach Krieg nur eine Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln sei. Da auch die Guerilla deutliche Bezüge zum Krieg herstellte, versuchten spätere Interpretationen, wie noch zu zeigen sein wird, insbesondere dieses Narrativ zu brechen. Die Militärs konnten sich jedoch auf etablierte nationale Erzählungen beziehen, die den Krieg internalisierten, wie zum Beispiel San Martins Unabhängigkeitskampnage oder Julio Rocas Wüstenkampagne, die den Genozid an der indigenen Bevölkerung Patagoniens zur Folge hatte. Die Verschwundenen besetzten in diesem Diskurs die Rolle der „Anderen" (vgl. Scorer 2008, S. 44–52).
Der Widerstand gegen die Diktatur lag somit nicht mehr bei der Guerilla. In Argentinien reiften während der Militärdiktatur die Menschenrechtsorganisationen zu den wichtigsten Stimmen der Opposition und im Kampf gegen die Diktatur. Weder Gewerkschaften noch politische Parteien brachten die Möglichkeiten noch das soziale Kapital auf, um gegen die Repression vorzugehen. Heute wird von den acht historischen Menschenrechtsorganisationen gesprochen. Alle bis auf drei wurden in der Diktatur gegründet: *Liga Argentina por los Derechos del Hombre* (LADH 1937), *Servicio de Paz y Justicia* (SERPAJ 1974), *Asamblea Permanente por los Derechos Humanos* (APDH 1975), *Movimiento Ecuménico por los Derechos Humanos* (MEDH 1976), *Familiares de Detenidos y Desaparecidos por Razones Políticas* (1976), *Madres de Plaza de Mayo* (1977), *Abuelas de Plaza de Mayo* (1977) und *Centro de Estudio Legales y Sociales* (CELS 1979). Neben der Einteilung nach dem Entstehungsjahr können die Organisationen in zwei Gruppen geteilt werden: die direkt Betroffenen beziehungsweise die nicht Betroffenen. Betroffen meint hier von der Repression betroffen und somit zu den direkten oder indirekten Opfern zählende Gruppen. Eine andere Unterscheidung wäre die Blutlinie

(Mütter, Großmütter, Familie) oder die Werteorientierung (Frieden, Menschenrechte, Gerechtigkeit) (vgl. Cueto Rúa 2016, S. 27–28).

Die *Liga* blickt auf die längste Geschichte zurück, sie wurde von Angehörigen der kommunistischen Partei gegründet und richtete sich gegen deren politische Verfolgung durch den Staat. Sie stand ihr auch noch in den 1970er Jahren nahe. Diese Nähe erklärt, warum andere Organisationen entstehen, denn bei Teilen der Angehörigen der Opfer hatte die Liga nicht den besten Ruf. Die große Besonderheit war die Entstehung von Menschenrechtsorganisationen, die in direkter biologischer Verbindung zu den Opfern standen. *Madres*, *Abuelas* und *Familiares* wurden zu den zentralen Akteuren im Kampf um die Wahrheit, Gerechtigkeit und Erinnerung. *Madres* sind dabei nicht nur in Argentinien zum Zeichen für den Widerstand geworden, sondern auch darüber hinaus. Das Zusammenkommen der Mütter der Verschwundenen und ihr Einsatz für ihre Kinder steht exemplarisch für den friedlichen Widerstand (vgl. Galante et al. 2006, 275-261). Es waren die Mütter der Opfer, die zusammenfanden, um etwas über den Verbleib ihrer Kinder in Erfahrung zu bringen. Schnell merkten sie, dass sie bei ihrer Suche nach Antworten nicht alleine waren. Rasch fand sich ein kleines Grüppchen von Frauen zusammen, die das gleiche Schicksal teilten. Darunter Azucena Villaflor, sie wird unter den Gründungsmüttern eine wichtige Koordinatorin. Als sie feststellen, dass die Bitten, Briefe und Anträge nichts einbringen, beschließen sie, in der Öffentlichkeit tätig zu werden. Sie verabreden sich zum Protest auf der Plaza de Mayo[27], zuerst noch an einem Samstag. Später und bis heute dann donnerstags (vgl. Ginzberg 2002, S. 67–68).

Am 30. April 1977 versammelten sich 13 Mütter auf dem Platz der Mairevolution. Der Wochentag war jedoch schlecht gewählt, da keine Beamten oder staatlichen Funktionäre auf den Straßen unterwegs waren. Die kleine Gruppe trifft sich in den kommenden Wochen immer wieder. Da politische Kundgebungen verboten waren, mussten sie „spazieren gehen“. Es entstand die symbolische Runde der *Madres*. Zu keinem Zeitpunkt waren sie bereit, den Platz aufzugeben. Das Bild der stillen Mütter, die um Informationen über ihre Kinder bitten, war sehr wirkmächtig und verbreitete sich im Laufe der Zeit auf der ganzen Welt (vgl. Szalkowicz und Cortiñas 2019, S. 67–70). Das weiße Kopftuch, ihr unverwechselbares Symbol, gaben sich die Madres im Oktober 1977 während der Wallfahrt nach Luján. Sie verabredeten, ein weißes Tuch als Erkennungszeichen zwischen den Massen an Pilgern zu tragen. Das Tuch, das zu Anfang

[27] Die *Plaza de Mayo* ist der Platz vor der *Casa Rosada*, dem Sitz des Präsidenten. In der politischen Geschichte des Landes spielte er oft eine Rolle. 1946 versammeln sich dort die Anhänger Peróns, um seine Entlassung aus dem Gefängnis zu verlangen. 1955 bombiert das Militär den Platz, 2001 finden hier die gewaltsamen Auseinandersetzungen statt, die dann den Präsidenten Fernando de la Rúa zum Rücktritt zwingen.

auch eine Windel war und so an die Suche nach den Kindern erinnern sollte, wurde unzweifelhaft zum stärksten Symbol der *Madres*. Bis heute begleitet es sie bei offiziellen Anlässen. Ziel der Madres war aber nicht unbedingt die Aufmerksamkeit der Medien, sie wollten vor allem von den Verantwortlichen der Diktatur gehört werden. Diese bezeichneten sie als „Verrückte". *Las Locas de la Plaza de Mayo* ist daher ein Buchtitel eines französischen Journalisten, der die *Madres* damit weltweit bekannt machte (vgl. Ginzberg 2002, S. 68–69).

Die wöchentlichen Runden sowie Zeitungsannoncen, die nach dem Verbleib der Verschwundenen fragten, blieben von der Repression nicht unbeantwortet. Am internationalen Tag der Menschenrechte 1977 verschwinden drei *Madres*, darunter auch Villaflor. Die Gruppe war vom Marineoffizier Alfredo Astiz infiltriert worden. Doch der Einschüchterungsversuch wirkte nur kurzzeitig, und bald gingen immer mehr Mütter donnerstags auf die Straße (vgl. Galante et al. 2006, S. 279–281). Sie konnten ihre Anliegen artikulieren, ohne sich gleich selbst der „Subversion" verdächtig zu machen. Unter dem apolitischen Vorwand, Mütter zu sein, gelang es ihnen, sich sichtbar für das Schicksal der Verschwundenen einzusetzen. Dabei waren bei weitem nicht alle Mütter einfache Hausfrauen ohne politische Vorerfahrung. Einige hatten durchaus gewerkschaftliche Hintergründe, oder hatten sekundär an der Militanz ihrer Kinder Anschauung genommen (vgl. Galante et al. 2006, S. 272–274). Letztendlich war das Narrativ der suchenden Mutter sehr wirkungsvoll, vor allem gegenüber einem Staat, der besonderen Wert auf die Familie legte.

Neben der Fußballweltmeisterschaft 1978, die zwar ein sportlicher Erfolg war, aber das Regime und seine Kritiker in das weltweite Licht der Öffentlichkeit rückte, war es vor allem die Verleihung des Friedensnobelpreises 1980 an Adolfo Pérez Esquivel, welche die Taten der Diktatur öffentlich thematisierte. Pérez Esquivel, der Gründer von SERPAJ orientierte sich an friedlichen Widerstandsformen gegen die lateinamerikanischen Militärregime und die soziale Ungleichheit. SERPAJ ist eine auf der Theologie der Befreiung fußende Bewegung. Sie koordinierte Anti-Folter-Kampagnen und geriet früh ins Visier der Repression, Adolfo Pérez Esquivel wurde selbst 1977 gefangen genommen und nach einem simulierten Todesflug freigelassen. Seine Rede in Oslo war ebenso eine Anklage wie eine Botschaft der Hoffnung auf Freiheit und Gerechtigkeit (vgl. Bruschtein 2002, S. 67–74).

Hilfestellung bekamen die argentinischen Organisationen von den großen internationalen Menschenrechtsorganisationen. Besonders wichtig war der Besuch der Interamerikanischen Kommission für Menschenrechte im September 1979. Nachdem die Junta mehrfach eine Inspektion herausgezögert hatte, die Militärs schufen sogar den Slogan „*los argentinos somos derechos y*

humanos“ („wir Argentinier sind aufrecht und menschlich“), um das Thema der Menschenrechte kleinzureden, war der Besuch der Kommission mit großer Hoffnung verbunden. Die Angehörigen der Opfer standen lange Zeit Schlange, um ihre Erlebnisse und Anschuldigungen schildern zu können. Die gesammelten Aussagen unterstrichen ein weiteres Mal die systematische Repression in Argentinien. Auch wenn sich das Regime bemühte, die Fakten zu verschleiern, bietet der Bericht der Kommission ein Fenster zur Wahrheit (vgl. Riccobene 2019).

Nach fünf Jahren an der Spitze der Junta ersetzte Roberto Eduardo Viola im März 1981 General Videla, dessen Machtposition vor allem durch fehlende ökonomische Erfolge und interne politische Querelen in der Junta geschwächt war. Viola galt als Reformer und deutete einen Politikwechsel an. Die politische Unterdrückung und Verfolgung, die nach 1977 deutlich zurückgegangen war, war immer noch im Zentrum der politischen Legitimation. Aus Sicht der Militärs sollte der Frieden bewahrt werden. Es wurde eine politische Öffnung des Systems diskutiert, doch eine simple Rückkehr zum Status quo ante war nicht beabsichtigt. Sein Kurs stieß jedoch auf Ablehnung sowohl bei den politischen Partien, die sich mehr Öffnung versprachen, als auch bei den Hardlinern in den Streitkräften, die noch nicht bereit waren, die Macht aus den Händen zu geben. Aus diesen Gründen trat Viola bereits nach wenigen Monaten von der Spitze der Junta, aus vornehmlich gesundheitlichen Gründen, zurück (vgl. Novaro und Palermo 2003, S. 357–365). Die Spitze des Regimes übernahm nun Leopoldo Fortunato Galtieri. Dieser war als *duro*[28] bekannt und machte den Öffnungsprozessen ein Ende. Im selben Jahr formierte sich die *Asamblea Multipartidaria*, ein Zusammenschluss fast aller politischer Parteien inklusive der PJ. Dieses Bündnis wollte den demokratischen Übergang beschleunigen. Mit Blick auf das begangene Unrecht riefen die Parteien zur nationalen Versöhnung auf. Das Militär lehnte aber weiter jede Auskunft über die Opfer des „Krieges gegen die Subversion“ ab (vgl. Novaro und Palermo 2003, S. 372–380).

Zu Beginn der 1980er Jahre verschlechterte sich die wirtschaftliche Lage. Die Inflation nahm weiter zu und die Wirtschaft schrumpfte. In diesem Kontext stieg auch die Konfliktivität der Gewerkschaften wieder an. Aus der Illegalität rief die *Confederación General del Trabajo* (CGT) zu einem Generalstreik unter dem Motto „Paz, Pan y Trabajo“ für den 30. März 1982 auf. Viele Tausend Arbeiter gingen für ihre Rechte und gegen die Diktatur auf die Straße. Die Demonstration endete in der gewaltsamen Unterdrückung der Proteste mit äußerster Brutalität (vgl. Wainfeld 2012). Nur wenige Tage später, am 2. April, landeten argentinische Truppen auf den Malwinen. Es beginnt ein Krieg mit Großbritannien, der bis zum 14. Juni 1982 andauern

[28] Die politische Spaltung der Streitkräfte wird mit *duro* und *blando*, hart und weich, illustriert. Analog ist auch die Unterteilung in Falken und Tauben gebräuchlich.

sollte. Die argentinische Militärdiktatur versuchte so, den seit den 1830er Jahren schwelenden Konflikt über die Inseln im Südatlantik militärisch zu lösen. Schlecht vorbereitet und ausgerüstet gelang es den Argentiniern zwar, die Inseln zu besetzen, der britischen Armada, die die Rückeroberung vornahm, hatten die Argentinier jedoch nichts entgegenzusetzen. Im April entzündete sich unter der Bevölkerung ein nationalistisches Feuer, und die Junta erreichte das, was sie sich versprochen hatte: einen Umschwung der öffentlichen Meinung. Doch das militärische Desaster zeigte vor allem die Unfähigkeit der Generäle und zerbrach den letzten Rückhalt, den die Diktatur sowohl in der Bevölkerung als auch unter anderen wichtigen politischen Gruppen hatte. Öffentlichen Widerstand gegen den Krieg gab es kaum. Insbesondere die *Madres* fielen auf, da sie mitten im patriotischen Furor forderten: „las malvinas son argentinas los desaparecidos también". Die knapp 650 gefallenen Soldaten zählen daher gewissermaßen auch zu den Opfern der Militärdiktatur (vgl. Lorenz 2015, S. 266–277).

Die Soldaten, die aus dem Krieg zurückkamen, fanden ein völlig anderes Land vor als das, das sie verlassen hatten. Sie kehrten nicht als Helden zurück und sahen die Legitimation des Regimes, welches sie entsandt hatte, gebrochen. Der interne aber auch der externe Druck nach dem militärischen Debakel zwang die Militärs, überstürzt den demokratischen Übergang einzuleiten. Anders als in manchen Nachbarländern konnten die Streitkräfte diesen Prozess aber nicht mehr mitgestalten oder gar beeinflussen. Das Regime war schon vor dem Krieg in einer aussichtslosen Lage. Ohne wirtschaftlichen Erfolg wogen die Verletzungen der Menschenrechte von Mal zu Mal schwerer. Der Krieg beschleunigte die Transition. Der Kollaps war offensichtlich. Galtieri musste sofort nach Friedensschluss seinen Platz räumen, ihm folgte Reynaldo Bignone. Die *Multipartidaria* drängte auf schnelle Neuwahlen. Deren Ankündigung für den 30. Oktober 1983 brachte die politischen Parteien zurück in das Zentrum des politischen Geschehens (vgl. Novaro und Palermo 2003, S. 468–471).

Bignone begann die Annäherung des Regimes an die *Multipartidaria*. Sein Ziel war es einen Pakt zwischen Militär und den politischen Parteien zu schließen, der den Streitkräften einen sauberen Abgang ermöglichen würde. Hierfür mussten zuerst alle „Schuldigen" am Desaster auf den *Malvinas* die Junta verlassen. Die sogenannte Rattenbach Kommission sollte dann die Fehler und das Fehlverhalten innerhalb der Streitkräfte aufklären. Innerhalb der Truppe löste dies bereits die ersten Ängste vor einer Untersuchung der Menschenrechtsverletzungen aus, auch wenn dies mit keinem Wort Erwähnung fand. Zwischen Mannschaften und Offizieren entzündete sich ein Konflikt über das militärische Geschehen, aber in Fragen des Staatsterrorismus zeigten sie Einigkeit. Dies unterstreicht das Autoamnestie-Gesetz, welches alle Soldaten vor einer Strafverfolgung schützen sollte. Im September und Oktober 1982 begann das, was als

„*show del horror*“ in die Geschichtsbücher eingehen sollte. Mit der Lockerung der Zensur begannen Zeitungen und Zeitschriften damit, möglichst spektakuläre und blutige Episoden der Repression zu veröffentlichen. Erstmals wurde so offen über den „schmutzigen Krieg“ berichtet. Im selben Zeitraum wurden die Stimmen der Menschenrechtsorganisationen, die endlich eine Aufklärung forderten, immer lauter. Das Militär geriet immer weiter in die Defensive, ohne dabei aber völlig die Kontrolle zu verlieren. Doch die Strategie, zu einem Pakt zu kommen scheiterte sowohl an dem Unwillen der politischen Parteien als auch am Widerstand auf der Straße, vor allem durch die Gewerkschaften (vgl. Canelo 2006, S. 72–84).

Die drei wichtigsten Pfeiler der Opposition: politische Parteien, Gewerkschaften und Menschenrechtsorganisationen fanden im Laufe des Jahres 1982 näher zusammen und koordinierten ihr Vorgehen. Ein Thema, bei dem sie sich nicht einigen konnten, war das der Verschwundenen. Hier überwogen die unterschiedlichen Sichtweisen der Akteure. Am 29. April legte die Junta ihr Abschlussdokument über den *Proceso* vor. Sie wollten einen Schlussstrich unter den Kampf gegen die Subversion setzen und sich ihre Legitimation über den „gewonnenen Krieg“ sichern. Sie rechtfertigten die Diktatur aus der politischen Gewalt heraus. Jegliche Schuld an der Eskalation wird dabei der Guerilla zugewiesen, die bis in den Staat vorgedrungen sei. Aus einem Krieg heraus haben die Streitkräfte auf Wunsch der Regierung und der Mehrheit der Bevölkerung interveniert, um die Gewaltspirale zu stoppen (vgl. Canelo 2006, S. 85–86).

Das zentrale Narrativ ist dabei der Krieg, der von den Terroristen entfacht worden sei und nur durch das Militär zu stoppen war. Nur in Teilen übernahm das Militär die Verantwortung für die Gewalt. Das Dokument gibt zwar die Existenz der Verschwundenen zu, leugnet aber den systematischen Charakter der Repression. Das Verschwinden von Personen käme nur durch die andere Art des Krieges zustande. Zudem wird die Arbeit der nationalen und internationalen Menschenrechtsorganisationen herabgewürdigt. „La experencia vivida permite afirmar que muchas de las deapariciones son una consecuencia de la manera de operar de los terroristas.“ (Junta Militar 1983, S. 11) Mit deutlichem argumentativem Aufwand versuchten die Militärs sich von der Schuld freizusprechen. Im ideologischen Kampf werden die eigenen Opfer als Helden gefeiert. Das Dokument zeigt weder Reue, noch ist es als ein Schritt zur Versöhnung zu interpretieren. Quasi nahtlos schließt es an die Positionen Videlas von 1974 an. Es offenbart keine Brüche innerhalb der Streitkräfte, was das Thema Menschenrechtsverletzungen anbelangt. Die Rechtfertigung hatte vor allem die eigenen Reihen als Adressaten, stieß das Dokument doch auf breite Ablehnung und zwar nicht nur bei den Menschenrechtsorganisationen,

sondern auch in der allgemeinen Bevölkerung. Das Dokument ist aber bis heute Teil der Strategie des Negationismus und birgt wichtige Argumentationen, die auch 40 Jahre nach Beginn der Diktatur Widerhall in der argentinischen Gesellschaft finden.

Ab Juli 1982 durften die politischen Parteien wieder öffentlich tätig sein. Das Aufbauen des Parteiapparates war mit einem raschen Zustrom von neuen Mitgliedern verbunden. Bei der UCR wurde dieser Öffnungsprozess mit einer Verjüngung der Parteispitze verknüpft. Raúl Alfonsín stieg rasch zum Parteichef auf. Er war Gründungsmitglied der APDH und nahm die Frage der Menschenrechte in sein politisches Programm auf. Auf der Seite des Peronismus wurde kein Personalwechsel eingeleitet. Ítalo Luder führte die PJ in den Wahlkampf, er hatte als Senatspräsident die Repressionsdekrete der Regierung Isabelitas mitunterzeichnet (vgl. Novaro und Palermo 2003, S. 513–526).

Während der Präsidentschaftskampagne vertraten sowohl Radikale als auch Peronisten die Ansicht, mit der Vergangenheit abschließen zu wollen. Luder war der Meinung, dass eine Art Begnadigung hierfür die beste Möglichkeit wäre. Alfonsín sprach sich dagegen für eine Form von Gerechtigkeit aus, die auf exemplarischen Strafen beruhen sollte. Das Autoamnestiegesetz hingegen setzt, seiner Meinung nach, einfache Soldaten mit den Vorsitzenden der Junta gleich. Er wollte diejenigen, die für die Repression Verantwortung trugen, vor Gericht bringen (vgl. Canelo 2006, S. 86–87). Der Wahlkampf fand unter einer sehr angespannten ökonomischen Lage statt, die Inflation betrug 345 %. Dementsprechend spielten nicht nur Demokratie und Menschenrechte, sondern auch ökonomische Fragen eine Rolle im Wahlkampf. Alfonsín gelang, es die Argentinierinnen und Argentinier zu begeistern, sein Charisma verfing im Wahlkampf und er konnte – 56-jährig – aufgrund seiner „Jugend“ überzeugen. Er versprach sowohl einen Neuanfang als auch Stabilität. Am 30. Oktober 1983 ging Alfonsín mit 52 % der Stimmen als Sieger hervor. Sein Herausforderer Luder erlangte 40 %. Der Radikalismus gewann vor allem in den großen Städten und der Hauptstadt. In den kleineren und ärmeren Provinzen gewann die PJ. Die Polarisierung verhinderte bessere Ergebnisse von kleineren linken Parteien. Am 10. Dezember übernahm Raúl Alfonsín das Regierungsamt und führte das Land zurück in die Demokratie (vgl. Novaro und Palermo 2003, S. 528–539).

3.2 Aufarbeitung der Militärdiktatur und Erinnerungspolitik

Die Aufarbeitung und Erinnerung der traumatischen Vergangenheit der Militärdiktatur kann in mindestens fünf Phasen eingeteilt werden. Die erste Phase reicht von der *Transitional Justice* zu Beginn der Präsidentschaft Alfonsíns bis zur Verabschiedung des Schlusspunktgesetzes 1986. Die zweite Phase der Straffreiheit verläuft von 1986 bis ungefähr 1996. Die dritte Phase

beginnt mit dem 20. Jahrestag des Putsches, der die zivilgesellschaftliche und regionale Aufarbeitung, noch unter der Straffreiheit, einleitet. Deren Ende läutet ab 2003 dann die vierte Phase, mit der staatlich geförderten Erinnerungspolitik und der Wiedereröffnung der Prozesse gegen die Täter der Diktatur, ein. Mit der Präsidentschaft von Mauricio Macri kann eine fünfte Phase ausgemacht werden (2015–2019).

Alfonsín stand nun vor großen Herausforderungen. Zum einen hatten er und seine Berater eine sehr klare Vorstellung davon, wie mit der Vergangenheit umgegangen werden sollte. Zum anderen gab es sehr weitgehende Forderungen der Menschenrechtsorganisationen und auf der anderen Seite den Unwillen der Streitkräfte, bei der Aufarbeitung zu kooperieren. Alfonsíns Strategie war darauf ausgerichtet, die „Schuldigen" aus den Reihen des Militärs zu bestrafen und die „Unschuldigen" zu disziplinieren. Zu den Schuldigen zählten vor allem die Spitzen der Junta und die emblematischen Figuren des „Kampfes gegen die Subversion". Diese recht einfache Formel wurde jedoch durch die Ungewissheiten der Transformation verkompliziert. Zudem war nicht nur die Exekutive an dem Thema Aufarbeitung der Vergangenheit beteiligt, es war die Judikative, die eine immer zentralere Rolle spielen sollte. Der erste Schritt in die juristische Aufarbeitung war die Aufhebung des Autoamnestiegesetzes bereits Ende Dezember. Des Weiteren ordnete der Präsident die Strafverfolgung der Anführer der Guerilla und der ersten drei Juntas durch den *Consejo Supremo de las Fuerzas Armadas* an. Im selben Schritt wird die *Comisión Nacional sobre la Desaparición de Personas* (CONADEP) gegründet (vgl. Canelo 2006, S. 87–89).

Alfonsín wollte, dass die Junta von der eigenen Militärgerichtsbarkeit zur Verantwortung gezogen wird. Dies sollte einen Selbstreinigungsprozess in Gang setzten. Die CONADEP war für Alfonsín die beste Lösung für eine Wahrheitskommission. Die Menschenrechtsorganisationen, vor allem *Madres*, *Abuelas* und *Familiares,* wollten eine bi-parlamentarische Untersuchungskommission, die im politischen Prozess die Wahrheit ermitteln sollte. Ihre Losung lautete „Juicio y castigo a todos los culpables" und umfasste somit alle Schuldigen. Die Menschenrechtsorganisationen waren nicht bereit, sich mit der Verurteilung der Juntas zufrieden zu geben und die Taten, Folter und Mord als „Exzess", hinzunehmen (Romero 2007, S. 67).

Alfonsín hatte jedoch die langfristige Stabilität der argentinischen Demokratie zum Ziel. Er wollte Vertrauen in die politischen und staatlichen Institutionen nach Jahren des Autoritarismus zurückgewinnen. Die Menschenrechtsverletzungen und die Gewalt der Guerilla sollten vor der unabhängigen Justiz verhandelt werden. Die Regierung wollte einer Wiederholung des Traumas vorbeugen, anstatt alle Schuldigen zu bestrafen. Dabei musste die Loyalität der Streitkräfte gegenüber der Demokratie gesichert werden. Für die strafrechtliche Verfolgung sah Alfonsín

ein Limit vor, um die Armee nicht vollends zu provozieren. Alfonsín selbst war der Meinung, dass die Guerilla die Gewaltspirale mit ihrem Terrorismus ausgelöst hätte. Die Streitkräfte hätten dann über die Maßen Vergeltung geübt und einen eigenen terroristischen Apparat aufgebaut. Der Präsident wählte zwischen den Extremen des totalen Vergessens sowie der Amnestie und der strafrechtlichen Verfolgung aller in die Verbrechen verwickelten Menschen einen pragmatischen Mittelweg. Hierbei sollten die exemplarischen Menschenrechtsverletzungen verurteilt werden, um deren Wiederholung in der Zukunft zu verhindern (vgl. Alfonsín 1993, S. 15–16). Die Berater der Regierung Alfonsín, unter ihnen Carlos Nino, plädierten für eine Form der Bestrafung, die der gesamten Gesellschaft Nutzen bringen und die Stabilität dabei nicht gefährden würde. Sie sahen anders als im Falle Deutschlands, wo die alliierten Besatzungsarmeen das Gewaltmonopol während der Nürnberger Prozesse besaßen, die Streitkräfte durchaus als einen gefährlichen Vetospieler an, der das ganze System nochmals kippen könnte. Die Entscheidung, die Erstuntersuchung den Militärgerichten zu überlassen, wurde an eine automatische Weiterleitung an die zivile Justiz geknüpft. Damit konnte sichergestellt werden, dass beim Ausbleiben einer Verfahrenseröffnung in der Militärgerichtsbarkeit der Fall an den Staatsanwalt weitergeleitet wurde. Den Militärgerichten wurde sechs Monate Zeit gegeben, bis die Fälle der Junta an das Bundesgericht fallen sollten. Gleichzeitig versuchte, die Regierung die Abstufung der Schuldfrage in die juristische Aufarbeitung einzubetten, indem man sich auf die Gehorsamspflicht bezog (vgl. Nino 1991, S. 2620–2626). Diese juristische Aufarbeitung hatte zum Ziel, den Rechtsstaat als oberste Instanz zu etablieren und dabei die gesellschaftliche Stabilität zu wahren. In diesem Spannungsfeld entwickelte sich die *Transitional Justice* Politik der Regierung Alfonsín.

Der Bericht der CONADEP *Nunca más*, der das Verschwinden von Tausenden Personen aufklären sollte, wurde nicht nur in Argentinien zu einem Bestseller, sondern auch in mehrere Sprachen übersetzt. Dieser Erfolg ist vor allem dem Schriftsteller und Philosophen Ernesto Sabato zu verdanken, der als Präsident der Kommission fungierte. *Nunca más* ist nicht nur das wohl meistverkaufte Werk einer Wahrheitskommission, sondern der zentrale Punkt der argentinischen Erinnerungspolitik. Er ist das Fundament für die erinnerungspolitischen Debatten in Argentinien und war Basis für die juristische Strafverfolgung. Der Bericht ist sowohl Zeugnis und damit Wahrheit, also auch Erinnerung und damit subjektiv und von den daran beteiligten Akteuren geformt (vgl. Crenzel 2008a, S. 47). Bis heute ist *Nunca más* Teil der erinnerungspolitischen Auseinandersetzung in Argentinien, wie die Debatte um den Prolog zeigt (vgl. Dandan 2016).

Raúl Alfonsín bot den Vorsitz zuerst dem Friedensnobelpreisträger Adolfo Pérez Esquivel an. Dieser lehnte den Vorsitz zwar ab, kollaborierte jedoch mit der Sabato-Kommission, indem SERPAJ viele Zeugenaussagen an die CONADEP weitergab (vgl. Bruschtein 2002, S. 67).
Die CONADEP wurde anfänglich von allen Menschenrechtsorganisationen, mit Ausnahme der ADPH, abgelehnt. Sie waren nicht bereit, Konzessionen zu machen. Die APDH sorgte jedoch für die nötige Legitimation im Feld der Menschenrechtsorganisationen. Woraufhin alle Organisationen außer den *Madres* mit der CONADEP kooperierten und ihre Zeugenaussagen und gesammelten Beweise weitergaben. Hierdurch war die Kommission in der Lage, innerhalb kurzer Zeit Tausende Aussagen aufzunehmen und zu verarbeiten (vgl. Crenzel 2015, S. 24). Die CONADEP wurde nach US-amerikanischem Vorbild auf Basis des Honoratiorenprinzips[29] gestaltet (vgl. Crenzel 2015, S. 24). Nicht nur der Präsident war eine national bekannte Figur. Die anderen zwölf Mitglieder, die sogenannten *notables*, waren ebenso bekannte Personen der argentinischen Gesellschaft, sowohl aus den Glaubensgemeinschaften (Katholische Kirche, Judentum und Protestantismus) als auch aus der Wissenschaft und dem Journalismus. Hinzu kamen drei Vertreter des Kongresses, die jeweils dem Radikalismus angehörten. Die PJ hatte die Teilnahme abgelehnt. Diese Zusammensetzung suggerierte nach außen wie auch nach innen Integrität und Unabhängigkeit. Ein politischer Anstrich der Kommission sollte vermieden werden (vgl. Cueto Rúa 2016, S. 59).
Zentrale Aufgabe der Kommission war es, das Schicksal der Verschwundenen zu ergründen. Dazu sammelte die CONADEP im ganzen Land und im Ausland Zeugenaussagen und Anschuldigungen. Diese waren wichtig für die Gewinnung von Erkenntnissen. Die Familien und Freunde der Opfer schilderten ihre Erlebnisse, genauso wie die Überlebenden. So konnte die Kommission einige geheime Folterzentren identifizieren und sogar besuchen. Friedhöfe und Krematorien waren ebenso wichtige Orte der Nachforschung (vgl. Crenzel 2013, S. 178). Fast 50 geheime Folterzentren, die in der Mehrzahl in noch immer genutzten Armeestützpunkten oder Polizeikommissariaten lagen, wurden von der CONADEP, zum Teil unter Begleitung der Überlebenden, inspiziert. Erste vorläufige Ergebnisse wurden bereits 1984 in einer TV-Dokumentation unter dem Titel *Nunca mas* (Comisión Nacional sobre la Desaparición de Personas 1984), verarbeitet. Die Militärs wehrten sich gegen die Ausstrahlung, und der Innenminister Antonio Tróccoli erklärte zu Beginn der Sendung, dass die Gewalt ihren Ursprung in den Aktionen der „Subversion und des Terrorismus“ hatte. Hier findet sich bereits, wie später promi-

[29] Die Honoratioren oder Notabeln wurden aufgrund ihrer hohen gesellschaftlichen Stellung ausgewählt, die sie mit der nötigen Legitimation für öffentliche Ämter ausstattete.

nent im Prolog von *Nunca más* festgehalten, die Gleichsetzung von Staatsterrorismus und bewaffneten Aktionen der Guerilla. Der Rest des Programms zeigte eindrucksvoll die Berichte der Angehörigen und Überlebenden und ihr Leid, vor allem das der *Madres* und *Abuelas*. Zum ersten Mal erreichten die Geschichten der Opfer und der Angehörigen eine nationale Öffentlichkeit (vgl. Crenzel 2015, S. 25).

Die Fernsehsendung nahm in gewisser Weise den Erfolg des Berichtes der CONADEP vorweg. Sabato rückte auch hier bewusst die Aussagen der Opfer beziehungsweise der Überlebenden und der Angehörigen in den Mittelpunkt. Die Verschwundenen wurden nur mit ihren persönlichen Daten (Alter, Geschlecht, Beruf) erfasst. Ihr politischer Aktivismus blieb bewusst außen vor. Die Opfer wurden zuerst als Opfer gesehen und nicht als *militantes* oder gar Angehörige der bewaffneten Organisationen. Sabato übernimmt hier die *narrative humanitaria* – das humanitäre Narrativ der Menschenrechtsorganisationen (vgl. Crenzel 2010b, S. 12). Dieses Narrativ ist die Konsequenz des Verhaltens der Menschenrechtsorganisationen während der Militärdiktatur. Die *Madres* konnten bei den staatlichen Stellen nur Gehör finden, wenn sie nichts zur Militanz ihrer Kinder sagten. Die Opfer des revolutionären Kampfes wurden so zu Opfern der staatlichen Repression. Damit standen moralische Werte und das Leben im Zentrum, nicht die Politik. Mit diesem Narrativ konnten sie sich an den Staat und an die Öffentlichkeit wenden. Diese Sichtweise ging einher mit einer vollständigen Ablehnung jeglicher Form von Gewalt. Das Politische wurde so durch das Menschliche ersetzt (vgl. Cueto Rúa 2008, S. 27–30).

Der Bericht *Nunca más* ist am Ende doch ein gemeinsamer Akt der Menschenrechtsorganisationen und der Regierung von Alfonsín. Er ist eine Analyse der Vergangenheit durch die Regierung, auf der Grundlage des humanitären Narrativs der Menschenrechtsorganisationen. Zwar wird die politische Gewalt vor dem Putsch verurteilt, in den Untersuchungszeitraum fallen jedoch nur die Verbrechen, die während der Diktatur begangen wurden. Tatsächlich kommen jedoch auch Beispiele von Verschwundenen aus der Zeit der letzten peronistischen Regierung im Bericht vor. Der Prolog setzt die Gewalt der Guerilla ins Verhältnis zum Staatsterrorismus:

> „[…] a los delitos de los terroristas, las Fuerzas Armadas respondieron con un terrorismo infinitamente peor que el combatido, porque desde el 24 de marzo de 1976 contaron con el poderío y la impunidad del Estado absoluto, secuestrando, torturando y asesinando a miles de seres humanos“ (Comisión Nacional sobre la Desaparición de Personas 1986, S. 7)

Nunca más beschreibt die Opfer als Oppositionelle sowie Menschen, die sich für eine soziale Revolution einsetzten, die Guerilla wird explizit ausgeklammert. Der soziale Aktivismus wird

so eindimensional dargestellt, jeweils immer ohne die politischen Zugehörigkeiten zu nennen. Die Opfer werden im Angesicht des Staatsterrorismus als unschuldig beschrieben. *Nunca más* zeigt von Anfang an den systematischen Charakter der Repression: Entführung, Folter, geheime Gefangenschaft und Ermordung der Verschwundenen. *Nunca más* berichtet von circa 9.000 Fällen und 340 damals bekannten geheimen Folterzentren, Daten, die innerhalb der wenigen Monate, die die CONADEP arbeitete, zusammengetragen worden waren. Besonders prominent kommen die Stimmen der Überlebenden und Angehörigen zu Wort. Sie machen das Leid nachfühlbar. Die Verantwortung für die Taten liegt klar bei den Juntas in der Planung der Repression und den Sicherheitskräften in der Durchführung. Ferner wird der Blutpakt[30] innerhalb der bewaffneten Organe aufgezeigt, der die Aufarbeitung behinderte und das Schweigen der Täter garantierte (vgl. Crenzel 2010b, S. 13–17).

Hauptargumentationspunkt in der Lesart der Vergangenheit ist die sogenannte *teoría de los dos demonios*. Zwei Dämonen, die linke Guerilla und der rechte Staatsterrorismus, standen sich an den beiden Enden des ideologischen Spektrums gegenüber und nahmen die „unschuldige" Gesellschaft mit ihrem Terror als Geisel. Anders als der heutige Forschungsstand, verhüllt diese Interpretation die Komplizenschaft ziviler Gruppen der Gesellschaft, wie der Justiz und der Medien sowie der nationalen und internationalen Unternehmen. Gleichzeitig wurde die Beteiligung der Verschwundenen am bewaffneten Kampf nicht thematisiert. Sie Opfer werden als wehrlos und unschuldig dargestellt. Crenzel schreibt, dass der Prolog die Identität der Verschwundenen in Bezug auf die diktatoriale Perspektive repolitisiert, da sie als Guerilleros identifiziert werden. Gleichzeitig werden sie aber im Bericht in der Figur des unschuldigen Opfers depolitisiert (vgl. Crenzel 2008a, S. 51–52).

Die Theorie der zwei Dämonen ist besonders aufgrund der Gleichsetzung beider Formen der Gewalt umstritten. Menschenrechtsorganisationen warfen daher der Regierung Alfonsín vor, sich der Rhetorik der Militärs zu bedienen, wenn sie von Terrorismus sprach. Das Ziel der Regierung war: „to de-demonize Argentine politics by submitting everybody to the rule of law" (Nino 1991, S. 2635). Tatsächlich ist diese Theorie noch heute ein rotes Tuch in den Augen der Menschenrechtsorganisationen, da dies eine Wiederbelebung der Argumentationsmuster der Diktatur erlaubt. Die Motivation der Verschwundenen, eine soziale Transformation der Gesellschaft herbeizuführen, wird darin verschleiert.

Die Diskussion um die zwei Dämonen wird jedoch stark aus der Gegenwart geführt. Bei einer Historisierung der Theorie wird schnell klar, dass hier zum ersten Mal öffentlich und durch den

[30] Unter Blutpakt werden die inoffiziellen Verabredungen innerhalb der Sicherheitsorgane, zur Repression zu schweigen, verstanden.

Staat die eigene staatliche Gewalt dämonisiert wird. Nicht nur die Streitkräfte, auch große Teile der argentinischen Gesellschaft, waren fest davon überzeugt, dass die Guerilla das explizit Böse darstellt und vernichtet werden muss. Hieran ist jahrzehntelange antikommunistische Propaganda und der lange Kampf gegen die Subversion schuld. Dass nun die die (Re)aktion des Staates hierauf ebenfalls verurteilt wurde, war ein großer Fortschritt.

Sabato stellte klar, dass *Nunca más* nicht dazu dient, strafrechtliche Verantwortung zu klären. Allerdings wird die Verantwortung der Junta und der militärischen Stellen, die die Repression vor Ort übernahmen mehr als deutlich. Zudem unterscheidet der Bericht klar, was als Exzess zu kennzeichnen sei und was nicht. Auf den folgenden Prozess gegen die Juntas hatte *Nunca más* einen nicht zu unterschätzenden Einfluss. Der Effekt, den der Bericht in der Öffentlichkeit erzeugte, war enorm. Die erste Auflage war schnell vergriffen, rasch waren 200.000 Exemplare verkauft (vgl. Crenzel 2013, S. 188–190). *Nunca más* ist Teil des kollektiven Gedächtnisses der argentinischen Gesellschaft. Der Bericht durchbrach endgültig das Schweigen, welches unter der Diktatur herrschte, und brachte verborgene Erinnerungen zu Tage. *Nunca más* ist dabei ein wichtiger Meilenstein im Prozess der kollektiven Erinnerung und zugleich Ausgangspunkt der akademischen sowie publizistischen Beschäftigung mit der Erinnerung an die Vergangenheit. In verschiedenen Studien und Publikationen kam es zu Reinterpretationen der Narrative, die *Nunca más* zur Verfügung stellt. Dabei gingen viele über die eigentlichen Verbrechen hinaus und stellten die gesamte Gesellschaft in den Mittelpunkt (vgl. Sorgentini 2007, S. 170–174).

Das Herzstück von Alfonsíns Plan für die *Transitional Justice* war der Prozess gegen die Juntas. Dieser wurde als moralische Notwendigkeit formuliert, um nicht nur die Demokratie zu stützen, sondern eine Wiederkehr solcher Barbarei zu verhindern. Der Bericht der Sabato-Kommission zeigte die „Wahrheit“. Mit dem Prozess sollte nun die „Gerechtigkeit“ folgen. Der Prozess gegen die drei ersten Juntas hatte einen großen Einfluss auf die öffentliche Meinung über die Diktatur und die Verbrechen, indem er die verschiedenen Versionen der Vergangenheit öffentlich vor Gericht brachte (vgl. Galante 2014, S. 92–93). Für die Regierung hatte der Prozess dabei deutliche eine präventive und weniger eine bestrafende Funktion. Aus Sicht des zivilen Rechtsstaates kam die anfängliche Idee der „Selbstverurteilung“ durch die Militärgerichtsbarkeit an ihre Grenzen. Zudem brachte *Nunca más* die Streitkräfte so stark unter Druck, dass sie sich auf ihre bekannte Argumentation des „Kampfes gegen die Subversion“ zurückzogen. Freiwillig hätten sich die Streitkräfte niemals einem solchen Verfahren unterzogen (vgl. Galante 2019, S. 62–64).

Nachdem die Streitkräfte Alfonsíns Strategie der Selbstreinigung aussitzen wollten und sechs Monate ohne konkrete Aktion verstrichen waren, wurde nun der Fall automatisch an den Bundesgerichtshof weitergeleitet. Die argentinische Gesellschaft stand dieser Rückkehr des Rechtsstaates sehr positiv gegenüber. Das Militär hingegen sah die Aufnahme des Prozesses als „Werk der Linken“ und der Menschenrechtsorganisationen. Die Kammer entschied, den Prozess mündlich und öffentlich durchzuführen, um so ein hohes Maß an Transparenz zu gewährleisten. Im Herbst 1985 begann die öffentliche Anhörung gegen neun hohe Militärs der Diktatur wegen systematischer geheimer Repression. Die Anklagepunkte lauteten nicht Menschenrechtsverletzungen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Die Kommandeure waren ziviler Vergehen, also des Mordes, Entführung, Folter, Vergewaltigung und des Raubes, angeklagt (vgl. Feld 2002, S. 11–15).

Die Menschenrechtsorganisationen unterstützten den Prozess, sahen diesen jedoch nur als notwendigen ersten Schritt, um ihre Forderung, nach Verurteilung aller Schuldigen, befriedigt zu sehen. Am 22. April 1985 waren Zehntausende Argentinier auf den Straßen, um ihre Unterstützung des „Juicio a las Juntas“ kundzutun. Allerdings gab es auch öffentlich geäußerten Widerspruch. Stimmen aus dem Umkreis der Streitkräfte forderten die Freilassung der „Helden“. Zudem wurde versucht, die auftretenden Zeugen einzuschüchtern (vgl. Galante 2014, S. 93–95).

Das öffentliche Verfahren begann am 22. April 1985. Es zog sich bis zum 14. August, die endgültige Urteilsverkündung erfolgte am 9. Dezember. Das Verfahren fand im Sitzungssaal des Bundesgerichtes in Buenos Aires statt. Julio Strassera und Julio Moreno Ocampo waren die Chefankläger. Angeklagt wurden die Generäle Jorge Rafael Videla, Roberto Eduardo Viola, Leopoldo Fortunato Galtieri, die Admiräle Emilio Eduardo Massera, Armando Lambruschini und Jorge Isaac Anaya sowie die Brigadiere Orlando Ramón Agosti, Omar Graffigna und Basilio Lami Dozo (vgl. Hasgall 2016, S. 199).

Der Saal musste eigens umgestaltet werden, um ausreichend Platz zu bieten. Anwesend waren akkreditierte Journalistinnen und Journalisten, circa 80 Plätze waren für das Publikum vorgesehen, zudem gab es speziell geladene Gäste, die Institutionen wie den Menschenrechtsorganisationen oder staatlichen Behörden angehörten. So waren die direkt von den Verbrechen Betroffenen (Überlebende und Angehörige), Angehörige der Exekutive und der Legislative, die Presse und ein anonymes Publikum anwesend (vgl. Feld 2002, S. 18–20). Wie bei *Nunca más* standen im Prozess gegen die Juntas die Aussagen der Opfer und ihrer Familien im Mittelpunkt und hinterließen großen Eindruck. Sie berichteten detailliert über ihre Erlebnisse, die oft über

den jeweils vorliegenden Fall hinausgingen und das allgemeine Vorgehen der Repression illustrierten. Szenen des Horrors, wie Folter und die Verlegung[31], wurden offen geschildert. Durch die fast 800 Zeugenaussagen kam ein klares Bild über den systematischen Staatsterrorismus zustande. In vielen Fällen war das Geschilderte schockierend und grausam. Den persönlichen Erinnerungen wurde viel Platz eingeräumt, so konnte sich das humanitäre Narrativ verstärken. Denn auch hier versuchten die Opfer und Angehörigen ihre politische Militanz außen vor zu halten (vgl. Galante 2019, S. 75–83). Die Angeklagten legten ihre Sicht auf die Vergangenheit und damit den Diskurs vom antisubversiven Kampf dar und verteidigten die Verbrechen als Konsequenz des Krieges (vgl. Galante 2019, S. 99–102).

Das öffentliche Interesse am Prozess war groß, und so wurde er zu dem wohl größten Medienereignis seit der Redemokratisierung. Neben den täglich berichtenden Tageszeitungen erschien „El Diario del Juicio", welches der Verlag *Perfil* herausgab. Hierin wurde ausschließlich und ausführlich über den Prozess berichtet. Die Verbreitung der Zeitung war enorm, durchschnittlich wurden wöchentlich 70.000 Exemplare verkauft. Die Publikation war der einzige Ort, an dem die Aussagen der Zeugen transkribiert, abgedruckt wurden. In den täglich erscheinenden Zeitungen war dies mangels Platz nicht möglich. „El Diario del Juicio" trug immens zur Verbreitung der Zeugenaussagen und der Fakten über die Repression bei (vgl. Feld 2002, S. 25–32). Zusätzlich gab es TV-Bilder, diese wurden allerdings ohne Ton übertragen. Vielfach wurde angenommen, diese Entscheidung der Regierung wäre auf Druck der Streitkräfte gefallen. Jedoch gab es hierfür komplexere Gründe. Die Kamera zeigte die Zeugen nur von hinten, hatte so also die Richter im Blick. Die stummen Bilder wurden dann von den anwesenden Presseschaffenden mit Inhalt gefüllt. Die Regierung wollte durch diese Maßnahme Emotionen aus der Debatte fernhalten, zugleich die Militärs nicht noch weiter irritieren sowie die Frage nach der Bildauswahl überflüssig machen (vgl. Feld 2002, S. 33–38).

Der *Juicio a las Juntas* hatte zur Aufgabe, juristische Wahrheit zu konstruieren. Hunderte von Zeugenaussagen sowie die fast 600 Fälle, auf denen die Anklage beruhte, führten am 9. Dezember zum Urteilsspruch, welcher dann als einziger Teil des Prozesses live mit Ton übertragen wurde. Das Urteil erregte nationales und internationales Aufsehen. Am heftigsten diskutiert wurden die vier Freisprüche (Graffigna, Dozo, Galtieri und Anaya) und die teilweise geringen Strafen. Nur Videla und Massera bekamen die maximalen Strafen. Die Menschenrechtsgruppen reagierten versteckt unzufrieden bis offen enttäuscht auf die Urteile. Besonders die *Madres* kritisierten den Urteilsspruch und die Regierung Alfonsín heftig. Aufgrund der Freisprüche ist der

[31] In den Folterzentren bezeichnete der Euphemismus „Verlegen" der Tod und damit das endgültige Verschwinden der Gefangenen.

Prozess in den Augen der *Madres* kein Meilenstein der Demokratie, sondern der erster Schritt in die Straflosigkeit (vgl. Galante 2019, S. 178–184).

Trotz dieser Kritik war der Prozess ein bis in die Gegenwart wichtiges Ereignis. Er legte offen, wie systematisch die Verbrechen der Diktatur begangen worden waren, und gab den Überlebenden und Angehörigen eine zentrale Stellung im Prozess selber und damit auch in der Öffentlichkeit. Die Verurteilung zeigte, dass die Militärs Unrecht begangen hatten, und gab den Menschenrechtsorganisationen mehr Legitimation, auch wenn diese vom Ausgang enttäuscht waren. Im Kontext einer zwei Jahre alten Transformation und einer immer noch hitzigen gesellschaftlichen Auseinandersetzung über die Vergangenheit erreichte Alfonsín sein Ziel der exemplarischen Bestrafung.

Aus heutiger Sicht kann deutliche Kritik am Prozess geübt werden. So verteidigte der Urteilsspruch die Präsenz der Militärs auf der Regierungsebene, es fand kein Verfahren wegen des Putsches statt. Des Weiteren benutzten die Richter die gleichen Konzepte und Argumentationen wie die Militärs zuvor. Zudem herrschte auch hier die Theorie der zwei Dämonen vor, nach der der Staatsterrorismus nur die Konsequenz auf die Aktivitäten der Guerilla gewesen sei. Augenfällig ist, dass die Verurteilungen nicht aufgrund von Menschenrechtsverbrechen erfolgte (vgl. Yanzon 2011, S. 139–140). Trotzdem ist der *Juicio* zu einem wichtigen Erinnerungsort der argentinischen Erinnerungskultur geworden. Feld nennt drei Gründe hierfür: das Lüften eines Geheimnisses, die Etablierung einer unzweifelhaften und unauslöschlichen Wahrheit sowie das Hinterlassen einer juristischen Interpretation der jüngsten Vergangenheit. Nach dem Prozess konnten die Verbrechen der Junta öffentlich nicht mehr geleugnet werden, der gesamten Gesellschaft wurde das System der Repression vor Augen geführt. Die Militärs scheiterten mit ihrem Ziel, alle Beweise ihres Feldzuges zu vernichten. Die Erinnerung an die Traumata war damit fest mit der demokratischen Transition verbunden (vgl. Feld 2002, S. 60–62).

Der Urteilsspruch beinhaltete jedoch den Punkt 30, der besagte, dass nun die Kommandeure der Militärdistrikte anzuklagen sind. Hier zeigte sich, dass sich die Justiz von den Vorgaben der Exekutive entfernte und eigenmächtig entschied. Die Richter sahen in der militärischen Organisation mehr Schuldige als nur die Kommandeure der Junta, was die Regierung Alfonsín unter Druck setzte. Die Übereinkunft zwischen der Armeeführung und der Regierung, nur die Befehlshaber zu verurteilen, war nun in Gefahr. Während sich die Justiz daranmachte mehr Täter anzuklagen, versuchte die Regierung, diesen Prozess zu bremsen (vgl. Canelo 2006, S. 89). Tatsächlich kam es zu weiteren Verurteilungen, zum Beispiel gegen Ramón Camps und Miguel Etchecolatz (vgl. Hasgall 2016, S. 203). Alfonsín setzte der Justiz eine Frist, bis wann die rest-

lichen Prozesse erledigt sein sollten. Dieses Vorgehen löste erneut Proteste der Menschenrechtsorganisationen aus. Die Regierung sah sich jedoch immer mehr Druck von Seiten des Militärs aussetzt. Überzeugt, dass eine exemplarische Bestrafung ausreichend sei, begann ein Gesetzgebungsprozess, der im *Punto Final* enden sollte. Das Schlusspunktgesetz vom Dezember 1986 sollte aus Sicht der Regierung die Wunden schließen und die Streitkräfte von weiteren Verdächtigungen befreien. Das Gesetz verhinderte jegliche strafrechtliche Verfolgung von gewaltsamen Delikten, die bis zum 10. Oktober 1983 begangen wurden. Ausgenommen hiervon war nur die Zwangsadoption von Kleinkindern und der Raub von Eigentum. Das Gesetz passierte den Kongress ohne nennenswerten Widerstand. Diesen gab es jedoch von Seiten der Zivilgesellschaft (vgl. Canelo 2006, S. 89–92).

Innerhalb einer Frist von 60 Tagen wurden immerhin noch 450 Täter angeklagt. Die sehr eifrige Justiz provozierte damit allerdings eine gewaltsame Aktion der Militärs, den Aufstand der *Carapintadas* (vgl. Nino 1991, S. 2628). Die *Carapintadas* waren eine Rebellion von vor allem mittleren Offiziersrängen, die sich gegen die *Transitional Justice* Politik Alfonsíns richteten. Sie lehnten jegliche Form der Menschenrechtspolitik ab. Ihre Interpretation der Geschichte war auf den Begriff des Krieges ausgerichtet. Ohne größere Sanktionen der Armeeführung gingen sie offen in die Rebellion. Ihr Name leitet sich davon ab, dass sie mit Gesichtsbemalung vor den Kasernen Stellung bezogen. Ihren Höhepunkt erreichte die Bewegung Ostern 1987, als die argentinische Demokratie in Gefahr geriet. Politische Parteien und Menschenrechtsorganisationen positionierten sich klar gegen die Militärs. Die Regierung musste in direkte Verhandlungen mit den *Carapintadas* gehen. Alfonsín war gezwungen nachzugeben und das *Obediencia Debida* Gesetz trat Mitte des Jahres 1987 in Kraft. Nun konnten sich alle mittleren Offiziersränge auf die Gehorsamspflicht berufen. Die rebellischen Soldaten hatten ihr wichtigstes Ziel erreicht. Aber einen Wechsel an der Spitze der Streitkräfte, wie sie beabsichtigt hatten, konnten sie nicht durchsetzen. Die *Carapintadas* wurden daraufhin zum internen Problem der Streitkräfte. Dies war das letzte Mal, dass Teile des Militärs Politik mit Hilfe von Waffen machten. Der Effekt gegenüber der Regierung war zwar groß, die Zivilgesellschaft konnte der Diskurs der Militärs jedoch nicht mehr überzeugen. Einzelne *Carapintadas* versuchten danach ihr Glück in der Politik (vgl. Acuña und Smulovitz 2007, S. 48–63).

Die erste Phase der argentinischen Erinnerungs- und Menschenrechtspolitik war dann erfolgreich, wenn die verschiedenen Akteure miteinander kooperierten, also Exekutive, Judikative und die Menschenrechtsorganisationen. Waren sie unterschiedlicher Ansicht, war es schwer, Fortschritte zu machen. Der fehlende politische Konsens über eine weitere aktive Politik in diesem Sektor und die Rückschritte nach den Rebellionen der Militärs schädigten Alfonsíns

Ruf deutlich (vgl. Vezzetti 2007, S. 37). Die *Carapintadas* waren nicht die Einzigen, die in den 1980er Jahren nochmals mittels Waffengewalt Politik machten. Am 23. Januar 1989 griff ein Kommando, dessen Wurzeln auf die ERP zurückgehen, eine Armeekaserne in La Tablada an. Das *Movimiento Todos por la Patria* war vorher als Menschenrechtsgruppe tätig und forderte eine harte Reaktion auf die Rebellion der Militärs. Ziel war es, einen weiteren Aufstand der *Carapintadas* mit Waffengewalt zu unterdrücken. Die Aktion, mit falschen Geheimdienstinformationen ausgestattet, wurde zum blutigen Opfergang. Armee und Polizeikräfte schlugen den Angriff nieder und übten zum Teil massive Vergeltung. Die Militärs hatten hiermit ein wichtiges Pfund in der Hand, die öffentliche Meinung zu beeinflussen, da die Gefahr der „Subversion" immer noch aktuell war. Die Menschenrechtsorganisationen waren in doppelter Hinsicht Verlierer. Die Streitkräfte wurden in der Öffentlichkeit gestärkt. Die Aktivistinnen und Aktivisten sahen jedoch ihre eigenen Anliegen durch die Beteiligung von Menschenrechtsaktivisten an dem Angriff auf La Tablada beschmutzt (vgl. Acuña und Smulovitz 2007, S. 64–66). Alfonsín ging als Verlierer aus diesem politischen Machtkampf hervor. Zwar konnte er sowohl die exemplarische Bestrafung und die Etablierung einer Wahrheit über *Nunca más*, sowie die juristische Wahrheit über *Juicio* erreichen. Doch die militärischen Erhebungen und sein Entgegenkommen kosteten ihn viel Prestige in der Gesellschaft und vor allem innerhalb der Menschenrechtsorganisationen. Sogar die ADPH, deren Mitglied er war, drohte ihm mit Rauswurf (vgl. Nino 1991, S. 2629).

Nicht nur die Auseinandersetzung um die Vergangenheit und deren Aufarbeitung bereiteten Alfonsín Schwierigkeiten. Die wirtschaftliche Lage verschlechterte sich im Laufe seiner Amtszeit. Die Inflation weitete sich zur Hyperinflation aus, und eine Stabilisierung war nicht zu erkennen. Die Wahlen 1989 gewann der Peronismus mit seinem Outsider-Kandidaten Carlos Menem. Er versprach wirtschaftlichen Aufschwung und neue Impulse. Seine Amtszeit wird von den Begnadigungen und den Versuchen zur Versöhnung geprägt sein (vgl. Vezzetti 2007, S. 38).

Carlos Menem nutzte bereits 1989 und dann 1990 sein präsidentielles Recht auf Begnadigung, um eine weitere Etappe in der argentinischen Erinnerungspolitik einzuleiten. Das erste Dekret begnadigte circa 50 Militärs. Hierdurch war die Politik der Straffreiheit auf einem Höhepunkt angelangt (vgl. Pellegrini und Rodríguez 2004, S. 121–122). Die verurteilten Mitglieder der Guerilla wurden ebenfalls begnadigt. Menem versuchte mit einer doppelten Strategie aus Begnadigung und Repression, die Streitkräfte vollständig zu disziplinieren. Dies gelang ihm durch

weitere interne Streitigkeiten im Militär. Ein Skandal[32] gab den Anlass, die Wehrpflicht zu beseitigen. Damit waren die Streitkräfte endgültig unter zivile Kontrolle gestellt (vgl. Romero 2007, S. 70).

Die zweite Phase in der argentinischen Erinnerungspolitik hat aber nicht nur eine Beschränkung der Menschenrechtspolitik zur Folge. 1992 wird die *Comisión Nacional por el Derecho a la Identidad* (CONADI) als technische Kommission des Untersekretariats der Menschenrechte im Innenministerium gegründet. Sie verkörperte eine Kooperation der *Abuelas de Plaza de Mayo* und des Staates mit dem Ziel, die zwangsadoptieren Kinder der Diktatur wiederzufinden. Staat und *Abuelas* schufen eine eigene Institution, deren Vertreter sowohl aus der Menschenrechtsorganisation, als auch aus der Exekutive und der Judikative kommen. Innerhalb der CONADI funktioniert auch die Gendatenbank, die Informationen über die Familien der zwangsadoptierten Kinder enthält.

Menem brachte die Entschädigungen der Opfer voran. Gegen diesen Schritt hatten sich die Menschenrechtsorganisationen, vor allem die *Madres*, *Abuelas* und *Familiares* lange gewehrt. Sie lehnten Entschädigungen ab, da deren Annahme bedeuten würde, den Tod der Verschwundenen zu akzeptieren, dabei ist das tatsächliche Schicksal vieler bis heute ungeklärt und ihre Leichen wurden nie gefunden. Bis heute fordern die Organisationen „Aperacion con vida", zudem wollte man kein „Schweigegeld" annehmen. Die Opposition gegen diese Maßnahmen brach nach und nach ein, nur die *Madres* um Hebe de Bonafini blieben bei einer entschiedenen Ablehnung. Ökonomische Reparation hatte es allerdings bereits vorher gegeben. So wurden etwa Posten, die im Staatsapparat verloren worden waren, wieder zurückgegeben. Zudem zahlte der Staat Pensionen der Opfer an deren Kinder weiter (vgl. Guembe 2008, S. 25–29). Menem formte eine Kommission, die sich mit der Entschädigungsfrage beschäftigen sollte. Sein Ziel war es, einen Ausgleich zu erreichen; im Arsenal der Mittel der *Transitional Justice* setzte er auf Amnestie und Entschädigung statt juristische Aufarbeitung. Er hoffte, so eine Form der Versöhnung zu erreichen. Es wurde eine Norm entwickelt, nach der Personen, die ihrer Freiheit durch den Staat beraubt worden waren, eine Entschädigung erhielten. Politische Gefangene und deren Familien konnten mit erheblichen Entschädigungszahlungen von bis zu 100.000 Peso rechnen. Doch nicht immer war es leicht, Beweise – wenn zum Beispiel Folter eingesetzt worden war – zu erbringen. Der Fall der Verschwunden war noch komplizierter. Es ging dabei um die Feststellung des Todes. Ein Fakt, der für viele Familien nicht zu akzeptieren war, wenn

[32] 1994 wurde der Soldat Omar Carrasco ermordet, während er seinen Grundwehrdienst absolvierte. Im Verlauf des Skandals wurden viele Praktiken des Missbrauchs und der Vertuschung innerhalb der Armee deutlich. Menem nutzte dies, um die Wehrpflicht endgültig abzuschaffen (vgl. Pizarro 2019).

jegliche Beweise fehlten. Dazu kam eine kontroverse Debatte um die Vergangenheit und deren Interpretation. Opfer, die vor dem Putsch 1976 verschwunden waren, sollten nicht zu den Entschädigten gehören. Ebenso wurden diejenigen, die ihre Freiheit wiedererlangten, ausgeschlossen (Guembe 2008, S. 35–52).

Der 20. Jahrestag des Putsches markierte den Beginn der dritten Phase in der Aufarbeitung der Diktatur. In dieser kamen neue Erinnerungen ans Licht der Öffentlichkeit, und dies förderte das Entstehen einer Bewegung, die heute noch den Diskurs um die Erinnerung in Argentinien mitbestimmt. Im Laufe der Generationen sind es diesmal nicht die Großmütter und Mütter, es sind die Kinder der Verschwundenen, die sich zu einer neuen Organisation formieren: Die H.I.J.O.S. (*Hijos por la Identidad y la Justicia contra el Olvido y el Silencio*) treten in die Öffentlichkeit. Mitte der 1990er Jahre finden an verschiedenen Orte, insbesondere an Universitäten, Gedenkveranstaltungen statt. Diese sind zum Teil von Kindern der Verschwundenen organisiert oder dienen als Plattform für das Zusammenkommen. In Córdoba findet ein jährliches Treffen von Kindern der Verschwundenen statt. 1995 entsteht bei dem *Taller Julio Cortázar* die Idee zur Gründung der Organisation H.I.J.O.S. Ausgangspunkt war die Blutsverwandtschaft mit den Opfern der Diktatur, die ihnen als Nachfahren, die Legitimität, im Sinne der Verschwundenen im Feld der Menschenrechte und der Erinnerung zu sprechen, gibt. Ausgehend von dem Treffen in Córdoba formierten sich in anderen Städten regionale Ableger. Für viele war dies die erste Möglichkeit, in der Öffentlichkeit über ihr persönliches Schicksal zu sprechen. Im Kollektiv konnten sie sich das erste Mal über ihre Erfahrungen austauschen und den Fragen nach ihren Eltern gemeinsam nachgehen. Aus der emotionalen Verbindung wurde rasch ein erinnerungspolitisches Projekt. Zuerst ging es darum, dass ihre Eltern nicht mehr als Subversive oder Terroristen bezeichnet werden sollten. Doch schon von Beginn an war es ihnen wichtig, bisher unbekannte Erinnerungen zu teilen und damit den Diskurs über die Vergangenheit zu beeinflussen (vgl. Cueto Rúa 2008, S. 55–60).

Die regionalen Gruppen waren und sind recht verschieden. Es gab radikale und gemäßigte Gruppen. Die Anfangsjahre sind von einer Suche nach der Identität der Organisation geprägt. Einige Gruppen akzeptierten auch Kinder von politischen Gefangenen oder Exilierten, andere nur die von Verschwundenen. In einigen Fällen wird dies zu einem Streitpunkt, da andere Mitglieder, deren Eltern nicht verschwunden waren, nicht zugelassen wurden. In einer gesellschaftlichen Situation des Schweigens und der Straffreiheit sahen sie für sich das Mandat, die Ideale ihrer Eltern zu vertreten. Die Legitimation war, wie auch bei den *Madres* und *Abuelas*, die direkte Betroffenheit (Cueto Rúa 2008, S. 63–75).

Sie grenzten sich von den etablierten Menschenrechtsorganisationen durch ein anderes Auftreten im öffentlichen Raum ab. Sie gingen zum Teil radikaler vor. Ihre bis heute wichtigste Form der Intervention in der Öffentlichkeit sind die *escraches*. Hierbei werden die Orte, an denen Täter leben oder arbeiten, sichtbar gemacht. Der *escrache* ist keine einmalige Aktion, sondern dauert mehrere Tage. Im Vorhinein werden Flyer verteilt und mit den Nachbarn gesprochen. Dann kommt es zu einem Protestmarsch und zur Kennzeichnung des Hauses, in dem der Täter lebt. Dies passiert unter Einbeziehung anderer künstlerischer Formen der Intervention, wie Theater, Musik und *Murgas*. Ziel war es, die Täter in einer Periode des Schweigens und des Vergessens sichtbar zu machen. Ihr Vorgehen kann durchaus als eine Art von Selbstjustiz gewertet werden. Die Täter sollten durch die Reaktion ihrer Nachbarn getroffen werden. Sie sollten sich nicht in Anonymität flüchten können und zur ihren Verbrechen Stellung nehmen müssen. Die Öffentlichkeit würde so über die Täter „richten". In der Zeit der Straffreiheit waren sie eine neue, radikale Stimme, die die Wiederaufnahme der Prozesse gegen die Täter forderte. Sie setzten sich gegen die zwischenzeitlich gesellschaftlich akzeptierte Straffreiheit zur Wehr (vgl. Lessa und Levey 2015, S. 211–214).

Innerhalb des Feldes der Menschenrechts- und Erinnerungspolitik fanden sie schnell Anerkennung, vor allem bei den *Madres* und *Abuelas* sowie den *Familiares*, aus deren direktem Umfeld sie stammen. Die H.I.J.O.S. begannen, wie auch andere Teile der Gesellschaft, die Verschwundenen nicht nur als Opfer zu sehen, sondern auch als „idealistische Jugendliche", „Träumer" und „Helden". Sie griffen deutlicher als andere Organisationen den revolutionären Kampf ihrer Eltern auf. H.I.J.O.S. fühlten sich durch die Blutsverwandtschaft berechtigt, die politischen Banner ihrer Eltern aufzunehmen. Damit nahmen H.I.J.O.S. nicht nur „verdad, memoria, justicia" als Motto auf, sondern ergänzten sie dies um: „Nacimos en su lucha, viven en la nuestra". Dieses Erbe hat in der Selbstdarstellung eine große Bedeutung (vgl. Cueto Rúa 2008, S. 92–93). Die Betonung des politischen Aktivismus der Verschwundenen, sei dieser gewerkschaftlicher Natur oder in der Guerilla, war in dieser Form neu. Zwar änderte sich der Diskurs der *Madres* in der *Asociación Madres de Plaza de Mayo* unter Hebe de Bonafini, doch in den 1990er Jahren überwog noch die Interpretation der „unschuldigen Opfer". In erster Linie stellten sie sich gegen die Darstellung ihrer Eltern als Terroristen, doch auch das humanitäre Narrativ wurde von den H.I.J.O.S. in Frage gestellt. Sie betonen die politische Erinnerung ihrer Eltern. Dabei stellten sie den Kampf der Verschwundenen für eine bessere Gesellschaft den in Mittelpunkt. Damit waren sie ebenfalls Gegner der Theorie der zwei Dämonen (vgl. Cueto Rúa 2008, S. 150–154). H.I.J.O.S. gab dem Erinnerungsdiskurs eine entscheidende Wende, ihre Ak-

tionen zeigten zudem, dass ein Teil der Gesellschaft immer noch auf eine gerichtliche Verurteilung der Täter hoffte. Ihr Handeln veränderte den Aktionismus der Menschenrechtsorganisationen. Ihre Legitimität als Nachfahren der Opfer nutzten sie, um gezielt den politischen Aktivismus der Opfer der Militärdiktatur in das Licht der Öffentlichkeit zu stellen.

Zur dritten Phase der Erinnerungspolitik kann der Fall Adolfo Scilingo gezählt werden. Der Marineoffizier gestand gegenüber dem Journalisten Horacio Verbitsky die Existenz der Todesflüge. Zwar wussten die Menschenrechtsorganisationen seit langem von dieser Praktik. Aber das gesellschaftliche Echo war groß, als diese erstmals von einem Täter zugegeben wurden. Das Verhalten Scilingos hatte indes nur wenig Nachahmer. In weiten Teilen der Streitkräfte war der Schweigepakt[33] weiterhin intakt (vgl. Vezzetti 2007, S. 39–40). Scilingos Geständnis brachte die ESMA wieder zurück in die Öffentlichkeit als das Folterzentrum, aus dem die meisten Verschwundenen auf die Todesflüge gingen. Das erneute Interesse an der traumatischen Vergangenheit, wie auch die große Demonstration zum 20. Jahrestag des Putsches, rüttelte an Menems Versprechen der Versöhnung. Die ESMA, die das wichtigste Zeichen des Horrors in der argentinischen Erinnerungskultur darstellt, stand Menems Erinnerungspolitik im Wege. Er verlegte die Marinebasis und ließ große Teile des riesigen Komplexes räumen. Menem wollte 1998 die ESMA abreißen lassen und mit dieser Geste die Einheit der Nation stärken. Durch dieses Vergessen sollte die traumatische Erinnerung verschlossen werden. Doch wieder einmal war es der zivilgesellschaftliche Widerstand, angeführt durch die Menschenrechtsorganisationen, die dies verhinderten (vgl. Lorenz 2007, S. 88).

Menems Scheitern zeigte aber auch die Notwendigkeit für einen Erinnerungsort in Buenos Aires, der den Opfern der traumatischen Vergangenheit gewidmet ist. Hierfür rief die Regierung der Stadt Buenos Aries 1998 eigens eine Kommission ins Leben, die über mehrere Jahre die Durchführung und Gestaltung des Monuments übernehmen sollte. Die *Comisión Pro-Monumento* bestand aus dem Vizepräsidenten des Stadtparlamentes von Buenos Aires, elf Parla-

---

33 Der Schweigepakt ist eine native Kategorie, die die politische Implikation in sich trägt, dass die Angehörigen der argentinischen Sicherheitskräfte über den Verbleib der *desaparecidos* und der geraubten Kinder schweigen. Dies ist aus Sicht der Angehörigen und der Menschenrechtsorganisationen formuliert. Der Schweigepakt ist mit dem Blutpakt innerhalb der Polizei und Armee verbunden und nimmt darauf Bezug, dass nicht nur eine Minderheit an der blutigen Repression beteiligt war. Die ehemaligen Mitglieder schützen sich so gegenseitig. Schweigen ist hier also im Sinne der Wahrheit aus Sicht der Menschenrechtsorganisationen gemeint. Denn tatsächlich gab es viele Fälle, wo Mitglieder der Streitkräfte das Wort ergriffen und in der Öffentlichkeit hörbar wurden. Dabei handelte es sich aber in der Regel um eine Relativierung der Verbrechen und weniger um ein Geständnis. Die Wortmeldungen der Militärs waren dabei immer auf Nicht-Kooperation mit der Menschenrechtsbewegung und später mit der Justiz ausgerichtet (vgl. Feld und Salvi 2019, S. 11).

mentariern, vier Funktionären der Exekutive und Repräsentanten von zehn Menschenrechtsorganisationen. Ziel der staatlichen Erinnerungspolitik war es einen Erinnerungsort zu schaffen, der die Anerkennung der staatlichen Menschenrechtsverletzungen ausdrückt. Die Kommission war zu dieser Zeit einer der wenigen Räume, in denen staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure aufeinandertrafen und zusammenarbeiteten. Es gab Konflikte und Auseinandersetzungen, die Zusammenarbeit wurde aber dadurch erleichtert, dass unter den Parlamentariern auch Aktivistinnen und Aktivisten von Menschenrechtsorganisationen waren. Das Ergebnis war das *Monumento a las Víctimas del Terrorismo de Estado*, welches an der Küste im *Parque de la Memoria* zu finden ist. Die Konflikte innerhalb der Kommission sind typisch für die argentinische Erinnerungspolitik. Das Monument sollte die Namen der Opfer des Staatsterrorismus tragen. Diesen so zu benennen, ist an sich schon eine erinnerungspolitische Stellungnahme. Doch zeigten sich unterschiedliche Auffassungen zwischen Menschenrechtsorganisationen und staatlichen Vertretern darüber, wer unter die Opfer zu rechnen sei. Als Kompromiss wurde eine allumfassende, auch Opfer vor dem Putsch mit einbeziehende Lösung gefunden (vgl. Vecchioli 2001, S. 86–99).

Die Veränderungen im Bereich der Erinnerungspolitik betrafen sowohl Erinnerungsorte als auch die Bildungspolitik. Im selben Jahr, 1998, wurde ein Dekret veröffentlicht, das die kritische Analyse des Staatsstreichs von 1976 als Teil des Schuljahres vorsah. Die Erinnerung an die Opfer wurden an dieser Stelle diskutiert. Hier noch im menemschen Sinne der Versöhnung, die beide Opfergruppen vorsah. Dies wurde zum 25. Jahrestag durch die Regierung von Fernando De La Rúa noch weiter ausgebaut. Die Schüler wurden landesweit dazu aufgefordert Essays zum Thema der Diktatur einzureichen. Zugleich wurde der 24. März zum „Día Nacional de la Memoria por la Verdad y la Justicia en conmemoración de quienes resultaron víctimas del proceso iniciado en esa fecha del año 1976“ in den Schulkalender als Gedenk- und Projekttag aufgenommen (vgl. Raggio 2017b, S. 2–3).

Ab dem Jahr 2000 und noch deutlicher nach der totalen politischen und wirtschaftlichen Krise von 2001 wuchs das zivilgesellschaftliche Engagement deutlich an. Die kollektiven Erfahrungen, wie Proteste und Nachbarschaftsversammlungen, förderten die Schaffung von kleinen Erinnerungsorten. Die *Baldosas de Memoria*, die auf den letzten Wohnort von Opfern der Militärdiktatur hinweisen, wurden verlegt. In einigen Vierteln wurden Gedenktafeln mit den Namen der Opfer enthüllt. Zudem wurden Straßennahmen geändert oder künstlerisch in der Öffentlichkeit interveniert. Dies war vor allem eine Arbeit der Basis, die in der Regel ohne aktive staatliche Unterstützung stattfand. Allerdings unterband der Staat dies nicht. Ein weiterer sehr wich-

tiger und symbolischer Schritt war die *recuperación*[34] von geheimen Folterzentren. Diese wurden zum Teil in Zusammenarbeit von nachbarschaftlichen Gruppen, Menschenrechtsorganisationen sowie Überlebenden in Erinnerungsorte oder Museen verwandelt. In Buenos Aires handelte es sich unter anderem um die Orte: *Club Atlético*, ESMA, *Olimpo, Virrey Cevallos* sowie *Automotores Orletti* (vgl. Messina 2016, S. 115).

Die Zeit der Straffreiheit verhinderte so gut wie jede juristische Aufarbeitung der Vergangenheit. Die Menschenrechtsorganisationen hielten jedoch an ihrem Ziel „juicio y castigo a los culpables" fest. Ende der 1990er Jahre riefen Juristen der Menschenrechtsorganisationen dann eine neue Form von *Transitional Justice* ins Leben, wie sie so zuvor noch nicht praktiziert worden war: die Wahrheitsprozesse. Sie sorgten innerhalb der Menschenrechtsorganisationen, im akademischen Umfeld sowie in der gesamten Gesellschaft für Aufruhr. Dabei ging es nicht nur die neue Herangehensweise, vielmehr waren es die Inhalte, Zeugenaussagen und die Wiederbelebung der Erinnerungen, die die Menschen bewegten. Aus heutiger Perspektive sind die Wahrheitsprozesse nur eine kleine Fußnote im Vergleich zu dem, was an Prozessen gegen Menschenrechtsverletzungen zukünftig kommen sollte. Doch sie bleiben ein wichtiges Puzzlestück bei der Erklärung, wie die Zeit der Straflosigkeit endete. Die Wahrheitsprozesse hatten eine tiefe symbolische Bedeutung, sie rückten die Opfer, die Überlebenden und deren Angehörige in das Zentrum der Aufmerksamkeit. Auch ohne die Möglichkeit, eine juristisch bindende Verurteilung zu erreichen, galt es, symbolisch die Wahrheit zu suchen. Die Prozesse versuchten die Wahrheit zu ritualisieren. Sie hatten vor allem zwei Ziele: Zum einen sollte sich die Justiz mit den Verbrechen beschäftigen, zum anderen sollte dies die Straflosigkeit in Frage stellen. Juristisch war das Anliegen der Menschenrechtsorganisationen im Recht auf Wahrheit begründet. Im Zentrum der Ermittlungen stand immer der Verbleib beziehungsweise das Schicksal der Verschwundenen. (vgl. Andriotti Romanin 2013, S. 6–8)

Der erste Wahrheitsprozess fand ab April 1998 in La Plata statt. Die Menschenrechtsorganisationen strebten die Wahrheit über die Menschenrechtsverletzungen an. Damit gingen sie einen Schritt weiter als die Prozesse der 1980er Jahre, in denen nur individuelle Verbrechen verhandelt wurden. Im Ablauf der Wahrheitsprozesse wurde schnell klar, dass sie ein Zwitterwesen zwischen juristischen Prozessen und Wahrheitskommissionen sind. Der Ablauf ähnelte einem Gerichtsprozess, nur dass der Staatsanwalt keinen Angeklagten vor sich hatte. Die Verhandlungen waren öffentlich. Es wurden neben den Opfern und Angehörigen auch Kontextzeugen, wie

[34] *Recuperar* wird hier durchaus im Sinne von zurückerobern gebraucht. Es handelt sich um die Zurückgewinnung eines Ortes, der dem Vergessen anheimfiel. Es wird vor allem dann gebraucht, wenn zivilgesellschaftliche Organisationen ein ehemaliges Folterzentrum in einen Erinnerungsort verwandeln.

Historikerinnen und Historiker, gehört. Für die Familien der Opfer war der Wahrheitsprozess ein erster Schritt auf dem Weg zur Verurteilung der Täter. Die Streitkräfte verweigerten sich jeglicher Kooperation. Sie bezeichneten den Prozess als Simulation, die nur dazu dienen würde, die Sicht der Subversion zu verteidigen. (vgl. Andriotti Romanin 2013, S. 12–15)

Viele Beteiligte werten im Nachhinein die Wahrheitsprozesse als bedeutsamen Schritt auf dem Weg zur Gerechtigkeit. Sie dienten als öffentliche Beweissammlung. In vielen Fällen wurde hier zum ersten Mal alles relevante Material zusammengetragen. Etwa die von den Angehörigen gestellten *Habeas Corpus* Anträge, die an verschiedenen staatlichen Stellen lagen und niemals zusammengefasst worden waren. Zudem sammelte die Staatsanwaltschaft Akten aus Polizei- und Armeebeständen sowie von Friedhöfen. Dort konnten sogar mit N.N. markierte Gräber identifiziert werden. Es entstand damit quasi ein Archiv über die Repression. Dies war für die späteren strafrechtlichen Prozesse äußerst nützlich, denn hierauf konnte zurückgegriffen werden. In vielen Fällen hatte der Prozess eine wiedergutmachende Wirkung. Da der Ablauf nicht der üblichen Ordnung eines Strafprozesses entsprach, konnten die Überlebenden beispielsweise wesentlich länger und ausführlicher über ihr Schicksal berichten als in herkömmlichen Verfahren. In den später folgenden Prozessen zu Menschenrechtsverletzungen mussten die Zeugen sich klar an die Prozessregeln halten, so durften sie keine Aussagen zu anderen Fällen machen. Spätere Strafprozesse waren häufig nach den Folterzentren organisiert, Überlebende befanden sich oft in mehreren Prozessen, Aussagen durften nur zum jeweiligen Prozessgegenstand tätigen. Deswegen gelten die Wahrheitsprozesse als reparatorischer als die späteren Strafprozesse.

Die Präsidentschaft von Menem war durch die Koppelung des argentinischen Pesos an den US-Dollar geprägt. Die Wirtschafts- und Finanzpolitik wurde nach dem neoliberalen Muster ausgerichtet. Dies bedeutete einen weiteren Rückgang der Industrieproduktion und einen Zuwachs an Finanzspekulation. Der kostenintensive öffentliche Sektor wurde durch den Verkauf von staatlichen Firmen oder Anteilen kurzfristig gesichert, mittelfristig stieg die Verschuldung des Landes jedoch an. Die Privatisierungen veränderten die wirtschaftliche Struktur des Landes. Menems zweite Amtszeit – die Verfassung wurde 1994 –, geändert und erlaubte nun eine zweite Amtsperiode, endete 1999 mit der Wahl Fernando de la Rúas. Die ökonomische und soziale Lage war jedoch mehr als schlecht. Überall im Land gab es soziale Proteste, wie die *Piqueteros*, die als Arbeitslosenproteste begannen. Dem Klima des sich zuspitzenden sozialen Konfliktes konnten sich nur wenige Teile der argentinischen Gesellschaft entziehen. Doch die sich drastisch verschlimmernde Lage führte zu immer mehr Widerstand gegen die Sparmaßnahmen des Wirtschaftsministers Ricardo López Murphy. Die Staatspleite war unausweichlich (vgl. Bustos,

S. 66–70). Damit verschärften sich die Proteste, die im *Argentinazo* vom 19. und 20. Dezember 2001 ihren Höhepunkt fanden. Die Bilder der Polizeigewalt gegen die Demonstranten sind Teil des kollektiven Gedächtnisses geworden. Unter ihnen wohl besonders die Szene, als berittene Polizei Mitglieder der *Madres de la Plaza de Mayo* bedrängen und verletzen. Hier zeigt sich eine wichtige Botschaft, die für Teile der Menschenrechtsbewegung essentiell ist: Menschenrechte sind nicht nur hinsichtlich Versäumnisse in der Vergangenheit einzuklagen, sondern sie bedürfen auch in der Gegenwart Schutz und müssen ständig eingefordert werden. Die *Madres* unterstützten die sozialen Proteste und forderten eine Abkehr von der neoliberalen Wirtschaftspolitik (vgl. Szalkowicz und Cortiñas 2019, S. 105–106). Die Menschenrechtsorganisationen waren nicht die zentralen Akteure im *Argentinazo*, sie waren aber deutlich sichtbar. Der komplette Vertrauensverlust in die politische Klasse, der seinen Ausdruck in der Forderung „¡Que se vayan todos!" fand, öffnete ein Fenster für einen Politikwechsel im Bereich der Erinnerungs- und Menschenrechtspolitik.

Politisch und wirtschaftlich setzte ab 2003 eine neue Stabilität ein. Der Peronist Néstor Kirchner übernahm das Amt des Präsidenten. Kirchner war Gouverneur der erdölreichen Provinz Santa Cruz gewesen. Bei den Wahlen erhielt Kirchner nur 22 % der Stimmen, jedoch zog Expräsident Menem (24 %) seine Kandidatur für den zweiten Wahlgang zurück. Er benutzte einen progressiven Diskurs und versuchte, „von oben" einen neuen national-popularen Weg einzuschlagen.[35] Ihm gelang es, die Rolle des Staates als aktiver Akteur aufzuwerten. Als Eckpunkte sind hier die Veränderungen im Obersten Gerichtshof, die Einbindung der Menschenrechtspolitik, die Durchsetzung des *Defaults*[36] sowie die Ergreifung heterodoxer Maßnahmen in der Wirtschaftspolitik zu nennen (vgl. Svampa 2011, S. 23–25).

Die Übernahme der Regierung durch Kirchner markiert die vierte Phase in der Aufarbeitung und Erinnerung. In seiner Regierungszeit gibt es eine drastische Kehrtwende in dem Verhalten der meisten Menschenrechtsorganisationen. Aus der Konfrontation gegen den Staat, ausgedrückt durch die Forderungen nach *memoria, verdad* und *justicia*, wurde ein Zusammengehen, gar eine Allianz. Die Menschenrechtsorganisationen konnten während der drei Regierungsperioden der Kirchners immer auf die Unterstützung der Regierung und der staatlichen Stellen

---

35 Der Kirchnerismus als politisches Projekt versteht sich als Abkehr vom neoliberalen Konsens in Argentinien und möchte das populare Subjekt (Arbeiterklasse und untere Schichten) als Repräsentation der argentinischen Gesellschaft verankern. Kombiniert wurde dies mit einer Fortschreibung der peronistischen Traditionslinien, im Bereich der sozialen Gerechtigkeit, zusammen mit einer Betonung des Linksperonismus der 1970er Jahre und der Widerstandsrhetorik der *Abuelas* und *Madres* (vgl. Goldberger 2018, S. 69–73).

36 In Anbetracht der hohen Staatsverschuldung erklärte sich Argentinien für zahlungsunfähig. Es folgte eine Restrukturierung und Nachverhandlung der Auslandsschulden.

hoffen. Die zivilgesellschaftliche Bewegung fand sich sogar mit dem Staat zu Institutionalisierungsprozessen zusammen. Dieser Prozess hat zwei Möglichkeiten der Interpretation. Kirchner nutzte die Menschenrechtsorganisationen, vor allem die *Madres* und *Abuelas*, um seiner Figur und seiner Politik mehr Legitimität zu verleihen. Anders kann formuliert werden, dass die Organisationen sich geschickt der Ressourcen des Staates bedienten, um ihre politischen Ziele durchzusetzen.

Dieser Wandlung im Verhältnis zueinander liegt ein völlig anderes Geschichtsverständnis der Kirchners zugrunde, dass ein Aufeinanderzugehen beider Akteure ermöglichte. Die *Madres*, die auch nach der Demokratisierung ihre „Marchas de la Resistencia" regelmäßig abhielten, standen jeder Regierung äußerst kritisch gegenüber. Alfonsín erfüllte, ihrer Meinung nach, nicht ihre Ansprüche. Die Zeit der Straffreiheit und Begnadigungen verfestigten die staats- und regierungskritische Einstellung der *Madres*. Stattdessen richteten sie ihre Appelle an das argentinische Volk und versuchten es gegen das Vergessen zu mobilisieren. In den 1990er Jahren wurde unter Bonafini eine deutlichere Betonung des revolutionären Kampfes der Opfer der Diktatur mit dem Ziel der sozialen Transformation, vorgenommen (vgl. Andriotti Romanin 2012, S. 42–46). Bonafini formulierte dies am 1. Mai 1998 so:

> „¡A quién le van a hacer creer que votar es democracia! ¡Votar es darles la posibilidad de que nos roben cuatro años más, que nos mientan cuatro años más, y que nos traicionen cuatro años más!
>
> La lucha organizada compañeros; hay que prepararse, hay que tener una ideología firme, una ideología que sea como una piedra, que no se mueva. Una ideología que nos aferre a lo que amamos, una ideología que nos permita caminar con la cabeza alta, una ideología que no nos haga avergonzar, una ideología como la que tenían los nuestros, que eran sonrientes, amaban, querían, jugaban, militaban, y tenían la mayor esperanza. Ellos no llegaron a cumplir su sueño; tal vez nosotras tampoco; ¡pero es la obligación de ustedes que el sueño de los 30.000 se cumpla, compañeros! " (Bonafini 1998)

Kirchner, der keine vorherige Militanz im Bereich der Menschenrechte aufwies, schaffte es, diese staatsfeindliche Haltung der *Madres* umzukehren. Bereits in der Wahlkampagne machte er deutliche Referenzen zur Vergangenheit in seinen Reden. Gleich zu Beginn seiner Amtszeit traf er sich mehrmals mit Vertretern der Menschenrechtsorganisationen. Bereits in den ersten Tagen wurden Militärs aus den Streitkräften entfernt, die eng mit der Repression verbunden waren. Zudem wurde die Justiz ermuntert, die Verletzungen der Menschenrechte zu untersu-

chen. Das Schlusspunkt- und das Gehorsamsgesetz sollten aufgehoben werden. Den Menschenrechtsorganisationen bot sich somit erstmals die Möglichkeit, die aus ihrer Sicht verhassten Gesetze aufzuheben und zu einer wirklichen Strafverfolgung zu gelangen. Für die Aktivistinnen und Aktivisten waren dies Zeichen genug, auf den ersehnten Politikwechsel zu hoffen (vgl. Andriotti Romanin 2012, S. 48–50).

2004 entschied Kirchner, die problematische Situation der ESMA zu klären und den Forderungen der Menschenrechtsorganisationen nachzukommen. Auf dem Gelände sollte ein Museum entstehen, das die Geschichte des Ortes als bekanntestes Folterzentrum erzählt. Bei einem Besuch der ESMA erklärte der Präsident den Überlebenden, wie wichtig es sei, dass die gesamte argentinische Gesellschaft den Ort besuche. Federico Lorenz hält fest, dass Néstor Kirchner sich selbst zur Generation der 1970er Jahre zählte, in der *Juventud Peronista* aktiv war und eine gute Freundin durch die Repression verlor (vgl. Lorenz 2007, S. 86–90). Bei der feierlichen Übergabe der ESMA an die Menschenrechtsorganisationen bat Kirchner im Namen des Staates um Verzeihung:

> "Las cosas hay que llamarlas por su nombre […] Vengo a pedir perdón de parte del Estado nacional por la vergüenza de haber callado durante veinte años de democracia tantas atrocidades […] Hablemos claro: no es rencor ni odio lo que nos guía. Me guía la justicia y la lucha contra la impunidad. Los que hicieron este hecho macabro y tenebroso como fue la ESMA tienen un solo nombre: son asesinos." (Kirchner 2004)

Nicht nur übernahm er den Diskurs der Menschenrechtsorganisationen über die Vergangenheit, er teilte auch ihre Sichtweise der Tätigkeit des argentinischen Staates seit der Redemokratisierung. Alfonsíns Leistungen hinsichtlich der CONADEP und *Nunca más* werden nicht erwähnt und fallen damit unter *haber callado*. Dies und die generationale Verortung unterstreichten die komplette Wende in der Erinnerungs- und Menschenrechtspolitik.

Sofort gab es Kritik an den Maßnahmen der Regierung Kirchner. Die ESMA als Museum diente nur dazu, die Verbrechen der Militärs zu zeigen. Die Gewalt der Guerilla hätte darin keinen Platz, so ein Kolumnist von *La Nación,* der Zeitung, die sich am deutlichsten gegen den Erinnerungskurs positionierte und bis heute die „komplette Erinnerung"[37] fordert. Kirchners Kurs wurde von ihnen als politische Maßnahme gesehen, die sich gegen die Versöhnung richtete (vgl. Lorenz 2007, S. 87).

---

[37] *Memoria completa* bezeichnet in Argentinien eine Bewegung, die die Verbrechen der Guerilla in den Mittelpunkt der Erinnerung rücken will. Es gilt als Kampfbegriff gegen die Erinnerungskultur, die sich ab 2003 etablierte.

Kirchner nutzte die gleiche Sprache wie die direkt betroffenen Menschenrechtsorganisationen, er drückte klare Gefühle, wie Liebe und Loyalität, gegenüber den Verschwundenen aus. Die *Madres* wiederum sahen ihn als einen, der das revolutionäre Projekt ihrer Kinder weiterführen wird. Kirchner wagte eine andere Lesart der Vergangenheit und identifizierte sich offen mit den 30.000 Verschwundenen, die nun nicht mehr als ein Dämon gesehen wurden. Das politische Projekt des Kirchnerismus gewann so an Glaubwürdigkeit und Unterstützung im progressiven Sektor der argentinischen Gesellschaft. Die *Madres* sollten ihn dabei nicht nur begleiten, ihnen wurde ein wichtiger Platz im Machtapparat und bei der Durchführung der Erinnerungsprojekte gewährt. Die Militanz der Zivilgesellschaft wurde so in den Staat getragen. Dies ist ein wichtiger Aspekt beim Versuch, die Erinnerungspolitik zu analysieren. Die Regierung Kirchner gab den Menschenrechtsorganisationen nicht nur Raum und Geld, sie wurden Teil des Staates, in dem Individuen aus ihnen in staatliche Positionen wechselten und wichtige Ämter im Bereich der Menschenrechtspolitik übernahmen. Darüber hinaus bieten die *Madres* wichtiges symbolisches Kapital, denn wenn bei einem offiziellen Akt eine *Madre* mit ihrem Kopftuch anwesend ist, gewinnt die Veranstaltung dadurch an Bedeutung. Bei der Annäherung von Menschenrechtsorganisationen und Staat handelte es sich aber nicht um eine vollkommene Eroberung oder Kooptation. Nur langsam näherten sich Vertreter, Logiken und Projekte an. Zu inhaltlichen Auseinandersetzungen kam es dennoch, nur jetzt sprach man auf beiden Seiten eine gemeinsame Sprache (vgl. Andriotti Romanin 2012, S. 50–52).

Kritiker warfen Kirchner vor, hiermit wieder alte Wunden aufzureißen, doch hätten dafür die Wunden erst einmal geschlossen sein müssen. Für die vom Staatsterrorismus Betroffenen und die Menschenrechtsorganisationen war das jedoch nicht der Fall. Kirchner holte die verborgenen subalternen Erinnerungen hervor und trug den Kampf um die Interpretation der Vergangenheit offen aus. Er verabschiedet, sich dabei von den Mustern, die seine Amtsvorgänger die erinnerungspolitisch bestimmt hatten. Weder die Theorie der zwei Dämonen noch Versöhnung waren sein Fundament. Er übernahm den Diskurs der Menschenrechte und bewertete die 1970er Jahre auf dieser Grundlage neu. Nicht nur die Sicht auf die Verschwundenen und ihre politischen Ideen änderte sich, Erinnerungspolitik wurde zum zentralen Aktionsfeld der Politik. Dabei stand die Erinnerung an das Trauma und die Gewalt im Mittelpunkt, in Verbindung mit einer Repolitisierung der Verschwundenen. Symbolpolitisch eindrucksvoll vermittelt dies eine bedeutsame Geste im *Colegio Militar*, als Kirchner befahl, die dort hängenden Porträts von Jorge Rafael Videla und Reynaldo Bignione abzuhängen. Das Foto, welches klug für die Presse inszeniert wurde, steht wie kaum ein anderes für die Richtungsänderung in der Politik (o. A. 2013).

Die wohl wichtigste Verschiebung gab es im Bereich der juristischen Aufarbeitung. Ziel der Regierung Kirchner war es, die Menschenrechtsverletzungen im eigenen Land gerichtlich zu verhandeln. Im September 2003 wurden die Gesetze, die die Straffreiheit garantierten, vom Parlament aufgehoben. Im Juni 2007 erklärte der Oberste Gerichtshof die Gesetze schließlich für verfassungswidrig, was endlich die Möglichkeit bot, Prozesse gegen die Täter der Militärdiktatur zu eröffnen. Die gerichtlichen Untersuchungen, die ab 2003 begannen, folgten einer anderen Logik als die der 1980er Jahre. Im 21. Jahrhundert ging es nun um Delikte des internationalen Strafrechts, wie Genozid und Menschenrechtsverletzungen. Feierstein führt mehrere Gründe für die Wiederaufnahme der Prozesse an: der lange Kampf der Menschenrechtsorganisationen und der Zivilgesellschaft, die die Straffreiheit nicht akzeptieren konnten und sogar im Ausland vor Gericht zogen. Dazu der Kampf um die Wahrheit, dargestellt in den Wahrheitsprozessen und die *escraches* als Form einer sozialen Strafe. Auf der anderen Seite stand der politische Wille der Regierung Kirchner, in einer sich wandelnden Gesellschaft die Anliegen der Menschenrechtsorganisationen zu unterstützen. Feierstein listet 110 Verurteilungen von 2006 bis 2013 auf. Die meisten der Verfahren (neun) wurden in La Plata durchgeführt, gefolgt von sieben in San Martín, Tucumán und Mar del Plata. Von 632 Angeklagten wurden 90 % verurteilt, die durchschnittlichen Haftstrafen lagen bei etwa 30 Jahren. Im Vergleich zu internationalen Strafgerichtshöfen stellt Feierstein eine höhere Verurteilungsrate und höhere Effizienz fest (vgl. Feierstein 2012, S. 197–221).

Zum 40. Jahrestag des Staatsstreiches 2016 fasste die Staatsanwaltschaft die Ergebnisse der Prozesse zusammen. Bis dato wurden 162 Urteile wegen Menschenrechtsverletzungen ausgesprochen. Emblematische Fälle waren die von Miguel Osvaldo Etchecolatz, Chef der Ermittlungsabteilung der Provinz Buenos Aires. Einer der Überlebenden und zentraler Zeuge, Jorge Julio López, verschwand zum zweiten Mal während der Verhandlung gegen Etchecolatz und wird bis heute vermisst. Ebenso in La Plata fand ein Prozess gegen den katholischen Geistlichen Christian von Wernich statt. Er erhielt, wie Etchecolatz, eine lebenslängliche Haftstrafe wegen Folter, Mord und Freiheitsberaubung. Dieser Fall zeigte die deutliche Verbindung der Repression mit der katholischen Kirche (vgl. Ministerio Público Fiscal 2016, S. 11–13).

– Exkurs Genozid –

Das Wort Genozid wurde von Raphael Lemkin, einem polnischen Juden, der aus dem von den Nazis besetzten Europa fliehen konnte, kreiert. Der Jurist verlor im Holocaust fast seine gesamte Familie, seine Flucht brachte ihn schließlich in die USA. Dort veröffentlichte er ein Buch

über die deutsche Besatzung in Europa und widmete sich seiner Agenda, den Genozid und damit Völkermord als Figur des internationalen Rechts zu etablieren. Seine Wortneuschöpfung stammte von „genos“, griechisch für Stamm oder Rasse, und „cide“, lateinisch für töten. Genozid ist die vorsätzliche Auslöschung von nationalen Gruppen auf Basis ihrer kollektiven Identität. Lemkin bezog sich primär auf die Tötung, schloss aber auch die kulturelle Vernichtung in seine Überlegungen mit ein. Wenn beides vorliegt, es sich also nicht nur um Massentötungen handelt, dann liegt ein Genozid vor. In der Genozid-Forschung gibt es eine Debatte darüber, ob politische Gruppen Opfer eines Genozids werden können. Lemkin schloss dies zwar nicht aus, blieb aber vor allem bei der ethnischen Definition (vgl. Jones 2008, S. 8–12). Lemkin hatte schließlich 1948 mit seiner Lobbyarbeit Erfolg. Die Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedete die „Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes“. Hierin findet sich eine technische Definition, die nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppen als mögliche Opfer von Genozid nennt. Die Tötung, das Zufügen von körperlichen und seelischen Leiden, Zerstörung der Lebensweise, Geburtenverhinderung sowie die Zwangsadoption wurden als typische Handlungen gekennzeichnet. Genozid, dessen Planung, Versuch und Teilnahme wurden als strafbar deklariert (Generalversammlung der Vereinten Nationen 1948a). Dabei sei bemerkt, dass sich weder die Formulierung des Begriffes Genozid noch die Proklamation der Menschenrechte aufeinander beziehen, obwohl sie im selben Jahr verabschiedet wurden.

Politische und soziale Gruppen waren jedoch von der Definition ausgeschlossen, was gemeinhin auf US-amerikanischen und sowjetischen Druck zurückgeführt wird. In der Praxis ist dieses Detail jedoch entscheidend, wie nicht nur der argentinische Fall zeigt. In Ruanda schlussfolgerte das internationale Tribunal, dass alle stabilen Gruppen unter dem Schutz der Konvention stehen (vgl. Jones 2008, S. 13–14). Daniel Feierstein definiert Genozid folgendermaßen:

> „a [...] social practice as a technology of power – a way of managing people as a group – that aims (1) to destroy social relationships based on autonomy and cooperation by annihilating a significant part of the population (significant in terms of either numbers or practices), and (2) to use the terror of annihilation to establish new models of identity and social relationships among the survivors.“ (Feierstein 2014, S. 14)

Er geht damit über kriegerische Aktionen hinaus, und fasst bewusst das Verschwindenlassen als soziale Praxis des Genozids auf. Zudem zeigt er auf, dass mehrfach die Definition der UN-Vollversammlung nicht nur von Forschenden und *militantes*, sondern auch von Experten des internationalen Rechts angefochten wurde. Feierstein weist in seiner Publikation nach, neben

anderen steht er stellvertretend für viele argentinische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Aktivistinnen und Aktivisten, warum der von den Militärs als „schmutziger Krieg“ gegen die Subversion bezeichnete Konflikt ein Genozid war. Die Militärs reagierten auf die politische Gewalt der Guerilla mit Staatsterrorismus, der die „reorganizing genocidal social practice“ zum Ziel hatte. Feierstein sieht den Anfang dieser Kampagne bereits unter der demokratisch zustande gekommenen Regierung Isabel Perón (vgl. Feierstein 2014, S. 61). In seiner Untersuchung legt er dar, warum Begriffe wie schmutziger Krieg, Bürgerkrieg, bürokratisch-autoritärer Staat und auch Staatsterrorismus nicht ausreichen, um die Ereignisse von 1975–1983 in Argentinien zu beschreiben. Seine Argumentation beruht darauf, dass die Repression geplant und zielgerichtet die Opfer traf, die vorher ausgewählt wurden (vgl. Feierstein 2014, S. 143–155). Entscheidend war die politische Identität der Opfer, die sich als geschlossene Gruppen beschreiben lässt. Die Mehrzahl von ihnen wäre schon vor dem Staatsstreich, durch ausgeklügelte Geheimdienstarbeit, identifiziert gewesen. Das Vorgehen der Militärs sieht er ähnlich zu dem der Nazis gegen die Juden: Belästigung, Isolation, Mord, der Hauptunterschied läge nur im quasi industriellen Vorgehen gegen die Juden (vgl. Feierstein 2014, S. 166–172).

Genozid als juristische Figur fand erstmals 1999 Eingang in die Debatte in Argentinien. In Spanien eröffnete der international bekannte Jurist Baltasar Garzón ein Verfahren gegen den geständigen Piloten der Todesflüge, Adolfo Scilingo. Dieser wurde wegen Genozids angeklagt und 2005 wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu lebenslanger Haft verurteilt. Das Argument, dass ein Mitglied einer nationalen Gruppe Völkermord an seiner eigenen Gruppe begehen kann, eröffnete eine neue Debatte in Argentinien. Endgültig etabliert im juristischen Teil der Debatte wurde der Begriff mit dem Urteilspruch gegen Etchecolatz. Dieser wurde zwar nicht wegen Genozid verurteilt, jedoch lautete der Tatbestand: Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Kontext des Genozides in Argentinien (vgl. Feierstein 2014, S. 181–182).

Neben der juristischen und sozialwissenschaftlichen Elaboration ist der Begriff Teil der Debatte in der argentinischen Praxis. Er steht, wie die Zahl 30.000, für eine spezielle Sicht auf die Vergangenheit. Hugo Vezzetti macht deutlich, dass der von Lemkin stammende Begriff in seiner Anwendung auf den argentinischen Fall problematisch ist. Dabei geht es nicht nur um die Einbeziehung politischer Gruppen, sondern auch um die Beziehung, die Lemkin zwischen Gemeinschaft, Kultur und Identität sah. Die Schwierigkeit besteht darin, katholischen Priestern, Guevaristen und Peronisten eine gemeinsame Identität zuzusprechen. Dies taten die vor allem von den Militärs, die in ihnen die „Subversion“ sahen. Den Vergleich mit dem Holocaust sieht der Autor kritisch, da in Argentinien die quasi industrielle Vernichtung nicht in gleichem Maße

stattfand. Die geheimen Folterzentren, die zur Ermordung dienten, hatten durchaus eine organisatorisch administrative Dimension, die auf intensive Planung zurückgeht. Die Repression war in den ersten beiden Jahren der Diktatur am blutigsten, danach verringerten sich Intensität und Opferzahlen. Für Vezzetti war die Ermordung selektiv und nicht allgemein. Des Weiteren hält er die Figur des Staatsterrorismus für zu wenig komplex, um die Beziehungen zwischen Militärdiktatur und argentinischer Gesellschaft zu beschreiben. Im Diskurs begann Genozid, den Begriff „Interner Krieg" zu ersetzen, dieser war neutraler als „Krieg gegen die Subversion" und „revolutionärer Krieg" (vgl. Vezzetti 2012, S. 32–39). Die neue Sichtweise lautet:

> „there was no war; rather there were crimes and extensive violations of basic rights. The figure of genocide is inserted into this new paradigm, springing from the discourse, the public exposure given to legal proceedings and due recognition of the victims." (Vezzetti 2012, S. 39)

Die Auseinandersetzung darüber, ob die Repression ein Genozid war, ist Teil des erinnerungspolitischen Konfliktes in Argentinien. Der Begriff ist Teil der Debatte und im Diskurs der argentinischen Wissenschaft genauso fest etabliert wie unter den Menschenrechtsorganisationen. In diesen Gruppen ist es mehr als anstößig den Begriff in Frage zu stellen. So wurde der Ausspruch „Fue un genocidio" Teil des Widerstandes gegen die relativistischen Äußerungen, die unter der Regierung Macri lauter wurden. In der Genozid-Forschung außerhalb Argentiniens ist der Fall sehr umstritten und wird in vielen Publikationen nicht mitgezählt, da die Opferzahl zu gering ist und es sich um Opfer politischer Gruppen handelte. Dies hat aber kaum Auswirkungen auf die argentinische Debatte, hier gilt der Begriff als notwendig, um die Erinnerung an die Opfer zu bewahren (vgl. Jones 2008, S. 359). Genozid und die Zahl 30.000 stehen für die Punkte, die für eine Mehrheit der Aktivistinnen und Aktivisten nicht zu diskutieren sind. Es sind Narrative, die zeigen sollen, wie stark die staatliche Repression war und dass es sich nicht nur um die Bekämpfung der Guerilla handelte. Die Militärs und ihre Verbündeten hatten eine neue gesellschaftliche Ordnung zum Ziel, in der politischer Aktivismus, der auf einen progressiven sozialen Wandel ausgerichtet war, keinen Platz hatte. Dazu wurde die Vernichtung eines Teils der Bevölkerung in Kauf genommen. Die Bezeichnung Genozid stellt die Verbrechen in Argentinien in eine Reihe mit den größten Katastrophen der Menschheit. Doch auch Vezzetti (2012) zeigt, dass der Begriff letztendlich nur zu einer Komplexitätsreduktion führt und die Schwarz-Weiß-Sicht fördert. Gut gegen Böse, Links gegen Rechts oder Sozialismus gegen ein national autoritäres Projekt. Doch die Erinnerung an die Militärdiktatur ist ein offener Konflikt in der argentinischen Gesellschaft, hier treffen verschiedene Narrative aufeinander, und diese

sind oft mit Implikationen auf die Gegenwart versehen. Der Staat als derjenige, der die Verantwortung für die Traumata der Vergangenheit trägt, ist spätestens mit dem Politikwechsel unter den Kirchners zu einem Akteur geworden der die Verteidigung der Menschenrechte stärker in das Zentrum der Argumentation gerückt hat. Hiermit waren die vielen erinnerungspolitischen Initiativen verbunden, die in der Zeit bis 2015 realisiert wurden.

Erinnerungen und Geschichte werden vor allem in den Schulen an die kommenden Generationen vermittelt. In diesem Bereich setzte die Regierung Kirchner andere Akzente und Initiativen. Ab 2005 begann die Regierung, im Bereich der Bildung Erinnerungspolitik zu betreiben. Hintergrund war der 30. Jahrestag des Putsches 2006, zu dem die Schüler in den staatlichen Schulen Projekte durchführen sollten. Fundament der erinnerungspolitischen Richtlinien waren *Nunca más*, der Prozess gegen die Juntas sowie der Kampf der Menschenrechtsbewegung gegen die Straflosigkeit. Erstmals wurde ernsthaft über die Rolle der Schule in der Vermittlung von Erinnerung der traumatischen Vergangenheit diskutiert. Zu klären galt, welche Erinnerungen und mit welchen Mitteln diese in den Klassenräumen eingesetzt werden sollten. Dabei ging es nicht ausschließlich um die Diktatur, das Programm umfasste neben dem Staatsterrorismus und dem Krieg um die Malwinen auch den Holocaust (vgl. Adamoli et al. 2015, S. 226–228). Das neue Bildungsgesetz aus dem Jahr 2006 legte die Grundlage für die Behandlung dieser Themen, denn dort heißt es:

> „El ejercicio y construcción de la memoria colectiva sobre los procesos históricos y políticos que quebraron el orden constitucional y terminaron instaurando el terrorismo de Estado, con el objeto de generar en los/as alumnos/as reflexiones y sentimientos democráticos y de defensa del Estado de Derecho y la plena vigencia de los Derechos Humanos.“ (zitiert nach Raggio 2017b, S. 3)

Damit wurde die Schule ein Ort, in dem die Erinnerungskämpfe ausgetragen werden. 2009 wurde zusätzlich das *Red Nacional de Educación y Memoria* geschaffen. In diesem wurde mit Hilfe von Dozierenden und Personen aus der Praxis die Lehrerfortbildung zu den drei zentralen Themen verbessert, und es wurden drei Schulbücher entwickelt, die sich mit den Erinnerungen an die traumatische Vergangenheit beschäftigen. Auch hier blieb eine Auseinandersetzung um die Interpretation der Vergangenheit nicht aus. Den staatlichen Stellen ging es vor allem darum, die Theorie der zwei Dämonen zurückzudrängen und die andere Seite der Opfer der Diktatur zu zeigen (vgl. Cueto Rúa 2017, S. 4–6). Die Quellen und Texte in einem der Bücher (*Pensar*

la Dictadura: Terrorismo de Estado en Argentina), zeigen zwei Hauptnarrative: Staatsterrorismus und das humanitäre Narrativ über die Opfer. Die Gewalt der Guerilla wird nicht als Dämon dargestellt (Ministerio de Educación 2010).

Im Bereich der Erinnerungsorte gab es ebenfalls eine gezielte staatliche Politik der Förderung und Erhaltung von Orten und Gebäuden, die große erinnerungskulturelle Bedeutung haben. Hier war wieder das vorherige zivilgesellschaftliche Engagement die Wurzel der staatlichen Politik. Ende der 1990er Jahre begannen regionale Initiativen bestimmte Orte der Repression „zurückzuerobern – *recuperar*". Im Jahr 2000 war dies mit den ehemaligen geheimen Folterzentren *Mansión Seré* in Moron und *Club Atlético* in Buenos Aires der Fall. Die Übergabe der ESMA an die Menschenrechtsorganisationen war dann der nächste wichtige Schritt. 2006 wurde das *Red Federal de Sitios de Memoria* gegründet, welches in das *Archivo Nacional de la Memoria* eingegliedert und auf dem Gelände der ESMA angesiedelt ist. Mit dieser losen Vereinigung wollte der Staat den Austausch von Erfahrungen und Konzepten im Umgang mit Erinnerungsorten fördern. 2011 schließlich wurde das Gesetz zur Erhaltung, Kennzeichnung und Verbreitung von Orten der Erinnerung an den Staatsterrorismus erlassen. Hiermit ist der Staat verpflichtet, jeden Ort zu kennzeichnen, der nachweislich mit der Repression in Verbindung stand. Hierunter fallen vor allem die ehemaligen geheimen Folterzentren. Das Gesetz verpflichtet den Staat, an den jeweiligen Orten Forschung, Weiterbildung und Transmission zu den Themen des Staatsterrorismus und der Menschenrechte. Der Staat wird an dieser Stelle als zentraler Akteur tätig und übernimmt einen Teil der Arbeit, die vorher von den Menschenrechtsorganisationen geleistet wurde. Damit soll die Instandhaltung, sowohl als Ort, als auch im Sinne der Bildungsarbeit und als juristisches Beweisstück gewährleistet werden. Nicht alle Orte sind Museen oder Erinnerungsorte, einige werden heute noch von Armee und Sicherheitskräften genutzt. Diese sind aber trotzdem mit einer großen Plakette versehen, die über die dort geschehenen Verbrechen und den Staatsterrorismus im Allgemeinen informiert. 2015 waren es 120 Orte, die als Erinnerungsorte nach dem Bundesgesetz gekennzeichnet wurden. In der Praxis gibt es noch weitere, vor allem regionale Aktivitäten. 34 Orte sind „zurückgewonnen" und funktionieren heute als Erinnerungsorte, oft in Händen der Gemeinden oder Bundesstaaten und in der Regel mit geteilter Verwaltung, d.h. Regierung, Menschenrechtsorganisationen und Anwohnerinnen und Anwohner leiten zusammen den Ort und treffen Entscheidungen. Von den 34 verteilen sich 21 auf die Stadt und die Provinz Buenos Aires. Zu ihnen zählen jedoch nicht nur die Orte der ehemals geheimen Folterzentren, das Gebäude der CPM mit dem ehemaligen Sitz

des Polizeigeheimdienstes ist ebenso darunter wie die Casa Mariani-Teruggi[38] (vgl. Ministerio de Justicia y Derechos Humanos de la Nación 2015, S. 4–7).

Der wichtigste Erinnerungsort bleibt jedoch die ESMA. Das 17 Hektar umfassende Gelände ist heute die Arbeitsstätte für fast alle Menschenrechtsorganisationen sowie erinnerungspolitische Institutionen des Nationalstaates und der Stadtregierung. Hier treffen unterschiedliche Interessen und Sichtweisen der Vergangenheit aufeinander, nicht nur die beiden Fraktionen der *Madres*. Es gab intensive Diskussionen, wie das Museum und die gesamte Anlage zu gestalten sei. Zum einen wollte man den Ort als Beweismittel erhalten, zum anderen sollte die Vermittlung der Erinnerung gewährleistet werden. Zu Beginn war das Gelände nur an bestimmten Tagen und nur mit Anmeldung zu besuchen, diese Restriktionen entfielen jedoch im Laufe der Jahre. Kritik wurde an einer zu starken Fixierung auf den Tod und den Terror geübt. Die ESMA sollte zu einem Ort des Lebens werden (vgl. Huffschmid 2015, S. 130–133). Für die Gegner der Erinnerungspolitik der Kirchners bleibt die ESMA emblematisch als Ort, der nur einseitig auf die Vergangenheit blickt, die Gewalt der Guerilla vergisst und damit nicht zur Versöhnung beiträgt. Für viele ist die ESMA jedoch ein großer Erfolg in der Menschenrechtspolitik, verwandelte es doch den Ort des Horrors in einen Ort der Menschenrechte und der Zukunft.

2005 entschied Kirchner, den 24. März, der seit 2002 offizieller Gendenktag war, in einen arbeitsfreien „Feiertag“ zu verwandeln (Ministerio de Educación, Cultura, Ciencia y Tecnología o. J.). Dies stieß anfangs auf Kritik der Menschenrechtsorganisationen, da dieser Tag nicht „gefeiert“ werden solle. Im Jahr darauf nahm die Regierung einen weiteren Schritt in der Erinnerungspolitik vor, der viele Diskussionen auslöste. Im März 2006 veröffentlichte die *Secretaría de Derechos Humanos de la Nación* eine neue Auflage von *Nunca más*, versehen mit einem neuen Prolog, geschrieben von Eduardo Luis Duhalde und Rodolfo Mattarollo[39]. Der „Staat“ wollte diesen Klassiker nicht vom neuen erinnerungspolitischen Aktivismus ausgenommen lassen. Die neuen Ideen und Akzente, die in der Gesellschaft bezüglich der Repression der Militärdiktatur entstanden waren, sollten abgebildet werden. Von Beginn an ist der neue Prolog eine neue Lesart der Verbrechen der Diktatur und fügt sich damit in die weiteren erinnerungspolitischen Maßnahmen der Regierung Kirchner ein. Im Prolog selber werden die Maßnahmen der Regierung Kirchner gelobt. Der neue Prolog stellt die bisher dominierende Sichtweise der

---

38 Das Haus in La Plata war ein geheimer Unterschlupf der Montoneros und wurde im November 1976 von Polizei und Armeekräften in einer militärischen Operation angegriffen. Dabei wurden die Bewohner ermordet und das Baby des Ehepaars Mariani Teruggi, Clara Anahí, entführt. Bis heute ist es eines der bekanntesten ungelösten Fälle der Zwangsadoption. Siehe auch Kapitel 6.

39 Von 2003/05 bis 2012 Sekretär und Untersekretär für Menschenrechte, beide waren vor der Diktatur politisch im Linksperonismus aktiv, setzten sich für politische Gefangene ein und gingen ins Exil.

Geschehnisse in Frage und charakterisiert die Theorie der zwei Dämonen als Rechtfertigung des Staatsterrorismus. Die Aktivitäten der Guerilla werden nicht verurteilt und sie wird nicht für den Terror verantwortlich gemacht. Der Staatsterrorismus hatte ein ökonomisches System zum Ziel, das die allgemeine Bevölkerung von der Wertschöpfung ausschloss. Die Diktatur sollte dem Wohle weniger dienen. Die zivile Komponente der Diktatur wurde deutlich stärker thematisiert. Das humanitäre Narrativ der Opfer, die nur mit allgemeinen Daten beschrieben werden, bleibt intakt. Die Guerilla wird, wie im Original, nicht thematisiert. Die Verbrechen werden eindeutig als Menschenrechtsverletzungen bezeichnet (vgl. Crenzel 2007, S. 53–58).

Crenzel zeigt, dass der Prolog die Diktatur vor allem mit dem neoliberalen Wirtschaftsmodell verknüpfen wollte. Die Demokratie ist dann, in ihrer Fortführung von neoliberalen Wirtschafts- und Sozialpolitiken, nicht per se ein Bruch mit der Diktatur. Die Frage der sozialen Ungerechtigkeit wurde klarer thematisiert. Dabei wird weder die Gewalt des Staates noch die politische Gewalt generell historisiert (vgl. Crenzel 2007, S. 58–60). Die Regierung Kirchner, die sich wirtschaftspolitisch als post-neoliberal sah, legte besonderen Wert auf die Verbindung von Diktatur mit einem ökonomischen Modell, was – historisch gesehen – nicht falsch ist. Viele der Strukturreformen gingen auf die Militärregierung zurück. Die weitreichendsten Reformen stammten jedoch vom Peronisten Menem. Im neuen Prolog wird das erinnerungspolitische Ziel der Erinnerung an die Opfer mit einer ökonomischen und sozialen Zielstellung verknüpft, die der Regierung größere Legitimation verschaffen sollte. Die Theorie der zwei Dämonen wurde aus *Nunca más* entfernt, und der Staatsterrorismus mit seiner zivilen Unterstützung wurde zum dominanten Narrativ.

Die Geschichte des Prologes zu *Nunca más* ist an dieser Stelle aber noch nicht zu Ende. Mit dem Ende der zweiten Regierung von Cristina Kirchner und dem Machtwechsel zu Mauricio Macri wurde zehn Jahre später eine erinnerungspolitische Kehrtwende eingeleitet. Der neue Sekretär für Menschenrechte, Claudio Avruj, präsentierte eine neue Auflage von *Nunca más* in der Form von 1984 mit dem alten Prolog und damit „ohne beigemengte Ideologie“. Die Regierung Macri griff damit zurück auf die Theorie der zwei Dämonen. In einigen Punkten hofierte die Regierung Macris sogar die Militärs und nahm an deren Gedenkveranstaltung teil (vgl. Bertoia 2016, S. 8–10).

Die meisten Erinnerungspolitiken in der Zeit von 2003-2015 wurden im relativen Konsens mit der Mehrzahl der Menschenrechtsorganisationen beschlossen. Am deutlichsten distanzierten sich immer noch die H.I.J.O.S., die eine weiterhin kritische Haltung zum Staat hatten und Kontinuitäten im Militär, aber auch im Wirtschaftssystem anprangerten. Begrüßt wurden in erster

Linie das Ende der Straffreiheit und die Prozesse gegen die Täter. Doch Vorfälle, wie das erneute Verschwinden von López, Polizeigewalt und Repression von sozialen Protesten, lieferten H.I.J.O.S. weiter Zündstoff für Kritik am Staat und der Regierung (vgl. Cueto Rúa 2008, S. 132–134).

Doch nicht alle waren bereit, den Konsens von Regierung und Menschenrechtsorganisationen mitzutragen. Eine dieser kritischen Stimmen war die Sozialwissenschaftlerin Claudia Hilb. Sie wandte ein, dass in Argentinien die Sprache der Versöhnung[40] verboten sei. Für eine stabile Gesellschaft und für eine funktionierende Demokratie bräuchte es Versöhnung. Bei einem Vergleich von Argentinien und Südafrika hinsichtlich der erinnerungspolitischen Maßnahmen und der juristischen Aufarbeitung bemängelt sie, dass in Argentinien die Täter nicht in den Strafprozess einbezogen werden. In den allermeisten Fällen gilt hier noch der Schweigepakt. Zudem kritisiert sie, dass die Guerilla einseitig als Opfer dargestellt, ohne die Verantwortung für ihre Taten übernommen zu haben (vgl. Hilb 2011, S. 44–52).

Hilbs Annahmen über Verzeihen und Versöhnung funktionieren jedoch nur, wenn die Täter dazu bereit sind, ihre Taten zu gestehen. Dies ist allerdings in Argentinien, anders als in Südafrika, kaum der Fall gewesen. Zudem mussten die CONADEP und die Gerichte zuerst die Wahrheit über die Verbrechen, die in vielen Fällen im Geheimen begangen worden waren, aufklären. Kritiker werfen Hilb vor, dass sie die Verbindung von juristischer Aufklärung und Wahrheit übersieht und die positiven *outcomes* des südafrikanischen Beispiels überschätzt (vgl. Rauschenberg 2018, S. 308–311).

Nestor Kirchner und die politische Strömung, die er begründen sollte, veränderten die Beziehungen des Staates zu den sozialen Bewegungen und den Menschenrechtsorganisationen. Der Kirchnerismus implementierte neue Praktiken und Diskurse, die speziell auf die sozialen Bewegungen ausgerichtet waren. In der Sozialwissenschaft wurde vor allem das Verhältnis der Arbeitslosen- und *Piquetero*-Bewegung zur Regierung Kirchner untersucht. Aus diesen Ergebnissen lassen sich auch Schlussfolgerungen auf das Verhalten der Menschenrechtsorganisationen ziehen. Diese beobachteten die Veränderungen in der Politik und überdachten ihre Haltung zum Staat. Sie formulierten neue Forderungen, denen sie mit zum Teil neuen sozialen Aktionen Nachdruck verliehen. Den Kirchnerismus zeichnen spezielle Diskurse, Politiken und politische Gesten aus, die auf die sozialen Bewegungen ausgerichtet waren. Kirchner konnte so die beiden Bedeutungen von *pueblo*, im Sinne von Staatsbürgern und im Sinne des National-Popularen

[40] Tatsächlich ist das Wort „reconciliación“ quasi ein Tabu, da es mit der Erinnerungspolitik von Menem verknüpft wird und für einen den Staatsterror relativierenden Diskurs steht, siehe hierzu Kapitel 6.

bedienen. Diejenigen Gruppen, die sich dem nicht anschlossen, wurden isoliert (vgl. Grimson 2019, S. 263–268).

Unter Kirchner sprach der Staat zum ersten Mal die sozialen Bewegungen an, er hob ihre Verdienste hervor und würdigte den Wert des national-popularen Willens. Dieser Diskurs sprach sowohl alte klassische peronistische Akteure wie die Gewerkschaften an, ermöglichte aber auch, dass sich nicht-peronistische Akteure wie die historischen Menschenrechtsorganisationen (insbesondere *Madres* und *Abuelas*) dem nationalen Projekt der Kirchners anschlossen. Der Regierungsdiskurs stellte diese Akteure über ein gemeinsames Freund-Feind Schema in dieselbe Position wie den Staat. Als Feinde galten der Neoliberalismus, der Internationale Währungsfonds (IWF) und die nationalen und internationalen Wirtschaftseliten. Als Ergebnis dieser Rhetorik, aber auch des politischen Prozesses, stand die Inkorporation dieser Bewegungen nicht nur in den Kirchnerismus, sondern auch in den Staat, immer unter dem Stichwort *nacional y popular*. Diese Entwicklung umfasste nicht alle Organisationen. Ein Teil blieb auf Distanz zur Regierung. Dies gilt sowohl für *Piqueteros*[41] als auch für Menschenrechtsorganisationen gilt. Damit änderte sich die Dynamik innerhalb des Feldes. Es war nun wichtiger, ob eine Organisation auf Seiten der Regierung stand oder nicht. Inhaltliche Unterschiede rückten so in den Hintergrund, denn die Organisationen in einem Feld hatten nun ein anderes Verhältnis zueinander. Der Erfolg der Strategie Kirchners lag vor allem in externen Faktoren wie etwa die Lage an den internationalen Rohstoffmärkten, die die wirtschaftliche Erholung Argentiniens und damit eine Umverteilung von Geldern ermöglichte.

Die Menschenrechtsorganisationen sahen wesentliche Forderungen erfüllt. Die Straffreiheit wurde beendet, die ESMA an die Menschenrechtsorganisationen übergeben, und die führenden Figuren der Menschenrechtsbewegung wie Estela de Carlotto und Hebe de Bonafini stiegen quasi in die erste Reihe der staatlichen Würdenträger auf. Mit der Erfüllung der Forderung „juicio y castigo a los culpables“ gaben sich aber nicht alle Menschenrechtsorganisationen zufrieden, ein Teil lenkte den Fokus nun auf aktuelle Menschenrechtsverletzungen durch die Polizei und in den Gefängnissen (vgl. Retamozo 2011, S. 259–262).

Die oppositionell eingestellten Organisationen wurden vom Kirchnerismus gezielt geschwächt und isoliert, indem sie weniger oder kaum Gelder zur Verfügung bekamen. Letzteres geschah bei den *Piqueteros* und den sozialen Bewegungen, indem eine Spaltung entlang der Haltung

41 Die Wurzeln der *Piquetero* Bewegung reichen zurück in die Zeit der Arbeitslosenproteste ab Mitte der 1990er Jahre. In den frühen 2000er Jahren wurde sie zu einer schlagkräftigen Sozialen Bewegung, die vor allem über die *piquetes* (illegale Straßensperrungen) Aufmerksamkeit erhielt. Einzelne Gruppen gingen dann eine Allianz mit dem Staat/Kirchnerismus ein und erhielten gewisse Privilegien, wie das Recht zu Administration von sozialen Plänen (staatliche Sozialtransfers) (vgl. Kaese und Wolff 2016).

zum Kirchnerismus provoziert wurde. Im Bereich der Menschenrechtsbewegungen gelang es dem Kirchnerismus, seine hegemoniale Stellung zu etablieren und sich als „die Regierung der Menschenrechte“ zu inszenieren.

Am deutlichsten wurde die Kritik an der Erinnerungspolitik in einem Meinungsbeitrag in *La Nación* am Tag nach den Wahlen 2015 vorgetragen. Hierin werden die Ereignisse der 1970er Jahre auf die Gewalt der Guerilla zurückgeführt. Diese wird dann gar mit dem aktuellen islamischen Terrorismus gleichgesetzt. Diese „faschistische Linke“ sei durch den Kirchnerismus an entscheidende Stellen des Staates gelangt. Der Terror der Linken sei verheimlicht und unter dem Deckmantel einer „wunderbaren Jugend“ kleingeredet worden. Nur die Reaktion des Staates, also der Staatsterrorismus, hätte in der Regierungszeit der Kirchners Beachtung gefunden. Der Artikel geht noch weiter und fordert gar Hafterleichterungen für die rechtskräftig verurteilten Täter. Die Zeit der Rache sei nun vorbei (La Nación 2015). Dieser exemplarische Beitrag zeigt, dass durchaus nicht die gesamte Gesellschaft die Erinnerung des Kirchnerismus und der Menschenrechtsorganisationen teilt. Militärs, Sicherheitskräfte und ihre Angehörigen bilden bis heute einen Kern, der den Staatsterrorismus relativiert und revisionistische Gedanken äußert. Konservative Medien, wie *La Nación*, geben hierfür immer wieder Raum. Doch wie groß dieses Potential in der argentinischen Gesellschaft ist, ist schwer zu bestimmen.

Die Regierung von Mauricio Macri, welche die fünfte Phase in der Erinnerungspolitik darstellt, erfüllte nur ansatzweise die revisionistischen Vorstellungen der Gegner der Erinnerungskultur. Die ökonomische Krise, die sich schrittweise von 2015 bis 2019 verstärkte, hatte Auswirkungen auf die Erinnerungsorte, Museen und staatlichen Stellen. Entlassungen und knappe Ausstattung und kaum Gelder für den Transport von Schulklassen ließen viele Orte am Rande der Existenz operieren. Aufgefangen wird dieses staatliche Versäumen von der Militanz, die mit viel persönlichem Engagement und Zeitaufwand die Lücken schließt. Neben dem neuen Prolog und der damit verbundenen Rückkehr zur Theorie der zwei Dämonen waren es vor allem Stimmen aus der Nähe des Regierungsapparates, die mit ihren revisionistischen Äußerungen Aufmerksamkeit erzielten. Aber auch der Präsident selbst bewies in Ansprachen, welches Verhältnis er zur Vergangenheit besitzt. So beteuerte er am 24. März 2016, „Nunca más a la violencia política, nunca más a la violencia institucional“. Er verharmloste den Staatsterrorismus, indem er die Repression als institutionelle Gewalt bezeichnete. Damit ignorierte er viele Fakten und Wahrheiten, deren Bedeutung der Erinnerungsdiskurs stets betont hatte. Macri versuchte im Bereich der Justiz Änderungen vorzunehmen, Argentinien entfernte sich aus internationalen Abkommen zu Menschenrechten. Besonders deutlich wurde diese politische Ausrichtung durch einen Vorstoß des Obersten Gerichtshofes 2017, der gemeinhin „zwei für eins“ (*dos por uno*) genannt

wird. Hierin sollte den verurteilten Tätern der Militärdiktatur die Anerkennung eines Tages Untersuchungshaft als zwei Tage Gefängnis gewährleistet werden. Diese nur kurzzeitig 1994–2001 in Kraft gesetzte Regelung sollte nun auf die Täter der Militärdiktatur angewendet werden. Da die Gerichtsverfahren im Falle von Menschenrechtsverletzungen oft lange dauerten, hätten von dieser Regelung viele Täter profitiert und wären vorzeitig freigekommen. Hierauf regte sich ein Sturm der Entrüstung, diesem gingen massive Proteste der Menschenrechtsorganisationen und der politischen Opposition voraus. Diese riefen zur Demonstration auf. Am 10. Mai 2017 versammelten sich eine halbe Million Menschen in Buenos Aires und anderen Städten. Die *dos por uno* Demonstration in der Hauptstadt war eine der größten in der jüngeren Vergangenheit und zeigte, dass die Erinnerungs- und Menschenrechtspolitik immer noch auf einem großen zivilgesellschaftlichen Konsens beruhte (vgl. Rauschenberg 2018, S. 301–304).

Der Gerichtsbeschluss rief böse Erinnerungen an die Jahre der Straffreiheit wach und regte gesellschaftlichen Widerstand an. Insgesamt wird deutlich, dass der größte Konsens über die Vergangenheit auf Gerichtsentscheidungen beruht. Beginnend mit dem Prozess gegen die Junta, dem die Wahrheitsprozesse folgten und schließlich die Wiedereröffnung der Prozesse unter Kirchner. Ein Gerichtsurteil, das juristische und historische Wahrheit vermitteln kann, hat großen Wert in der argentinischen Gesellschaft. Deswegen ist die juristische Aufarbeitung von so großer Bedeutung.

Die wichtigsten Menschenrechtsorganisationen, *Madres*, *Abuelas* und H.I.J.O.S. zeichnen sich durch die Blutsverwandtschaft mit den Opfern aus, ein Fakt, der ihnen Legitimiation verleiht und sie zu privilegierten Akteuren macht. Im Nachklang der Demonstration zum *dos por uno* gründete sich eine Organisation, die sich ebenfalls durch Blutsverwandtschaft auszeichnet, diesmal sind es die Kinder der Täter. Auslöser war ein Artikel in der Zeitschrift *Anfibia* in der die Tochter von Etchecolatz schildert, wie sie gegen die frühzeitige Freilassung ihres Vaters demonstrierte. Hierin berichtet sie auch von dem zerrütteten Verhältnis zu ihrem Vater und der Schwierigkeit, sich von der Familie und ihrem Umfeld zu entfernen, die fest am Schweigepakt der Streitkräfte festhalten (Mannarino 2017). Nach Erscheinen dieses Artikels, der bislang verborgene Erinnerung öffentlich machte, begannen sich über das Internet andere Kinder von Tätern zu organisieren, größtenteils Töchter, die aus politischen Gründen mit ihren Familien gebrochen hatten und nun als Kollektiv *Historias Desobedientes* die Insignien *memoria*, *verdad y justicia* aufgriffen. Dabei ist es kaum verwunderlich, dass diese Bewegung in Zeiten entsteht, in der der erinnerungspolitische Kampf wieder deutlicher ausgetragen wird. Im Mittelpunkt standen zunächst die Biographien der Väter und der Umgang der Kinder mit dem Fakt, dass

ihre Väter wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilt worden waren. Nach anfänglicher Ablehnung durch andere Menschenrechtsorganisationen, entwickelte sich jedoch schnell ein Unterstützungsverhältnis. Einige versuchten sogar, gegen ihre Väter vor Gericht auszusagen, doch ein Gesetz, das die Aussage gegen Familienangehörige verbietet, verhinderte dies (vgl. Scocco 2017, S. 94–100).

Das Kollektiv nahm nicht nur an Demonstrationen teil, es organisierte internationale Konferenzen und gab ein Buch mit gesammelten Erinnerungen heraus. In einer öffentlichen Verlautbarung stellten sie ihre Standpunkte deutlich dar:

> „Tomamos el ejemplo de los Organismos de Derechos Humanos, de las Madres, de las Abuelas, de los Hijos, de los sobrevivientes, de los Familiares. El amor y la constancia en la búsqueda de Memoria, Verdad y Justicia, han sido nuestro faro en medio de tanta oscuridad. Por ellos entendimos que teníamos que estar juntes, organizarnos colectivamente y participar de manera activa y comprometida en este presente que nos insta a superar la vergüenza y a trascender las individualidades para construirnos como una voz que diga lo que hasta ahora no se ha dicho en este país: las hijas, hijos y familiares de genocidas repudiamos sus crímenes, sus prácticas represivas, sus pactos de silencio e impunidad. Nosotres no nos reconciliamos. No perdonamos. Y no nos callamos.“ (Historias Desobedientes 2018)

Das Zitat zeigt, wie wirkmächtig das Vorbild der *Madres* ist und mit welchen Botschaften sie verknüpft werden. *Historias Desobedientes* formulieren für sich folgende Ziele: an erste Stelle gilt es sich zu finden und die gemeinsame Geschichte zu verarbeiten, sie wollen die Werte, die von den Menschenrechtsorganisationen etabliert wurden, verteidigen, sie wollen auf sich aufmerksam machen und ihre Geschichte verbreiten, und zudem wollen sie es möglich machen, dass Kinder gegen ihre Eltern in Prozessen über Verbrechen gegen die Menschlichkeit aussagen (Historias Desobedientes 2018).

Die Erinnerung an die Militärdiktatur weist klare Formen der Ritualisierung auf. Insbesondere wenn es um Handlungen im öffentlichen Raum geht, so etwa die Märsche zum Jahrestag des Staatsstreiches des Militärs. Die Art der Demonstration, die Forderungen und die Symbolik sind stets gleich und werden höchstens auf die aktuelle politische Lage angepasst. Mit Blick auf die *Madres* kann ebenfalls ein hoher Grad an Ritualisierung festgestellt werden. Die donnerstägliche Runde auf dem *Plaza de Mayo* sowie die, nur zwischenzeitlich (2006-2015) aus-

gesetzten, *Marchas de la Resistencia* zeigen dies deutlich. Bei anderen öffentlichen Gelegenheiten sind die *Madres* mit ihren Kopftüchern ebenso Teil der Ritualisierung. Sie werden eigens begrüßt und erfahren große Aufmerksamkeit.

Ein wichtiger Bestandteil der Ritualisierung bei Veranstaltungen der Erinnerung ist der Ausruf: „¡30.000 compañeros detenidos y desaparecidos presentes, ahora y siempre!“, der zum Ende mehrfach im Chor angestimmt wird. Hierbei handelt es sich um eine Bestätigung und Selbstvergewisserung, die sich nicht unbedingt an Dritte richtet.

Connertons Überlegungen zur Körperlichkeit finden viel Raum in der Anwendung auf Argentinien. In erster Linie ist der Körper der Opfer, der Verschwundenen, abwesend. Ihn zu vergegenwärtigen, Formen des Erinnerns an das zu finden, was nicht da ist, ist Teil der argentinischen Erinnerungskultur. Hierfür wurden viele Möglichkeiten gefunden. Eine war die Idee der *Madres*, Passfotos ihrer Kinder an ihr Kopftuch zu heften. Hierfür wählten sie bewusst keine Familienfotos oder gar Fotos aus der *militancia* aus. Sie nahmen Fotos, die bei einem bürokratischen (staatlichen) Akt benutzt werden. Eine andere Darstellungsform war der *Siluetazo* am 21. September 1983. Hier forderten Künstler dazu auf Silhouetten von Personen in Lebensgröße zu malen und diese mit zur Demonstration zu bringen. Die leeren Silhouetten standen für die Verschwundenen. Bis heute ist dies eine Form der künstlerischen Intervention, die auch in anderen lateinamerikanischen Ländern praktiziert wird.

Ausgehend vom Körper ist es leicht, an Blut zu denken, und damit sind wir bei einer zentralen Linie der argentinischen Erinnerung. Die Bedeutung und der Einfluss der Blutsverwandten der Opfer, ihre Mütter und ihre Kinder, sind maßgebliche Akteure in der argentinischen Erinnerung. Die direkte Beziehung zu den Verschwundenen gab ihnen Legitimation für den Kampf um die Wahrheit in der Diktatur; im Falle der *Madres* auch darüber hinaus. Dies zeigt noch einmal, wie wichtig es ist, das Verbrechen des Verschwindenlassens zu verstehen, nicht nur im Kontext der Vergangenheit, sondern in den Auswirkungen auf die Erinnerung heute. Die zentrale Bedeutung des Verbrechens ist bis heute sichtbar und Teil der argentinischen Erinnerung. Es ist ein Grund für die Besonderheiten in der Aufarbeitung und Erinnerung, denn das Schicksal der Verschwundenen ist allgegenwärtig.

– Zusammenfassung –

Die argentinische Militärdiktatur war das Ergebnis komplexer Abläufe, die national und international begründet waren. Ziel der Militärs war es, die argentinische Gesellschaft umzustrukturieren. Dafür nutzten sie die Situation der politischen Gewalt in den 1970er Jahren aus und errichteten die blutigste Diktatur auf dem Subkontinent. Es folgte eine intensive Gewaltspirale,

die die Gesellschaft in Terror lähmte. Am Ende der Diktatur befand sich das Land in einer ökonomischen und sozialen Krise. Der verlorene Krieg und die 30.000 Opfer der Diktatur wogen schwer.

Mit Blick auf die eingangs skizzierten Phasen in der Aufarbeitung der letzten Militärdiktatur in Argentinien lassen sich einige bedeutende Punkte festhalten. Die erste Phase von der Demokratisierung 1983 bis zum Beginn der Straffreiheit 1986 war durch die *Transitional Justice* Politik von Präsident Alfonsín gekennzeichnet. Er übernahm hier, gegen viele Widerstände, die Initiative. Die Menschenrechtsorganisationen hatten allerdings andere Vorstellungen von der Aufarbeitung. Letztendlich kooperierten viele von ihnen mit der Regierung. Alfonsín setzte sich mit seiner Version von exemplarischer Bestrafung durch. Der mächtigste Gegenspieler blieb das Militär, das durch die Aufstände der *Carapintadas* eine Lockerung, beziehungsweise gar einen Stopp der gerichtlichen Aufarbeitung, erreichten. Das Schlusspunktgesetz und das *Ley de Obediencia Debida* markierten das Ende dieser Phase. Das durch den Staat vertretene Narrativ über die traumatische Vergangenheit war die Theorie der zwei Dämonen.

In der zweiten Phase (1986–1996) fand die Straffreiheit, mit den Begnadigungen durch Menem, ihren Höhepunkt. Das Verhältnis zwischen den Menschenrechtsorganisationen und Staat war durch weitgehendes Misstrauen und Opposition gekennzeichnet. Menem versuchte Schritte in Richtung einer Versöhnung zu gehen. Dies war jedoch für die Menschenrechtsorganisationen nicht zu akzeptieren. Seine Maßnahmen zielen auf Vergessen und Schweigen, trotzdem blieb die Theorie der zwei Dämonen präsent.

Mit dem 20. Jahrestag des Putsches 1996 beobachten wir eine neue Phase, in der sich die oben skizzierte hegemoniale Sichtweise aufgrund regionaler und lokaler Erinnerungsprojekte langsam auflösten. Zivilgesellschaftliches Engagement im Bereich der Erinnerung fand erstmals einen Widerhall in der politischen Sphäre. Das staatlich verordnete Schweigen und Vergessen wich einem sich langsam institutionalisierenden Erinnerungsprozess. Als Beispiele sind hier die Wahrheitsprozesse zu nennen. Aber es überrascht nicht, dass in diesem Zeitraum die CPM gegründet wird.

Mit dem Amtsantritt von Kirchner 2003 nahm der Staat eine völlig andere Rolle in der Aufarbeitung und Erinnerung ein. Er wurde zum Motor völlig neuer Prozesse, die ihren Höhepunkt in der Wiedereröffnung der Strafprozesse fand. Zudem wurden im ganzen Land Erinnerungsorte geschaffen und die Schulbildung zu diesen Themen umstrukturiert. Dies geht einher mit einer Allianz mit den Menschenrechtsorganisationen. Diese rücken größtenteils vom Oppositionskurs ab und fanden sogar einen Weg in staatliche Stellen integriert zu werden. Insgesamt gewinnt das Politikfeld an Bedeutung, nicht nur rhetorisch und symbolisch, insbesondere die

immense staatliche Aktivität durch die nationale Regierung ist bemerkenswert. Das zentrale Narrativ der Regierung rückte nun von der Theorie der zwei Dämonen ab, und es setzte sich der Staatsterrorismus als zentrale Interpretation durch.

Mit der Abwahl des Kirchnerismus endete ein Großteil der Dynamik im Feld; auch wenn eine völlige Kehrtwende ausblieb, wird die Erinnerungspolitik abseitig behandelt. Die Menschenrechtsorganisationen gingen von Anfang an in Opposition zur neuen Regierung und es brechen neue Konflikte über die Deutung der Vergangenheit und der Erinnerung aus. Für die Regierung Macri ist die Theorie der zwei Dämonen wieder wegweisend.

Im Laufe der Beschreibung der nationalen Erinnerungspolitik ist deutlich geworden, dass Institutionen eine immer größere Rolle spielen. Im Folgenden Kapitel wird die CPM als regionale erinnerungspolitische Institution vorgestellt und analysiert.

4. Empirische Betrachtung der *Comisión Provincial por la Memoria* (CPM) in der Provinz Buenos Aires

4.1 Geschichte und Gründung der CPM

Der Gründung der *Comisión Provincial por la Memoria* gehen mehrere Entwicklungen auf der nationalen und auf der regionalen Ebene voraus. Zum einen haben wir es zum Ende des Millenniums mit einer besonderen Dynamik im Feld der Erinnerungs- und Menschenrechtspolitik zu tun. Zum anderen gab es spezielle politische Entwicklungen, die ein Zusammengehen verschiedener Akteure in der Provinz Buenos Aires beförderten.

Die Entstehung der CPM fällt in die dritte Phase der argentinischen Erinnerungspolitik, in eine Zeit, in der die nationale Agenda von den Versuchen Menems zur Versöhnung und zum Vergessen dominiert wird und weiterhin Straffreiheit herrscht. Die staatliche Erinnerungspolitik war weit von den Vorstellungen der Menschenrechtsorganisationen entfernt. Ihre Reklamationen liefen, mit Blick auf die Regierung Menem, ins Leere. *Memoria*, *verdad* und *justicia* wirkten nur wie ferne Ziele. Gleichzeitig war es jedoch die Periode, in der das zivilgesellschaftliche Engagement in der Erinnerungsarbeit zunahm und erste regionale Projekte des Erinnerns entstanden. Hier beginnen die bis dato unterdrückten und unsichtbaren Erinnerungen, sich weiter zu formieren und sichtbar zu werden. Diese Entwicklung verkörpert kaum ein Akteur so gut wie H.I.J.O.S. Vereinfacht gesprochen verlief die erinnerungspolitische Auseinandersetzung zwischen Staat (Vergessen – Straffreiheit) und Zivilgesellschaft (Erinnerung – Gerechtigkeit). Menems Vorstellung von einem versöhnten Argentinien lief dabei auf eine Konfrontation hinaus und verschärfte den Konflikt um die Erinnerung. Die Menschenrechtsorganisationen hatten dabei immer den Staat als Adressaten im Blick. Der Staat, der die Verbrechen beging und diese nicht mehr sanktionierte, sollte seine Politik ändern. Die Staatszentriertheit der Forderungen, die aus dem Feld der Erinnerungspolitik kommen, ist ein besonderes Merkmal des Politikfeldes in Argentinien. Die unermüdlichen Forderungen der Menschenrechtsorganisationen sorgten zumindest in der Zivilgesellschaft für ein langsames Umdenken.

Einen Anteil daran hatte der Erinnerungs-Boom ab Mitte der 1990er Jahre: das Geständnis von Scilingo, die Errichtung des *Parque de la Memoria* in Buenos Aires, die Festlegung des 24. März als Gedenktag sowie dessen Bearbeitung in den Schulen führten dazu, dass die Erinnerungen an die Diktatur wach blieben. Doch im Bereich der Politik galt Schweigen und Vergessen weiterhin als Weg zur Versöhnung.

Die Provinz Buenos Aires war hier keine Ausnahme. Von 1988 bis 1996 war die Militärdiktatur kein Thema im Regionalparlament. Erst 1996, wenige Tage vor dem Jahrestag des Putsches,

diskutierte das Parlament ein Gesetz, welches die Schulen zur Bearbeitung des Themas Diktatur und des Staatsstreiches verpflichtet. Ziel war es, in der Jugend die Werte Demokratie und Freiheit zu stärken, sowie die Dynamiken des Staatsstreichs zu vermitteln, über die Charakteristiken der Diktatur aufzuklären und über die Verbrechen der Diktatur zu reden (El Senado y Cámara de Diputados de la Provincia de Buenos Aires 1996). Diese Initiative ging dem Bundesgesetz, das später folgen sollte, voraus. Hinter dem Gesetzesentwurf stand ein Abgeordneter des relativ neuen Bündnisses FREPASO *(Frente País Solidario)*, das in Opposition zum Menemismus stand und sich aus verschiedenen kleinen Parteien zusammensetzte. Mit dem Zusammenschluss von FREPASO und der UCR wurde 1999 der Wahlsieg de la Rúas erreicht. In kurzer Zeit folgten zwei weitere Projekte der Legislative, die sich mit der *Noche de las Lapices* befassten. Ein Antrag sorgte für die Umbenennung des Gartens vor dem *Ministerio de Obras Públicas* in „Jardines de los derechos humanos" (El Senado y Cámara de Diputados de la Provincia de Buenos Aires 1997a) als Erinnerung an die am 16. September 1976 verschwundenen Oberstufenschüler. Das zweite Projekt machte ebendieses Datum zum „Día de los Derechos del Estudiante Secundario" (vgl. Raggio 2011, S. 8–11).

Die legislativen Initiativen brachen das Schweigen des Staates über die Verbrechen. In Anknüpfung an den *Parque de la Memoria* beschloss die Provinz Buenos Aires ein ähnliches Projekt, allerdings wurde kein Monument errichtet, sondern Bäume gepflanzt. Diese war den „Toten und Verschwundenen der staatlichen Gewalt" gewidmet (El Senado y Cámara de Diputados de la Provincia de Buenos Aires 1997b), anders als in der Bundeshauptstadt war hier nicht von Staatsterrorismus die Rede. Diese, wenn auch kleinen erinnerungspolitischen Projekte sind wichtige Vorläufer für die Gründung der CPM. Hier etablierte sich die politische Beschäftigung mit dem Thema Erinnerung, die gegen die Linie des Präsidenten Menem lief und den ersten Bruch mit der Politik des Schweigens und Vergessen einleitete. Die Erinnerung an die traumatische Vergangenheit wurde wieder Teil der Politik, und die Politikerinnen und Politiker reagierten damit auf die Forderungen der Zivilgesellschaft, so leiteten sie den *boom de la memoria* ein (vgl. Raggio 2011, S. 10).

Neben dem Bereich der Erinnerungspolitik muss an dieser Stelle der Blick auf die Sicherheitspolitik in Argentinien, speziell in der Provinz Buenos Aires, gerichtet werden. Sicherheit ist eines der zentralen Anliegen, das die Bevölkerung vom Staat fordert. In der lateinamerikanischen Geschichte war dies oft eine große Herausforderung, wie nicht nur die politische Gewalt der 1970er Jahre zeigt. Ab den 1980er Jahren internationalisierte sich die innere Sicherheitsfrage Lateinamerikas, vor allem durch den Drogenhandel und den Aufstieg einiger Drogen-

bosse zu Figuren der Öffentlichkeit. Auch wenn dieses spezielle Phänomen in Argentinien ausblieb, hat Argentinien ähnliche Probleme wie die anderen Ländern des Kontinents. Auf der einen Seite Kriminalität, Gewalt und Drogenhandel, auf der anderen Seite ständig anwachsende und zunehmend militarisierte Polizeikräfte. Zusammen mit der Anfälligkeit für Korruption entsteht eine gefährliche Mischung, die dazu führt, das fehlende innere Sicherheit ein großes Problem ist. Zudem ist die Polizei der Provinz von Buenos Aires die größte und damit mächtigste Polizeistruktur im Land. Sicherheitspolitik ist auch nach der Demokratisierung des Staates ein zentrales Thema der Politik, nicht selten ist es ein dominantes Thema im Wahlkampf.

Die Polizei hat eine besondere Stellung in der Gesellschaft und wird als „blauer Leviathan" bezeichnet, da sie im Bereich der Sicherheitspolitik so viel Macht hat, ihre eigenen Funktionen und die Kriterien, nach denen sie arbeitet, selbst bestimmen kann. Die zum Teil deutliche politische Unabhängigkeit der Polizei macht sie zu einem eigenständigen Akteur, der viele Freiheiten besitzt. Die Politik ist auf die Polizei angewiesen, in Argentinien kam es bereits zu Streiks der Polizei, während deren die öffentliche Sicherheit zusammenbrach. Die Politik ist aber je nach Situation zu Reformen bereit, vor allem wenn diese im Wahlkampf angekündigt waren (vgl. Costantino 2016a, S. 93–96).

Die Sicherheitspolitik in der Provinz Buenos Aires richtete sich dabei stets nach den Beziehungen zur nationalen Regierung, entweder in Übereinstimmung oder in Opposition, sowie in der ideologischen Verortung der Wählerschaft. Die Politik stand, ebenso wie beim Militär, vor der Herausforderung, die Polizei zu demokratisieren. In der Zeit der Transformation war die Politik nicht gewillt, die Unterordnung der Polizei zu riskieren, dementsprechend blieben Reformen aus. Gleichzeitig nahmen die Kriminalität und insbesondere der Drogenhandel zu. Jedoch konnte sich die Polizei niemals von dem Ruf befreien, in die lukrativen Verbrechen der Entführungen und des Drogenhandels involviert zu sein (vgl. Costantino 2016b, S. 83–85).

1987 kam es dann zu einer gewaltsamen Episode, dem „Masacre de Ingeniero Budge", das als erster *gatillo fácil*[42] viel Aufmerksamkeit erregte. Drei Polizisten hatten hier das Feuer auf drei junge Erwachsene eröffnet, die an einer Straßenecke in der Peripherie von Buenos Aires Bier tranken und alkoholisiert für Ärger gesorgt hatten. Nur ein Polizist konnte verurteilt werden, die anderen beiden tauchten unter. Die Gesellschaft reagierte prompt und forderte Gerechtigkeit sowie ein Ende der Straffreiheit gegenüber Polizisten, die ihre Zuständigkeiten überschreiten (o. A. 2002). Der zivilgesellschaftliche Protest stand dabei unter genauer Beobachtung des Geheimdienstes der Polizei DIPPBA (Comisión Provincial por la Memoria o. J.g).

---

42 *Gatillo fácil* meint im argentinischen Spanisch den rücksichtslosen Gebrauch von Schusswaffen durch Polizisten in Situationen, in denen dies oft nicht nötig ist.

Der Regierungswechsel 1987 in La Plata brachte die ersten Versprechen der Korruptionsbekämpfung und der Reinigung der Polizeikräfte. 700 Polizeibeamte wurden ausgetauscht. Mit dem Regierungswechsel zu Menem auf der Ebene des Zentralstaates erfolgte nicht nur einen Schwenk nach rechts auf der wirtschaftspolitischen Ebene, in der Sicherheitspolitik kam die Forderung nach mehr Polizeikräften auf. Dies drückte sich in der Gründung einer politischen Partei durch den ehemaligen Malwinen-Kämpfer und *Carapintada* Aldo Rico aus. Ab Mitte der 1990er Jahre wurde der Ruf nach einer stärkeren Bekämpfung des Drogenhandels und der Kriminalität immer lauter. Doch dies führte nicht zu größeren administrativen Reformen. Tatsächlich wurde vor allem die Ausrüstung modernisiert. Zudem wurden ständige Patrouillen eingeführt. Im Lichte der Öffentlichkeit überwogen jedoch die Skandale, wie die illegale Bespitzelung, das Verschwinden eines Studenten in La Plata. Für das öffentliche Ansehen der Polizei war der Fall José Luis Cabezas besonders desaströs. Der Fotojournalist wurde tot an der Küste aufgefunden, er war augenscheinlich exekutiert worden. Er berichtete über politische Korruption, und im Laufe der Ermittlungen wurden die Verwicklungen der Politik und der Polizei in das Verbrechen deutlich. Der Druck der Medien und der Gesellschaft zwangen Gouverneur Eduardo Duhalde zu klaren Umstrukturierungen innerhalb der Sicherheitskräfte (vgl. Costantino 2016b, S. 86–89).

Druck kam auch von politischer Seite, indem der Peronismus national und in der Provinz immer mehr von der stärker werdenden *Alianza* unter Druck gesetzt wurde und die Wahlen im Oktober 1997 verlor. Als Reaktion wurde die Struktur der Polizei umgekrempelt. Ziel war es die hierarchischen und zentralisierten Strukturen aufzubrechen und die Autonomie der Polizei einzuschränken. Die Polizei wehrte sich jedoch gegen diese Reformen und organisierte politischen Widerstand. Dieser kam von den Bürgermeistern, die unter der Reform den direkten Zugriff auf die Polizei verloren. In der Öffentlichkeit profitierten von dieser Auseinandersetzung vor allem diejenigen, die ein hartes Durchgreifen forderten. Als Nachfolger Duhaldes kam 1999 Carlos Ruckauf (PJ) in das Amt des Gouverneurs, dieser distanzierte sich deutlich von den Reformen im Sicherheitsapparat und nahm eine klare *law and order* Position ein. In der Kampagne nahm er kein Blatt vor den Mund und forderte: „Hay que meter bala a los delincuentes“, zur Kriminalitätsbekämpfung. Ruckauf machte dann auch Rico zu seinem Minister für Sicherheit. Die Reformen wurden zurückgenommen, und statt die Macht der Polizei zu beschränken wurde sie mit mehr Zuständigkeiten bedacht. Von der sozialen und politischen Krise 2001 war auch die Sicherheitspolitik betroffen, denn die polizeiliche Repression der sozialen Proteste forderte viele Todesopfer (vgl. Costantino 2016b, S. 90–92).

Der sicherheitspolitische Kontext in der Provinz Buenos Aires ist nicht nur wichtig für die Gründung der CPM, sondern auch für die spätere Arbeit der Kommission. Denn hier wird deutlich, dass zwar der Staat demokratisiert wurde, die Armee nach den Aufständen der *Carapintadas* sich der zivilen Macht beugte, die Polizei aber ein Problemfall blieb, der nach Meinung einiger Menschenrechtsorganisationen nie vollends demokratisiert wurde. Die Skandale, wie Verwicklung in die organisierte Kriminalität sowie die überzogenen Gewaltanwendungen und der *gatillo fácil*, machen deutlich, wie problematisch das Verhältnis der Polizei zu Demokratie und Menschenrechten ist. Tatsächlich sind die Morde durch die Polizei ein Bereich, in dem die Exekutivgewalt ohne äußere Kontrolle agiert. Trotz einiger Skandale kann die Polizei bei extralegalen Tötungen weiter mit Straffreiheit rechnen. Formal gültige Rechte werden so gebrochen und es entsteht eine Form des informellen Handelns durch die Polizei (vgl. Brinks 2006, S. 208–217).

Das Projekt zur Gründung einer staatlichen Stelle, die sich mit Erinnerung und Aufarbeitung beschäftigt, kam aus dem Bündnis FREPASO. Hier war es Alejandro Mosquera, der Mitglied der kommunistischen Partei gewesen war und ab 1999 bis 2000 Präsident der Abgeordnetenkammer der Provinz Buenos Aires wurde. Die Initiative, eine solche Institution zu gründen, kam somit nicht aus der Exekutive.

In der Provinz Buenos Aires zeigte sich gegen Ende des Jahrzehnts ein gesteigertes Interesse an der Vergangenheit. Doch noch interessanter ist, dass es sich bei der Gründung der CPM nicht um eine Erfüllung einer Forderung der Menschenrechtsorganisationen handelte. In der Regel gab es zwei klassische Wege, wie Gesetzgebung im Bereich der Erinnerungs- und Menschenrechtspolitik zustande kam. Entweder wurden Initiativen der Zivilgesellschaft vom Staat aufgenommen, oder der Staat bewegte sich auf Forderungen der Menschenrechtsorganisationen zu. Die zweite zentrale Person bei der Gründung war Gabriela Cerruti. Sie war Journalistin bei der Tageszeitung *Página/12*. Nachdem sie in Europa studiert hatte und dort unter anderem mit dem Thema der kollektiven Erinnerung in Kontakt gekommen war, versuchte sie, das Thema in der Politik zu etablieren. Mosquera und Cerruti haben maßgeblichen Anteil an der Gründung und an der Formung der CPM als staatlicher Akteur im Feld der Erinnerungspolitik (vgl. Cueto Rúa 2016, S. 71–72).

Cerruti studierte von 1983 bis 1985 an der UNLP Journalismus, eine Fakultät die immer sehr politisiert war und dem Peronismus zuneigte. Dort war sie Mitglied in der Studierendengruppierung „Rodolfo Walsh“ und machte so ihren ersten Schritt in der *militancia*. Sie übernahm

dort bereits Funktionen als Vizepräsidentin des *Centro de Estudiantes*[43] und als *Consejera estudiantil*. Dort kam sie erstmals in Kontakt mit Narrativen der 1970er Jahre. Ihre Ausbildung setzte sie an der *University of Westminster* fort (Diputados Argentina o. J.). In England widmete sie sich dann Themen der kollektiven Erinnerung. Dort war sie zwischen 1993 und 1995 als Korrespondentin für *Página/12*. Die Zeitung war seit ihrer Gründung 1987 eng mit der Menschenrechtsbewegung verbunden und stand dem Neoliberalismus und den Regierenden stets kritisch gegenüber. Zunächst hatte sie vor, ein Projekt für eine Kommission in Buenos Aires zu initiieren. Dort war das Feld jedoch bereits zu eng besetzt, jede Menschenrechtsorganisation hatte eine Vertretung oder ihren Sitz in der Hauptstadt, so dass es sehr schwer geworden wäre, sich an diesem Ort hinsichtlich der Erinnerungs- und Menschenrechtspolitik zu etablieren. Hier hätte eine solche Organisation in die Debatte mit den etablierten zivilgesellschaftlichen Menschenrechtsorganisationen gehen müssen. In der Provinz Buenos Aires waren die Strukturen weniger fest gefügt und die direkte Auseinandersetzung mit den Organisationen über die Deutungshoheit unwahrscheinlicher. Cerruti ging deshalb mit ihrem Projekt auf Mosquera zu (vgl. Cueto Rúa 2016, S. 74–75).

Mosquera begann seine *militancia* in der Jugendorganisation der Kommunistischen Partei. Seine Eltern waren ebenfalls dort und in Gewerkschaften aktiv gewesen. Er leistete seinen Militärdienst in den 1970er Jahren und musste seine Parteizugehörigkeit verheimlichen. Danach begann er zu studieren. 1981 wurde er von der Polizei festgenommen, dies wurde jedoch beobachtet, so dass er nicht verschwand, sondern freigelassen wurde. 1985 ging er nach Nicaragua, um an der Revolution teilzunehmen. So stieg er innerhalb der Jugendorganisation auf und wurde deren Generalsekretär. In den 1990ern nahm Mosquera Abstand von der Kommunistischen Partei und näherte sich den Menschenrechtsorganisationen an. Politisch wirkte er an der *Frente Grande* mit, einem Zusammenschluss verschiedener Oppositionskräfte zur Regierung Menems, die später in FREPASO aufgehen sollte. Auf deren Liste zog er in das Parlament der Provinz Buenos Aires ein und gelangte schließlich in das Amt des Parlamentspräsidenten (vgl. Cueto Rúa 2016, S. 76–78).

Ein halbes Jahr nach Amtsantritt stellte Mosquera Cerrutis Projekt vor, und schließlich wurde die Resolution 2117 verabschiedet, nach der am 8. Juli die *Comisión Provincial por la Memoria* gegründet werden sollte. Im Wortlaut heißt es:

> „Que ha llegado el momento de trabajar en la verdad y la justicia, de construir lecciones y legados, de transformar la destrucción masiva en conclusiones que puedan ayudar a

[43] *Centro de Estudiantes* sind Teil der Universitätsregierung und werden in jährlichen obligatorischen Wahlen gewählt. Sie haben durchaus Einfluss auf den akademischen und studentischen Alltag an den Fakultäten.

las nuevas generaciones a encontrar nuevos caminos;

Que esta cuestión debe llegar no solo a quienes participan y comparten esta visión de la historia, sino también a todos los ciudadanos de buena conciencia;

Que el tema debe ser abordado como un presente continuo y desde el legítimo lugar de las víctimas y de los afectados;

Que es necesario mantener viva la historia de la memoria, que la identidad de un pueblo se fundamenta cuando recuerda su pasado, y esa memoria colectiva no es la suma de memorias individuales sino que tiene identidad propia;

Que el Estado y las instituciones de la democracia deben contribuir en la creación de un ámbito destinado a documentar e investigar los horrores del terrorismo de estado que asoló a la República Argentina durante los golpes militares y fundamentalmente durante la dictadura militar;

Que el accionar de dicha Comisión Provincial estará destinado a mantener viva nuestra historia en la memoria de los bonaerenses y contribuir a la educación y difusión de este tema para que nunca más se repitan hechos de esta naturaleza, través de un *Sitial de la Memoria*;

Que a los fines expuestos la Presidencia deberá designar a los integrantes de esa comisión con representantes de las distintas bancadas de esta H. Cámara y representantes de organizaciones de derechos humanos y de los distintos sectores sociales“ (Cámara de Diputados Provincia de Buenos Aires 1999, Hervorhebungen im Original)

Die Resolution spricht von dem Zeitpunkt, der reif sei, die Themen der Vergangenheit zu bearbeiten, daraus Lektionen abzuleiten und etwas Positives aus der traumatischen Vergangenheit zu ziehen. Angesprochen werden nicht nur diejenigen, die ohnehin schon eine progressive Sicht auf die Vergangenheit haben, Ziel ist die gesamte Gesellschaft zu erreichen. Die Opfer und Überlebenden werden eigens hervorgehoben. Hier ist klar, dass diese Erinnerungen Legitimation stiften und einen zentralen Raum einnehmen sollen, der ihnen Ende der 1990er Jahre nicht gegeben wurde. Die Resolution nimmt klaren Bezug auf die Prozesse des kollektiven Gedächtnisses, die hier nicht als Summe aller Erinnerungen definiert werden, sondern als Erinnerung mit eigener Identität. Dem Staat und dem Parlament wird eine besondere Verantwortung bei der Dokumentation und Erforschung der Diktatur zugesprochen. Es wird hier eindeutig von Staatsterrorismus gesprochen. Die Sichtwese auf die Vergangenheit ist also nicht durch die Theorie der zwei Dämonen geprägt und selbstverständlich weit entfernt von Menems Versuch

der Versöhnung. Hervorzuheben ist, dass von Staatsstreichen im Plural gesprochen wird. Dies nimmt Bezug auf die sechs Eingriffe des Militärs in die Abfolge von demokratisch gewählten Regierungen. Damit wäre ein Arbeitsschwerpunkt der Kommission möglicherweise der Staatsstreich gegen Perón 1955 gewesen. Unterstrichen wird dann doch die Militärdiktatur, ohne aber genau auf die „letzte“ zu verweisen, was an dieser Stelle aber impliziert werden kann. Ziele der CPM sind das Wachhalten der Erinnerung und die Bildungsarbeit, sowie die Weitergabe der Erinnerungen. Dazu bildet sich die Kommission aus Mitgliedern der Abgeordnetenkammer, Vertretern der Menschenrechtsorganisationen und anderen zivilgesellschaftlichen Gruppen.

Tabelle 1: Mitglieder der CPM nach der Resolution 2117

Name	**Herkunft**
Martín Abregú	Direktor CELS
Alfredo Antanucci	Abgeordneter PJ
Daniel Cieza	Abgeordneter FREPASO
Laura Conte	*Madres de Plaza de Mayo Línea Fundadora*, CELS
Estela de Carlotto	*Abuelas de Plaza de Mayo*
Aldo Etchegoyen	*Iglesia metodista,* APDH
Griselda Gamgaro	Schriftstellerin, während der Diktatur im Exil
Anahí Ginarte	*Equipo Argentino de Antropología Forense* (EAAF)
Alberto Giordanelli	Abgeordneter UCR
Miguel Hesayne	ehemaliger Bischof von Viedma
Luis Lima	Präsident der UNLP
Víctor Mendibil	*Asociación Judicial bonarense* / CTA
Alejandro Mosquera	Abgeordneter FREPASO
Dario Olmo	EAAF
Adolfo Pérez Esquivel	SERPAJ
Carlos Sánchez Viamonte	UNLP
Leopoldo Schiffrin	*Cámera Federal de La Plata*
Mauricio Tenembaum	*Agrupación Convergencia*

Quelle: Eigene Darstellung nach: Cámara de Diputados Provincia de Buenos Aires 1999; Cueto Rúa 2016; Zeitschrift Puentes.

Neben dieser Kommission wurden die *Equipo Técnico* eingerichtet, hierbei handelte es sich um die Angestellten, die die Arbeit verrichten sollten: Ana Cacopardo, Gabriela Cerrutti, Pablo Gianera, Ingrid Jaschek, Sandra Raggio und Fabián Salvioli (Cámara de Diputados Provincia de Buenos Aires 1999). Die Referenz, an der sich die Kommission orientierte, war die CONA-

DEP. Diese bestand ebenso aus einer Gruppe *Notables* und technischen Mitarbeitern. Die Einbindung von Frauen und Männern, die im Feld der Menschenrechtspolitik tätig waren, Vertreterinnen und Vertreter der wichtigen Menschenrechtsorganisationen, Anhänger der Glaubensgemeinschaften (Katholizismus, Protestantismus, Judentum) sowie die Einbindung der Universität und der Justiz wie auch die Verbindung mit dem Parlament ist eine fast identische Übernahme der Blaupause der CONADEP. Dabei ist die CPM kein Zusammenschluss der Menschenrechtsorganisationen, vielmehr entsenden sie eine Vertreterin oder einen Vertreter in die staatliche Institution (vgl. Raggio 2011, S. 11).

Politisch veränderte sich die Situation in der Provinz Buenos Aires Ende des Jahres 1999 mit der Wahl von Carlos Ruckaufs zum Gouverneur und der Einsetzung Ricos als Sicherheitsminister. Dies stellte für das Projekt der CPM eine Bedrohung dar, da es sich bisher nur um eine Resolution des Parlamentes handelte. Die taktgebenden Akteure entschlossen sich dazu, die Kommission in eine echte staatliche Organisation zu verwandeln, die unabhängiger von der direkten politischen Dynamik von Legislative und Exekutive sein sollte. Im Dezember 1999 präsentierte Mosquera das Projekt, welches per Gesetz die Behörde schaffen sollte. In der kurzen Periode, in der die CPM mit dem Parament verbunden war, wurden jedoch wichtige Weichen für die folgenden Jahre im Sinne der praktischen Arbeit gestellt. Es fanden Zusammenkünfte in verschiedenen Städten der Provinz statt, eine Lehrerfortbildung wurde organisiert und es fand das erste „Encuentro Internacional sobre la Construcción de la Memoria Colectiva“ statt. Zudem begann die Arbeit an der Zeitschrift *Puentes* (vgl. Raggio 2011, S. 13).

Im August 2000 verabschiedeten beide Kammern des Parlamentes das Gesetz Nummer 12.483, das die Kommission zu dem Organismus machte, wie er bis heute existiert. Dort heißt es:

> „Art. 1° Créase la Comisión Provincial de la Memoria, la que tendrá como actividad fundamental esclarecer y dar a conocer la Verdad Histórica de los hechos aberrantes ocurridos en los años de la última dictadura militar.
>
> Art. 2° Se establecen como objetivos de la Comisión Provincial de la Memoria:
>
> a) Contribuir a mantener viva la historia reciente de nuestro país en la memoria de los bonaerenses y a transmitir a las futuras generaciones las lecciones y legados de esas épocas.
>
> b) Fomentar el estudio, la investigación y la difusión de los hechos vinculados con el autoritarismo durante todos los golpes militares y, en particular, con el terrorismo de estado durante la dictadura militar instaurada a partir de 1976. Asimismo fomentar el

estudio, investigación y difusión de las luchas sociales y populares llevadas a cabo en el territorio de la Provincia y la Nación toda.

c) Contribuir a la educación y difusión de este tema, diseñar contenidos curriculares para la enseñanza básica y superior, y planes de divulgación en los medios de comunicación.

d) Recopilar, archivar y organizar toda la documentación relacionada con los artículos precedentes con el fin primordial de garantizar la preservación, creando una base de datos, a disposición de los tribunales que tramiten cuestiones conexas, de los Organismos de Derechos Humanos y de toda aquella personas que tenga un interés legítimo.

e) Promover la puesta en funcionamiento de un Sitial de la memoria que ponga de manifiesto la voluntad de los bonaerenses de no olvidar los trágicos hechos de nuestro pesado reciente y de construir una sociedad coherente con los valores democráticos y humanitarios de tolerancia y solidaridad.

f) Prestar colaboración a los organismos de Derechos Humanos que tengan objetivos acordes a los de la Comisión, a fin de contribuir al desarrollo y cumplimiento de los mismos.

Art. 3° Son atribuciones de la Comisión Provincial de la Memoria:

a) Dictar su propio reglamento de funcionamiento, el que deberá ser aprobado por el plenario de ambas Cámaras.

b) Designar un equipo técnico interdisciplinario encargado de desarrollar las actividades dispuestas por la Comisión, como asimismo nombrar al personal h. Ir necesario para el cumplimiento de sus funciones.

c) Celebrar convenios con universidades para fomentar el estudio y la investigación las causas profundas y las consecuencias en la sociedad del autoritarismo y la ruptura del sistema democrático.

d) Elaborar anualmente su proyecto de Presupuesto de Gastos y Recursos con la debida constancia del origen de los fondos.

e) Administrar su presupuesto, gestionar y recibir donaciones de organismos privados, fundaciones y organismos estatales nacionales o internacionales, para lo cual se abrirá una cuenta especial ‘Fondo Provincial por la Memoria’.

Art. 4° La Comisión Provincial de la Memoria elaborará anualmente una planificación de actividades como asimismo un informe anual de su actuación, los que deberán ser presentados ante el plenario de ambas Cámaras Legislativas

Art. 5° la mencionada Comisión estará integrada por seis (6) legisladores, tres (3) de cada Cámara, ocho (8) personas representativas de reconocida trayectoria en el ámbito político, académico y de los Derechos Humanos, y cuatro (4), personalidades notables de la comunidad bonaerense, la duración en todos los cargos será de dos (2) años, sus miembros podrán ser reelectos indefinidamente. La designación de los integrantes de la Comisión estará a cargo de cada Cámara en mitades iguales.

Art. 6° Los recursos para atender las erogaciones qua demande la actividad de la Comisión Provincial de la Memoria provendrán de las partidas que la Ley de Presupuesto específicamente le asigne en basé al proyecto elaborado por la Comisión en cumplimiento de las facultades determinadas en el artículo 3° inciso d) de la presente Ley y de las donaciones que reciba.“ (El Senado y Cámara de Diputados de la Provincia de Buenos Aires 2000)

Das Gesetz nimmt, anders als die Resolution, einen anderen Einstieg in die zu leistende Arbeit der Kommission. An erster Stelle wird hier die Suche nach der historischen Wahrheit über die letzte Militärdiktatur genannt. Dies ist insofern erstaunlich, als mit *Nunca más* und dem Prozess gegen die Junta viele über die historischen Ereignisse durchaus bekannt waren. Der erste Artikel kann also in Richtung einer Geschichts- und Wahrheitskommission interpretiert werden. Allerdings ist die Aussage viel mehr in Bezug auf die Straflosigkeit und das Schweigen über die Ereignisse zu werten als zu den parallel stattfindenden Wahrheitsprozessen. Das Wort Wahrheit sorgte jedoch für deutliche Diskussionen. Anders als in der Resolution ist der Zeitraum, mit dem sich die Kommission befassen soll weiter eingegrenzt, der peronistische Versuch, hier 1955 miteinfließen zu lassen, scheiterte. Artikel zwei wird dann genauer, hier wird deutlich, dass die CPM sich um Weitergabe und Vermittlung der Erinnerung an die traumatische Vergangenheit kümmern soll, um die zukünftigen Generationen in ihrem Wissen und ihren Werten zu stärken. Es wird ein klarer Forschungsauftrag erteilt, der über das Territorium der Provinz hinausreichen soll. Bei der Vermittlung der Erinnerung wird konkret Bezug auf das Bildungssystem genommen und dies um das Mediensystem ergänzt. Des Weiteren wird der CPM die Funktion eines Archives zugeschrieben. Gleichzeitung soll die CPM ein Erinnerungsort sein,

der die Bevölkerung zum Nachdenken anregt. Zuletzt verweist der Artikel zwei auf das Verhältnis zu den Menschenrechtsorganisationen, denen die Kommission Mitwirkung an ihren Projekten verspricht.

Institutionell wird der CPM viel Freiraum eingeräumt. Sie gibt sich ihre Regeln selbst, denen dann das Parlament zustimmen muss, die *Equipo Técnico* darf nach eigenen Maßstäben zusammengestellt werden. Die CPM darf Abkommen mit Universitäten schließen. Schließlich bestimmt sie selbst über ihren Haushalt. Die neue Zusammensetzung ähnelt der ersten, das Gesetz nennt jedoch keine Namen. Sechs Parlamentarier, acht Personen aus dem Umfeld der Menschenrechtsorganisationen, vier Honoratioren aus der Gesellschaft, die für jeweils zwei Jahre, mit Möglichkeit zur Wiederwahl, Teil der Kommission sind. Wie auch in der Resolution wird von Staatsterrorismus gesprochen.

Bereits im Januar 2001 wurde das Gesetz angepasst und die besonders strittige Stelle der Suche nach der Wahrheit entfernt, so dass der erste Artikel keine weitere Zielstellung mehr vorschreibt. Zusätzlich wird eingefügt, dass die CPM die Wahrheitsprozesse in La Plata und Bahia Blanca unterstützen und sich an der juristischen Wahrheitsfindung beteiligen soll. In Artikel fünf heißt es nun:

> „La mencionada Comisión se integra con los actuales miembros de la Comisión Provincial de la Memoria a los que sumarán tres senadores, representantes de los distintos bloques políticos. Asimismo, deberá integrar a personas representativas de la lucha contra la última dictadura militar, la de 1955 y la llamada Revolución Argentina de las víctimas de la aplicación del Plan Conintes.“ (El Senado y Cámara de Diputados de la Provincia de Buenos Aires 2001a)

Nun war es doch möglich, sich mit Themen vor dem Putsch 1976 zu befassen, und der explizit peronistische Wunsch, den Staatsstreich 1955 als auch den *Plan CONITES* zu untersuchen, erfüllt worden.

Damit waren die Grundpfeiler der CPM errichtet worden, doch das Fundament sollte noch dazukommen. Das Gesetz 12.642 übergibt der Kommission für 99 Jahre das Gebäude der jüngst aufgelösten DIPPBA inklusive den Archivbeständen. Die CPM wird ermächtigt, das Archiv zu erhalten, zu digitalisieren und die Informationen öffentlich zugänglich zu machen. Allerdings wurde der Zugriff auf die Akten eingeschränkt, es handelt sich also nicht um ein für alle zugängliches, öffentliches Archiv. In erster Linie können die direkt Betroffenen, Opfer oder deren Angehörige, die Akten einsehen. Zudem wird der Zugang für die Wissenschaft und die Presse gewährleistet (El Senado y Cámara de Diputados de la Provincia de Buenos Aires 2001b).

Die erste Phase im Bestehen der CPM von 1999 bis 2001 ist geprägt durch die Etablierung im Feld der Erinnerungs- und Menschenrechtspolitik. Die Aufgaben sind klar auf die Erforschung und die Weitergabe von Erinnerung an den Staatsterrorismus ausgerichtet. Unter Beachtung der vorherigen Gesetzgebung ist klar, dass in besonderem Maße der Aspekt der Bildungsarbeit mit Blick auf die Diktatur ausgebaut werden soll. Die Kommission soll ein Fundament schaffen für die Arbeit in den Schulen, die bis dato das Thema Diktatur und Staatsterrorismus weitestgehend ausklammerten. Hinsichtlich der Erforschung und Vermittlung hat die CPM ein klares fortschrittliches Profil. Die Arbeit soll dabei im Zusammenhang mit den Menschenrechtsorganisationen funktionieren. Die Einbindung dieser Organisationen in die staatliche Kommission ist ein großer Schritt, denn Ende der 1990er Jahre waren Staat und Menschenrechtsorganisationen in den meisten Punkten unterschiedlicher Meinung. Cerruttis Plan, eben nicht auf nationaler Ebene oder in der Bundeshauptstadt eine Kommission zu etablieren, ging in dieser Hinsicht auf. In der Provinz Buenos Aires fand sich eine progressiv eingestellte Parlamentsgruppe mit der FREPASO, die in der Lage war, den peronistischen Sektor von diesem Projekt zu überzeugen. Die spezielle Dynamik mit der Wahl Ruckaufs führte dazu, dass die CPM keiner Gewalt direkt unterstellt ist. Im Gegensatz zu Behörden und Ministerien ist die CPM von der Exekutive unabhängig. Damit etablierte sich von Anfang an ein Verhältnis der Unabhängigkeit, das nur wenige staatliche Organismen in der argentinischen Politik genießen. Dies war ein entscheidender Schritt, um das Spannungsverhältnis von Staat und Menschenrechtsorganisationen zu lösen.
Mit der Schaffung der CPM zeigt das Parlament der Provinz Buenos Aires ein klares Interesse an Fragen der Vergangenheit und der Aufarbeitung. Die „kleineren“ Gesetze zur Erinnerungspolitik münden hier in die Konstruktion eines bis dahin einmaligen Organismus, der Erinnerung schaffen, bewahren und vermitteln sollte. Dabei ist in den Gesetzestexten klar, um welche Interpretation es sich handelt: Staatsterrorismus. Versöhnung, im Sinne Menems, oder die Theorie der zwei Dämonen werden nicht erwähnt. Im Kontext der vollkommenen Straffreiheit der 1990er Jahre ist dies ein erstaunlicher Schritt, der aber Wurzeln im gesellschaftlichen Kampf um die Erinnerung hat. Die Arbeit der Menschenrechtsorganisationen, die Entstehung von H.I.J.O.S. und die kleinen Erinnerungsprojekte zeigen, dass ein großer Teil der argentinischen Gesellschaft nicht mit der Straffreiheit und Versöhnungspolitik einverstanden war. Die Zeitgeschichte wurde auch im akademischen Bereich ein immer größeres interdisziplinäres Forschungsfeld, welches auf indirekte Weise zum Politikwechsel beitrug. Vergangenheit sollte aber nicht nur rein historisch analysiert werden. Der Bezug auf die Bildung und die Weitergabe an die kommenden Generationen warf die Frage auf: Warum wird erinnert? Welche Antworten gibt die Vergangenheit auf Fragen der Gegenwart? Der Staat wollte in diesem Bereich eine

Rolle spielen. Allerdings wurde das Thema nicht auf verschiedene Ministerien oder Subsekretariate verteilt. Die Institutionalisierung der Erinnerungsarbeit und deren Weitergabe ist der zentrale Moment.

Die primäre Aufgabe der CPM war die Transformation der Erinnerung in etwas, das auf die kommenden Generationen übertragbar ist. Dieser Gedanke durchzieht die Gesetzgebung zur Gründung der Kommission und macht ebenfalls deutlich, an der welcher Stelle der Staat intervenieren möchte: in der Bildungspolitik. Die traumatische Erinnerung soll eine Lektion werden. Sie Erinnerungspolitik hat in erster Linie das Erinnern an sich zum Zweck, zum zweiten soll durch die Erinnerung die Demokratie gestärkt werden, zuletzt steht das „Nie wieder". Dabei kommen die Forderungen und Ziele erstmals nicht nur von den Menschenrechtsorganisationen, sondern vom Staat selbst. Dieser übernimmt Verantwortung für die Vergangenheit. Der Staat möchte durch die CPM Erinnerung produzieren. Welche Form, Lesart und Interpretation der Erinnerung erfolgt, muss erst noch etabliert werden.

Wichtig für den Erfolg des Projektes war, dass die Kommission nicht an die Exekutive gebunden war, sondern durch die Legislative ins Leben gerufen wurde. Dies plus die Einbindung der zivilgesellschaftlichen Menschenrechtsorganisationen machte eine Etablierung im Feld der Erinnerungspolitik möglich. Die politische Legitimation kam durch die Entstehung aus dem Parlament heraus, die Legitimation im Feld der Erinnerungspolitik durch die Kommission der Honoratioren, die die Menschenrechtsorganisationen in die neue Institution einband. Wichtig war hierbei, dass es zu keiner Konkurrenzsituation mit anderen Akteuren im Feld kam. Der Staat versuchte nicht, die Arbeit der Menschenrechtsorganisationen zu übernehmen, sondern mit ihnen zu kooperieren und so eine Institution zu schaffen. Auch mit der Universität trat man nicht in Konkurrenz, vielmehr entstand im Lauf der Zeit eine symbiotische Beziehung. Anders als in späteren Fällen, wo die Menschenrechtsorganisationen viele Freiräume innerhalb von staatlichen Positionen oder Erinnerungsorten bekamen, wurde im Fall der CPM auf die Eigenständigkeit der Kommission geachtet. Die Kommission selber beschrieb ihren Zweck mit den Worten, die Cueto Rúa (2016) zum Titel seines Buches machte: „Ampliar el círculo de los que recuerdan".

Die Wirkung in die Gesellschaft hinein war ein weiteres Anliegen bei der Gründung und Etablierung der CPM. Zudem sollte das Wissen über die Diktatur und die Prozesse der kollektiven Erinnerung gebündelt und weiter gefestigt werden. Hierzu wurde bereits im März 2000 ein internationales Symposium zur kollektiven Erinnerung veranstaltet. Abgeordnete, praktische Menschenrechtsarbeit und Wissenschaft kamen bei dieser Gelegenheit zusammen. Zu den in-

ternationalen Gästen zählten unter anderem: Andreas Huyssen, Abraham Huberman, Dov Shilansky, James Young, Juan Corradi, Maltem Ahiska und Estela Shindel. Hierdurch wurde vor allem die theoretische Verknüpfung und die Verbindung mit den *Holocaust-Studies* vertieft (vgl. Cueto Rúa 2016, S. 90).

Die Entstehung der CPM trug dazu bei, das Verhältnis zwischen Staat und Menschenrechtsorganisationen zu verändern. Die Beziehungen zwischen dem Staat und dem Feld der Erinnerung und Menschenrechte waren von tiefen Spaltungen gekennzeichnet. Aus der Logik der Akteure heraus war der Staat der „Andere", mit dem sie stets in Konfrontation standen. Der Staat verletzte während der Diktatur die Menschenrechte. Nach der Demokratisierung klärte er kurzzeitig die Verbrechen auf und beschloss dann die Straffreiheit für die begangenen Menschenrechtsverletzungen. Demzufolge war es etwas Besonderes, als sich die Menschenrechtsorganisationen zur Kooperation mit dem Staat entschlossen.

In vielen Fällen war die Sicht der Menschenrechtsorganisationen auf den Staat sehr einseitig, im Sinne einer negativen Wahrnehmung. Die Entstehung der Kommission zeigt allerdings, dass der Staat nicht monolithisch ist. In vielen Analysen stellte die sozialwissenschaftliche Forschung den Staat so sehr in den Mittelpunkt, dass dieser quasi personalisiert mit der Regierung ist. Staat und staatliche Akteure sollten jedoch wesentlich heterogener dargestellt werden und nicht zwangsläufig auf die Figur des Regierungschefs personalisiert werden. Zudem kann eine Personalisierung auf anderen Ebenen stattfinden, wie im Fall der CPM mit Mosquera. Die Personen und Normen, die den Staat ausmachen, können vielfältig sein. Äußere Zwänge und die Interaktion mit der den Staat umgebenden Umwelt sind ebenfalls wichtige Faktoren für das Erklären von staatlichen Handlungen (vgl. Bohoslavsky und Soprano 2010, S. 23–28).

Im Fall der Erinnerungs- und Menschenrechtspolitik sind die Einflüsse von außen maßgeblich, die Forderungen der Menschenrechtsorganisationen ebneten den Weg für viele Politiken. Aber hier sehen wir, dass der Staat in der Lage, ist einen anderen Weg einzuschlagen und die Akteure des Feldes in eine staatliche Institution zu integrieren. Die Heterogenität des Staates war in diesem Fall besonders augenscheinlich. Auf der einen Seite schuf man eine Kommission, die sich um die Erinnerung an die Diktatur und die Menschenrechte kümmern sollte, auf der anderen Seite verantwortete der Staat eine rücksichtslose Bekämpfung der Kriminalität unter Sicherheitsminister Aldo Rico. Eine Frage bleibt allerdings offen: Nehmen die Mitglieder der CPM sich als nichtstaatlich oder staatlich wahr? Im Interview mit dem 2014 verstorbenen Staatsanwalt und Mitglied der CPM Hugo Cañón sagte dieser, dass er die CPM nicht als Teil des Staates sehe, vielmehr sie sei eine nichtstaatliche öffentliche Institution. Mit Blick auf die

Autonomie und Autarkie, die die CPM genießt, lehnte er die Kategorie staatlich ab und unterstreicht erneut das Spannungsverhältnis, das zwischen Akteuren der Menschenrechts- und Erinnerungspolitik und dem Staat besteht. Auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, einige von ihnen waren vorher in Menschenrechtsorganisationen tätig, war nicht sofort klar, ob sie nun für den Staat arbeiteten oder weiter in der *militancia* tätig sind (vgl. Cueto Rúa 2016, S. 99–102).

In der Entstehung der Kommission war die Kooperation der Honoratioren und der Mitarbeiter ein wichtiger Punkt. Die Honoratioren brachten in die Kommission nicht nur ihre persönliche Biographie und Stellung in der Gesellschaft ein, sie standen zum Teil stellvertretend für die Menschenrechtsorganisationen und das Feld der Menschenrechtspolitik. Für die Kommission brachten sie Legitimation, aber auch soziales Kapital im Umgang mit den anderen Akteuren im Feld der Erinnerungs- und Menschenrechtspolitik. Der Aufbau von Netzwerken und Kontakten begann nicht bei null. Dass Modell der Honoratioren und des *staffs* erlaubte es, ältere, erfahrene Vertreterinnen und Vertreter der Menschenrechtsorganisation mit jungen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zusammenzubringen. Dabei vereinte die CPM Personen, die zu den „direkt Betroffenen", also den Angehörigen von Opfern der Diktatur zählten, *militantes* der Menschenrechte sowie Juristinnen und Juristen und Akademikerinnen und Akademiker mit akademisch und technisch versierten Beschäftigten. Die in der ersten Resolution etablierte Anzahl der Parlamentarierinnen und Parlamentarier hielt sich allerdings nicht im endgültigen Gesetz. Der anfänglich hohe Einfluss der Abgeordneten auf die Kommission nahm schnell ab. Die Macht der Kommission formierte sich durch die Einbindung der verschiedenen Menschenrechtsorganisationen, der Religionsgemeinschaften, dem Feld der Justiz und der Universität (vgl. Cueto Rúa 2016, S. 110–115).

Tabelle 2: Zusammensetzung der CPM im Jahr 2000

Name	**Herkunft**
Martín Abregú	Direktor des CELS
Alfredo Antanucci	Abgeordneter PJ
Hugo Cañón	Bundesanwalt aus Bahía Blanca
Estela de Carlotto	*Abuelas de Plaza de Mayo*
Daniel Cieza	Abgeordneter FREPASO
Laura Conte	*Madres de Plaza de Mayo Línea Fundadora*, CELS
Adelina Alaye	*Madres de Plaza de Mayo*, La Plata
Sara Derotie	Abgeordnete PJ
Aldo Etchegoyen	*Iglesia metodista*, ADPH

Alberto Giorandelli	Abgeordneter UCR
Miguel Hesayne	Ehemaliger Bischof aus Videdma
Luis Lima	Präsident der UNLP
Victor Mendibil	*Asociación Judicial bonarense* / CTA
Alejandro Mosquera	Abgeordneter FREPASO
Adolfo Pérez Esquivel	SERPAJ
Elizabeth Rivas	APDH, La Plata
Carlos Sánchez Viamonte	UNLP
Leopoldo Schiffrin	*Cámera Federal de La Plata*
Mauricio Tenembaum	*Agrupación Convergencia*

Quelle: Eigene Darstellung nach *Puentes* Nr.1 August 2002 und Cueto Rúa (2016).

Das Profil der CPM hatte verschiedene Facetten, es gelang, nicht nur Personen zu vereinen, die für La Plata und die Provinz Buenos Aires von Bedeutung waren. Einige von ihnen waren wichtige Figuren auf der nationalen Ebene der Menschenrechte. Mit dem Friedensnobelpreisträger Pérez Esquivel war sogar ein international ausgezeichneter Aktivist unter ihnen. Zentrale Figur war Estela de Carlotto, seit 1989 war sie Präsidentin der *Abuelas de Plaza de Mayo*. Ihre schwangere Tochter Laura verschwand 1977. Carlotto schloss sich den *Abuelas* an und wurde schnell zu ihrer Führungsfigur. Neben Hebe de Bonafini ist sie wohl die wichtigste Vertreterin der „direkt betroffenen" Organisationen. Für die CPM gab es kaum eine Person mit höherem Ansehen im Feld der Menschenrechte. Aldo Etchegoyen, ein methodistischer Priester und Mitglied der ADPH war ebenfalls eine national bekannte Figur in der Menschenrechtspolitik. Mit Hesayne und Tenembaum waren Vertreter des katholischen und jüdischen Glaubens vertreten. Ein Fakt, der wiederum sehr an die CONADEP erinnert. Dort hatten die Vertreter der Religionsgemeinschaften ebenfalls hohen Einfluss. Die lokalen Organisationen waren vor allem durch Adelina Alaye und Elizabeth Rivas vertreten, die für die *Madres de Plaza de Mayo filial La Plata* und ADPH La Plata tätig waren (vgl. Cueto Rúa 2016, S. 117–121).

Die Mitglieder können in verschiedene Gruppen eingeteilt werden, im Feld der Erinnerung und Menschenrechte sind zum einen die direkt Betroffenen sowie diejenigen, die jahrelange Erfahrung in der *militancia* aufweisen können von Bedeutung. Die Integration der Angehörigen der Opfer, in diesem Fall *Madres* und *Abuelas*, ist ein sehr wichtiger Faktor in der argentinischen Erinnerungspolitik. *Abuelas* und *Madres* sind zum Symbol des friedlichen Widerstandes gegen die Diktatur und für die andauernde Suche nach ihren Kindern und Enkelkindern geworden. Ihr weißes Kopftuch ist ebenso Symbol für die ständige Auseinandersetzung mit dem Staat und die Forderung nach *memoria, verdad* und *justicia*. *Abuelas* und *Madres* sind die zentralen Vorbilder im Kampf für die Menschenrechte und die Erinnerung an die Opfer. Des Weiteren kann

zwischen religiösem, akademischem, gewerkschaftlichem und parlamentarischem Hintergrund unterschieden werden. Erkennbar ist, welche Gruppen nicht Teil der Kommission wurden. Von den klassischen Menschenrechtsorganisationen fehlen sowohl die *Familiares* als auch die Vereinigung der *Ex Detenidos Desaparecidos*. Beide Organisationen waren dem Staat gegenüber kritischer eingestellt als die anderen. Ebenfalls nicht vertreten waren die H.I.J.O.S. Sie kämpften für eine andere Form der Erinnerung. Während die anderen Organisationen großenteils das humanitäre Narrativ der unschuldigen Opfer aufrecht erhielten, verfolgte H.I.J.O.S. eine Rückbesinnung auf die revolutionären Ideale der Opfer. Ein Diskurs, der kaum mit den Aufgaben der staatlichen Erinnerungspolitik vereinbar war. Die Organisation sollte auch weiterhin kritisch gegenüber der CPM bleiben, auch wenn diese später eine *Hija*, aber kein Mitglied von HIJOS La Plata, in die Kommission berief. Infolgedessen vereint die CPM zwar viele der Akteursgruppen im Feld der Menschenrechte und der Erinnerung, aber nicht alle. Kritik an der „Verstaatlichung der Erinnerung" wurde von Anfang an geäußert (vgl. Cueto Rúa 2016, S. 122–125).

Die Auswahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der CPM lief unter anderen Gesichtspunkten und mit anderen Merkmalen ab. Sie sind das Gegenstück zur Kommission der Honoratioren und für die eigentliche Arbeit zuständig. Hier galten Maßstäbe wie bei anderen Behörden. Die Zusammensetzung war dementsprechend vor allem durch Personen aus La Plata, dem akademischen, journalistischen und kulturellen Umfeld der Hauptstadt der Provinz Buenos Aires geprägt. Das Auswahlkriterium war weniger die Legitimation, die die Person mit sich bringt, sondern die Eignung und die Fähigkeit für die Arbeit. Fast alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der ersten Stunde waren über die vorherige *militancia* im religiösen und sozialen Bereich sowie in Menschenrechtsorganisationen verbunden. Angehörige von Opfern, also direkt Betroffene bildeten tatsächlich die Ausnahme. Feste politische Bindungen an eine politische Partei gab es nicht. Mit Blick auf die Generationen, die im Falle Argentiniens mit *Abuelas*, *Madres* und *Hijos* sehr wichtig sind, gehören die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Generation derjenigen, die die Diktatur als Heranwachsende erlebt haben, sie befinden sich also zwischen der Alterskohorte der Opfer und deren Kindern. (vgl. Cueto Rúa 2016, S. 128–138).

4.2 Struktur und Arbeit der CPM

Das Schema der Zusammensetzung der Kommission blieb auch nach dem Rücktritt Estela de Carlottos 2003 weitestgehend gleich[44]. Jedoch sank die Partizipation der Parlamentarier auf ein

[44] Siehe hierzu Kapitel 4.3.3.

Minimum und es blieben die Honoratioren. Die CPM bestimmt ihre Mitglieder selbst, unabhängig von Regierung und Parlament. Ein Fakt, der zum Beispiel aus den Reihen der HIJOS La Plata immer wieder als undemokratisch kritisiert wird. Die Struktur der Kommission besteht aus dem Präsidenten, Vizepräsidenten, Sekretär und Prosekretär sowie Schatzmeister. Neben den eigentlichen Mitgliedern gibt es noch die akademischen Beraterinnen und Berater.

Tabelle 3: Zusammensetzung der CPM im Dezember 2019

Name	**Funktion**	**Herkunft**
Adolfo Pérez Esquivel	*Presidente*	SERPAJ, Präsident der CPM seit 2004
Dora Barrancos	*Presidenta*	UBA
Susana Méndez	*Vicepresidenta*	CELS
Víctor De Gennaro	*Vicepresidente*	CTA und APDH
Roberto Cipriano García	*Secretario*	Leitete das CCT von 2005 – 2013
José „Pepe“ Di Paola	*Prosecretario*	Katholischer Priester
Ernesto Alonso	*Tesorero*	Gründer der CECIM (*Centro de ex Combatientes de Islas Malvinas*)
Víctor Mendibil	*Integrante*	CTA
Yamila Zavala R.	*Integrante*	Tochter von Opfern der Diktatur
Carlos Sánchez Viamonte	*Integrante*	UNLP
Ana Barletta	*Integrante*	UNLP
Nora Cortiñas	*Integrante*	Mitgründerin *Madres de Plaza de Mayo*
Luis Julián Lima	*Integrante*	Ehemaliger Präsident der UNLP
María Sonderéguer	*Integrante*	*Universidad Nacional de Quilmes*
Elisa Carca	*Integrante (En licencia)*	Senatorin CC-ARI
Baltasar Garzón Real	*Consultor académico*	Spanischer Richter
Theo Van Boven	*Consultor académico*	Niederländischer Jurist, war UN-Sonderberichterstatter über Folter
Antonio González Quintana	*Consultor académico*	Spanischer Archivar
Patricia Funes	*Consultor académico*	UNLP, Historikerin ehemalige Mitarbeiterin der CPM

Quelle: Eigene Darstellung nach Comisión Provincial por la Memoria (2019g).

Beim Blick auf die Zusammensetzung fällt nicht nur der geringere Anteil der Parlamentarierinnen und Parlamentarier auf. Neben den Vertreterinnen und Vertretern der Menschenrechtsorganisationen und der Gewerkschaften wuchs die Bedeutung der staatlichen Hochschulen in Form der Akademikerinnen und Akademiker innerhalb der Kommission. Die Präsenz der UNLP erklärt sich bereits aus der Gründung der CPM, die Kooperation vor allem mit der *Fa-*

cultad de Humanidades y Ciencias de la Educación wurde durch den Magisterstudiengang *Historia y Memoria* noch verstärkt. Aber auch in anderen Fakultäten ist das Thema der Erinnerung an die Diktatur und der Einsatz für die Menschenrechte präsent. Die akademischen Beraterinnen und Berater kommen sowohl aus dem lokalen Umfeld wie auch aus Europa. Besonders Baltasar Garzón ist hier zu nennen, der nicht nur die Inhaftierung Pinochets vorangetrieben, sondern auch in Spanien Anklage gegen Täter der argentinischen Militärdiktatur erhoben hatte. So war es seine Initiative, die zur Verurteilung Adolfo Scilingos in Spanien führte.

Die weitere institutionelle Gliederung sieht wie folgt aus: Die *Mesa ejecutiva* (Vorstand) wird geleitet von Roberto Cipriano García, ihm gehören weiter an: Ana Barletta, Susana Méndez, Ernesto Alonso, Sandra Raggio und Valeria Corfiel. Für die Belegschaft ist Sandra Raggio als Generaldirektorin verantwortlich, für den administrativen Bereich ist es Valeria Corfiel. Die Arbeit der Kommission teilt sich in vier Bereiche plus Verwaltung auf: *Área Educación*, *Investigación y Archivo*, *Área Comité contra la Tortura*, *Área Justicia y Seguridad Democrática* und *Comunicación y Cultura*.

Abbildung 2: Organigramm der CPM

Quelle: Eigene Darstellung nach Comisión Provincial por la Memoria (2019n)

Ende 2019 gehörten 119 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zum *staff* der CPM. Beim Blick auf die Tätigkeitsfelder Vergangenheit und Gegenwart ist das Verhältnis so gut wie ausgeglichen. Dies ist keine festgeschriebene Politik der Kommission, sondern Ergebnis eines stetigen Wachstumsprozesses, der auf politische und gesellschaftliche Änderungen reagiert. So wurde

in der Amtszeit Macris die Arbeitsgruppe zur Unterstützung der strafrechtlichen Prozesse gegen die Täter der Diktatur erhöht. Mit dem Regierungswechsel 2019 und den Ankündigungen der Provinzregierung, sich der Situation in den Gefängnissen intensiver zu widmen, wird die CMP diesen Bereich ausbauen. Von dieser Zweiteilung abgesehen gibt es Bereiche, vor allem den der Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit, der in beiden Gebieten tätig ist (vgl. Raggio 13.02.2020).

Die CPM trifft ihre Entscheidungen im Gremium einstimmig. Die Mitglieder der Kommission versuchen in der Regel, ihre Differenzen auszudiskutieren und, soweit es geht, zur Einstimmigkeit zu gelangen. Bei besonders hitzigen oder politischen Themen kann auch abgestimmt werden. Dies ist nicht die Norm, aber dieses Verfahren wurde bereits angewandt (vgl. Raggio 13.02.2020).

Die Kommission ist nicht im Gesetz zum Haushalt der Provinz Buenos Aires verzeichnet, wenn es auch ihr Ziel gewesen war, dort prominent aufgelistet zu sein. Doch die juristische Konstruktion der Kommission macht dies schwierig. Die Gelder der CPM werden über das Wirtschaftsministerium zugeteilt und sind in der Praxis so etwas wie Subventionen. Wie im Gründungsgesetz festgeschrieben, bestimmt die CPM selbstständig über ihren Haushalt. Gehälter werden eigenständig festgelegt. Auch der Personalrahmen wird von niemand anderem als der CPM entschieden. Damit hat die Kommission eine weitgehende Freiheit und Autonomie, die sie auch in der politischen Auseinandersetzung nutzt. Wie alle öffentlichen Behörden muss die CPM aber über ihre Ausgaben Rechenschaft ablegen (vgl. Raggio 13.02.2020).

4.3 Arbeitsfelder der CPM

Seit der Gründung der CPM entwickelten sich vier elementare Pfeiler in ihrer Arbeit heraus, die in diesem Unterkapitel beschrieben werden sollen. An erster Stelle steht das Archiv der *Dirección de Inteligencia de la Policía de la Provincia de Buenos Aires* (DIPPBA), das der CPM im Jahr 2001 zusammen mit dem Gebäude der DIPPBA überschrieben wurde. Die zweite Säule der Arbeit ist die Vermittlung und Weitergabe der Erinnerung. Dies geschieht vor allem über das Bildungsprogramm *Jóvenes y Memoria*, das jährlich mehr als zehntausend junge Menschen durchlaufen. Als dritter zentraler Punkt in der Arbeit steht das *Comité contra la Tortura*, das Gefängnisse und Kommissariate überwacht und dort Gewalt und Menschenrechtsverletzungen dokumentiert. Den letzten Pfeiler bildet das *Museo de Arte y Memoria*, das Kunst und Erinnerung zusammenführt, um so Debatten über Vergangenheit und Gegenwart anzustoßen und zu begleiten. Neben der Ergänzung kleinerer Tätigkeitsbereiche widmet sich ein weiteres

Unterkapitel der Intervention der CPM in öffentlichen Debatten. Zu diesen vier Pfeilern kommen die zwei Erinnerungsorte, die von der CPM betrieben werden: das ehemalige Gebäude der DIPPBA und der *Pozo de Quilmes* (Comisión Provincial por la Memoria 2019e).

4.3.1 Das Archiv der *Dirección de Inteligencia de la Policía de la Provincia de Buenos Aires* (DIPPBA)

Die CPM übernahm damit, in der Zeit der Straflosigkeit und des Vergessens, das erste Archiv eines Geheimdienstes in Lateinamerika und machte die Akten der Öffentlichkeit, vor allem den Opfern und der Wissenschaft zugänglich. Es sind die Archivalien der Repression und diese stellen eine besondere Art von Erinnerung dar. Es sind Akten, Berichte und gesammelte Fundstücke, die dem Staat, in diesem Fall der Polizei, zur Repression und schließlich zu Menschenrechtsverletzungen dienten. In den Geheimdienstberichten wird die Sicht der Sicherheitskräfte deutlich, die Ansichten der Diktatur und ihr menschenfeindlicher Charakter wird durch die Narrative des *enemigo interno* – inneren Feindes – ausgedrückt. Die Dokumente lassen eine Rekonstruktion der historischen Ereignisse zu, dabei beinhalten sie jedoch die Erinnerungen und Narrative der Repression. Zum Teil erlauben die Dokumente eine Darstellung der Aktionen der Guerilla oder der *militancia*. Die Geheimpolizei sammelte Primärquellen von Studentengruppen und Gewerkschaften, die sonst nicht erhalten geblieben wären. Dabei muss der Leser jedoch Vorsicht walten lassen, denn nicht selten fälschte der Geheimdienst Dokumente. Die Wahrheit bilden sie in den wenigsten Fällen ab. Daher erfordert der Umgang mit den Archiven der Repression viel Fingerspitzengefühl und Erfahrung. Zudem war die Erwartungshaltung beim „Fund“ des Archives sehr hoch, viele Angehörige versprachen sich von den Dokumenten echte Hinweise auf das Schicksal der Verschwundenen oder der geraubten Kinder. Diese Hoffnungen wurden in den meisten Fällen jedoch nicht erfüllt. Trotzdem sind die Dokumente wichtige Beweise für die juristischen Prozesse. Im Falle der DIPPBA wurden sie bereits bei den Wahrheitsprozessen und in den ab 2005 folgenden Prozessen als Beweismittel eingesetzt (vgl. da Silva Catela 2002, S. 209–214).

Die DIPPBA als Spionageeinheit der Polizei der Provinz von Buenos Aires wurde 1956 unter dem Namen *Central de Inteligencia* gegründet. Ihre Auflösung erfolgte nach den Polizeiskandalen 1998 infolge der Polizeireformen. Allerdings finden sich im Bestand des Archives Akten der verschiedenen Vorgängerorganisationen, die sogar bis in die 1930er Jahre zurückreichen. In den knapp mehr als 40 Jahren war die Aufgabe der DIPPBA klar umrissen. Es sollte Informationen und belastendes Material zu den als feindlich eingestuften politischen oder auch sozialen Bewegungen gesammelt werden. Mit Beginn der Repression war das Reservoir an Daten

groß, die DIPPBA lieferte den *Grupo de Tareas* Namen und Daten und war in der planmäßigen Unterdrückung ein wichtiger Faktor. Die Gründung des Geheimdienstes fiel in die Zeit der *Revolución Libertadora*. Dementsprechend war das erste Ziel die Überwachung des, für illegal erklärten, Peronismus. Im Zuge des Kalten Krieges erfolgte eine Neuausrichtung auf die Bekämpfung des Kommunismus, im Sinne der Doktrin der Nationalen Sicherheit. Die DIPPBA war in der ganzen Provinz aktiv und hatte mehrere Außenstellen. Ein ständiges Arbeitsfeld war die Überwachung der Industriearbeiter sowie der Gewerkschaften. Nach dem Staatsstreich wurde die Polizei unter den Befehl von Ramón Camps gestellt. Von da an wurde die DIPPBA zu einem wichtigen Teil des Staatsterrorismus mit den Aufgaben: Kontrolle, Geheimdienstarbeit und Verfolgung. Auch wenn das Gebäude der DIPPBA wohl nicht als geheimes Folterzentrum diente, waren die Agenten an Entführungen, Hausdurchsuchungen und Festnahmen beteiligt. Zudem war die DIPPBA mit allen anderen Geheimdiensten (der Marine, des Heeres usw.) in der sogenannten *communidad informativa* vernetzt (Comisión Provincial por la Memoria o. J.f).

Die DIPPBA infiltrierte politische und religiöse Organisationen sowie Gewerkschaften. Material, Dokumente und Fotos wurden gesammelt. Die Dokumente wurden dann nach *mesas*, *factores*, *carpetas* und *legajos* geordnet. *Mesas* und *factores* sind thematisch organisiert, *carpetas* und *legajos* dienen ebenfalls der thematischen oder geografischen Konkretisierung. Unterteilung gab es in Arbeiterschaft, Studenten, Kommunisten oder DS – *Delincuente Subversivo*. Es wurden viele Objekte gesammelt und zusammengetragen, Flugschriften, Manifeste und Aufrufe. Diese Dokumente sind heute vielfach von der Geschichtswissenschaft nachgefragt, da sie zum Beispiel die Rekonstruktion der Studentenbewegung in den 1970er Jahren ermöglichen und dabei Primärquellen liefern, die ansonsten nicht mehr erhalten sind (vgl. Lanteri et al. 2015, S. 4–10). Die DIPPBA beschrieb ihre Aufgabe 1977 folgendermaßen:

> „[…] tendrá la misión de satisfacer las necesidades de información y/o inteligencia, en forma sistemática y oportuna, de la policía de la provincia de Buenos Aires como así también del gobierno provincial, a requerimiento de la Jefatura de Policía, además cumplirá con lo legislado referente a la instalación, funcionamiento, reunión de información y contralor de las agencias de investigación privadas.“ (zitiert nach Salvatori 2015, S. 155)

Die Rückkehr zur Demokratie brachte allerdings kein Ende der Spionage der Polizei. Im Sinne der inneren Sicherheit und mit geänderter Zielstellung war die DIPPBA, mit wesentlich weniger

Ressourcen, weiter aktiv. Die Arbeit reduzierte sich auf das Zusammenstellen von Zeitungsschnitt-Archiven. Die operative Arbeit nahm ab (vgl. Comisión Provincial por la Memoria o. J.d, S. 19). Reaktiviert wurde diese Tätigkeit vor allem, wenn es um Vergehen der Polizei selbst ging. Zivilgesellschaftlicher Protest gegen Polizeibrutalität und *gatillo fácil* wurden genauestens von der DIPPBA beobachtet. Interessant ist hierbei, dass die Opfer der Polizeigewalt mit denselben Kategorien bedacht wurden wie die Opfer der Repression.

In den 1990er Jahren gab es immer wieder Berichte und Anklagen darüber, dass ein Geheimdienst innerhalb der Polizei von Buenos Aires existiert. Doch Politiker und Experten zeigten sich nach der offiziellen Auflösung der DIPPBA überrascht, dass es ein geheimpolizeiliches Archiv von einer bedeutsamen Größenordnung gab. Das Archiv besteht aus rund vier Millionen Dokumenten, 750 VHS Kassetten, 160 Audio Kassetten verteilt auf 90 Regale mit 600 Regalböden. Der Inhalt der Dokumente zeigt den bürokratischen Apparat, der hinter der Repression stand. Die DIPPBA widerspricht dem Stereotyp des Täters, der oft als gewalttätiger Folterknecht dargestellt wird. An dieser Stelle verwundern die Verweise auf Hannah Arendts Buch „Eichmann in Jerusalem“ und ihre Beschreibung der Banalität des Bösen nicht (vgl. Salvatori 2015, S. 147–150). Vertreter der CPM bezweifeln, dass die Politik und Regierung in der Demokratie nichts von dem Archiv der DIPPBA wussten. Nach der Diktatur arbeiteten dort bis zu 200 Menschen. Hier muss von einem bewussten Wegschauen – Vergessen – gesprochen werden. Interessant ist die Lage des Gebäudes der DIPPBA in La Plata. In der Straße 54 zwischen 4 und 5[45] ist es in einer der zentralen Zonen gelegen, gegenüber der traditionsreichen *Cervecería Modelo*. Zeitzeugen berichten, dass sie nur ungern die Straße entlanggingen. Wie fast alle Gebäude der Polizei und des Militärs aus dieser Periode hatte die DIPPBA einen kleinen Wachturm, von dem aus beide Seiten der Straße einsehbar waren. Aus Gesprächen mit Anwohnerinnen und Anwohnern konnten nur wenige Informationen gewonnen werden, diese berichten von vielen, auch nächtlichen Aktivitäten, zum Teil auch von Schreien. Doch mehr als 30 Jahre nach der Demokratisierung ist die Nutzung der DIPPBA als Folterzentrum nicht nachgewiesen (vgl. Salvatori 2015, S. 158–164).

Das Archiv ist einer der wenigen Orte, an denen die Vergangenheit mit den Stimmen der Täter rekonstruiert wird. Im Gegensatz dazu ist das Archiv der CONADEP die Sammlung der Aussagen der Opfer, aus denen heraus ein Bild der Verbrechen und der Täter skizziert wird. Das Archiv der DIPPBA zeigt die Logik der Repression und Überwachung, die auch unabhängig

[45] La Plata wurde 1882 als geplante Hauptstadt der Provinz Buenos Aires gegründet. Die Stadt wurde als Quadrat konzipiert und die Straßen haben ausschließlich Nummern und keine Namen.

von der Regierungsform stattfand. Mit dem „Fund“ 1998 und der Überstellung an die Kommission 1999 war das eigentliche Ziel aber noch nicht erreicht. 2003 wurde das Archiv dann der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Anfragen können von Opfern und deren Angehörigen sowie von Menschenrechtsorganisationen, Anwältinnen und Anwälten sowie Universitätsangehörigen gestellt werden. Die Dokumente werden dann ohne die Daten Dritter herausgegeben. Die Bestände sind nicht nur in ihrem Inhalt einzigartig, es bleibt das einzige Archiv der Repression welches in Gänze der Öffentlichkeit übergeben wurde. Hierfür war vor allem der politische Willen der Akteure der Provinz Buenos Aires verantwortlich, die die Krise in der Polizei nutzten und es der CPM übergaben. In anderen Situationen in Argentinien gab es vereinzelt, meist durch juristische Dynamiken ausgelöste, Übergaben von Archiven. Innerhalb der Menschenrechtsorganisationen und der Akteure im Bereich der Erinnerung gab es durchaus Diskussionen, wie mit den Archiven der Repression umgegangen werden soll. Einige forderten den völlig freien und damit unkontrollierten Zugang, andere sahen es als notwendig an, die Rechte und Intimität der Opfer der Spionage weiter zu schützen. Für die Aufklärungsarbeit und die Forschung kann dies manchmal ein zeitraubender Prozess sein, etwa wenn die Familien der Opfer kontaktiert werden müssen (vgl. da Silva Catela 2007, S. 188–211).

Der Bestand des Archivs konnte in den folgenden Jahren um Schenkungen aus dem Umkreis der CPM erweitert werden. Hierzu zählen Dokumentationsbeständen die im Zusammenhang mit dem Staatsterrorismus stehen, Zeitzeugenberichte und andere persönliche Sammlungen, zum Beispiel von verstorbenen Mitgliedern der CPM. Hinzu kamen die Akten des Strafvollzuges der Provinz Buenos Aires, dessen Bestand sich vor allem auf die Jahre 1974–1984 konzentriert, sowie ein Teil der Geheimdienstakten der Marine. Im Jahr 2019 zählt der Bestand 336 Regalmeter. Ein Teil des Archivs wurde von der UNESCO zum Weltkulturerbe erklärt. Das Archiv steht der Öffentlichkeit nach den Gesetzen „ley de acceso a la información pública“ und dem „ley de habeas data“ zur Konsultation zur Verfügung. Wie oben bereits beschrieben muss eine Verbindung oder ein Einverständnis der Angehörigen vorliegen, sollte es sich um persönliche Akten handeln. Bei der Akteneinsicht wird eine Vertraulichkeitserklärung unterschrieben (Comisión Provincial por la Memoria 2019b).

Die CPM arbeitete seit Inbesitznahme des Archivs an der Digitalisierung und der Aufarbeitung der Film- und Audiokassetten. Daneben wird ständig an der Instandsetzung der Dokumente gearbeitet. Das Archiv ist in einem sehr guten Zustand, die Arbeit professionell. Die Bearbeitungszeit eines Antrages beträgt in der Regel eine Woche. Dies ist besonders bemerkenswert, wenn ein Blick auf andere Archive oder die Archivlandschaft in Argentinien allgemein gewor-

fen wird. Es gibt kein nationales Archivgesetz. In den allermeisten Fällen sind sie vernachlässigt, ungepflegt und im schlechten Zustand. Zudem gibt es keine universitäre Ausbildung zum Archivar.

Der Umgang der CPM mit dem Archiv hat sich seit der Öffnung 2003 in einigen Punkten geändert. Zu Beginn lag das Hauptaugenmerk auf der individuellen und gesellschaftlichen Wiedergutmachung gegenüber den Opfern des Staatsterrorismus. Dies geschah auf symbolischer Ebene, indem das Archiv der Repression der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurde und damit nicht mehr Teil des Schweigens und Vergessens ist. Zudem geschah die Wiedergutmachung auf ganz konkrete Weise. Wie im Gesetz (12.483) festgelegt, lieferte die CPM Beweismaterial für die Wahrheitsprozesse und später für die Prozesse gegen Menschenrechtsverletzungen. Damit arbeite die CPM als staatliche Behörde aktiv an der juristischen Aufarbeitung der Verbrechen der Diktatur mit. Nach eigenen Angaben sind in bis zu 60 Prozent der Fälle Beweise aus dem Archiv der DIPPBA verwendet worden. In der Provinz Buenos Aires liegt dieser Anteil bei fast 80 Prozent. Dass auch Informationen und Beweise zu anderen Provinzen im Archiv vorhanden sind, lag an der Logik der *comunidad informativa*, die untereinander Geheimdienstinformationen teilten und aufbewahrten. Der Fokus hat sich mittlerweile auf die archivistische Administration der DIPPBA Akten verschoben. Zwar ist die Wiedergutmachung immer noch ein wichtiger Faktor, doch aktuell geht es darum, den Bestand an Dokumenten zu erweitern, den Zugang so offen wie möglich zu gestalten und dabei die Rechte der Opfer und Betroffenen zu achten. Zudem verfolgt die CPM mittlerweile eigene Forschungen und bemüht sich, vor allem den staatsterroristischen Charakter der DIPPBA und der Spionage zu zeigen sowie ehemalige Mitarbeiter der DIPPBA anzuklagen, wie der in der Einleitung erwähnte Fall Garellos zeigt. In den 16 Jahren Tätigkeit wurden 13.000 persönliche Anfragen sowie 3.000 Anfragen aus der Wissenschaft bearbeitet. Die Zuarbeit zur juristischen Aufarbeitung bleibt jedoch die Hauptaufgabe (vgl. Comisión Provincial por la Memoria 2019d).

Die Kommission sieht die Arbeit und den Nutzen des Archivs zwischen den Eckpunkten: Wissenschaft, Opfer und Justiz. Im Diskurs über die DIPPBA, also in den Erinnerungen, die die CPM sammelt, wird die Aufgabe des Geheimdienstes hinsichtlich der Verfolgung der *disidencias* – Dissidenten – nicht nur im klassischen politischen Sinne als Oppositionelle zu einem Regime, sondern auch im kulturellen Sinne beschrieben. So wird heute in Argentinien der Begriff *disdencias* für alles benutzt, was nicht Teil der heteronormativen Mehrheitsgesellschaft ist LGBTQ sowie Minderheiten werden unter dem Begriff subsumiert. Dies ist ein Trend, der besonders in der Zeit der Regierung Macris zu beobachten war. Das wichtigste Argument der CPM ist dabei, dass es sich bei der Spionage um Staatsterrorismus handelte. Dabei wird die

Rolle der DIPPBA bei der Identifizierung, Beobachtung und Auswahl der Opfer hervorgehoben. Die DIPPBA war kein geheimes Folterzentrum, Verschwindenlassen, Folter und Mord wurden hier nicht verübt. Nichtsdestotrotz zieht die CPM eine direkte Verbindung zwischen Geheimdienst und Repression. Hier kann vermutet werden, dass die argentinische Öffentlichkeit die *show del horror* „gewöhnt“ ist. Die Art des Verbrechens wird nicht sofort mit der blutigen Repression verknüpft.

Neben der Rekonstruktion der Vergangenheit ist der Umgang mit den Opfern essentiell. Formen der Wiedergutmachung waren sehr wichtig Dabei sollten die Rechte der Opfer gewahrt bleiben. Trotzdem gab es Diskussionen um den Umgang mit den Akten. Die CPM fand für sich die Position, dass die Familien ein Recht auf Wahrheit hätten. Die Wahrheit ist hier jedoch nicht die historische Wahrheit, sondern das was der Staat und der Repressionsapparat über die Opfer dachte.

In der Auseinandersetzung um Vergangenheit und Gegenwart ist das Archiv ebenfalls ein wichtiger Argumentationspunkt. Aus der Vergangenheit heraus erlauben es die DIPPBA Dokumente, aktuelle Formen von illegaler Spionage oder Überwachung zu verurteilen. Zudem zeigt es, zu was ein autoritärer Staat fähig ist, der seine Gegner systematisch überwacht. Die Diskussionslogik der Kommission ist in vielen Punkten darauf ausgerichtet, dass die Menschenrechtsverletzungen nicht vollständig der Vergangenheit angehören. Darüber hinaus wird auf Kontinuitäten, die zwischen Diktatur und Demokratie bestehen, verwiesen. Kaum ein Fall zeigt dies besser als die DIPPBA, die in der Demokratie unter anderen Vorzeichen weiterfunktioniert und illegale Spionage betreibt. Hinzu kommt die Besonderheit der Polizei von Buenos Aires: die *Bonarense* ist die größte bewaffnete Organisation in Argentinien. Sie war immer ein Punkt, wo die Interessen der Politik und Justiz zusammenflossen; vielen gilt sie als korrupteste Sicherheitsorganisation in Argentinien. Die *Bonarense*, anders als die Armee, ist weniger von der juristischen Aufarbeitung der Vergangenheit betroffen gewesen. Im Wesentlichen wurden die Köpfe, wie Etchecolatz, verurteilt. Die meisten der mittleren Dienstränge wurden kaum behelligt. Und dies obwohl in der Provinz die Mehrzahl der geheimen Folterzentren von der *Bonarense* betrieben wurden.

Das Ziel der CPM war es, das Täterarchiv in etwas zu verwandeln, das die Stimmen der Opfer widerspiegelt und nicht den Diskurs der Täter übernimmt. Hierzu trägt vor allem die illegale Arbeit der DIPPBA bei, die einen Einblick in die Dynamiken und Aktionen der sozialen und politischen Organisationen gibt, die besonders schwer von der Repression getroffen wurden. Hiermit ist ausdrücklich nicht die Guerilla gemeint. Das Material wird unter anderem zur Erforschung der Gewerkschaften oder auch der Studentenbewegung genutzt. Hierdurch ist es

möglich, etwas des politischen Engagements der Opfer zu zeigen, überspitzt gesagt ist es das Archiv der *militancia*. Die Kommission ist bemüht, dies in den Vordergrund zu stellen und nicht die bewaffneten Aktionen der Guerilla. Daher sind die Aufgaben des Archivs heute sehr vielfältig. So wird es zum Beispiel von Historikerinnen und Historikern genutzt, um die Geschichte der Arbeiterklasse im Großraum La Plata zu erforschen.

Dass Spionage in Argentinien auch während der Demokratie betrieben wurde, zeigte eindrucksvoll der Fall der Marinebasis in Trelew im Jahr 2006. Hier entdeckte eine juristische Intervention – den Matrosen wurde Spionage vorgeworfen – ein zugegeben kleines Geheimdienstarchiv. In diesem fanden sich Dokumente, die die Bespitzelung von Studierenden und Gewerkschaften nachwiesen. Dabei wurde hier im 21. Jahrhundert nach der gleichen Logik operiert wie zu Zeiten der Militärdiktatur. Die Struktur des Aufbaus des Archivs war dem der DIPPBA sogar sehr ähnlich. Immer wieder kommen Skandale ans Licht der argentinischen Öffentlichkeit, in denen Spionage eine Rolle spielt; der Mord an Staatsanwalt Alberto Nisman 2015[46] war hier keine Ausnahme (vgl. Muzzopappa 2015).

Einer der zentralen Gründungsaufträge der CPM war die Vermittlung und Transmission der Erinnerung an die nachwachsenden Generationen. Dabei ist der Umgang mit den Jugendlichen durchaus eine Herausforderung. Für sie ist es leichter, die Vergangenheit aus der Gegenwart heraus zu denken und Kategorien anzuwenden, die sie bereits kennen. Der Transmissionsaspekt des Archivs könnte in dieser Hinsicht durchaus noch ausgebaut werden. Zwar gab es einige wenige Projekte von *Jóvenes y Memoria*, die mit den Akten arbeiteten, doch kommen an dieser Stelle die Datenschutzbestimmungen zum Tragen. Themen, die eine Verknüpfung erlauben, gäbe es genug: die Unterdrückung der *disidencias*, zivilgesellschaftlicher Widerstand, *gatillo fácil* und Femizid.

Zentraler als die Bildungsarbeit ist die Forschungsarbeit, die mit und am Archiv durchgeführt wird. Die CPM unterhält einige Forschungseinheiten, die sich mit den Akten beschäftigen, diese aufarbeiten und die Erkenntnisse der Öffentlichkeit mitteilen. Zwei Gruppen von Forschungsarbeit können hier unterschieden werden. Zum einen handelt es sich um die Unterstützung und Zuarbeit bei den Strafprozessen, zum anderen um Untersuchungen, aus denen Ausstellungen oder kleine Publikationen hervorgehen. Die erste Gruppe hat ihre Wurzel in der Mit-

[46] Nisman war als Sonderstaatsanwalt mit Ermittlungen zum Bombenanschlag auf das Gebäude der *Asociación Mutual Israelita Argentina* 1994 beauftragt. Im Januar 2015, kurz vor einer wichtigen Anhörung wurde seine Leiche gefunden. Bislang ist der Fall noch nicht aufgeklärt. Suizid, Mord und Vertuschung durch die Regierung Kirchner sind Teil der Spekulation.

wirkung an den Wahrheitsprozessen. Das Archiv unterstützt die Strafprozesse durch das Zusammentragen von Personalakten, Haftbefehlen, Geheimdienstdaten über politische und soziale Organisationen sowie Anträge der Angehörigen der Opfer. Von besonderer Relevanz ist das Material anderer Geheimdienste, das zwar nicht freigegeben oder erhalten ist, aber Teil des Bestandes der DIPPBA war. Zudem fertigt die CPM Berichte, die das Material zusammenfassen, an (Comisión Provincial por la Memoria o. J.a). Neben dieser Hilfestellung und Beweislieferung tritt die CPM auch als Kläger in Strafprozessen zu Menschenrechtsverletzungen auf. Hierbei handelt es sich um die Strafverfolgung derjenigen, die für die DIPPBA tätig und in den Staatsterrorismus verwickelt waren. Hier wird auf juristischem Weg die Strategie verfolgt, die Spionage als integralen Bestandteil des Staatsterrorismus zu betrachten. In drei Fällen hat die CPM Anklage erhoben und Ermittlungen eingeleitet. Im Fall Ana María Martinez wurde der Staatsanwalt von Mar del Plata, Garello, als am Verschwindenlassen beteiligter Agent der DIPPBA belastet (Comisión Provincial por la Memoria o. J.j).

Das Programm *Investigación y Formación* innerhalb der CPM hat zum Ziel, Wissen und Sinn über die jüngste Vergangenheit zu produzieren. Ein Schwerpunkt ist dabei das ehemalige Folterzentrum *Pozo de Quilmes*, ein weiterer Erinnerungsort der CPM. Weitere Forschungsarbeiten, die durchgeführt wurden, weichen zum Teil etwas von klassischen Themen, wie sie mit der Diktaturvergangenheit in Argentinien verknüpft werden, ab. Neben der Repression der Fabrikarbeiter eines Fleischunternehmens wird auch die Situation der peruanischen Einwanderer während der Diktatur untersucht und über das Schicksal der 18 verschwundenen peruanischen Staatsangehörigen aufgeklärt. Daneben wird ein besonderer Schwerpunkt auf die 1980er und 1990er Jahre gelegt, als andere Gruppen und gesellschaftliche Ereignisse in das Visier des Geheimdienstes gerieten. Die CPM bereitete Daten und Informationen auf, die die DIPPBA zu den Themen HIV/AIDS, zu den sexuellen Minderheiten sowie den gesellschaftlichen Widerstand bei Fällen von Polizeigewalt archiviert hatte. Zu diesen und weiteren Themen stellt die CPM auf ihrer Internetseite kurze Dossiers sowie Originaldokumente der DIPPBA und deren gesammelten Flyer, Zeitungsartikel oder Ähnliches zur Verfügung (Comisión Provincial por la Memoria o. J.e).

Über die eigentliche Institution hinaus gibt es eine sehr intensive Zusammenarbeit mit der UNLP und anderen Universitäten. Studierende im Fach Geschichte der UNLP haben in praktischen Seminaren die Möglichkeit, mit den Akten zu arbeiten und erste eigene Forschungsarbeiten zu erstellen. Damit haben nicht nur die Studierenden einen ersten praktischen Einblick in die Arbeit mit Archivmaterialien beziehungsweise Geheimdienstakten, die CPM kann hierüber auch Praktikanten oder Nachwuchs für freiwerdende Stellen gewinnen.

Die CPM konnte als staatliche Institution für Erinnerungspolitik mit Hilfe des Archivs eine große Dynamik im Feld der Erinnerung entfalten. Die Etablierung der CPM im Bereich der Menschenrechtspolitik und der Erinnerung hatte nicht nur aufgrund ihrer Zusammensetzung Erfolg, die Übernahme des Archivs der DIPPBA war ebenso maßgeblich hierfür. Die Akten des Geheimdienstes bildeten das Fundament für die Erfolgsgeschichte der Kommission, auch wenn die Hoffnungen der Angehörigen der Opfer, etwas über den Verbleib der Verschwundenen zu erfahren, nicht erfüllt wurden. Die CPM wurde über das Archiv selbst zu einem wichtigen Akteur in der Aufarbeitung der Vergangenheit und der Etablierung von Erinnerungen und Lesarten über die Geschichte. Dieser hohe Stellenwert, der dem Archiv und seinen Inhalten eingeräumt wird, öffnete später Türen für das vielfältige Engagement der CPM. Über die Bearbeitung der Akten ist die CPM in drei Bereichen wesentlich aktiv: Opfer, Justiz und Konstruktion von Erinnerungen. Die Wiedergutmachung war das zentrale Anliegen im Umgang mit den Opfern. Ihre Rechte sollten gewahrt werden, während die Akten zu Verurteilungen und zur Konstruktion von positiven Erinnerungen führten. Maßgeblich für Überlebende und Angehörige ist die Möglichkeit selbst in ihre Akten einsehen zu können. Mit Blick auf die Justiz ist neben der Rolle in den Wahrheits- und Strafprozessen die der Kommission als Kläger hervorzuheben. Dies geschieht eingebettet in die juristischen Perspektive auf die Vergangenheit in Argentinien, die eine besondere Bedeutung hat. Vom Prozess gegen die Junta bis zur Wiederaufnahme der Strafprozesse 2005 kommt der Justiz in der Erinnerungspolitik eine große Rolle zu. Eine Verurteilung der Täter bedeutet nicht nur das Ende eines Strafprozesses. Es ist gleichzeitig eine staatliche Anerkennung der Interpretation der Vergangenheit, die Etablierung von Erinnerungen und letztendlich die Schaffung juristischer Wahrheit. Die CPM und das Archiv liefern sehr konkrete Erinnerungen, die in die Lesart der Vergangenheit als Staatsterrorismus eingebettet sind. Wie in den Gründungsdokumenten ist dies die wesentliche Erzählung. Die Besonderheit liegt darin, dass die Spionage als Teil des Staatsterrorismus verankert wird. Im Sinne der Darstellung der Opfer sind die Erinnerungen durchaus komplex. Keinesfalls überwiegt das humanitäre Narrativ, nach dem die Opfer unschuldig waren und kein Verweis auf ihre politische Herkunft erfolgt. Auf der anderen Seite kann man auch nicht von einer Verklärung der Aktionen der Guerilla gesprochen wird. Vielmehr sucht die CPM einen Mittelweg, wo die soziale und politische Arbeit der Opfer in vielfältigen Organisationen dargestellt wurde; der bewaffnete Kampf ist eine Nebensache. Dennoch wird bei den Beschreibungen der Opfer ihre Partei- oder Organisationszugehörigkeit immer genannt. Als neu in der argentinischen Erinnerungsproduktion kann die Herausstellung der Kontinuitäten gesehen werden. Dies ist etwas, was im Laufe der Zeit einen ständig größer werdenden Raum einnehmen wird. Der Fortbestand

der Spionage nach der Demokratisierung ist dabei das Herzstück der Argumentation. Dieser unwiderlegbare Fakt wird auf andere Formen der Menschenrechtsverletzungen ausgeweitet. Der Staat, verkörpert durch die CPM klagt hierbei den Staat, verkörpert durch die vergangenen und aktuellen Sicherheitsorgane, an.

Das Archiv der DIPPBA ist ein einzigartiger Erinnerungsort mit vielen Besonderheiten und Herausforderungen, denn es ist kein klassischer Erinnerungsort in Argentinien. Die Verbindung mit der nationalen und auch internationalen Forschungsgemeinschaft stellt die CPM in eine privilegierte Lage als Vermittler von Wissen und zentraler Akteur in der Organisation von Forschung. Hier hat die Kommission durchaus Einfluss auf die Fragestellungen, mit denen sich die Wissenschaft den Akten nähert.

4.3.2 Das Programm *Jóvenes y Memoria*

Bei der Gründung der CPM war die Frage, wie die Erinnerung auf die kommenden Generationen übertragen werden kann, ein zentrales Thema. Als staatliche erinnerungspolitische Institution gab es verschiedene Möglichkeiten, doch es war klar, dass die primäre Instanz, die Erinnerung und Interpretationen über die Vergangenheit vermittelt, die Schule sein muss. Hier gab es ab Ende der 1990er Jahre und unter den Regierungen der Kirchners verschiedene politische Initiativen und Projekte, die die schulische Beschäftigung mit den Themen Diktatur und *Malvinas* festigten. Hierzu zählten Schulbücher, Lehrerfortbildungen und die Verankerung der Projekttage. Die Kommission hatte keinen direkten Zugriff auf die Schule oder die Bildungspolitik der Provinz. Trotzdem versuchte sie, hier unterstützend tätig zu sein. Zu Beginn der 2000er Jahre veröffentlichte die CPM 14 Dossiers, die Unterrichtsmaterialien enthalten. Sie sind auf der Homepage abrufbar und beziehen sich auf Themen der Diktatur, der Erinnerung und *Malvinas* (Comisión Provincial por la Memoria o. J.h).

Neben den Unterrichtsmaterialien, die die bestehenden Lernformen unterstützen sollen, kreierte die CPM das Programm *Jóvenes y Memoria* im Jahr 2002. Dieses Programm richtet sich an Schulen und andere Bildungseinrichtungen und bietet Jugendlichen die Möglichkeit, sich an dieser extrakurrikularen Veranstaltung zu beteiligen. Das Programm begann mit 200 Jugendlichen, im Jahr 2018 waren es 13.000, insgesamt durchliefen über 100.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer *Jóvenes y Memoria*. Das Programm zeigt sehr gut, wie die CPM Erinnerung und Transmission versteht, welche Ziele sie erreichen möchte und was zentrale Anliegen in der Vermittlung sind. In den 18 Jahren blieb die Grundidee und der Ablauf von *Jóvenes y Memoria* weitestgehend gleich. Ausgangspunkt war die Überlegung, wie Jugendliche für Themen der

Erinnerung und Menschenrechte zu begeistern sind. Von vornherein wurde ein frontales Bildungsprogramm, das die offizielle Erinnerung einfach weitergibt, abgelehnt.
2002 partizipierten 25 Gruppen, im Jahr 2018 waren 1.350 Gruppen angemeldet. Das kontinuierliche Wachstum ist ein Zeichen für den Erfolg des Programms, aber auch eine Herausforderung, denn die CPM stellt für das Programm nur 5,5 Stellen zur Verfügung, die sich ausschließlich mit *Jóvenes y Memoria* beschäftigen. Hinzu kommen bis zu 500 Freiwillige, die vor allem die Workshopphase unterstützen. *Jóvenes y Memoria* besteht aus drei Phasen. Phase eins verläuft von der Anmeldung des Projektes bis zur Workshopphase, die Jugendlichen formulieren hier ihr Forschungsprojekt. Phase zwei verläuft von den Workshops bis zur Beendigung ihres Projektes. Die dritte Phase ist die gemeinsame Fahrt nach Chapadmalal zum Abschlusstreffen. Ziel des Projektes ist es, über Erinnerungspädagogik die Perspektiven der Jugendlichen auf die Vergangenheit und die Gegenwart zu ändern. Geplant ist, das Projekt auszuweiten und so viele Jugendliche wie möglich daran teilhaben zu lassen.
Teilnehmen können Gruppen von Jugendlichen, die über ihre Koordinatorinnen und Koordinatoren angemeldet werden. In der Regel ist dies eine Lehrerin oder ein Lehrer, dessen Schülerinnen und Schüler am Projekt teilnehmen. Die Jugendlichen kommen meistens aus den weiterführenden Schulen, aber es können auch soziale Bewegungen oder Organisationen teilnehmen, die mit Jugendlichen arbeiten. Dazu kommen Gruppen aus Gefängnissen, Kinderheimen, Abendschulen und der nichtuniversitären Lehrerausbildung. Soziale Organisationen machen circa 20 % der Teilnehmenden aus. Damit stellen die Schüler aus den staatlichen Schulen die deutliche Mehrheit. Trotzdem bemüht sich die Kommission bei der Zusammenstellung der Gruppen für die Workshopphase diese so heterogen wie möglich zu gestalten. Die Koordinatoren melden ihre Gruppen im März oder April, also zu Beginn des Schuljahres, an. Die Themenvorschläge sollen von den Jugendlichen kommen. Schon an diesem Punkt wird den Heranwachsenden viel Freiraum eingeräumt. Ein Thema soll gemeinsam erforscht werden. Es muss sich mit einer lokalen Fragestellung befassen und eine Verbindung zum Bereich Menschenrechte und der Erinnerung haben. Damit fällt das Phänomen Mobbing beispielweise weg. Zu Beginn des Projektes waren die Themen auf Fragen der Zeitgeschichte beschränkt. Die Jugendlichen befassten sich hier also mehrheitlich mit Ereignissen und Erinnerungen an die Diktatur und den Krieg um die *Malvinas*. Ab 2010 erlaubt es die Kommission, Themen der Gegenwart zur Bearbeitung zuzulassen. Hierzu zählen Bereiche wie Polizeigewalt, Gender, Migration oder Arbeit. Seitdem nehmen Themen der Gegenwart einen immer größeren Stellenwert ein, so dass heute

nur noch circa 30 % der Projekte sich mit der Diktatur beschäftigen. Beliebt sind zudem Themen der nahen Umgebung der Schülerinnen und Schüler, also Zugang zu Bildung oder das ESI *(Programa Nacional de Educación Sexual Integral)*.

Die Anmeldung erfolgt mit einer Kurzskizze. Hier muss das Thema mittels einer Kurzbeschreibung auf einer Seite kurz erläutert werden. Die Teilnahme ist freiwillig, für Schüler findet sie außerhalb der normalen Unterrichtszeiten statt. Die Beteiligung an bestimmten Aktivitäten ist jedoch vorgeschrieben. So müssen die Koordinatorinnen und Koordinatoren eine Weiterbildung besuchen, wenn sie dies noch nicht in vorangegangenen Jahren gemacht haben. Die Jugendlichen und die Koordinatorinnen und Koordinatoren müssen an den Workshops während der *encuentros regionales* teilnehmen. Das Projekt endet mit dem Abschlusstreffen in Chapadamalal.

Der Bruch mit der Schullogik des frontalen Unterrichtes ist eines der Ziele des Programms. Die Jugendlichen sollen sich frei ausdrücken und ihre eigenen Interessen an diesem Themenbereich verwirklichen können. Das gewählte Forschungsobjekt soll Gelegenheit, geben zu problematisieren und Widersprüchen nachzugehen. Der These folgend, dass Erinnerung auch immer Konflikt von Erinnerungen bedeutet, sind die Jugendlichen aufgefordert, Themen zu wählen, die sonst kaum oder wenig behandelt werden. Ziel ist es, emanzipatorische Prozesse auszulösen. Erinnerung soll hier keine bloße Wiederholung von Phrasen bedeuten. Mit Blick auf das Entstehungsjahr 2002 kann hier angefügt werden, dass zwar viele Jugendliche durchaus Sympathien für die Verschwundenen hatten und dies als Verbrechen einordnen konnten. Trotzdem gab es zum Teil klassistische und rassistische Äußerungen wie: „A los piqueteros, hay que matar todos“. *Jóvenes y Memoria* soll über Menschenrechte aufklären und die Jugendlichen zu Protagonisten machen.

In einem zweiten Schritt soll der Fortschritt des Projektes gezeigt werden, hier werden vier bis fünf Seiten Text und Angabe der Primärquellen verlangt. Diese sind besonders wichtig, da es sich in der Regel um Projekte handelt, die bislang kaum von der Forschung oder den Menschenrechtsorganisationen aufgegriffen wurden. Wenn zum Beispiel die Erfahrungen von Veteranen aus dem Krieg im Mittelpunkt stehen, müssen die Jugendlichen mit Zeitzeugenberichten arbeiten. Dies kann durchaus erfolgreich sein, denn Jugendliche haben im Kontext ihres *barrios* oft einen leichteren und offenen Zugang als Außenstehende. Ziel hierbei ist es eine Historisierung des lokalen Projektes vornehmen zu können und dies in den größeren nationalen Kontext einzuordnen. Dieses Exposé wird vor den *encuentros regionales* von der CPM gelesen und mit Feedback versehen. Hier können Projekte übrigens auch zurückgewiesen werden.

Ein erstes Zusammentreffen mit anderen Gruppen findet auf den *encuentros regionale*s an verschiedenen Orten in der Provinz statt. 2018 gab es im Juni und Juli 25 solcher Treffen. Die e*ncuentros regionales* laufen in zwei Phasen ab. Zuerst erfolgt die Begrüßung und die Präsentation des Programms *Jóvenes y Memoria*. Zudem wird die CPM vorgestellt, inklusive Leitlinien und Entwicklung der Kommission sowie aktueller Perspektiven auf das Thema Menschenrechte. In der zweiten Phase finden dann die Workshops statt. Diese werden von dafür geschulten Freiwilligen durchgeführt. Hier lernen sich die verschiedenen Projektgruppen untereinander kennen. Die Jugendlichen stellen sich ihre Projekte gegenseitig vor und setzen sie in Verbindung zu den Menschenrechten. Zuletzt sollen sie dies visualisieren. Dahinter steht der pädagogische Gedanke, einen Überblick über die Menschenrechte und ihre Bedeutung in Vergangenheit und Gegenwart zu vermitteln. Die Schülerinnen und Schüler sollen selbst reden, Zusammenhänge erkennen, argumentieren, Fragen stellen. Die Koordinatorinnen und Koordinatoren nehmen nicht an dem Workshop teil, sie sind währenddessen mit organisatorischen Aufgaben beschäftigt.

Im November und Dezember findet das Abschlusstreffen in Chapadamalal statt. In dem Badeort an der Atlantikküste der Provinz Buenos Aires errichtete Perón ein soziales Ferienlager, das heute der Bundesregierung gehört und dies der CPM kostenlos zur Verfügung stellt. Die Provinzregierung zahlt anteilig die Kosten des Transportes sowie die Verpflegung für die Fahrt der Jugendlichen. Zwei Tage, drei Nächte verbringen die Jugendlichen dort und stellen die Ergebnisse ihres Projektes vor. Dies kann in Form unterschiedlicher Medien wie Film, Plakat, *mural*[47], Text oder als Radiosendung passieren. Für viele Jugendliche ist dies die einzige Möglichkeit, das Meer zu sehen, denn nicht nur in Zeiten der ökonomischen Krise haben die Jugendlichen aus den *barrios* nur selten die Möglichkeit zu reisen. Die Ergebnisse in Chapadamalal werden nicht bewertet und sind natürlich von unterschiedlicher Qualität. Die besten Beiträge werden von der CPM veröffentlicht oder auf *social media* oder Youtube hochgeladen.

Jóvenes y Memoria hat als pädagogisches Ziel, andere Lernformen als die in der Schule etablierten zu verwenden. Das gesamte Projekt ist an den Jugendlichen orientiert, ihnen soll Freiraum geschaffen werden sich selbst auszudrücken, ohne Zwang oder Autoritäten. Als Belohnung und als Anreiz für die Arbeit am Projekt gibt es die Reise nach Chapadamalal. In der Vermittlung liegt der Fokus auf den Menschenrechten als etwas, das erkämpft werden musste und muss, etwas, das gefährdet ist. Demokratie wird als Konflikt beschrieben. Dies bedeutet es gibt keine konfliktlose Demokratie. Der Staat muss Menschenrechte gewähren, nur er kann sie

[47] Gemeint sind hier politische Wandmalereien, die die Außenfassaden von Gebäuden zieren.

verletzen. Die Rechte müssen eingefordert werden. Hier wird die Orientierung an der argentinischen Menschenrechtsbewegung deutlich. Die Narrative im Jahr 2019 sind zum Teil staatskritisch und durch die Konjunktur der Regierung Macris geprägt, dabei wird die Möglichkeit, Rechte verlieren zu können, klar aufgezeigt. Allerdings werden auch die Erfolge unterstrichen, wie zum Beispiel die Einführung der gleichgeschlechtlichen Ehe als Ergebnis eines Kampfes. Hier wiederum wird das Narrativ der Verbindung von Vergangenheit und Gegenwart deutlich. In diesem Kontext bringen die Jugendlichen, oft schon eigene Erfahrungen im Kampf um ihre Rechte ein, so gibt es Streikerfahrung bei dem Arbeitsplatzverlust der Eltern, Straßensperrungen, wenn Viertel ohne Strom und Wasser sind oder die *frazadazos* in Schulen[48].

Neben den Schülerinnen und Schülern sowie den Jugendlichen, die selbstverständlich im Mittelpunkt stehen, ist die Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer beziehungsweise der Koordinatorinnen und Koordinatoren ein positiver Nebeneffekt. Viele beteiligen sich mehrere Jahre hintereinander an *Jóvenes y Memoria*. Die Arbeit der Jugendlichen ist explizit als Gruppenarbeit angelegt, es soll keine individuelle Arbeit sein. Die Jugendlichen sollen etwas über ihre Identität und ihre Vergangenheit erfahren. Aufschlussreich über die Intentionen des Programms und die Überlegungen, die dahinterstecken, ist die Ausschreibung zur 18. Durchführung von *Jóvenes y Memoria* „Nuestra libertad es su amenaza. Construyamos el nosotres". Schon der Titel zeigt deutlich die politische Konjunktur des Jahres 2019, in der Freiheit und Menschenrechte als etwas Gefährliches gesehen werden. Zudem wird die geschlechterneutrale Form *nosotres* verwendet; dies ist ein Hinweis auf die gerade von den Jugendlichen genutzte Form der geschlechtergerechten Sprache. Der Text zeichnet ein spezielles Bild der argentinischen Geschichte. 36 Jahre nach der Demokratisierung ist es trotzdem wichtig, die Demokratie Tag für Tag aufzubauen. Die Generation, die unter der Diktatur aufwuchs hatte besondere Herausforderungen zu bewältigen. Die Angst, sich in der Gesellschaft zu engagieren, muss erst überwunden werden. Aus dieser Zeit stammen Konzepte wie Solidarität, Pluralität, Dissens und Freiheit. Die folgenden Textpassagen bezeugen die schwierigen Momente der Demokratie, als sich die Regierung gegen die Interessen der Mehrheit stellte. Explizit wird hier der Neoliberalismus als Grund für Gewalt, Arbeitslosigkeit, Hunger und Polizeigewalt genannt. Dennoch gab es immer Solidarität mit denjenigen, die sich für die Freiheit einsetzten. Zwischen den Zeilen bezieht sich dieser Abschnitt auf die 1990er Jahre und den Menemismus. Auch ohne die Krise von 2001 und die Regierungen der Kirchners wird nicht benannt, aber die Anspielung ist klar, wenn es heißt:

---

48 Hier kommen die Schüler und ihre Eltern demonstrativ in Decken eingewickelt in die Schule, wenn es dort im Winter keine Heizmöglichkeiten gibt.

„Pero la historia no terminó. Esas luchas pusieron en cuestión las políticas neoliberales, el pueblo en la calle exigió un cambio de rumbo, un giro de la historia. Vino otro momento de conquista de derechos. Se anularon las leyes de la impunidad, mucha gente sin trabajo lo tuvo, disminuyó el hambre, aumentó el salario, dejó de crecer la deuda externa, el estado recuperó cierto protagonismo. (Comisión Provincial por la Memoria 2019o)

Diese positive Sicht auf die Zeit von 2001–2015 wird kontrastiert durch das zweite Verschwinden von Jorge Julio López und die nicht gelösten sozialen Probleme, wie die Ungleichheit oder die Kontinuität der Polizeigewalt. Doch dagegen wehren sich diejenigen, die nicht nur ihr eigenes Glück verwirklicht sehen wollen, sondern sich für diejenigen einsetzen, denen es schlechter geht. Der Text listet dann die Schwierigkeiten der Gegenwart auf: Armut, Repression durch die Polizei, Folter in den Gefängnissen, Relativierung der Verbrechen der Diktatur sowie die Verfolgung vom Migranten. Trotzdem dauern die Kämpfe um die Menschenrechte an; vor allem ein Thema bestimmt die Konflikte: *violencia de genero* und der dagegen ankämpfende Feminismus.

Diese sehr regierungskritische und politisch deutlich links stehende Einleitung steht dem Aufruf zur Einschreibung bei *Jóvenes y Memoria* voran. Anschließend wird das Ziel definiert: „Promover en les jóvenes el sentido crítico sobre el pasado y el presente como parte del proceso de construcción de su identidad y afliación a la sociedad a la que pertenecen, en el marco del proceso de profundización de la democracia.“ (Comisión Provincial por la Memoria 2019o) Zudem werden 15 Themenkomplexe genannt, in denen sich das Projekt der Jugendlichen bewegen soll:

„1. Biografías de desaparecides de la comunidad
2. Debates sobre seguridad y derechos humanos
3. Derecho a un ambiente digno
4. Discriminación y exclusión social en la actualidad
5. Episodios de violencia institucional en democracia
6. Explotación laboral y trabajo infantil
7. Género, derechos humanos y diversidades
8. Guerra de Malvinas
9. Practicas educativas de ayer y hoy
10. Participación, militancia y protesta social
11. Percepciones actuales sobre la dictadura

12. Políticas y transformaciones económicas
13. Vida cotidiana durante la dictadura
14. Episodios locales de represión y resistencia en dictadura
15. Luchas obreras y mundo del trabajo" (Comisión Provincial por la Memoria 2019o)

Die Themenfelder machen deutlich, dass die Diktatur nicht mehr im Zentrum des Projektes steht. Die Aufnahme von Themen der Gegenwart machte das Programm nochmals attraktiver für die Jugendlichen, da sie sich mit Problemen ihres Alltages beschäftigen, die aber letztendlich etwas mit Menschenrechten oder dem fehlenden Engagement des Staates zu tun haben. Der Staat wird im Programm als die gesellschaftliche Kraft benannt, die für die Einhaltung wie auch für das Verletzen der Menschenrechte zuständig ist. Mit Blick auf das Programm sollen die Jugendlichen etwas vom *ethos militante* mitbekommen und sie sollen selbst zu politischen Subjekten werden.

Was aus einem Forschungsprojekt innerhalb von *Jóvenes y Memoria* entstehen kann, zeigen die Jugendlichen aus General Lavalle. Sie nahmen 2011 erstmals am Programm teil. General Lavalle ist eine kleine Ortschaft an der Atlantikküste der Provinz Buenos Aires. Die Jugendlichen beschäftigten sich mit dem Friedhof. Dort gab es als N.N. gekennzeichnete Gräber. Hierbei handelte es sich um an den Strand gespülte Leichen. Die Jugendlichen fanden heraus, dass hier 33 Opfer des Staatsterrorismus begraben waren. Mit Hilfe der *Equipo Argentino de Antropología Forense* (EAAF) konnten 19 Opfer identifiziert werden. Unter den Opfern befanden sich nicht nur Argentinier, sondern auch Chilenen, Paraguayer und eine Französin. Am bekanntesten ist wohl Azucena Villaflor, eine der Gründerinnen der *Madres de la Plaza de Mayo*. Die Jugendlichen kontaktierten die Angehörigen und versuchten etwas über die dort begrabenen Opfer der Diktatur herauszufinden. Gleichzeitig stießen sie in ihrer Gemeinde auf Schweigen und bekamen kaum Unterstützung durch die lokale Politik. Die, wie sich herausstellte, bis heute noch eng mit denjenigen verwoben ist, die in der Diktatur die Macht hatten. Die CPM und mit ihr verschiedene Menschenrechtsorganisationen unterstützten die Jugendlichen in ihrem Projekt, so dass 2017 der Friedhof zu einem öffentlichen Erinnerungsort proklamiert wurde. In der öffentlichen Anhörung legten die Jugendlichen den historischen Wert des Ortes dar und erläuterten ihr Projekt zur Gestaltung des Erinnerungsortes (vgl. o. A. 2017).

Im Jahr 2019 nahmen 14.000 Jugendliche am Abschlusstreffen des 18. *Jóvenes y Memoria* in Chapadmalal teil. Die CPM versammelte erneut viele Jugendliche, um ihnen Demokratie und Menschenrechte näherzubringen. In 42 Tagen durchliefen die Jugendlichen aus allen Teilen der

Provinz Buenos Aires das Abschlussprogramm von *Jóvenes y Memoria*. Das größte Bildungsprojekt der CPM wächst jedes Jahr und erfreut sich großen Zulaufs. 2019 standen insbesondere die politischen Ereignisse in den Nachbarländern wie Chile und Bolivien im Mittelpunkt der Gespräche der Jugendlichen. Sie lernen, sich über die Gesellschaft und ihre Werte Gedanken zu machen. In ihren Meldungen und Stellungnahmen zu *Jóvenes y Memoria* wird deutlich, wie viel Hoffnung in die neuen Generationen gesetzt wird. Ihnen soll eine bessere Welt zufallen. Hierfür verwendet die CPM viele Mittel und hat damit sichtbaren Erfolg. Ähnliche Projekte wurden in anderen Provinzen angestoßen, doch nur in Buenos Aires hat das Projekt diesen Massencharakter. Die Perspektive ist klar auf eine Transformation der Gesellschaft ausgerichtet. Die Generaldirektorin der CPM, Sandra Raggio, machte dies in ihrer Stellungnahme deutlich:

> "El neoliberalismo volvió y nos atravesó como sociedad, con su mandato de regresión, represión, pobreza y exclusión. Sigue pendiente ese país de los que estamos acá abajo y tenemos la esperanza de un mundo mejor. [...] Nos quieren hacer creer que esto es todo lo que tenemos, pero no es esta la sociedad que queremos. Queremos que la felicidad sea con el otre y acá, en Chapa[dmalal], somos la certeza de que el mundo va a ser distinto". (o. A. 2019c)

Hier wird deutlich, dass die Perspektive mehr ist, als die Erinnerung an die Opfer der Diktatur zu bewahren oder über die Menschenrechte aufzuklären. Am Ende dieses Gedankens soll eine gerechte Gesellschaft stehen, die wirtschaftlich und politisch alle Menschen integriert. Die Kommission nutzte die Erinnerung an die Diktatur als Ausgangspunkt für die Bildungsarbeit. Zu den klassischen Themen, wie den Biographien der Verschwunden und den Erinnerungen an den Staatsterrorismus, kamen andere hinzu, wie die ökonomische, soziale und kulturelle Dimension der Diktatur und ihre Auswirkungen auf die argentinische Gesellschaft. Die Jugendlichen entdeckten oftmals die kleinen Geschichten, die das Alltagsleben ihres Viertels beeinflussten, Episoden die weit weg sind von den Erzählungen, die in die Nationalgeschichte eingegangen sind. Die Kommission versucht, besonders die Verbindung von Vergangenheit und Gegenwart in der Bildungsarbeit deutlich zu machen, dabei soll nicht in Schwarz-Weiß-Schemata gedacht werden. Das Hauptnarrativ ist die Verletzung von Menschenrechten, was vor allem in der Diktatur, aber eben nicht nur dort passierte. Die Menschenrechte galten sowohl für die Verschwundenen als auch für Menschen, die in der Gegenwart staatlicher Gewalt ausgesetzt sind. In den Arbeiten der Jugendlichen verschwindet die Diktatur und die Repression jedoch nicht ganz, sie bleibt immer als Referenzpunkt vorhanden. In ihrem Handeln versteht sich die CPM als eine Institution, die Staatsbürgerinnen und Staatsbürger formen will.

„La formación de ciudadanía no puede sostenerse sobre una idea de democracia de consenso donde solo se admiten los acuerdos y los desacuerdos son considerados como disfunciones del sistema. La escuela como el Estado mismo, es un territorio de disputa, de disputa hacía adentro y de disputa hacía afuera. Las nuevas generaciones son parte de estas luchas pero no como "mentes a ganar" sino como actores que entran en el territorio también para disputar. Aprenden ciudadanía, ejerciéndola." (Raggio 2017b, S. 10–11)

Die Transmission der Erinnerung erfolgt mit zwei Zielen, die Jugendlichen sollen die Erinnerung an die Diktatur, deren Opfer und die Narrative über die Diktatur verinnerlichen. Zum anderen soll die Frage der Menschenrechte nicht einem reinen Diskurs über die Vergangenheit überlassen werden, sondern mit der Gegenwart und den aktuellen Kämpfen um eine gerechte Gesellschaft verknüpft werden.
Der Erfolg von *Jóvenes y Memoria* wird von der Kommission darauf zurückgeführt, dass den Jugendlichen viel Freiraum und viele Freiheiten gegeben werden. Sie werden zu nichts gezwungen, gleichsam sind sie selbst für ihr Projekt verantwortlich. Ihnen wird nicht eine Geschichte der Diktatur und der Menschenrechte vorgelegt, die sie so akzeptieren müssen. Die Jugendlichen werden im Rahmen des Programms selbst zu Akteuren.

"Es pensar la nueva generación como actor en los procesos de memoria y en la disputa por los derechos humanos. No pensar en ellos como receptor de relatos, ni como víctimas en situaciones, ninguna actitud pasiva, no receptores ni víctimas, nunca pasivas, son actores." (Raggio 13.02.2020)

Als theoretisches Fundament liegt dem Programm die kritische Erziehungswissenschaft zugrunde, doch ist dies wiederum nicht so zu verstehen, als dass es keinen anderen methodischen Zugang gäbe, um Erinnerungspädagogik zu betreiben. Vielmehr ist es ein lockerer Rahmen, der *Jóvenes y Memoria* umgibt. Einer möglichen Verpflichtung von Schülern, sich mit der Vergangenheit zu beschäftigen, steht die CPM allerdings skeptisch gegenüber, da ein Zwang bei den Jugendlichen oft – verständlicherweise – Misstrauen auslöst. Daneben zeigt die Erfahrung mit den vorgeschriebenen Projekttagen in den Schulen aber auch positive Effekte, denn dort schuf die Gesetzgebung erstmals einen Raum, um sich mit Themen der Vergangenheit zu beschäftigen (vgl. Raggio 13.02.2020).

4.3.3 Das *Comité contra la Tortura* (CCT)

Ende 2002 schuf die CPM ein Programm mit dem Namen *Comité contra la Tortura* (CCT). Damit wurde es der erste Mechanismus der Kommission, der bei Menschenrechtsverletzungen in der Gegenwart aktiv werden sollte. Ab 2003 dokumentiert das CCT Fälle, in denen staatlichen Stellen Folter vorgeworfen wird. 2004 stellte das Komitee ihren ersten Bericht vor, der seitdem den Namen „El sistema de la crueldad" trägt. Ab 2005 begann das CCT, regelmäßige Inspektionen in Gefängnissen, Polizeikommissariaten, Kinderheimen und geschlossenen Psychiatrien vorzunehmen. Das CCT entwickelte sich damit zu dem zentralen Akteur der Kontrolle und Beobachtung aller geschlossenen Einrichtungen in der Provinz Buenos Aires. Darüber hinaus wurde 2010 zusammen mit anderen Akteuren wie der *Procuración Penitenciaria de la Nación* und der *Grupo de Estudios sobre el Sistema Penal y Derechos Humanos* des *Instituto Gino Germani der Facultad de Ciencias Sociales* der UBA das *Registro Nacional de Torturas y/o Malos Tratos*, das Folter und Misshandlungen auf Bundesebene dokumentiert, geschaffen. Die Einrichtung des CCT war für die CPM ein Prozess, der mit großen politischen und internen Auseinandersetzungen verbunden war. Nicht nur war dies der Punkt, in dem die Kommission für Erinnerung sich der Gegenwart zuwandte, zudem entstanden weitere Spannungen zwischen der CPM als staatlicher Institution und dem Staat, als demjenigen, der durch die Polizei und das Justizvollzugswesen Menschenrechte verletzt. Der interne Konflikt, der sich nicht nur auf die Gründung des CCT bezog, hatte den Rücktritt Estela de Carlottos und zwei weiterer Mitglieder der CPM zu Folge. Doch am Ende des Prozesses festigte die CPM ihre Stellung als Akteur, der nicht nur die Erinnerung an die Menschenrechtsverletzungen in der Vergangenheit, sondern auch die der Gegenwart dokumentiert und anklagt. Der CPM gelang somit die Transition von einem Erinnerungsakteur zu einem Akteur, der in allen Bereichen der Menschenrechte tätig ist (vgl. Cueto Rúa 2016, S. 185–187).

Warum dies im Falle Argentiniens keine zwangsläufige Entwicklung ist, zeigt eine oft erzählte Anekdote aus den Kontrollen der Gefängnisse. Bei einem Besuch in Cordoba trafen die Inspekteure zuerst auf den Staatsanwalt. Dieser hatte sich gerade in den wiedereröffneten Strafprozessen gegen die Verbrecher der Diktatur einen Namen gemacht. An der Kontrolle des Gefängnisses konnte er jedoch nicht teilnehmen. Dort angekommen wurden gravierende Verstöße gegenüber den Häftlingen festgestellt. Diese wurden bei Disziplinarverstößen in Ketten gelegt. Zwar geschah dies unter Aufsicht eines Arztes, dennoch ist dies ein Verstoß gegen die Rechte der Häftlinge. Die Ketten wurden beschlagnahmt und zum Staatsanwalt gebracht. Dieser war außer sich vor Wut über das Vorgehen und konnte nicht verstehen, warum das Anketten der Häftlinge

Folter sein sollte. Ein Staatsanwalt mit hohem Ansehen innerhalb der Menschenrechtsorganisationen zeigte sich völlig uneinsichtig gegenüber der Folter von aktuellen Strafgefangenen.
Die Gründung des CCT verlief nicht ohne einen Aushandlungsprozess mit der Politik. 2002 erfolgte der Wechsel auf dem Gouverneursposten von Ruckauf zu Felipe Solá. Die Schaffung eines Mechanismus, der sich der Menschenrechtsverletzungen in der Gegenwart widmete, war in den Gründungsdokumenten und Gesetzen zur CPM nicht vorgesehen. Das Mandat der Kommission beschränkte sich auf die Konstruktion der Erinnerung an den Staatsterrorismus und die Transmission der Erinnerung auf die kommenden Generationen. In der festgelegten Autonomie der Kommission war es ihr jetzt möglich, die Legitimation, die die CPM erworben hatte, als politisches Kapital für das neue Projekt zu nutzen. Deren Tätigkeit war bis dahin auf die Vergangenheit ausgerichtet, doch der Fokus lag auf den Menschenrechten. Diese sind aber nicht nur eine Angelegenheit der Diktatur, sondern müssen auch in der Gegenwart betrachtet werden. Die Arbeit an der Vergangenheit und am Gedächtnis gaben der CPM die Legitimation im Feld der Erinnerung und der Menschenrechte, den Schritt in die Gegenwart zu wagen. Mit Blick auf die politische Struktur der Provinz muss festgehalten werden, dass mit dem Sekretariat für Menschenrechte eine administrative Behörde bereits in der Lage war, Menschenrechtsverletzungen durch staatliche Stellen aufzugreifen und anzuklagen. Jedoch sind das Amt des Sekretärs und die Behörde an sich nicht unabhängig, sondern vollständig der Exekutive unterstellt. Der Gouverneur ernennt seine Minister und Sekretäre. Ihm unterstehen die Polizei und das Justizvollzugswesen, die im Falle der Provinz Buenos Aires eine klare Machtposition einnehmen. Im Sekretariat für Menschenrechte der Provinz Buenos Aires war die Situation in den Gefängnissen zwar durchaus bekannt, echte Maßnahmen dagegen wurden jedoch nicht unternommen (vgl. Cueto Rúa 2016, S. 188–189).
Die Gründung des CCT hatte einen schweren Disput innerhalb der CPM zur Folge. Der Konflikt über die Bearbeitung der Gegenwart und damit der Verhältnisse in den Gefängnissen und der Ergebnisse der repressiven Sicherheitspolitik wurde aber auch außerhalb der CPM im Feld der Menschenrechtsorganisationen geführt. Hier waren nicht alle der gleichen Ansicht wie die CPM. Zentrale Figur auf Seiten der Kommission bei der Gründung des CCT war Leopoldo Schiffrin. Dieser wusste von den Bemühungen der Vereinten Nationen, einen weiteren Organismus zur Bekämpfung der Folter zu schaffen. Seit Beginn des Jahrtausends wurde das fakultative Protokoll der Konvention zur Bekämpfung der Folter diskutiert. Schiffrin brachte diese Diskussion nach Argentinien und damit in die Kommission. Bei den Vereinten Nationen war deutlich geworden, dass eine bloße Anti-Folter-Konvention nicht ausreicht, um die Staaten zu aktiven Maßnahmen gegen Folter zu zwingen. Das fakultative Protokoll (Office of the High

Commissioner for Human Rights 2002) verpflichtete die unterzeichnenden Staaten, eigene autonome Präventionsmechanismen auf nationaler Ebene und auf Ebene der Gliedstaaten einzurichten (vgl. Cipriano García 21.02.2020).

Neben der internationalen Bemühung, stärker gegen Folter vorzugehen, wurde das Thema der Sicherheitspolitik und der Zustände in den Gefängnissen in Argentinien ab 1999 dringlicher. Mit der Regierungsübernahme von Ruckauf in der Provinz Buenos Aires setzte sich sein Diskurs der harten Hand gegen Kriminalität in echte Politik um, und die Zahl der Haftinsassen verdoppelte sich fast zwischen 1998 und 2001. Damit rückten die Praktiken der Polizei und des Strafvollzugs in den Fokus der Öffentlichkeit.

Einige Mitglieder der CPM hatten bereits vorher in ihrer Militanz für die Menschenrechte das Thema der Menschenrechtsverletzungen in der Gegenwart auf der Agenda, unter anderem Leopoldo Schiffrin, aber auch Pérez Esquivel. Beide hielten es für notwendig, neben den Fragen der Erinnerung auf die aktuellen Probleme der Menschenrechte einzugehen. Besonders Schiffrin, der sich nicht nur durch seine zentrale Rolle bei der Entwicklung der Wahrheitsprozesse in La Plata großes Prestige erarbeitet hatte, warb dafür, dass die CPM den Organismus stellen sollte, den das fakultative Protokoll der Konvention gegen Folter vorsieht. Dies war möglich geworden, da Präsident Nestor Kirchner rasch nach seinem Amtsantritt das Protokoll ratifizierte, in Kraft trat es allerdings erst 2006.

Der Konflikt, der durch die Bearbeitung der Menschenrechtsverletzungen in der Gegenwart ausgelöst wurde, hatte zwei zentrale Streitpunkte. Zum einen wurde der Vorwurf laut, die Kommission vernachlässige ihre eigentliche Aufgabe, die Erinnerungsarbeit. Hierzu muss daran erinnert werden, dass diese Entwicklungen noch zu einer Zeit stattfanden, da die Straffreiheit noch nicht völlig aufgehoben war. Unter Präsident Kirchner wurden zwar die Gesetze *Obediencia Debida* und *Punto Final* aufgehoben, doch noch waren keine neuen Gerichtsverfahren gegen die Täter der Diktatur eröffnet worden. Die Menschenrechtsorganisationen sahen dies als ihre erste und wichtigste Aufgabe an. Denn schlussendlich war *memoria, verdad* und *justicia* das oberste Ziel der Organisationen. Hierin stimmte die CPM überein. Doch war sie eben der Meinung, dass dies nicht die Augen vor den Geschehnissen der Gegenwart verschließen sollte. Der zweite Punkt war politisch motiviert und bestand in dem Rücktritt Carlottos, der die CPM in deutliche Schwierigkeiten brachte. Die guten Verbindungen Carlottos zu Gouverneur Solá sorgten für wachsende Spannungen und schließlich eskalierte der Konflikt. Es waren die Organisationen, die besonders enge Verbindungen zur Regierung Kirchner hatten, also *Abuelas* und *Madres*, die den Schritten der Kommission kritisch gegenüberstanden. Neben dem Vorwurf,

sich nicht mehr genug für *memoria*, *verdad* und *justicia* einzusetzen, spielten aber auch politische Überlegungen eine Rolle. Diese Organisationen waren an einem guten Verhältnis zum Staat interessiert, denn sie wollten ihr wichtigstes Ziel, die Wiederaufnahme der Strafprozesse, schnell erreichen. Ein Konfrontationskurs mit der Regierung wurde hier als störend empfunden (vgl. Cipriano García 21.02.2020).

Zudem hielten einige Organisationen Menschenrechtsverletzungen nach wie vor für ein Charakteristikum der Diktatur. Folter war nur in der Diktatur möglich, mit der Demokratie gehörte diese zur Vergangenheit. Die Kommission musste so im eigenen Feld der Menschenrechtsorganisationen erst einmal diesen Irrglauben bekämpfen und darlegen, dass es sich bei der Folter tatsächlich um eine systematische Praxis der Sicherheitsorgane handelt und keinesfalls nur um Einzelfälle (vgl. Cipriano García 21.02.2020). Der Verdienst der Kommission in dieser Zeit war es, unter den Menschenrechtsorganisationen die Sichtweise durchzusetzen, dass es sich bei der Folter um eine systematische Praxis handelt, die ihre Wurzeln in der Diktatur hat.

> "Había todo una discusión sobre la sistematicidad. Otros organismos no aceptaban hablar de sistematicidad por eso implicaba cierta paralelismo con la dictadura. Decían que no era lo mismo la dictadura como hoy. En la dictadura si era sistemático, ahora, esto sería como una dictadura y no es. Había componentes políticos obviamente. Organismos cercanos al gobierno tenían esta perspectiva. El mérito en esta etapa fue, dar cuenta de que la tortura era una práctica sistemática. Cosa que ahora nadie lo rechaza, nadie lo niega, todo el mundo habla de práctica sistemática de la tortura. En aquello momento era muy difícil, hasta los propios organismos muchas veces negaban esta situación." (Cipriano García 21.02.2020)

Der Rücktritt von Estela de Carlotto war eine Episode, die sich im gleichen Zeitraum ereignete wie die Etablierung der CCT. Auch wenn dies offiziell nie die Begründung war, spielte die Neuausrichtung der Arbeit der Kommission dabei eine Rolle. Hintergrund war aber ebenso ein anderer schwelender Konflikt innerhalb der CPM. So wurde die Integration eines Veteranen des Malwinen Krieges abgelehnt, auch wenn die Vereinigung der Ex-Malwinen-Kämpfer in La Plata viele Aktionen gemeinsam mit anderen Menschenrechtsorganisationen durchführte und die Verbrechen der Diktatur keinesfalls relativierte. Zudem kam es zu Schwierigkeiten in der Koordination des Ablaufes innerhalb der CPM, diese entzündeten sich vor allem zwischen Carlotto und Cerruti und wirkten sich insgesamt auf das Verhältnis zwischen den Honoratioren und den Mitarbeitern aus. Dabei ging es vor allem um Macht und Entscheidungsgewalt. Carlotto,

die zweifelsohne über ein hohes Ansehen und große Legitimation verfügte, wurde ein zu vertikaler Führungsstil vorgeworfen. Dagegen gab es kaum Möglichkeiten des Widerspruches, denn es handelte sich ja um die Person mit dem höchsten Prestige in der Kommission. Cerruti wiederum sah sich Vorwürfen ausgesetzt, Gelder irregulär verwendet und gegen Carlottos Anweisungen verstoßen zu haben. Wichtiger war jedoch die Auseinandersetzung über die Ausrichtung der CPM auf Fragen der Gegenwart, die die CPM in zwei Lager spaltete (vgl. Cueto Rúa 2016, S. 189–194). Carlotto war nicht darauf erpicht, in eine direkte Auseinandersetzung mit Solá über die systematische Folter in den Gefängnissen zu geraten. Im Gegenteil: Sie unterstützte ihn bei der Kampagne, und im August 2003 wurde ihr Sohn Remo Gerardo Carlotto Sekretär für Menschenrechte der Provinz Buenos Aires. Sie, beziehungsweise die Familie Carlotto, geriet somit in einen Loyalitätskonflikt. Durch die Arbeit in der CPM war Carlotto gezwungen, den Gouverneur und damit die gesamte Exekutive öffentlich anzugreifen (o. A. 2003a).

Gleichzeitig wuchs in der Exekutive das Bedürfnis, die CPM stärker nach den eigenen Vorgaben auszurichten. So favorisierte Solá einen Plan, nach dem die Struktur der CPM geändert werden, deren Vorsitz vom Gouverneur bestimmt werden sollte und dem Sekretariat für Menschenrechte untergeordnet wäre. Dies hätte die CPM unter die Führung des Sohnes Estela de Carlottos gebracht. Dieser Vorstoß brachte nochmals Bewegung in die Prozesse. Im Dezember 2003 erklärte Carlotto ihren Rücktritt als Präsidentin der CPM. Ihre Vorwürfe waren schwerwiegend: schlechte Verwaltung der Gelder, viele Unstimmigkeiten in den Finanzunterlagen sowie die Fälschung ihrer Unterschrift. Mit ihr gaben zwei weitere Mitglieder ihren Rücktritt bekannt: Sara Dorotier de Cobacho und Adelina de Alaye. Die öffentliche Auseinandersetzung konzentrierte sich dabei aber vor allem auf die finanziellen Unregelmäßigkeiten und die Vorwürfe von Misswirtschaft (o. A. 2003b).

Im Folgenden war die Strategie der Kommission darauf ausgerichtet, weniger die Vorwürfe zu bekämpfen oder Carlotto selbst anzugreifen. Sie stellten den drohenden Verlust der Autonomie und Autarkie der CPM in den Mittelpunkt und beschuldigten Solá, auf illegale Weise gegen die Kommission vorzugehen. Ein öffentlicher Rundbrief macht diese Strategie besonders deutlich. Darin heißt es zu dem Vorhaben des Gouverneurs:

> „Esto significaría la disolución de la Comisión, en tanto la autonomía y la independencia son imprescindibles para el pleno desarrollo de las políticas del organismo, que lejos de seguir las líneas oficiales de los gobiernos de turno, garantiza el pluralismo y la libre expresión de quienes la componen y de todos los que la acompañan en cada una de sus

> actividades a lo largo y a lo ancho de la provincia. Ninguno de ellos está dispuesto a someterse a los designios del gobernador.“ (Comisión Provincial por la Memoria 2003)

Hier wiederum wird deutlich, wie sehr die CPM noch vom Geist der *militancia* durchdrungen war. Ein solcher Rundbrief innerhalb einer staatlichen Institution ist dagegen fast undenkbar. Die Auseinandersetzung mit Solá endet in einer langen Gesprächsrunde des Gouverneurs mit der CPM, wonach er schließlich von seinem Umstrukturierungsprojekt abließ (vgl. Raggio 13.02.2020).

Der Verlust Carlottos wog jedoch schwer, die CPM verlor nicht nur ihre Präsidentin, sondern eine der wichtigsten Figuren im Feld der Erinnerungspolitik. Hinzu kamen die schweren Vorwürfe, denen zwar niemals ein Gerichtsurteil oder andere Konsequenzen folgten, die bis heute aber das Image der Kommission belasten. Cueto Rúa schließt seine Analyse dieses Streits so:

> „Así, se puede arriesgar la hipótesis de que la autonomía y la autarquía fueron dos conquistas que la CPM obtuvo del Estado provincial gracias a que su forma de legitimación y sus intereses primigenios estuvieron concentrados en el pasado y fundados en el dolor de las víctimas, carta de triunfo del campo. La CPM se dedicó luego a denunciar los derechos humanos en tiempo presente y lo hizo con la capacidad suficiente como para que frente a la avanzada del Poder Ejecutivo, en alianza con una de las referentes más importante del campo, pudiera frenar ese embate y mantener su rango autónomo y autárquico.“ (Cueto Rúa 2016, S. 210)

Ein Jahr nach dem Rücktritt Carlottos erschien mit „Sistema de la Crueldad“ der erste Bericht der CCT. Dieser fasste die Arbeit der zurückliegenden Jahre zusammen und dokumentierte Fälle aus dem Jahr 2000. Inhalt sind Fälle von Folter und Missbrauch und allgemein die Lage in den Gefängnissen in Buenos Aires. Der Alltag dort ist von Zwang und Grausamkeit geprägt, was den Titel des Berichtes erklärt. Neben den Gefängnissen werden die Polizeistationen näher untersucht; diese werden oft zur illegalen Inhaftierung von Minderjährigen genutzt und sind eine Fortsetzung der generellen Überbelegung der Gefängnisse. Die CPM möchte mit dem Bericht: „promover un debate serio sobre la ejecución de políticas que restauren los principios básicos de la vigencia de los derechos humanos en las cárcele bonaerenses“ (Comisión Provincial por la Memoria 2004, S. 4).

Die Einleitung des ersten Berichtes, der bezeichnenderweise mit „Memoria, Justicia y Democracia“ überschrieben wurde, möchte aus der Vergangenheit heraus Fragen an die Gegenwart stellen. Hier führt die CPM aus, warum sie nicht nur ein Organismus ist, der sich mit der

Erinnerung der Diktatur beschäftigt. Durch einen Dialog von Vergangenheit und Gegenwart ist es unmöglich, vor der Situation im Strafvollzugswesen die Augen zu verschließen. Das Andauern und die Verschlimmerung der Situation von Folter und Missbrauch sind nicht zu tolerieren. Eine demokratische Regierung, so die CPM, darf keine Politiken zulassen, die Erinnerungen an die Repression der Diktatur wachriefen. Ziel des Berichts ist es, einen Dialog zwischen Justiz und Behörden in Gang zu bringen, um eine weitere Verschlimmerung der Situation zu verhindern. Dabei soll auch die öffentliche Meinung verändert werden. Die CPM stellt fest, dass die Argentinierinnen und Argentinier Mitten in einer konfusen und autoritären Debatte stecken, die sich um das berechtigte Verlangen nach Bestrafung der Kriminalität dreht. Die Debatte ist aber von der völligen Ahnungslosigkeit über die Zustände, in denen sich die betroffenen Personen befinden, geprägt. In dieser Situation sind es insbesondere die Massenmedien, die reißerisch die Debatte aufheizen. Die Kommission sieht sich als Vertreter aller Opfer staatlicher Gewalt, von den Anschlägen der AAA, den Verschwundenen der Militärdiktatur bis hin zu den Opfern des *gatillo fácil*. So unterschiedlich die Opfer sein mögen, werden sie doch als gleichrangig betrachtet. Die Einleitung schließt mit einer kurzen Geschichte der Bestrafung und der Grausamkeit in Argentinien. Die Kommission argumentiert, dass es weiterhin eine staatliche Konstruktion des „Anderen“ gibt, diesmal nicht als eines Subversiven, sondern als Krimineller. Die CPM konstatiert einen Fortbestand der Logik des internen Feindes, jetzt in Form des Gesetzesbrechers (vgl. Comisión Provincial por la Memoria 2004, S. 5–9).

Ab dem Jahr 2000 verzeichneten die Beobachter einen quantitativen und qualitativen Sprung bei Menschenrechtsverletzungen. Die CPM deutet dies nicht als einzelnes Problem, sondern sieht hier einen systematischen Charakter. Dieser ist eingebettet in einen Diskurs, der das Strafrecht als Lösung für soziale Konflikte verkaufen möchte. Dabei führt dies zu einem Anstieg der institutionellen Gewalt, die von einer weiter steigenden Unsicherheit begleitet wird. In der Politik führte dies zur Verstetigung eines *Law and Order* Kurses, der mehr Ressourcen für die Sicherheitsorgane fordert. Diese gewannen dabei an Macht und Einfluss, entfernten sich aber langsam von der Rechtsstaatlichkeit, ohne dabei wirkliche Erfolge bei der Kriminalitätsbekämpfung aufweisen zu können. Tatsächlich stieg die Anzahl der Straftaten kontinuierlich von 1998 bis 2004. In der Überbelegung der Gefängnisse sieht die Kommission eine bewusste Politik, die Untersuchungshaft als Mittel der Bestrafung ohne ein Urteil verhängt. Ein weiterer Faktor ist die chronische Überlastung des argentinischen Justizsystems. Die Überlastung der Gefängnisse multipliziert sich mit dem schlechten materiellen Zustand: unzureichende Sanitäreinrichtungen, fehlende Heizmöglichkeiten und schlechte Versorgung sind an der Tagesordnung (vgl. CELS 2017, S. 9–16). Der *Servicio Penitenciario Bonaerense* wird der Korruption

bezichtigt. Gefangene zu berauben bis hin zu Drogengeschäften und Missbrauch der Häftlinge für Straftaten sind keine seltenen Ereignisse. Das System der Grausamkeiten schließt Gewalt gegenüber den Familien, Selbstmord und Mord mit ein. Dabei herrscht in den meisten Fällen Straflosigkeit, und es muss von einer hohen Dunkelziffer ausgegangen werden. An dieser Stelle weist der Bericht darauf hin, dass der *Servicio Penitenciario Bonaerense* ebenso Teil der Repression der Diktatur war, jedoch kaum aufgearbeitet wurde (vgl. Comisión Provincial por la Memoria 2004, S. 21–29). Hier bestätigt sich das Narrativ der CPM, das die Kontinuität zwischen Vergangenheit und Gegenwart thematisiert.

Der Bericht wird fortgeführt mit Beschreibungen der Kontrollen der Gefängnisse der Provinz. Die Verhältnisse dort werden detailliert beschrieben, dazu werden Aussagen von Zeugen und Opfern zusammengetragen. All das geschieht unter der Überschrift „El estado ilegal". Ein weiteres Kapitel ist der Justiz gewidmet. Der Bericht der CPM schließt mit Überlegungen und Vorschlägen für Reformen. Zu letzteren zählt neben dem Schutz der körperlichen Unversehrtheit der Häftlinge der Aufbau einer Datenbank, die alle Fälle von Folter umfasst. Zudem wird die Strafverfolgung bei Folter und anderen illegalen Handlungen gefordert. Am Ende steht die Forderung nach einer umfassenden Reform des Gefängniswesens (vgl. Comisión Provincial por la Memoria 2004, S. 148–150).

Die Anfänge des CCT waren klein, von 2002 bis 2005 beschränkte sich die Tätigkeit auf den Aufbau einer Datenbank, die die Fälle von Folter, die vor Gericht landeten, beinhaltete. Der erste Bericht, der 2004 vorgestellt wurde, hatte kaum eigene Daten zur Grundlage. Die Kommission profitierte hier von engagierten Anwälten und Richtern, die ihnen Fallmaterial zur Verfügung stellten und meldeten. Trotzdem hatte der erste *Infrome anual* große Wirkung in der Öffentlichkeit. Er brachte die Themen Gefängnisse und Folter auf die Seiten der Tageszeitungen und zwang den Staat zu einer Reaktion. Erstmals wurde öffentlich gemacht, wie das Gefängnissystem tatsächlich funktioniert (vgl. Cipriano García 21.02.2020).

Ab 2005 veränderte sich die Arbeitsweise des CCT, von der reinen Fallerfassung in der Datenbank wurde abgewichen, hier gab es deutliche methodische Probleme. Stattdessen ging die Kommission zu der im fakultativen Protokoll vorgesehenen präventiven Arbeit über. Zwei Anwälte, unterstützt von vier Praktikantinnen und Praktikanten, begannen das Monitoring der Gefängnisse. Dies geschah in Begleitung von Mitgliedern der Kommission. Viele Kenntnisse zur Durchführung der Kontrollbesuche hatte das CCT nicht vorzuweisen. Anfangs orientierten sie sich an den Vorgaben des Roten Kreuzes. Der Eingang in die Gefängnisse wurde vor allem dank der „prominenten Mitglieder" der Kommission erreicht. Der damalige Präsident der CPM,

Hugo Cañon, brachte seine Erfahrung als Staatsanwalt mit ein. Zudem half die Präsenz eines Friedensnobelpreisträgers, um die Tore der Gefängnisse zu öffnen.

> "Se armó la primer visita sin mucha organización previa sin tener las cosas tan claras. Vamos a esta cárcel y en poco tiempo vamos a un centro de jóvenes, un instituto. Fuimos con Pérez Esquivel y unos más. Y de ahí de una manera la comisión se presentó públicamente en ese rol de monitoreo y control. Sin ningúnas atribuciones legales para hacerlo, pero era difícil prohibir el ingreso de Pérez Esquivel, de Hugo Cañon, que son personas muy públicas, muy reconocidas, valorados por sus luchas por los derechos humanos. Entonces a partir de esa presión pública nos habilitó el ingreso." (Cipriano García 21.02.2020)

2005 war das Jahr, in dem zwei Ereignisse einen weiteren Fokus auf Fragen der Sicherheitspolitik legten. Neben dem *Masacre de Magdalena*, einem Brand im Gefängnis von Magdalena bei dem 33 Menschen starben und die Justizvollzugsbeamten nichts taten, um das Feuer einzudämmen, gelang es der CPM, Folter mit Elektroschocks nachzuweisen. Nachdem es bereits zuvor mehrfach Hinweise darauf gab, konnte 2005 der juristische Beweis gleich in zwei Fällen erbracht werden. Die Schwierigkeit besteht darin, dass es anhand der Wunden nur kurze Zeit nachweisbar ist und bereits nach wenigen Tagen alle Spuren verschwunden sind. Der erste dieser Fälle ereignete sich dann sogar in der so emblematischen *Unidad 9* in La Plata, dort gab es während der Militärdiktatur ein geheimes Folterzentrum. Der mediale und zivilgesellschaftliche Aufschrei war groß, denn die Folter mit Strom, die berühmtberüchtigte *picana electrica*, war im kollektiven Gedächtnis der Argentinier aufs Engste mit der Militärdiktatur gleichgesetzt. Der politische Schaden war groß, und der Justizminister der Provinz Buenos Aires berief sogar eine Pressekonferenz im Gebäude der CPM ein. Die zuständige Leitung des Gefängnisses wurde entlassen. Zudem erkannte der Staat nun einzelne Fälle von Folter an, von einer systematischen Praxis wurde jedoch weiterhin nicht gesprochen (vgl. Cipriano García 21.02.2020). Der zweite Bericht des CCT erschien 2006. Hierin wird erstmals die Arbeitsweise des CCT beschrieben. Das CCT besitzt zwei Abteilungen, eine für Daten und Statistiken und eine für Forschung. Die erste sammelt und analysiert die Justizfälle, in denen Personal der Sicherheitsbehörden involviert ist und wo Menschenrechtsverletzungen vorliegen. Der Forschungsbereich hat folgende Aufgaben:

> „1. Trabajar por el respeto y cumplimiento de los derechos humanos de las personas alojadas en lugares de detención de la Provincia de Buenos Aires.

2. Coordinar acciones tendientes a la difusión de las condiciones de detención de dicha población.
3. Intervenir en los casos de violación a los Derechos humanos que se tengan conocimiento.
4. Promover una reforma estructural del Servicio Penitenciario Bonaerense, del sistema de minoridad de la Provincia y las prácticas policiales.
5. Coadyuvar a un mejoramiento en la calidad y celeridad del servicio de justicia.
6. Contribuir a la modificación y mejora de la legislación penal y procesal penal de la Provincia.
7. Investigar y proponer políticas públicas que contengan estos objetivos.
8. Trabajar con los familiares de las víctimas de los lugares de detención.“ (Comisión Provincial por la Memoria 2006, S. 23)

Die Hauptarbeit besteht aber in den unangekündigten Besuchen in den Haftanstalten. So gelingt es, ungeschminkte Einblicke in den Alltag und das Regime in den Gefängnissen zu bekommen. Dort führen sie Interviews mit den Gefangenen und dokumentieren mögliche Menschenrechtsverletzungen. Im Vergleich zu 2004 wurde im Bericht 2006 die Situation in den Polizeistationen näher erfasst und dokumentiert. Das CCT beschränkt sich nicht nur auf die Nachforschung, schnell wurde sie auch juristisch als Kläger tätig. Damit soll auf juristischem Weg die Straffreiheit eingeschränkt werden. Des Weiteren hat die CPM eine Gruppe gegründet, die den Angehörigen von Opfern der institutionellen Gewalt helfen soll.
Im zweiten Bericht des CCT wird die Einleitung gar mit „*Sistema de Horror*“ überschrieben. Die Interpretation der Sicherheitspolitik der Provinz durch die CPM wird durch folgendes Zitat auf den Punkt gebracht:

„La violencia ilegal que se despliega sistemáticamente sobre los excluidos, pobres y morochos que pueblan los lugares de detención, se derrama luego en las calles y refuta la argumentación de quienes predican el encierro como eje de una política de seguridad pública.“ (Comisión Provincial por la Memoria 2006, S. 27)

Die Wurzel dieser sozialen Schieflage, die ihre letzte Konsequenz in der Situation in den Gefängnissen hat, ist der Neoliberalismus. Die daraus folgende Armut sowie das Unsicherheitsgefühl, welches durch die Massenmedien verstärkt wird, sind weitere Symptome einer Gesellschaft, die sich in einem Sicherheitsdilemma befindet. Die Untersuchungen des CCT stellten fest, dass das Justizsystem und die Sicherheitspolitik äußerst klassistisch agieren. Es geht dabei

um die Unterdrückung der unteren gesellschaftlichen Schichten. Ein Blick auf die soziale Zusammensetzung in den Gefängnissen zeigt, dass die Insassen männlich, in der Regel arbeitslos und ohne Ausbildung, aus urbanen Umfeld stammen und mehrheitlich nur die sechs- bis siebenjährige Grundschule abgeschlossen haben. Für das CCT ist klar, dass es sich hier um die Konstruktion eines sozialen Feindes handelt. Für die CPM ist es wichtig, diese Phänomene sichtbar zu machen und den Kampf gegen die Straflosigkeit anzugehen (vgl. Comisión Provincial por la Memoria 2006, S. 27–34).

Die Kritik der CPM am Gefängniswesen und der Sicherheitspolitik geht über diese Bereiche hinaus. Letztendlich handelt es sich hier um Kritik an sozialen Makroentwicklungen in der argentinischen Gesellschaft. Der Neoliberalismus ist dabei nicht bloßes Feindbild und Grund für die gesellschaftliche Schieflage, sondern dient als Negativbild eines Gesellschaftsentwurfes in dem die Schwachen und Armen von staatlicher Unterdrückung betroffen sind. Die Kategorien und Bilder, die von der CPM verwendet werden, um die Situation zu beschreiben, lassen dabei Assoziationen mit der Diktatur zu. Der Neoliberalismus, dessen erste Implementation durch die Diktatur erfolgte, die Konstruktion interner Feinde, die illegale staatliche Gewalt und Repression wie auch das Sicherheitsversprechen der Politik sind Punkte, die eine Argumentation der Kontinuitäten der institutionellen Gewalt zulassen.

Die Zahlen, die das CCT zusammenträgt, sowie die Beschreibungen der Misshandlungen und der Bedingungen in den Gefängnissen sind mehr als eindrucksvoll. Der Anstieg der Häftlingszahlen von 2000 bis 2005 von 15.000 auf 30.000 macht deutlich, warum das System kollabiert ist. Dabei hat sich zeitgleich die Zahl der Straftaten verdoppelt. Es ist Ergebnis einer repressiven Sicherheitspolitik, die als Konsequenz zu Menschenrechtsverletzungen oder schlimmen Tragödien wie in Magdalena führt. Ein ähnliches Massaker ereignete sich 2007 in der Provinz Santiago de Estero, ohne dass es zu wirklichen Konsequenzen kam. Die Öffentlichkeit wurde mit Aussagen, dass es sich um einen Fluchtversuch handelte, ruhiggestellt. Dass in diesen Fällen viele Häftlinge gar nicht rechtskräftig verurteilt waren, sondern dort nur zur Untersuchungshaft einsaßen, ist ein Fingerzeig auf die Probleme des argentinischen Justizwesens. Denn mehr als 70 % der Insassen der Gefängnisse sind nicht rechtskräftig verurteilt (vgl. Comisión Provincial por la Memoria 2007, S. 17–20).

Die CPM macht für die Gewalt, den Zustand der Gefängnisse und schließlich den Tod von Häftlingen die Exekutive mitverantwortlich. Damit entsteht ein unaufhörlicher politischer Konflikt, der auch von der parteipolitischen Zugehörigkeit des Gouverneurs unabhängig ist. Die CPM wird damit zum ständigen Spieler in der Politik und zwar als staatliche Erinnerungsbehörde. Versuche wie unter Solá, die Autonomie der CPM einschränken zu wollen, liegen dabei

einer klaren Motivation zugrunde. Regierung und Sicherheitsbehörden haben kein Interesse daran, Auseinandersetzungen mit der CPM über die aktuelle Menschenrechtslage in den Gefängnissen zu führen. Die Sicherheitspolitik der Provinz war bislang auf einen klaren Kurs der harten Hand gegenüber der Kriminalität ausgerichtet. In Wahlkämpfen wird dies deutlich, insbesondere in der Provinz Buenos Aires, die mit dem *Conurbano* als besonders unsicher gilt. Die harten Angriffe der Kommission auf die Regierung und die Sicherheitsbehörden sind besonders aufsehenerregend, wenn sich eine zumindest diskursive Verbindung zur Diktatur herstellen lässt. In der Kommunikation mit der Öffentlichkeit ist die große Herausforderung der CPM, dass viele Menschen den Verhältnissen in den Gefängnissen indifferent gegenüberstehen, da es sich um Kriminelle handelt. Sympathie für die Opfer zu schaffen, sie als Menschen wahrzunehmen, ist eine wichtige Aufgabe. Die CPM nutzt hier Lektionen aus dem Kampf gegen die Straffreiheit der Verbrechen gegen die Menschenrechte der Diktatur. Hier gelingt es den Menschenrechtsorganisationen den Diskurs, der Militärs über die Opfer zurückzudrängen und diese in einem anderen Licht darzustellen. Im Falle der Opfer von Polizeigewalt stehen oft deren Familien im Zentrum. Die CPM baut spezielle Netzwerke auf, in denen sich die Angehörigen organisieren. Ein zentrales Element ist die Präsenz der Mütter der Opfer. Diese fordern Gerechtigkeit und erinnern insofern an die Kämpfe der *Madres*.

Das CCT und die CPM kooperieren mit anderen nationalen und internationalen Organisationen, die sich mit dem Monitoring von Gefängnissen beschäftigen. In der Zeit nach der Gründung des CCT ist es zu einem autonomen Kontrollmechanismus innerhalb der Provinz Buenos Aires geworden, der die Berichte national und international publik macht. Ziel ist es dabei, die gravierenden Probleme im Bereich der Sicherheitspolitik öffentlich zu machen und einen Politikwechsel einzufordern. Zwar konnten den politischen Parteien und Sicherheitsorganen Bekenntnisse zur einer Sicherheitspolitik, die sich nicht nur auf die Repression stützt, abgerungen werden, in Zeiten des Wahlkampfes überwiegt jedoch der Ruf nach einer harten Hand gegen die Kriminalität. Insbesondere ab 2011, nach der Wiederwahl des Peronisten Daniel Scioli zum Gouverneur, verschlechterte sich die Lage in der Sicherheitspolitik aus Sicht der CPM. Während die Zahl der Inhaftierten von 2005–2012 mit circa 30.000 relativ stabil blieb, stieg sie in den darauffolgenden Jahren deutlich an, 2014 waren es 34.000 Häftlinge. Der Regierungswechsel zu *Cambiemos* im Dezember 2015 beschleunigte die Entwicklung, und die Häftlingszahlen stiegen 2018 auf ein Rekordniveau von 48.000. Allgemein verschärften sich die Vorgaben der Exekutive gegenüber der Polizei und den Sicherheitsbehörden, und die Vorfälle institutioneller Gewalt nahmen zu. Die Absenkung der Strafmündigkeit bei Jugendlichen, die Unterdrückung

sozialer Proteste und der *Piqueteros* sowie die sogenannte *doctrina Chocobar* zeigen das Ausmaß dieser Entwicklung (vgl. Comisión Provincial por la Memoria 2019f, S. 17–21). Luis Chocobar erschoss im Dienst einer lokalen Polizeieinheit Pablo Kukoc. Dieser flüchtete von einem bewaffneten Raub mit Körperverletzung und wurde von Chocobar tödlich in den Rücken getroffen. Der Polizist erhielt durch den Präsidenten Macri eine öffentliche Auszeichnung. Die Doktrin bezeichnet die Ausweitung des Schusswaffengebrauchs, auch wenn keine direkte Gefahr besteht. Chocobar steht stellvertretend für viele Polizisten, die nach nur sechs Monaten Ausbildung in den Straßen unterwegs sind und unangemessen von ihrer Waffe Gebrauch machen. Die CPM kritisiert die Haltung der Regierung, Chocobar als Held zu feiern, obwohl Zeugen den Täter bereits entwaffnet und die geraubte Kamera abgenommen hatten (vgl. Comisión Provincial por la Memoria 2019f, S. 103–106). Diese Haltung der Polizei hatte 2017 121 Todesopfer durch Einwirkung der Sicherheitskräfte allein in der Provinz Buenos Aires zur Folge (vgl. Comisión Provincial por la Memoria 2019f, S. 110–111).

Die Kommission wird mit der Tätigkeit des CCT zu einem Akteur, der sich besonders in die Sicherheitspolitik der Provinz, aber auch des gesamten Staates, einmischt. Hier stößt die CPM in ein anderes Politikfeld vor, in dem andere Akteurskonstellationen herrschen und die Vetospieler andere sind.

Die Sicherheitspolitik in Argentinien und besonders in der Provinz Buenos Aires ist von einem Geflecht von Vetospielern und Institutionen geprägt, die sich weitgehenden Reformen verweigern. Zum einen ist es die schiere Größe der Sicherheitsorgane: die *Bonarense* mit circa 90.000 Polizisten und die *Servicio Penitenciario Bonaerense* mit circa 25.000 Mitarbeitern. Für die CPM bilden Polizei, das Gefängnissystem und die Justiz Glieder in der „Kette der Bestrafung". Die Metapher ist bewusst gewählt. Die Kettenglieder sind die einzelnen Institutionen, die eng miteinander verwoben und verbunden sind. Hinzu kommt die politische Bedeutung des Themas Innere Sicherheit in der Provinz Buenos Aires. Sowohl die Polizei als auch das Justizwesen sind eng mit der Politik, vor allem auf lokaler Ebene, verknüpft. Die Polizei ist für die Gouvernementalität der *villas*, also der armen und ausgegrenzten Siedlungen, zuständig. Hier wird Gewalt und Folter eingesetzt. Das Gefängnissystem zeigt deutlich, dass besonders die armen Schichten von der Sicherheitspolitik betroffen sind und für relativ kleine Verbrechen in das Gefängnis müssen. Die Polizei steigert ihren Einfluss auf die Politik durch das illegal erworbene Geld, durch Korruption und andere Maßnahmen, welches auch für politische Kampagnen verwendet wird. Hinzu kommt der Fakt, dass die Polizei die Kriminalität nicht vollständig bekämpft, sondern in einigen Situationen nur administriert und sich mit anderen Banden verbündet. Damit haben sie die Macht, Unsicherheit in bestimmten *barrios* zu schüren und so Proteste

der Bürger für mehr Sicherheit auszulösen. Insbesondere in den Peripherien der Städte ist dies zu beobachten. Die Forderung nach mehr Sicherheit, nach Bekämpfung der Kriminalität, ist alltäglich in Argentinien. Als schnelle Lösung wird meistens mehr Personal eingestellt. Die Fähigkeiten zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität werden allerdings als gering eingeschätzt. Der Großteil der Haftinsassen sitzt dort wegen Raub. Die Justiz in Argentinien ist ebenfalls eng mit dem Strafsystem verbunden. Hier herrscht eine große Abhängigkeit von der Polizei, so dass diese Institution Reformen genauso abgeneigt ist wie die Polizei selber. Hinzu kommt, dass Polizeikommissare oder hohe Beamte des SPB sogar den Sprung auf ein Richter- oder Staatsanwaltsamt schaffen. Auch die politische Funktion des Justizministers in der Provinz Buenos Aires wurde bereits durch einen Beamten des SPB ausgeübt (vgl. Cipriano García 21.02.2020).

Im lateinamerikanischen Vergleich der Kriminalität fällt jedoch auf, dass Argentinien immer noch eine relativ geringe Mordrate aufweist, die deutlich unter der Brasiliens liegt. Dagegen steht jedoch eine hohe Gefangenenquote, 2017 mit circa 276 Gefangenen pro 100.000 Einwohner in der Provinz Buenos Aires (Juliano 2018), während der nationale Durchschnitt bei 207 Gefangenen lag (World Prison Brief 2018).

Die argentinische Öffentlichkeit reagierte in der Vergangenheit auf spektakuläre Verbrechen, wie Entführungen oder Mord von Kindern aus der oberen Mittelschicht, mit der Forderung nach härteren Strafen. Die wohl bekannteste Episode waren die sogenannten Blumberg Reformen. Nach der Entführung und Ermordung seines Sohnes war Juan Carlos Blumberg der Anführer einer zivilgesellschaftlichen Bewegung, die harte Strafen auf Kapitalverbrechen forderte. So wurden die maximale Strafe von 25 Jahren Haft auf über 40 Jahre angehoben. Diese spezielle, von den Medien miterzeugte Dynamik, findet sich auf der Ebene der Provinz Buenos Aires wieder. Mehr Polizei und härtere Strafen sind hier oftmals die einzigen Lösungen, die für das Problem der Kriminalität präsentiert werden. Hier erhebt die CPM ganz gegensätzliche Forderungen, die auf eine Reform, nicht nur des Gefängniswesens, sondern der gesamten Sicherheitspolitik, abzielen (vgl. Cipriano García 21.02.2020).

Für die CPM ist es wichtig, als staatlicher Akteur aktiv in den Bereichen Erinnerung und Menschenrechte tätig zu sein. Die Politik und Initiativen sollen dabei unabhängig von den gewählten Regierungen sein. Zielstellung ist die vollständige Durchsetzung der Menschenrechte, dies wurde als Auftrag aus der Vergangenheit aufgefasst. Die Erkenntnis, dass Praktiken der Diktatur wie Folter nicht der Vergangenheit angehören, ist ein Hauptgrund für die Existenz des CCT. So überrascht es nicht, dass 2006 der 30. Jahrestag des Putsches von der CPM in einem Gefängnis in La Plata begangen wurde. Hier waren während der Diktatur politische Häftlinge,

unter ihnen Aldolfo Pérez Esquivel, inhaftiert. Die Gedenkfeier war jedoch nicht nur ein Akt des Erinnerns, sie diente ebenso zur Kenntlichmachung der Verhältnisse in den Gefängnissen und zur Anklage der ständigen Menschenrechtsverletzungen. Dies zu tun und Vergangenheit und Gegenwart zu verbinden, formuliert die CPM für sich als politisch-ethische Notwendigkeit (vgl. Comisión Provincial por la Memoria 2013, S. 22–30).

Die Verbindung zwischen Vergangenheit und Gegenwart ist das Delikt der Folter. Im Kontext der letzten Militärdiktatur ist es als Menschenrechtsverletzung anerkannt. Als tägliche Praxis im Strafvollzug wird sie jedoch weitgehend ignoriert. Dabei richtetet sie sich jeweils gegen Feinde der Gesellschaft, früher im Sinne der Subversion, heute sind dies die unteren gesellschaftlichen Schichten. Argentinien ist dem Statut von Rom beigetreten, das die Grundlage für den Internationalen Strafgerichtshof bildet und den Staaten Mechanismen zur Vermeidung von Menschenrechtsverletzungen vorschreibt. Daneben verbietet die argentinische Verfassung jede Form von Folter. Doch obwohl in der Gegenwart mehr Gesetze zum Schutz vor Folter verabschiedet wurden, sind nur die Fälle während der Diktatur als Menschenrechtsverletzungen anerkannt. Die CPM geht Frage nach, welche Unterschiede es zwischen den Verbrechen der Diktatur und denen der Gegenwart gibt. Gemeinsam ist ihnen, dass in beide Fälle die Delikte geleugnet wurden und werden. Die argentinische Menschenrechtsbewegung kämpfte fast 30 Jahre kämpfen darum, dass die Täter der Diktatur wiederaufgenommen wurden und Gerechtigkeit erreicht werden konnte. Mit dem CCT gibt es einen Organismus, der sich der Verbrechen der Gegenwart annimmt. Wie auch bei den Verbrechen der Diktatur muss die Öffentlichkeit über die Taten und die Motivation dahinter aufgeklärt werden. Hier führt die CPM argumentativ die Arbeit der Menschenrechtsorganisationen fort. Wie damals ist auch heute die Hilfe aus dem Ausland und die Zusammenarbeit mit internationalen Gremien essentiell. Nach Jahren der Arbeit des CCT wird zwar die Folter nicht mehr abgestritten, doch wird sie noch immer nicht als systematische Praxis anerkannt. Sicherheitsbehörden ziehen sich auf eine Argumentation zurück, die aus der Zeit der Transition bekannt vorkommt. Es handele sich hierbei um die Taten einzelner Beamter, um Exzesse. Einen Grund für die Persistenz der Delikte kann in der fehlenden und verspäteten juristischen Aufarbeitung vor allem im Bereich der Polizei, im Bereich des Strafvollzuges sowie in der Justiz gesehen werden. Laut der CPM ist Folter ein systematisch angewandtes Mittel der Sicherheitsbehörden in der Gegenwart, eine Form der Machtausübung gegenüber den unteren Schichten der Bevölkerung. Dies sind keine Einzelfälle (vgl. Cipriano García 2015, S. 68–70).

> „Cada agente es consciente de que su acto forma parte de un ataque generalizado y sistemático, sabe que es parte de un plan de gobierno que generará mecanismos para

darle cobertura en esa actuación y contribuyan a la impunidad del delito que comete. Todos serán parte, antes o después, de las sesiones de tortura o malos tratos.
No podemos negar que la tortura es hoy una política de estado: es implementada de manera orgánica por la estructura de mando penitenciaria o policial, acordada y delegada por las autoridades políticas de cada cartera integrando un plan de gobierno penitenciario-policial avalado por un Poder Judicial que no controla ni impide su despliegue.“ (Cipriano García 2015, S. 71)

Die Kommission bewertet die noch heute ausgeübte Folter als Hinterlassenschaft der Diktatur. Trotz der vielen Fortschritte in der Aufarbeitung gibt es immer noch viele Lücken. Eine dieser Lücken ist das argentinische Gefängnissystem (vgl. Raggio 13.02.2020).
Die CPM versucht, sich verstärkt den Kinderheimen und geschlossenen psychiatrischen Anstalten zu widmen. Diese geschlossenen Institutionen zählt sie zur „Kette der Bestrafung“ dazu, denn es sind ebenfalls Orte, an denen es zur systematischen Gewaltanwendung durch den Staat kommt.

4.3.4 Das *Museo de Arte y Memoria*

Die Vermittlung von Erinnerungen, die Weitergabe von Interpretationen der Vergangenheit erfolgt in der Schule, mittels wissenschaftlicher und journalistischer Produktion, aber ebenso durch Kultur und Kunst. Picassos Gemälde *Guernica* gehört wohl zu den eindrucksvollsten Beispielen, wie Kunst Erinnerungen transportieren und damit das Leid und das Trauma verewigen kann. Im Umgang mit traumatischen Erinnerungen spielt Kunst und Kultur eine sehr wichtige Rolle. Filme, Bücher, Fotos und Gemälde können dazu dienen, Vergangenheit zu veranschaulichen und zu verarbeiten. Wenn Erinnerungspolitik ganzheitlich verstanden werden soll, sind Kunst und Kultur wichtige Aspekte. Daher ist es nicht verwunderlich, dass die CPM sich seit 2001 um die Eröffnung eines eigenen Museums bemühte, das den Schwerpunkt auf Kunst und Erinnerung legt. Im Dezember 2002 öffnete sich das *Museo de Arte y Memoria* erstmals für das Publikum.
Der Kommission ging es dabei um die Eröffnung eines Raumes, der Kommunikation und Transmission der Erinnerungen ermöglicht, ohne in einem historischen Ort oder in archivarischer Faktizität begründet zu sein, aber dennoch Debatten über die Vergangenheit und die Gegenwart der Menschenrechte erlaubt. Zusammen mit verschiedenen nationalen und internationalen Künstlerinnen und Künstlern gelang es, diesen Raum zu nutzen und auszubauen. Auch

im *Museo de Arte y Memoria* lässt sich der Zeitpunkt festhalten, da nicht mehr nur die Vergangenheit Fokuspunkt der Aktivitäten ist. Ab 2004 nahm das Museum Ausstellungen auf, die sich den Menschenrechtsverletzungen in der Gegenwart, vor allem in Gefängnissen, widmeten. Aber auch Themen wie soziale Exklusion, Diskriminierung sowie Identität und Diversität stehen im Mittelpunkt (Comisión Provincial por la Memoria o. J.i).

Das *Museo de Arte y Memoria* ist Teil des Bereiches Kommunikation und Kultur, in dem es eine prominente Rolle einnimmt. Das Museum ist zentral in La Plata gelegen, gegenüber dem modern gestalteten *Teatro Argentino* in der Straße 9 zwischen 51 und 53. Das Haus war bis 2001 der Wohnsitz der Wirtschaftsminister der Provinz Buenos Aires. Dieser Häuser entledigte sich die Provinz während der Krise, und die CPM konnte das Gebäude übernehmen. Der Aspekt der Kunst und Kultur war von Anfang an präsent in den Diskussionen der CPM. Die Kommission sah hierin ein mögliches Werkzeug für die Vermittlung der Erinnerung und als Raum für Reflexionen. Es ist das erste Museum in Argentinien, das künstlerische Arbeiten zu der traumatischen Vergangenheit vereint. Hierbei stand die Bemühung um die Vermittlung der Erinnerungen im Mittelpunkt. Ein Startpunkt für das Museum war die Leihgabe des argentinischen Künstlers Carlos Alonso, dessen Tochter während der Militärdiktatur verschwand. Innerhalb nur eines Jahres wurde die Idee des Museums in die Praxis umgesetzt. Neben der Akquise des Gebäudes wurde zunächst theoretisch über die Aufgabe und Funktion des Ortes mit mehreren argentinischen Intellektuellen diskutiert (vgl. Larralde Armas 2015, S. 34–36). Hervorzuheben ist, dass dieser Prozess in der Zeit völliger Straffreiheit stattfand, als die Beschäftigung mit den Themen der Erinnerung noch nicht sehr weit verbreitet war. Die langjährige Leiterin des Bereiches Kommunikation und Kultur der CPM, Ana Cacopardo, formulierte die Ziele folgendermaßen:

> „[…] reunir y preservar obra, mostrar, generar una institución que en una primera instancia nació fuertemente con una obra patrimonial ligada a la memoria del terrorismo de estado, pero como siempre en el concepto de la Comisión, la idea de memoria está fuertemente asociada al compromiso en la agenda de los temas del presente, por lo tanto de la agenda de derechos humanos de la Provincia de Buenos Aires“ (zitiert nach Larralde Armas 2015, S. 37)

Der Tätigkeitsbereich des Museums ist weit gefasst, neben der Kuration eigener Ausstellungen finden Workshops oder Filmvorführungen statt. Es gibt spezielle Angebote für Jugendliche. Im Bereich Kunst und Erinnerung vereint das Museum zwei Formen von Kunst. Zum einen das klassische Werk, das ausgestellt werden kann. Zum anderen künstlerische Interventionen im

öffentlichen Raum. Letzteres hat seine Wurzel in den 1990er Jahren, als erste Formen der Markierung beziehungsweise Signalisierung der Erinnerung an den Staatsterrorismus in der Öffentlichkeit sichtbar wurden. Hierbei handelte es sich um Schilder und *murales*, aber auch um performative Akte wie die *escraches*. In La Plata beteiligt sich das *Museo de Arte y Memoria* an der *Mesa de Escrache Popular,* wo unterschiedliche Künstlerkollektive zusammentreffen (Larralde Armas 2015, S. 29–31). Die Fassade des Gebäudes wird bei verschiedenen Anlässen als Ort der künstlerischen Intervention – etwa zum Gedenktag der *Noche de los Lápices* – genutzt. Hier wurden verschiedenfarbige Plakate angebracht, die einen griffigen Slogan transportierten, in diesem Fall: „No fue por el boleto; Querían cambiar el mundo; 43 años de la noche de los lapices; CPM Comisión Provincial por la Memoria".

Von 2003 bis 2019 wurden im *Museo de Arte y Memoria* 88 Ausstellungen gezeigt. Einige der vom Museum selbst erstellten Ausstellungen, insgesamt 35, sind als Wanderausstellung verfügbar. Diese können von Bildungseinrichtungen und sozialen wie politischen Institutionen, für eine begrenzte Zeit ausgeliehen werden. Zu den Themen gehören: *Malvinas*; die diversen Formen des Staatsterrorismus, wie etwa die Unterdrückung der Kulturschaffenden; Fotos aus dem Archiv der DIPPBA, die die Überwachung illustrieren; *Desaparecidos* und Überlebende; Widerstand der Menschenrechtsorganisationen und der Gewerkschaften sowie die Themen Jugend, Aktivismus, Frauen und Diversität. Es handelt sich in der Regel um Fotoausstellungen, die zudem Begleitmaterial enthalten. Der Aspekt der Transmission steht im Vordergrund. Einige Ausstellungen waren bereits an Dutzenden von Orten, vor allem in Schulen (Comisión Provincial por la Memoria o. J.i).

Bei den Ausstellungen handelt es sich in erster Linie um Fotografien, die aus verschiedenen Quellen und Blickpunkten stammen. Die fotografischen Arbeiten von Überlebenden oder Angehörigen der Opfer der Diktatur haben selbstverständlich einen anderen Charakter als die Fotos der DIPPBA. Für das Museum sind Fotoausstellungen leichter zu gestalten und zu versichern. Mit Blick auf die Erinnerung muss die Frage lauten, was die Ausstellungen erreichen wollen: Sollen sie erinnern, ehren, fordern oder anklagen? Hierin unterscheiden sich die einzelnen Projekte. Im Kontext der Verschwundenen ist die große Herausforderung das Verbrechen herauszustellen, wie können die Opfer sichtbar gemacht werden? Gerade hier bringen Fotos Realismus und die Eigenschaft des Beweises mit sich. Dementsprechend ist es nicht verwunderlich, dass viele Ausstellungen einen Bezug zu den Opfern oder Angehörigen haben oder gar mit Material aus dem Archiv der DIPPBA gestaltet wurden. Einige Mitarbeiterinnen und Mit-

arbeiter des *Museo de Arte y Memoria* sind selbst Fotografen und haben Erfahrungen im Bereich des Aktivismus sowohl in der Kunst als auch bei Menschenrechtsbewegungen (vgl. Larralde Armas 2015, S. 58–61).

Die Idee der Kommission, im Bereich der Kunst und Kultur als staatlicher Akteur der Erinnerung tätig zu werden, ist, wie viele andere Projekte der CPM, dem Ziel untergeordnet, den Kreis derjenigen, die die Erinnerungen weitertragen zu vergrößern. Hierfür kann die Kunst ein wichtiges Medium sein. Mit dem Museum wurde dafür ein Raum, im physischen Sinne, für Debatten und Veranstaltungen, aber auch darüber hinaus, geschaffen. Es wurde zu einem Sammelpunkt für Künstlerinnen und Künstler, die an Themen der Erinnerung und der Vergangenheit arbeiten. Die Einrichtung des Museums zeigt den Anspruch der CPM, auf vielfältige Weise das Thema der Erinnerung bearbeiten zu wollen. Dabei werden Ressourcen, Wissen und Kontakte in diesem Bereich gebündelt und für die Erinnerungsarbeit genutzt. Hervorzuheben ist hierbei die Strategie, sich nicht nur auf La Plata als Wirkungsbereich des Museums zu beschränken, sondern über Wanderausstellungen provinzweit Schulen mit Kunst und Erinnerung zu erreichen.

4.3.5 Weitere Tätigkeitsbereiche der CPM

– Puentes –

Die Installation der CPM im Feld der Erinnerung und Aufarbeitung der Vergangenheit ging aus der Arbeit am Archiv der DIPPBA hervor und ist geprägt durch die Lebensläufe der Honoratioren und deren Anbindung an die Menschenrechtsorganisationen. Als eigenständiger Akteur in den Debatten um die Erinnerung und das kollektive Gedächtnis etabliert sich die CPM mit der Zeitschrift *Puentes*, die von August 2000 bis Mai 2010 vierteljährlich erschien. 2015 und 2016 folgten noch einmal drei Sondernummern. Von der ersten bis zur 14. Nummer war Gabriela Cerruti für die Redaktion hauptverantwortlich. Danach übernahm ein Kollektiv von Mitarbeiterinnen (Ana Cacopardo, Patricia Flier, Patricia Funes und Sandra Raggio) die Redaktion. Die Zeitschrift gewann sehr schnell an Bedeutung und versammelte von Beginn an auch internationale Autoren, die sich mit Erinnerung und Gedächtnis beschäftigten. Zudem veröffentlichten dort so gut wie alle namhaften argentinischen Autorinnen und Autoren, die zu den Themen der Erinnerung arbeiten. Dabei war deren Profil sehr divers: Aktivistinnen und Aktivisten, Historikerinnen und Historiker, Menschenrechtsanwälte, Journalistinnen und Journalisten, Soziologinnen und Soziologen sowie Angehörige der Opfer konnten dort ihre Beiträge zu den Themen Gedächtnis und Menschenrechte unterbringen. Cueto Rúa erkennt drei große Linien, unter denen sich die Beiträge der Zeitschrift einordnen lassen. Erstens die Texte, die sich mit der Vergangenheit beschäftigen, also die Repression, den Staatsterrorismus oder den Krieg um die

Malvinas zum Thema haben. Zweitens die Beiträge, die Gegenwart und damit aktuelle Menschenrechtsverletzungen, die Situation in den Gefängnissen oder andere soziale Fragen wie Armut, Gewalt oder Arbeit thematisieren. Im Laufe der Existenz der Zeitschrift nahmen diese Beiträge einen immer größeren Raum ein. Drittens die Beiträge, die im Sinne des Namens der Zeitschrift eine Brücke bilden zwischen Vergangenheit und Gegenwart, zwischen Argentinien und anderen Ländern oder zwischen Theorie und Praxis. Hierzu zählen akademische beziehungsweise theoretische Texte, die nicht nur den Forschungsstand wiedergeben, sondern in Debatten intervenieren. Neben namhaften Autoren aus dem Feld der Menschenrechte und der Erinnerung war *Puentes* ein Ort, an dem die Mitarbeiter der CPM eigene Texte veröffentlichen konnten. So war die Zeitschrift nicht nur Ort für Debatten und Auseinandersetzungen, ebenso konnte die Kommission hier ihre eigene Sichtweise und Interpretationen verbreiten (vgl. Cueto Rúa 2016, S. 149–151).

In der ersten Nummer macht die Kommission den Anspruch der Zeitschrift deutlich. Beginnend mit einem Zitat über den Holocaust, wird auf die Auswirkungen des Staatsterrorismus und des Autoritarismus in Argentinien Bezug genommen. Die Diktatur nahm als Mittel zur Durchsetzung ihres Gesellschaftsentwurfes das Vergessen in Kauf, erzwang es sogar. 20 Jahre nach dem Ende der Diktatur möchte die Zeitschrift Brücken bauen:

> „**Puentes** que alguna vez cayeron bajo las bombas del autoritarismo y la violencia.
>
> **Puentes** que unan a las generaciones y se conviertan en espacios de diálogo y transmisión.
>
> **Puentes** para llegar a otros territorios, habitados por otros ciudadanos de este vasto país de la memoria.
>
> **Puentes**, en fin, que nos permitan pararnos justo en el medio, en este minúsculo momento presente, para poder pensar el pasado y el futuro al mismo tiempo.“ (o. A. 2000, S. 1, Hervorhebung im Original)

Im Editorial setzen Estela de Carlotto und Alejandro Mosquera dann noch deutlicher das Vergessen als Fortbestand des Staatsterrorismus fest. Vergessen ist Teil der Machtpolitik, doch viele Akteure versuchen die Erinnerung wach zu halten. In diese Reihe verortet sich die CPM als Teil dieses Kampfes. Für die Täter, *genocidas*, wird Gefängnis gefordert. Es wird deutlich, dass diese Zeilen im Jahr 2000 geschrieben wurden, als die Straffreiheit immer noch galt und die nationale Regierung kaum Interesse an der Erinnerungspolitik hatte. Die Rekonstruktion der Erinnerung wird nicht als Vergangenheitsbewältigung gesehen, sondern als Aktion aus der Gegenwart heraus wahrgenommen (vgl. Carlotto und Mosquera 2000, S. 3).

Puentes erschien als Heft in A4 Format, mit vielen künstlerischen Illustrationen und aufsehenerregenden Titelblättern. Heute sind alle Nummern auf der Homepage der CPM zugänglich. Die Zeitschrift begleitete die soziale und politische Krise von 2001 sowie die Erneuerung des Kompromisses der Regierung mit der Menschenrechtspolitik unter der Regierung Kirchners. Sie blickte über die Landesgrenzen hinaus und thematisierte die erinnerungspolitischen Entwicklungen in den Nachbarländern. Zudem legt sie Zeugnis ab über die Inkorporation der Gegenwartsthemen in das Arbeitsfeld der Kommission, hier besonders die Gründung des CCT. *Puentes* war zudem ein Vehikel, mit dem die Kommission Materialien für den Unterricht oder die Weiterbildung verbreiten konnte. So erschien je ein Dossier zu den historischen Menschenrechtsorganisationen, die in dieser Arbeit bereits zitiert wurden. Im Rückblick formuliert die CPM, dass die Vielzahl an (neuen) Aktivitäten dazu beigetragen hat, dass fünf Jahre keine weiteren Nummern der Zeitschrift erschienen (vgl. o. A. 2015, S. 3).

– Andar –

2012 unternahm die CPM einen Schritt, der unorthodox erscheint, es wurde die Nachrichtenagentur ANDAR gegründet. *Andar* kann mit laufen oder gehen übersetzt werden. Die Nachrichtenagentur soll für die CPM Informationen und Nachrichten erstellen und dabei Journalistinnen und Journalisten einen offenen, partizipativen Raum bieten, der die Logiken und Praktiken hegemonialer Medien und Kommunikationsformen herausfordert (Comisión Provincial por la Memoria o. J.b). Damit positioniert sich die Kommission in einem hoch umstrittenen und politischen Feld in Argentinien. Wie in vielen lateinamerikanischen Ländern sind Politik und Medien eng miteinander verwoben. Besonders in der Regierungszeit von Cristina Kirchner gab es immer wieder aufflammende Kontroversen mit den großen Medienkonzernen, vor allem mit *Clarín*. Die Deutlichkeit, mit der sich die CPM von den hegemonialen Medien abgrenzt, kann ein Fingerzeig auf diesen Konflikt sein. ANDAR hat allerdings ein zu spezielles Profil, um den großen Medien Konkurrenz machen zu können. Ihr Schwerpunkt sind die Menschenrechte und die Aktivitäten der CPM. Dabei sollen Informationen verbreitet werden, die Debatten generieren sollen über die Realität der Bewohner der Provinz Buenos Aires. Die Themen sind dabei klar auf die Tätigkeitsbereiche der CPM ausgerichtet. Die Homepage, der wichtigste Verbreitungskanal, ist in fünf Kategorien unterteilt*: Justicia, Memoria, Niñez y Juventud, Seguridad* und *Encierro* (Andar 2019). Darunter sind zum Teil Pressemeldungen der CPM und Meldungen von ANDAR im Wortlaut gleich. Dementsprechend kann geschlussfolgert werden, dass die Agentur vor allem ein weiteres Sprachrohr der CPM ist, um in der Öffentlichkeit wahrgenommen zu werden. Die Reichweite ist nur schwer abzuschätzen. Als kleine Anhaltspunkte können

die Followerzahlen der Nachrichtenagentur in den sozialen Netzwerken genommen werden. Auf Facebook vereint ANDAR im Dezember 2019 1.635 Likes, während es bei Twitter 2.590 Follower waren. Ein Ziel ist die Professionalisierung der Internet- und *Social-Media*-Auftritte. Hier hat die CPM die größere Reichweite mit 38.093 *Likes* auf Facebook und 10.417 *Followern* auf Twitter.

– Kooperation mit dem College of William & Mary –

2007 schloss die CPM einen Kooperationsvertrag mit einem der renommiertesten US-amerikanischen Colleges, dem *College of William & Mary*. Die zweitälteste staatliche Universität in Virginia war unter anderem die Bildungsstätte von Thomas Jefferson und James Monroe. Die CPM verpflichtet sich, halbjährlich eine Gruppe von Studierenden aufzunehmen und diese in den Themen der Kommission weiterzubilden. Zum einen sollen sie die Arbeit der CPM kennenlernen, zum anderen erhalten sie grundlegende Kenntnisse zu Menschenrechten und zur Geschichte und Politik Argentiniens. Neben einem Spanischkurs belegen die Studierenden Kurse zur Geschichte, Politik und Kultur Argentiniens, zu den indigenen Völkern und Menschenrechten und zu Fragen von Jugend, Kultur und Gesellschaft in Argentinien. Zudem besuchen sie erinnerungskulturelle Orte (Comisión Provincial por la Memoria o. J.c). Über diese Kooperation entstand der Kontakt zum *National Security Archive* der USA. Durch die Expertise der CPM und der Kooperation mit *William & Mary* entstand ein noch laufendes Forschungsprojekt, das die deklassifizierten Geheimdienstakten von CIA und FBI durchsieht, kategorisiert, übersetzt und der Öffentlichkeit zugänglich macht. Die Dokumente, die durch Dekrete von US-Präsident Obama und später auch unter der Trump Administration freigegeben wurden, werden von den *Willam & Mary* Studierenden bearbeitet. Für die Wissenschaft besonders interessant sind hier die Dokumente von der *Operación Condor*, der Geheimdienstkooperation im *Cono Sur* unter Beteiligung der USA und die Entführung und Folter des Journalisten Jacobo Timerman, die zu einem internationalen Skandal wurde. 2019 wurde die Kooperation dann offiziell zwischen der CPM und dem *National Security Archive* institutionalisiert (William & Mary National Security Archive Project 2019).

– Red de Familiares contra la Tortura y otras Violencias Estatales –

Im Kampf um die Einhaltung der Menschenrechte hat sich in Argentinien eine wichtige Tradition etabliert. Die Angehörigen der Opfer nehmen eine sichtbare Position im Kampf um die Rechte ein. Sie tragen die Erinnerungen an die Opfer in die Öffentlichkeit und nutzen ihre Platt-

form für politische Forderungen. Was sich im Falle des Widerstandes gegen die Diktatur bewährt hat, wird von der CPM für die Angehörigen und Opfer der aktuellen Menschenrechtsverletzungen organisiert. Dabei steht die Orientierung an den Kämpfen der *Abuelas* und *Madres* außer Frage. Mit der Gründung des CCT und der ständigen Arbeit mit den Opfern staatlicher Gewalt etablierte die CPM ab 2014 erste Formen des Austausches und der Organisation der Angehörigen der Opfer staatlicher Gewalt. Hier fanden Treffen, Weiterbildungen und Informationsveranstaltungen statt. Hierbei standen die Aufklärung und die Unterrichtung über die Rechte, die jedem zustehen, im Mittelpunkt. Die Kommission zieht eine klare Verbindung zum Widerstand gegen die Diktatur, auch damals wurden die Forderungen der Mütter ignoriert, und staatliche Stellen verweigerten die Hilfeleistung. In der Demokratie, in der alle zentralen Rechte gewährleistet sind, kommt es trotzdem zur illegalen Gewaltanwendung des Staates und zu Folter in staatlichen Einrichtungen. Opfer und deren Angehörige haben es aber ähnlich schwer, Zugang zu Justiz und damit zu Gerechtigkeit zu finden. „La diferencia es que ahora las víctimas son otras: en su gran mayoría, personas empobrecidas y excluidas del acceso a los derechos por las políticas neoliberales.“ (Comisión Provincial por la Memoria 2019a, S. 18)

2017 gründete sich dann das *Red de Familiares contra la Tortura y otras Violencias Estatales* (RED). Mit diesem Schritt half die CPM bei der Entstehung einer neuen Menschenrechtsorganisation, die als Sammelbecken für die vielen kleinen, oft eng an die Familie geknüpften, Organisationen funktioniert. Das RED ist für die Provinz Buenos Aires ein Ort, an dem sich die verschiedenen Angehörigen zusammenfinden, ihre Erfahrungen austauschen und gemeinsame Aktionen planen. Demonstrationen werden organisiert, Rechtsberatung angeboten, doch übergeordnet geht es in den meisten Fällen darum, wie in den Zeiten der Diktatur, die Gesellschaft über die Vorgänge aufzuklären. Da die Opfer aus den armen und ausgeschlossenen Schichten stammen, gibt es in weiten Teilen der argentinischen Bevölkerung kein Problembewusstsein zu den Themen Folter und Polizeigewalt. Die CPM unterstützt das RED und die darin organisierten Organisationen, um Angehörigen Gerechtigkeit zu verschaffen, aber auch um die gesellschaftliche Wahrnehmung auf diese Probleme zu verändern. Die CPM ist davon überzeugt, dass eine öffentlich sichtbare Gruppe von Angehörigen dies erreichen kann, „No habrá plena vigencia de los derechos humanos sin actores que la demanden.“ (Comisión Provincial por la Memoria 2019a, S. 19)

Die Ziele des RED sind klar formuliert. Sie zeigen Fälle von staatlicher Gewalt an, begleiten in diesen Fällen die Angehörigen und planen öffentlichkeitswirksame Maßnahmen. Die Kämpfe der Angehörigen werden so sichtbar, und schlussendlich erfolgt eine Stärkung der Menschenrechte. Für die Mitglieder des RED bedeutet die Teilnahme, dass sie mit ihrer Situation nicht

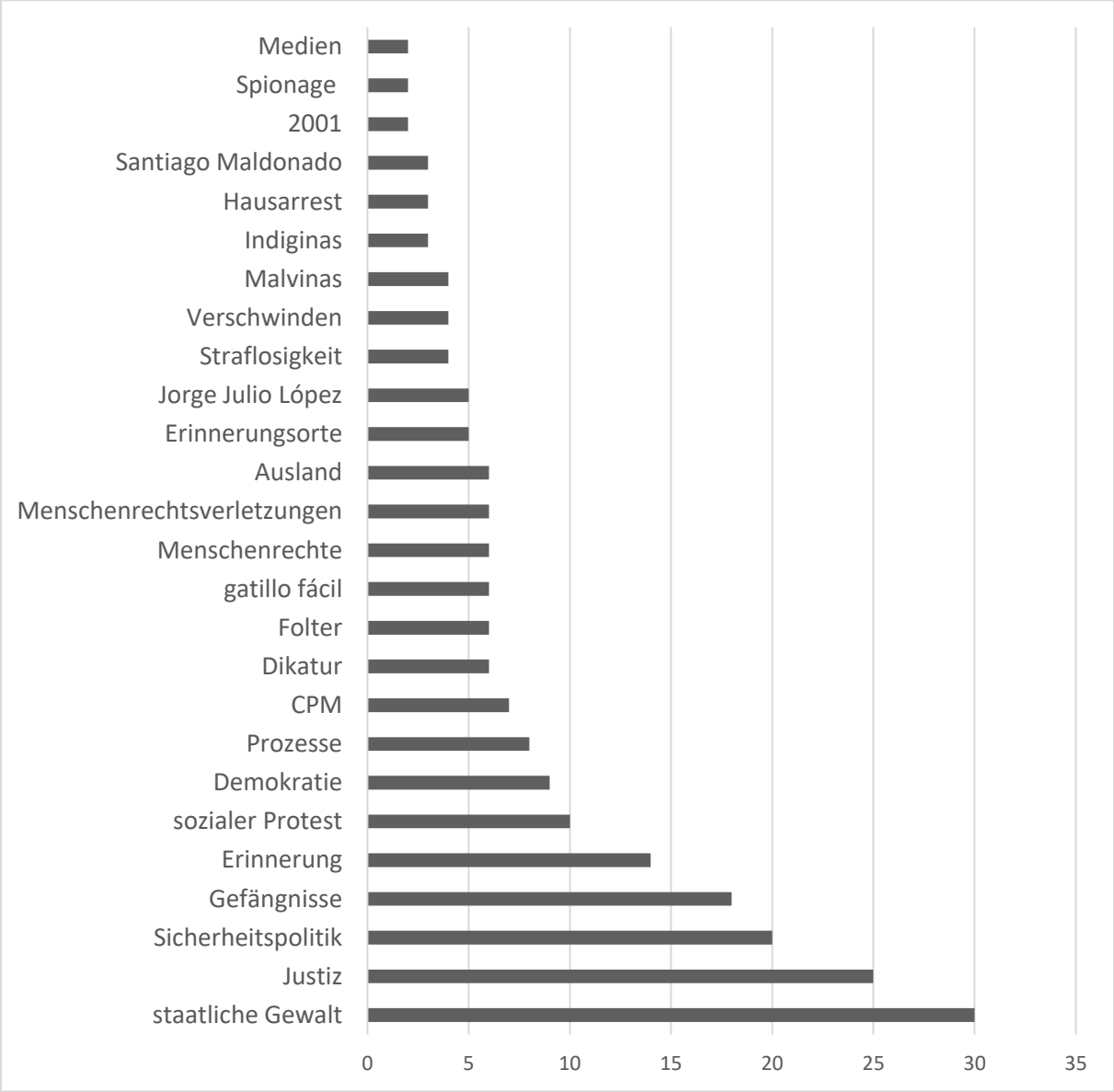
allein gelassen werden, sie bekommen Unterstützung und werden über mögliche Formen des Protestes aufgeklärt und über juristische Fragen weitergebildet. Im Mittelpunkt stehen die Sammlung und Weitergabe von Informationen und Durchführung kollektiver Aktionen (vgl. Comisión Provincial por la Memoria 2019a, S. 22–23).

Die Formen des Protestes ähneln dabei selbstverständlich denen der *Abuelas* und *Madres.* Viele haben mit Fotos ihrer Angehörigen bedruckte T-Shirts, es finden regelmäßige Demonstrationen statt, und es werden klare Forderungen an den Staat gerichtet. Die CPM unterstützt auch über das Museum *Arte y Memoria* die künstlerische Auseinandersetzung mit diesem Thema. Darüber hinaus veranstaltet die CPM das jährliche Vernetzungstreffen des RED. Wie in den anderen Feldern, in denen sich die CPM betätigt, ist das Hauptanliegen, die staatliche Gewalt zu thematisieren und als Menschenrechtsverletzung zu kennzeichnen (vgl. Comisión Provincial por la Memoria 2019a, S. 26–31).

4.4 Die CPM und ihre Interventionen in der Öffentlichkeit

Die CPM tritt als ein wichtiger und hörbarer Akteur in verschiedenen Debatten in der argentinischen Öffentlichkeit auf. An dieser Stelle werden die Interventionen der CPM analysiert. Hierfür hat die Kommission zwei Rubriken. Zum einen die *declaraciones*, diese sind direkte Stellungnahmen der Kommission zu bestimmten aktuellen Ereignissen oder Themen. Zudem gibt es die *gacetillas*, diese haben dokumentarischen Charakter und ähneln den Meldungen von ANDAR. Im Folgenden wurden die verfügbaren *declaraciones* aus den Jahren 2000–2014 und 2017–2019 verschlagwortet, um so einen Überblick über die Themen zu gewinnen, in denen die CPM interveniert und ihre Stellungnahmen abgibt. 136 Deklarationen wurden verschlagwortet, hierbei war eine mehrfache Verschlagwortung möglich. Auf eine übermäßige Verschlagwortung des Begriffes Menschenrechte wurde aus naheliegenden Gründen verzichtet. Das Ergebnis ist in Abbildung 3 sichtbar und umfasst die Schlagwörter, die mehr als einmal vorkamen.

Abbildung 3: Anzahl der Schlagworte in Deklarationen der CPM 2000–2014 und 2017–2019



Quelle: Eigene Darstellung nach Comisión Provincial por la Memoria (2014) und Comisión Provincial por la Memoria (2019c).

Auf den ersten Blick wird klar, dass die Themen der Gegenwart dominieren. Staatliche Gewalt kann sich allerdings auf die Vergangenheit wie auch auf die Gegenwart beziehen. Hiermit ist aber der Hauptpunkt klar, die CPM spricht vor allem dann, wenn der Staat sein Gewaltmonopol missbraucht. Sei dies bei der gewaltsamen Unterdrückung sozialer Proteste, in den Gefängnissen oder bei Fällen von *gatillo fácil*. Immer dann, wenn der argentinische Staat seine repressive Seite zeigt, spricht die CPM im Namen der Opfer und für die Menschenrechte. Die Kommission begleitet kritisch die Entwicklung in der argentinischen Justiz, sowohl im Sinn der Strafprozesse gegen die Täter der Diktatur als auch bei der aktuellen juristischen Tätigkeit. Hier fordert

die Kommission Rechtsstaatlichkeit, aber vor allem Gerechtigkeit aus Sicht der Opfer. Was die juristische Aufarbeitung der Diktatur anbelangt, ist die CPM, zusammen mit den anderen Menschenrechtsorganisationen, ein strikter Gegner der Umwandlung der Haftstrafen in Hausarreste. „Cárcel común y efectiva para los genocidas“, lautet hier die Forderung. Die CPM ist ein gewissenhafter Beobachter der argentinischen Justiz, da die beiden großen Aufgabenfelder, Erinnerung und Aufarbeitung der Diktatur sowie die Einhaltung der Menschenrechte in der Gegenwart aufs engste mit der Justiz verknüpft sind. Wie bereits mehrfach gezeigt, ist die argentinische Aufarbeitungs- und Erinnerungsdynamik stark mit den Strafprozessen gegen die Täter verknüpft. Gleiches gilt für die Menschenrechtsverletzungen in der Aktualität, hier erfüllt eine Verurteilung der Täter mehrere Ziele. Zum einen wird bewiesen, dass das Verbrechen stattgefunden hat, es kann nicht mehr geleugnet werden. Zum anderen bringt es Gerechtigkeit für die Opfer und deren Angehörige. Ergänzend unterstreicht das Schlagwort „Prozesse“ diese Entwicklung.

Dass die CPM so stark bei juristischen Debatten interveniert, hängt zudem mit der engen Verbindung von Sicherheitspolitik und Gerichtswesen zusammen. Sicherheitspolitik umfasst den Bereich der Polizeigewalt und des Gefängnissystems. Hier ist es vor allem die Arbeit des CCT, die die Deklarationen dominiert. Hinzu kommt Kritik an dem Vorgehen der Polizei, Justiz und der Regierung, der harten *law-and-order* Politik und deren Auswirkungen auf die Gesellschaft. Die CPM widerspricht dem allgemeinen Ruf in Argentinien nach mehr Sicherheit durch mehr Polizei. Damit stellt sich die CPM gegen die meisten Medien und die Politik.

Das Thema Erinnerung ist nicht völlig verschwunden aus den öffentlichen Interventionen der CPM. Nicht überraschend ist es in der Anfangsphase der CPM wesentlich präsenter, als noch gegen die Straflosigkeit gekämpft wurde. Des Weiteren kommt das Thema wiederkehrend zum Jahrestag des Putsches vor. Von 2015 bis 2019 wird deutlich, dass das Thema der Erinnerung deutlich dem wachsenden Negationismus der Verbrechen der Diktatur gegenübersteht. Exemplarisch steht hierfür die Forderung des Rücktritts von Juan José Gómez Centurión, der unter der *Cambiemos* Administration Chef der Zollbehörde und Vizepräsident der Nationalbank war. Er hatte die Ziffer der 30.000 als Lüge bezeichnet. Der spätere Präsidentschaftskandidat gehörte in den 1980er Jahren zu den *Carapintadas*.

Die Präsenz des Themas Folter und Gefängnis ist Ergebnis der langjährigen Arbeit des CCT und unterstreicht den Versuch der CPM das, Thema klar und eindeutig in der argentinischen Öffentlichkeit zu verankern. In ein ähnliches Spektrum fallen die Interventionen, die einen deutlichen Bezug zur Demokratie haben. Hier wird das Demokratieverständnis der CPM deutlich.

Hierbei handelt es sich nicht um eine simple, auf den Wahlakt bezogene Definition der Demokratie. Die verschiedenen Akklamationen der CPM machen deutlich, dass in der vollständigen Einhaltung und Gewährleistung der Menschenrechte und der aktiven Erinnerung und Aufarbeitung der Verbrechen der Diktatur die Erfüllung demokratischer Ideale liegt. Im Rückblick wird die Zeit der Straflosigkeit als demokratisch defizitär eingeschätzt. Genauso wird die demokratische Transformation nicht als Allheilmittel der Probleme der argentinischen Gesellschaft gesehen, liegt doch ein Schwerpunkt der Argumentation der CPM auf der Sichtbarmachung der Kontinuitäten zwischen Diktatur und Demokratie. Zudem hat im Demokratieverständnis die Gewährleistung von sozialen Rechten eine herausragende Bedeutung.

Die CPM sieht ihre Rolle als staatlicher Organismus zur Erinnerung und Förderung der Menschenrechte nicht nur auf das Territorium der Provinz Buenos Aires oder Argentiniens beschränkt. Die Verbundenheit zu Baltasar Garzón zeigt sich in zwei Deklarationen, die den spanischen Richter vor Anfeindungen in Schutz nehmen. Aber auch Ereignisse auf dem lateinamerikanischen Kontinent lässt die Kommission zuweilen nicht unkommentiert. 2019 gab es hier zwei Anlässe. Im Oktober kam es zu Massenprotesten in Chile. Präsident Sebastián Piñera bezeichnete die Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Demonstranten als Krieg. Die CPM lehnte die Interpretation entschieden ab und wies die Militarisierung des Nachbarlandes zurück. Nur wenige Wochen zuvor fand in der CPM und dann in Chile das *Encuentro trasandino de sitios de memoria del Cono Sur* statt, welches zum Erfahrungsaustausch und der Vernetzung der argentinischen und chilenischen Erinnerungsorte veranstaltet wurde. Die CPM rückte die Ereignisse in den Zusammenhang von Vergangenheit und Gegenwart. Als dann im November Evo Morales als Präsident Boliviens auf Druck der Straße und der Sicherheitskräfte zurücktrat, stellte sich die Kommission auf die Seite Morales' und lehnte den Regierungswechsel als Putsch ab. Zu einem weiteren Krisenherd des Kontinentes, dem ebenfalls massive Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen wurden, Venezuela, gibt es dagegen keine Stellungnahmen.

Das Thema *Malvinas* ist ebenfalls präsent. Hier versuchte die Kommission, neue Initiativen anzustoßen und das Thema der Folter argentinischer Soldaten während des Krieges sichtbar zu machen. 2017 reiste die Kommission auf die Inselgruppe. Dort bekräftigte sie ihre Sichtweise, dass sowohl der Krieg als auch die Frage der Souveränität aus dem Blickwinkel der Menschenrechte zu diskutieren sei. Es war das erste Mal, dass eine argentinische Menschenrechtsorganisation dorthin reiste. Die CPM kritisierte die Militarisierung der Inseln und verurteilt die britische Besatzung als illegitim.

Die CPM wird in öffentlichen Debatten bei den Themen Sicherheitspolitik, Justiz und Erinnerung aktiv. Sie ist dabei kritischer Beobachter und zugleich Akteur in diesen drei Bereichen.

Wie bereits in den anderen Aspekten der Arbeit der CPM wird beim Blick auf die öffentlichen Debatten die Autonomie und Autarkie der Institution deutlich. Dies zeigt sich besonders, wenn sie Regierung, Sicherheitskräfte und andere staatliche Behörden kritisieren. Die CPM macht sich für die Seite der Opfer stark, seien es die Opfer der Diktatur oder die Opfer gegenwärtiger staatlicher Gewalt. Dabei unterscheidet sie nicht zwischen deren Ansprüchen auf Gerechtigkeit und Legitimation in der öffentlichen Debatte. Politisch steht sie daher überwiegend in Konflikt mit der Regierung der Provinz Buenos Aires. Hier ist es vor allem die Sicherheitspolitik und die Situation in den Gefängnissen. Die CPM macht dabei immer die Verantwortung der Exekutive bei den Menschenrechtsverletzungen in der Gegenwart deutlich. Zwischen den nationalen Regierungen und der CPM ist das Verhältnis etwas komplexer. Mit den Regierungen der Kirchners, die auf nationaler Ebene im Bereich der Erinnerung aktiver waren als die Provinz, gab es ein gutes Verhältnis. Bei der Sicherheitspolitik und der Situation in den nationalen Gefängnissen gab es allerdings Reibungspunkte. Besonders die Beziehung zu Gouverneur Scioli war sehr angespannt, da er ein Vertreter der harten Kriminalitätsbekämpfung war und der Erinnerungspolitik wenig Bedeutung beimaß. 2012 wurde die CPM, nach eigener Darstellung, zum Spielball der politischen Auseinandersetzungen innerhalb des Peronismus in der Provinz Buenos Aires. Hier entbrannte ein Konflikt zwischen dem Gouverneur Scioli und seinem kirchneristischen Vizegouverneur Gabriel Mariotto. Zu letzterem hatten einige Mitglieder der Kommission ein sehr gutes Verhältnis. Ende 2012 setzte Scioli die Finanzierung der CPM aus. Als Reaktion darauf veröffentlichte die Kommission einen offenen Brief in *Página/12* (Comisión Provincial por la Memoria 2012), der nicht nur von den Mitgliedern der Kommission unterschrieben wurde, sondern in der gesamten argentinischen Öffentlichkeit Zuspruch, von Kirchneristen und nicht-Kirchneristen, fand. Neben dieser zentralen Episode und der Auseinandersetzung mit Solá, in denen ein offener Konflikt zwischen der CPM und der Spitze der Exekutive entbrannte, spielen sich die Spannungen zwischen der Kommission und der Regierung auf anderen Ebenen, vor allem zum Justiz- und Sicherheitsminister, ab.

Unter den Kirchners bestimmte die nationale Regierung unter der Beteiligung und in Absprache mit den Menschenrechtsorganisationen die Agenda im Bereich der Erinnerung und der Menschenrechte. Dies änderte sich mit dem Regierungswechsel zu *Cambiemos*. Hier waren dann sowohl zur Provinzregierung als auch zu Macri die Konflikte vorprogrammiert. María Eugenia Vidal, Gouverneurin von 2015–2019, hatte zwar Daniel Salvador, ein damaliges Mitglied der CONADEP zum Vizegouverneur, doch kam es nie zu einem guten Verhältnis zu den Menschenrechtsorganisationen. Als Sekretär für Menschenrechte ernannte sie Santiago Cantón, der

durchaus angesehen war. Einige Projekte konnten im Bereich der Erinnerungspolitik verwirklicht werden, doch blieben die Menschenrechtsorganisationen in Opposition zur Regierung. Die CPM machte hier keine wirkliche Ausnahme. Bei öffentlichen Anlässen wurde dieses angespannte Verhältnis deutlich. So zum Beispiel war Cantón bei der Wiedereröffnung des Gebäudes der ehemaligen DIPPBA zwar anwesend, wurde begrüßt, doch durfte er während der drei Stunden andauernden Zeremonie nicht sprechen. Bei dem *Encuentro trasandino de sitios de memoria del Cono Sur* sprach er zur Eröffnung und erklärte, dass er die Veranstaltung vorbehaltlos unterstütze. Denn in der Provinz ist für die provinzeigenen Erinnerungsorte das Sekretariat für Menschenrechte zuständig. Doch seine Rede war auf das globale Panorama der Menschenrechte und deren mangelnde Wertschätzung ausgerichtet. Ein Beitrag, der nicht wirklich zur Veranstaltung passte, und vom regierungskritischen Publikum mit Nichtbeachtung bedacht wurde.

2019 geriet die CPM in das nationale Licht der Öffentlichkeit und war der Kritik von vielen Seiten (vgl. Rodriguez 2019), unter anderem der Regierung Macris, ausgesetzt. Grund hierfür war die Beratertätigkeit der Kommission, die Veröffentlichung eines Berichtes zu dem Skandal Alessio, dem Fall „Stornelli, Carlos y Ots.s/ Asociación ilícita y otro“. Dieser Fall war ein explosives Gemisch aus Erpressung und Geldwäsche für die organisierte Kriminalität, das Staatsanwälte und Journalisten in Verbindung zu den Untersuchungen zu Machenschaften der Ex-Präsidentin Cristina Kirchner brachte. Marcelo D'Alessio und Carlos Stornelli wurden verschiedenste Verfehlungen vorgeworden. Richter Alejo Ramos Padilla, der für seine Untersuchungen Kritik von der Regierung erntete, bat die CPM, Stellung zu einem Sachverhalt zu nehmen. Hierbei handelte es sich um einen Kernpunkt der Vorwürfe, den Einsatz illegaler Spionage. Die Angeklagten nutzten ihren Zugang zu aktiven und ehemaligen Geheimdienstagenten, um illegal an Informationen zu kommen.

Der fast 200-seitige Bericht der CPM wurde zügig von verschiedenen Medien veröffentlicht. Dabei lag das Hauptaugenmerk nicht mehr auf der eigentlichen Aufgabe des Berichtes, sondern auf der Analyse der vom Gericht zur Verfügung gestellten Dokumente. Für die CPM war dies eine Auftragsarbeit, sie ist nicht eigenständig tätig geworden. Die Kommission wurde aufgrund ihrer Erfahrungen mit Geheimdienstdokumenten ausgewählt. In ihren Schlussfolgerungen stellte die Kommission fest, dass es im Fall Alessio zu illegaler Spionage unter Mitwissenschaft der *Agencia Federal de Inteligenca* gekommen war (vgl. Comisión Provincial por la Memoria 2019p, S. 188–190).

Da an dem Fall auch Journalisten beteiligt waren und ihnen ebenso Verwicklung in die Spionage vorgeworfen wurde, gingen viele Medien dazu über, der CPM einer Kampagne gegen die

journalistische Freiheit zu beschuldigen. Ohne sich wirklich auf den Bericht zu beziehen, wurden der CPM und vor allem Adolfo Pérez Esquivel vorgeworfen, den argentinischen Journalismus inhaltlich überwachen zu wollen. Ohne Esquivels politische Verortung zu beachten, wurde dies als Versuch des Kirchnerismus gewertet, auf die öffentliche Debatte Einfluss zu nehmen (vgl. o. A. 2019b). Am Ende der Empörung standen Präsident Macri und Gouverneurin Vidal, die die Kommission stark kritisierten und ihr Einschränkung der Pressefreiheit vorwarfen. Es wurde in diesem Zusammenhang gar von einer „CONADEP für Journalisten" gesprochen (Raggio 13.02.2020). Ein Ausdruck, der weder in dem Bericht vorkommt, noch von der Kommission so je in Betracht gezogen wurde.

In der folgenden Berichterstattung über die Kommission in den hegemonialen Medien wurde besonderer Wert auf die „Skandale" der Kommission gelegt. Insbesondere die angeblichen finanziellen Ungereimtheiten während des Rücktritts Carlottos wurden angeführt. Vor allem jedoch wurde die Notwendigkeit einer so großen und mit so vielen Mitteln ausgestatteten Erinnerungskommission hinterfragt (vgl. Klipphan 2019). Die CPM nutzte dann in der öffentlichen Auseinandersetzung gerade die persönlichen Angriffe auf Pérez Esquivel, um sich geschlossen hinter den Friedensnobelpreisträger zu stellen und so um Solidarität zu werben.

Die Abwahl von *Cambiemos* sowohl aus der *Casa Rosada* als auch aus der Exekutive der Provinz weckte viele Hoffnungen und Erwartungen im Bereich der Menschenrechtsorganisationen. Alberto Fernández nahm von Beginn seiner Wahlkampagne eine andere Stellung im Diskurs ein. Öffentlich wurde er von vielen Menschenrechtsorganisationen und in Person von Adolfo Pérez Esquivel unterstützt. Obwohl sicherheitspolitische und erinnerungspolitische Fragen nicht zentrale Punkte des Wahlkampfes waren, zeichnete sich ein Kurswechsel ab. Beim Thema Hinsichtlich der mangelhaften Zustände in den Gefängnissen der Provinz Buenos Aires zeigte sich die neue Regierung unter Axel Kicillof bereits in den ersten Tagen zu Gesprächen bereit, hieran nahm auch die CPM teil. Generell gilt für die neue Administration, dass die Akteure der Menschenrechtsorganisationen wieder einen direkten Zugang zu den politischen Stellen haben. Dies machte nicht nur die Anwesenheit der *Abuelas* und *Madres* bei der Siegesfeier von Fernández deutlich.

– Masacre de San Miguel del Monte –

Das *Masacre* von San Miguel del Monte vom 20. Mai 2019 zeigt exemplarisch, wie die CPM auf Ereignisse der staatlichen Gewalt reagiert und als Akteur in der öffentlichen Debatte interveniert und dabei harsche Kritik an Polizei und Politik übt. Die Handlungen und Interpretationen der Kommission geben Auskunft darüber, mit welchen Mitteln und Strategien die CPM

agiert und welche Wurzeln sie haben. In dieser Nacht von Sonntag auf Montag starben vier Jugendliche nach einer Verfolgungsjagd mit der Polizei in der Kleinstadt im Nordwesten der Provinz Buenos Aires, 100 Kilometer von der Bundeshauptstadt entfernt. Die Jugendlichen waren in einem FIAT 147 unterwegs und prallten gegen einen geparkten LKW. Der Fahrer (22) und drei Jugendliche im Alter von 13 und 14 starben, nur ein Mädchen überlebte den Unfall. Nachts waren sie an einem Polizeistreifenwagen vorbeigefahren, der dann aus ungeklärten Gründen die Verfolgung des Kleinwagens aufnahm, wobei die Polizeibeamten Schusswaffen einsetzten (vgl. Alcaraz 2019).

Die CPM nutzte ihre Präsenz in den sozialen Netzwerken und machte auf den Fall aufmerksam, der mittlerweile schon ein mediales Spektakel geworden war. Nur vier Tage nach dem Vorfall übernahm die CPM offiziell die Vertretung von zwei der vier Opferfamilien. Von Anfang an verwendete sie den Begriff Massaker, um die Ereignisse zu beschreiben. Zudem beteiligte sich die CPM an der Organisation und Durchführung der Demonstrationen in Monte sowie später in der Provinzhauptstadt La Plata. Hieran nahm auch Nora Cortiñas als *Madre de Plaza de Mayo* und Mitglied der CPM teil. Die Kommission erstellte einen Bericht zu den Ereignissen, der Zeugenaussagen dokumentierte und den Vorfall in den breiteren Kontext der Sicherheitspolitik und Polizeigewalt einordnete. Von der Justiz forderte die Kommission lückenlose Aufklärung und die Bestrafung der Verantwortlichen.

> „Una vez más, la CPM exige una investigación profunda que condene a los responsables materiales y políticos, pero además exige al Gobierno provincial que asuma las responsabilidades estructurales que generan las condiciones de posibilidad de estos crímenes que son perpetrados por el Estado y por lo tanto constituyen una clara vulneración de los derechos humanos.“ (Comisión Provincial por la Memoria 2019h)

Der Bericht der CPM zum Massaker erscheint nur wenige Wochen darauf und umfasst knapp 50 Seiten. Er schildert den Ablauf der Ereignisse, nennt die Schuldigen und zeigt den Kontext des Vorfalls auf. Für die CPM ist der Vorfall in Monte kein Einzelfall, sondern Teil und Konsequenz der verfehlten Sicherheitspolitik der Provinz und der lokalen Politik. Bereits eingangs wird festgestellt, dass es sich um eine illegale Polizeiaktion gehandelt habe und daher die volle Verantwortung für die tragischen Ereignisse bei den Sicherheitskräften liege. Zu den Kontextfaktoren zählt die massive Polizeipräsens sowohl in den Großstädten als auch in den Kleinstädten wie Monte. Die CPM verweist auf die lange Geschichte der Polizeigewalt, Korruption und Straflosigkeit, an oberster Stelle wird die *doctrina Chocobar* genannt. 2018 waren 20 %

der Menschen die durch die Polizei zu Tode kamen jünger als 18 Jahre. Zudem wird die übermäßige Präsenz der Polizei kritisiert. In den kleineren Gemeinden sei die Sicherheitspolitik oft in der Hand ehemaliger Polizisten. Am häufigsten entstehen Spannungen mit den Jugendlichen, die kaum Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung haben und daher im öffentlichen Raum oft mit der Polizei in Kontakt und Konflikt treten. Resultat davon ist, dass sich unter den Festgenommen illegalerweise Minderjährige befinden (vgl. Comisión Provincial por la Memoria 2019k, S. 12–32).

Im Folgenden beschreibt der Bericht die juristischen Schritte, die gegen die Polizei eingeleitet wurden. Nach dem Vorfall begannen die Beamten mit der Manipulation von Beweisen, die das Geschehene wie einen Verkehrsunfall aussehen lassen sollten. Vier Beamte wurden wegen Mordes angeklagt, acht wegen Manipulation von Beweisen und Verschleierung. Der Bericht enthält drei Forderungen an den Staat. Dieser muss sich zur Nichtwiederholung verpflichten, die Opfer und deren Angehörige unterstützen und begleiten, eine Funktion, die die CPM zum Teil übernahm, sowie die Familien und Zeugen vor Einschüchterungsversuchen durch Politik und Polizei schützen. Der Bericht endet mit folgender Feststellung:

> „La muerte de los cuatro jóvenes de San Miguel del Monte no fue una tragedia, no fue un accidente ni fue error humano. Fue una masacre ejecutada por agentes policiales que actucaron en el marco de políticas de seguridad que promueven y habilitan estas acciones. Por eso el Estado es responsable“. (Comisión Provincial por la Memoria 2019k, S. 49)

Dass der Hinweis auf die polizeiliche Einflussnahme auf den Aufklärungsprozess berechtigt war, zeigt die Teilnahme von Polizeibeamten in Zivil bei der Vorstellung des Berichtes in Monte. Zusammen mit der Überwachung der Familien der Opfer wurde das Vorgehen als illegale Spionage bezeichnet (Comisión Provincial por la Memoria 2019i). Im September wurde dann gar ein Ermittlungsverfahren gegen die Bürgermeisterin von Monte eingeleitet, das die politischen Verantwortlichkeiten für das Massaker klären sollte (Comisión Provincial por la Memoria 2019j).

Die CPM tritt im Fall Monte als Anwalt der Opfer, Organisator der Demonstrationen und regelmäßiger Sprecher in der Öffentlichkeit auf. Hierbei werden ähnliche Methoden und Strategien eingesetzt, wie es die Menschenrechtsbewegung gegen die Diktatur und gegen die Straflosigkeit tat. Insbesondere die Mütter der Opfer, die von der CPM betreut und begleitet werden, sind für die Darstellung des Verbrechens in der Öffentlichkeit sehr wichtig. Anders als andere Vorfälle von Polizeigewalt, wie im Fall Chocobar, sind die Opfer frei von jeder Schuld. Es

waren nicht Kleinkriminelle, die den Schüssen der Polizei zum Opfer fielen, sondern Jugendliche aus einer kleinen Gemeinde. Auch bei der Herkunft der Opfer ist dies zu beachten, da es sich nicht um Jugendliche aus dem *barrio* handelt, die daher nicht einfach als mitschuldig bezeichnet werden können. Gewissermaßen läuft die Darstellung der Opfer nach dem humanitären Narrativ ab. Sie sind vollkommen unschuldig und wurden Opfer eines gewaltsamen Staates. Ziel ist es, die Verantwortlichkeit des Staates für den Tod der Jugendlichen einer Öffentlichkeit zu zeigen, die in diesem Fall nicht wegsehen kann. In der Argumentation der Kommission trägt der Staat in seiner Gesamtheit Verantwortung. Hier wird deutlich, dass die CPM Monte nicht als Aktion lokaler Polizeikräfte interpretiert sehen will. Im Gegenteil, die Argumentation ist klar auf die Verantwortung der repressiven Sicherheitspolitik der letzten beiden Jahrzehnte ausgerichtet, die bereits ähnliche Katastrophen zur Folge hatte. Die Sicherheitspolitiken der verschiedenen Regierungen waren vor allem auf hohe Festnahmezahlen und die physische Präsenz ausgelegt. Zusammen mit einer schnellen personellen Aufstockung und Aufrüstung ging es weniger um Kriminalitätsprävention, sondern um die gewaltsame Bekämpfung der Kriminalität. Dieser Strategie fielen immer mehr Menschen zu Opfer.

4.5 Die Erinnerungsorte der CPM

Mit dem Gesetz Nummer 12.642 aus dem Jahr 2001 übernahm die CPM das ehemalige Gebäude der DIPBBA inklusive des Archivs. Für die Kommission wurde dies zum Arbeitsort, an dem das Archiv lagert und Besucherinnen und Besucher sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Zugang finden können. Zugleich ist es ein Erinnerungsort, der der Geschichte des Gebäudes verpflichtet ist und den zukünftigen Umgang der Kommission mit dem Gebäude bestimmt. Von 2013 bis 2019 wurde das Gebäude saniert und eine neue moderne Dauerausstellung eingerichtet. Diese soll im Folgenden beschrieben werden. Der zweite Erinnerungsort, den die CPM mitbetreut, ist der *Pozo de Quilmes*. 2017 wurde er per Gesetz für 99 Jahre der CPM überstellt. Das Polizeirevier war während der Diktatur ein Folterzentrum, bis zum Auszug durch die Polizei 2017 waren im selben Gefangenentrakt weiterhin Häftlinge untergebracht.

Beide Orte sind sehr unterschiedlich, die ehemalige DIPPBA ist heute Arbeitssitz der CPM und zugleich Ausstellungsort, der täglich geöffnet ist. Der *Pozo de Quilmes* ist ein Erinnerungsort, der noch im Entstehen ist, und der nur nach Absprache und mit Führung besichtigt werden kann. Beide Orte vermitteln aber zentrale Argumentationsmuster, die der Arbeit der CPM zugrunde liegen, und stehen damit repräsentativ für die Erinnerungsarbeit, die die CPM leistet. Im Folgenden werden beide Orte beschrieben und nach ihrer erinnerungspolitischen Bedeutung beurteilt.

4.5.1 Das ehemalige Gebäude der DIPPBA

Das Gebäude der ehemaligen DIPPBA in der Straße 54 trägt in großen Buchstaben den Schriftzug *Comisión Provincial por la Memoria*. Die Fassade und das Eingangstor sind gesamtflächig mit einem Foto bedruckt. Es handelt sich um ein emblematisches Foto des argentinischen Fotografen Eduardo Gils des *Marcha de la Resistencia* vom 23. Spetember 1983. Dies war eine der größten Demonstrationen gegen die Diktatur. Es zeigt die Demonstranten, ihre Gesichter sind klar zu erkennen. Die *Madres* tragen ihre Kopftücher, im Vorder- und im Hintergrund sind Transparente sichtbar, die nach den *desaparecidos* fragen. Schon diese Gestaltung, die sich vom Ziel der Erhaltung des Originalzustandes des Gebäudes entfernt, bringt eine Veränderung der Bedeutung mit sich. Gezeigt wird der Widerstand gegen die Diktatur, *Madres* und Demonstranten die gegen die Diktatur auf die Straße gehen. Es ist ein Bild des Triumphes, der Demokratie, nicht der Niederlage oder des Horrors. Aus der Fassade ragt der Überwachungsturm hervor. Dieser hat drei Fenster, nach rechts, links und nach vorne. Von hier aus konnte ein Beamter die gesamte Straße einsehen. Es ist das einzige Detail, welches an den ursprünglichen Zweck des Gebäudes erinnert. An dem Turm hängt eingerahmt die Kennzeichnung der ehemaligen Zentrale der DIPPBA als nationaler Erinnerungsort. Nach dem Gesetz 13.584 der Provinz Buenos Aires und dem Bundesgesetz 26.691 müssen alle ehemaligen geheimen Folterzentren oder emblematischen Orte der letzten Diktatur gekennzeichnet werden. Ein kurzer Text erklärt die Bedeutung des Ortes während des Staatsterrorismus. Fett hervorgehoben heißt es:

> „A 42 años del último golpe cívico-militar: Los crímenes de lesa humanidad no prescriben, por eso están siendo juzgados. Nunca más terrorismo de estado. La Plata, marzo de 2018“

Am Bürgersteig stehen zwei Schilder, im Stile von Verkehrsschildern. Auf einem Schild heißt es „Verdad/Fue genocido“. Auf dem anderen Schild steht „Justicia/Eran 30.000“. Dies ist eine klare Stellungnahme auf die Diskursverschiebung, die während der Regierungszeit Macris stattfand. Insbesondere die Zahl 30.000 und der Terminus Genozid wurden in Frage gestellt. Im Eingangsbereich finden sich noch zwei weitere Installationen. Eines zeigt großflächig ein Foto der *Madres de Plaza de Mayo* während ihrer „Runde“ auf dem *Plaza San Martín* in La Plata am 19. August 1981. Per Schreibmaschine sind die Namen der Frauen mit Pfeilen hinzugefügt worden. Es handelt sich dabei um ein Foto, das während einer Observation entstanden ist. Das Hinweisschild führt aus, dass die *Madres* von der DIPPBA als *delincuente subersivo* geführt wurden. Daneben ist ein weiteres Element angebracht, welches an die *Madres* erinnert. Dabei

handelt es sich um ein mit weißer Farbe auf die typischen argentinischen quadratischen Gehwegplatten gemaltes Tuch der *Madres*. Es war ursprünglich auf dem Plaza de Mayo, dieser wurde 2018 renoviert. Die *Madres* verschenkten die Gehwegplatten an Weggefährten und Begleiter.

Die Fassade zeigt bereits einen klaren Bruch mit dem historischen Gebäude, hier wird eine Erzählung dargeboten, die sich auf den Widerstand der Menschenrechtsorganisationen, insbesondere der *Madres* stützt. Ihr Tuch kann sich die CPM im 20. Jahre ihres Bestehens als Auszeichnung anheften. Es ist bezeichnend, dass gerade die Bespitzelung der *Madres* als DIPPBA-Quelle außen angebracht ist. Der Stellenwert der Mütter ist weiterhin ungebrochen, die CPM erweist ihnen dadurch ihren Respekt für ihre Leistungen im Feld der Menschenrechte und der Erinnerung.

Beim Betreten des Foyers steht der Besucher auf dem Motto der DIPPBA: „El postulado parte de la base de saber quién es quién, es decir, tener registrado a los buenos, para saber quiénes son cuando dejan de serlo." Dieser Satz aus den Akten zeigt die Einstellung der DIPPBA, die in diesem Fall sogar einen totalitären Klang annimmt. In öffentlichen Auftritten wird die Kommission nicht müde zu betonen, dass sich die Spionage eben nicht nur auf vermeintliche Subversive beschränkte, sondern jeder in das Visier der DIPPBA geraten konnte. Im Eingangsbereich gibt es eine multimediale Installation, in der die Abfolge der Regierungen in Argentinien seit 1916 dargestellt ist und Informationen über die Staatsstreiche und undemokratischen Unterbrechungen in den Regierungsabläufen sowie die Lage der Menschenrechte zu den einzelnen Zeitspannen gegeben werden. Im Bereich des Überwachungsturms, der betreten werden kann, hängen zwei Tafeln, die über die zwei wichtigsten Figuren der polizeilichen Repression in der Provinz Buenos Aires während der letzten Diktatur Aufschluss geben. Ramón Camps war Brigadegeneral und wurde nach dem Putsch als Chef der *Bonarense* eingesetzt und Miguel Etchecolatz, der Chef der Ermittlungseinheit. Während sich das Archiv dann im linken Gebäudeteil befindet. Die öffentliche Ausstellung setzt sich im ersten Stock fort. Dort sind Originale der Büroeinrichtung ausgestellt: ein Arbeitsplatz mit Schreibmaschine und eine Regaleinheit, wie sie von der DIPPBA benutzt wurde. In dieser sind Beispielakten zu finden. Über verschiedene Themen zeigen sie das Spektrum der Überwachung der DIPPBA. Hier wurden insbesondere solche Themen ausgewählt, die für Jugendliche interessant sind. Es gibt Auszüge zur Überwachung des *Rock Nacional*[49], die Beamten versuchten sich hier sogar an einer Interpretation der Texte, ohne aber die wahre Natur der Songs zu begreifen. Es gibt Berichte zu den Aktionen des

[49] *Rock nacional* ist die Bezeichnung für die einheimische Rockmusik Argentiniens, die insbesondere nach dem Krieg um die Malwinen neue Dynamiken entfaltete.

Linksperonismus zur Rückkehr Peróns und des Massakers von Ezeiza. Zudem finden sich Akten, die die Spionage der DIPPBA unter den Homosexuellen sowie zu klassischen Themen, wie die Gewerkschaftsbewegung und die kommunistische Partei illustrieren. Dem gegenüber befindet sich an der Wand das wohl interessanteste Stück der Ausstellung. Wie viele bunte Klebezettelblöcke hängen dort Flyer Plakate, und Aufrufe, die die DIPPBA sammelte, zum Abreißen und zum Mitnehmen für die Besucher. Dabei handelt es sich um Originalquellen der verschiedensten politischen, sozialen oder religiösen Bewegungen. Darunter zum Beispiel ein Aufruf der CGT zur *Paz, Pan y Trabajo* Demonstration vom März 1983, ein Aufruf der Montoneros aus dem Jahr 1977, den 17. Oktober so laut wie möglich zu feiern, sowie ein Handzettel der über AIDS aufklärt. Diese Sammlung verdeutlicht, wie es mit dem Geheimdienstarchiv möglich ist, die Tätigkeit dieser Organisationen während der Diktatur zu rekonstruieren. Für die Besucher hat es nicht nur den Effekt eines Souvenirs, sie zeigt auch die politische Arbeit der Opfer und verdeutlicht den umfassenden Charakter der Überwachung.

An einer weiteren Wand werden verschiedene „Arbeitsproben" der DIPPBA dargestellt. Dabei handelt es sich um Auszüge aus Akten, die die Maßnahmen des Geheimdienstes während des Staatsterrorismus zeigen. Mit Akten, Berichten und Quellen wird die Repression in den Fabriken des Großraums La Plata illustriert. Daneben geht es in ähnlicher Form weiter. An dieser Stelle werden die Aktivitäten der DIPPBA nach der Demokratisierung gezeigt. Vor allem die emblematischen und medienöffentlichen Fälle von Polizeigewalt riefen die DIPPBA auf den Plan. Hier wurden Demonstrationen beobachtet, Familien der Opfer bespitzelt und die Medienberichterstattung gesammelt. Die Auswahl der Dokumente macht deutlich, dass hier mit ähnlichen wenn nicht gar gleichen Kategorien wie zur Zeit der Diktatur operiert wird. Die internen Dokumente zeigen, dass sich auf die Opfer der Polizeigewalt mit ähnlichen Begriffen wie die Opfer des Staatsterrorismus bezogen wird.

Auf Fernsehern und Tablets können die Besucher kleine informative Videos anschauen, die von der CPM produziert wurden. Hier geht es vor allem um die *violencia institucional*, also die Gewalt des Staates in den Gefängnissen oder die Kriminalisierung des sozialen Protestes. Im Mittelpunkt steht das Gefängnissystem und seine schwerwiegenden Probleme.

Eine weitere Tafel greift die Zahl 30.000 auf. Hier heißt es, dass es sich hierbei nicht um ein Rechenergebnis handelt, sondern um einen historischen Signifikanten, der das Ausmaß und die systematische Verfolgung und das Verschwindenlassen dokumentieren soll. Die Zahl sei eine Konstruktion der Menschenrechtsorganisationen zu einer Zeit, da die Existenz der Verschwundenen noch geleugnet wurde. Die genaue Zahl wird nie zu ermitteln sein. Die Tafel schließt mit dem Satz: „El miedo y el silencio son parte del crimen genocida." Hierbei handelt es sich, wie

bei den Schildern vor dem Gebäude, um eine Auseinandersetzung mit dem stärker werdenden Negationismus in der argentinischen Gesellschaft. Auch deswegen ist es kaum verwunderlich, dass das Auditorium, welches für Konferenzen und Veranstaltungen genutzt wird, „Sala de los 30.000“ getauft wurde. Andere Räume und die Bibliothek sind nach verstorbenen Mitgliedern der Kommission benannt.

Die Ausstellung, auch wenn sie nur zwei Räume umfasst, hat eine klare Konzeption und Sicht auf die Vergangenheit. Die Kommission will damit bestimmte Erinnerungen vermitteln und Interpretationen der Vergangenheit verankern. Zuerst fällt auf, dass es sich nicht um eine chronologisch organisierte Ausstellung handelt. Tatsächlich sind die Exponate und Tafeln anachronistisch angeordnet. Die DIPPBA wird als Institution gezeigt, die erheblichen Anteil am Staatsterrorismus hatte, ohne aber die Täter zu zeigen. Neben Camps und Etchecolatz, die beide ja nicht Teil der DIPPBA waren, werden die Täter nicht als Personen dargestellt. Ziel ist es nicht, den Folterer darzustellen, sondern eine staatliche Behörde, die im Rahmen ihrer Tätigkeit zur Täterinstitution wurde. Wie bei der Darstellung des Archivs stehen die Kontinuitäten im Mittelpunkt. Die Ausstellung vermittelt nicht den Eindruck, dass die Demokratisierung eine große Veränderung mit sich brachte. An dieser Stelle wird der Verzicht auf eine Chronologie klar. Diese lässt oft vermuten, dass alles Schlechte überwunden sei und in der Gegenwart alles besser ist. Tatsächlich möchte die CPM zeigen, dass die Demokratie nicht alle Probleme gelöst hat. Im politischen System vielleicht ja, aber die Kontinuität der Spionage und der Menschenrechtsverletzungen in Gefängnissen sowie der Polizeigewalt zeigen ein anderes Bild. Die Gegenüberstellung von Diktatur und Demokratie verschwimmt so von einer Schwarz-Weiß-Sicht zu Grautönen.

Das Zielpublikum sind weniger spontane Besucher, sondern Schulklassen, die sich über den Staatsterrorismus und die DIPPBA informieren wollen. Die Beispiele aus den Akten, die Handzettel zum Mitnehmen sind klar auf ein junges Publikum ausgerichtet. Die Darstellung der Opfer der Diktatur als *disidencia*, auch im Sinne des „Anderen“ oder der Moralpolitik ist für die Jugendlichen leichter zu fassen als eine Geschichtsstunde über die Radikalisierung des Linksperonismus in den 1960er und 1970er Jahren. Die Formen der Konstruktion negativer Identität durch den Staat und die Polizei sind hingegen Prozesse, mit denen die Schüler vertraut sind.

Die Ausstellung hat demnach drei zentrale Botschaften: die Kontinuität von Menschenrechtsverletzungen zwischen Diktatur und Demokratie, die Darstellung der Opfer als die „Anderen“, die staatliche Institution als Täter. Das ehemalige Gebäude der DIPPBA und das Archiv sind

aus Sicht der CPM eindeutige Erinnerungen an Staatsterrorismus und dienen als ständige Beweise gegen den Negationismus (vgl. Raggio 13.02.2020).

4.5.2 Der *Pozo de Quilmes*

Viele der geheimen Folterzentren zur Zeit der Militärdiktatur waren Polizeikommissariate. Hier wurden die Verschwunden illegal festgehalten und gefoltert, oft ohne dass sie dabei von den normalen Häftlingen getrennt wurden. Ein solcher Ort war der *Pozo de Quilmes*, in einer Stadt im Ballungsraum von Buenos Aires, die vor allem wegen ihrer Biermarke bekannt ist. 2017 wird per Gesetz der CPM das Gebäude in der Straße Garibaldi für 99 Jahre übertragen. Zugleich wurde der Ort zum historischen Interesse der Provinz erklärt. Die Polizeieinheit *Delegación Departamental de Investigaciones* wird aufgefordert, das Gebäude zu verlassen. Die CPM bekommt das Recht, das Gebäude in Stand zu halten und dort den *Sitio para la Memoria, Defensa y Promoción de los Derechos Humanos – Ex Centro Clandestino de Detención Pozo de Quilmes* zu eröffnen. Das Gesetz hält eine Reihe von Zielen fest die erreicht werden sollen: Stärkung der Erinnerung an die jüngste Vergangenheit, Intensivierung der Forschung zum Staatsterrorismus, Schaffung eines Archivs, Unterstützung der Justiz bei der Aufarbeitung der Verbrechen, Weiterführen der Suche nach den Verschwundenen und den geraubten Kindern und die aktive Einbindung von Jugendlichen. Darüber hinaus wird festgehalten, dass die populären Erhebungen und Widerstände der Bevölkerung dokumentiert werden sollen, bis hin zu den indigenen Völkern (Quilmes wurde nach einem indigenen Volk benannt). Zudem soll ein Register der institutionellen Gewalt erstellt werden. Das Gesetz etabliert einen Beirat, der den Ort koordiniert. Dieser besteht aus drei Mitgliedern der CPM, einem Mitglied des Sekretariats für Menschenrechte der Provinz Buenos Aires, einer Mitarbeiterin der Stadt Quilmes und der Gruppe *Colectivo Quilmes Memoria, Verdad y Justicia*, einer lokalen Menschenrechtsorganisation. Die obengenannten staatlichen Stellen sind zugleich auch die Finanziers des Ortes (El Senado y Cámara de Diputados de la Provincia de Buenos Aires 2017).

Bereits der Zielkatalog gibt darüber Auskunft, wie sich die Gesetzgebung zu Projekten der Erinnerungs- und Menschenrechtspolitik verändert und professionalisiert hat. Beirat und Mitarbeiter vor Ort werden genauso detailliert beschrieben wie die Ziele des Erinnerungsortes. Im Vergleich zu den kurzen und knappen Gesetzen, wie sie Ende der 1990er Jahre verabschiedet wurden, hat in diesem Bereich eine klare Professionalisierung stattgefunden.

Das Gesetz geht zurück auf die Initiative des *Colectivo Quilmes, Memoria, Verdad y Justicia*, das 2016 um die Errichtung eines Erinnerungsortes dort gebeten hat. Das Kollektiv ist ein Zusammenschluss verschiedener lokaler Akteure aus unterschiedlichen Bereichen. Es sollte ein

staatlich gestützter Erinnerungsort geschaffen werden, der aber autonom von der Exekutive durch einen Beirat geführt wird. Ziele waren sowohl die Wiedergutmachung gegenüber den Opfern als auch die Stärkung der Erinnerung und der Menschenrechte. Das Polizeirevier befindet sich in einer Wohngegend der oberen Mittelschicht, in der vor allem größere Einfamilienhäuser stehen. Es bestand aus zwei Gebäuden, einem Haus und einem später errichteten Gefängnistrakt von vier Stockwerken. Hier befand sich im Erdgeschoss der Raum, in dem die Verschwundenen gefoltert wurden. An der Außenmauer sind zwei ältere Kennzeichnungen des Ortes angebracht. Die erste datiert von 2003 und wurde durch die Menschenrechtsorganisationen und die CPM gestiftet. Der knappe Text klärt über die Existenz des Geheimgefängnisses auf und schließt mit dem Ausruf „30.000 detenidos desaparecidos ¡Presente!". Die zweite Plakette aus dem Jahr 2007 ist vom Sekretariat für Menschenrechte der Provinz Buenos Aires angebracht worden. Der Text erinnert an die „luchadores y militantes que fueron detenidos ilegalmente" und zeigt eine deutlich politischere Vision der Opfer.

Über Zeugenaussagen ist der Ablauf, wie Verschwundene dort ankamen und was mit ihnen dort passierte, gut überliefert. Zwischen 1975 und 1979 wurde es als geheimes Folterzentrum genutzt, es war Teil des Repressionsregimes, des sogenannten *Circuito Camps*, benannt nach Ramon Camps. In dem Netz von Geheimgefängnissen zirkulierten die Verschwunden, bis ihr Schicksal entschieden wurde. In Quilmes waren bis zu 250 Menschen illegal inhaftiert. Nicht nur Argentinierinnen und Argentinier, auch Personen aus Chile, Bolivien, Brasilien Paraguay und Uruguay wurden dort im Rahmen des *Plan Cóndor* festgehalten. 1984 besuchte die CONADEP den Ort. 2015 wurde der Prozess wegen Menschenrechtsverletzungen im *Pozo de Quilmes* eröffnet. Angeklagt sind 17 Männer, die an der Repression beteiligt waren. Insgesamt 175 Fälle der Opfer werden in dem Prozess verhandelt (Comisión Provincial por la Memoria et al. o. J.). 2020 wird die mündliche Verhandlung eröffnet werden.

Die Geschichte des Ortes endet aber nicht 1979. Die Polizei nutzte die Zellen weiter als Untersuchungsgefängnis bis zur Räumung des Gebäudes 2016/2017. Die Zellen blieben dabei im selben Zustand, sie wurden weder renoviert noch in Stand gesetzt. Damit bekommt der Ort eine weitere Bedeutung. Beim Besuch der Zellen wird klar, dass hier nicht nur Menschenrechte in der Zeit der Diktatur verletzt wurden, sondern dass auch die Gefangenen in der Demokratie unter menschenunwürdigen Bedingungen festgehalten wurden. Damit zeichnet sich der Erinnerungsort durch eine Form der Kontinuität aus.

Der *Pozo de Quilmes* kann auf Anfrage von kleinen Gruppen besucht werden. Dort angekommen fällt auf, dass im Jahr 2019 bislang nur der Gefängnisbereich von der Polizei geräumt wurde und die Polizeistation provisorisch abgetrennt nebenan noch weiter funktioniert. Eine

Dauerausstellung ist noch nicht vorhanden. Führungen werden vom Personal der CPM oder überlebenden Opfern durchgeführt. Die Eingangshalle, in der die Verschwundenen mit einem Lastwagen hereingebracht werden konnten, ist genauso wie die Zellen in Grau gehalten. Die größte Herausforderung ist die Rekonstruktion beziehungsweise der Erhalt des Ortes. An der Baustruktur gab es kaum wesentliche Änderungen seit der Zeit der Diktatur. Die Zellen sind jedoch mit Kritzeleien und Aufklebern der Häftlinge übersät, die dort nach der Diktatur einsaßen. Für den Erinnerungsort ergibt sich hieraus die Frage wie damit umzugehen ist. Bislang wurden andere Instandsetzungsarbeiten durchgeführt sowie Licht in den Zellen installiert. Da es sich um einen Erinnerungsort im Aufbau handelt und die administrativen Prozesse recht langwierig sind, ist vieles im *Pozo de Quilmes* noch sehr provisorisch. Der Ort ist bedrückend, die Schilderungen der Funktionsweise des Geheimgefängnisses, die kleinen und überbelegten Zellen vermitteln die Brutalität der Repression. Die Dimension der Kontinuität ist ebenso erschreckend für Besucher, denn die Zellen sind völlig unzureichend, um dort Häftlinge unterzubringen.

Für die CPM ist der *Pozo de Quilmes* ein strategisch wichtiger Erinnerungsort. Zum einen war er ein geheimes Folterzentrum während der Diktatur, zum anderen wurden in der Demokratie in denselben Zellen Gefangene unter unwürdigen Umständen festgehalten. Es ermöglicht ein Narrativ, das die Kontinuitäten aufzeigt. Es ist ein Erinnerungsort, der Menschenrechtsverletzungen in Diktatur und Demokratie vereint. Die Erinnerungsarbeit ist jedoch schwierig. Nicht alle Menschenrechtsorganisationen sehen die Menschenrechtsverletzungen in der Gegenwart in einem ähnlichen Licht wie die der Diktatur. Mit Hilfe der Überlebenden ist es leicht, authentische Stimmen zu generieren, die bei Führungen und der Aufarbeitung helfen. Die Situation in der Demokratie näher zu untersuchen ist schwieriger, da sich kaum ehemalige Häftlinge und verurteilte Kriminelle bereiterklären, über ihre Zeit in Quilmes Zeugnis abzulegen. Auch zwei Jahre nach der Inbesitznahme wirkt der Ort noch sehr provisorisch und unvollendet. Dies liegt vor allem daran, dass die Polizei im Nebengebäude noch tätig ist und die finanziellen Mittel fehlten, um großangelegte Restaurationsarbeiten durchzuführen.

5. Theoriegestützte Analyse der *Comisión Provincial por la Memoria*

Mit Hilfe der in Kapitel 2 skizzierten theoretischen Konzepte soll die *Comisión Provincial por la Memoria* analysiert werden. In einem ersten Schritt geht es um die erinnerungspolitischen Standpunkte der Kommission, diese werden an der Theorie, aber auch im Feld der argentinischen Erinnerungskultur gespiegelt. Dem folgt der Blick auf das Politikfeld unter Zuhilfenahme des *Advocacy Coalition Frameworks*. Hierin spielt sowohl eine nationale als auch eine regionale Perspektive eine Rolle. Ebenso wird analysiert, woher die CPM ihre Legitimation bezieht und welche Differenzen es hier zu anderen Akteuren im Politikfeld gibt. Hieran anschließend werden die Konflikte der Kommission innerhalb des Feldes der Erinnerungspolitik aufgegriffen. Bevor die Hypothesen aus Kapitel zwei bearbeitet werden, stehen die sicherheitspolitischen Aktivitäten der Kommission im Mittelpunkt der Analyse.

– Die Erinnerungsarbeit der CPM –

Mit Blick auf die Kämpfe der CPM um die Interpretation der Vergangenheit und ihren Wert für die Gegenwart war die Phase der Gründung bis circa 2006 vom Kampf gegen die Straflosigkeit geprägt. *Memoria, verdad* und vor allem *justicia* sollten erreicht werden. Hierfür nutzte die Kommission ihre Energie und machte immer wieder auf das Thema aufmerksam. Dabei ist klar, dass die Verbindung zur Gegenwart nicht außen vor blieb. Bis heute gilt der Kommission der 30. Jahrestag des Putsches 2006 als bestes Beispiel, wie diese Verbindung zu erreichen sei. Anstatt den Tag im ehemaligen Gebäude der DIPPBA oder in einem ehemaligen Folterzentrum zu begehen, wählte die CPM das emblematische Gefängnis in La Plata, die *Unidad 9*, um den Jahrestag zu gestalten (vgl. Raggio 13.02.2020). Hier gab es während der Militärdiktatur ein geheimes Folterzentrum, und es waren dort viele politische Gefangene, unter anderem Pérez Esquivel, inhaftiert. Jedoch nutzte die Kommission den Jahrestag, um auf die aktuellen Menschenrechtsverletzungen im argentinischen Gefängniswesen aufmerksam zu machen.

> "Lo que ha pasado en la última dictadura militar y esta significación que lo tiene en el presente. Esto era clave en el destino de la comisión, siempre mirar la dictadura con cada perspectiva del presente, estamos todo el tiempo releyendo la dictadura en las claves del presente. […] Siempre hubo un relato sobre el pasado muy dinámico, un permiso para revisitar todo tiempo la dictadura militar buscando también estas conexiones. Iluminando aspectos de la dictadura militar que aparecían relevante en cada de los presentes." (Raggio 13.02.2020)

Ziel der CPM ist es nicht eine oder die Geschichte der Militärdiktatur zu erzählen. Dies ist Aufgabe der Geschichts- und Sozialwissenschaften. Trotzdem nutzt die Kommission ihre Stellung in der Öffentlichkeit und ihre Ressourcen, um bestimmte Aspekte der Geschichte oder gezielt gewisse Dimensionen der Auseinandersetzung mit der Militärdiktatur zu bestimmen. Dabei ist ein Grundpfeiler in der Argumentation, dass die Militärdiktatur zwar historische Besonderheiten aufweist, aber keinesfalls ein einzigartiges und nicht zu wiederholendes Ereignis war.

> „Siempre pensar la dictadura como un hecho no excepcional. Sino un hecho que tiene su especifidad, no como un hecho histórico excepcional, único, no repetible, que estamos dejando atrás, que solo conmemoramos y recordamos para alertar a las nuevas generaciones que podría llegar ocurrir eventualmente como hipótesis en un futuro que hay que evitar, sino como un pasado que va dejando su huellas en el presente, que va marcando el presente y el presente en gran medida esta travesado por este pasado en prácticas en imaginarios. Entonces esa relación en torno a la dictadura fue lo característico de la comisión." (Raggio 13.02.2020)

Der letzte Punkt wird besonders in der Arbeit mit den Jugendlichen im Programm *Jóvenes y Memoria* deutlich. Hier soll vermittelt werden, dass Indifferenz gegenüber sozialen Problemen und illegaler staatlicher Gewalt in der Gegenwart zu demokratiefeindlichen Entwicklungen führen kann. Dies wird insbesondere mit Blick auf die Polizeigewalt in Chile 2019 während der Proteste deutlich. Hier wurden eindeutige Erinnerungen an die Diktatur wach, denn die Polizei verhielt sich wie in der Diktatur (vgl. Raggio 13.02.2020).

Für die argentinische Gesellschaft und deren politische Debatten ist die Diktatur und die Frage nach den Menschenrechten ein ständiger Referenzpunkt. Oft wird auf die Vergangenheit Bezug genommen und eine bestimmte Sichtweise für politische Zwecke genutzt. An dieser Stelle sieht sich die Kommission durchaus als Korrektiv und will hier einwirken. Besonders deutlich wurde dies während der Regierung Macris, die Debatte ging in eine rückwärtsgewandte Richtung und die CPM musste Positionen verteidigen, die man für sicher gehalten hatte. Trotz der vielen Strafurteile gegen Täter der Diktatur wurden von 2015 bis 2019 diejenigen Stimmen lauter, die eine andere Lesart der Vergangenheit teilten. So musste erneut die Theorie der zwei Dämonen negiert werden, genauso wie die Kriegstheorie, die beide im Kern Negationismus beinhalten. Auch die Frage, ob es in Argentinien in den 1970er Jahren Terrorismus gab, wurde von der *Cambiemos* Regierung anders beurteilt. Hier sah sich die CPM in der Pflicht, über die politische Gewalt der 1960er und 1970er Jahre aufzuklären und den Terrorismusvorwurf zurückzuweisen.

Dabei profitierte die Kommission von der Arbeit, die in den vorherigen Jahren zu diesem Thema geleistet wurde. Die CPM vertritt den Standpunkt, dass es sich bei den bewaffneten Organisationen nicht um Terrororganisationen gehandelt hat. Sie wählten in der Regel ihre Ziele bewusst aus und versuchten zivile Opfer zu vermeiden. Der Terror kam einzig und allein von der Seite des Staates. Eben in dieser Debatte ist die Rolle der Opfer relevant. Das humanitäre Narrativ, das den politischen Aktivismus der Opfer nicht thematisiert, wird von der CPM abgelehnt. Dennoch sind sie nicht bereit, vollends von revolutionären Helden zu sprechen. Deutlich wird dies bei der Diskussion um die *Noche de los Lápices*, bei der die CPM das Studententicket als nicht entscheidend, sondern den Willen der Opfer zur Transformation ihrer Wirklichkeit hervorhebt. Ein weiterer Schwerpunkt, den die Kommission betont, ist die gesellschaftliche Mitverantwortung für die Diktatur und die zivile Komplizenschaft an den Verbrechen. Zudem sollen in Zukunft die Täter, hier vor allem die Täter der DIPPBA, stärker von der Kommission thematisiert werden. Im Vordergrund soll die Frage stehen, wie und warum die Geheimdienstmitarbeiter ihre Taten verübten. Dass dabei Assoziationen an Hannah Arendts „Banalität des Bösen" aufkommen, verwundert nicht (vgl. Raggio 13.02.2020).
Die Kommission zeichnet sich vor allem dadurch aus, dass sie es schafft, den Diskurs über Opfer und Täter der Diktatur mit den Menschenrechtsverletzungen in der Gegenwart zu verknüpfen. Allerdings lassen sich die Opfer der aktuellen Menschenrechtsverletzungen nicht in gleicher Weise darstellen, wie die der Diktatur, da es sich um Kriminelle handelt, die oft aus den *villas* kommen und sich daher nicht für ein Äquivalent des humanitären Narrativs prädestinieren. Anders als für die Opfer der Diktatur lassen sich heute nur schwer Sympathien für die Gefängnisinsassen wecken. Auch hier diagnostiziert die Kommission Überbleibsel der Diktatur:

> „Cuando uno dice que defendemos los delincuentes y en gran medida son todavía narrativas de la dictadura que siguen vigente en mucha gente. En una persona que puede decirte que los militares hicieron todo mal, pueden rechazar la dictadura pero cuando hablan del presente, hablan en los mismos términos en términos semánticos está diciendo lo mismo. Lo que cambió es el contexto histórico." (Raggio 13.02.2020)

Die CPM arbeitet seit ihrem Bestehen konsequent am argentinischen Gedächtnis. Zwar richtet sich der Großteil der Arbeit auf die Provinz Buenos Aires, aber die Aussagen haben für das ganze Land Gültigkeit. Seit über 20 Jahren betreibt die Kommission Erinnerungspolitik, die ihre Wurzeln im langjährigen Engagement der Menschenrechtsorganisationen hat. Dabei existiert ein eindeutiges wissenschaftliches Fundament. Anders als bei den *Madres* und *Abuelas*, die Legitimation und Aktivismus aus ihrer Geschichte heraus begründen, integrierte die CPM

die wissenschaftliche Expertise zur Gedächtnisforschung. Anfangs waren es zunächst die internationalen Kolloquien, die zu einem landesweiten und internationalen Austausch über diese Themen führten. Die praktische Arbeit trat in Kontakt mit der wissenschaftlichen Gedächtnisforschung. Auf diese erste Phase, als der externe akademische Input nötig war, folgte eine Fokussierung auf die lokale Aus- und Weiterbildung dieser Themen in der UNLP. Die starke Präsenz der Universität in der Kommission, aber auch die Entstehung der *Maestría en Historia y Memoria*, runden diese zweite Phase ab. Mittlerweile verfügt die CPM über ein weites Netz an nationalen und internationalen Kontakten, die von Fall zu Fall Expertisen erstellen können. Gleichzeitig entwickelte sich die Kommission selbst zu einem wichtigen Akteur in der Herstellung wissenschaftlicher Kenntnisse.

Tatsächlich ist der Arbeit der Kommission der Bezug auf die Gedächtnisforschung, wie sie von Halbwachs begründet wurde, anzumerken. Die praktische Tätigkeit ist damit Projektionsfläche für die Thesen und Gedanken zum kollektiven Gedächtnis. Mittlerweile sind die jüngeren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch ihre akademische Ausbildung eng mit den Klassikern der Gedächtnisforschung vertraut. Dementsprechend läuft die Arbeit der CPM auf kollektive Gedächtniskonstruktionen hinaus. Im theoretischen Fundus stehen aber die Thesen von Elizabeth Jelin über allem. Ihre Analyse der argentinischen Menschenrechtsbewegung und ihr Beitrag zur Theorie ist sehr wichtig. Es ist hierbei ihre Sicht auf die *luchas de la memoria*, die für das Verständnis und das Handeln prägend sind. Die Kommission vertritt das *mindset*, dass es sich bei der Erinnerungspolitik um Kämpfe handelt. Dies ist ein Erbe des *belief systems* der Menschenrechtsorganisationen, die ihre wichtigsten Erfahrungen im Widerstand gegen die Diktatur und im Kampf gegen das staatliche Vergessen und die Straffreiheit gesammelt haben. Diese Überzeugungen sind mit der Gründung der Kommission Teil der staatlichen Institution geworden. Die CPM ist ein Akteur in diesen Kämpfen um die Erinnerung. Sie versuchen ihre zentralen Botschaften in den Mittelpunkt zu stellen und das kollektive Gedächtnis zu beeinflussen. Diese Rhetorik des Kampfes ist typisch für Argentinien und spiegelt unter Umständen auch einen Teil der politischen Kultur wider.

Zentraler als Halbwachs in der Arbeit der Kommission ist das Werk Pollaks. Nicht nur findet sich bei Pollak, ebenso wie bei Jelin, der Verweis auf die Konfliktivität in der Auseinandersetzung um die Erinnerung, sondern er betont die Bedeutung der subalternen Erinnerungen. Die Kommission hat mit dem Archiv der DIPPBA einen Zugriff auf Dokumente, die die Rekonstruktion solcher unterdrückten Erinnerungen erlauben. Hier ist das Konzept der *disidencia*, das in den letzten Jahren an Bedeutung gewann, zentral. So etwa trägt die Forschung zur Arbeiterbewegung in Ensenada und Berisso dazu bei, vormals unterdrückte Erinnerungen zurück in das

kollektive Gedächtnis zu rufen. Insbesondere die Geschichte der zum Teil marginalisierten Industriearbeiterschaft ist eine Leerstelle. Diese Arbeit am Gedächtnis, in Kooperation mit der UNLP mit Zeitzeugenprojekten, ergänzt eine idealtypische Sichtweise auf die Opfer der Diktatur. Gleichzeitig wird diese Gruppe als Opfer anerkannt. Über den Einzug dieser marginalen Gruppen in das kollektive Gedächtnis möchte die CPM eine Veränderung in der Gegenwart erreichen.

Mit Blick auf die Erinnerungsorte ist es weniger ein Verweis auf Nora als die in die 1990er Jahre zurückreichende Konvention, historisch relevante Orte zu markieren und für die Erinnerungsarbeit zu nutzen. Deutlich wird an den Erinnerungsorten der Kommission die besondere Artikulation der Vergangenheit und der Gegenwart, etwas, das bei anderen Erinnerungsorten in Argentinien weniger der Fall ist. Zusammen mit den aktiven pädagogischen Konzepten ist das oberste Ziel die Weitergabe der Erinnerungen.

Zwar spielt das Konzept der Erinnerungskultur in Argentinien kaum eine Rolle, doch zeigt sich in der Analyse der CPM, dass es Relevanz besitzt. Die CPM ist ein zentraler Akteur in der Erinnerungspolitik der Provinz Buenos Aires, ihre Arbeit ist aber auf die Erinnerungskultur ausgerichtet und damit facettenreicher. Insbesondere Kunst, Pädagogik und Medien sind Bereiche, die aktiv von der Kommission genutzt werden. Hier ergeben sich Synergieeffekte mit dem Thema der Menschenrechtsverletzungen in der Gegenwart.

Die Erinnerungsarbeit der CPM ist auf das kommunikative Gedächtnis ausgerichtet. Sie führt die Operation der argentinischen Menschenrechtsorganisationen fort, die gegen die Narrative der Diktatur, das Schweigen und Vergessen kämpfen. Von 2015–2019 richtete sich die Gedächtnisarbeit gegen die Versuche der Relativierung der Verbrechen aus den Reihen der Regierung Macris. Die Kommission versucht das komplexe Gedächtnis der Argentinier um weitere Bausteine, die Spionage als Teil des Staatsterrorismus und die Sicht der Opfer als *disidencia*, zu ergänzen.

Wenn im argentinischen Kontext von Identität die Rede ist, geht es primär um die Identität der geraubten Enkel. Wenn wir Identität als mögliches Ergebnis eines Gedächtnisprozesses betrachten, dann zeigen die erinnerungspolitischen Bemühungen der CPM, dass sie die Opfer der Militärdiktatur in erster Linie als soziale Aktivistinnen und Aktivisten darstellt. Die CPM geht nicht so weit, die Guerilla als soziale Revolutionäre zu glorifizieren. Andererseits steht das humanitäre Narrativ über die Opfer keinesfalls im Mittelpunkt. Die CPM arbeitet aktiv an der Bewältigung der Traumata der Diktatur und der Gegenwart. Insbesondere mit Blick auf die Jugendlichen als Rezipienten der Erinnerungsarbeit der Kommission soll sich eine progressive

und inklusive Identität ausbilden, die ausdrücklich die Schwachen und Benachteiligten der Gesellschaft offen miteinbezieht.

Der politische Zweck hinter all der Erinnerungspolitik, die die CPM leistet, könnte kurz mit *memoria*, *verdad* und *justicia* zusammengefasst werden. Doch dieser Leitspruch der Menschenrechtsbewegung lässt sich für die staatliche Behörde an einigen Stellen detaillierter darstellen. Ohne Frage subsumiert sich die Kommission unter diesen drei emblematischen Substantiven. Doch es erfolgte eine Aktualisierung der Debatte um die Menschenrechte, die auch in der Gegenwart Gültigkeit haben müssen. Sich nur mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen, kommt für die Kommission, wie gezeigt wurde, nicht in Frage. Gleichzeitig wird die Vergangenheit immer aus dem Blickwinkel der Gegenwart interpretiert. In den Fragen der Menschenrechte verfolgt die Kommission das Ziel, diesen zu ihrer vollen Gültigkeit zu verhelfen. Für Argentinien bedeutet dies an erster Stelle ein Ende der institutionellen Gewalt und der Folter durch staatliche Stellen. Aber auch soziale und wirtschaftliche Themen sind hiervon nicht ausgenommen. In der Diagnose der Probleme Argentiniens spielt der Neoliberalismus eine wichtige Rolle. Die CPM tritt dafür ein, neoliberale Positionen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik abzulösen. Anders formuliert setzt sich die Kommission für soziale Gerechtigkeit ein und macht immer wieder deutlich, dass Armut und Menschenrechtsverletzungen miteinander einhergehen.

Eng zusammen mit der Arbeit der Kommission geht der Einsatz für die Demokratie. Dabei versteht die CPM die freie und gleiche Wahl von Parlament und Präsident nicht als Allheilmittel für soziale und politische Probleme. Deutlich wird dies, wenn die Kommission die Kontinuitäten bei Spionage und Menschenrechtsverletzungen anprangert. Für einen großen Teil der argentinischen Gesellschaft sind Demokratie und Menschenrechte sowie die Menschenrechtsbewegung eng miteinander verbunden. Ihr ständiges Engagement ist wichtiger Teil des Wertesystems der argentinischen Demokratie. Die CPM reiht sich hier ein, ihre Demokratie- und Gesellschaftsvorstellungen sind durchaus vergleichbar mit denen der Regierungen, die den Linksruck auf dem lateinamerikanischen Kontinent zu Beginn der 2000er Jahre ausmachten (vgl. Boris 2014; Ellner 2019).

– Die AC der Menschenrechtsorganisationen und die Stellung der CPM –

Wenn wir das Feld der Erinnerungs- und der Menschenrechtspolitik in Argentinien nach dem Ende der Diktatur vergegenwärtigen, dann wird klar, dass wir es nur mit einer echten *Advocacy Coalition*, den Menschenrechtsorganisationen, zu tun haben. Diese bestimmten das Feld als zivilgesellschaftliche Organisationen und zogen ihre Legitimation aus ihrem Kampf gegen die Diktatur. Während der Demokratisierung gelingt es ihnen aber kaum, die staatlichen Akteure

wie Exekutive und Judikative von ihrer Agenda zu überzeugen. Mit Alfonsín gab es einen Präsidenten, der zwar aus den Reihen der Menschenrechtsaktivisten stammte, jedoch als Staatsoberhaupt die Stabilität der Demokratie und des Landes über die Forderungen der Menschenrechtsorganisationen stellte. Die *Advocacy Coalition* stand dementsprechend isoliert von regionalen und nationalen Machtzugängen da.

Um das Politikfeld ausdruckskräftig zu beschreiben könnte man sagen, dass die Gegner der Erinnerungspolitik in Argentinien ebenfalls eine AC bilden. Es zeigt sich aber, dass dies im Untersuchungszeitraum nicht der Fall war. Es gibt und gab einzelne Organisationen wie Veteranenverbände, Zusammenschlüsse von Opfern des „Terrorismus" sowie einzelne Politiker wie auch sichtbare Persönlichkeiten der Medien, die sich offen gegen die Erinnerungspolitik, wie sie insbesondere von den Kirchners betrieben wurde, positionieren. Im Sinne des ACF kann hier nicht von einer Koalition gesprochen werden. Es gibt verschiedene Gruppen, die sich erkennbar positionieren, aber zumindest seit 2003 ist dies eine klare Minderheit mit extremen Positionen, die selbst unter der Präsidentschaft Marcis nicht in Politik umgesetzt wurden. Die einzelnen Gruppen, wie die Täter selbst (vgl. Feld und Salvi 2019, S. 20–27), das Netzwerk FAMUS (*Familiares y amigos de muertos por la Subversión*) das von 1984 bis 1991 existierte (vgl. Gayol und Kessler 2012, S. 158–160), sind weder konstant tätige Akteure noch vollends akzeptierte Stimmen in der öffentlichen Meinung Argentiniens. Es gibt diese Stimmen, vor allem im Umfeld der Polizei und der Streitkräfte, aber sie treten nicht mit gemeinsamen Zielen oder Agenden an. Sie formulieren klare Diskurse, die sich gegen die Erinnerungspolitik wenden und von einigen Teilen der argentinischen Gesellschaft gespiegelt werden, sie sind jedoch nicht in der Lage, als Akteurskoalition aufzutreten und Politik zu beeinflussen.

Die *Advocacy Coalition* der Menschenrechtsorganisationen in der Zeit von 1983 bis 2003 war zwar immer als zivilgesellschaftlicher *output* aktiv, konnte aber nur selten staatliche Politik in ihrem Sinne verändern. Überspitzt gesprochen standen sich die Koalition und der Staat sehr misstrauisch gegenüber. Zu den Ausnahmen zählte die Einrichtung der CONADI durch die *Abuelas* und die Regierung unter Menem. Dies war eine Entwicklung, die keine grundsätzliche Veränderung der Machtstrukturen und Ressourcen der *Advocacy Coalition* zur Folge hatte. Der Entstehung der CONADI begründet sich in der Einigkeit der Akteure darüber, dass die Fälle der Zwangsadoption weder ungestraft noch unaufgeklärt bleiben sollten.

In den 1990er Jahren verfolgte der Staat im Bereich der Erinnerung Politiken, die auf die Versöhnung ausgerichtet waren und damit vollkommen die Forderungen der Menschenrechtsorganisationen ignorierten. Diese forderten eine Anerkennung der Verbrechen durch den Staat und

das Ende der Straffreiheit. Obwohl sich beide Seiten scheinbar unversöhnlich gegenüberstanden gewann die *Advocacy Coalition* an Ressourcen, Einfluss und Gewicht in der Öffentlichkeit. Ursache hierfür waren die gesellschaftliche Debatte, die der 20. Jahrestag des Staatsstreiches auslöste, die Entstehung von H.I.J.O.S. sowie die internationalen Bemühungen, wie zum Beispiel durch Baltasar Garzón in Spanien, die Täter der argentinischen Militärdiktatur zur Verantwortung zu ziehen. Die zivilgesellschaftlichen Initiativen, angeführt durch die Menschenrechtsorganisationen im Bereich der Erinnerung, führten zu einem langsamen Wandel hinzu dem Standpunkt, dass die menemsche Politik der Versöhnung nicht der richtige Weg sei. Doch für die Veränderung auf der nationalen Ebene waren zwei wichtige äußere Ereignisse auschlaggebend, die das Verhältnis von *Advocacy Coalition* zum Staat verändern sollten. Zum einen die tiefe politische und soziale Krise von 2001 und zum anderen die Wahl von Néstor Kirchner, der vor allem rhetorisch eine durchweg andere Interpretation der Vergangenheit hatte als alle seine Vorgänger und dies dann in Erinnerungs- und Menschenrechtspolitik umwandeln sollte.
In dieser Arbeit steht die nationale Seite des Politikfeldes aber weniger im Zentrum. Für das Politikfeld der Erinnerungs- und Menschenrechtspolitik in der Provinz Buenos Aires muss festgehalten werden, dass hier das Feld weniger umstritten und fest besetzt war als in der Hauptstadt. Zwar gab und gibt es in La Plata regionale Außenstellen aller relevanten Menschenrechtsorganisationen, jedoch war die politische Dynamik eine andere als in der Bundeshauptstadt. Die Menschenrechtsorganisationen waren zwar aktiv und machten ihre Arbeit, jedoch gab es wenig Verbindung zu den staatlichen Stellen. Auch hier waren sie vor allem im Kampf gegen die Straflosigkeit und in der Bewahrung der Erinnerung aktiv. Die *Advocacy Coalition* auf der Ebene der Provinz blieb ohne direkten Zugang zum politischen Machtapparat. Deswegen ist die Entstehung der CPM so bemerkenswert, da sie keine Umsetzung einer Forderung der Menschenrechtsorganisationen ist. Ende der 1990er Jahre hätten diese sich kaum solch eine Institution vorstellen können. Zudem wären sie wohl einer rein staatlichen Erinnerungsinstitution sehr skeptisch gegenüber gewesen. Die Initiative kam von außen durch Gabriela Cerruti[50], die mit Alejandro Mosquera[51] und dem progressiv eingestellten Block von Parlamentariern eine schnelle Umsetzung ihres Projektes Wirklichkeit werden sahen. Die Initiative fand nicht nur

[50] Gabriela Cerruti bleibt bis 2004 in der CPM, danach schlägt sie eine politische Karriere ein, von 2006 bis 2007 wird sie Ministerin für Menschenrechte und Soziales in der Stadt Buenos Aires. Danach wechselt sie in die Legislative, ist Abgeordnete der Stadt Buenos Aires und seit 2017 Abgeordnete im nationalen Parlament für die PJ.

[51] Alejandro Mosquera verlässt 2013 die Kommission, nachdem gegen ihn Vorwürfe wegen sexuellen Missbrauchs am Arbeitsplatz erhoben wurden.

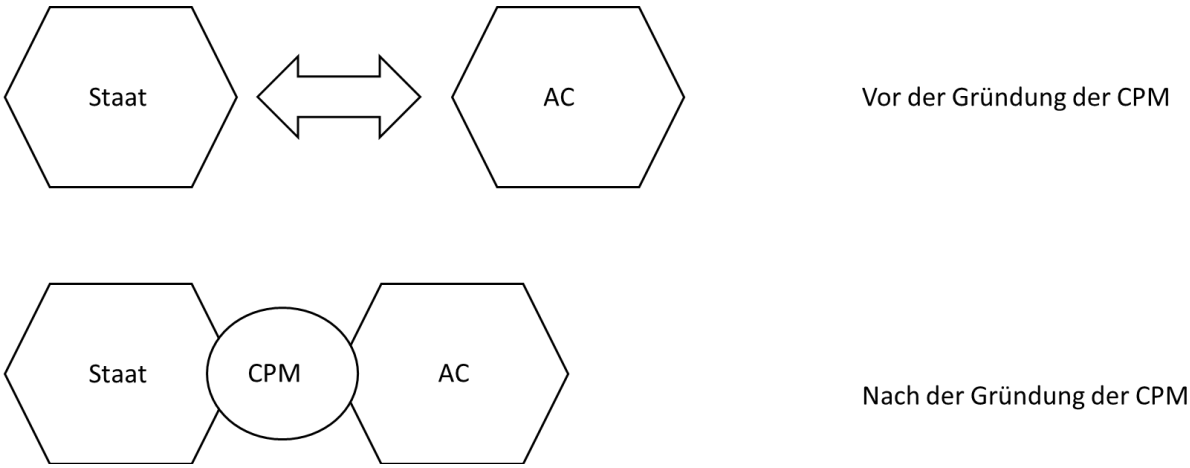
ein Parlament vor, das in der jüngeren Vergangenheit bereits erste erinnerungspolitische Gesetze erlassen hatte, sondern ein politisches Panorama, dass von zwei äußeren Ereignissen betroffen war: der Wahl von Carlos Ruckauf zum Gouverneur der Provinz und die Dynamik im Bereich der Sicherheitspolitik, die Auswirkungen auf den Bereich der Erinnerung hatte. Ruckaufs harter Kurs gegenüber der Kriminalität gefährdete die sicherheitspolitischen Reformen. Zudem war der ehemalige Arbeitsminister unter Isabel Perón kein Garant für einen anderen Ton in der Erinnerungspolitik. Die Akteure, die an der Entstehung der CPM beteiligt waren, beschleunigten den Gründungsprozess aufgrund dieser Situation. Die CPM wurde als unabhängiger Akteur von der Legislative geschaffen und bekam nicht nur die Aufgabe, Erinnerung zu konstruieren und an die junge Generation weiterzugeben, sondern ihr wird mit dem Archiv der DIPPBA das erste vollständig erhaltene Geheimdienstarchiv zugesprochen.

Mit der Integration der Menschenrechtsorganisationen in die CPM durch die Honoratioren wurde das Panorama der *Advocacy Coalition* verändert. Die Menschenrechtsorganisationen waren auf einmal Teil einer staatlichen, aber unabhängigen Institution und konnten mehr Ressourcen für ihre Arbeit aufwenden. Die CPM etabliert sich als ein Akteur der Teil der *Advocacy Coalition*, aber ebenso Teil des Staates ist. Es entwickelte sich das zum Teil gespaltene Verhältnis zwischen Staatlichkeit und Nicht-staatlichkeit. Schnell verlor das Parlament den ursprünglichen Einfluss, und die CPM wurde zu der bis heute intakten autonomen und autarken Institution innerhalb der Provinz Buenos Aires. Mit der Übernahme der *belief systems* der *Advocacy Coalition* wird die Eingliederung der CPM in diese besonders deutlich. In den grundlegenden Werten und Überzeugungen, vor allem aber im Blick auf die Vergangenheit gibt es kaum Unterschiede zwischen den Menschenrechtsorganisationen und der CPM als staatlicher Institution. Dies erklärt sich leicht durch die Zusammensetzung der *notables* und der technischen Mitarbeiter, die aus den Menschenrechtsorganisationen stammten. Dies führt dazu, dass sich die Sichtweise auf die Diktatur und damit die traumatische Vergangenheit, die Interpretation des Staates in der Vergangenheit und der Gegenwart und der Blick auf die Zukunft zwischen CPM und der *Advocacy Coalition* ähneln. Selbstverständlich entwickelte die CPM ein eigenes Profil und eigene Besonderheiten in diesen Fragen, wie der Fokus auf illegale Spionage als Teil des Staatsterrorismus zeigt. Trotzdem bleibt es dabei, dass die CPM die Verbrechen – den Genozid[52] – sowie die Verantwortung für die Diktatur in gleicher Weise interpretiert. Wie

[52] Cueto Rúa (2016) zeigt in seiner Arbeit, dass in den ersten zehn Jahren des Bestehens der Begriff Genozid kaum oder nur zögerlich gebraucht wird, auch nachdem der Begriff durch die Gerichtsurteile offiziell gemacht wird. Zehn Jahre später heißt es „Fueron 30.000, fue genocidio“.

die klassischen Menschenrechtsorganisationen. Ferner wird die Rolle des Staates ähnlich kritisch interpretiert. Der Staat als Täter, als derjenige, der Straffreiheit walten ließ und bis heute die Kontinuität von Praktiken aus der Diktatur zulässt. Zudem teilt die CPM eine progressive Zukunftsvorstellung, in der nicht nur *memoria, verdad* und *justicia* verwirklicht werden sollen, sondern ein antineoliberaler Gesellschaftsentwurf zum Tragen kommt. Dieser unterscheidet sich vom neoliberalen Feindbild durch eine Vision von sozialer Gerechtigkeit und sozialer Integration.

Abbildung 4: Nähe und Distanz zwischen der Provinz Buenos Aires und der AC der Menschenrechtsorganisationen



Quelle: Eigene Darstellung.

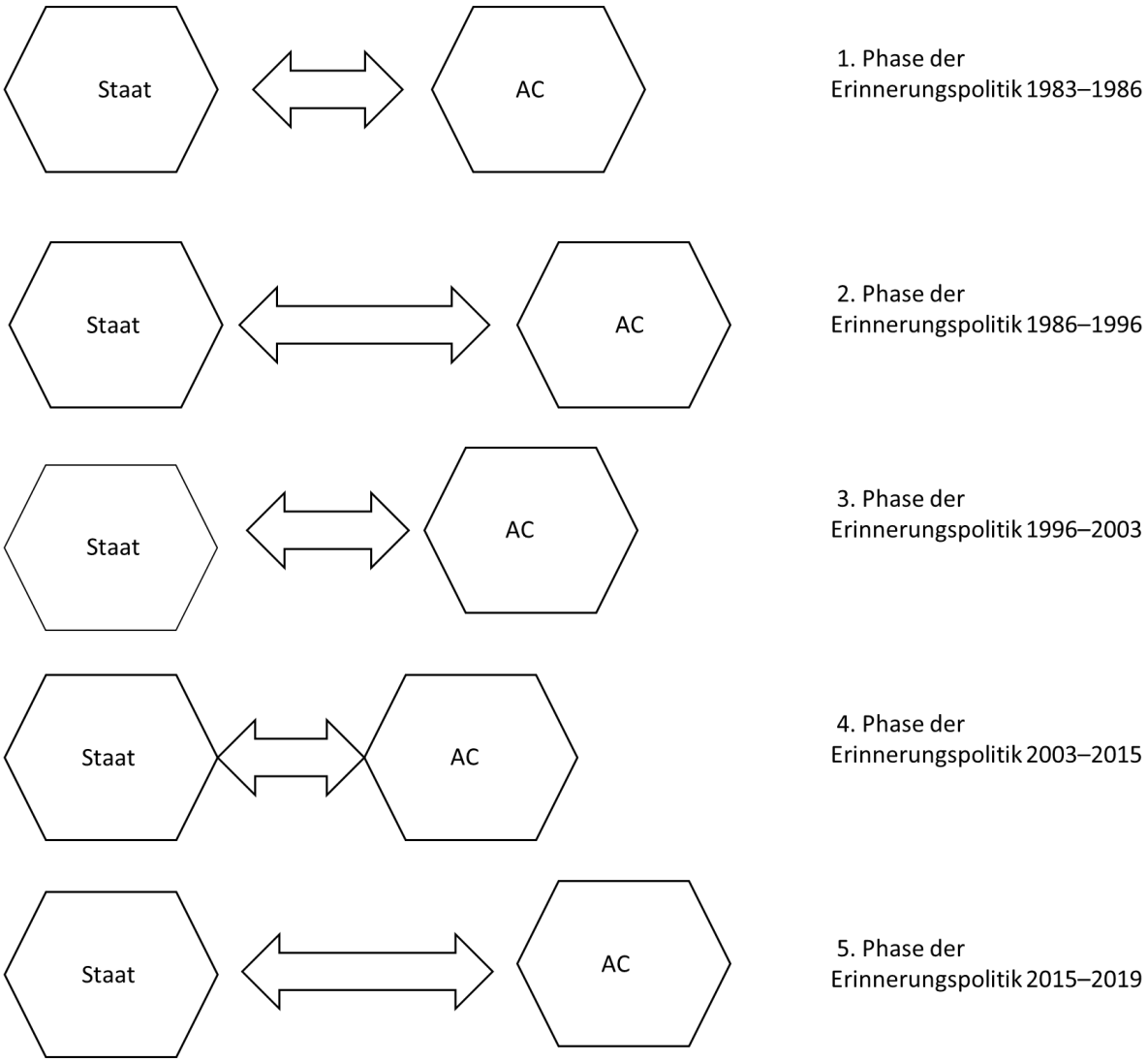
Für die *Advocacy Coalition* ergibt sich für den Fall der Provinz Buenos Aires die Lage, dass das eigene *belief system* von den Menschenrechtsorganisationen über die CPM in den Staat getragen wird. Mit der CPM gibt es einen staatlichen Akteur, der dieselbe Sprache spricht und ähnliche Vorstellungen hat. Dies hatte eine deutliche Verschiebung der Ressourcen innerhalb des Feldes der Erinnerungs- und Menschenrechtspolitik zur Folge. Damit wurde die Provinz Buenos Aires keinesfalls zum Vorreiter der Erinnerungspolitik, diese Rolle blieb ab 2003 der nationalen Regierung überlassen. Doch konnte die CPM ihre Agenda in vielen Bereichen der Gesellschaft verwirklichen und sich mit ihren Narrativen über die Vergangenheit verankern. Im Mittelpunkt stand hier vor allem die Arbeit mit dem Archiv der DIPPBA. Kernpunkt der Auseinandersetzung waren die Menschenrechte, aber nicht nur mit Blick auf die Vergangenheit. Dabei ist es nicht die liberale Interpretation der Menschenrechte, die die CPM in den Mittelpunkt rückte. Vielmehr handelte es sich, im Sinne von Moyn, um Menschenrechte als Form der letzten Utopie nach dem Ende des Sozialismus.

Die wichtigste Veränderung in der *Advocacy Coalition* war die stärkere Bearbeitung der Menschenrechtsverletzungen der Gegenwart. Hierbei gab es innerhalb der CPM Widerstände und es folgte ein komplizierter Selbstreinigungsprozess. Doch auch im Umfeld der Menschenrechtsorganisationen waren nicht alle Akteure von diesem Schritt überzeugt. Letztendlich setzte sich die Sichtweise der CPM, die Gegenwart genauso bearbeiten zu wollen wie die Vergangenheit, durch. Die CPM entwickelte sich mit der Arbeit des CCT zur wegweisenden Institution bei der Bearbeitung der aktuellen Menschenrechtsverletzungen in der Provinz Buenos Aires. Hierbei ging die Kommission über ihren eigentlichen Tätigkeitsbereich hinaus und wurde zum zentralen Akteur, der die Verbrechen des Staates dokumentiert und anklagt. Dem ging eine tiefe Internalisierung der Menschenrechte voraus, die diese nicht nur als historische Strategie im Kampf gegen einen Unrechtsstaat interpretierte. Die Menschenrechte sind in diesem Fall ein Werkzeug, mit dem eine bessere und gerechtere Gesellschaft geschaffen werden soll. Die Ausweitung der Themen auf die Bereiche Gefängnisse und institutionelle Gewalt werden dabei in einen Diskurs verpackt, der die Kontinuitäten zwischen Diktatur und Demokratie aufzeigt. Gleichzeitig entsteht ein weiteres Konfliktfeld der *Advocacy Coalition* mit dem Staat. Dieser verweigert sich der Lesart von systematischen Menschenrechtsverletzungen in der Gegenwart. Für die Legitimation und die Stellung der CPM innerhalb der *Advocacy Coalition* ist die Arbeit mit dem Archiv zentral. Hieraus ergibt sich ein Großteil der Legitimation, die die Kommission im Feld der Erinnerungs- und Menschenrechtspolitik besitzt. Die Arbeit an den Akten, die journalistische und akademische Produktion, die entstand, vereinigt sich mit den Erinnerungen an den Staatsterrorismus. Über die Jahre schaffte dies Spielraum innerhalb der *Advocacy Coalition*, die die CPM mit der Ausweitung ihrer Themen nutzte.

Das Jahr 2003 und der Regierungsantritt Néstor Kirchners brachten grundsätzliche Veränderungen für den Bereich der Erinnerungs- und Menschenrechtspolitik mit sich. Dieser erfuhr erstmals seit der Demokratisierung die ungeteilte Aufmerksamkeit der Regierung, die dabei die Menschenrechtsorganisationen auf Augenhöhe empfing. Allgemein gesprochen, wurden den Menschenrechtsorganisationen mehr Ressourcen zugesprochen. Sie gelangten an staatliche Gelder für die Durchführung von Projekten. Zudem wurden Posten im Bereich der Erinnerungspolitik geschaffen, vor allem im Sekretariat für Menschenrechte und in den nationalen Erinnerungsorten. Hiervon profitierten einige Menschenrechtsorganisationen und ihre Mitglieder. Die Beziehung kann als symbiotisch beschrieben werden. Den Organisationen wurde Zugang zum Staat gewährt, mit nur wenigen Ausnahmen löste sich der Gegensatz Staat und Menschenrechtsorganisationen auf. Beide profitierten vom neuen symbolischen Kapital und der gegenseitigen Verleihung von Legitimation. Dahinter stand das politische Projekt der Kirchners, das

die Sicht auf die Diktatur verändern wollte. Ihnen ging es darum, die Theorie der zwei Dämonen abzulösen und vollends das Narrativ des Staatsterrorismus durchzusetzen. Zudem sollten die Opfer als soziale Revolutionäre in Erinnerung bleiben und das politische und soziale Projekt des Neoliberalismus diskreditiert werden. An dieser Stelle muss an die spezielle Dynamik des Kirchnerismus in den Menschenrechtsorganisationen erinnert werden und an seinen Drang, die Hegemonie zu erzielen und dabei andere politische Standpunkte zu isolieren.

Abbildung 5: Nähe und Distanz zwischen dem argentinischen Staat und der AC der Menschenrechtsorganisationen



Quelle: Eigene Darstellung.

Für die *Advocacy Coalition* bedeutete dies einen Zuwachs an Legitimation und Öffentlichkeit durch den Staat. Die Menschenrechtsorganisationen verfügten über mehr Ressourcen und konnten ihre Narrative und damit ihre *belief systems* stärker in der argentinischen Öffentlichkeit präsentieren. Themen der Erinnerung und der Aufarbeitung der Vergangenheit wurden immer

sichtbarer in der Gesellschaft und im staatlichen Handeln. Der *Advocacy Coalition* brachte dies mehr Ressourcen sowie Glaubwürdigkeit. Mit Blick auf die Provinz Buenos Aires profitierte die CPM indirekt von dieser neuen Dynamik. Nicht direkt, da sie nicht der nationalen Regierung unterstellt ist und zuweilen ihre Differenzen mit der kirchneristischen Sichtweise auf die Menschenrechtspolitik hatte. Die Kommission konnte in dieser Zeit ihre Tätigkeit ausweiten und zusammen mit den Maßnahmen der nationalen Regierung das Feld der Erinnerungspolitik bearbeiten. Die wichtigste Veränderung war der Wegfall der Straffreiheit, der die Wiederaufnahme der strafrechtlichen Prozesse ermöglichte. Hier half die CPM durch die Bereitstellung von Beweisen, der Suche nach Gerechtigkeit. Aber die generelle Diskursverschiebung zu Gunsten der Narrative der Menschenrechtsorganisationen sowie die Integration der Themen der Vergangenheit in den Schulen und die Eröffnung weiterer Erinnerungsorte führten zu positiven Effekten für die CPM. Denn ihre Erinnerungspolitiken fielen auf ein fruchtbares Feld.

Das Ende des Kirchnerismus 2015 löste eine gegenteilige Verschiebung im Feld der Erinnerung und der Menschenrechte aus. Der Diskurs und die Ressourcen verschoben sich. Die Dichotomie zwischen Staat und Menschenrechtsorganisationen kehrte zurück. Für die *Advocacy Coalition* bedeutete es einen Verlust von Ressourcen, Zugang zum Staat sowie eine andere Stellung in der Öffentlichkeit. Der Staat wurde wieder zu einem Gegenspieler, nachdem zuvor eine relative Einheit herrschte. Der Konflikt wurde von Anfang an ausgetragen. So verschoben sich die Diskussionen über die Ausgestaltung von Erinnerungspolitik zur Frage, ob diese wirklich notwendig sind. Gepaart mit dem zunehmenden Negationismus ging die *Advocacy Coalition* in ein Art Verteidigungshaltung über. Interne Konflikte konnten so überdeckt werden. Im Rückblick auf die Regierungsjahre Macris wird allerdings deutlich, dass es keinen offenen Bruch mit der Erinnerungspolitik gab. Klar sichtbar wurde die Kehrtwende im Diskurs, hier kehrte die Theorie der zwei Dämonen zurück. Aber ein offensives Vorgehen gegen Institutionen der Erinnerung gab es nicht. Die Regierung versuchte auf anderen Wegen ihren Politikwechsel durchzuziehen. So wurden Finanzierungen nicht verlängert oder Personal abgebaut. Ein stärkeres Vorgehen wäre wohl von der Zivilgesellschaft nicht akzeptiert worden, wie die Proteste gegen das *dos por uno* Vorhaben zeigten.

Die Wahl Alberto Fernández' entspannte die Akteure im Feld deutlich, allerdings könnten die Erwartungshaltungen hinsichtlich der neuen Regierung zu hoch sein, da der finanzielle Spielraum bei der wirtschaftlichen und sozialen Situation deutlich geringer ist als 2003.

Für die CPM waren die Jahre des Macrismus durch die ständig steigenden Zahlen der institutionellen Gewalt geprägt. Die harte Hand gegen die Kriminalität, die unter anderem zur *doctrina Chocobar* führte, hatte letztendlich den Kollaps des Gefängnissystems zur Folge. Die CPM

verwandte mehr Ressourcen und Aufmerksamkeit auf die Menschenrechtsverletzungen in der Gegenwart.

Die CPM setzte sich mit ihrer Kritik an der Regierung und deren Sicherheitspolitik selbst Angriffen aus. Diese kommen in der Regel von den großen Zeitungen, die die Integrität der Kommission in Frage stellen. Innerhalb der *Advocacy Coalition* hat diese Kritik kaum Konsequenzen, da dort die Glaubwürdigkeit der „hegemonialen" Medien gering ist, da diese in Fragen der Interpretation der Vergangenheit selten mit den Menschenrechtsorganisationen übereinstimmen.

Die *Advocacy Coalition* der Menschenrechtsorganisationen, in der die CPM agiert, hat kurz gesagt *memoria*, *verdad* und *justicia* zum Ziel. Die CPM verwendet einen Hauptteil der Ressourcen auf die Bearbeitung der Menschenrechtsverletzungen in der Gegenwart. Zusammen mit dem Verweis auf die Kontinuitäten von Praktiken zwischen Diktatur und Demokratie macht dies die CPM zu einem besonderen Akteur innerhalb der *Advocacy Coalition*.

– Konflikte innerhalb der AC der Menschenrechtsorganisationen mit Bezug zur CPM –

Die Konflikte der CPM im Feld der Menschenrechts- und Erinnerungspolitik sowie die Konflikte innerhalb der *Advocacy Coalition* betreffen zwei primäre Ebenen: eine politische und eine inhaltliche. Zur politischen zählt der Versuch des Kirchnerismus, das Feld zu dominieren und als alleinige politische Kraft aufzutreten. Dabei sollen nach Möglichkeit alle anderen Akteure auf der gleichen politischen Linie stehen. Dies ist ein Effekt, der aus dem engen Zusammengehen einiger Menschenrechtsorganisationen mit dem Kirchnerismus folgte. Insbesondere *Abuelas* und *Madres* wählten eine enge Form der Allianz mit der damaligen Regierung. Die inhaltliche Dimension ist nicht vollständig von der politischen zu trennen. Hierbei handelt es sich um die Sichtweise der Menschenrechtsorganisationen auf die Menschenrechtsverletzungen in der Gegenwart und damit die Situation in den Gefängnissen. In der Auseinandersetzung mit der Kommission vermischten sich beide Ebenen. Diejenigen, die das Vorgehen der Kommission bei den Menschenrechtsverletzungen in der Gegenwart kritisierten, waren die Organisationen, die eine enge Allianz zur Regierung pflegten. Damit zeigten sich klare interne Spannungen innerhalb der *Advocacy Coalition*, die auch Rückschlüsse auf die zentralen Überzeugungen zulassen. Primär ging es um die Frage, ob das oberste Ziel *memoria, verdad* und *justicia* ohne Rücksicht auf andere Punkte erreicht werden soll. Die Kritik an der CPM, sich der Gegenwart zu widmen, hatte den Unterton, sich nicht mehr genug für die Aufarbeitung der Diktatur einzusetzen. Für die CPM lautete die Antwort auf diese Frage immer, dass die Menschenrechtsverletzungen sowohl in der Vergangenheit als auch in der Gegenwart zu thematisieren sind. Die

anders verfassten Organisationen verzichten in dieser Entwicklung auf eine zentrale Komponente, die die Menschenrechtsorganisationen in Argentinien über Jahrzehnte ausgezeichnet hatte: die Unabhängigkeit von Staat und Regierung. Für die CPM war dies nicht der Fall, sowohl vor als auch nach dem Kirchnerismus verteidigen sie ihre Autonomie und Autarkie.

Dabei ist deutlich geworden, dass die CPM in vielen Facetten, sowohl in ihrer Geschichte als auch in ihrem institutionellen Aufbau, ein Sonderfall in Argentinien ist. Mit der Gründung, die vor Machtantritt der Kirchners lag, schuf sich die Kommission einen institutionellen Rahmen, wie ihn kaum eine andere Organisation hat. Ihre gesetzlich garantierte Unabhängigkeit ist einer der wichtigsten Gründe für die politische und inhaltliche Linie der Kommission. Niemals war sie kirchneristisch, obwohl natürlich Sympathien für die Maßnahmen der Regierung im Bereich der Erinnerungspolitik da waren. Auf der anderen Seite blieb die CPM auf ihrem Kurs und kritisierte die Lage in den Gefängnissen weiterhin. Es kam hier nicht zu einer Abwägung zwischen der Aufarbeitung der Diktatur und dem öffentlich Machen der Menschenrechtsverletzungen. Die CPM stellte nicht eine Agenda über die anderen, sondern versuchte beide zu verfolgen und miteinander zu verknüpfen.

Kennzeichnend für die Phase der Etablierung des CCT ist die Vehemenz, mit der auf die systematische Folter in den Gefängnissen Argentiniens hingewiesen wird. Die Kritik am Kurs der CPM durch andere Menschenrechtsorganisationen änderte dabei nichts. Diese revidierten jedoch im Laufe der Zeit ihre Sichtweise auf das Thema, so dass aktuell keine der Organisationen die Situation in den Gefängnissen verharmlosen oder aus politischen Gründen schweigen würde. Alle Akteure stimmen überein, dass im Gefängnissystem systematische Folter stattfindet. Während der Regierung Macris rückte das Thema der inneren Sicherheit deutlicher in den Fokus und wurde zur gemeinsamen Kritik der Menschenrechtsorganisationen an der Sicherheitspolitik der Regierung und an einzelnen gewaltsamen Episoden, wie dem Verschwinden von Santiago Maldonado[53]. Hier zeigt sich, dass die *Advocacy Coalition* bei einer veränderten politischen Lage wiederum in größerer Einheit spricht und handelt. Die Verteidigungshaltung in Sachen der Erinnerungspolitik sorgte für geschlossene Reihen auch in der Sicherheitspolitik.

---

53 Das Verschwinden von Santiago Maldonado am 1. August 2017 in der Provinz Chubut steht exemplarisch für die Sicherheitspolitik der Regierung Macris und der Unterdrückung der indigenen *Mapuches*. Das letzte Mal lebend gesehen wurde er nach der gewaltsamen Auflösung einer Demonstration, in deren Anschluss er in ein Polizeifahrzeug gesperrt wurde. Daraufhin galt er als verschwunden. Seine Leiche wurde erst am 21. Oktober im nahen Flussbett des Río Chubut gefunden (Alcaraz et al. 2018). Für alle Menschenrechtsorganisationen war sein Verschwinden ein Schock, der Erinnerungen an den Staatsterrorismus wachrief. Die Menschenrechtsorganisationen, wie weite Teile der argentinischen Öffentlichkeit vereinten sich unter dem Slogan „¿Dondé esta Santiago Maldonado?“.

Die CPM arbeitete zwar als Kollektiv, profitierte jedoch stark von zentralen Persönlichkeiten, ihrem Prestige und ihrer Vita. Als erste Präsidentin der CPM ist hier Estela de Carlotto zu nennen, auch wenn sie später mit der Kommission bricht. Darauf folgen Leopoldo Schiffrin, Hugo Cañon und der Friedensnobelpreisträger Adolfo Pérez Esquivel, die die Agenda und Ausrichtung der Kommission bestimmen. Ihre Legitimation öffnete Möglichkeiten und im wahrsten Sinne des Wortes Türen (von Gefängnissen).

Die Kommission hat einen eigenen Blick auf das Feld der Erinnerungs- und Menschenrechtspolitik. Selbstverständlich erkennt sie die Rolle und Errungenschaften der acht historischen Menschenrechtsorganisationen in Argentinien an. Doch für die tägliche Arbeit der Kommission gibt es eine weitere Gruppe von Organisationen, die sich in diesem Schema nicht wiederfindet: die vielen kleinen Menschenrechtsorganisationen, die in der Provinz und im ganzen Territorium tätig sind. Die historischen Organisationen sind vor allem in Buenos Aires und in den großen Städten zu finden. Darüber hinaus gibt es eine Vielzahl kleinerer Organisationen von nicht direkt Betroffenen, die sich mit der Aufarbeitung und Erinnerung beschäftigen. Damit kann hier durchaus ein Zentrum–Peripherie Verhältnis festgestellt werden. Mit diesen vielen kleinen Organisationen pflegt die CPM einen regen Austausch. Hier gilt sie als wichtige Organisation, die Hilfestellung bietet und in der Provinz Buenos Aires zu den Akteuren mit dem meisten Prestige zählt. Dass die CPM ihrerseits die Arbeit dieser vielen Organismen wertschätzt, zeigte der öffentliche Akt zur Wiedereröffnung des Sitzes der CPM 2019 bei dem mehr als 20 dieser Organisationen ausgezeichnet und für ihre Arbeit gewürdigt wurden.

Mit Blick auf die historischen Menschenrechtsorganisationen war das Verhältnis nicht immer spannungsfrei. Dabei können zwei unterschiedliche, aber miteinander verwobene Konfliktlinien ausgemacht werden. Hintergrund ist jedoch immer die Legitimation im Feld. Mit der Gründung versucht sich die CPM, als staatliche Institution zu etablieren, die zwar über ihre Mitglieder klare Verbindungen zu den historischen Menschenrechtsorganisationen hat, aber die direkte Betroffenheit der Verbrechen und die Legitimation durch die eigene Geschichte nicht als erstes Kriterium sieht. Die Spannungen zwischen den direkt betroffenen Organisationen und den nicht betroffenen spiegelt sich auch im Verhältnis zur CPM wieder. Diese hatte und hat zwar Opfer oder Angehörige von Opfern unter ihren Mitgliedern, aber die Blutsverwandtschaft ist nicht das zentrale Element. Im Gegenteil, die Kommission betont ihren Professionalismus: „[…] la mayoría del staff son profesionales. Otros organismos y otros sitios de memoria tienen víctimas y tienen hijos por ejemplo. La comisión estamos acá por nuestros saberes profesionales." (Raggio 13.02.2020)

Keine Mitarbeiterin und kein Mitarbeiter der Kommission ist dort aufgrund seiner eigenen Geschichte, sondern aufgrund seiner professionellen Leistungen, seiner Ausbildung und Fähigkeiten. Dies erklärt auch den klaren Fokus auf universitäre Expertise bei den Mitgliedern. Bei der Gründung der Kommission übernahm diese Rolle Luis Lima, Präsident der UNLP. Dieser war allerdings eine sehr umstrittene Figur, nicht nur unter den Studierenden in La Plata. Nur wenige Jahre zuvor, als die Regierung Menem eine Hochschulreform durchsetzen wollte, ließ Lima die Polizei die studentischen Proteste brutal niederschlagen. Die Ereignisse vom 20. Februar 1996 sind Teil des kollektiven Gedächtnisses der Studierenden in La Plata. Die außerordentliche Polizeigewalt hatte zur Folge, dass Töchter und Söhne von Verschwundenen der Militärdiktatur in denselben Zellen der Polizeikommissariate landeten, in denen ihre Eltern gefoltert worden waren (o. A. 2019a).

Bis zuletzt sorgte die Figur Lima für Kritik. Doch sie ist vor allem als Schritt zur akademischen Professionalisierung der Kommission zu interpretieren, die in den folgenden Jahren noch viel deutlicher zum Tragen kommt. Aus wissenschaftlicher Perspektive muss aber festgehalten werden, dass Ende der 1990er Jahre im akademischen Betrieb Argentiniens das Thema Erinnerung und kollektives Gedächtnis noch nicht fest installiert war. Anders als heute gab es keine speziellen Studiengänge zum Thema *memoria*, die ersten Forschungsprojekte liefen zwar an, doch erfolgte die erste bahnbrechende Publikation von Jelins „Trabajos de la memoria“ erst 2002. Indes war die Zielstellung der Kommission klar: Mit dem Fokus auf akademische Spezialisation sollten die Arbeit und die Funktionsfähigkeit der CPM gestärkt werden. Die Schaffung des Studiengangs *Historia y Memoria* zeigt dies am deutlichsten.

Für die CPM ersetzt die berufliche und wissenschaftliche Qualifikation die Legitimation durch die eigene Geschichte. Die Legitimation der Kommission wurde so anders aufgebaut und begründet, als es bei den zentralen Menschenrechtsorganisationen (*Madres* und *Abuelas*) der Fall ist. Insbesondere HIJOS La Plata kritisierte immer wieder die „undemokratische Zusammensetzung“ der CPM und forderte, aufgenommen zu werden. In diesem Konflikt betonte die CPM stets, dass es nicht darum gehe, ob Personen unmittelbar betroffen waren, sondern um deren Fähigkeiten und Leistungen. Dies gilt insbesondere für die direkten Opfer, die Teil der Kommission sind; sie haben sich ebenso in anderen Feldern der Menschenrechtsarbeit oder des zivilgesellschaftlichen Engagements ausgezeichnet. Diese Strategie war nicht nur gegen HIJOS La Plata gerichtet, sondern als Abwehrstrategie gegen die Einflussnahme des Kirchnerismus gedacht. Dieser hatte vor allem die direktbetroffenen Organisationen gefördert und hofiert. Die Kritik, oder die Unzufriedenheit mit der Kommission, kann in diese Richtung interpretiert werden. Zu keiner Zeit kann sie als offen kirchneristisch bezeichnet werden (vgl. Raggio

13.02.2020). Zwar gab es große Sympathien mit den nationalen Regierungen der Kirchners, doch war die Dynamik der Kommission von 2003–2015 eine andere als bei den vielen neu geschaffenen Menschenrechtsorganisationen zu dieser Zeit. Diese profitierten weitaus mehr von der nationalen Regierung, als es die CPM tat. Zudem ließ die Kommission nicht davon ab, die Situation in den Gefängnissen und die fatalen Folgen der Sicherheitspolitik zu kritisieren. Damit hatte die CPM ein durchaus angespanntes Verhältnis zum Kirchnerismus, da dieser gerne alle Stimmen im Bereich Menschenrechtspolitik unter sich vereinen wollte, ein Schritt, dem sich die Kommission stets verwehrte. Dadurch war die Kritik aus den „eigenen Reihen" schwieriger zu bewältigen als die einer Regierung Macri, wo ein konfliktiver Kurs von vornherein feststand.

> „Con los gobiernos justicialistas siempre hubo una disputa en el tema de derechos humanos, porque es parte de su ideario. Que se enuncia electoralmente, lo que se plantea como valores. Entonces siempre hay disputa. Cuesta más articulación." (Cipriano García 21.02.2020)

Wenn die CPM auf ihre Professionalität pocht, kann dies als ein Seitenhieb auf die anderen Institutionen im Bereich der Menschenrechte und der Erinnerung bezogen werden, die sich besonders auf die Legitimation durch die Geschichte stützen. Im Fall des Sekretärs für Menschenrechte der Nation, Horacio Pietragalla, und der Provinz Buenos Aires, Matías Moreno, ab 2020, kann dies illustriert werden. Sie sind Söhne, im Falle Pietragallas sogar wiedergefundene Enkel, von Verschwundenen und sind so legitimiert. Öffentlich ist dieser Fakt nicht zu kritisieren. Für sich beansprucht die CPM jedoch ein anderes Vorgehen und eine andere Art der Legitimation.

– Die CPM als Akteur in der Erinnerungs- und Sicherheitspolitik –

Die CPM legt besonderen Wert darauf, in der gesamten Provinz Buenos Aires, die eine Fläche von 307.571 km² umfasst, aktiv zu sein. Die Kommission will nicht nur auf La Plata reduziert werden. La Plata ist mit Blick auf die Verbrechen der Militärdiktatur und deren Aufarbeitung eine besondere Stadt, neben der Hauptstadt Buenos Aires. La Plata hatte als Universitätsstadt verhältnismäßig viele Opfer zu verzeichnen. Mit Berrisso und Ensenada grenzen an La Plata wichtige Industriezentren und Schwerpunkte gewerkschaftlicher Organisation. Zudem ist La Plata Heimatort von Estela de Carlotto sowie Hebe de Bonafini und einer der ersten Orte, an dem sich H.I.J.O.S. formierte, nicht zuletzt ist sie Hauptstadt der Provinz und damit ein politisches und administratives Zentrum. Die Kommission versucht so viel wie möglich im

gesamten Territorium vertreten zu sein. So werden die jährlichen Berichte „Sistema de la crueldad“ nicht nur in La Plata, sondern auch in anderen Städten vorgestellt. In der Fläche ist die Kommission dann oft der einzige Akteur aus dem Zentrum, der dort Hilfestellung leistet (vgl. Raggio 13.02.2020).

Die CPM betont immer wieder, dass ihre Unabhängigkeit von allen Seiten anerkannt wird. Weder Exekutive noch Legislative sind ihr weisungsberechtigt. Diese Konstruktion war Ende 1999, kurz nach der Gründung der Kommission, als Verteidigungshaltung gegenüber Ruckauf und seinem Sicherheitsminister Rico gedacht. Doch genau dieses Modell half in den Auseinandersetzungen um die Deutungshoheit und die Legitimation in der Zeit des Kirchnerismus. Regierung und Parlament konnten die Kommission nicht nach ihren Vorstellungen umgestalten, sie blieb eine Institution außerhalb des Wirkungsbereichs der staatlichen Gewalten.

Die so gegebene Unabhängigkeit wurde gegenüber der „Regierung der Menschenrechte“ gewahrt. Insbesondere eine gewisse Unabhängigkeit gegenüber dem Kirchnerismus war der Kommission wichtig.

> „[…] hemos pasado por distintos gobiernos y bueno con el kirchnerismo hemos tenido algún problema en su momento y creo que lo de HIJOS La Plata tiene que ver con eso en que la comisión no era kirchnerista. Adolfo Pérez Esquivel no fue kirchnerista, fue crítico con el kirchnerismo. Por los cuestiones que los derechos humanos deben ser krichnerista y no era posible plantearlo de otra manera. Somos un organismo independiente y autónomo, no somos un gobierno de los derechos humanos no podemos admitir que haya orto organismo que digo que nosotros violamos los derechos humanos. Capaz con los más próximos, los más cercanos en el ámbito político se molestaban más con nosotros que un gobierno que era preparado para que lo critique.” (Raggio 13.02.2020)

Trotzdem muss festgehalten werden, dass Außenstehende und insbesondere die dominanten Medien in Argentinien diese Unterscheidung nicht machen, für sie sind Menschenrechte gleichbedeutend mit Kirchnerismus und dementsprechend zu kritisieren. Die Unabhängigkeit von Regierung und Politik ist für die CPM einer der zentralen Punkte ihres *belief systems*, den sie von den Menschenrechtsorganisationen übernommen haben. Sandra Raggio meint zu den Wurzeln und Überzeugungen der Kommission:

> “Yo creo que la comisión por gran medida ha tomado la tradición del movimiento de derechos humanos en la Argentina y ha transformado en política pública. Ha logrado generar una política del estado gestionado por la sociedad civil que toma lo bueno que

tiene el activismo del movimiento de derechos humanos: independencia, esa mirada sin contemplaciones en torno del noción de los derechos humanos que hay denunciar que no hay que pactar con en política, esta tradición que tiene el movimiento de derechos humanos, por lo menos durante la dictadura y en los años 80. Que no significaba que no se negociaba, se discutía se estaban hablando, no era que no hablaron con nadie. Sino interrogar, intervenir proponer etc., pero no necesariamente una política pública tiene que estar ligado con el gobierno. Esta independencia que tiene el movimiento de derechos humanos, lo tuvo como movimiento, me parece se retoma la comisión para constituir un organismo público. Esta potencialidad parece que es importante." (Raggio 13.02.2020)

Für einen Teil der Organisationen, vor allem *Madres* und *Abuelas*, gilt dies seit ihrer festen Allianz mit dem Kirchnerismus nicht so streng[54]. Die CPM hingegen sieht es als eine Wurzel ihres Erfolges und ihrer Legitimation im Feld.

Mit der Bearbeitung der Menschenrechtsverletzungen in der Gegenwart geht es der CPM immer um die Verbindung von Vergangenheit und Aktualität. Dabei werden Kontinuitäten, Parallelen und Unterschiede herausgearbeitet. Die Kommission bemüht sich bei ihrer Arbeit, den Wertekonsens in der argentinischen Gesellschaft, der auf *memoria*, *verdad* und *justicia* beruht, nicht nur für die Vergangenheit gelten zu lassen. Diese Werte der argentinischen Demokratie sollen in der Auseinandersetzung um die aktuellen Menschenrechtsverletzungen mobilisiert werden. Vertreter der CPM werden nicht müde zu betonen, dass unter denjenigen, die am 24. März auf die Straße gehen, sich auch Menschen befinden, die die Menschenrechtsverletzungen in der Gegenwart gutheißen und Kleinkriminelle am liebsten ewig wegsperren würden. In der täglichen Arbeit der Kommission geht es um die Verbindung von Vergangenheit und Gegenwart, um die Gesellschaft zu einer Reaktion gegenüber den Verhältnissen in den Gefängnissen zu bringen. Dies soll einen Wandel auslösen, denn die Politik hat sich in den vergangenen 20 Jahren nicht fähig erwiesen, ihre Sicherheitspolitik zu verändern. Die erinnerungspolitischen Kämpfe der Argentinier sind dabei Vorbild und Orientierungspunkt, wie Opfern Gerechtigkeit wiederfahren kann und wie ein Staat seine Politik in diesem Bereich aufgrund des Drucks der Gesellschaft ändern kann (vgl. Cipriano García 21.02.2020).

---

54 Nach der Wahl 2015 sprach Estela de Carlotto davon, nicht von den Kirchners benutzt worden zu sein, sondern selbst die Kirchners für ihre politische Agenda benutzt zu haben (vgl. Cué und Barreiro 2017). Dies wurde als eine Art von Emanzipation interpretiert. Im Wahlkampf 2019 machte Carlotto dann aber keinen Hehl daraus, welche Regierung sie sich wünsche, und unterstützte Alberto Fernández uneingeschränkt.

Innerhalb des Regierungsapparates der Provinz Buenos Aires gibt es mit dem Subsekretariat eine eigenständige, von der Exekutive abhängige Einheit, die sich der Menschenrechtspolitik und der Erinnerung widmet. Von dieser Stelle aus gab es einzelne Versuche, ein Gefängnismonitoring aufzubauen. Ein Erfolg dessen hängt in der Regel mit der politischen Ausrichtung der Regierung zusammen. Doch auch hier zeigte sich, dass es unter den peronistischen Regierungen eine Auseinandersetzung auf der Ebene der Vergangenheit gab. Denn hier ging es den Peronisten um die Deutungshoheit in Fragen der Menschenrechte. Dementsprechend gab es immer Auseinandersetzungen zwischen der CPM und dem Subsekretariat für Menschenrechte. Während der Regierungszeit von *Cambiemos* war mit Santiago Canton ein ehemaliger Vertreter der Interamerikanischen Kommission für Menschenrechte zum Subsekretär ernannt worden. Im Bereich der Erinnerung funktionierte die Zusammenarbeit sogar recht gut. Im Gebiet der Sicherheitspolitik konnte das Subsekretariat der repressiven Sicherheitspolitik und dem massiven Anstieg der Gefangenenrate wenig entgegensetzen (vgl. Cipriano García 21.02.2020).
Die Kommission sieht sich nicht in einem Konkurrenzverhältnis zum Subsekretariat für Menschenrechte. In diesem Politikfeld gäbe es zu viel zu tun, als dass man andere Akteure nicht akzeptieren würde. Wenn sich andere Institutionen der Situation in den Gefängnissen der Provinz widmen würden, wäre es nur von Vorteil, da dies mehr Aufmerksamkeit auf das Thema lenkt. Besucht zum Beispiel der *Defensor del Pueblo de la Nación Argentina* Gefängnisse und fertigt Berichte darüber an, wird dies ausdrücklich gelobt. Wird jedoch an keiner Stelle auf die systematische Folter in den Gefängnissen hingewiesen, kommt es zu einer Konfliktsituation mit der CPM. Ähnlich ist es mit den Berichten des Subsekretariats: Wenn dort Daten zur Situation in den Gefängnissen gesammelt werden, diese aber anschließend nicht publik gemacht werden, ist dies für die Kommission nicht zu akzeptieren. So wirft die CPM diesen Stellen Komplizenschaft bei der Vertuschung der wahren Vorgänge in den Gefängnissen vor.

> "Si la Defensoría del Pueblo dice que no hay tortura está convalidando lo que se hacen las fuerzas de seguridad en los lugares de encierro. Igual con la secretaria de derechos humanos se registraron tortura pero no la denuncian, no la visibilizan, no presentan informes es una forma también de ocultamiento, de complicidad." (Cipriano García 21.02.2020)

Am Ende geht es der CPM um den Nachweis der systematischen Folter in den Gefängnissen.
Mit neuen Regierungen auf der Provinzebene sieht die Kommission ein gleiches Muster, im ersten Jahr ist die Zusammenarbeit sehr positiv und angeregt. Ab dem zweiten Jahr, wenn die

CPM dann die neue Regierung und ihre Maßnahmen beurteilt und Vorfälle anklagt, kommt es zu Konflikten zwischen Exekutive und Kommission.

> "Siempre nosotros decimos que con todos los gobiernos el primer año nos llevamos muy bien porque estás analizando la gestión anterior. Cuando en segundo año empiezas analizar la gestión de ese gobierno, ahí aparecen los dificultades. Ya empieza dar cuenta de las políticas de ese gobierno. Eso ha generado siempre que tengamos con no solo con la secretaria de derechos humanos, con el gobierno general una relación muchas veces de conflicto." (Cipriano García 21.02.2020)

Für die Kommission wurde, seit der Gründung des CCT, der Bereich der Menschenrechtsverletzungen in der Gegenwart immer zentraler. Unabhängig von den politischen Dynamiken zeigt sich die klare Überzeugung der Kommission, sich für die Opfer einzusetzen und einen Politikwechsel zu fordern. Dabei sind die Umstände und das Politikfeld der inneren Sicherheit komplexer und Erfolge wesentlich schleppender zu erreichen als im Bereich der Erinnerungspolitik. Die Gründung von Institutionen wird unter anderem dann notwendig, wenn gesellschaftliches Handeln verstetigt werden muss. Die Gründung einer provinzeigenen Institution, die sich vornehmlich mit der Erinnerung und Aufarbeitung der Militärdiktatur beschäftigt, mag aus heutiger Sicht nicht überraschen. In Argentinien Ende der 1990er Jahre ist dies allerdings etwas anderes. Während es auf der Ebene des Nationalstaates Versuche gab, das Vergessen zu institutionalisieren, schuf die Provinz Buenos Aires eine Institution der Erinnerung. Erinnerungspolitik sollte hier einen eigenen Raum zur Entfaltung bekommen, zentral waren die Aufarbeitung und Vermittlung der traumatischen Geschichte. Der Staat formte einen Akteur, der zwar aus angesehenen Mitgliedern der Menschenrechtsorganisationen gebildet wurde, sich aber schnell eine eigene Logik und eigenes Selbstverständnis gab. Der Gründung lagen Erfahrungen, unter anderem der CONADEP, zugrunde, eine Erfolgsgarantie gab es aber nicht. Aus der regionalen politischen Dynamik heraus nahm die Kommission ihre Arbeit auf. Das staatliche Handeln wurde erstmals auf diesem Politikfeld geordnet.

Mit der Etablierung begann die Suche nach Legitimation, um im Feld der Erinnerungs- und Menschenrechtspolitik als eigenständiger Akteur aufzutreten. Die CPM gliederte die Menschenrechtsorganisationen ein und formte dann eine wissenschaftliche und professionelle Arbeitsweise. Darüber hinaus schuf sich die Kommission mit dem CCT und der Bearbeitung der Menschenrechtsverletzungen in der Gegenwart einen neuen Themenbereich. Hierbei handelt es sich um eine Form des institutionellen Wandels. Die Kommission suchte sich selbstständig, aus sich heraus, ein neues Arbeitsfeld. Dies brachte Konflikte innerhalb der CPM und des Feldes

der Menschenrechtsorganisationen mit sich, letztlich stärkte diese thematische Erweiterung jedoch die Stellung der Kommission im Feld.

Die CPM organisiert Erinnerung. Durch das Archiv der DIPPBA ist sie in der Lage, auszuwählen, woran erinnert werden soll. Hierüber eröffnen sich deutlich mehr Möglichkeiten, als wenn es sich „nur“ um ein *centro clandestino de detencion* handeln würde. Diese Auswahl und Organisation der Erinnerung gibt der CPM ein besonderes Profil in der argentinischen Erinnerungslandschaft. Hinzu kommt die Übernahme des hohen Grades der Ritualisierung in der argentinischen Erinnerungskultur. Nicht nur zu den nationalen Anlässen, wie dem Tag des Putsches, tritt die Kommission in der Öffentlichkeit auf, ferner haben die jährlichen Veröffentlichungen der Berichte einen hohen Ritualisierungsgrad. Dabei werden ihre Interventionen in der Öffentlichkeit dadurch wirkmächtig, dass sie in der symbolischen Darstellung denen der Menschenrechtsorganisationen und damit des Widerstandes gegen die Diktatur gleichen. Bei der Herausstellung der Kontinuitäten zwischen Vergangenheit und Gegenwart wird dies besonders deutlich. Die Übernahme von Symbolen und Handlungen schafft für Beobachterinnen und Beobachter sowie Teilnehmende eine eindeutige Orientierungsleistung, die sich im Kampf gegen die institutionelle Gewalt des Staates zeigt. Die Darstellung der Opfer, die Sichtbarmachung ihrer Angehörigen, insbesondere der Mütter, ist hierfür exemplarisch. Dass es sich bei der CPM dabei ebenfalls um einen staatlichen Akteur handelt, ist aus der Logik lateinamerikanischer oder argentinischer Behörden heraus ein Widerspruch, der sich erst dann auflöst, wenn ein detaillierter Blick auf die Entstehung und Zusammensetzung der CPM geworfen wird.

Mit der Gründung der CPM institutionalisierten sich die Werte und Überzeugungen der argentinischen Menschenrechtsorganisationen über deren *belief systems* in einer staatlichen Institution. Faktoren für den Erfolg der Etablierung der Kommission im Politikfeld gab es verschiedene; am Anfang waren es die Honoratioren, die aus den Organisationen heraus Legitimität in die staatliche Institution mitbrachten. Im zweiten Schritt war es das Täterarchiv der DIPPBA, welches der Kommission eine einzigartige Stellung verschaffte. Als dritter Punkt muss die gewonnene und behauptete Autonomie und Autarkie der Kommission stehen, die sie trotz politischer Konflikte weiterhin innehat.

– Beantwortung der Hypothesen –

Mit Blick auf die im zweiten Kapitel gestellten Hypothesen lassen sich folgende Aussagen treffen:

H1) Der Gründung von staatlichen Institutionen im Feld der Erinnerungspolitik gehen externe Ereignisse voraus, die die Kräfteverhältnisse zwischen den ACs im Feld verändern.

Die CPM ist ein Produkt einer äußeren Einwirkung auf die *Advocacy Coalition*. Anders als zum Beispiel die Übergabe der ESMA an die Menschenrechtsorganisationen war die Kommission keine Forderung der Organisationen in der Provinz Buenos Aires. Sie kam in erster Linie durch die Initiative Cerrutis und der Parlamentarier zustande. Das zweite äußere Ereignis war die Wahl Carlos Ruckaufs zum Gouverneur der Provinz, der vor allem mit seinem harten Kurs gegen die Kriminalität die Wähler überzeugen konnte und damit innerhalb des progressiven Lagers Panik erzeugte. Die Idee, eine staatliche Kommission zu etablieren, profitierte durch die gesammelten Erfahrungen im Feld. Hauptsächlich die CONADEP gab ein Modell vor, wie staatliche Stellen mit den Menschenrechtsorganisationen kooperieren konnten. Zentral war dabei die Rolle der Honoratioren. Das letzte externe Ereignis war der „Fund" des Archivs der DIPPBA. Die Sicherung des Archivbestandes durch die CPM führte dann zur Etablierung im Feld der Erinnerung und Menschenrechte.

H2) ACs bestimmen nach der Gründung der Institutionen deren Grenzen und Möglichkeiten ihrer Handlungen, obwohl es sich ab diesem Zeitpunkt bereits um (unabhängige) staatliche Institutionen handelt.

Im Falle der CPM ist dies sehr eindeutig. Die Honoratioren stammten, in den meisten Fällen, aus Menschenrechtsorganisationen. Sie brachten ihre persönlichen Erfahrungen, Kenntnisse und Fähigkeiten in den Aufbau der Kommission ein, aber auch die ihrer „Stamm"-Organisation. Sie verließen nicht ihre angestammten Organisationen – Estela de Carlotto blieb Mitglied der *Abuelas*, Adolfo Pérez Esquivel blieb Mitglied von SERPAJ –, so dass diese Dynamiken in die Kommission getragen wurden. Dies spielte dann eine Rolle, als die Kommission sich dem Arbeitsfeld der Menschenrechtsverletzungen in der Gegenwart annahm. Hier versuchten die historischen Menschenrechtsorganisationen, Einfluss auf die Agenda der CPM zu nehmen.

H3) Bei ihrer Gründung übernehmen die Institutionen die belief systems *ihrer AC. Dadurch lassen sich auch Konflikte mit anderen staatlichen Institutionen erklären.*

Die Kommission nahm sich der Grundwerte und Überzeugungen der argentinischen Menschenrechtsbewegung an. Der Einsatz für die Gültigkeit der Menschenrechte, der Wille zur gesellschaftlichen Transformation und der Respekt vor den Opfern der Diktatur standen hier an erster Stelle. Hinzu kam die politische Neutralität, die die Menschenrechtsbewegung über Jahrzehnte auszeichnete und die sich selbst abseits der parteipolitischen Konflikte sah. Diese Dynamik ändert sich mit dem Streben des Kirchnerismus, in der Menschenrechtsbewegung die hegemoniale politische Kraft zu sein. Die CPM sieht sich hier aber immer noch in der Tradition der

parteipolitischen Neutralität. Dies ist ein Fakt der sichtbar wird, wenn die Sicherheitspolitik und das Gefängnissystem evaluiert wird. Parteipolitische Nähe drücken die Berichte nicht aus. Die CPM sieht sich als staatliche Menschenrechtsorganisation, die selbstverständlich das gleiche *belief system* besitzt wie das Feld der Menschenrechtsorganisation, die sie umgeben.

H4) Tragen die Institutionen Konflikte im Feld der Erinnerungspolitik aus, haben diese vor allem einen erinnerungskulturellen Hintergrund.

Die erinnerungspolitischen Konflikte gehen nicht an der CPM vorüber. Sie ist, wie das gesamte Feld, Austragungsort solcher Debatten, das Beispiel hierfür wäre die Diskussion um die Verwendung des Begriffes Genozid. Die Arbeit zeigt allerdings deutlich, dass mit der Etablierung des Kirchnerismus als zentraler Kraft in Argentinien und besonders im Feld der Erinnerungspolitik sich die Konflikte politisieren. Zwar gibt es Debatten und Auseinandersetzungen, die sich um die Interpretation der Vergangenheit drehen, allerdings sind diese deutlich mit der Politik vermengt. Damit verließen die Auseinandersetzungen oftmals den Raum der Erinnerung und Vergangenheit und politisierten sich vollends. Erinnerungspolitik wird damit zu einem Vehikel für die politische Auseinandersetzung.

H5) Die Institutionen suchen nach Legitimation über die gleichen Wege wie andere Akteure im Feld. Die Beziehungen zum Feld geben der Institution Legitimation und sorgen so für die Stabilität und das Funktionieren der Institution.

Natürlich legitimieren sich die Institutionen über gute Arbeit sowie erfolgreiche Projekte. Doch in der argentinischen Debatte um Erinnerung und Aufarbeitung der Diktatur gibt es die zentrale Legitimation der Opfer und deren Angehörigen. Sie sind aufgrund ihres Blutes legitimiert, zu sprechen und Forderungen zu erheben. Die CPM wich bereits in ihrer Gründung von diesem Modell der Legitimation des Blutes, beziehungsweise der eigenen Geschichte, ab. In der Kommission sollten vor allem die Professionalität und die akademischen Kenntnisse einer Person für die Arbeit im Bereich der Erinnerung und der Menschenrechte qualifizieren. Dies betrifft ebenso die Legitimation, in den erinnerungspolitischen Debatten zu intervenieren. Entweder beruht dies auf der persönlichen Geschichte oder auf gesammelter Erfahrungen und Wissen im Feld. Die Kommission hat sich in den 20 Jahren ihres Bestehens große Legitimation erworben. Hier sind drei wichtige Punkte zu nennen. An erster Stelle steht die Arbeit mit dem Archiv der DIPPBA, hiermit hat die CPM einen Fundus an Quellen und Dokumenten über die Diktatur und darüber hinaus, wie es ihn kein zweites Mal gibt. An zweiter Stelle steht die kontinuierliche

Jugendarbeit mit *Jóvenes y Memoria*. Als dritter Punkt ist die Arbeit der Kommission im gesamten Territorium zu nennen, der den Anspruch unterstreicht, nicht nur eine Kommission für La Plata darstellen zu wollen.

H6) Staatliche Institutionen im Feld der Erinnerungspolitik organisieren Erinnerung. Sie wählen aus, woran wie erinnert werden soll. Sie setzen damit Themenschwerpunkte und werden erinnerungspolitisch tätig.

Ein Schwerpunkt dieses Aspekts ist die Spionage als Teil des Staatsterrorismus. Das Archiv der DIPPBA und die Organisationsleistung, die die CPM hier vollbringt, prägt die erinnerungspolitische Arbeit der Kommission. Das Archiv des Geheimdienstes ermöglicht es, diesen Punkt der Repression darzustellen. Das Bild der Militärdiktatur wandelt sich dementsprechend und es wird ein Regime, welches bewusst seine Opfer auswählt. Dies widerspricht der Sichtweise, dass es sich bei der Folter um Exzesse gehandelt haben soll. Ein weiterer Punkt ist die Darstellung der *disidencias* aus dem Archiv der Geheimpolizei heraus. Hierdurch wird ein vielfältiges Bild der Opfer gezeichnet, welches sich nicht auf Terroristen oder Revolutionäre festlegen lässt. Vielmehr zeigt die CPM, dass alle Formen progressiver Politik oder Aktivismus verfolgt wurden. Der dritte und sicherlich der zentralste Punkt in der Organisation der Erinnerung ist die Fokussierung auf die Kontinuitäten in der staatlichen Gewalt. Die CPM ist bei den Fällen besonders aktiv, in denen diese Argumentation möglich ist. Hierzu zählen Polizeigewalt, Folter in den Gefängnissen und die Spionage.

H7) Erinnerungspolitische Agenden sind abhängig von externen Ereignissen und orientieren sich an politischen Debatten.

Die erinnerungspolitische Dynamik in Argentinien wurde zwar von den Forderungen und den Kämpfen der Menschenrechtsorganisationen mitbestimmt. Letztendlich waren es jedoch die Regierungen, die mit ihren Entscheidungen die Dynamik im Feld bestimmten. Alfonsíns Entschluss, die Strafverfolgung zu beenden, kann so interpretiert werden, wie auch der Politikwechsel Kirchners. Auch wenn die argentinische Justiz eine wichtige eigene Dynamik entfaltete und eigene Akzente setzte, zeigt sich hier der Primat der Exekutive. Während der Regierung Macris verlangsamte sich die juristische Aufarbeitung drastisch, ohne dass es eine klare Politik gegen die Prozesse gab. Aber es wurden Anweisungen gegeben und Ressourcen anders verteilt. Die nationalen Regierungen stehen zentral im Fokus der Forderungen der Menschenrechtsorganisationen, da nur der Staat derjenige ist, der sie umsetzen kann, sei es mit Blick auf die Vergangenheit oder im Fall der staatlichen Gewalt in der Gegenwart.

Die CPM bildet hier gewissermaßen eine Ausnahme. Ihre Konstruktion als autonome und autarke staatliche Institution in der Erinnerungs- und Menschenrechtspolitik ermöglicht eine Agenda, die unabhängiger ist von den Dynamiken der nationalen Regierung, schlussendlich muss sie aber auf diese reagieren, wie die Reaktion auf den Negationismus ab 2015 zeigen.

H8) Der Erfolg der Institutionen hängt davon ab, ob sie eigenes Material, Quellen, Ressourcen mitbringen und dadurch ihre Legitimation im Feld stärken und ihren Einfluss vergrößern können.

Wie in H6) bereits aufgezeigt, ist die CPM in der Lage, mit ihrem Archiv eigenständige und einzigartige Beiträge zu den erinnerungspolitischen Debatten zu leisten. Der Fokus auf den Staatsterrorismus durch die Brille der illegalen Spionage und Überwachung der Bevölkerung ist dabei ein wichtiger Baustein und unterscheidet sich etwas von der klassischen Darstellung der Diktatur, die zum Beispiel stark auf die ESMA und damit die geheimen Folterzentren zentriert ist. Darüber hinaus diversifizierte die CPM ihre Tätigkeiten auf die verschiedensten Bereiche: Jugendarbeit, Kunst und Kultur, sowie Medien und die wissenschaftliche Forschung. All dies sind Tätigkeitsfelder der Kommission sowohl mit Blick auf die Vergangenheit aber auch in Bezug auf die aktuelle staatliche Gewalt. Darüber hinaus liefert das Archiv den Startpunkt für ein Narrativ, dass mit der Meistererzählung der Demokratisierung bricht und die verschiedensten Kontinuitäten in Staat und Sicherheitspolitik aufzeigt. Ebenso wichtig ist die Fähigkeit der CPM, schnell und mit eigenem Material und Analysen in aktuelle Ereignisse intervenieren zu können, wie der Fall Monte zeigt.

H9) Staatliche Institutionen im Feld der Erinnerungspolitik sind dann effizient, wenn sie unabhängig von der Exekutive sind und sich daher nicht am Zyklus von Wahlen orientieren müssen.

Staatliche Institutionen, insbesondere in Lateinamerika, sind abhängig von der Exekutive und damit an den Wahlzyklus gekoppelt. Im Falle des Sekretariats für Menschenrechte der Provinz Buenos Aires wird dies sehr deutlich. Je nach politischer Ausrichtung des Gouverneurs variiert hier die Handlungsweise und die Intensität der Arbeit. Die Exekutive setzt hier einen straffen Rahmen. Für die CPM als autonome und autarke Institution gibt es diese Restriktionen nicht. Diese Unabhängigkeit ist eine wichtige Ressource und gibt ihr einen größeren Handlungsrahmen. Zudem ist ihre Legitimation nicht an ein politisches Bündnis geknüpft. Die CPM etablierte so eine langfristige Strategie, die unabhängig von den politischen Wahlen die gleiche blieb. Dementsprechend ist die Kommission keine typische lateinamerikanische Institution.

– Zusammenfassung –

Mit der CPM entstand eine Institution, die schnell eine eigene Identität und eine eigene Dynamik im Feld der Erinnerungs- und Menschenrechtspolitik entfaltete, die weit über die im Gesetz 12.483 festgelegten Arbeitsfelder hinausgehen sollte. Die Zusammensetzung, anfänglich mit mehr Einfluss durch die Parlamentarier, wich bald einer professionalisierten Kommission aus Menschenrechtsaktivistinnen und Menschenrechtsaktivisten, Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern sowie Akademikerinnen und Akademikern. In der Außendarstellung aber auch bei der Arbeit in den Feldern der Erinnerungs- und Menschenrechtspolitik ist das zentrale Argument der CPM, dass sie autonom und autark vom Staat und der Regierung agieren kann. Dies ist wichtig für die Beziehungen zu den Menschenrechtsorganisationen, da diese Distanz wahrten. Zuweilen war diese Verhaltensweise bei der CPM sichtbar, denn manchmal ist dieser Bruch zwischen Staat und Nicht-Staat noch erkennbar.

Nach 20 Jahren Bestehen wird deutlich, wie sehr die CPM ein Kind ihrer Gründungszeit ist. Vor dem Hintergrund der Straffreiheit, zu Beginn der Wahrheitsprozesse, ist die CPM älter als andere staatliche Organisationen, die zur Zeit der Kirchners gegründet wurden. Diese Erfahrungen sind grundlegend für die Arbeit der Kommission. Zudem ist die CPM Produkt einer sicherheitspolitischen Auseinandersetzung in der Provinz Buenos Aires. Die sich ständig verschärfenden Forderungen nach einer harten Bekämpfung der Kriminalität, die Einsetzung Aldo Ricos als Sicherheitsminister, führten dazu, dass das Archiv der DIPPBA sowie deren Gebäude in die Obhut der CPM übergeben wurde. Die Arbeit mit dem Archiv und am Gedächtnis des Staatsterrorismus sowie dessen Aufarbeitung war und ist das wichtige Fundament in der Tätigkeit der Kommission. Hieraus wuchs die CPM in ihrem Ansehen, aber auch in ihrem Selbstverständnis. Die Aufrechterhaltung und die Verteidigung der Erinnerung und der Interpretationen über die Diktatur und ihre Opfer wurden besonders virulent unter der Präsidentschaft Macris. Die Dynamik der Strafprozesse erlahmte zwischen 2015 und 2019, für die Präsidentschaft von Fernández ist davon auszugehen, dass es wieder vermehrt zu Prozessen gegen Täter der Diktatur kommen wird. So wird im Jahr 2020 der Prozess über die Geschehnisse in den ehemaligen geheimen Folterzentren *Pozo de Quilmes* und Banfield eröffnet.

Die Zentralität der Menschenrechte, anstatt nur Aufarbeitung der Vergangenheit, ist wiederum der Grund warum die CPM in ihrer Arbeit schnell die Verbindung zwischen Vergangenheit und Gegenwart herstellte. Die bereits in der Gründungsphase angelegte Diskussion über die Sicherheitspolitik der Provinz Buenos Aires war hier nur ein Auslöser. Im Dialog mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern geht es häufig um die Zwangsläufigkeit der Beschäftigung mit Men-

schenrechtsverletzungen in der Gegenwart. Für sie ist es unvorstellbar, auf der einen Seite Folter und die Verbrechen der Diktatur zur verurteilen, auf der anderen Seite aber die Augen vor den Verhältnissen in den Gefängnissen und der Polizeigewalt zu verschließen. Aus der Gründung des CCT und der umfangreichen Dokumentation der Menschenrechtsverletzungen in der Aktualität entwächst eine zentrale Argumentationsstrategie der CPM, das Herausstreichen der Kontinuitäten in den Praktiken der Sicherheitsorgane. Damit bricht die CPM mit einem wichtigen Narrativ der argentinischen Demokratie, dass mit der Demokratisierung institutionelle Gewalt der Vergangenheit angehört. Die CPM setzt sich hier sehr deutlich von der bekannten Aussage Alfonsíns ab: „Con la democracia se come, se cura y se educa". Tatsächlich weist die Demokratie viele Defizite auf, insbesondere im Bereich der Menschenrechte.

Die Arbeit der CPM gegen Folter und Polizeigewalt nimmt einen großen Teil der Ressourcen ein. Die Kommission agiert hier als Anwalt der Opfer und Ankläger des Staates. Die Inspektionen in den Gefängnissen, die Sammlung und Aufarbeitung von Daten zur institutionellen Gewalt auf Provinzebene, aber auch darüber hinaus, ist eine umfangreiche Arbeit. Den Erfolg zu bewerten ist dabei schwierig. Im Fokus steht die Sichtbarmachung der Verhältnisse in den Gefängnissen und die Auswirkungen der staatlichen Sicherheitspolitik. Änderungen der Praktiken oder gar der Sicherheitspolitik gab es kaum. Von 2015–2019 hat sich die Situation noch verschlechtert.

In fast allen Themenbereichen arbeitet die CPM auch mit internationalen Partnern zusammen, sei es mit der Interamerikanischen Kommission für Menschenrechte oder auch mit den Erinnerungsorten in Chile. Dabei geht es immer um einen Austausch von Erfahrungen und Perspektiven. Die CPM nutzt ihre Stellung im Feld der Erinnerung, um anderen staatlichen und nichtstaatlichen wie auch internationalen Akteuren einen Raum zum Austausch von Ideen und für Debatten zu geben. Die Kommission kann über Konferenzen und Vernetzungstreffen eigene Ideen und Anregungen in das Feld einbringen. Für diese Arbeit erfährt die Kommission große Wertschätzung.

Die CPM ist in den 20 Jahren ihres Bestehens zu einem vielseitigen staatlichen Akteur in der Erinnerungs- und Menschenrechtspolitik geworden. Dabei steht die Verbindung von Vergangenheit und Gegenwart im Mittelpunkt. Die Zukunft spielt jedoch auch eine wichtige Rolle. So sind die Bemühungen und die Ausweitung von *Jóvenes y Memoria* zu sehen. Die CPM will mehr als eine bloße Vermittlung der Vergangenheit. Die Kommission gibt den heranwachsenden Generationen das Wissen und die Werkzeuge in die Hand, um eine bessere Zukunft zu gestalten. Bei der Transmission der Erinnerungen, die natürlich nicht nur auf die Jugend ausgerichtet ist, nutzt die CPM eine Vielzahl von Zugängen und Medien. Angefangen von der

einflussreichen Zeitschrift *Puentes*, über Erinnerungsorte bis hin zu einem Kunstmuseum. Alle Ebenen werden von der Kommission genutzt, um Erinnerungspolitik zu machen. Insbesondere die Erinnerungsorte, das ehemalige Gebäude der DIPPBA und der *Pozo de Quilmes*, zeigen die erinnerungspolitische Agenda der Kommission genau. Es geht um die Vermittlung des Staatsterrorismus in seinen unterschiedlichen Erscheinungsformen. Dabei stellt die CPM die Kontinuitäten zwischen Diktatur und Demokratie heraus. Die illegale Spionage der DIPPBA bis zur ihrer Auflösung und die andauernden Menschenrechtsverletzungen durch die Polizei und in den Gefängnissen sind hierfür die zentralen Punkte.

Unter Berücksichtigung der Opfer der vergangenen und aktuellen Menschenrechtsverletzungen fasst die CPM ihre eigene Rolle folgendermaßen zusammen:

> „La CPM avanzó asumiendo la relación dialéctica entre pasado y presente, inscribiendo en un mismo campo las violaciones de derechos humanos de ayer y de hoy. En este sentido amplió el campo de la memoria y los derechos humanos no solo en la dimensión temporal, sino incorporando otras víctimas y otros victimarios. Ambos menos reconocidos como tales, en tanto las víctimas de torturas hoy – la mayoría varones, jóvenes y pobres – no generan la misma empatía que los desaparecidos ni sus victimarios – policías y penitenciarios– el mismo rechazo que los genocidas.“ (Raggio und Cipriano García 2019, S. 125–126)

Die Erinnerungs- und Menschenrechtspolitik besitzt ohne Zweifel eine politische Agenda, die eng mit den Menschenrechten verknüpft ist. Am Ende steht eine Transformation der Gesellschaft zu einer gerechteren, sozialeren, progressiveren Gesellschaft, zu einem Gegenprojekt zum Neoliberalismus, der vielfach als Feindbild und Negativfolie gilt. Handelt es sich hierbei um das Projekt der 1970er Jahre, wie Kritiker meinen könnten? Wohl kaum. Vielleicht aber um eine moderne Version davon.

6. Fazit: *Visibilizar las luchas* – Die Erinnerungs- und Menschenrechtspolitik der CPM

Warum erinnern Gesellschaften an traumatische Ereignisse ihrer Vergangenheit? Warum errichten sie Museen, Erinnerungsorte oder Institutionen, die die Vergangenheit wachhalten? In Argentinien lassen sich diese Fragen mit *nunca más* beantworten – nie wieder Diktatur, Menschenrechtsverletzungen, Verschwindenlassen. Mehr als 35 Jahre nach der Demokratisierung gibt es am Río de la Plata keine Anzeichen, dass die Militärs wieder die Macht übernehmen und die demokratische Abfolge von Regierungen unterbinden könnten. Seit der Militärdiktatur kämpfen die Menschenrechtsorganisationen für ihre Ziele – *memoria*, *verdad* und *justica* – die sie nur in Teilen verwirklicht sehen.

– memoria, verdad und justica –

Die Erinnerung an die Militärdiktatur ist Teil des politischen und gesellschaftlichen Lebens. Am 24. März finden landesweit Demonstrationen statt. Der Staat hat sich über Museen und Erinnerungsorte sowie vielen anderen Erinnerungspolitiken zur *memoria* verpflichtet. Umstritten ist und bleibt, woran erinnert wird, wie die Vergangenheit interpretiert wird und welcher politische Nutzen aus ihr gezogen werden kann. Waren die Opfer der Militärdiktatur von 1976 bis 1983 unschuldig, wie eine oberflächliche Lektüre von „Nunca más“ nahelegen kann, waren sie soziale Aktivistinnen und Aktivisten, die in den *barrios* das Leid lindern wollten, oder waren sie Revolutionäre, die ihren Traum von einer gerechten Gesellschaft auch mit Waffengewalt verwirklichen wollten? Diese Narrative stehen dem der gewalttätigen Terroristen gegenüber, die den Staat schwächten und die Militärs zu einer Reaktion zwangen. Erinnerungen und Interpretationen konkurrieren um die Deutungshoheit, sie waren aber immer Teil einer politischen Strategie. Die Interpretation der politischen Gewalt als Krieg, die Theorie der zwei Dämonen, die Darstellung der Ereignisse als Genozid und die Auffassung vom Staatsterrorismus sind politische Interpretationen der Vergangenheit, die Auswirkungen auf die Gegenwart haben. Die Auseinandersetzung, der Widerstreit um die Erinnerung und Interpretation, sind die *luchas por la memoria*. *Memoria* ist hier ein Prozess, der nicht abgeschlossen ist. Die Schwerpunkte des Erinnerns können sich wandeln, die öffentliche Diskussion über die Vergangenheit sich verändern.

Verdad – Wahrheit hat verschiedene Ebenen. Zum einen können wir von einer historischen Wahrheit sprechen, die durch wissenschaftliche Forschung gestützt wird. Zum anderen gibt es die juristische Wahrheit. Die Gerichtsurteile, angefangen vom *juicio contra las juntas* bis hin

zu den hunderten Prozessen seit 2006, haben in der argentinischen Gesellschaft eine große Bedeutung. Für die direkt Betroffenen ist die Suche nach Wahrheit in vielen Fällen aber immer noch die Suche nach der Antwort auf die Frage, was wirklich mit den Verschwundenen passiert ist. In der argentinischen Öffentlichkeit vermischen sich die Punkte *memoria* und *verdad* häufig. Für das Feld der Menschenrechtsorganisationen ist der Kampf um die Wahrheit verknüpft mit der Auseinandersetzung mit der Leugnung der Verbrechen.

Justicia – Gerechtigkeit kann wiederum individuell und kollektiv verstanden werden. Individuell im dem Sinn, dass die Angehörigen Gerechtigkeit über Wiedergutmachung durch den Staat und über die Verurteilung der Täter erfahren. Kollektiv dadurch, dass der Staat Verantwortung für die Taten übernimmt und die Suche nach den Tätern unterstützt. Die größte Bedeutung haben hier selbstverständlich die strafrechtlichen Prozesse gegen die Täter der Diktatur.

Die *Comisión Provincial por la Memoria* war in all diesen Debatten als Akteur tätig und gestaltete Erinnerungspolitik in Argentinien. Doch hierbei blieb es nicht. Dem Anspruch der Menschenrechte folgend, nahm sich die Kommission des Themas der Menschenrechtsverletzungen der Gegenwart an und bearbeitet diese mittlerweile mit dem gleichen Aufwand, wie sie Erinnerungspolitik betreibt. Denn in Argentinien gibt es auch in der Demokratie Folter in den Gefängnissen, straflose Polizeibrutalität und institutionelle Gewalt als Teil der Sicherheitspolitik. Die Gefängnisse sind aufgrund einer verfehlten Politik überfüllt und das Justizsystem chronisch überlastet. Der Kampf gegen das sogenannte System der Grausamkeit, das Gefängnisse, Polizeikommissariate, geschlossene Psychiatrien und geschlossene Kinderheime miteinschließt, zeichnet die CPM als erinnerungspolitische Institution aus. Doch der Blick auf die Entstehung und den Wandel der CPM zeigt, wie eng die Themen der Vergangenheit mit den Themen der Erinnerung verknüpft sind. Dieses Zusammendenken von Vergangenheit und Gegenwart ist eine Besonderheit einiger argentinischen Menschenrechtsorganisationen und der CPM als staatlicher Institution. Doch neben dem Kampf für die Menschenrechte zeigen sich klare politische Interessen und Ziele bei der Analyse der CPM. Es wurde deutlich, wie politisch diese Fragen sind und wie komplex das Politikfeld konstruiert ist.

Dieses Schlusskapitel der Arbeit möchte die zentralen Punkte und Erkenntnisse der vorherigen Kapitel zusammenfassen, die wesentlichen Ergebnisse darstellen und die in der Einleitung formulierten Fragen beantworten. Darauf folgt ein Ausblick auf den Themenbereich und die Andeutung weiterer Forschungsfragen, die über das spezielle Fallbeispiel einer erinnerungspolitischen Institution der Provinz Buenos Aires hinausgehen. Abschließend soll eine kurze Einordnung für die deutsche Leserin und den deutschen Leser vorgenommen werden.

– Erinnerung als Politikfeld –

Die Aufarbeitung der Vergangenheit, die Arbeit am Gedächtnis und die Erforschung dieser Prozesse sind komplexe Vorgänge, die auf einer multidisziplinären Basis stehen. Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften sind in diesem Bereich tätig. Diese Arbeit verwendet einen Mix aus kulturwissenschaftlichen und politikwissenschaftlichen Ansätzen, die nicht immer leicht miteinander vereinbar sind. Der Forschungsbereich Theorien des Gedächtnisses und Erinnerung wächst seit Jahren, und einige Texte zählen bereits zu modernen Klassikern. Dies gilt insbesondere für Halbwachs und Nora. Begleitet wurden diese Positionen durch die Perspektive des Ehepaars Assmann und eine Reihe von Texten, die in Argentinien stark rezipiert werden, wie von Pollak und Todorov. Diese Texte leisten einen vergleichenden Beitrag, da sie zum Teil von den Akteuren selbst rezipiert werden. Dieses Kapitel (2.1.1) hätte um weitere Autorinnen und Autoren ergänzt werden können, was aber nur wenig an den grundlegenden Aussagen geändert hätte.

In seinem unvollendeten Werk zeigt Halbwachs (1967), dass es nicht nur die individuellen Erinnerungen eines Subjektes gibt, sondern Erinnerungen kollektiv geformt werden können. Damit bestimmen soziale Gruppen, Umgebungen und Räume das Gedächtnis. Medien, Kulturformen und Interaktionen haben so Einfluss auf das Gedächtnis. Hieran schlossen sich die Überlegungen Jan (2011) und Aleida Assmanns (2007, 2013) an, die von unterschiedlichen Gedächtnisformen, dem kommunikativen und dem kulturellen, ausgehen. In dieser Arbeit ging es vor allem um das kommunikative Gedächtnis, das sich relativ nah am Zeithorizont der Gegenwart befindet, aber nicht ohne Bezüge auf das kulturelle Gedächtnis, das weiter zurückreicht, auskommt. In ihrer Präzisierung der Ideen von Halbwachs und ihrer Ausweitung des Gedächtnisses auf die Nation beziehungsweise Nationalstaaten und die Kollektividentitäten bringen die Assmanns eine eindeutige politische Perspektive in die Gedächtnisforschung ein. Ergänzt wurde dies durch die Bearbeitung des Vergessens.

Der Verweis auf Connerton (1989) legte einen stärkeren Fokus auf Rituale und auf eine „Verkörperung“ der Erinnerung. Beide Punkte sind für die Erinnerungskultur in Argentinien bedeutsam. Todorov (2008) wiederum macht deutlich, dass Staaten oder politische Gruppen das Gedächtnis für ihre Zwecke nutzen können. Erinnerungspolitik kann hier nicht nur progressiv, zur Anerkennung von Opfer und Leid genutzt werden, sondern wird zu einem Instrument von autoritärer und totalitärer Herrschaft, wo Erinnerungen manipuliert und ausgelöscht werden. Pollak knüpft an diesem Punkt an und sieht die Effekte einer nationalen Geschichtsschreibung, die gewisse Erinnerungen ausblendet und damit an den Rand drängt. Für ihn sind es die Subalternen, die randständigen Gruppen, die kaum oder keinen Zugang in das nationale Gedächtnis finden

und deren Erinnerungen sich gewissermaßen im Konflikt mit den hegemonialen Erinnerungen befinden. Pollak hebt aus eigener Erfahrung die *Oral History* als Arbeitsweise hervor, um diesen Konflikt zu bearbeiten. In der Praxis zeigt sich sehr deutlich, dass diese unterdrückten Erinnerungen insbesondere in Post-Konflikt-Gesellschaften bearbeitet werden müssen, um den Opfern Gerechtigkeit zukommen zu lassen.

Ein zentraler Aspekt bei vielen der Autorinnen und Autoren ist die Differenzierung von Erinnerung und Geschichte. Geschichte bleibt streng genommen der Geschichtswissenschaft überlassen, Erinnerungen sind universeller und nicht zwangsläufig an eine wissenschaftliche Erhebung gebunden. Das Gedächtnis formt sich durch Interaktionen von Gruppen, Kultur und Medien. Erinnerungen von subalternen Gruppen finden spät oder manchmal gar nicht Eingang in die nationale Erinnerung. Dieses Thema ist zugleich Bestandteil der Überlegungen Noras (1992), der sich mit den *lieux de mémoire* einer besonderen Form der Erinnerung, dem Erinnerungsort widmet. Nora zeigt, dass Orte und Räume, aber auch abstraktere Konzepte, das Gedächtnis formen.

Für Gesellschaften, die besondere Traumata erlebt haben, sind die Erinnerung an diese dunklen Kapitel der Geschichte zentral. Krieg, Völkermord oder Bürgerkrieg sind solche Traumata, die eine intensive Arbeit am Gedächtnis erfordern, wobei nicht nur das Erinnern, sondern auch das Vergessen Teil des menschlichen Umgangs mit solchen verstörenden Erfahrungen ist. Erinnerungen sind sozial konstruiert und die politischen Kräfte beziehungsweise der Staat, können hierauf Einfluss nehmen. Die Ziele können hier sehr unterschiedlich sein: eine nationale Meistererzählung schaffen, bestimmte Politiken legitimieren oder delegitimieren oder Wiedergutmachung erreichen. Für eine moderne Gesellschaft sind Erinnerung und Gedenken zwar sehr wichtig, sie ersetzen jedoch nicht die Aufarbeitung der Vergangenheit. Ohne eine aktive Aufklärung der Vergangenheit durch Justiz sowie Geschichts- und Sozialwissenschaften kann gesellschaftliches Erinnern nicht funktionieren. Argentinien zeigt dies sehr deutlich. Trotz vieler zivilgesellschaftlicher Initiativen und kleinerer staatlicher Erinnerungspolitiken blieb das große Ziel der Menschenrechtsbewegung die Aufhebung der Straffreiheit. Ähnliche Relevanz kommt in der Bundesrepublik den Frankfurter Auschwitz-Prozessen zu. Natürlich gelangt die juristische Aufarbeitung des Unrechts einmal an ihr Ende, doch bricht die gesellschaftliche Debatte über die Verantwortung und die Lehren, die aus der Vergangenheit zu ziehen sind, nicht ab.

Da Erinnerung und Aufarbeitung politische Prozesse sind, ist es angebracht, hier von einem Politikfeld zu sprechen. In jedem Staat können politische Prozesse beobachtet werden, die Einfluss auf das Erinnern oder die Aufarbeitung der Vergangenheit nehmen wollen, und hierzu

muss das Vergessen ausdrücklich zählen. Gedenktage, staatliche Museen und Fragen von Wiedergutmachung sind Beispiele für Erinnerungspolitik. Doch nicht immer sind Regierung und Verwaltung bereit, diese Schritte von sich aus zu gehen. In vielen Fällen sind es zivilgesellschaftliche Initiativen, die erinnerungspolitisch tätig werden und Forderungen an den Staat tragen. Es können ebenso Verschiebungen der gesellschaftlichen Debatten zu den Themen der Vergangenheit auftreten, diese können die Regierung dann zum Handeln zwingen. Wie in allen Politikfeldern finden sich Konflikte um Ressourcen, Macht und Interessen. Es handelt sich insbesondere um Formen der symbolischen Macht, die auf diesem Feld erworben werden. Politische Projekte können im Bereich der Erinnerung und Aufarbeitung Legitimation gewinnen oder für einen Legitimationsverlust des politischen Gegners sorgen. Es handelt sich dementsprechend um ein sehr normativ aufgeladenes Politikfeld. Ein wesentlicher Unterschied zu anderen Politikfeldern ist, dass Gesetze oder Beschlüsse in der Erinnerungspolitik nicht immer sofort messbare *outcomes* erzeugen. Anders als etwa in der Umweltgesetzgebung, wo der Schadstoffausstoß gemessen wird, bleiben die Erinnerung und die Interpretation der Vergangenheit ein diffuser Gegenstand, der nur schwer mit quantitativen Methoden erforscht werden kann.

Trotz dieser Unterschiede und der Besonderheiten im Politikfeld ist das *Advocacy Coalition Framework* ein guter Ansatz, um sich dem Politikfeld zu nähern. Die Gruppierung von Akteuren zu Koalitionen, die über ihre Überzeugungen und Ziele zusammengehalten werden, ist etwas, dass sich wohl auf alle Politikfelder anwenden lässt. Obwohl Sabatier sich in der Weiterentwicklung seines Ansatzes bemühte, den Staat als differenzierten Akteur, unterteilt nach Ebenen, darzustellen, zeigte sich in Argentinien eine sehr eindimensionale Sichtweise auf den Staat. In der Erinnerungs- und Menschenrechtspolitik wurde er von den Menschenrechtsorganisationen, der *Advocacy Coalition*, als Gegner wahrgenommen. Erst unter den Kirchners änderte sich dies, und es wurden feste politische Allianzen geschaffen. Nichtsdestotrotz bietet das ACF, insbesondere unter Berücksichtigung der *belief systems,* einen sehr guten Zugang zur Erklärung der Institutionalisierung der CPM. Weniger Verwendung fand in dieser Arbeit die Einbindung des langfristigen Lernens in politischen Prozessen. Dies lässt sich hier mit der Art des Untersuchungsgegenstandes, einer Institution, aber auch durch die Schwierigkeit, Politikergebnisse in diesem Feld zu messen, erklären.

Der Institutionalismus gibt Hinweise darauf, warum gesellschaftliches Handeln institutionalisiert wird und welche Effekte dann auftreten können. Für den Bereich der Erinnerung wurde klar, dass es um die Organisation der Erinnerung geht, Ritualisierung spielt ebenso eine Rolle. Über die Auswahl und Aufbereitung der Erinnerung können Regeln vorgegeben werden an, denen sich gesellschaftliches Handel orientieren soll. Für den institutionellen Wandel finden

sich ebenfalls Erklärungsansätze. Im Feld der Erinnerungspolitik zeigt sich am Ende, trotz vielfältiger gesellschaftlicher Prozesse, ein Hang zur Top-Down Regelung und einer Fokussierung auf die Elite. Diskurse und Narrative sind in diesem Feld besonders entscheidend und tragen zur Veränderung von Institutionen bei. Dies stellt eine direkte Verknüpfung zu den *belief systems* dar.

Anders als bei anderen Fallbeispielen, exemplarisch sei hier die doppelte Aufarbeitung der Diktaturvergangenheit in Deutschland genannt, gehen in Argentinien die Fragen der Erinnerungspolitik einher mit den Menschenrechten. *Memoria* und *derechos humanos* sind untrennbar miteinander verwoben. Die Gründe hierfür liegen in dem Widerstand der Menschenrechtsorganisationen gegen die Diktatur und in der konsequenten Arbeit für Gerechtigkeit in der Demokratie. Die Menschenrechte als Grundlage ihres *belief systems* sind dann der entscheidende Faktor für die Verbindung von Vergangenheit und Gegenwart. Die Menschenrechte als Widerstandsnarrativ aus der Zeit der Diktatur werden in der Demokratie zum Kampf für soziale und politische Rechte. Auch wenn dies nicht immer als automatischer Prozess ablief, wie der Kampf, den die CPM führen musste, um Menschenrechtsverletzungen in der Gegenwart zu bearbeiten, zeigte. Darüber hinaus lassen sich unter dem Kampf für die Menschenrechte viele Punkte vereinigen, in denen zivilgesellschaftliches Engagement nötig ist. Hierzu zählen Armut, Landverteilung, Umwelthemen, Feminismus und vieles mehr. Die Besonderheit in Argentinien ist die Legitimation, mit der die historischen Menschenrechtsorganisationen ausgestattet sind. Diese gesellschaftliche Anerkennung erlaubt es ihnen, Themen der Gegenwart aufzugreifen.

Bei der Aufarbeitung der Vergangenheit und der Erinnerung an die Militärdiktatur heute sind die Menschenrechtsorganisationen, ihre Interpretation der Vergangenheit und primär ihr Aktivismus der Schlüssel zum Verständnis. Neben den Initiativen der Regierungen waren es vor allem die Menschenrechtsorganisationen, die sich ohne Unterbrechung für *memoria*, *verdad* und *justicia* eingesetzt haben. Unter den Kirchners erhielten sie einen direkten Zugang zum Staat und nahmen eine privilegierte Position ein. Hinter den Menschenrechten stehen aber nicht nur die Paragraphen oder das Ideal, welches angestrebt wird. Es ist ein politisches Projekt, das Teile der Überzeugungen der lateinamerikanischen Linken beinhaltet. Es sind klar anti-neoliberale Standpunkte, ein gewisser Antiimperialismus und die Betonung der lateinamerikanischen Solidarität vorhanden. Für Argentinien bleiben *Madres* und *Abuelas* politisch-moralische Orientierungspunkte, die für die nachfolgenden Generationen Giganten des friedlichen Widerstandes geworden sind.

Für die Erforschung einer erinnerungspolitischen Institution waren die Bedingungen für diese Arbeit ideal. Ein langfristiger Forschungsaufenthalt, der eine Begleitung der Institution über

ein ganzes Jahr ermöglichte, er brachte ein besseres Verständnis der Abläufe und vor allem der Interventionen in die Öffentlichkeit. Zu sehen, wie die Kommission auf verschiedene Ereignisse – Monte oder auch die Unruhen in Chile –, reagierte, half bei der Analyse der Institution. Die vielen Beobachtungen der öffentlichen Veranstaltungen stellen ein zentrales Puzzlestück dar. Darüber hinaus gaben die Interviews wichtiges Material für die Analyse. Hier könnte eingewandt werden, dass mehr Interviews die Analyse bereichert hätten. Doch hätte dies die Kernaussagen kaum verändert. Sandra Raggio und Roberto Cipriano García sind im täglichen Ablauf die wichtigsten Personen in der Kommission. Bei einer anderen, enger gefassten Fragestellung wären andere Methoden sicherlich besser gewesen, etwa eine eingehende Inhaltsanalyse der Berichte zur Lage in den Gefängnissen. Da hier jedoch die gesamte Institution – ihre Entstehung und ihr Wandel – betrachtet wurde, hat sich der offene Methodenmix als Zugang bewährt. Selbstverständlich haben ebenso die vielen Hintergrundgespräche mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und anderen Forschenden zur Analyse beigetragen. Dies gilt insbesondere für die Erinnerungsorte.

Können erinnerungspolitische Fragestellungen sozialwissenschaftlich bearbeitet werden? Ja, durchaus. Aber es müssen weiche und flexible qualitative Methoden genutzt werden. Ein Themenbereich, der so sehr von Überzeugungen, Interpretationen und Werten geprägt ist, muss von innen her, durch Beobachtung und Gespräche, erschlossen werden. Es ist schwer, die Diskurse über die Vergangenheit aus der Ferne zu analysieren und zu verstehen. Die Worte und Geschichten sind nur eine Seite. Auf der anderen Seite stehen die materiellen Objekte, die das Gedächtnis ausmachen und den Erinnerungen eine ganz andere Dimension geben. Die ESMA ist so ein Ort. Doch in La Plata ist es die *Casa Mariani-Teruggi*, die mehr als 40 Jahre nach dem Angriff durch die Militärs jedes Einschlussloch und jeden Granatsplitter als Narbe trägt. In den 2000er Jahren aufwendig renoviert, mit dem Ziel, das Haus als Marker der militärischen Repression gegen die *Montoneros* zu erhalten, ist es aber auch Ort des Verschwindens der dreimonatigen Tochter des Ehepaars Mariani-Teruggis. Das Haus ist seit 2004 historisches Monument der Nation und öffnet dem Publikum an Wochenenden seine Türen. Die Eindrücke und Schilderungen durch die sehr jungen freiwilligen Guides geben wieder, was der Wandel in der staatlichen Erinnerungspolitik unter den Kirchners bedeutet. Dieses Haus wird zu einem geschützten Erinnerungsort, und was in den 1990er Jahren eine verborgene – subalterne – Erinnerung war, wird zum nationalen Erinnerungsort. 1993 brachten verschiedene *militantes* eine Plakette an (vgl. Espinosa 2012, S. 43), auf der zu lesen ist „Casa de la resistencia nacional ‚Diana Esmeralda Teruggi'. En esta casa se defendio la patria, la justicia, la libertad y la dignidad". Dies geschah zu einer Zeit, da das Haus noch leer und verwaist war. Erst später

nimmt sich die *Abuela* María Isabel „Chicha“ Mariani dem Haus an und gründet die *Asociación Anahí*. Doch die Erinnerungen an den Widerstand werden etwa zehn Jahre später Teil des erinnerungspolitischen Projekts der Regierung unter Kirchner. Es ist ein Ort, an dem alles sichtbar ist: militärische Repression, Krieg[55], Guerilla[56], Widerstand, unschuldige Opfer[57], soziale Revolutionäre – alles ist dort vorhanden. Auf eine Weise ist er einzigartig durch den Erhalt und die konsequente Arbeit dort, andererseits gab es allein in La Plata zwei weitere Häuser der *Montoneros*, die auf ähnliche Art und Weise angegriffen wurden.

Bei der Erforschung von Erinnerungskultur ist es wichtig, die Kontextfaktoren sehr gründlich zu erschließen, um so Kenntnisse über die Codes im Feld zu erlangen. Ein Beispiel für diese Besonderheiten ist das Verhältnis der Menschenrechtsorganisationen zum Wort *reconciliación* – Versöhnung, das weiter unten noch ausgeführt wird. Der argentinische Fall hat viele Besonderheiten, der Diskurs über die Vergangenheit wurde anfangs wesentlich durch die Debatten in der Holocaustforschung geprägt, später entstand eine eigene immense Produktion von Texten zu diesem Thema. Deutlich wurde jedoch, dass es wichtig ist, Erinnerungspolitik als komplexes Ergebnis eines Zusammenspiels von Politik, Gesellschaft und Akteuren wie der Wissenschaft und regionalen oder lokalen Institutionen zu sehen.

Für das zweite Kapitel kann festgehalten werden, dass sich die Theorien zum Gedächtnis und zur Erinnerung sehr gut anwenden lassen. Allerdings sind die deutschen Beiträge hierzu natürlich von der speziellen deutschen Geschichte der Aufarbeitung von zwei Diktaturen geprägt. Diese Ansätze auf andere Kontexte zu übertragen ist nicht immer frei von Herausforderungen. Neben der Lektüre der argentinischen Autoren – Jelin muss hier als Erste genannt werden –, war es insbesondere die Lektüre derjenigen Autoren, die in Argentinien rezipiert werden, die einen weiteren Schlüssel zum Verständnis brachten. Hier soll vor allem Pollak hervorgehoben werden. Erinnerungen von Kollektiven werden durch die Gesellschaft geprägt, in Nationalstaaten konkurrieren Erinnerungen zu gewissen Ereignissen miteinander. Der Staat kann hier über Erinnerungspolitik steuernd eingreifen. Um diese Politiken herum gibt es ein organisiertes Politikfeld, in dem sich die Akteure zu Koalitionen zusammenschließen können.

---

55 Bei dem Angriff kam ein Angehöriger der Sicherheitskräfte ums Leben.

56 Die *Montoneros* betrieben hinter einer falschen Wand eine der wenigen Druckerpressen und druckten dort unter anderem die Zeitschrift „Evita Montonera“.

57 Die bis heute nicht wiedergefundene Clara Anahí.

– Phasen der argentinischen Erinnerungspolitik –

Die Arbeit ging von der Prämisse aus, dass ein tiefes Verständnis der Erinnerungspolitik nur möglich ist, wenn die vorherige Geschichte betrachtet wird. Ein Schwerpunkt lag hier auf der Schilderung der militärischen Interventionen in die Politik Argentiniens. Zudem wurde gezeigt, dass politische Gewalt eine Konstante in der argentinischen Geschichte ist. Die Verfolgung politischer Gegner durch den Staat hatte verschiedene Ziele. In der *Conquista del Desierto* führte der argentinische Staat Krieg gegen die indigene Bevölkerung, heute wird dies als Genozid betrachtet. Unter der ersten Präsidentschaft Peróns waren es zuerst die Kommunisten, die Repression zu erleiden hatten. Mit dem Exil Peróns wird der Peronismus selber zur verfolgten politischen Kraft in Argentinien. Unter der Zuspitzung des Kalten Krieges auf dem Kontinent, der Kubanischen Revolution und der Entstehung lokaler Guerillas wird der Kommunismus zum zentralen Feindbild. Die Doktrin der nationalen Sicherheit skizziert dann einen internen Feind, unter dem alles Linke oder Progressive zur Subversion erklärt wurde. Auf den „Terror" konnte der Staat nur selbst mit Terror reagieren. Die Debatte um die politische Gewalt in Argentinien ist sehr komplex und facettenreich. Sie ist Ausgangspunkt der erinnerungspolitischen Debatten, denn die Sichtweise auf die politische Gewalt der 1970er Jahre spiegelt sich in der Erinnerungspolitik wider. In der Regierungszeit Macris, in der von Terrorismus durch die bewaffneten Organisationen gesprochen wurde, verschob sich dementsprechend der erinnerungspolitische Schwerpunkt. Die Narrative schwankten zwischen Terrorismus und patriotischem Widerstand. Neben der Bedeutung der politischen Gewalt ist es vor allem das Verbrechen des Verschwindenlassens, das so grundsätzlich im Zentrum der erinnerungspolitischen Artikulationen steht. Dieses spezielle Verbrechen, das nicht nur die Opfer und deren Umfeld terrorisierte, konnte nicht einmal mehr von der Junta selbst geleugnet werden. Nichtsdestotrotz wurde die Vernichtung des politischen Gegners so weit wie es ging vertuscht. Eine Verantwortung für die 30.000 Opfer übernahm der argentinische Staat erst viel später. Die Figur der *desaparecidos* ist Basis für die argentinische Erinnerungspolitik. Das Gedenken an die Opfer markiert aber ebenso wie bei der Interpretation der politischen Gewalt einen erinnerungspolitischen Kampfplatz. Wer ist Opfer des Staatsterrorismus? Was ist mit den Opfern der AAA vor dem Militärputsch? Waren sie unschuldig oder soziale Aktivistinnen und Aktivisten? Das Fehlen endgültiger Antworten über den Verbleib unzähliger Verschwundener ist nicht nur für die Familien bis heute bedrückend, es dominiert auch den künstlerischen Umgang mit den *desaparecidos*, die von einer leeren Silhouette bis zum Passfoto reichen.

Mit den Jahren veränderte sich der gesellschaftliche Blick auf die Diktatur. Waren es anfangs die Militärs, die alleine im Fokus standen, so wurden später andere Gesellschaftsgruppen und

ihre positive Haltung zur Diktatur in den Blick genommen. In erster Linie ging es hier um die „Elite“, die großen nationalen und internationalen Wirtschaftsunternehmen inklusive der Medien. Hier geht es um die Frage, wer von der Diktatur profitierte. Vermischt wird dies mit der Diskussion um die wirtschaftlichen und sozialen Weichenstellungen der Militärdiktatur, die den Weg für die neoliberalen Reformen der 1990er Jahre bereiteten und wesentliche Grundsätze der argentinischen Wirtschaft veränderten. Hinzu kam die tiefe Diskussion um die Verantwortung der katholischen Kirche, die mit der Papstwahl von Jorge Mario Bergoglio sogar weltweit Aufmerksamkeit erregte. Auch hier ist die Wahrheit komplex. Mit Christian von Wernich wurde 2007 ein Priester zu lebenslanger Haft verurteilt, auf der anderen Seite kann an den Priester der *Villa 31* Carlos Mugica erinnert werden, der von der AAA ermordet wurde. Die Diskussion um Komplizenschaft und Verantwortung ist tiefgehend und lässt nicht immer einfache Antworten zu.

Die einflussreichsten Menschenrechtsorganisationen Argentiniens gründen sich während der Diktatur, im Kampf gegen das Unrecht und in der Suche nach den *desaparecidos* und den geraubten Enkeln. Insbesondere die *Madres* wurden zum Sinnbild für den friedlichen Widerstand. Von einer kleinen Protestrunde auf dem *Plaza de Mayo* wurden sie zur wichtigsten Menschenrechtsorganisation, der selbst die Spaltung in zwei Flügel[58] nichts von ihrer Symbolkraft nehmen konnte. Die anderen Organisationen sind ebenfalls durch ihre Arbeit während der Diktatur und später gegen die Straffreiheit geprägt. Die acht historischen Menschenrechtsorganisationen[59] habe eine klar herausgehobene Stellung im Feld der zivilgesellschaftlichen Auseinandersetzung über die Vergangenheit. Dominanz üben jedoch die Organisationen aus, die auch über ihre eigene Geschichte, ihre eigenes Blut legitimiert sind. Nach der Demokratisierung formulierten sie stets ihre Forderungen an den Staat und bildeten zusammen die AC, die dem Staat gegenübersteht.

Das Ende der letzten argentinischen Militärdiktatur kommt mit der militärischen Niederlage im Krieg um die *Malvinas*. Damit verloren die Militärs endgültig ihre Machtbasis und leiteten den demokratischen Übergang ein, nicht ohne sich zuletzt von aller Schuld an Menschenrechtsverletzungen freizusprechen. Die *Malvinas* sind ebenso ein wichtiger Erinnerungsort der argentinischen Gesellschaft, der politische Anspruch auf die Inselgruppe wird immer wieder artikuliert. Ein Teil der Veteranen sieht sich auch als Opfer der Militärdiktatur, eines völlig fehlgeplanten

---

58 Im Zuge der Transition und der Implikation der *Tansitional Justice* Politiken der Regierung Alfonsín traten immer größere Differenzen innerhalb der *Madres* zum Vorschein. Daraufhin gründete sich die *Madres de Plaza de Mayo Línea Fundadora*.

59 *Liga*, SERPAJ, APDH, MEDH, *Familiares*, *Madres*, *Abuelas,* CELS.

militärischen Manövers, der Folter und des Missbrauchs durch Vorgesetzte. Das Thema wird immer Teil der argentinischen Erinnerungskultur bleiben.

Die Wahlen 1983 brachten dann mit Alfonsín einen Kandidaten an die Macht, der die Belange der Menschenrechtsorganisationen verstand, aber eben mehr als ein Aktivist war. Seine Politik hatte die langfristige Stabilität der argentinischen Demokratie zum Ziel. Mit der Transformation begann die Regierung Alfonsíns mit den ersten Politiken aus dem Bereich der *Transitional Justice*. Er ermöglichte eine Suche nach Wahrheit und Gerechtigkeit. Hiermit fing die gesellschaftliche Auseinandersetzung um die Erinnerungspolitik in der Demokratie an.

In der Betrachtung der Aufarbeitung der Militärdiktatur in Argentinien existieren zwei dominante Phaseneinteilungen. Eine richtet sich strikt nach den Präsidentschaften und analysiert rein durch den Blick auf die Exekutive die Aufarbeitung und Erinnerung. Die andere unterteilt, neben der Phase der *Transitional Justice* unter Alfonsín, in eine Phase der Straffreiheit und in eine Phase in der die Prozesse gegen Täter der Diktatur wieder möglich waren. An dieser Stelle werden beide Schemata zusammengefügt, denn nicht immer lässt sich zwischen den Präsidentschaften eine Trennungslinie ziehen. Dementsprechend ergibt sich ein nach Inhalten und Exekutive organisiertes Bild. Tabelle 4 zeigt die fünf Phasen der argentinischen Erinnerungspolitik, wie sie in der Arbeit beschrieben wurden (siehe Kapitel 3.2). Zum besseren Verständnis und vor allem in Abgrenzung zu dem was vorher gewesen ist, wird die Geschichtspolitik der Militärdiktatur mitaufgeführt. Dies bedeutet nicht, dass wir es dort schon mit dem Politikfeld der Erinnerung und Aufarbeitung zu tun haben. Dies finden wir erst in der Demokratie. Da die Debatte um den Sinn der Vergangenheit 1983 aber nicht aus dem Nichts startet, ist es wichtig, hier den Kontrastpunkt aufzuzeigen.

Zwei Besonderheiten fallen ins Auge. Zum einen wird die Zeit von 1989–2003 als eigene Phase charakterisiert, zum anderen steht die Präsidentschaft Macris ebenfalls als eigenständige Phase. In der dritten Phase wird deutlich, dass ohne ein spezielles Engagement der nationalen Regierung es in der Zivilgesellschaft und auf Provinzebene neue Initiativen im Bereich der Erinnerungspolitik gab. Als Katalysator muss der 20. Jahrestag des Putsches gelten, danach formen sich viele kleine erinnerungspolitische Initiativen. Die Rolle der Entstehung von H.I.J.O.S. darf an dieser Stelle nicht unterschätzt werden. In dieser Phase wurde die Basis gelegt für die Erinnerungspolitik der Kirchners. Die ersten *public policies* in diesem Bereich wurden zusammen von Staat, Menschenrechtsorganisationen und Zivilgesellschaft durchgeführt. Die Wahrheitsprozesse waren die erste Beschäftigung des Justizsystems mit den Verbrechen der Diktatur seit Mitte der 1980er Jahre. Schlussendlich fällt in diese sehr vielfältige und facettenreiche Periode die Gründung der CPM.

Die Regierungszeit von *Cambiemos* wird als Phase aufgeführt, weil ein klarer Bruch mit der Erinnerungspolitik der Kirchners zu beobachten ist. Dieser ist zwar nicht so radikal und drastisch, wie es die Aktivistinnen und Aktivisten der Menschenrechtsorganisationen befürchteten. Doch gab es nicht nur eine Diskursverschiebung und eine Wiederkehr vergangen geglaubter Narrative, sondern schon den Ansatz, gewisse Maßnahmen durchzusetzen, hier sei an *dos por uno* erinnert. Darüber hinaus konnte ein stärkerer Zusammenhalt der Menschenrechtsorganisationen festgestellt werden, die nun wieder zusammen gegen die Regierung standen, während zur Regierungszeit der Kirchners doch gewisse Gräben zwischen einigen Gruppen entstanden. In der vierten Phase gab es die meisten erinnerungspolitischen Initiativen in den unterschiedlichsten Bereichen. Hier wurde die politische Allianz einiger Menschenrechtsorganisationen mit dem Kirchnerismus beschlossen. Diesem Bündnis lag die Übereinkunft zu Grunde das national-populare Politikprojekt der Kirchners zu unterstützen, und zwar nicht nur im Politikfeld der Erinnerung, sondern auch mit öffentlichen Stellungnahmen zur Wirtschaftspolitik oder zur Medienpolitik. Der Staat gründete viele neue Institutionen der Erinnerungspolitik und übergab diese zum Teil dann den Menschenrechtsorganisationen.

Tabelle 4: Übersicht über die Phasen der argentinischen Erinnerungspolitik

Phase	Zeitraum	Dominante Interpretation der Vergangenheit	Interesse der Regierung	Interesse der AC der Menschenrechtsorganisationen	Erinnerungspolitische Meilensteine
0. Phase: Militärdiktatur	1976–1983	Krieg gegen die Subversion Verschwundene sind Konsequenz der Operationen der Terroristen Opfer auf Seiten der Streitkräfte als Helden	Autoamnestie – Verhinderung der Strafverfolgung Kampf gegen die Subversion als notwendig darstellen	Suche nach den Verschwundenen Demokratisierung	Gründung der Menschenrechtsorganisationen *Madres*, *Abuelas*, ADPH, MEDH, CELS und *Familiares* Friedensnobelpreis an Pérez Esquivel
1. Phase: Transitional Justice	1983–1986	Verschiebung hin zur Theorie der zwei Dämonen Apolitische unschuldige Opfer	Wahrheitskommission durch Honoratioren Bestrafung der schuldigen Spitzen der Juntas Disziplinierung der Streitkräfte	Bi-parlamentarische Untersuchungskommission Verurteilung aller Schuldigen	CONADEP – *Nunca más* Prozess gegen die Juntas
2. Phase: Straffreiheit	1986–1996	Theorie der zwei Dämonen	Stabilität der Demokratie Versöhnung	Ende der Straffreiheit	*Punto Final* *Obediencia debida* Begnadigungen CONADI Finanzielle Entschädigung
3. Phase: Straffreiheit plus regionale und zivilgesellschaftliche Aufarbeitung	1996–2003	Theorie der zwei Dämonen Staatsterrorismus	Versöhnung Vergessen	Ende der Straffreiheit	Gründung H.I.J.O.S. *Parque de la Memoria de Buenos Aires*

				Zunehmende Betonung des revolutionären Kampfes der Opfer	*Recuperación* der geheimen Folterzentren Geständnis Scilingo Wahrheitsprozesse Gründung der CPM
4. Phase: Erinnerungspolitik im Kirchnerismus	2003–2015	Staatsterrorismus Aktivismus der Opfer im Mittelpunkt	Allianz mit den Menschenrechtsorganisationen Ende der Straffreiheit Erinnerungspolitische Offensive Politische Instrumentalisierung des Diskurses um die Vergangenheit	Ende der Straffreiheit Politisches Kapital für die Umsetzung erinnerungspolitischer Projekte Zugang zu Institutionen und Ämtern Interpretation als Genozid	Aufhebung *Punto Final* und *Obediencia debida* Wiedereröffnung der Strafprozesse gegen Täter der Diktatur Übergabe der ESMA Bildungspolitische Initiativen Stärkung der Erinnerungsorte
5. Phase: Erinnerungspolitik im Macrismus	2015–2019	Staatsterrorismus, Wiederkehr der Theorie der zwei Dämonen und der Kriegstheorie	Ende der „Rache“ Internationaler Blick auf die Menschenrechte Diskurswende Entmachtung der Menschenrechtsorganisationen	Verteidigungsstellung gegen die Diskurswende Weiterführen der Strafprozesse	Scheitern *dos por uno* Erneute Debatten um politische Gewalt und Terrorismus Zurückgehen der Strafverfolgung der Verbrechen der Diktatur.

Quelle: Eigene Darstellung.

Mit Blick auf die Tabelle und die unterschiedlichen Phasen wird deutlich, dass der Interpretation der Vergangenheit eine große Bedeutung zukommt. Diese werden zum Beispiel an den *luchas por la memoria* im Prolog von *Nunca más* sehr deutlich. Der Diskurs um die Vergangenheit in Argentinien ist komplex, und von außen ist es nicht immer leicht, die Debatten den Diskursmustern, wie Theorie der zwei Dämonen oder Staatsterrorismus, zuzuordnen. An dieser Stelle ist wichtig darauf zu verweisen, dass jede Interpretation nicht nur auf die Vergangenheit hinterfragt, sondern sie ebenso politische Implikationen für die Gegenwart hat. Die Ablehnung der Theorie der zwei Dämonen wurde in dieser Arbeit etwas relativiert, da in der Kritik oft der historische Kontext ausgeblendet wird. 1984 war es ein großer Fortschritt, von zwei Dämonen zu sprechen, nachdem es jahrzehntelang nur die Guerilla als Dämon und damit als Schuldiger an der politischen Gewalt gegeben hatte. Wenn von Krieg gesprochen wird, selbst mit dem Zusatz „schmutziger" Krieg, dann legitimiert es das Vorgehen der Streitkräfte. Staatsterrorismus, die bewusste und geplante Vernichtung eines Teils der Bevölkerung, ist jedoch heute die dominante Sichtweise. Ferner wandelte sich die Betrachtung der Opfer. War es anfangs das humanitäre Narrativ, das die Opfer als apolitische Unschuldige darstellt, gewann ihre politische Herkunft mit den Jahren an Bedeutung. Ein Prozess, der bei einigen Akteuren so weit geht, die *desaparecidos* als revolutionäre Helden zu sehen.

Ein weiteres mächtiges Narrativ über die argentinische Vergangenheit ist das des Genozids. Hier soll keine Aussage darüber getroffen werden, ob die Militärdiktatur sich eines Genozids schuldig gemacht hat. In der Arbeit wurde dargelegt, wie der Terminus in die argentinische Debatte kam und dort von den Menschenrechtsorganisationen aufgenommen wurde. Darüber hinaus findet er sich als Verweis in Gerichtsurteilen. Die Frage, ob die Kriterien eines Völkermords hier zutreffen, ist für die Erinnerung nicht relevant. Die Kategorie ist Teil des Diskurses um die Vergangenheit und wird weiter für die Debatte um die Vergangenheit genutzt. Selbst wenn dies über Argentinien hinaus vielleicht nicht anerkannt wird, besitzt das Wort eine große Bedeutung und hebt das Verbrechen auf eine Stelle mit anderen großen Traumata des 20. Jahrhunderts.

Ein weiteres Narrativ, beziehungsweise eine Möglichkeit mit der Vergangenheit umzugehen, das in Argentinien auf wenig Gegenliebe stößt, ist die Versöhnung. In *Transitional Justice* Prozessen ist Versöhnung Ziel oder *outcome*. Von der Wortbedeutung her ist eine Versöhnung zwischen ehemaligen Feinden etwas Positives. Doch Grundlage hierfür ist in der Regel eine gemeinsam anerkannte Wahrheit über die Verbrechen und damit über die Vergangenheit. Diese existiert in großen Teilen zwischen Deutschland und Frankreich oder Deutschland und Israel,

um zwei Beispiele von politischer Versöhnung zu nennen. Unter den Menschenrechtsorganisationen in Argentinien wird das Konzept jedoch vollends abgelehnt. Es soll keine Versöhnung mit den Tätern erreicht werden. Ohne Wahrheit, ohne Eingeständnis von Schuld ist Versöhnung nicht zu erreichen. Dieses unter den derzeitigen Bedingungen zu akzeptieren wäre mehr als Schweigen, es wäre Vergessen. Dese harte Haltung legt so etwas wie Rache oder Genugtuung nahe, es vernachlässigt jedoch die Ursachen. Letztendlich ist es Entscheidung der Opfer, ob sie sich mit den Tätern versöhnen wollen.

– CPM als erinnerungspolitischer Akteur –

Dass die Bearbeitung der Vergangenheit eine positive und progressive Richtung nehmen kann, zeigt die Arbeit der CPM. Aufarbeitung und Erinnerung an die Militärdiktatur sind hier mit einer Mission für die Gegenwart und Zukunft verknüpft. Die Vergangenheit soll der Zukunft einen Nutzen erweisen. Dies ist die Quintessenz der Arbeit der Kommission. Sie wollen aus ihrer Erinnerungspolitik einen Beitrag für eine bessere Zukunft leisten. Dies war bei der Gründung der CPM noch nicht abzusehen. Das Projekt Cerrutis und Mosqueras traf auf günstige Bedingungen in der Provinz Buenos Aires. Zusammen mit der progressiv eingestellten Parlamentsmehrheit konnte das Gesetz zur Schaffung einer Erinnerungskommission verabschiedet werden. Bereits die Resolution zur Gründung der Kommission nahm Bezug auf die Notwendigkeit, sich mit der Vergangenheit zu beschäftigen und diese der breiten Bevölkerung zu vermitteln. Das dann erlassene Gesetz stellt einen bis dahin einzigartigen Vorgang dar.

Im Gesetz wurden sechs Ziele festgehalten: Förderung der Erinnerung, Unterstützung der Forschung, Förderung der Bildung, Schaffung eines Archivs, Aufbau eines Erinnerungsortes und die Verstärkung der Zusammenarbeit mit den Menschenrechtsorganisationen. In all diesen Bereichen wurde die Kommission tätig. Mit der Übernahme des Archivs der DIPPBA hatte die CPM einen einzigartigen Archivbestand, der ihr zusammen mit dem Gebäude überschrieben wurde. Damit funktionieren Erinnerungsort, Archiv und Forschung an einem Ort. Die Arbeit im Bildungsbereich hat sich über die Jahre verändert. Bevor die Professionalisierung im Bereich der Erinnerung und Menschenrechtsbildung auf der Bundesebene einsetzte, erarbeitete die Kommission Lehrmaterialien für den schulischen Einsatz, heute ist diese Zuarbeit in die staatlichen Schulen weniger wichtig. Dafür gibt es mit *Jóvenes y Memoria* ein massives außerschulisches Bildungsprogramm. Darüber hinaus ist die Kommission in der gesamten Provinz Buenos Aires als Unterstützer verschiedenster Menschenrechtorganisationen unterwegs und bietet für die Zusammenarbeit und Vernetzung Räume und Veranstaltungen. Neben diesen Zielen bestimmte die Struktur und Zusammensetzung der CPM die erste Phase ihres Bestehens.

Die Einbeziehung führender und lokaler Vertreterinnen und Vertreter der Menschenrechtsorganisationen war ein Schlüssel für die gelungene Institutionalisierung. Mit Estela de Carlotto, Laura Conte und Adolfo Pérez Esquivel konnten national bekannte Figuren gewonnen werden. Darüber hinaus verankerte sich die Kommission lokal und über die Religionsgemeinschaften hier ähnlich wie die CONADEP. Die Vertretung der politischen Parteien sollten ihnen ebenfalls Einfluss gewähren, doch in der Praxis wurde dieser kaum wahrgenommen, so dass heute das Parlament keinen Einfluss auf die CPM ausübt. Diese Linie in der Zusammensetzung der Honoratioren blieb erhalten. Mehr Gewicht bekamen jedoch die Universitäten und damit das akademische Feld sowohl für die Erinnerung als auch für die Beschäftigung mit aktuellen gesellschaftlichen Fragen. Hervorzuheben ist die Integration der Menschenrechtsorganisationen in eine neue Institution. Dies hatte den Vorteil, dass die Vertreterinnen und Vertreter ihrer Stammorganisationen dort weiter tätig waren, aber nun in einer staatlichen Organisation zusammentrafen. Dies brachte zum einen Legitimation, zum anderen Handlungsspielraum innerhalb der AC der Menschenrechtsorganisationen. Die Honoratioren vertreten die Kommission nach außen, sie bestimmen die Richtlinien des Handelns und legen Schwerpunkte der Arbeit fest. Diese wird dann von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, dem *staff*, durchgeführt. Diesem obliegt die tägliche Arbeit in den verschiedenen Bereichen der CPM. Diese Trennung von Honoratioren und *staff* und dessen akademische Professionalisierung zeichnet die Arbeitsweise der Kommission aus.

Mit der Gründung der Kommission wurde eine Institution geschaffen, die mit verhältnismäßig viel Unabhängigkeit von anderen staatlichen Stellen ausgestattet ist. Die Regierung ist genauso wenig weisungsberechtigt wie das Parlament. Die CPM pocht stets auf ihre Autonomie und Autarkie. Personalfragen und Haushaltsangelegenheiten werden von der CPM selbständig entschieden, auch wenn die Finanzaufsicht bei staatlichen Behörden liegt. Diese drei Punkte: Inhalt, Geld und Personal für sich selbst regeln zu können ist eine große Freiheit, die andere staatliche Institutionen nicht haben. Im Sekretariat Menschenrechte der Provinz Buenos Aires wird der Einfluss der Exekutive sehr deutlich. Die politische Unabhängigkeit ist, wie die vorliegende Arbeit zeigte, ein Faktor, der während der 20 Jahre des Bestehens ständig erhalten werden musste und der durchaus nicht zu erwarten wäre. Zudem ist es ein Punkt, der nicht auf der Hand liegt, wenn von außen auf die argentinischen Menschenrechtsorganisationen geschaut wird, von denen einige eine enge Allianz mit dem Kirchnerismus eingegangen sind. Die Unabhängigkeit ist Erbe der *belief systems* der AC der Menschenrechtorganisationen, die die CPM für sich selbst zu einem hohen Wert erklärt hat.

Hinsichtlich der Arbeitsbereiche der CPM ist deutlich geworden, dass das Fundament das Archiv der ehemaligen Geheimpolizei der Provinz Buenos Aires ist. Mit der Überschreibung des Archivs wurde der CPM ein sehr wertvoller Bestand zugesprochen, wie es ihn in Argentinien kein zweites Mal gibt. Hierbei ist nochmals zu unterstreichen, dass es sich bei den Akten nicht nur um Dokumente aus der Zeit der Militärdiktatur handelt, sondern das die DIPPBA bis in die 1990er Jahre aktiv war und Inlandspionage betrieben hat. Damit ist mit der Bearbeitung des Archivbestandes eine eindeutige Verbindung von Vergangenheit und Gegenwart möglich. Mit Blick auf die Diktatur zeigt das Archiv, wie die Sicherheitsorgane in der Beobachtung und Auswahl der Opfer vorgegangen sind und welche sozialen und politischen Gruppen beobachtetet wurden. Das Archiv hat eine besondere Bedeutung für die Forschung, aber auch für die Erinnerungsarbeit. Über die dort eingelagerten Dokumente lassen sich ausgewählte Ereignisse der 1960er und 1970er Jahre, aus Sicht der Polizei, rekonstruieren. Hieran knüpft die aktuelle Forschung an, gleichzeitig können bis heute so Angehörige Anteil an dem Schicksal der Opfer nehmen.

Die CPM tut sich dadurch hervor, die Spionage als Teil des Staatsterrorismus herauszustellen. Anders als die anderen bekannten Erinnerungsorte war die DIPPBA nie ein Folterzentrum. Doch die Arbeit der Beamten dort war ein wichtiges Puzzlestück in der Repression, deren Motto, alle überwachen zu wollen, Bände spricht. Darüber hinaus zeigt das Archiv ein differenziertes und plurales Bild der Opfer, das sie weder als unschuldig, noch als Guerilleras und Guerilleros beschreibt. In der Betonung dieser *disidenica* liegt eine weitere Besonderheit.

Das Programm *Jóvenes y Memoria* ist für den Bildungsauftrag der Kommission der wichtigste Faktor. Das über die Jahre zu einem großen Event gewachsene außerschulische Bildungsprogramm ist für viele Mitarbeiter das Herzstück der Arbeit der Kommission, da sich hier die Jugendlichen aus verschiedensten Kontexten mit dem Thema der Menschenrechte in Vergangenheit und Gegenwart auseinandersetzen. Die Jugendlichen verwirklichen ihre eigenen Projekte und nehmen so über ganz andere Lernformen am Prozess teil. Die Kommission stellt die Jugendlichen nicht als Objekte dar, auf die eingewirkt werden muss. Die neuen Generationen werden so zu selbständigen Akteuren in der Transmission der Erinnerung und in der Beschäftigung mit den Menschenrechten.

Das CCT stellt einen Bereich der Arbeit der Kommission dar, der bei der Gründung so nicht vorgesehen war. Zwar spielte die Sicherheitspolitik bei der Schaffung der CPM eine Hintergrundrolle, doch der Ausbau dieses Bereiches zu einem der zentralen Arbeitsfelder der Kommission ist wohl das auffälligste Merkmal der CPM. Seit 2002 werden Menschenrechtsverletzungen und vor allem Fälle von Folter durch das Komitee aufgezeichnet und publik gemacht.

Die Situation in den argentinischen Gefängnissen, Kommissariaten und anderen geschlossenen Einrichtungen hat dazu beigetragen, dass dieses Tätigkeitsfeld immer weiter ausgebaut wurde. Mit Provinzregierungen, die eine harte Hand gegen Kriminalität und massive Polizeipräsenz als oberste Maxime der Sicherheitspolitik sahen, musste die Kommission einen starken Anstieg an Verstößen verzeichnen, die 2015–2019 ihren bisherigen Höhepunkt fanden. Die Dokumentation der Menschenrechtsverletzungen ist die eine Seite, auf der anderen Seite übernimmt die CPM Funktionen einer Menschenrechtsorganisation und stellt juristische Vertretung, Opferberatung und Vernetzung sowie öffentlichkeitswirksame Mobilisierung zur Verfügung. Doch die Grundlage der Bearbeitung der Menschenrechtsverletzungen in der Gegenwart bleibt die akribische Dokumentation der Situation in den Gefängnissen und die öffentliche Stellungnahme bei Fällen von institutioneller Gewalt und Polizeibrutalität.

Für die Kommission war die Gründung des CCT mit einem schwierigen internen und externen Prozess verbunden. Nicht alle Akteure sahen die Notwendigkeit, sich so zu positionieren und eine eindeutige Verbindung von Verbrechen in der Diktatur und Menschenrechtsverletzungen in der Gegenwart zu ziehen. Diese Sichtweise stieß nicht immer auf Verständnis. Doch die Argumentationen, dass die Menschenrechte für die Verschwundenen genauso hätten gelten sollen wie für aktuelle Strafgefangene, macht den Standpunkt der Kommission deutlich. Heute nutzte die CPM ihr symbolisches Kapital für diese Aufgabe und betreibt intensive Lobbyarbeit für einen Politikwechsel; die Arbeit macht aber auch deutlich, dass die Vetospieler in der argentinischen Sicherheitspolitik andere sind als in der Erinnerungspolitik und sich Veränderungen dort nur sehr schwer durchsetzen lassen.

Mit den frühen Bemühungen um ein eigenes Museum zeigte die Kommission, dass sie Kunst und Kultur bei der Vermittlung von Erinnerung großen Wert beimaß. Fotografien und Kunstwerke sind eine wichtige Form, mit der Erinnerungen weitergegeben werden können. Diese thematisch und professionell in Szene zu setzen ist Aufgabe des *Museo de Arte y Memoria*. Die CPM schuf so einen weiteren Ort, an dem sie ihre Erinnerungspolitik darstellen kann. Wie in den anderen Bereichen der CPM stoßen hier Vergangenheit und Gegenwart durch künstlerische Ausstellungen und Interventionen zusammen. Es kann als Besonderheit angesehen werden, dass eine staatliche Erinnerungskommission ihren Auftrag der Gedächtnisarbeit auf die bildenden Künste ausdehnt.

Von Anfang an war es der Kommission wichtig, sich über Stellungnahmen in öffentlichen Debatten zu positionieren oder selber Themen auf die Agenda zu setzen. Diese Deklarationen unterscheiden sich von den Nachrichten und Berichten, die dokumentarischen Charakter haben. Die Deklarationen beinhalten eine klare Stellungnahme der CPM zu einem Thema. Die CPM

wird zu einem hörbaren Akteur in einer politischen Debatte. In den Anfängen ging es bei den Deklarationen in der Regel um Fragen der Erinnerung und der Straffreiheit. Im Laufe der Zeit wurden die Themen der Gegenwart immer wichtiger. Die Kommission nutzt ihre Legitimation im Feld der Erinnerung und versucht, auf die Debatten um Justiz- und Sicherheitspolitik Einfluss zu nehmen. In diesen Punkten wird häufig Kritik an anderen staatlichen Behörden oder der Regierung selbst geübt. Die Deklarationen zeigen sehr deutlich, wie sich die CPM verändert hat und welchen Stellenwert nun die Themen der Gegenwart einnehmen. Gleichzeitig illustrieren sie die dringendsten Themen, die von der Kommission bearbeitet werden: die Situation in den Gefängnissen, juristische Aufarbeitung der Diktatur oder aktuelle Fälle von staatlicher Gewalt. Letzteres ist das häufigste Thema und belegt, wie die CPM Vergangenheit und Gegenwart miteinander verknüpft.

Eine Realisierung der erinnerungspolitischen Überzeugungen und pädagogischen Konzepte der CPM stellt das ehemalige Gebäude der DIPPBA – als Erinnerungsort – dar. Hier zeigt sich anhand einer kleinen Ausstellung, wie die CPM die Erinnerung an die Militärdiktatur, aber auch ihre Arbeit vermitteln möchte. Durchaus modern und multimedial werden verschiedene Schwerpunkte gesetzt. Zum einen wird gezeigt, wie der Geheimdienst funktionierte und welche Rolle er im Staatsterrorismus spielte, darüber hinaus werden die Kontinuitäten betont. Die Ausstellung richtet sich an Jugendliche und stellt insbesondere die Opfer als *disidencia* dar. Weiterhin wird deutlich, dass die Botschaften im Bereich der Erinnerungspolitik sich mit dem wachsenden Negationismus auseinandersetzen, der den Zeitraum von 2015–2019 prägte. An der Außenfassade des neugestalteten Gebäudes ist die Verbindung mit den historischen Menschenrechtsorganisationen und ihrem Widerstand gegen die Diktatur artikuliert.

Mit dem *Pozo de Quilmes* befindet sich ein weiterer Erinnerungsort in der Hand der Kommission, der wie kein zweiter geeignet ist, das Narrativ von Kontinuitäten der Vergangenheit zu vermitteln. Das ehemalige Polizeikommissariat, das während der Diktatur zugleich ein geheimes Folterzentrum war, diente unter menschenunwürdigen Bedingungen bis 2017 weiter als Untersuchungsgefängnis. Die CPM kann hieran die argentinische Sicherheitspolitik und Kontinuität von Folter dokumentieren. Noch ist der *Pozo de Quilmes* nicht vollständig renoviert und der Öffentlichkeit uneingeschränkt zugänglich, doch dieser zeigt, welche Art von Erinnerungspolitik die Kommission betreibt. Eine Aufarbeitung der Vergangenheit kann nur vollständig sein, wenn die Menschenrechtsverletzungen der Gegenwart, hier die Situation der Strafgefangenen in den Polizeikommissariaten, bearbeitet werden.

Nach dem Willen der Kommission soll noch ein weiterer Ort in ihre Obhut kommen. Es handelt sich dabei um das Kommissariat der Kleinstadt Pergamino im Norden der Provinz Buenos Aires.

Dieses Gebäude hat ebenso wie das in Quilmes eine doppelte Geschichte hinter sich. Während der Militärdiktatur gab es dort zwischen 1975 und 1979 ein illegales Haftzentrum. Nach der Demokratisierung blieben die Zellen in Benutzung durch die Polizei. Im März 2017 ereignete sich dort, was die CPM als *Masacre de Pergamino* bezeichnet. In einer völlig überfüllten Zelle entzündeten Häftlinge aus Protest ihre Matratzen, das Feuer brach jedoch unkontrolliert aus. Die zuständigen Polizisten reagierten nicht und überließen die Opfer ihrem Schicksal. Sieben Häftlinge starben, zwölf wurden verletzt. Pergamino steht wie das *Masacre de Magdalen*a aus dem Jahr 2005 für den menschenunwürdigen Umgang mit Gefängnisinsassen und die Gleichgültigkeit der Verantwortlichen. Wie in anderen Fällen begleitete die Kommission die Angehörigen der Opfer und den zivilgesellschaftlichen Protest gegen die Ereignisse (vgl. Comisión Provincial por la Memoria 2018). Bereits 2018 wurde im Stadtparlament ein Prozess eingeleitet (Honorable Concejo Deliberante de Pergamino 2018), der die Übergabe des Polizeigebäudes und Einrichtung eines Erinnerungsortes vorsah, aber noch nicht abgeschlossen ist.

Die Erinnerungsorte und die Arbeitsfelder der Kommission verdeutlichen, welches erinnerungspolitische Projekt die Kommission verfolgt. Im Zentrum steht das Sichtbarmachen der Kämpfe für Menschenrechte in der Vergangenheit und in der Gegenwart.

Die Kommission weitete selbstständig ihren Tätigkeitsbereich auf die aktuelle Frage der Menschenrechte aus und sorgte so für einen institutionellen Wandel. Dieser Prozess war mit internen Auseinandersetzungen und Deutungskämpfen im Feld der Menschenrechtsorganisationen verbunden. Die CPM vermied hierbei eine zu starke politische Verortung und formulierte ihr Ziel in der Durchsetzung der Menschenrechte für alle. Dies führte zur intensiven Bearbeitung der Menschenrechtsverletzungen in der Gegenwart und einer ständigen diskursiven Verknüpfung von Vergangenheit und Gegenwart. Als Adressat der Erinnerungspolitik lassen sich die neuen heranwachsenden Generationen identifizieren, oder um es im Sprachgebrauch von *Jóvenes y Memoria* zu sagen: „les jóvenes“. Das starke Augenmerk auf die Jugendlichen ist nicht nur dem ursprünglichen Bildungsauftrag geschuldet, sondern kommt aus der Überzeugung, dass hierin der Schlüssel für eine gerechtere Gesellschaft liegt.

Als politische Ziele der Kommission müssen die Erreichung der Gültigkeit der Menschenrechte und ein progressiver, auf die Zukunft ausgerichteter Umgang mit der Vergangenheit festgehalten werden. Die CPM debattiert den Sinn und die Interpretationen, der staatlichen Gewalt in der Vergangenheit und in der Gegenwart. Natürlich macht es einen Unterschied, ob Verbrechen in der Diktatur oder in der Demokratie verübt wurden. In letzterer gibt es die Möglichkeit auf dem Wege der Justiz Gerechtigkeit zu erreichen. Darüber hinaus ähneln sich aber die Methoden mit denen die Ziele erreicht werden sollen. Es geht in erster Linie um die Sensibilisierung der

Öffentlichkeit und die Umsetzung von politischen Reformen. In der öffentlichen Auseinandersetzung über Strafgefangene und Verbrechen in Argentinien dominiert ein Diskurs der harten Hand, den Betroffenen wird kaum Aufmerksamkeit geschenkt, auch Resozialisierung spielt kaum eine Rolle. Hier versucht die CPM einzugreifen, die Opfer staatlicher Gewalt als Menschen darzustellen und diese Verbrechen anzuklagen. Dabei helfen Demonstrationen, Publikationen und der Fokus auf die Angehörige, in den meisten Fällen die Mütter. Ihr Weg zur Gerechtigkeit ist eine der zentralen Erzählungen, die die CPM unterstreicht. Die Begleitung der Angehörigen von Monte oder Pergamino zeigt, dass auch hier die Ziele *memoria*, *verdad* und *justicia* sind: Wahrheit darüber, dass sich der Staat eines Verbrechens schuldig gemacht hat, Gerechtigkeit für Angehörigen durch eine Verurteilung der Täter und der politischen Verantwortlichen und Erinnerung an die Opfer.

Die CPM betreibt keine Geschichtsschreibung, sie möchte eine ständige Auseinandersetzung mit der Vergangenheit aus der Gegenwart heraus. Diese Aktualisierung und Neubetrachtung ist wesentlich für einen Diskurs, der nicht nur Vergangenes erzählen, sondern in der Gegenwart etwas verändern will. Die Kommission erreichte dies unter anderem mit einer Professionalisierung ihrer Erinnerungsarbeit, sowohl auf theoretischer als auch auf praktischer Ebene. Hier zeigt sich der Einfluss der Universität und akademischen Professionalisierung des Feldes im Allgemeinen.

Die AC der Menschenrechtsorganisationen machte viele Dynamiken im Feld mit. Hier standen die komplexen Beziehungen zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen und dem Staat im Mittelpunkt. Die CPM etablierte sich als staatliche Institution, die im Kern Funktionsweisen und Werte der Menschenrechtsorganisationen beibehielt. Ab 2003 kam es zum Wandel des Feldes und zur Annäherung von Staat und AC sowie Übernahme staatlicher Funktionen durch die Menschenrechtsorganisationen, die mit einer politischen Allianz mit dem Kirchnerismus einherging. Staat und Menschenrechtsorganisationen verwoben sich in dieser Periode. Die CPM hielt etwas Abstand zum Kirchnerismus und musste Kritik aushalten. Jedoch war die Institution schon tief in der Provinz verankert, ein Punkt der durch die enorme Legitimation der CPM unterstrichen wird. Dies führt dazu, dass sie in der Provinz Buenos Aires gewissermaßen das Feld der Erinnerung dominiert, insbesondere abseits des Zentrums der Bundeshauptstadt ist die CPM sehr aktiv und in vielen Fällen alleiniger Ansprechpartner lokaler Organisationen.

Bei den Kämpfen um die Erinnerung, bei dem Versuch, den Sinn und die Bedeutung von gesellschaftlichen Aspekten zu ändern, braucht eine Institution große Legitimation in einem Politikfeld, um als sprechfähiger Akteur anerkannt zu werden. Mit ihrer vielfältigen Arbeit sammelte die CPM diese Legitimation: über das Archiv, über *Puentes*, über *Jóvenes y Memoria*

und über das CCT. In Argentinien, wo es innerhalb des Feldes der Menschenrechtsorganisationen vor allem die eigene persönliche Geschichte ist, die Legitimation verschafft, ist dies eine Besonderheit.

Ein Ziel der Kommission war es, den Kreis derjenigen zu vergrößern, die erinnern. Dies gilt speziell mit Blick auf die Erinnerung an die Militärdiktatur. 20 Jahre später kann die Aufgabe der CPM darin gesehen werden, die Kämpfe sichtbar zu machen – *visibilizar las luchas*. Dabei handelt es sich um die Kämpfe der Erinnerung, also die, die sich auf die Vergangenheit beziehen, aber auch die der Gegenwart. Die Opfer der aktuellen Menschenrechtsverletzungen, für die sich die Kommission einsetzt, zählen in den meisten Fällen zum Rand der Gesellschaft. Die CPM kämpft hier für Gerechtigkeit. In diesen Auseinandersetzungen kommt es zum Konflikt mit dem Staat, Polizei und Regierung, aber auch die argentinische Gesellschaft muss von den Zielen überzeugt werden. Im Gegensatz zur Erinnerungspolitik teilt wahrscheinlich nur eine Minderheit die Positionen der CPM zu Folter und Gefängnissen. Hier ist es die große Aufgabe, zu sensibilisieren und um Verständnis für die Betroffenen zu werben. Die CPM dokumentiert und klagt an, arbeitet also mit Mitteln des Rechtsstaates und denen einer Menschenrechtsorganisation.

Die Arbeit zeigt ein pluralistisches Bild des Feldes der Erinnerung und Menschenrechte in Argentinien. Durch den ACF Ansatz wurde deutlich, dass zwar von einer Koalition der Menschenrechtsorganisationen gesprochen werden kann, ihre Beziehungen untereinander aber sehr komplex sind, dies hängt nicht zuletzt am Kirchnerismus als politischem Akteur. Die CPM entwickelte sich rasch zu einem eigenständigen staatlichen Akteur, der sich sowohl von den historischen Menschenrechtsorganisationen als auch von politischem Einfluss emanzipierte. Die Eigenständigkeit gegenüber dem Feld bewies die Kommission mit ihrer Entscheidung, in Fragen der aktuellen Menschenrechtsverletzungen tätig zu werden, während gegenüber dem Kirchnerismus eine gewisse Distanz gewahrt wurde. Damit wurde deutlich gezeigt, dass es zwar ein Hegemoniestreben der kirchneristischen Kräfte im Feld gab, gewisse Akteure, unter ihnen die CPM, sich diesem politischen Einfluss jedoch etwas entziehen konnten. Der Verzicht auf eine feste politische Allianz bedeutet jedoch nicht eine politische Gegnerschaft. Die Arbeit schildert deutlich das Panorama vor der Wahl Alberto Fernández' zum Präsidenten, dessen Plattform alle relevanten Menschenrechtsorganisationen unterstützten, ebenso wie die herausragenden Figuren wie Estela de Carlotto und Adolfo Pérez Esquivel.

Betrachten oder analysieren argentinische Autorinnen und Autoren die CPM, so wird die Frage der Staatlichkeit häufig diskutiert. Für die Kommission selber war dies zum Teil ein Spagat. Ist man Teil des Staates, mit dem lange Jahre Auseinandersetzungen geführt wurden, oder ist man

weiter der AC der Menschenrechtsorganisationen zugehörig. Es wurde deutlich, dass es sich um eine staatliche Institution handelt, die ihre Wurzeln, spezieller: ihre Mitglieder, Werte und Einstellung, aus den Menschenrechtsorganisationen zu großen Teilen übernommen hat. Gleichzeitig gibt die Zugehörigkeit zum Staat eine andere Form der Legitimation.

In Anknüpfung an die Moralunternehmer ist es folgerichtig, Teile der Menschenrechtsbewegung als Entrepreneur der Erinnerung zu bezeichnen. Mit Blick auf die verschiedensten Tätigkeiten der CPM hat diese durchaus einen unternehmerischen, weil ständig wachsenden Charakter. Zudem erfüllen sie die Beschreibung, die Regeln, die in der Gesellschaft gelten, verändern zu wollen. Die Kommission möchte ihre Erinnerungsarbeit darauf verwenden, den Menschenrechten in Gegenwart und Zukunft zu mehr Gültigkeit zu verhelfen.

Die CPM ist ein wichtiger Akteur in der Erinnerungspolitik der Provinz Buenos Aires. Hier kommt ihr eine übergelagerte Funktion zu, da es sich um eine staatliche Institution mit großem Prestige handelt. Des Weiteren kann sie eine Koordinierungsfunktion einnehmen. Zuletzt sollte ihr Einfluss auf jugendliche Multiplikatoren über *Jóvenes y Memoria* nicht unterschätzt werden. Die CPM kann die erinnerungspolitische Agenda mitbestimmen und ist einer der Akteure, die das erinnerungspolitische Panorama der Provinz ausmachen. Im zweiten Politikfeld, in dem die Kommission tätig ist, der Sicherheitspolitik, ist die Lage eine andere. Polizei, Justiz und Politik bilden hier einen mächtigen Gegenpol der sich gegen weitgehende Reformen sperrt. Hier sind die Vetomächte andere und deutlich gewichtiger, verglichen mit der Erinnerungspolitik, in der es auch in der Bevölkerung einen gewissen Konsens gibt. In der Sicherheitspolitik fällt es weitaus schwerer, Politik zu verändern und die Argentinier von komplexeren Lösungen als der harten Kriminalitätsbekämpfung zu überzeugen. Dementsprechend ist die Erfolgsbilanz der CPM im Bereich der Erinnerungspolitik größer als im Bereich der Sicherheitspolitik, hier bleibt sie in der Rolle des Mahners.

– Beantwortung der Fragen –

Bezogen auf die in der Einleitung formulierten Fragen- und Erkenntniskomplexe konnte die Arbeit zeigen, welche Faktoren für die Gründung und Etablierung der Kommission entscheidend waren. Zum einen war es die veränderte Lage in der dritten Phase der argentinischen Erinnerungspolitik, die regionalen und lokalen Initiativen mehr Raum und Erfolgsaussichten gab. Zum anderen war es die spezielle Situation in La Plata, einer von der Repression der Militärdiktatur sehr betroffenen Stadt, die aber nicht das Zentrum der nationalen Auseinandersetzung um Erinnerung und Aufarbeitung war. Darüber hinaus gab es in der Provinz ein politisches

Klima, welches den Vorschlägen von außen positiv gegenüberstand. Die Schritte zur erfolgreichen Institutionalisierung lassen sich folgendermaßen zusammenfassen: Die CPM wurde als staatliche Institution mit den Menschenrechtsorganisationen als deren Bestandteil gegründet, der politische Einfluss, insbesondere der der Exekutive war minimal. Zudem konnte eigene Gedächtnisarbeit durch das Archiv der DIPPBA geleistet werden. Auf der Ebene der Zentralstaates waren all diese Faktoren noch nicht erfüllt.

Dies stellte das Fundament dar, das zum zweiten Fragekomplex überleitet: Wie entwickelte sich die Institution? Hier wurde die Bedeutung der Menschenrechte und die Perspektive einer politisch unabhängigen Kommission aufgezeigt, die eigenständig ein neues Arbeitsfeld, nämlich die Menschenrechtsverletzungen in der Gegenwart, suchte und damit die staatliche Erinnerungsinstitution zu einer Behörde wandelte, die gleichermaßen die Themen der Vergangenheit und der Gegenwart bearbeitet. Hinzu kommt, dass die Themen der Gegenwart in alle andere Bereiche Einzug fanden und die Kommission sehr viel Wert darauf legt, die Diskussionen über die Vergangenheit mit denen der Gegenwart zu verknüpfen, um so einen Mehrwert für die Debatte herzustellen.

Zusätzlich wurden in der Einleitung die Konflikte angesprochen, die eine erinnerungspolitische Institution durchlaufen kann. Hier lassen sich zwei grundsätzlich Formen des Konfliktes unterscheiden. Zum einen gab es den Konflikt innerhalb der AC der Menschenrechtsorganisationen um die Bearbeitung der Menschenrechtsverletzungen der Gegenwart. Zum anderen gab es mindestens zwei größere Konflikte mit der Exekutive, einmal mit Felipe Solá und dann später mit Daniel Scioli. In den Konflikten vermischten sich jeweils politische Standpunkte mit Fragen der Erinnerungspolitik und der Arbeit der CPM.

Das dritte Erkenntnisinteresse galt den Beziehungen der CPM zu anderen Akteuren, dem Feld der Menschenrechtsorganisationen sowie dem Staat und damit der Politik. Die CPM profitierte davon, dass ihre Mitglieder aus den wichtigen Menschenrechtsorganisationen stammten. Es entwickelte sich jedoch ein eigenständiges Verhältnis zum Feld, das von viel Respekt, aber auch der Überzeugung der eigenen Legitimation geprägt ist. Daneben existiert die wichtige Funktion der CPM für die vielen kleinen Menschenrechtsorganisationen der Provinz, die von ihr unterstützt werden. Die Beziehungen zu den politischen Kräften beruhen auf alten Leitlinien, den *belief systems* der argentinischen Menschenrechtsorganisationen, die sich lange Zeit in politischen Fragen neutral verhielten und keine festen Allianzen schlossen. Dies erklärt, warum die CPM nicht kirchneristisch ist. Das Verhältnis zum Staat ist zweigeteilt. Einerseits gab es immer wieder Stimmen in der CPM, die von der eigenen Staatlichkeit nicht überzeugt waren

und den Aspekt der Menschenrechtsorganisation stärker herausstrichen. Andererseits scheut die Kommission nicht den Konflikt mit dem Staat, vertreten durch die Regierung und die Polizei. Zuletzt soll die Erinnerungspolitik der CPM abschließend zusammengefasst werden. Die Interpretation der Vergangenheit orientiert sich an den groben Linien, die die AC der Menschenrechtsorganisationen vorgeben. Obwohl es zu Anfang eine Auseinandersetzung um den Begriff Genozid gab, wird er heute so von der Kommission verwendet. Die Zahl 30.000 ist ebenso ein unverrückbarer Fakt. Der Blick auf die Opfer der Diktatur hat eine spezielle Sichtweise durch die Betonung der *disidencia* bekommen. Daneben ist klar, dass die Opfer immer in ihrem politischen und aktivistischen Zusammenhang genannt werden, es aber keine Überbetonung des revolutionären Elements gibt. Jede Form des Negationismus wird abgelehnt, dazu gehören die Kriegsmetapher sowie die Theorie der zwei Dämonen. In ihrer Erinnerungspolitik spricht die CPM klar die jüngeren Generationen an und versucht diese zu erreichen.
Die eigentliche Besonderheit der Kommission ist jedoch die Verknüpfung von Vergangenheit und Gegenwart in vielen Bereichen ihrer Arbeit. Wohl am deutlichsten vorgebracht durch das Gedenken des 24. März 2006 im Gefängnis *Unidad 9*, dem ehemaligen illegalen Folterzentrum, und das Gefängnis, an dem das CCT die erneute Folter mit der *picana electrica* nachweisen konnte. Diese Überzeugung fasst die CPM folgendermaßen zusammen:

> „[…] no se puede ser parte del reclamo de verdad y justicia por el genocidio de ayer y ser pasivos ante las violaciones a los derechos humanos de hoy. Éste es el legado moral que se asienta en la memoria.“ (Comisión Provincial por la Memoria 2014, S. 10)

Die Forschungsstrategie der Arbeit beruhte darauf, eine Einzelfallstudie durchzuführen, um so Erkenntnisse über eine regionale erinnerungspolitische Institution zu gewinnen. Hierbei wurde die CPM als prototypischer Fall ausgewählt. Die spezifischen Kontexte wurden erläutert und die Fragekomplexe beantwortet. Aus dieser Einzelfallstudie ergibt sich ein Set von Faktoren, die an der CPM beobachtet wurden und als Einflussgrößen für die Etablierung erinnerungspolitischer Institutionen gekennzeichnet wurden.

Tabelle 5: Faktoren, die die Etablierung einer wirkmächtigen erinnerungspolitischen Institution begünstigen

Zusammensetzung der Mitglieder erfolgt in Kooperation mit Akteuren aus dem Feld der Erinnerungspolitik
Institution verfügt über Legitimation im Feld
Institution ist unabhängig von der Exekutive und Legislative

Institution besitzt die Möglichkeit zur selbständigen Erweiterung des Tätigkeitsfeldes
Institution besitzt ein Archiv oder andere Quellen
Institution kann einen Erinnerungsort gestalten
Institution betreibt eigene Bildungsarbeit
Institution kann eine größere Öffentlichkeit erreichen
Institution besitzt eine akademische Anbindung

Quelle: Eigene Darstellung.

Für die Gründung einer erinnerungspolitischen Institution muss eine politische Stimmung vorhanden sein. Zudem sollte die Institution genügend finanziellen Spielraum haben, um überhaupt tätig zu sein. Zuletzt braucht es eine erinnerungspolitische Notwendigkeit für das Bestehen einer solchen Institution. Diese drei Punkte würden jedoch für alle politischen Institutionen gelten. Tabelle 5 zeigt Faktoren, die speziell für die Etablierung erinnerungspolitischer Institutionen eine Rolle spielen. Dieser Katalog kann in zukünftiger Forschung, sowohl für argentinische als auch in anderen regionalen Kontexten, überprüft werden. Es besteht die Möglichkeit, diese Faktoren bei vergleichenden Forschungsprojekten auf ihre Gültigkeit zu überprüfen.

Der erste Faktor zielt darauf ab, dass erinnerungspolitische Institutionen nicht gegen den Willen oder ohne die Zustimmung der Akteure im Feld entstehen sollten. Selbst in Kontexten, in denen es keine so dominante Menschenrechtsbewegung wie in Argentinien gibt, ist es zentral, diese Akteure in den Aufbau einer neuen Institution miteinzubeziehen. Darüber hinaus bedarf die Institution einer gewissen Legitimation zu Beginn, dann muss sie sich diese Legitimation im Feld über ihre Tätigkeit selbst erarbeiten. Legitimation bezieht sich in diesem Fall darauf, zur Fragen der Erinnerung und Aufarbeitung der Vergangenheit sprechfähig zu sein. Die Unabhängigkeit von Regierung und Parlament ist ebenso ein wichtiger Punkt, hier wird einer politischen Einflussnahme vorgeschützt. Für erinnerungspolitische Institutionen ist ein freies Wirkungsfeld von großem Vorteil. Politische Einflussnahme kann die Legitimation im Feld untergraben. Die Institution sollte ebenfalls in der Lage sein, ihren Tätigkeitsbereich zu erweitern. Damit ist in diesem Bereich nicht nur eine Erweiterung auf Fragen der Gegenwart gemeint, wie es bei der CPM der Fall war: In vielen Kontexten gibt es andere Traumata, andere Erinnerungen, die bearbeitet werden könnten und sich von dem ursprünglichen Anliegen unterscheiden.

Als sehr entscheidend im argentinischen Fall hat sich der Besitz des Archivs herausgestellt. Mit eigenen Quellen Erinnerungsarbeit zu leisten und dem Feld etwas zurückzugeben ist von ele-

mentarer Bedeutung. Darauf aufbauend erleichtert es die folgenden Punkte: die Gestaltung eines Erinnerungsorts und die Bildungsarbeit. Ein Erinnerungsort dient zur Vermittlung der Vergangenheit und hilft bei der Bildungsarbeit, zudem schafft dies Relevanz in der Öffentlichkeit. Die Bildungsarbeit ist ebenfalls ein zentraler Punkt, da hier vor allem die jungen Generationen angesprochen werden, denn diesen sollen die Erinnerungen vermittelt werden, und sie sollen über die Vergangenheit aufgeklärt werden. Um Wirkungsmacht zu erreichen ist eine kritische Reichweite vonnöten, die über das Feld der Erinnerungspolitik hinausgeht. Zuletzt sollten erinnerungspolitische Institutionen, auch wenn sie vielleicht selbst keine Wissenschaft betreibt, im ständigen Kontakt mit dem Wissenschaftssystem sein. Hier können verschiedene Projekte zur Forschung und Vermittlung durchgeführt werden.

– Ausblick –

Im Bereich der erinnerungspolitischen Institutionen wären weitere Forschungsprojekte in Argentinien und in anderen Ländern möglich, die sich an den in Tabelle 5 genannten Faktoren orientieren. Ein Vergleich der Kommissionen für Erinnerung anderer Provinzen wäre hier denkbar. Ebenfalls sinnvoll wäre ein Blick auf die (Sub-)Sekretariate für Menschenrechte der Provinz oder als Einzelfall der nationalen Regierung. An Letzterem könnte das Verhältnis des Staates zu den Menschenrechtsorganisationen der jeweiligen Regierungen gut untersucht werden. Doch die Faktoren lassen sich selbstverständlich auch außerhalb Argentiniens anwenden. So ist eine Anwendung auf Bundes- wie Landesinstitutionen in der Bundesrepublik denkbar. Eine solche Untersuchung könnte zum Beispiel die Landesbeauftragten für die Aufarbeitung der SED-Diktatur[60] umfassen. Hier würden sechs Institutionen aus sechs Bundesländern in einem ähnlichen erinnerungspolitischen Kontext verglichen werden. Die unterschiedlichen erinnerungspolitischen Positionen, Verbindungen zur Zivilgesellschaft oder zur Politik könnten so besser verglichen werden, denn der Kontext, die DDR, ist für alle gleich. Trotzdem unterscheiden sich die Institutionen in Größe und Einfluss auf die Erinnerungskultur.

Die Arbeit hat ebenfalls gezeigt, dass das zivilgesellschaftliche Engagement für Opfer aktueller Menschenrechtsverletzungen ein spannendes Feld ist. Die Frage, wie sich Opfer und Angehörige von institutioneller Gewalt organisieren und gegenseitig helfen, welches Bild sie vom Staat haben und welche Unterstützung sie erfahren, ist ein interessantes Themenfeld.

---

60 Diese Institutionen wurden in der Regel – Brandenburg ist hier eine Ausnahme – in den 1990er Jahren als Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR gegründet. In den letzten Jahren fand jedoch eine Schwerpunktverschiebung und eine Umbenennung statt.

In den Seminaren der *Maestría en Historia y Memoria* an der UNLP gab es viele Diskussionen über die Übertragung der argentinischen Perspektive auf den Fall Kolumbien mit dem wackligen Friedensprozess und der Schwierigkeit, Initiativen zur nationalen *memoria* zu etablieren. Dabei wurde insbesondere die Anwendung moderner *Transitional Justice* Elemente besprochen. Doch ohne ein absehbares Ende des Konfliktes haben es Maßnahmen, genau wie Erinnerungspolitiken, schwer. Trotzdem zeigte sich unter den lateinamerikanischen Studierenden ein großes Interesse für die Anwendung der argentinischen Erfahrungen auf ihre Herkunftsländer, sei es Kolumbien, Chile oder Uruguay. In vielen lateinamerikanischen Ländern spielt die Aufarbeitung der Militärdiktaturen eine Rolle, doch in Argentinien ist dies am konsequentesten verfolgt worden. Die Ereignisse in Chile 2019 zeigen, dass auch in diesen Ländern Fragen der Erinnerungspolitik und der Aufarbeitung der Vergangenheit in aktuellen politischen Konflikten präsent sind.

Aus deutscher Perspektive auf die argentinische Erinnerungspolitik die scheinen die Forderungen, die zuweilen erhoben werden, sehr radikal. Dies steht oft in Kombination mit dem fehlenden Willen zur Versöhnung. Doch in Deutschland ist allenfalls der Sinn und die Interpretation der Vergangenheit umstritten, nicht jedoch die Wahrheit. In Argentinien dagegen kämpfen die Menschenrechtsorganisationen seit ihrer Gründung um die Wahrheit, darum, diese zu etablieren und daraus Erinnerungspolitik zu gestalten. Die Gegenwart ist in den Debatten um die Vergangenheit in Argentinien präsenter, als sie es in Deutschland ist. Dies hat sicherlich Vor- und Nachteile. Wenn heutige soziale und ökonomische Missstände auf die Diktatur zurückgeführt werden, dann ist dies gewiss ein ernstzunehmender Faktor, gänzlich überzeugend ist diese Argumentation allerdings nicht. Die Verbindung von Vergangenheit und Gegenwart muss ebenso mitberücksichtigt werden, was erklärt, warum die jungen Menschen in Argentinien eben nicht von der Debatte um die Vergangenheit gelangweilt sind, sondern sie durchaus aufnehmen. In der jugendlichen und studentischen *militancia* spielt die Erinnerung an die Diktatur, die Bewunderung der *Madres* und *Abuelas* eine große Rolle. Nicht von ungefähr ist das Zeichen der Abtreibungsbewegung in Argentinien ein grünes Tuch, das dem weißen Tuch als Erkennungszeichen heutzutage in nichts nachsteht. Der Respekt vor den Menschenrechtsorganisationen und ihrem Kampf für *memoria*, *verdad* und *justicia* ist bei den Jugendlichen deutlich spürbar. Daher sind sie keine Gruppe, die einen Schlussstrich fordern würde. Dies ist in Argentinien weder gewollt noch Teil der Debatte.

Literaturverzeichnis

Abuelas de Plaza de Mayo et al. (2019): Marcha del 24 de marzo: el documento completo leído en la Plaza de Mayo. In: *Pagina/12*, 24.03.2019. Online verfügbar unter https://www.pagina12.com.ar/183043-marcha-del-24-de-marzo-el-documento-completo-leido-en-la-pla, zuletzt geprüft am 03.09.2019.

Acuña, Carlos H.; Smulovitz, Catalina (2007): Militares en la transición argentina: del gobierno a la subordinación constitucional. Hg. v. Anne Pérotin-Dumon. Online verfügbar unter http://www.historizarelpasadovivo.cl/, zuletzt geprüft am 31.10.2019.

Adamoli, María Celeste; Farías, Matías; Flachsland, Cecilia (2015): Educación y memoria. La historia de una política pública. In: *Historia de la Educación* 16 (2), S. 225–241.

AfD-Landesverband Sachsen-Anhalt (2016): Wahlprogramm zur Landtagswahl am 13. März 2016. "Wir für unsere Heimat". Magdeburg.

Ahrens, Helen (2011): Die Zukunft als Herausforderung des Rechts – Gedanken zur (Menschen-)Rechtspolitik in Lateinamerika. In: *Zeitschrift für Menschenrechte* 5 (2), S. 26–35.

Alcaraz, María Florencia (2019): Llenar los pueblos de policías. Los hijos del monte. Online verfügbar unter http://revistaanfibia.com/cronica/llenar-los-pueblos-de-policias/, zuletzt geprüft am 02.01.2020.

Alcaraz, María Florencia; Ortega, Sebastián; Zaninelli, Gustavo (2018): ¿Cómo murió Santiago Maldonado? Siete minutos. In: *Revista Anfibia*, 2018. Online verfügbar unter http://revistaanfibia.com/cronica/siete-minutos-2/, zuletzt geprüft am 24.11.2020.

Alfonsín, Raúl (1993): "Never Again" in Argentina. In: *Journal of Democracy* 4 (1), S. 15–19.

Altamirano, Carlos (1992): Peronismo y cultura de izquierda (1955–1965). College Park, MD (Latin American Studies Center Series, 6).

Andar (2019): Homepage. Online verfügbar unter http://www.andaragencia.org/, zuletzt geprüft am 27.12.2019.

Andriotti Romanin, Enrique (2012): De la resistencia a la integración. Las transformaciones de la Asociación Madres de Plaza de Mayo en la “era Kirchner”. In: *Estuidos Políticos Universidad de Antioquia* (41), S. 36–56.

Andriotti Romanin, Enrique (2013): Decir la verdad, hacer justicia. Los Juicios por la Verdad en Argentina. In: *European Review of Latin American and Caribbean Studies* (94), S. 5–23.

Assheuer, Thomas (2003): Macht ohne Recht. Der Historiker Eric J. Hobsbawm über die Zukunft des Westens und Amerikas Hegemonie. In: *Die Zeit*, 10.07.2003.

Assmann, Aleida (1999): Ein deutsches Trauma? Die Kollektivschuldthese zwischen Erinnern und Vergessen. In: *Merkur* 53 (608), S. 1142–1154.

Assmann, Aleida (2007): Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik. Bonn: Bpb.

Assmann, Aleida (2012): Weltmeister im Erinnern? Über das Unbehagen an der Deutschen Erinnerungskultur. In: *Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik* 51 (2), S. 24–32.

Assmann, Aleida (2013): Das neue Unbehagen an der Erinnerungskultur. Eine Intervention. München: C.H. Beck.

Assmann, Aleida (2018): Formen des Vergessens. Bonn: Bpb.

Assmann, Aleida; Conrad, Sebastian (Hg.) (2010): Memory in a Global Age. London: Palgrave Macmillan UK.
Assmann, Jan (2010): Globalization, Universalism, and the Erosion of Cultural Memory. In: Aleida Assmann und Sebastian Conrad (Hg.): Memory in a Global Age. London: Palgrave Macmillan UK, S. 121–137.
Assmann, Jan (2011): Cultural memory and early civilization. Writing, remembrance, and political imagination. Cambridge: Cambridge University Press.
Assmann, Jan; Assmann, Aleida (2018): „Wahr ist, was uns verbindet!“. Die Dankesrede von Aleida und Jan Assmann anlässlich der Verleihung des Friedenspreises 2018. Online verfügbar unter https://www.friedenspreis-des-deutschen-buchhandels.de/1244997/, zuletzt geprüft am 30.08.2019.
Bandelow, Nils C. (2015): Advocacy Coalition Framework. In: Georg Wenzelburger und Reimut Zohlnhöfer (Hg.): Handbuch Policy-Forschung. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 305–324.
Barlösius, Eva (2011): Pierre Bourdieu. 2. Aufl. Frankfurt: Campus.
Basualdo, Eduardo; Lozano, Claudio (2008): A 25 años del golpe. La economia argentina luego de la dictadura. Online verfügbar unter http://www.bibliotecacta.org.ar/bases/pdf/IDE00124.pdf, zuletzt geprüft am 22.0.2019.
Basualdo, Eduardo M. (2015): The Legacy of the Dictatorship: The New Pattern of Capital Accumulation, Deindustrialization, and the Decline of the Working Class. In: Horacio Verbitsky und Juan Pablo Bohoslavsky (Hg.): The Economic Accomplices to the Argentine Dictatorship. Cambridge: Cambridge University Press, S. 75–89.
Basualdo, Victoria; Quintana, Tomás Ojea; Varsky, Carolina (2015): The Cases of Ford and Mercedes Benz. In: Horacio Verbitsky und Juan Pablo Bohoslavsky (Hg.): The Economic Accomplices to the Argentine Dictatorship. Cambridge: Cambridge University Press, S. 159–173.
Bauer, Michael W.; Becker, Stefan (2020): Democratic Backsliding, Populism, and Public Administration. In: *Perspectives on Public Management and Governance* 3 (1), S. 19–31.
Beck, Ulrich (2016): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. 23. Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
Becker, Howard S. (2019): Außenseiter. Zur Soziologie abweichenden Verhaltens. 3. Auflage.
Berger, Peter L.; Luckmann, Thomas (1999): Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie. 16. Aufl. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch.
Bernecker, Walther L.; Brinkmann, Sören (2006): Kampf der Erinnerungen. Der Spanische Bürgerkrieg in Politik und Gesellschaft 1936-2006. Nettersheim: Verlag Graswurzelrevolution.
Bertoia, Luciana (2016): La agenda de Memoria, Verdad y Justicia en tiempos de cambios. Tensiones, rupturas y continuidades en el discurso del gobierno macrista en torno al terrorismo de Estado. In: *Aletheia* 7 (13).
Birle, Peter; Carnovale, Vera; Gryglewski, Elke; Schindel, Estela (Hg.) (2010): Memorias urbanas en diálogo. Berlín y Buenos Aires. Buenos Aires, Santiago, Chile: Buenos Libros; Fundación Heinrich Böll Cono Sur.
Blum, Sonja; Schubert, Klaus (2011): Politikfeldanalyse. 2. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Bohoslavsky, Ernesto; Soprano, Germán (2010): Una evaluación y propuestas para el estudio del Estado en Argentina. In: Ernesto Bohoslavsky und Germán Soprano (Hg.): Un Estado con rostro humano. Funcionarios e instituciones estatales en Argentina (desde 1880 hasta la actualidad). Buenos Aires: Prometeo Libros, S. 9–55.

Bonafini, Hebe (1998): Es obligación de ustedes cumplir el sueño de los 30.000. Discurso de Hebe de Bonafini en la 18° Marcha de la Resistencia. Online verfügbar unter http://www.madres.org/navegar/nav.php?idsitio=5&idcat=96&idindex=25, zuletzt geprüft am 12.11.2019.

Bonavena, Pablo Augusto (2011): El movimiento estudiantil frente a la masacre en Trelew del 22 de agosto de 1972. In: *Conflicto Social* 4 (5), S. 201–230.

Borges, Jorge Luis (2008): Ficciones. Madrid: Alianza Ed.

Boris, Dieter (2014): Bolívars Erben. Linksregierungen in Lateinamerika. Köln: Papyrossa-Verl.

Brinks, Daniel M. (2006): The Rule of (Non) Law. Prosecuting Police Killings in Brazil and Argentina. In: Gretchen Helmke und Steven Levitsky (Hg.): Informal institutions and democracy. Lessons from Latin America. Baltimore, Md.: Johns Hopkins Univ. Press, S. 201–226.

Brinks, Daniel M.; Levitsky, Steven; Murillo, Maria Victoria (2020): The Political Origins of Institutional Weakness. In: Daniel M. Brinks, Steven Levitsky und Maria Victoria Murillo (Hg.): The politics of institutional weakness in Latin America. Cambridge, United Kingdom, New York, NY: Cambridge University Press, S. 1–40.

Bruschtein, Luis (2002): Servicio de Paz y Justicia (SERPAJ). In: *Puentes* 2 (6), S. 67–83.

Buchbinder, Pablo (2010): Historia de las Universidades Argentinas. 2. Aufl. Buenos Aires: Sudamericana.

Buckley-Zistel, Susanne; Oettler, Anika: Was bedeuted Transitional Justice. In: Susanne Buckley-Zistel und Thomas Kater (Hg.): Nach Krieg, Gewalt und Repression. Vom schwierigen Umgang mit der Vergangenheit, S. 21–38.

Burke, Peter (1998): Offene Geschichte. Die Schule der "Annales". Frankfurt am Main: Fischer-Taschenbuch-Verl.

Bustos, Pablo: Volver a empezar, una vez mas. In: *Nueva Sociedad* (179), S. 60–74.

Calveiro, Pilar (2004): Poder y desaparición. Los campos de concentración en Argentina. Buenos Aires: Colihue.

Calveiro, Pilar (2006): Antiguos y nuevos sentidos de la política y la violencia. In: *Lucha Armada en la Argentina* 2 (4), S. 4–19.

Cámara de Diputados Provincia de Buenos Aires (1999): Resolución 2117.

Canelo, Paula (2006): La descomposición del poder militar en la Argentina. Las Fuerzas Armadas durante las presidencias de Galtieri, Bignone y Alfonsín (1981–1987). In: Alfredo Raúl Pucciarelli (Hg.): Los años de Alfonsín. ¿El poder de la democracia o la democracia del poder? Buenos Aires: Siglo Veintiuno Ed. Argentina, S. 65–114.

Canosa, Mora Gonzáles (2018): Historia, memoria y política en los orígenes de las Fuerzas Armadas Revolucionarias. Reflexiones metodológicas a partir de una investigación empírica. In: *Conflicto Social* 11 (19), S. 160–187.

Cardenas, Sonia (2011): Forking Paths and Social Complexity. Rethinking Human Rights Progress in Latin America. In: *Zeitschrift für Menschenrechte* 5 (2), S. 11–25.

Carlotto, Estela; Mosquera, Alejandro (2000): Editorial. In: *Puentes* 1, S. 3.

CELS (2017): Tortura en las cárceles. ¿Por qué no son efectivas las políticas de prevención de la violencia en la Argentina? Buenos Aires. Online verfügbar unter

https://www.cels.org.ar/web/wp-content/uploads/2017/05/TorturaEnLasCarceles.pdf, zuletzt geprüft am 19.10.2020.
Chama, Mauricio; Sorgentini, Hernán (2013): De la "refundación democrática" a la "memoria crítica". Una lectura de la interpretación del pasado reciente argentino en la revista Punto de Vista. In: *Cuestiones de Sociología* 10 (9).
Cipriano García, Roberto (2015): La tortura como crimen de lesa humanidad. Aportes para una discusión necesaria. In: *Puentes* (Edición Especial), S. 67–73.
Cipriano García, Roberto (21.02.2020): Interview mit Roberto Cipriano García Secretario de la Comisión Provincial por la Memoria durch Jan Müller. La Plata.
Clark, Victor F. (2017): Latin American Communism. In: Norman M. Naimark, Silvio Pons und Sophie Quinn-Judge (Hg.): The socialist camp and world power 1941-1960s. Cambridge: Cambridge University Press (The Cambridge history of communism, volume 2), S. 388–413.
Comisión Nacional sobre la Desaparición de Personas (1984): Nunca Más. Online verfügbar unter https://www.youtube.com/watch?v=HuuQ4WLQs2I, zuletzt geprüft am 29.10.2019.
Comisión Nacional sobre la Desaparición de Personas (1986): Nunca más. Informe de la Comisión Nacional sobre la Desaparición de Personas. 13. Aufl. Buenos Aires: Ed. Univ. de Buenos Aires.
Comisión Provincial por la Memoria (o. J.a): Aportes a la Justicia. Online verfügbar unter http://www.comisionporlamemoria.org/archivo/aportes-a-la-justicia-2/, zuletzt geprüft am 10.12.2019.
Comisión Provincial por la Memoria (o. J.b): Comunicación y Cultura. Online verfügbar unter http://www.comisionporlamemoria.org/comunicacion-y-cultura/, zuletzt geprüft am 27.12.2019.
Comisión Provincial por la Memoria (o. J.c): Estudiantes extranjeros. Online verfügbar unter http://www.comisionporlamemoria.org/investigacion/estudiantes-extranjeros/, zuletzt geprüft am 28.12.2019.
Comisión Provincial por la Memoria (o. J.d): Historia institucional de la DIPPBA. La inteigencia policial a través de sus Documentos. La Plata. Online verfügbar unter http://www.comisionporlamemoria.org/archivos/archivo/historia-institucional-dippba/historia-institucional-dippba.pdf, zuletzt geprüft am 11.12.2019.
Comisión Provincial por la Memoria (o. J.e): Investigación. Online verfügbar unter http://www.comisionporlamemoria.org/investigacion/investigacion/, zuletzt geprüft am 10.12.2019.
Comisión Provincial por la Memoria (o. J.f): LA DIPPBA. Online verfügbar unter http://www.comisionporlamemoria.org/archivo/la-dippba/, zuletzt geprüft am 07.12.2019.
Comisión Provincial por la Memoria (o. J.g): Masacre de Budge. Online verfügbar unter http://www.comisionporlamemoria.org/investigacion/project/masacre-de-budge/, zuletzt geprüft am 21.11.2019.
Comisión Provincial por la Memoria (o. J.h): Memoria en las Aulas. Online verfügbar unter http://www.comisionporlamemoria.org/project/dossiers-memoria-en-las-aulas, zuletzt geprüft am 16.02.2019.
Comisión Provincial por la Memoria (o. J.i): Museo de Arte y Memoria. Online verfügbar unter http://www.comisionporlamemoria.org/museo/mam/, zuletzt geprüft am 25.12.2019.

Comisión Provincial por la Memoria (o. J.j): Querellas de la CPM. Online verfügbar unter http://www.comisionporlamemoria.org/archivo/querellas-cpm/, zuletzt geprüft am 10.12.2019.
Comisión Provincial por la Memoria (2003): En Defensa de la Comision por la Memoria. Carta Abierta. Online verfügbar unter https://archivo.argentina.indymedia.org/news/2003/12/162107.php, zuletzt geprüft am 19.12.2019.
Comisión Provincial por la Memoria (2004): El sistema de la crueldad. Informe sobre corrupción, tortura y otras prácticas aberrantes en el Servicio Penitenciario Bonarense 2000–2004. La Plata.
Comisión Provincial por la Memoria (2006): Ojos que no ven. El sistema de lacrueldad II Informe sobre violaciones a los derechos humanos por fuerzas de seguridad de la provincia de Buenos Aires. 2005–2006. La Plata.
Comisión Provincial por la Memoria (2007): El sistema de la crueldad III. Informe sobre violaciones a los derechos humanos en lugares de detención de la provincia de Buenos Aries. 2006–2007. La Plata.
Comisión Provincial por la Memoria (2012): Carta abierta al gobernador Daniel Scioli. In: *Pagina/12*, 18.10.2012. Online verfügbar unter https://www.pagina12.com.ar/imprimir/diario/sociedad/3-205834-2012-10-18.html, zuletzt geprüft am 17.03.2020.
Comisión Provincial por la Memoria (2013): Informe anual 2013. 10 años. La Plata.
Comisión Provincial por la Memoria (2014): Declaraciones. La Plata. Online verfügbar unter https://www.comisionporlamemoria.org/archivos/cpm/declaraciones-2000-2014.pdf, zuletzt geprüft am 13.10.2020.
Comisión Provincial por la Memoria (2018): Justicia por los 7. Infrome de la CPM a un año de la masacre de Pergamino. La Plata.
Comisión Provincial por la Memoria (2019a): 6. Encuentro Nacional de la red de familiares contra la tortura y otras violencias estatales. La Plata.
Comisión Provincial por la Memoria (2019b): archivo y centro de documentación. Faltblatt. La Plata.
Comisión Provincial por la Memoria (2019c): Declaraciones. Online verfügbar unter http://www.comisionporlamemoria.org/prensaycomunicacion/declaraciones/, zuletzt geprüft am 30.12.2019.
Comisión Provincial por la Memoria (2019d): Diálogos necesarios. Leer e interpretar documentos de inteligencia policial. Tagungsdokumentation 06.12.2019. La Plata.
Comisión Provincial por la Memoria (2019e): Historia. Online verfügbar unter http://www.comisionporlamemoria.org/la-cpm/historia/, zuletzt geprüft am 05.12.2019.
Comisión Provincial por la Memoria (2019f): Informe Anual 2019, El sistema de la crueldad XIII. Sobre lugares de encierro, políticas de seguridad, salud mental y niñez en la provinica de Buenos Aires. La Plata.
Comisión Provincial por la Memoria (2019g): Integrantes. Online verfügbar unter http://www.comisionporlamemoria.org/la-cpm/integrantes/, zuletzt geprüft am 27.12.2019.
Comisión Provincial por la Memoria (2019h): La CPM patrocina legalmente a las familias víctimas de la masacre de Monte. De los 11 policías desafectados, 8 están detenidos. Online verfügbar unter http://www.comisionporlamemoria.org/la-cpm-patrocina-legalmente-a-las-familias-victimas-de-la-masacre-de-monte/, zuletzt geprüft am 02.01.2020.

Comisión Provincial por la Memoria (2019i): Masacre de Monte: actos de inteligencia ilegal y comportamiento mafioso de la Bonaerense. Policías infiltrados en la presentación del informe de la CPM. Online verfügbar unter http://www.comisionporlamemoria.org/masacre-de-monte-actos-de-inteligencia-ilegal-y-comportamiento-mafioso-de-la-bonaerense/, zuletzt geprüft am 02.01.2020.
Comisión Provincial por la Memoria (2019j): Masacre de Monte: la justicia abrió una investigación penal contra la intendenta Sandra Mayol. Por pedido de la CPM y los particulares damnificados. Online verfügbar unter http://www.comisionporlamemoria.org/masacre-de-monte-la-justicia-abrio-una-investigacion-penal-contra-la-intendenta-sandra-mayol/, zuletzt geprüft am 02.01.2020.
Comisión Provincial por la Memoria (2019k): Masacre de San Miguel del Monte. Informe especial de la CPM. La Plata.
Comisión Provincial por la Memoria (2019l): Puentes. La revista de la CPM. Online verfügbar unter http://www.comisionporlamemoria.org/project/puentes/, zuletzt geprüft am 04.09.2019.
Comisión Provincial por la Memoria (Hg.) (2019m): Simposio sobre justicia y crímenes de lesa humanidad. La Plata.
Comisión Provincial por la Memoria (2019n): Staff Directivo. Online verfügbar unter http://www.comisionporlamemoria.org/la-cpm/staff-directivo/, zuletzt geprüft am 27.12.2019.
Comisión Provincial por la Memoria (2019o): XVIII Convocatoria. Nuestra Libertad es su Amenaza. Construyamos el Nosotres. Online verfügbar unter http://www.comisionporlamemoria.org/jovenesymemoria/convocatoria-2018/, zuletzt geprüft am 17.12.2019.
Comisión Provincial por la Memoria (2019p): Informe CPM a Dr. Alejo Ramos Padilla. La Plata.
Comisión Provincial por la Memoria; Secretaría de Derechos Humanos Provincia Buenos Aires; Colectivo Quilmes Memoria, Verdad y Justicia; Cuidad Quilmes (o. J.): El Pozo de Quilmes. Sitio de Memoria, Defensay Promoción de los Derechos Humanos ex Centro Clandestino de Detención Pozo de Quilmes. Flyer.
Connerton, Paul (1989): How societies remember. Cambridge: Cambridge University Press.
Connerton, Paul (2009): How Modernity Forgets. Cambridge: Cambridge University Press.
Converse, Philip E. (2006): The nature of belief systems in mass publics (1964). In: *Critical Review* 18 (1-3), S. 1–74.
Conze, Eckart; Frei, Norbert; Hayes, Peter; Zimmermann, Moshe (2010): Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik. München: Blessing.
Cornelißen, Christoph (2003): Was heißt Erinnerungskultur? Begriff – Methoden – Perspektiven. In: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 54 (1), S. 548–563.
Cornelißen, Christoph (2012): Erinnerungskulturen. Version 2.0. Hg. v. Docupedia-Zeitgeschichte. Online verfügbar unter http://docupedia.de/zg/cornelissen_erinnerungskulturen_v2_de_2012, zuletzt geprüft am 27.11.2020.
Costantino, Gabriel (2016a): ¿Leviatán azul? Los vaivenes de la política de seguridad en la provincia de buenos aries (1984-2011). In: *Colección* 21 (26), S. 91–135.
Costantino, Gabriel (2016b): Planes de Campaña y seguridad cuidadana en la provincia de Buenos Aires (1984–2011). In: *Documentos y Aportes en Administración Pública y Gestión Estatal* 16 (26), S. 75–110.

Crenzel, Emilio (2007): Dos prólogos para un mismo informe. El Nunca Más y la memoria de las depariciones. In: *prohistoria* 11 (11), S. 49–60.
Crenzel, Emilio (2008a): El relato canónico de las desapariciones en Argentina. El informe "Nunca Más". In: *CONfines* 4 (8), S. 47–81.
Crenzel, Emilio (2008b): La historia política del Nunca Más. Buenos Aires.
Crenzel, Emilio (Hg.) (2010a): Los desaparecidos en la Argentina. Memorias, representaciones e ideas (1983 - 2008). Buenos Aires: Ed. Biblos.
Crenzel, Emilio (2010b): Politicas de la memoria. La historia del informe nunca más. In: *Papeles del CEIC* 2 (61).
Crenzel, Emilio (2013): The Narrative of the Disappearances in Argentina: The Nunca Más Report. In: *Bulletin of Latin American Research* 32 (1), S. 174–192.
Crenzel, Emilio (2015): Genesis, Uses, and Significations of the Nunca Más Report in Argentina. In: *Latin American Perspectives* 42 (3), S. 20–38.
Cruz, María Angélica (2017): Investigaciones sobre memorias sociales de la represión política en el Cono Sur como conocimiento situado: un cruce entre estudios de memoria y epistemología feminista. In: Álvaro Bello, Yéssica González, Paula Rubilar und Ruiz Olga (Hg.): Historias y memorias. Diálogos desde una perspectiva interdisciplinaria. Temuco: Ediciones Universidad de La Frontera, S. 158–182.
Cué, Carlos; Barreiro, Ramiro (2017): Carlotto: "Nosotras utilizamos a los Kirchner, no ellos a nosotras". In: *El Pais*, 16.01.2017.
Cueto Rúa, Santiago (2008): "Nacimos en su lucha, viven en la nuestra". Identidad, justicia y memoria en la agrupación HIJOS-La Plata. La Plata.
Cueto Rúa, Santiago (2016): "Ampliar el círculo de los que recuerdan". La inscripción de la Comisión Provincial por la Memoria en el campo de los derechos humanos y la memoria (1999-2009), La Plata.
Cueto Rúa, Santiago (2017): Políticas de memoria y pisos de verdad. Una reflexión en primera persona sobre el Programa Educación y Memoria del Ministerio de Educación de la Nación (y algunos interrogantes sobre el futuro). In: *Aletheia* 7 (14).
da Silva Catela, Ludmila (2002): El mundo de los archivos. In: Ludmila da Silva Catela und Elizabeth Jelin (Hg.): Los archivos de la represión. Documentos, memoria y verdad. New York, Madrid: Social Science Research Council; Siglo Veintiuno, S. 195–221.
da Silva Catela, Ludmila (2007): Etnografía de los archivos de la represión en la Argentina. In: Marina Franco, Florencia Levinton Schabelman und Vera Carnovale (Hg.): Historia reciente. Perspectivas y desafíos para un campo en construcción. Buenos Aires: Paidós, S. 183–220.
Dandan, Alejandra (2016): De vuelta a los dos demonios. In: *Pagina/12*, 12.06.2016. Online verfügbar unter https://www.pagina12.com.ar/diario/elpais/1-301566-2016-06-12.html, zuletzt geprüft am 28.10.2019.
David, Lea (2020): The past can't heal us. The dangers of mandating memory in the name of human rights. Cambridge: Cambridge University Press.
Den Bor, Pim (2008): Loci memoriae – Lieux de mémoire. In: Astrid Erll, Ansgar Nünning und Sara B. Young (Hg.): Cultural memory studies. An international and interdisciplinary handbook. Berlin, New York: Walter de Gruyter, S. 19–25.
Diputados Argentina (o. J.): Gabriel Cerruti. Online verfügbar unter https://www.hcdn.gob.ar/diputados/gcerruti/, zuletzt geprüft am 26.11.2019.

Dora, Denise; Daniel, Ravindran; Klugman, Barbara (2017): Sur en transición. Hacia una nueva ecología del movimiento de derechos humanos. In: *SUR – Revista Internacional de Derechos Humanos* 14 (26), S. 65–75.
Duhalde, Eduardo Luis (2013): El estado terrorista argentino. Ciudad Autónoma de Buenos Aires: Ed. Colihue.
El Senado y Cámara de Diputados de la Provincia de Buenos Aires (1996): Ley 11782.
El Senado y Cámara de Diputados de la Provincia de Buenos Aires (1997a): Ley 12027.
El Senado y Cámara de Diputados de la Provincia de Buenos Aires (1997b): Ley 12258.
El Senado y Cámara de Diputados de la Provincia de Buenos Aires (2000): Ley 12483.
El Senado y Cámara de Diputados de la Provincia de Buenos Aires (2001a): 12611.
El Senado y Cámara de Diputados de la Provincia de Buenos Aires (2001b): Ley 12642.
El Senado y Cámara de Diputados de la Provincia de Buenos Aires (2017): Ley 14895.
Ellner, Steve (2019): Pink-Tide Governments: Pragmatic and Populist Responses to Challenges from the Right. In: *Latin American Perspectives* 46 (1), S. 4–22.
Erll, Astrid (2017): Kollektives Gedächtnis und Erinnerungskulturen. Eine Einführung. 3. Aufl. Stuttgart: J.B. Metzler.
Erll, Astrid; Nünning, Ansgar; Young, Sara B. (Hg.) (2008): Cultural memory studies. An international and interdisciplinary handbook. Berlin, New York: Walter de Gruyter.
Espinosa, Florencia (2012): Eran chicos que estaban armados: Usos y memorias de la Casa de 30. Tesis presentada para la obtención del grado de Licenciada en Sociología. La Plata. Online verfügbar unter http://www.memoria.fahce.unlp.edu.ar/tesis/te.869/te.869.pdf, zuletzt geprüft am 25.09.2020.
Facultad de Humanidades y Ciencias de la Educación (Hg.) (o.J.): MAESTRÍA EN HISTORIA Y MEMORIA. Online verfügbar unter http://posgrado.fahce.unlp.edu.ar/course/maestria-en-historia-y-memoria/, zuletzt geprüft am 03.09.2019.
Facultad de Humanidades y Ciencias de la Educación (Hg.) (2019): Aletheia. Revista de la Maestría en Historia y Memoria. Online verfügbar unter http://www.aletheia.fahce.unlp.edu.ar/front_page, zuletzt geprüft am 03.09.2019.
Feierstein, Daniel (2012): Juicios. Sobre la elaboración del genocidio II. Buenos Aires, Argentina: Fondo de Cultura Económica de Argentina.
Feierstein, Daniel (2014): Genocide as Social Practice. Reorganizing Society under the Nazis and Argentina's Military Juntas. New Brunswick, N.J: Rutgers University Press; Knowledge Unlatched.
Feierstein, Daniel (2018): Los dos demonios (recargados). Buenos Aires: Marea Editorial.
Feld, Claudia (2002): Del estrado a la pantalla. Las imágenes del juicio a los ex comandantes en Argentina. Madrid: Siglo Veintiuno de España Ed.
Feld, Claudia; Salvi, Valentina (2019): Introducción. Declaraciones públicas de represores de la dicatadura argentina: temporalidades, escenarios y debates. In: Claudia Feld und Valentina Salvi (Hg.): Las Voces de la Represión. Declaraciones de perpetradpres de la dictadura argentina. Buenos Aires: Miño y Dávila, S. 11–34.
Franco, Marina (2010): Algunas reflexiones en torno al acto de exilio en el pasado reciente argentino. In: Ernesto Lázaro Bohoslavsky, Marina Franco, Mariana Iglesias und Daniel Lvovich (Hg.): Problemas de historia reciente del Cono Sur. Buenos Aires: Prometeo Libros (Colección Humanidades), S. 303–322.
Franco, Marina (2012): Pensar la violencia estatal en la Argentina del siglo XX. In: *Lucha Armada en la Argentina* 8 (2), S. 20–31.

Francois, Etienne; Schulze, Hagen (Hg.) (2002): Deutsche Erinnerungsorte. 4 Bände. München: C.H. Beck.
Fuchs, Ruth (2010): Umkämpfte Geschichte. Vergangenheitspolitik in Argentinien und Uruguay. Münster: LiT.
Fuchs, Ruth; Nolte, Detlef (2004): Politikfeld Vergangeheitspolitik. Zur Analyse der Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen in Lateinamerika. In: *Lateinamerika Analysen* (9), S. 59–92.
Galante, Diego (2014): El "Juicio a las juntas" en la escena política argentina. In: Sergio Bufano und Lotersztain Israel (Hg.): Lucha Armada en la Argentina. Anuario 2014. Buenos Aires, S. 92–107.
Galante, Diego (2019): El Juicio a las Juntas. Discursos entre política y justicia en la transición argentina. Los Polvorines: Ediciones UNGS.
Galante, Miguel; Luque, Beatriz; Fuks, Marcela (2006): Sobre Terrorismo de Estado y resistencia. los orígenes de Madres de Plaza de Mayo. In: *Anuario de la Escuela de Historia* 21 (21), S. 253–284.
Gamarnik, Cora (2017): La imagen de la “subversión”: cómo se construyó la imagen del enemigo (1976-1979). In: *Sudamérica – Revista de Ciencias Sociales* 6 (7), S. 19–52.
Gayol, Sandra; Kessler, Gabriel (2012): Tributo en la Argentina post-dictadura: los “muertos por la subversión”. In: *Sociohistórica* (29), S. 157–182.
Generalversammlung der Vereinten Nationen (1948a). Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide. Online verfügbar unter https://www.ohchr.org/EN/ProfessionalInterest/Pages/CrimeOfGenocide.aspx, zuletzt geprüft am 14.11.2019.
Generalversammlung der Vereinten Nationen (1948b): Allgemeine Erklärung der Menschenrechte. Online verfügbar unter https://www.ohchr.org/EN/UDHR/Documents/UDHR_Translations/ger.pdf, zuletzt geprüft am 23.09.2019.
George, Alexander L.; Bennett, Andrew (2004): Case studies and theory development in the social sciences. Cambridge, Massachusetts, London, England: The MIT Press.
Gerring, John (2007): Case study research. Principles and practices. Cambridge: Cambridge University Press.
Ginzberg, Victoria (2002): Madres de la Plaza de Mayo. In: *Puentes* 2 (7), S. 67–83.
Göhler, Gerhard (1997): Der Zusammenhang von Institutionen, Macht und Repräsentation. In: Gerhard Göhler (Hg.): Institution - Macht - Repräsentation. Wofür politische Institutionen stehen und wie sie wirken. Baden-Baden: Nomos, S. 11–62.
Goldberger, Bernadette (2018): Populismus an der Macht. Symbolische Inszenierungen im argentinischen Kirchnerismus am Beispiel der Fußball-WM 2010. Weilerswist: Velbrück Wissenschaft.
Greg, Grandin (2005): Las instrucciones de las grandes catástrofes. comisiones por la verdad, historia nacional y formación del estado en Argentina, Chile, y Guatemala. In: *The American Historical Review* 110 (1), S. 46–67.
Grimson, Alejandro (2019): ¿Qué es el peronismo? De Perón a los Kirchner, el movimiento que no deja de conmover la política argentina. Buenos Aires, Argentina: Siglo Veintiuno Editores.
Gudehus, Christian; Eichenberg, Ariane; Welzer, Harald (Hg.) (2010): Gedächtnis und Erinnerung. Ein interdisziplinäres Handbuch. Stuttgart, Weimar: Verlag J.B. Metzler.

Guembe, María José (2008): La experiencia argentina de reparación económica de graves violaciones a los derechos humanos. In: Catalina Díaz (Hg.): Reparaciones para las víctimas de la violencia política. Bogotá: Opciones Gráficas Editores, S. 19–70.
Halbwachs, Maurice (1967): Das Kollektive Gedächtnis. Stuttgart: Enke.
Halbwachs, Maurice (2004): La memoria colectiva. Zaragoza: Prensas Universitarias de Zaragoza.
Hasgall, Alexander (2016): Regime der Anerkennung. Kämpfe um Wahrheit und Recht in der Aufarbeitung der argentinischen Militärdiktatur. Bielefeld: transcript Verlag.
Hasse, Raimund; Krücken, Georg (2008): Institution. In: Nina Baur (Hg.): Handbuch Soziologie. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss, S. 163–182.
Hay, Colin (2008): Constructivist Institutionalism. In: Roderick A. W. Rhodes, Sarah A. Binder und Bert A. Rockman (Hg.): The Oxford handbook of political institutions. Oxford: Oxford University Press, S. 56–74.
Heindl, Andreas (2015): Inhaltsanalyse. In: Achim Hildebrandt, Sebastian Jäckle, Frieder Wolf und Andreas Heindl (Hg.): Methodologie, Methoden, Forschungsdesign. Ein Lehrbuch für fortgeschrittene Studierende der Politikwissenschaft. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 299–333.
Helmke, Gretchen; Levitsky, Steven (2006): Introduction. In: Gretchen Helmke und Steven Levitsky (Hg.): Informal institutions and democracy. Lessons from Latin America. Baltimore, Md.: Johns Hopkins Univ. Press, S. 1–30.
Heredia, Mariana (2015): Economic Ideas and Power during the Dictatorship. In: Horacio Verbitsky und Juan Pablo Bohoslavsky (Hg.): The Economic Accomplices to the Argentine Dictatorship. Cambridge: Cambridge University Press, S. 47–60.
Heß, Pamela (2016): Zur gesellschaftlichen Organisation von Erinnerungen. Eine Annäherung am Beispiel der kontroversen Debatten um die Aufarbeitung der DDRVergangenheit. In: Nina Leonhard, Oliver Dimbath, Hanna Haag und Gerd Sebald (Hg.): Organisation und Gedächtnis. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
Hilb, Claudia (2011): Justicia, Reconciliación, Perdón. In: *African Yearbook of Rhetoric* 2 (1), S. 41–52.
Hildebrandt, Achim (2015): Experteninterviews. In: Achim Hildebrandt, Sebastian Jäckle, Frieder Wolf und Andreas Heindl (Hg.): Methodologie, Methoden, Forschungsdesign. Ein Lehrbuch für fortgeschrittene Studierende der Politikwissenschaft. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 241–255.
Hirsch, Thomas (2012): Maurice Halbwachs et la sociologie religieuse. In: *Archives de sciences sociales des religions* (159), 255-245.
Historias Desobedientes (2018): Presentación leída en la apertura del Primer Encuentro Internacional de Historias Desobedientes. Online verfügbar unter http://www.historiasdesobedientes.com/, zuletzt geprüft am 07.05.2019.
Hite, Katherine (2015): Empathic unsettlement and the outsider within Argentine spaces of memory. In: *Memory Studies* 8 (1), 38–48.
Höcke, Björn (2017): "Gemütszustand eines total besiegten Volkes". Online verfügbar unter https://www.tagesspiegel.de/politik/hoecke-rede-im-wortlaut-gemuetszustand-eines-total-besiegten-volkes/19273518.html, zuletzt geprüft am 03.09.2019.
Hoffmann, Stefan-Ludwig (2017): Rückblick auf die Menschenrechte. In: *Merkur* 71 (812), S. 5–20.
Honorable Concejo Deliberante de Pergamino (2018): Ordenanza N° 8891/18.
Huffschmid, Anne (2015): Risse im Raum. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.

Hutton, Patrick H. (2016): Pierre Nora's Les Lieux de mémoire thirty years after. In: Anna Lisa Tota und Trever Hagen (Hg.): Routledge international handbook of memory studies. Abingdon, Oxon, New York, NY: Routledge, S. 28–40.
Hyssen, Andreas (2015): Estudios de memoria y derechos humanos. In: *Puentes* (Especial 15 años), S. 14–17.
Ingram, James D. (2015): The Revolutionary Origins of Human Rights. History, Politics, Practice. In: *Zeitschrift für Menschenrechte* (1), S. 9–25.
Jelin, Elizabeth (1994): The politics of memory. The Human Rights Movement and the Construction of Demcracz in Argentina. In: *Latin American Perspectives* 21 (2), S. 38–58.
Jelin, Elizabeth (1995): La politica de la memoria: el movimiento de derechos humanos y la construcción democratica en la argentina. In: Carlos H. Acuña (Hg.): Juicio, castigos y memorias. Derechos humanos y justicia en la política argentina. Buenos Aires: Ediciones Nueva Visión, S. 103–146.
Jelin, Elizabeth (2002): Los trabajos de la memoria. Madrid: Siglo XXI de España.
Jelin, Elizabeth (2003): Los derechos humanos y la memoria de la violencia política y la represión. La construcción de un campo nuevo en las ciencias sociales. In: *Cuadernos del IDES* (2).
Jelin, Elizabeth (2013): Memoria y democracia. Una relación incierta. In: *Política. Revista de Ciencia Política Instituto de Asuntos Públicos, Universidad de Chile* 51, S. 129–144.
Jelin, Elizabeth (2017): La lucha por el pasado. Como construimos la memoria social. Buenos Aires: Siglo Veintiuno Editores.
Jepperson, Ronald L. (1991): Institutions, Institutional Efects, and Institutionalism. In: Walter W. Powell und Paul DiMaggio (Hg.): The new institutionalism in organizational analysis. Chicago: Univ. of Chicago Press, S. 143–163.
Jones, Adam (2008): Genocide. A comprehensive introduction. London: Routledge.
Juliano, Mario Alberto (2018): La población de las cárceles bonaerenses. In: *Pagina/12*, 27.07.2018. Online verfügbar unter https://www.pagina12.com.ar/131064-la-poblacion-de-las-carceles-bonaerenses, zuletzt geprüft am 19.10.2020.
Junta Militar (1980): Documentos basicos y bases politics de las fuerzas armadas para el Proceso de Reorganizacion Nacional. Buenos Aires.
Junta Militar (1983): Documento Final de la Junta Militar sobre la guerra contra la subersion y el terrorismo. Buenos Aires.
Kaese, Fynn; Wolff, Jonas (2016): Piqueteros after the Hype: Unemployed Movements in Argentina, 2008-2015. In: *ERLACS* (102), S. 47–68.
Kaiser, Robert (2014): Qualitative Experteninterviews. Konzeptionelle Grundlagen und praktische Durchführung. Wiesbaden: Springer VS.
Kiernan, Sergio (2019): El funcionamiento del Plan Cóndor revelado por un documento de la CIA. In: *Pagina/12*, 14.04.2019. Online verfügbar unter https://www.pagina12.com.ar/187372-el-funcionamiento-del-plan-condor-revelado-por-un-documento-, zuletzt geprüft am 16.10.2019.
Kirchner, Néstor (2004): Palabras del Presidente de la Nación, Doctor Néstor Kirchner, en el acto de firma del convenio de la creación del Museo de la Memoria y para la Promoción y Defensas de los Drechos Humanos. Online verfügbar unter https://www.casarosada.gob.ar/informacion/archivo/24549-blank-79665064, zuletzt geprüft am 27.11.2020.
Klipphan, Andrés (2019): Escándalos en la Comisión Provincial por la Memoria: una larga historia de irregularidades presupuestarias y desvíos de su función. In: *infobae*,

03.11.2019. Online verfügbar unter https://www.infobae.com/politica/2019/11/03/escandalos-en-la-comision-provincial-por-la-memoria-una-larga-historia-de-irregularidades-presupuestarias-y-desvios-de-su-funcion/, zuletzt geprüft am 20.03.2020.

Knigge, Volkhard (2010): Zur Zukunft der Erinnerung. In: *APuZ* (25-26), S. 10–16.

Kuhn, Philip (2018): "Perfide Strategie, deutsche Geschichte umzuschreiben". AfD-Chef Gauland bezeichnet Hitler und die Nazis als "Vogelschiss" in der deutschen Geschichte. In: *Die Welt*, 04.06.2018.

La Nación (2015): No más venganza. In: *La Nación*, 23.11.2015. Online verfügbar unter https://www.lanacion.com.ar/opinion/no-mas-venganza-nid1847930, zuletzt geprüft am 04.09.2019.

Lanteri, Magdalena; Jaschek, Ingrid; Albañir, Laura; Basterra, Soledad; Bidart, María Cristina; Roux, Martine et al. (2015): La DIPPBA va a la Universidad. El registro de la vida universitaria por la Dirección de Inteligencia de la Policía de la Provincia de Buenos Aires. In: *Aletheia* 6 (11).

Larralde Armas, Florencia (2015): Relatar con luz: el lugar de la fotografía en el Museo de Arte y Memoria de La Plata (2002- 2012). Magisterarbeit. La Plata.

Lessa, Francesca; Levey, Cara (2015): From Blanket Impunity to Judicial Opening(s). H.I.J.O.S. and Memory Making in Postdictatorship Argentina (2005–2012). In: *Latin American Perspectives* 42 (3), S. 207–225.

Levi, Primo (2002): The drowned and the saved. London: Abacus.

Linz, Juan J. (Hg.) (1994): The failure of presidential democracy. Baltimore: Johns Hopkins Univ. Press.

Lorenz, Federico (2007): La ESMA. Argentina frente al espejo. In: Federico Lorenz (Hg.): Combates por la Memoria. Buenos Aires, S. 77–94.

Lorenz, Federico (2015): "Ungidos por el infortunio". Los soldados de Malvinas en la post dictadura: entre el relato heroico y la victimización. In: *Cuadernos de Historia. Serie economía y sociedad* (13/14), S. 265–287.

Macciuci, Raquel (2019): El concepto de desaparacido en España y Argentina. In: Albrecht Buschmann und Luz C. Souto (Hg.): Decir desaparecido(s). Formas e ideologías de la narración de la ausencia forzada. Münster: LiT, S. 89–104.

Mahoney, James; Thelen, Kathleen Ann (2010): A Theory of Gradual Institutional Change. In: James Mahoney und Kathleen Ann Thelen (Hg.): Explaining institutional change. Ambiguity, agency, and power. Cambridge: Cambridge University Press, S. 1–37.

Mannarino, Juan Manuel (2017): Marché contra mi padre genocida. In: *Anfibia*, 2017. Online verfügbar unter http://revistaanfibia.com/cronica/marche-contra-mi-padre-genocida/, zuletzt geprüft am 04.09.2019.

March, James G.; Olsen, Johan P. (2008): Elaborating the "New Institutionalism". In: Roderick A. W. Rhodes, Sarah A. Binder und Bert A. Rockman (Hg.): The Oxford handbook of political institutions. Oxford: Oxford University Press, S. 3–20.

Marchal, Guy P. (2012): Geschichtskultur und Geschichtspolitik. In: *Traverse: Zeitschrift für Geschichte* 19 (1), S. 44–59.

Marchesi, Aldo (2018): Latin America's radical left. Rebellion and Cold War in the global 1960s. New York: Cambridge University Press.

Martinez, Elada Gonzáles (2009): Buscar un refugio para recomponer la vida. el exilio argentino de los años ‘70. In: *DEP - Deportate, esuli, profughe* (11).

Martinsen, Franziska; Meisterhans, Nadja; Schmalz-Bruns, Rainer (2008): Menschenrechte und Demokratie – eine kosmopolitische Perspektive. In: *Zeitschrift für Menschenrechte* 2 (1), S. 26–44.
Mayer, Tilman (2015): Über Gedenken Deutungsmacht ausüben. In: *ZPol* 25 (4), S. 573–580.
Messina, Luciana (2016): Reflexiones sobre la articulación estado-sociedad civil en las políticas de la memoria en Argentina. In: *Revista Memória em Rede* 8 (15), S. 109–136.
Meyer, Adriana (2019): Más pruebas contra el fiscal Garello. In: *Pagina/12*, 02.04.2019. Online verfügbar unter https://www.pagina12.com.ar/184694-mas-pruebas-contra-el-fiscal-garello, zuletzt geprüft am 04.09.2019.
Mihr, Anja; Pickel, Gert; Pickel, Susanne (2018a): Einführung in Transitional Justice. In: Anja Mihr, Gert Pickel und Susanne Pickel (Hg.): Handbuch Transitional Justice. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 3–23.
Mihr, Anja; Pickel, Gert; Pickel, Susanne (Hg.) (2018b): Handbuch Transitional Justice. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
Ministerio de Educación (2010): Pensar la Dictadura: Terrorismo de Estado en Argentina. Preguntas y Propuestas para su Enseñanza. Buenos Aires.
Ministerio de Educación, Cultura, Ciencia y Tecnología (o. J.): 24 de marzo: Día de la memoria por la verdad y la justicia. Online verfügbar unter https://www.argentina.gob.ar/educacion/efemerides/24-marzo-memoria, zuletzt geprüft am 18.11.2019.
Ministerio de Justicia y Derechos Humanos de la Nación (2015): Espacios de memoria en la Argentina. Buenos Aires.
Ministerio Público Fiscal (2016): A 40 años del golpe, 10 años de justicia. Dossier de sentencias pronunciadas en juicios de lesa humanidad. Buenos Aires.
Mols, Manfred (2016): Politik als Wissenschaft: Zur Definition, Entwicklung und Standortbestimmung einer Disziplin. In: Hans-Joachim Lauth und Christian Wagner (Hg.): Politikwissenschaft. Eine Einführung. 8. Aufl. Stuttgart, Paderborn: UTB GmbH; Ferdinand Schöningh, S. 23–62.
Moyn, Samuel (2014): El Futuro de los derechos humanos. In: *SUR – Revista Internacional de Derechos Humanos* 11 (20), S. 61–69.
Müller, Jan-Werner (2002): Introduction: the power of memory, the memory of power and the power over memory. In: Jan-Werner Müller (Hg.): Memory and Power in Post-War Europe. Cambridge: Cambridge University Press, S. 1–35.
Münch, Richard (2004): Soziologische Theorie. Frankfurt am Main: Campus.
Muno, Wolfgang (2009): Fallstudien und die vergleichende Methode. In: Susanne Pickel, Detlef Jahn, Hans-Joachim Lauth und Gert Pickel (Hg.): Methoden der vergleichenden Politik- und Sozialwissenschaft. Neue Entwicklungen und Anwendungen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 113–131.
Muzzopappa, Eva (2015): La Agencia Federal de Inteligencia. Evitar viejos Errores. In: *Anfibia*, 2015. Online verfügbar unter https://revistaanfibia.com/ensayo/evitar-viejos-errores/, zuletzt geprüft am 10.12.2019.
Nino, Carlos (1991): The Duty to Punish Past Abuses of Human Rights Put into Context: The Case of Argentina. In: *The Yale Law Journal* 100 (8), S. 2619–2640.
Nora, Pierre (1992): Les lieux de mémoire. Paris: Gallimard.
Nora, Pierre (1998): La aventura de Les lieux de mémoire. In: *ayer* 8 (32), S. 17–34.
Nora, Pierre (2008): Pierre Nora en "Les lieux de mémoire". Montevideo: Trilce.
North, Douglass Cecil (1990): Institutions, institutional change and economic performance. Cambridge: Cambridge Univ. Press.

Novaro, Marcos; Palermo, Vincente (2003): La dictadura militar, 1976–1983. Del golpe de estado a la restauración democrática. Buenos Aires: Paidós.
o. A. (2000): Las Puentes de la memoria. In: *Puentes* 1 (1), S. 1.
o. A. (2002): Informe Especial / La Masacre de Ingeniero Budge: Quince Años despues, dos policias siguen profugos. Un triple crimen que se conirtió en símbolo del "gatillo fácil". In: *Clarin*, 05.05.2002. Online verfügbar unter https://www.clarin.com/sociedad/triple-crimen-convirtio-simbolo-gatillo-facil_0_BJx8mBg0Yx.html, zuletzt geprüft am 21.11.2019.
o. A. (2003a): Nombran funcionario a un hijo de Carlotto. In: *La Nación*, 06.08.2003. Online verfügbar unter https://www.lanacion.com.ar/politica/nombran-funcionario-a-un-hijo-de-carlotto-nid517156, zuletzt geprüft am 19.12.2019.
o. A. (2003b): Comisión por la Memoria: un portazo y graves sospechas. In: *El Día*, 02.12.2003. Online verfügbar unter https://www.eldia.com/nota/2003-12-2-comision-por-la-memoria-un-portazo-y-graves-sospechas, zuletzt geprüft am 19.12.2019.
o. A. (2013): El 24 de marzo de 2004, el día que Kirchner hizo bajar el cuadro del Colegio Militar. In: *télam*, 17.05.2013. Online verfügbar unter http://www.telam.com.ar/notas/201305/17971-el-24-de-marzo-de-2004-el-dia-que-kirchner-hizo-bajar-el-cuadro-del-colegio-militar.html, zuletzt geprüft am 13.11.019.
o. A. (2015): Editorial. In: *Puentes* 15 (Edición Especial), S. 2–3.
o. A. (2017): El cementerio de Lavalle será sitio de memoria. Impulsado por un proyecto de Jóvenes y Memoria 2011. In: *Andar*, 29.07.2017. Online verfügbar unter http://www.andaragencia.org/el-cementerio-de-gral-lavalle-sera-sitio-de-memoria/, zuletzt geprüft am 17.12.2019.
o. A. (2019a): A 23 años de la Asamblea Universitaria que terminó en una brutal represión. el recuerdo. In: *0221.com.ar*, 20.02.2019. Online verfügbar unter https://www.0221.com.ar/nota/2019-2-20-17-9-0-a-23-anos-de-la-asamblea-universitaria-que-termino-en-una-brutal-represion-el-recuerdo.
o. A. (2019b): Una polémica que se coló en la campaña Mauricio Macri, contra la Comisión de la Memoria: “No asumieron y ya empiezan a querer perseguir al periodismo”. In: *Clarin*, 16.10.2019. Online verfügbar unter https://www.clarin.com/politica/mauricio-macri-cuestiono-informe-comision-memoria-repudio-intentos-perseguir-periodismo-_0_PT-da3d3.html?f%E2%80%A6, zuletzt geprüft am 20.03.2020.
o. A. (2019c): La esperanza de un mundo mejor Termino el XVIII encuentro de Jóvenes y Memoria. In: *Andar*, 12.12.2019. Online verfügbar unter http://www.andaragencia.org/la-esperanza-de-un-mundo-mejor/, zuletzt geprüft am 18.12.2019.
O'Donnell, Guillermo (1994): Delegative Democracy. In: *Journal of Democracy* 5 (1), S. 55–69.
Office of the High Commissioner for Human Rights (2002): Optional Protocol to the Convention against Torture and other Cruel, Inhuman or Degrading Treatment or Punishment. Adopted on 18 December 2002 at the fifty-seventh session of the General Assembly of the United Nations by resolution A/RES/57/199 entered into force on 22 June 2006. New York. Online verfügbar unter https://www.ohchr.org/EN/ProfessionalInterest/Pages/OPCAT.aspx, zuletzt geprüft am 17.03.2020.
Pellegrini, Lisandro; Rodríguez, Agustina (2004): Límites a la facultad presidencial de indultar. Un análisis en torno a la validez de los decretos de indulto que impidieron la investigación y el castigo de los ilícitos cometidos por la última dictadura militar argentina.

In: Abuelas de Plaza de Mayo (Hg.): Derecho a la identidad y persecución de crímenes de lesa humanidad, S. 121–164.
Pickel, Susanne; Pickel, Gert (2016): Politische Kultur in der Vergleichenden Politikwissenschaft. In: Hans-Joachim Lauth, Marianne Kneuer und Gert Pickel (Hg.): Handbuch vergleichende Politikwissenschaft. Wiesbaden: Springer VS, S. 541–556.
Pierce, Jonathan J.; Peterson, Holly L.; Hicks, Katherine C. (2017): Policy Change: An Advocacy Coalition Framework Perspective. In: *Policy Studies Journal* 26 (1), S. 1–23.
Pizarro, Emilse (2019): La brutal muerte de Omar Carrasco: el caso del soldado que terminó con el servicio militar pero aún no descansa. In: *infobae*, 03.03.2019. Online verfügbar unter https://www.infobae.com/sociedad/2019/03/03/la-brutal-muerte-de-omar-carrasco-el-caso-del-soldado-que-termino-con-el-servicio-militar-pero-aun-no-descansa/, zuletzt geprüft am 04.11.2019.
Pollak, Michael (2006): Memoria, olvido, silencio. La producción social de identidades frente a situaciones límite. La Plata: Ediciones Al Margen.
Pollmann, Arnd (2008): Von der philosophischen Begründung zur demokratischen Konkretisierung. Wie lassen sich Inhalt und Umfang der Menschenrechte bestimmen? In: *Zeitschrift für Menschenrechte* 2 (1), S. 9–25.
Portal de Publicaciones Científicas y Técnicas (Hg.) (2019): Clepsidra. Revista Interdisciplinaria de Estudios sobre Memoria. Online verfügbar unter http://ppct.caicyt.gov.ar/clepsidra, zuletzt geprüft am 03.09.2019.
Raggio, Sandra (2011): La prescripción de recordar. Un análisis de las iniciativas legislativas en la provincia de Buenos Aires (1983-2003). Hg. v. IV Seminario Internacional Políticas de la Memoria. Centro cultural de la Memoria Haroldo Conti. Online verfügbar unter http://conti.derhuman.jus.gov.ar/2011/10/mesa_29/raggio_mesa_29.pdf, zuletzt geprüft am 20.11.2019.
Raggio, Sandra (2017a): Memorias de la Noche de los Lápices. Tensiones, variaciones y conflictos en los modos de narrar el pasado reciente. La Plata: Universidad Nacional de La Plata. Facultad de Humanidades y Ciencias de la Educación; Universidad Nacional de General Sarmiento; Universidad Nacional de Misiones.
Raggio, Sandra (2017b): Transmisión de la memoria: la experiencia en el encuentro con Otros. El largo proceso de institucionalización de la memoria en la escuela. In: *Aletheia* 7 (14).
Raggio, Sandra (13.02.2020): Interview mit Sabdra Raggio Directora General Comisión Provincial por la Memoria durch Jan Müller. La Plata.
Raggio, Sandra; Cipriano García, Roberto (2019): La Comisión Provincial por la Memoria. Reflexiones en torno a la relación pasado presente en una experiencia temprana de institucionalización de las políticas de memoria en la Argentina. In: *Clepsidra. Revista Interdisciplinaria de Estudios sobre Memoria* 6 (12), S. 108–127.
Raimundo, Marcelo (2004): Izquierda peronista, clase obrera y violencia armada: Una experiencia alternativa. In: *Sociohistórica* (15-16), S. 99–128.
Rauschenberg, Nicholas (2018): Justicia y verdad en la transición argentina. Notas sobre el lugar de la memoria ejemplar. In: *Entramados y Perspectivas, Revista de la Carrera de Sociología UBA* 8 (8), S. 298–332.
Retamozo, Martín (2011): Movimientos sociales, política y hegemonía en Argentina. In: *Polis* 10 (28), S. 243–279.
Rhodes, Roderick A. W.; Binder, Sarah A.; Rockman, Bert A. (Hg.) (2008): The Oxford handbook of political institutions. Oxford: Oxford University Press.

Riccobene, Antonio (2019): A cuarenta años de la visita de la CIDH, 07.09.2019. Online verfügbar unter https://www.pagina12.com.ar/216885-a-cuarenta-anos-de-la-visita-de-la-cidh, zuletzt geprüft am 23.10.2019.

Robben, Antonius C. G. M. (2007): Political violence and trauma in Argentina. Philadelphia: University of Pennsylvania Press.

Robben, Antonius C. G. M. (2018): Argentina Betrayed. Memory, Mourning, and Accountability. Philadelphia: University of Pennsylvania Press.

Rodriguez, Pablo (2019): Cómo funciona la Comisión Provincial por la Memoria que asesora a Ramos Padilla. In: *Perfil*, 27.11.2019. Online verfügbar unter https://www.perfil.com/noticias/equipo-de-investigacion/como-funciona-la-comision-provincial-por-la-memoria-que-asesora-a-ramos-padilla.phtml, zuletzt geprüft am 20.03.2020.

Rodríguez, Laura Graciela (2014): La Universidad Nacional de La Plata entre 1973 y 1983. In: *PolHis* 7 (14), S. 259–279.

Romero, Luis Alberto (2007): La violencia en la historia argentina reciente: un estado de la cuestión. Hg. v. Anne Pérotin-Dumon. Online verfügbar unter http://www.historizarelpasadovivo.cl/, zuletzt geprüft am 04.09.2019.

Rostica, Julieta (2011): Apuntes sobre la "Triple A". Argentina, 1973-1976. In: *Desafios* 23 (2), S. 21–51.

Sabatier, Paul A. (1988): An advocacy coalition framework of policy change and the role of policy-oriented learning therein. In: *Policy Sciences* (21), S. 129–168.

Sabatier, Paul A. (1993): Policy Change over a Decade or More. In: Paul A. Sabatier und Hank C. Jenkins-Smith (Hg.): Policy change and learning. An advocacy coalition approach. Boulder, Colo.: Westview Press, S. 13–39.

Sabatier, Paul A. (Hg.) (2007): Theories of the policy process. 2. Aufl. Boulder Colo.: Westview Press.

Sabatier, Paul A.; Jenkins-Smith, Hank C. (Hg.) (1993a): Policy change and learning. An advocacy coalition approach. Boulder, Colo.: Westview Press.

Sabatier, Paul A.; Jenkins-Smith, Hank C. (1993b): The Advocacy Coalition Framework. Assessment, Revisions, and Implications for Scholars and Practitioners. In: Paul A. Sabatier und Hank C. Jenkins-Smith (Hg.): Policy change and learning. An advocacy coalition approach. Boulder, Colo.: Westview Press, S. 211–235.

Sabatier, Paul A.; Weible, Christopher M. (2007): The Advocacy Coalition Framework. Innovations and Clarifications. In: Paul A. Sabatier (Hg.): Theories of the policy process. 2. Aufl. Boulder Colo.: Westview Press, S. 189–220.

Salvatori, Samanta (2015): Entre voces y miradas: pasado y memorias de la Dirección de Inteligencia de la Policía de Buenos Aires. In: Patricia Flier (Hg.): Dilemas, apuestas y reflexiones teórico-metodológicas para los abordajes en historia reciente. La Plata: Universidad Nacional de La Plata. Facultad de Humanidades y Ciencias de la Educación, S. 144–167.

Sanders, Elizabeth (2008): Historical Institutionalism. In: Roderick A. W. Rhodes, Sarah A. Binder und Bert A. Rockman (Hg.): The Oxford handbook of political institutions. Oxford: Oxford University Press, S. 39–55.

Sandner, Günther (2001): Hegemonie und Erinnerung: Zur Konzeption von Geschichts- und Vergangenheitspolitik. In: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 30 (1), S. 5–17.

Sartori, Giovanni (1991): Comparing and Minscomparing. In: *Journal of Theoretical Politics* 3 (3), S. 243–257.

Schmitz, David F. (2006): The United States and right-wing dictatorships, 1965–1989. Cambridge: Cambridge University Press.
Schneider, Volker; Janning, Frank (2006): Politikfeldanalyse. Akteure, Diskurse und Netzwerke in der öffentlichen Politik. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
Scocco, Marianela (2017): Historias desobedientes. ¿Un nuevo ciclo de memoria? In: *Sudamérica – Revista de Ciencias Sociales* 6 (7), S. 78–105.
Scorer, James (2008): From la guerra sucia to 'A Gentleman's Fight': War, Disappearance and Nation in the 1976–1983 Argentine Dictatorship. In: *Bulletin of Latin American Research* 27 (1), S. 43–60.
Scott, W. Richard (1999): Institutions and organizations. Thousand Oaks: Sage.
Secretaría de Cultura de la Nación (2018): Murgas, una práctica que protege la memoria. Online verfügbar unter https://www.cultura.gob.ar/murgas-una-practica-que-cuida-la-memoria_5532/, zuletzt geprüft am 18.09.2019.
Segesten, Anamaria Dutceac; Wüstenberg, Jenny (2015): Memory studies. The state of an emergent field. In: *Memory Studies* 8 (1), S. 474–489.
Shepsle, Kenneth A. (2008): Rational Choice Institutionalism. In: Roderick A. W. Rhodes, Sarah A. Binder und Bert A. Rockman (Hg.): The Oxford handbook of political institutions. Oxford: Oxford University Press, S. 23–38.
Sorgentini, Hernán (2007): Entre la memoria y la historia. reelaburaciones de la narrative historica del Nunca más en recientes interpretaciones de la dictadura militar. In: Antonio Camou, María Cristina Tortti und Aníbal Viguera (Hg.): La Argentina democrática. Los años y los libros. Buenos Aires: Prometeo Libros, S. 143–177.
Starke, Peter (2015): Prozessanalyse. In: Georg Wenzelburger und Reimut Zohlnhöfer (Hg.): Handbuch Policy-Forschung. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 453–482.
Svampa, Maristella (2003): El Populismo impossible y sus actores. In: Daniel James und Juan Suriano (Hg.): Violencia, proscripción y autoritarismo (1955 - 1976). Buenos Aires: Ed. Sudamericana, S. 381–438.
Svampa, Maristella (2011): Argentina, una década después. Del "que se vayan todos" a la exacerbación de lo nacional-popular. In: *Nueva Sociedad* (235), S. 17–34.
Szalkowicz, Gerardo; Cortiñas, Nora (2019): Norita, la madre de todas las batallas. Lomas de Zamora Buenos Aires Argentina: Editorial Sudestada.
Thierbach, Cornelia; Petschick, Grit (2014): Beobachtung. In: Nina Baur und Jörg Blasius (Hg.): Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 855–866.
Tickner, Arlene B. (2015): Securitization and the limits of democratic security. In: David R. Mares (Hg.): Routledge handbook of Latin American security. London: Routledge, S. 67–77.
Todorov, Tzvetan (2008): Los abusos de la memoria. Barcelona: Paidós.
Tota, Anna Lisa; Hagen, Trever (Hg.) (2016): Routledge international handbook of memory studies. Abingdon, Oxon, New York, NY: Routledge.
Troebst, Stefan (2014): Geschichtspolitik. docupedia. Online verfügbar unter http://docupedia.de/zg/Geschichtspolitik, zuletzt geprüft am 04.10.2019.
Türk, Klaus (2008): Organisation. In: Nina Baur (Hg.): Handbuch Soziologie. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss, S. 337–353.

Türk, Klaus; Bruch, Michael; Lemke, Thomas (2006): Organisation in der modernen Gesellschaft. Eine historische Einführung. 2. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Vecchioli, Virginia (2001): Políticas de la Memoria y Formas de Clasificación Social. ¿Quiénes son las "Víctimas del Terrorismo de Estado" en la Argentina? In: Bruno Groppo und Patricia Flier (Hg.): La imposibilidad del olvido. Recorridos de la memoria en Argentina, Chile y Uruguay. La Plata, S. 83–102.

Verbitsky, Horacio (1995): El vuelo. Buenos Aires: Ed. Planeta.

Verbitsky, Horacio; Bohoslavsky, Juan Pablo (2015a): Introduction. State Terrorism and the Economy: From Nuremberg to Buenos Aires. In: Horacio Verbitsky und Juan Pablo Bohoslavsky (Hg.): The Economic Accomplices to the Argentine Dictatorship. Cambridge: Cambridge University Press, S. 1–16.

Verbitsky, Horacio; Bohoslavsky, Juan Pablo (Hg.) (2015b): The Economic Accomplices to the Argentine Dictatorship. Cambridge: Cambridge University Press.

Vezzetti, Hugo (2007): Conflictos de la memoria en la Argentina. Un estudio histórico de la memoria social. Hg. v. Anne Pérotin-Dumon (Historizar el pasado vivo). Online verfügbar unter http://www.historizarelpasadovivo.cl/, zuletzt geprüft am 04.09.2019.

Vezzetti, Hugo (2012): Uses and Limits of the figure of "Genocide". In: *African Yearbook of Rhetoric* 2 (1), S. 29–40.

W.L.B. (2013): Institution. In: Werner Fuchs-Heinritz (Hg.): Lexikon zur Soziologie. 5. Aufl. Wiesbaden: Springer VS, S. 308–309.

Wainfeld, Mario (2012): Contarlo desde marzo. In: *Pagina/12*, 01.04.2012. Online verfügbar unter https://www.pagina12.com.ar/diario/elpais/1-190883-2012-04-01.html, zuletzt geprüft am 24.10.2019.

Waldmann, Peter (1996): Argentinien. In: Hans Werner Tobler, Walther L. Bernecker und Christopher Abel (Hg.): Handbuch der Geschichte Lateinamerikas. Band 3, Lateinamerika im 20. Jahrhundert. Stuttgart: Klett-Cotta, S. 889–962.

Waldmann, Peter (2010): Argentinien. Schwellenland auf Dauer. Hamburg: Murmann Publishers GmbH.

Wenzelburger, Georg; Zohlnhöfer, Reimut (Hg.) (2015a): Handbuch Policy-Forschung. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.

Wenzelburger, Georg; Zohlnhöfer, Reimut (2015b): Konzepte und Begriffe in der Vergleichenden Policy-Forschung. In: Georg Wenzelburger und Reimut Zohlnhöfer (Hg.): Handbuch Policy-Forschung. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 15–32.

Werle, Gerhard; Vormbaum, Moritz (2018): Transitional Justice. Berlin, Heidelberg: Springer Berlin Heidelberg.

Werz, Nikolaus (2013): Lateinamerika. Eine politische Landeskunde. 3. Aufl. Baden-Baden, Stuttgart: Nomos; UtB.

William & Mary National Security Archive Project (2019): About Project Argentina. Online verfügbar unter http://nsaproject.blogs.wm.edu/project-argentina/, zuletzt geprüft am 28.12.2019.

Winter, Jay (2007): The Generation of Memory: Reflections on the "Memory Boom" in Contemporary Historical Studies. In: *Archives & Social Studies: A Journal of Interdisciplinary Research* 1 (1), S. 363–397.

Wolf, Frieder; Heindl, Andreas; Jäckle, Sebastian (2015): Prozessanalysen und (vergleichende) Einzelfallstudien. In: Achim Hildebrandt, Sebastian Jäckle, Frieder Wolf und Andreas Heindl (Hg.): Methodologie, Methoden, Forschungsdesign. Ein Lehrbuch für

fortgeschrittene Studierende der Politikwissenschaft. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 215–240.

Wolfrum, Edgar: Geschichte und Erinerungskultur in der DDR und BRD. In: *Deutschland Archiv*. Online verfügbar unter http://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/geschichte-und-erinnerung/39814/geschichte-der-erinnerungskultur, zuletzt geprüft am 12.09.2019.

Wolfrum, Edgar (2010): Erinnerungskultur und Geschichtspolitik als Forschungsfelder. Konzepte – Methoden – Themen. In: Jan Scheunemann (Hg.): Reformation und Bauernkrieg. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik im geteilten Deutschland. Leipzig: Evangelische Verlagsanstalt, S. 13–47.

World Prison Brief (2018): Argentina. Online verfügbar unter https://www.prisonstudies.org/country/argentina, zuletzt geprüft am 19.10.2020.

Yanzon, Rodolfo (2011): Los juicios desde el fin de la dictadura hasta hoy. In: Gabriele Andreozzi (Hg.): Juicios por crímenes de lesa humanidad en Argentina. Argentina: Cara o Ceca.

Zeitschrift für Menschenrechte (2011): Editorial. In: *Zeitschrift für Menschenrechte* 5 (2), S. 5–10.

Lebenslauf – Jan Müller

Name:	Jan Müller
Anschrift:	Schulenburgstraße 2 18049 Rostock
geboren am:	22.02.1987 in Schwerin
Familienstand:	ledig
Staatsangehörigkeit:	deutsch
E-Mail:	jan.mueller@uni-rostock.de

Ausbildung

04/2013 – 07/2021	Promotionsstudium Politikwissenschaft Universität Rostock Der Kampf um Erinnerung und Menschenrechte – eine Analyse der *Comisión Provincial por la Memoria* der Provinz Buenos Aires
03/2019 – 03/2020	Auslandsaufenthalt an der Universidad Nacional de La Plata im Rahmen des Promotionsprogramms „Interdisziplinäre soziokulturelle Studien (Europa und Lateinamerika)“
04/2011 - 03/2013	Studium: Master Politikwissenschaft mit Schwerpunkt Area Studies Universität Rostock
03/2012 - 09/2012	Auslandssemester: Soziologie Universidad Nacional de La Plata, Argentinien
10/2007 - 03/2011	Studium: Bakkalaureus Artium Politikwissenschaft und Neuere Geschichte Europas Universität Rostock
08/1997 - 06/2006	Friedrich-Franz-Gymnasium, Parchim

Wehrdienst

09/2006 – 05/2007	Zivildienst Haus der Jugend, Parchim

Berufserfahrung

Seit 10/2014	Wissenschaftlicher Mitarbeiter Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften, Lehrstuhl für Vergleichende Regierungslehre, Universität Rostock

Rostock, 19.07.2021

Jan Müller